

www.doew.at

Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstandes (Hg.)

JAHRBUCH 2009

Schwerpunkt
Bewaffneter Widerstand
Widerstand im Militär

Redaktion:
Christine Schindler

Wien: LIT Verlag 2009

Inhalt

- Heinz Fischer,
Festvortrag anlässlich der Jahresversammlung des
Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes,
Wien, 13. März 2008 7

Schwerpunkt *Bewaffneter Widerstand – Widerstand im Militär*

- Wolfgang Neugebauer
Bewaffneter Widerstand – Widerstand im Militär.
Ein Überblick 12
- Thomas Geldmacher
Täter oder Opfer, Widerstandskämpfer oder Feiglinge?
Österreichs Wehrmachtsdeserteure und die Zweite Republik 37
- Stephan Roth
Widerstand in der Wehrmacht am Beispiel der
Artillerie-Ersatz- und Ausbildungsabteilung 109 60
- Barbara Stelzl-Marx
Carl Szokoll und die Operation „Radetzky“.
Militärischer Widerstand in Wien 1945 im Spiegel
sowjetischer Dokumente 95
- Peter Pirker
„Whirlwind“ in Istanbul.
Geheimdienste und Exil-Widerstand am Beispiel
Stefan Wirlandner 114
- Irene Filip
Frauen bei den Internationalen Brigaden
im Spanischen Bürgerkrieg 137

| | |
|---|------------|
| Helena Verdel | |
| Widerstand der Kärntner Sloweninnen | 145 |
| Josef Vogl | |
| Ein Österreicher, der nur seine Pflicht getan hat. Markus Käfer und seine MitstreiterInnen im Kärntner Lavanttal | 159 |
| Brigitte Halbmayr | |
| „Das war eine Selbstverständlichkeit, dass wir da geholfen haben.“ Die Fallschirmagenten Albert Huttary und Josef Zettler und ihre UnterstützerInnen – ein Fallbeispiel | 176 |
| Heimo Halbrainer | |
| Erinnerungszeichen für PartisanInnen in der Steiermark | 205 |
| Barbara N. Wiesinger | |
| Partisaninnen. Bewaffneter Widerstand von Frauen in Jugoslawien (1941–1945) | 235 |
| <i>Varia</i> | |
| Hans Schafranek | |
| Drei Gestapo-Spitzel und ein eifriger Kriminalbeamter. Die Infiltration und Zerschlagung des KJV Wien-Baumgarten (1940) und der KPÖ-Bezirksleitung Wien-Leopoldstadt (1940/41) durch V-Leute der Gestapo | 250 |
| Andrea Hurton | |
| „Der Jude ist in der Modeindustrie durchaus ersetzbar.“ Zur Strategie und Praxis von „Ariseuren“ in der Wiener Bekleidungsbranche | 278 |
| Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes | |
| Tätigkeitsbericht 2008 | 295 |
| AutorInnen | 320 |

HEINZ FISCHER

**FESTVORTRAG ANLÄSSLICH DER
JAHRESVERSAMMLUNG DES
DOKUMENTATIONSARCHIVS DES
ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES,
WIEN, 13. MÄRZ 2008**

Das Gedenken an den März 1938 ist für Österreich nach wie vor ein zentrales Thema. Es ist ein Bestandteil der unverzichtbaren Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und mit unserer Geschichte, wozu das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes wichtige Beiträge geleistet hat und leistet.

Nicht umsonst finden daher seit vielen Jahren rund um den 12. März Veranstaltungen statt, die die damaligen Ereignisse und deren Folgen zum Gegenstand haben. Gestern erst wurde im Reichsratssitzungssaal des Parlaments eine Gedenkstunde abgehalten, am Abend gab es Lesungen, Vorträge und Diskussionen, etwa im Burgtheater oder an der Universität Wien und ein Lichtermeer.

Ich habe daher gerne die Einladung von Präsident Rudolf Edlinger und Wissenschaftlicher Leiterin Brigitte Bailer angenommen, an dieser Veranstaltung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands teilzunehmen und das Wort zu ergreifen.

Was macht die Gedenkveranstaltungen, die dieser Tage stattfinden, so wichtig? Die historischen Fakten rund um den so genannten „Anschluss“ Österreichs an Hitler-Deutschland sind im Großen und Ganzen gesichert und bekannt. Dazu zählt auch die ungeheure Kaltschnäuzigkeit und Brutalität, mit der Adolf Hitler am 12. Feber 1938 ein Gespräch mit dem österreichischen Bundeskanzler Schuschnigg am Obersalzberg in Berchtesgaden geführt hat, und ebenso zählt dazu die Rücksichtslosigkeit und Verschlagenheit, mit der Hitler und Göring die Ereignisse am 10., 11. und 12. März vorangehen ließen.

Die Aufzählung einzelner Tatsachen muss aber ergänzt werden durch eine Beurteilung der Geschehnisse im historischen Gesamtzusammenhang.

Das ist nicht immer einfach und auch Wortmeldungen im Vorfeld des heutigen Gedenkens haben erkennen lassen, dass unterschiedliche Wertungen und Gewichtungen nach wie vor vorhanden sind.

Das dramatische Jahr 1938 stellt ein Datum dar, das auch immer wieder dazu verleitet, die Frage nach dem „Was wäre gewesen, wenn ...“ zu stellen, also nicht nur nach den Fakten zu forschen, sondern auch das Kontrafaktische zu bemühen:

- Was wäre gewesen, wenn das Bundesheer Widerstand gegen den Einmarsch der deutschen Truppen geleistet hätte?
- Was wäre gewesen, wenn es in der Ersten Republik, noch vor 1934 zu einer großen Koalition gekommen wäre, die als Möglichkeit zwar mehrfach in Erwägung gezogen, aber nie verwirklicht wurde?
- Was wäre gewesen, wenn es kein Schattendorf, keine Freisprüche für die Täter von Schattendorf, keine Ausschaltung des Parlaments, keinen Feber '34 gegeben hätte?

Auch in den letzten Wochen sind diese Fragen aufgeworfen worden. Sie können natürlich nicht seriös beantwortet werden.

Und dennoch: Gerade im Rückblick ist es wichtig, die Bedeutung und Verflechtung historischer Ereignisse zu erkennen und historische Weichenstellungen herauszuarbeiten. Gemäß dem Satz von Hegel, wonach die Eule der Minerva erst in der Abenddämmerung ihren Flug beginnt, ist es die Pflicht der nachgeborenen Generationen, sich auch mit den Ereignissen vor 70, 80 oder 90 Jahren und den Wechselwirkungen auseinanderzusetzen. Und auch wenn die politischen Antagonismen von einst heute einer ruhigeren Betrachtung Platz gemacht haben und wenn – trotz aller Auseinandersetzungen, deren Zeuginnen und Zeugen wir täglich sind – heute glücklicherweise eine andere politische Kultur als in der Ersten Republik existiert, zeigt sich doch, dass es in der Erinnerungskultur weiterhin unterschiedliche Betrachtungsweisen gibt. Damit meine ich nicht etwa die Frage, ob Österreich 1945 befreit oder besetzt wurde, eine Frage, die sehr leicht zu beantworten ist und die immer wieder aufzuwerfen keinem ernsthaften Streben nach Wahrhaftigkeit in der historischen Betrachtung entspringt. Denn selbstverständlich wurde Österreich 1945 befreit, und zwar von der schlimmsten Diktatur, die unser Land je erlebt hat. Und ebenso unbestritten ist es, dass nach der Befreiung 10 Jahre hindurch fremde Truppen in

Österreich stationiert waren und die volle staatliche Souveränität erst 1955 errungen wurde.

Doch auch neben solchen Scheinfragen, gibt es – wie gesagt – in manchen Bereichen noch immer divergierende Bewertungen und Gewichtungen, die einen Konsens in der historischen Betrachtung erschweren.

Dies galt lange Zeit auch für das Gedenken an den März 1938, das, wie wir aus zahlreichen Dokumenten und öffentlichen Aussagen wissen, zunächst nur die Opferrolle Österreichs hervorhob. Die Moskauer Deklaration leistete dieser Sichtweise ebenso Vorschub, wie das Interesse jener, die die Täterrolle vieler Österreicher in der Zeit des Nationalsozialismus unerwähnt lassen oder zumindest relativieren wollten.

Es war erst die nächste oder sogar die übernächste Generation der Österreicherinnen und Österreicher, die den Mut und die Bereitschaft hatten den Mythos von der ausschließlichen Opferrolle Österreichs, wie er sogar in der Unabhängigkeitserklärung Österreichs vom 27. April 1945 deutliche Spuren hinterlassen hat, beiseite zu schieben und wahrheitsgemäß auszusprechen, dass es in Österreich zwischen 1938 und 1945 Opfer, aber auch gar nicht so wenige Täter gegeben hat.

Ich bin froh, dass ich das noch zu Lebzeiten von Leon Zelman in einer Rede im Wiener Rathaus am 2. April 2006 bei einer Festveranstaltung aus Anlass des 25-jährigen Jubiläums des Jewish Welcome Service in folgender Weise formuliert habe:

„Ich bin – ehrlich gesagt – wenig begeistert, was die vereinfachte, wenn nicht sogar unzulässige Schwarz-Weiß-Darstellung mancher Aspekte in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und in Bezug auf die Ursachen für den Krieg in der Präambel zur österreichischen Unabhängigkeitserklärung aus 1945 betrifft.

Es ist einfach nicht wahr, dass der von Hitler angezettelte Krieg von ‚keinem Österreicher‘ (wörtliches Zitat) jemals vorauszusehen war oder gewollt wurde. Wahr ist vielmehr, dass gar nicht so wenige Österreicher sehr genau gewusst haben und auch öffentlich gewarnt haben, dass Hitler Krieg bedeutet. Aber ein anderer Teil der Österreicher hat dies leider in Kauf genommen und ist dem Führer enthusiastisch und geblendet von seinen Anfangserfolgen in den Krieg gefolgt.

Es ist auch zu einfach und unvollständig zu sagen, dass der Anschluss einer wehrlosen Staatsleitung abgelistet und abgepresst wurde, ohne hinzuzufügen, dass diese Staatsleitung vor allem deshalb weitgehend wehrlos war, weil ein Teil der österreichischen Bevölkerung – natür-

lich nicht alle – auf den Anschluss und auf den Einmarsch deutscher Truppen mit vielfach dokumentierter Begeisterung am Heldenplatz und anderswo reagiert hat.“

Und für diese Anschluss-Begeisterung im März 1938 waren für viele die unerträglichen Zustände in der Zeit des Ständestaates und die wirtschaftliche Not entscheidende Ursachen.

Im Übrigen hat schon Bundespräsident Franz Jonas vor 40 Jahren einen schüchternen Versuch gemacht zu erklären, warum die Katastrophe des März 1938 in den ersten Nachkriegsjahren relativ wenig beachtet und auch historisch nicht wirklich exakt aufgearbeitet wurde. Er meinte, dass die nachfolgende Tragödie des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust die Ereignisse des März 1938, aber auch andere historische Gegebenheiten einfach überdeckt habe.

Es hat ja tatsächlich – darf ich aus heutiger Sicht hinzufügen – außerordentlich lange gedauert, bis es zu einer ersten umfassenden Rehabilitierung österreichischer Wehrmachtsdeserteure kam. Erst mit dem Anerkennungsgesetz des Jahres 2005, in dem alle Urteile der NS-Militärjustiz für nichtig erklärt wurden, konnte dieser wichtige Schritt gesetzt werden. Doch selbst in diesem Gesetz wurde die Gruppe der Wehrmachtsdeserteure nicht explizit, sondern nur indirekt angesprochen.

Ebenso noch nicht endgültig abgeschlossen ist 70 Jahre nach dem Einmarsch Hitlers in Österreich die restlose Erforschung des von den Nationalsozialisten geraubten Eigentums. Zwar wurden auch hier durch das so genannte Kunstrückstellungsgesetz und die Arbeit der Historikerkommission wesentliche Schritte gesetzt.

Unbestritten ist aber, dass die mit diesen Schritten begonnene Arbeit fortgeführt werden muss. Aktuelle Diskussionen belegen dies.

Die Auseinandersetzung mit unserer jüngsten Geschichte hat noch eine weitere Facette, auf die ich heute zu sprechen kommen möchte: nämlich das Projekt eines Hauses der Geschichte, das seit nahezu einem Jahrzehnt zu den immer wieder thematisierten Aufgaben zählt. Zahlreiche Ausstellungen der letzten Jahre und Jahrzehnte haben Teilaspekte der österreichischen Geschichte im 20. Jahrhundert beleuchtet und auch in diesem Jahr ist wieder in Aussicht genommen, eine prägende Phase, nämlich das Werden unserer Republik vor 9 Jahrzehnten darzustellen. Es wäre daher hoch an der Zeit, weitere konkrete Schritte zu setzen, um das Projekt eines Hauses der Geschichte auf die Zielgerade zu bringen und erfolgreich abzuschließen.

Ein „Haus der Geschichte“ sollte kein Museum im klassischen Sinn sein, sondern ein Ort der Auseinandersetzung mit unserer Geschichte. Die Sensibilisierung für Fragen der Demokratie, des Parlamentarismus und des Friedens stehen dabei ebenso im Zentrum wie die Sensibilisierung für die Gefahren von Intoleranz, Rassismus, Diktatur, Faschismus oder Krieg.

Geschichte ist kein abgeschlossener Prozess, den es wie ein Artefakt zu betrachten gilt. Geschichte ist daher auch nicht statisch, sondern ein Gegenstand der Reflexion, ein Anlass zum Lernen, Fragen zu stellen, die nicht nur historische Fragen sein müssen, sondern auch Fragen zur Gegenwart und zu künftigen Entwicklungen sein können.

Gerade weil die Menschen, die jene Epochen, die in einem „Haus der Geschichte“ vermittelt werden sollen, persönlich erlebt, gekannt, mitgestaltet und erlitten haben, immer älter werden bzw. vielfach nicht mehr unter uns sind, ist ein Ort, der das lebendige Gedächtnis bewahrt und an die junge Generation weitergibt, naheliegend.

Der März 1938 ist ein Markstein in der jüngeren Geschichte Österreichs. Er war der Auftakt zu Verfolgung, Massenmord, Krieg und Leid in einem bis dahin nicht gekannten, ja nicht vorstellbaren Ausmaß. Die Erinnerung an die damaligen Ereignisse ist bis heute erschütternd. Sie ist unverzichtbar. Sie ist aber auch ein Anlass, sich unvermindert für die Festigung und Stärkung von Frieden und Demokratie, Toleranz und Gerechtigkeit einzusetzen. Ich denke, dass der Weg, den wir nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Rahmen unserer Zweiten Republik eingeschlagen haben, im Großen und Ganzen ein guter und vernünftiger Weg ist. Achten wir gemeinsam darauf, dass wir diesen Weg nicht verlassen. Die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Staaten Europas und die vernünftige Lösung wirtschaftlicher und sozialer Probleme werden uns dabei helfen.

WOLFGANG NEUGEBAUER

BEWAFFNETER WIDERSTAND – WIDERSTAND IM MILITÄR

Ein Überblick

Ohne eine politisch-moralische Wertung oder Hierarchisierung (etwa im Sinne von „höchster Form“ des Widerstandes) vorzunehmen, die andere Formen des Widerstandes relativieren oder bagatellisieren würde, kann festgestellt werden, dass der bewaffnete Widerstand in Europa Hitlerdeutschland und insbesondere dessen imperialistischer Kriegsführung am meisten schadete und letztlich – als Teil der siegreichen Anti-Hitler-Koalition – zur Niederlage des NS-Regimes beitrug.

Der Partisanenkampf hatte zwar schon eine längere Tradition – das Wort Guerilla („kleiner Krieg“) leitet sich ja aus dem spanischen Unabhängigkeitskampf gegen Napoleon ab –, zu einer Ausweitung zum „Volkskrieg“ kam es aber erst im Laufe des Zweiten Weltkriegs, vor allem nach den Überfällen der Deutschen Wehrmacht auf Jugoslawien und die Sowjetunion 1941, bzw. durch die Kriegs- und Bürgerkriegsereignisse in China und Vietnam. Ab 1942 formierten sich, meist auf Initiative von Kommunisten, auch in verschiedenen Teilen Österreichs bewaffnete Widerstandsgruppen; darüber hinaus waren ÖsterreicherInnen in Partisanengruppen in anderen Ländern bzw. in den Streitkräften der Alliierten und deren Kommandoaktionen in Hitlerdeutschland (und in Österreich) aktiv.

Nicht weniger gefährlich für das Regime waren die verschiedenen Widerstandsaktivitäten im deutschen Militär, die von „wehrkraftzersetzenden“ Äußerungen über Wehrdienst- und Kriegsdienstverweigerung und Fahnenflucht bis zum militärischen Umsturzversuch reichten.

Im Folgenden wird ein Überblick über diese vielfältigen Formen des österreichischen Widerstandes gegeben.¹

¹ Der vorliegende Text folgt weitgehend den entsprechenden Passagen in meinem Buch „Der österreichische Widerstand 1938–1945“ (Wien 2008).

Slowenische PartisanInnen in Kärnten²

Die mit Abstand wichtigsten bewaffneten und tatsächlich kämpfenden Widerstandsgruppen in Österreich waren die slowenischen PartisanInnen in Kärnten. Die Ursachen für die starke slowenische Widerstands- und Partisanentätigkeit lagen in der bald nach dem „Anschluss“ 1938 einsetzenden, von Kärntner Nationalsozialisten forcierten brutalen Germanisierungspolitik der NS-Machthaber, die auf die totale Assimilierung der slowenischen Volksgruppe, die Ausschaltung der nichtassimilierungswilligen „Nationalslowenen“ und letztlich die Vernichtung als Volksgruppe abzielte. Erster Höhepunkt war die Einweisung von nahezu 1000 „national gesinnten“ Kärntner SlowenInnen in Lager in Deutschland im April 1942, der im Zuge des Krieges noch weitere Deportationen von WiderstandsympathisantInnen folgten.

Diese Zwangsmaßnahmen förderten den Widerstandsgeist; viele junge Slowenen entzogen sich dem Dienst in der Deutschen Wehrmacht und flüchteten nach Slowenien. Nach der Besetzung und Zerschlagung Jugoslawiens 1941 kehrten viele nach Kärnten zurück und bildeten die „grünen Kader“, die später in der Partisanenbewegung aufgingen.

Im Sommer 1942 bildeten sich in Kärnten die ersten Gruppen der „Osvobodilna fronta“ / Befreiungsfront (OF), die ein Jahr zuvor als eine Art Volksfrontkoalition unter kommunistischer Führung entstanden war und sich im Laufe des Krieges zu einer erfolgreichen Partisanenarmee (Volksbefreiungsarmee) unter Führung Titos, des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, entwickelte. Die slowenischen Partisanengruppen in Kärnten waren programmatisch und operativ Teil der jugoslawischen

² Siehe dazu u. a.: Augustin Malle, Widerstand unter schwersten Bedingungen. Kärntner Slowenen im Widerstand, in: Stefan Karner / Karl Duffek (Hrsg.), Widerstand in Österreich 1939–1945, Graz–Wien 2007, S. 111–123; Valentin Sima, Kärntner Slowenen unter nationalsozialistischer Herrschaft: Verfolgung, Widerstand und Repression, in: Emmerich Tálos / Ernst Hanisch / Wolfgang Neugebauer / Reinhard Sieder (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch, Wien 2000, S. 744–766; Josef Rausch, Der Partisanenkampf in Kärnten im Zweiten Weltkrieg, Wien 1979; Erzählte Geschichte, Bd. 4: Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Klub Prežihov Voranc Klagenfurt/Celovec u. Institut za proučevanje prostora Alpe-Jadran Klagenfurt/Celovec, Wien 1990. Bearbeitung u. Zusammenstellung: Mirko Messner, Wolfgang Neugebauer, Andreas Pittler, Helena Verdel; August Walzl, Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand gegen die NS-Herrschaft in Kärnten, Slowenien und Friaul, Klagenfurt 1994.

bzw. slowenischen Volksbefreiungsarmee. Ziel der OF war „die unerbittliche bewaffnete Aktion“ gegen die deutschen Besatzer, nach deren Vertreibung die „Vereinigung“ aller SlowenInnen und die Einführung einer „Volksdemokratie“ geplant waren. Die ersten bewaffneten Organisationen, die bald Verstärkung aus Slowenien erhielten, entstanden im Raum Eisenkappel bzw. Zell. Am 25. August 1942 kam es zum ersten Gefecht bei Abtei.

Für die Entwicklung der Partisanenbewegung war es von entscheidender Bedeutung, dass sie auf die Unterstützung weiter Kreise der Kärntner SlowenInnen zählen konnte. Der Terror der Gestapo richtete sich daher verstärkt gegen das Unterstützer- und Sympathisantenumfeld. Allein im November und Dezember 1942 wurden 200 Personen festgenommen und angezeigt. 35 standen im April 1943 vor dem in Klagenfurt tagenden Volksgerichtshof, 13 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt und am 29. April 1943 im Wiener Landesgericht hingerichtet. Auch in der Folgezeit gab es immer wieder größere Verhaftungsaktionen gegen die OF-AktivistInnen und -FördererInnen.

Selbst der brutalste NS-Terror konnte die Ausbreitung der Partisanenbewegung nicht aufhalten. Die PartisanInnen griffen kleinere Stützpunkte, Kolonnen und Patrouillen der Besatzer an, legten Bahnstrecken und andere Kommunikationseinrichtungen lahm, zerstörten kriegswichtige Betriebe und requirierten Lebensmittel, Bekleidung etc. für ihre Versorgung. Darüber hinaus bot die Partisanenbewegung geflüchteten Kriegsgefangenen, Fremdarbeitern und Deserteuren der Wehrmacht Unterschlupf, und nicht wenige, vor allem Russen, aber auch deutschsprachige Österreicher, kämpften an der Seite der Kärntner slowenischen PartisanInnen.

Im Juni 1944 überschritt ein Partisanenverband die Drau und operierte bis in die Kreise Wolfsberg und St. Veit an der Glan. Größere Gefechte mit den zahlenmäßig überlegenen deutschen Kräften wurden nach Möglichkeit vermieden. Einer der Anführer der Partisanengruppe auf der Saualpe, Janez Wutte-Luc, der spätere Vorsitzende des Verbandes der Kärntner Partisanen, hat in einem DÖW-Interview die schwierigen Verhältnisse in der nördlichen Operationszone eindrucksvoll berichtet.³

Die NS-Machthaber hatten im April 1944 einen „Einsatzstab zur Bandenbekämpfung“ in Klagenfurt gebildet und ein SS-Polizei-Regiment nach Kärnten verlegt. Am 8. August 1944 erklärte der Reichsführer SS Himmler das südliche Kärnten und das angrenzende slowenische Gebiet zum „Bandenkampfgebiet“. Die slowenischen PartisanInnen konnten sich organisa-

³ www.doew.at, Erzählte Geschichte.

torisch, politisch und militärisch in Kärnten fest etablieren. Sie bildeten mehrere größere Kampfverbände, traten in Uniformen auf und waren gut bewaffnet, zumal sie von den Alliierten, insbesondere von den Briten, die Militärmissionen schickten, Unterstützung erhielten. In einigen festen Stellungen richteten sie Druckereien zur Herstellung illegaler Zeitschriften und Flugblätter sowie Spitäler zur Behandlung Verletzter ein. Die slowenischen Partisaneneinheiten lieferten den dort zur „Bandenbekämpfung“ eingesetzten Polizei-, SS- und Wehrmachtseinheiten immer wieder Gefechte, bei denen hunderte WiderstandskämpferInnen gefallen sind, unter ihnen der Kommandant des 1. Kärntner Bataillons France Pasterk-Lenart (1912–1943). Am 8. Mai 1945 konnte die Partisanenarmee nahezu zeitgleich mit den britischen Truppen in Klagenfurt einziehen.

Die Zahlenangaben für die slowenischen WiderstandskämpferInnen schwanken zwischen ca. 600 und 800. Nach neuesten Forschungen von Augustin Malle wurden mehr als 900 Kärntner SlowenInnen aus politischen Gründen verfolgt.⁴ Ungeachtet der politischen Orientierung der OF auf ein vereintes Slowenien unter kommunistischer Herrschaft ist dieser Einsatz der Kärntner SlowenInnen als wichtigster und effektivster „eigener Beitrag“ zur Befreiung Österreichs von der NS-Herrschaft anzusehen.

Weitere Partisanengruppen in Österreich

Die vernichtenden Schläge der Gestapo und der Niedergang des zentralen und regionalen Organisationsnetzes der KPÖ bis 1943 bedeuteten keineswegs das Ende des kommunistischen Widerstandes in Österreich, denn es wurden neue politisch-organisatorische Strukturen geschaffen. Die im sowjetischen Exil befindliche KPÖ-Führung bemühte sich, durch den Einsatz von kampferfahrenen und verlässlichen Funktionären, vor allem aus den Reihen der Februar- und Spanienkämpfer, die meist mit dem Fallschirm abgesetzt wurden, bewaffnete Verbände aufzubauen. Vornehmlich aus ehemaligen Spanienkämpfern bestand die nach einer Ausbildung in Moskau Anfang August 1944 auf slowenischem Gebiet abgesetzte „Kampfgruppe Steiermark“, besser bekannt als „Koralmpartisanen“, die in der Gegend der Sau- und Koralpe aktiv kämpften. Dass ihre jungen Kommandanten Leo

⁴ Malle, *Widerstand*, S. 122 f.

Engelmann und Walter Wachs Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze waren, zeugt vom todesverachtenden Mut dieser Männer. Von den ursprünglich 20 Mann sind 8 im Kampf gefallen, darunter Leo Engelmann.⁵

Im Unterschied zu den auf die Sympathie der slowenischen Bauern sich stützenden Kärntner PartisanInnen fiel es den mit Fallschirmen abgesetzten Kampfgruppen sehr schwer, in der Bevölkerung Fuß zu fassen, da hier die NS-Propaganda mit ihren antibolschewistischen Feindbildern stark wirksam war. Fritz Tränkler berichtet in einem DÖW-Interview, dass die politischen Bedingungen viel schwieriger waren als erwartet:

„[...] ich bin viel in der Welt herumgekommen, das war meine schwierigste Phase, Partisan sein in einem kleinen Land, wo das Gebiet, das man benützen kann, sowieso nicht sehr groß ist, wo alle paar Kilometer ein Dorf oder sonst etwas ist, das mit Straßen doch verhältnismäßig gut bestückt ist, wo eine Armee- oder Gendarmerieeinheit binnen einer halben Stunde wer weiß wo sein kann, das ist an und für sich nicht leicht. Wenn aber dann noch dazugekommen ist, dass wir von der Bevölkerung sehr wenig Unterstützung erhalten haben, ist es besonders schwer.“⁶

Von den bewaffneten Widerstandsgruppen außerhalb Kärntens trat nur die Partisanengruppe Leoben-Donawitz militärisch in Erscheinung, während andere vielfach als „Partisanen“ bezeichnete Gruppen wie im Tiroler Ötztal⁷ oder im Salzkammergut über die Aufbau- und Bewaffnungsphase nicht hinauskamen bzw. wegen Befürchtungen von Repressalien gegen die Zivilbevölkerung den Kampf nicht aufnahmen. Die von Sepp Filz angeführte Partisanengruppe Leoben-Donawitz formierte sich 1943 aus den Überlebenden der zerschlagenen kommunistischen Widerstandsgruppen in der Obersteiermark und nannte sich – der kommunistischen Volksfrontlinie folgend – „Österreichische Freiheitsfront“. Im Laufe des Jahres 1944 verübte die Gruppe mehrere Anschläge auf Bahnlinien und verlor bei Gefechten mit den sie verfolgenden NS-Kräften mehrere Kämpfer. In der zweiten

⁵ Siehe dazu ausführlich: Christian Fleck, *Koralmpartisanen. Über abweichende Karrieren politisch motivierter Widerstandskämpfer*, Wien-Köln 1986.

⁶ www.doew.at, *Erzählte Geschichte*.

⁷ *Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934–1945*, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1984, Bd. 2, S. 573 ff.

Hälfte 1944 wurde die Gruppe, vor allem durch die Aufdeckung des zivilen Unterstützerrumfelds, weitgehend aufgerieben.⁸

Die „Salzkammergut-Partisanen“ unter der Leitung des im August 1943 aus dem KZ-Außenlager Hallein geflüchteten kommunistischen Spanienkämpfers Sepp Plieseis versteckten sich in einem Unterschlupf („Igel“) bei der Ischler Hütte im Toten Gebirge und pflegten intensive Kontakte zu Widerstandskreisen in der Umgebung. Eine nach außen gerichtete Tätigkeit – in Form von illegaler Propaganda, Sabotage oder Kampfhandlungen – erfolgte nicht. Die schwierige und gefährliche Versorgung der nach 1945 zum Mythos erhobenen „Partisanen“ wurde durch politisch engagierte Frauen aus dem Tal durchgeführt.

Im Salzkammergut agierte im April/Mai 1945 auch eine von den Briten im Höllengebirge abgesetzte SOE-Kampfgruppe unter der Leitung des nachmaligen SPÖ-Abgeordneten Albrecht Gaiswinkler, die ursprünglich den Auftrag hatte, Reichspropagandaminister Joseph Goebbels zu verhaften.⁹ Beide Widerstandsgruppen beteiligten sich an der durch US-Truppen erfolgten Befreiung des Salzkammerguts Anfang Mai 1945. So wirkten die Widerstandskräfte an der Rettung der aus ganz Europa geraubten Kunstwerke mit, die in einem Stollen des Ausseer Salzbergwerks eingelagert waren und auf Geheiß von Gauleiter Eigruber vernichtet werden sollten. Auch bei der Verhaftung des auf der Wildenseealm versteckten Chefs des Reichssicherheitshauptamtes Ernst Kaltenbrunner am 12. Mai 1945 durch ein US-Kommando unter Oberst Robert E. Matteson waren vier Mitglieder der örtlichen Widerstandsbewegung beteiligt.¹⁰

Im bewaffneten Widerstand spielten Frauen eine hervorragende Rolle, indem sie – unter größtem Risiko – die Infra- und Kommunikationsstrukturen (Unterkünfte, Verpflegung, Nachschub, Informationen, Verbindungen etc.) aufbauten und aufrechterhielten. Dabei kam ihnen zugute, dass sie von den durch und durch patriarchalisch gesinnten NS-Behörden als Gegner nicht so

⁸ Max Muchitsch, *Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz*, Wien 1966; Radomír Luža, *Der Widerstand in Österreich 1938–1945*, Wien 1985, S. 228.

⁹ Zu den Österreichaktivitäten der für solche Kommandoaktionen zuständigen britischen Einrichtung SOE siehe den Beitrag von Peter Pirker in diesem Jahrbuch.

¹⁰ Peter Kammerstätter, *Materialsammlung über die Widerstands- und Partisanenbewegung Willy-Fred Freiheitsbewegung im oberen Ausseerland 1943–1945*, Linz 1978; Christian Topf, *Auf den Spuren der Partisanen. Zeitgeschichtliche Wanderungen im Salzkammergut*, Grünbach 1996; Helmut Kalss, *Widerstand im Salzkammergut – Ausseerland*, Bad Aussee o. J.; Luža, *Widerstand*, S. 229 f.

gefährlich eingeschätzt und ernst genommen wurden wie Männer. Dieser wesentliche Beitrag zum österreichischen und europäischen Widerstand ist freilich meist durch männliche Heldengeschichten, wie z. B. über Sepp Plieseis, in den Hintergrund gedrängt worden.¹¹

Die „Österreichischen Bataillone“ in Slowenien

Auf Grund eines Abkommens zwischen den kommunistischen Parteien Jugoslawiens und Österreichs wurden im Herbst 1944 im Rahmen der Jugoslawischen Volksbefreiungsarmee (Tito-Partisanen) fünf „Österreichische Bataillone“ in Slowenien aufgestellt, von denen 1945 zwei zum Kampfeinsatz kamen. Der Großteil der Kämpfer waren verlässliche Kader der KPÖ, Spanienkämpfer bzw. zur Roten Armee übergelaufene Deserteure, die mit Flugzeugen aus der Sowjetunion nach Slowenien gebracht wurden. Die Bataillone waren nicht als Verstärkung der Tito-Partisanen gedacht; vielmehr sollten sie nach Südösterreich vordringen und an der Befreiung Österreichs im Sinne der Moskauer Deklaration mitwirken. Eine erste, 15-köpfige Kampftruppe, die unter der Leitung von Willi Frank und Laurenz Hiebl (die aus der Sowjetunion kamen) stand, versuchte am 17. Februar 1945 nach Österreich zu gelangen, wurde aber in einem Gefecht zurückgeschlagen, wobei Willi Frank, Mitglied des ZK der KPÖ, fiel.

Im Sinne der kommunistischen Volksfrontpolitik wurde unter dem Namen „Österreichische Freiheitsfront“ (ÖFF) eine patriotische Überparteilichkeit propagandistisch verkündet, doch die politische Führung der Bataillone lag in den Händen von zwei KPÖ-Spitzenfunktionären, des nachmaligen Innenministers Franz Honner und des langjährigen KPÖ-Generalsekretärs Friedl Fürnberg. Als politischer Instruktor wirkte der 1944 aus Kärnten nach Slowenien geflüchtete RS-Funktionär Erwin Scharf, der nach 1945 als SPÖ-Zentralsekretär für die Zusammenarbeit mit den Kommunisten plädierte und nach seinem Ausschluss aus der SPÖ KPÖ-Spitzenfunktionär wurde.

¹¹ Zum Widerstand von Frauen siehe die Pionierarbeit: Karin Berger / Elisabeth Holzinger / Lotte Podgornik / Lisbeth N. Trallori (Hrsg.), *Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand. Österreich 1938–1945*, Wien 1985, bes. S. 247 ff. Eine kritische Analyse der Plieseis-Hagiographie bietet: Klaus Kienesberger, *Sepp Plieseis – ein Held aus Österreich*, in: Raimund Bahr (Hrsg.), *Für Führer und Vaterland. Das Salzkammergut 1938–1945*, Wien–St. Wolfgang 2008, S. 39–65.

Die politische Bedeutung der Österreichischen Bataillone in Slowenien liegt darin, dass sie die einzigen militärischen Einheiten unter österreichischem Kommando auf Seiten der Anti-Hitler-Koalition waren. Eine längere Dauer des Krieges im Jahr 1945 hätte möglicherweise diesen bewaffneten Widerstandsgruppen – wie in anderen Ländern – ein größeres politisches und militärisches Gewicht gegeben.¹²

Bewaffnete und militärische Aktivitäten von ExilantInnen

Als integrierender Bestandteil des österreichischen Widerstandes gegen das NS-Regime ist auch die vielfältige Tätigkeit von Exilorganisationen und ExilantInnen zu verstehen.¹³ Dies gilt insbesondere für jene ÖsterreicherInnen, die nach Kriegsausbruch in besetzten europäischen Ländern Widerstandsaktivitäten setzten, in Widerstands- oder Partisanengruppen tätig wurden oder in Spanien gegen den europäischen Faschismus kämpften. Vor allem in französischem Widerstand spielten ÖsterreicherInnen, neben anderen verfolgten ImmigrantInnen, eine hervorragende Rolle. Diese Qualifizierung als WiderstandskämpferInnen gilt ebenso für alle ÖsterreicherInnen, die in den alliierten Streitkräften und Nachrichtendiensten für die Befreiung Österreichs und Europas kämpften. Nach dem gewaltsamen „Anschluss“ Österreichs an Hitlerdeutschland mussten mehr als 130.000 ÖsterreicherInnen, die als Juden und Jüdinnen (im Sinne der Nürnberger Gesetze) verfolgt wurden, aus dem Land flüchten; dazu kamen einige wenige tausend politische AktivistInnen, von denen ein großer Teil schon nach den Februarereignissen 1934 geflohen war. Im Gegensatz zu weit verbreiteten Vorurteilen über die „Emigranten“, denen es viel besser ergangen wäre als den im Land befindlichen Menschen, hatten die Vertriebenen ein mühevolleres, ungewisses Schicksal in der Fremde zu meistern, das sich für viele Tausende dramatisch zuspitzte, als sie nach den Blitzkriegen Hitlers 1940/41 wieder unter deutsche Herrschaft gerieten. Als politische NS-GegnerInnen und als jüdisch Verfolgte oft doppelt gefährdet,

¹² Siehe dazu ausführlich: Willibald Ingo Holzer, Die österreichischen Bataillone im Verband der NOV I POJ. Die Kampfgruppe Avantgarde Steiermark. Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz, phil. Diss., Wien 1971; Luža, Widerstand, S. 225 f.

¹³ Dabei kann ich mich auf Arbeiten von Felix Kreissler stützen, der vor allem in seinem vielleicht wichtigsten wissenschaftlichen Werk „Der Österreicher und seine Nation“ dem Exil und dem Exilwiderstand einen hohen Stellenwert einräumte. Siehe dazu: Felix Kreissler, Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozess mit Hindernissen, Wien 1984.

wagten viele trotzdem den Einsatz im europäischen Widerstand.¹⁴ Einige wenige Beispiele seien hier angeführt.

Als Erste müssen hier die antifaschistischen Freiwilligen genannt werden, die nach dem Franco-Putsch im Juli 1936 der Spanischen Republik zu Hilfe eilten. Nach den akribischen Forschungen des einstigen Spanienkämpfers und nunmehrigen DÖW-Mitarbeiters Hans Landauer kämpften ca. 1400 Österreicher, unter ihnen nicht wenige Frauen, auf Seiten der Republik, vor allem in den Internationalen Brigaden, in denen auch ein Bataillon „12. Februar“ aufgestellt wurde. Die Österreicher, die eines der stärksten Freiwilligenkontingente stellten, zum Großteil ehemalige Schutzbündler, wollten den in Österreich im Februar 1934 verlorenen Kampf gegen den Faschismus in Spanien wieder aufnehmen. Diese gelebte internationale Solidarität kommt in dem Lied der Internationalen Brigaden zum Ausdruck, in dem es heißt: „Wir haben die Heimat nicht verloren, unsere Heimat liegt heute vor Madrid!“ Das Gros der Spanienkämpfer flüchtete nach der Niederlage im Frühjahr 1939 nach Frankreich, und sie waren auch in der Folge eine militante Vorhut, die an allen Fronten des Widerstandes in Europa zu finden war.

Die Spanienkämpfer, die in deutsche Hände fielen, wurden trotz Zusage von Straffreiheit durch die Deutsche Waffenstillstandskommission und das Reichssicherheitshauptamt (RSHA) auf Grund eines Erlasses des Chefs des RSHA Heydrich vom 25. September 1940 von der Gestapo festgenommen und „mindestens für die Dauer des Krieges“ in Schutzhaft genommen, sprich in KZ eingewiesen. Mit 458 Häftlingen stellten die österreichischen „Rotspanienkämpfer“ – so der NS-Jargon – das stärkste Kontingent der internationalen Spanienkämpfer in den deutschen KZ.¹⁵

Seit der deutschen Okkupation Frankreichs und Belgiens 1940 schlossen sich viele österreichische Flüchtlinge und ExilantInnen dem dortigen regionalen Widerstand an. Deutsche und österreichische KommunistInnen arbei-

¹⁴ Zum jüdischen Widerstand in Europa siehe: Arno Lustiger, *Zum Kampf auf Leben und Tod! Das Buch vom Widerstand der Juden 1933–1945*, Köln 1994; Arnold Paucker, *Standhalten und Widerstehen. Der Widerstand deutscher und österreichischer Juden gegen die nationalsozialistische Diktatur*, Stuttgart 1995; Ingrid Strobl, *Österreichische jüdische Exilantinnen in der Résistance*, in: *Context XXI*, Wien 2003, Sondernummer 6–7, S. 12–19.

¹⁵ Hans Landauer, in Zusammenarbeit mit Erich Hackl, *Lexikon der österreichischen Spanienkämpfer 1936–1939*, Wien 2003, S. 7, 37 f.; Wolfgang Form / Albrecht Kirschner, *Verfahren gegen ehemalige Spanienkämpfer*, in: Wolfgang Form / Wolfgang Neugebauer / Theo Schiller (Hrsg.), *NS-Justiz und politische Verfolgung in Österreich 1938–1945. Analysen zu den Verfahren vor dem Volksgerichtshof und vor dem Oberlandesgericht Wien*, München 2006, S. 751 ff.

teten – in enger Verbindung mit der Résistance – in der *Travaille Allemande* (TA), auch *Travaille Anti-Allemande* (antideutsche Arbeit), zusammen, wobei eine rege Flugblatt- und Zeitungspropaganda betrieben wurde. Darüber hinaus wurde die direkte Agitation unter deutschen (bzw. österreichischen) Soldaten praktiziert, die zum Desertieren veranlasst werden sollten. Diese äußerst gefährliche und verlustreiche Tätigkeit wurde vor allem von jungen Frauen durchgeführt – die so genannte *Mädelarbeit*. Einzelne AktivistInnen schlossen sich später bewaffneten Gruppen der Résistance an.¹⁶

Die trotzkistische Gruppe „Revolutionäre Kommunisten“ (um Karl Fischer und Georg Scheuer), die 1940 bis 1944 im französischen Untergrund operierte, konnte die 1942 inhaftierte RK-Aktivistin Melanie Berger ein Jahr später in einer bewaffneten Kommandoaktion in Marseille befreien.¹⁷

In den Niederlanden hatte sich der österreichische Medizinstudent Karl Gröger einer holländischen Widerstandsgruppe angeschlossen, der es im März 1943 gelang, das Amsterdamer Einwohnermeldeamt (samt den darin befindlichen für jüdische Zwangsarbeit und Deportation wichtigen Unterlagen) zu sprengen – eine der erfolgreichsten Aktionen des Widerstandes in den Niederlanden, die vielen Jüdinnen und Juden das Leben rettete. Anne Frank berichtete über diese spektakuläre Aktion in ihrem Tagebuch am 27. März 1943. Gröger wurde gemeinsam mit seinen Mitkämpfern vom SS- und Polizeigericht in Den Haag zum Tode verurteilt und am 1. Juli 1943 bei Amsterdam von einem SS-Kommando erschossen. 1986 wurde er posthum als „Gerechter der Völker“ ausgezeichnet.¹⁸

ÖsterreicherInnen in alliierten Streitkräften und Kommandounternehmen

Nach vorsichtigen Schätzungen von Siegfried Beer kämpften rund 10.000 ÖsterreicherInnen in den Armeen Großbritanniens, Frankreichs, der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. In den alliierten Armeen waren die Österrei-

¹⁶ Siehe dazu ausführlich: *Österreicher im Exil: Frankreich 1938–1945. Eine Dokumentation*, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1984.

¹⁷ Georg Scheuer, *Nur Narren fürchten nichts. Szenen aus dem dreißigjährigen Krieg 1915–1945*, Wien 1991, S. 174–179, insbesondere 177 ff.

¹⁸ Wolfgang Neugebauer, *Ansprache bei der Eröffnung der Anne Frank-Ausstellung in der Gedenkstätte Mauthausen*, 13. 9. 1999, www.doew.at, Thema; Mosche Meisels, *Die Gerechten Österreichs*, Tel Aviv 1996, S. 37 ff.

cherInnen in der Regel über alle Truppenkörper verstreut, was die Ortung und die zahlenmäßige Erfassung dieser Rekrutierten, aber auch der Gefallenen schwierig macht.¹⁹

ÖsterreicherInnen, ExilantenInnen wie Kriegsgefangene, wirkten auch in alliierten Kommandounternehmen mit, wo sie zum Zweck der Spionage-, Sabotage- und Partisanentätigkeit über österreichischem Gebiet abgesetzt wurden. Wie schon erwähnt, wurden z. B. die Sozialisten Albrecht Gaiswinkler und Hans Grafl vom SOE im April 1945 im Hölleengebirge abgesetzt und beteiligten sich an der Befreiung des Salzkammerguts.²⁰ Die Spanienkämpfer Siegmund Kanagur (Kennedy), Josef Kraxner und Franz Marx wurden in den letzten Wochen vor der Befreiung vom amerikanischen Kriegsgeheimdienst OSS im Dreiländereck Österreich, Italien und Slowenien als Funkaufklärungstrupp mit dem Fallschirm abgesetzt und konnten ihre Mission ohne Verluste erfolgreich abschließen. Ein aus Österreichern bestehendes, aus der Sowjetunion kommendes Kommando verunglückte beim Absturz des britischen Transportflugzeuges in den bayrischen Bergen, und die Opfer wurden – auf Grund der mitgeführten gefälschten Dokumente – 1945 auf einem Militärfriedhof als „Polen“ bestattet.²¹ Peter Pirker hat die vielfältigen SOE-Operationen in Kärnten-Osttirol eindrucksvoll dargestellt, bei denen österreichische Freiwillige unter besonders gefährlichen Bedingungen zum Einsatz kamen. Der militante Sozialist Hubert Mayr und der Bürgerliche Wolfgang Treichl, die sich als österreichische Patrioten freiwillig für diesen Kampfeinsatz gemeldet hatten, sind dabei gefallen.²²

In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass die Grenzen zwischen Widerstandsaktivitäten und nachrichtendienstlichen Tätigkeiten für die

¹⁹ Siegfried Beer, ÖsterreicherInnen in den westlichen Armeen und Geheimdiensten, in: Karner / Duffek (Hrsg.), *Widerstand*, S. 213–226; Peter Leighton-Langer, X steht für unbekannt. Deutsche und Österreicher in den britischen Streitkräften im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1999; Siegwald Ganglmair, Österreicher in den alliierten Armeen, 1938 bis 1945, in: *Truppendienst. Zeitschrift für Führung und Ausbildung im Bundesheer*, 1990/6, S. 523–536; Wolfgang Muchitsch, *Mit Spaten, Waffen und Worten. Die Einbindung österreichischer Flüchtlinge in die britischen Kriegsanstrengungen 1939–1945*, Wien 1992 S. 56–69.

²⁰ Topf, *Auf den Spuren der Partisanen*, S. 143 ff.

²¹ Landauer / Hackl, *Lexikon*, S. 42 ff.; mündliche Informationen von Dr. Barry McLoughlin.

²² Peter Pirker, *Schöne Zeiten, harte Zeiten. Recherchen über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Rahmen der britischen SOE-Missionen in Friaul/Kärnten/Osttirol 1944*, in: *Zwischenwelt* (2004), 4, S. 12–19; zu Wolfgang Treichl siehe die Autobiographie seines Bruders: Heinrich Treichl, *Fast ein Jahrhundert. Erinnerungen*, Wien 2004. Siehe auch den Beitrag von Peter Pirker im vorliegenden Jahrbuch.

Alliierten fließend waren und dass aus heutiger Sicht der militärische und geheimdienstliche Einsatz für die Alliierten, von NS-Gerichten und Gestapo bzw. heutigen Rechtsextremen als „Hoch-“ oder „Landesverrat“ diffamiert, als integrierender Bestandteil des Kampfes der Anti-Hitler-Koalition und des europäischen Widerstandes zu werten ist.²³

Widerstand von Soldaten und Offizieren

In der öffentlichen Wahrnehmung hat sich in den letzten Jahren durch die zwei Wehrmachtsausstellungen und den 60. Jahrestag des 20. Juli 1944 ein sehr divergierendes Bild der Wehrmacht ergeben. Die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht war notwendig, um die bis dahin tradierte apologetische Sichtweise von der Wehrmacht als ritterlich und heroisch kämpfende Truppe und Hort des Widerstandes aufzubrechen und den Blickwinkel auf die Mitwirkung der Wehrmacht am Holocaust und anderen NS-Verbrechen zu richten. Eine ausgewogene Beurteilung der Wehrmacht hat aber auch zu berücksichtigen, dass diese insgesamt rund 20 Millionen Soldaten umfasste, die zum Großteil nicht freiwillig, sondern zwangsweise eingerrückt waren und von denen nur ein mehr oder weniger kleiner Teil in verbrecherische Handlungen involviert war. Schließlich gehört zu einem vollständigen Bild der Wehrmacht auch die Würdigung des nicht geringen militärischen Widerstandes, der weit über die kleine Gruppe der am Umsturzversuch des 20. Juli beteiligten hohen Offiziere hinausging. Die überwältigende Mehrheit der Verfolgungshandlungen der NS-Militärjustiz richtete sich nicht gegen Offiziere, sondern gegen einfache Soldaten.

Gegen hunderttausende Soldaten wurden von der Militärjustiz Verfahren eingeleitet, tausende Todesurteile wegen Hochverrats, Wehrkraftzersetzung, Wehrdienstverweigerung und Fahnenflucht ausgesprochen und exekutiert. Die nachfolgenden Angaben zum österreichischen Widerstand in der Deutschen Wehrmacht stützen sich vor allem auf die beeindruckende Arbeit über die österreichischen Opfer der Militärjustiz, die Walter Manoschek mit einem Team jüngerer ForscherInnen herausgebracht hat.²⁴ Einschränkend ist vor-

²³ Zur europäischen Dimension siehe: Hans Schafranek / Johannes Tüchel (Hrsg.), *Krieg im Äther. Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg*, Wien 2004.

²⁴ Walter Manoschek (Hrsg.), *Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis, Strafvollzug, Entschädigungspolitik in Österreich*, Wien 2003. Siehe dazu ausführlicher den Beitrag von Thomas Geldmacher in diesem Jahrbuch.

auszuschicken, dass die unzähligen an der Front oder in Besatzungsgebieten von Feldgerichten und anderen Militärgerichten zum Tode verurteilten und hingerichteten Soldaten und Offiziere, insbesondere in der Endphase im April und Mai 1945, noch keineswegs restlos erfasst sind; hier besteht wohl die größte Dunkelziffer hinsichtlich des österreichischen Widerstandes.

Die größte Deliktgruppe der Militärjustiz waren Entziehungsdelikte wie Kriegsdienstverweigerung, Fahnenflucht, unerlaubte Entfernung und Selbstverstümmelung. Die Kriegsdienstverweigerung fand zum Großteil in der ersten Phase des Krieges statt; von 119 erfassten Fällen fallen 71 in den Zeitraum 1939/40. Der Großteil dieser Fälle betraf Zeugen Jehovas, die den nationalsozialistischen Staat rückhaltlos ablehnten und den Kriegsdienst verweigerten. Der lange Zeit von der Katholischen Kirche nicht gewürdigte, 2006 selig gesprochene Kriegsdienstverweigerer Franz Jägerstätter ist ein herausragendes Beispiel für diesen Widerstand aus christlichem Gewissen. Dass von den 60 in der Manoschek-Untersuchung erfassten Todesurteilen 80 % vollzogen wurden, zeigt die Härte der NS-Militärjustiz, die vor allem der Abschreckung und Disziplinierung dienen sollte.²⁵

Das häufigste Entziehungsdelikt war die Desertion, deren Zahl von Thomas Geldmacher in der Manoschek-Studie mit 4000 Urteilen auf der Basis von 400 erfassten hochrechnet. Die Gesamtzahl aller Wehrdienstentziehungen von Österreichern wird von Geldmacher in einer geschätzten Größenordnung von 30.000 bis 50.000 angegeben – bei 1,2 Millionen eingezogenen Soldaten sind das immerhin 3 bis 4 %. Auch in diesen Fällen war die Bestrafung rigoros: In fast der Hälfte der Verfahren wurden Todesurteile verhängt, von denen mehr als 60 % vollstreckt wurden. Geldmacher geht davon aus, „dass zwischen 1200 und 1400 österreichische Fahnenflüchtlinge von der nationalsozialistischen Terrorjustiz hingerichtet wurden“. Im Hinblick auf die Diskussion, dass die Deserteure „Kameradenmörder“ (so der FPÖ/BZÖ-Politiker Kampl) gewesen wären, wird herausgearbeitet, dass 99 % der Deserteure bei ihrer Flucht keine physische Gewalt angewendet haben. Das zweithäufigste Delikt – ca. ein Viertel der erfassten Fälle – war die unerlaubte Entfernung von der Truppe. Hier war der Ermessensspielraum der Richter groß: Die Urteile reichten von Disziplinarstrafen bis zu Todesurteilen.²⁶

²⁵ Manoschek (Hrsg.), NS-Militärjustiz, S. 7.

²⁶ Thomas Geldmacher, „Auf Nimmerwiedersehen!“ Fahnenflucht, unerlaubte Entfernung und das Problem, die Tatbestände auseinander zu halten, in: Manoschek (Hrsg.), NS-Militärjustiz, S. 133–194.

Im Laufe des Krieges, als die Verwundeten- und Gefallenenquoten immer stärker anstiegen, nahmen Selbstverstümmelungen zu, mit denen man sich zumindest eine Zeit lang dem Wehrdienst entziehen konnte. Maria Fritsche beschreibt in ihrer Untersuchung dieser Thematik die dabei angewandten Methoden, zum Großteil mit plumper Gewalt herbeigeführte Arm- und Beinbrüche. Bei der „Simmeringer Variante“ etwa sprang eine zweite Person auf das ausgestreckte Bein des Opfers und verletzte auf diese Weise das Knie- oder Sprunggelenk. Auch der bekannte Fußballer der Wiener Austria und der österreichischen Nationalmannschaft Ernst Stojaspal, damals 19 Jahre alt, ließ sich den Arm brechen und wurde am 26. Oktober 1944 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Er kam damit glimpflich davon, denn in 20 % der aufgedeckten und angeklagten Fälle lautete das Urteil auf Todesstrafe. Bei dem in Wien stationierten Gericht der Division Nr. 177, einer Einheit des Ersatzheeres, steigerte sich die Todesquote 1944/45 durch den „besonderen Eifer“ des Oberfeldrichters Karl Everts, der Spitzel in Reservelazarette einschleuste und Verdächtige foltern ließ.²⁷ So wurden auf seinen Antrag am 8. Dezember 1944 13 von 14 Angeklagten, die meisten unter 20 Jahre alt, wegen „Wehrkraftzersetzung, begangen durch Selbstverstümmelung“ zum Tode verurteilt. Am 7. Februar 1945 leitete Everts den Vollzug der Todesstrafe an diesen 14 Soldaten. Das Exekutionskommando bestand aus 7 Offizieren und 70 Mann; als „Zuschauer“ waren ca. 170 Soldaten von im Raum Wien stationierten Truppenteilen „gestellt“, wodurch offenbar eine abschreckende Wirkung zur Eindämmung der „in Wien grassierenden Selbstverstümmelungsseuche“ erzielt werden sollte.²⁸

Eine relativ häufige, aber durchaus gefährliche Widerstandshandlung war die Mithilfe bei der Entziehung vom Wehrdienst durch Herbeiführung von Krankheiten, Unfällen u. dgl. bzw. durch falsche Befundung von Ärzten. So wurde z. B. Rudolf Dörner, ehemaliger Krankenpfleger und Manager für Theater und Artistik, am 3. März 1944 wegen „Wehrkraftzersetzung durch Beihilfe zur Wehrdienstentziehung von Wehrdienstpflichtigen“ (Verabreichung von Injektionen und Pulvern zur „teilweisen oder vollständigen Herabsetzung der Front- und Wehrdiensttauglichkeit“) festgenommen, vom Reichskriegsgericht (gemeinsam mit Heinrich Moltkau u. a.) zum Tode

²⁷ Maria Fritsche, Die Verfolgung von österreichischen Selbstverstümmelern in der deutschen Wehrmacht, in: Manoschek (Hrsg.), Militärjustiz, S. 195–214, speziell 202.

²⁸ Widerstand und Verfolgung in Wien 1934–1945, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1975, Bd. 3, S. 403 ff.; Fritsche, Verfolgung, S. 203 ff.

verurteilt und am 15. April 1945 auf dem Schießstandgelände in Weiden (Oberpfalz) erschossen.²⁹

Neben den Entziehungsdelikten gab es eine Fülle von „wehrkraftzersetzen Äußerungen“, „Verratsdelikten“ und diversen Widersetzlichkeiten von Soldaten wie Gehorsamsverweigerung, Meuterei oder „Feigheit vor dem Feind“. Auch bei diesen, meist politisch motivierten Tatbeständen kam in zunehmendem Maße die Todesstrafe zur Anwendung.³⁰

Schließlich ist in diesem Zusammenhang auch zu berücksichtigen, dass österreichische Militärangehörige im politisch organisierten Widerstand eine sehr aktive Rolle spielten; es sei nur auf den Legitimisten Hauptmann Karl Burian, auf den Kommunisten Herbert Eichholzer oder die KJV-Aktivisten mit ihrer „wehrkraftzersetzenden“ Agitation verwiesen, die allesamt zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Einige österreichische Soldaten, die sich in alliierter Kriegsgefangenschaft für gefährliche Fallschirmeinsätze in Österreich zur Verfügung stellten, wurden schon erwähnt. Zwei weitere im Kampf um Österreichs Freiheit Gefallene seien hier angeführt: Der Drehergehilfe Franz Reitschmidt, der im August 1942 in russische Kriegsgefangenschaft geraten war und am 1. Lehrgang des österreichischen Sektors der Antifa-Schule Krasnogorsk teilgenommen hatte, wurde Ende 1944 als Fallschirmspringer hinter der Front abgesetzt, verhaftet und am 23. Oktober 1944 in das Wehrmachtsuntersuchungsgefängnis Wien-Hardtmutthgasse eingeliefert. Er überlebte die Haft nicht und wurde 1947 für tot erklärt. Der im Jänner 1942 einberufene Willibald Wagner, Gefreiter und Postkraftwagenlenker, geriet Anfang August 1942 in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Er wurde als Fallschirmspringer angeworben und sollte ab Februar 1943 hinter den deutschen Linien eingesetzt werden. Am 19. Juni 1943 wurde Wagner in Smolensk festgenommen, am 20. März 1944 vom Reichskriegsgericht wegen „Fahnenflucht“ zum Tode verurteilt und am 2. Mai 1944 hingerichtet.³¹

Nicht wenige Österreicher in der Deutschen Wehrmacht wirkten in den Besatzungsgebieten mit dortigen Widerstandsgruppen zusammen oder halfen Verfolgten, insbesondere Juden. Der aus Wien stammende Feldwebel Anton Schmid verhalf in dem – vom Österreicher Franz Murer kommandierten – Getto Wilna ca. 300 Jüdinnen und Juden zur Flucht nach Weißrussland und damit zum – zumindest vorübergehenden – Überleben. Wie Oskar Schindler beschäftigte er in den Werkstätten der „Versprengtensammelstelle“

²⁹ www.doew.at, Nicht mehr anonym.

³⁰ Manoschek (Hrsg.), NS-Militärjustiz, S. 8.

³¹ www.doew.at, Nicht mehr anonym.

in Wilna weitaus mehr jüdische MitarbeiterInnen als erforderlich und verhinderte so deren Deportation. Außerdem half er der dortigen, von Abba Kovner geleiteten bewaffneten jüdischen Widerstandsbewegung unter Ausnutzung seiner militärischen Stellung. Nach seiner Verhaftung im Februar 1942 wurde er nach § 90 MStGB und § 32 RStGB von einem Feldgericht zum Tode verurteilt und am 13. April 1942 erschossen. 1962 wurde er posthum als „Gerechter der Völker“ geehrt, und 2000 wurde eine Bundeswehrkaserne in Kiel nach ihm benannt.³²

Der 1943 zur Deutschen Wehrmacht eingezogene Otto Schimek, wie Schmid aus Wien-Leopoldstadt, weigerte sich – aus christlicher Überzeugung – mehrfach an Erschießungen von polnischen Zivilisten teilzunehmen. Der 19-Jährige wurde von einem fliegenden Standgericht der 544. Volksgrenadierdivision am 28. Oktober 1944 wegen „Feigheit vor dem Feinde“ und „Fahnenflucht“ zum Tode verurteilt und am 14. November 1944 in Lipiny (Polen) von einem Erschießungskommando exekutiert. Schimek genießt in Polen große Anerkennung; Papst Johannes Paul II. nannte ihn einen Märtyrer des Gewissens.³³

Ein ähnliches Schicksal erlitt der aus Tirol stammende Soldat Walter Krajnc. Er wurde nach Absolvierung seines Jusstudiums wegen seiner betont katholischen und österreichisch-patriotischen Einstellung – er war Mitglied der Marianischen Kongregation und der katholischen Hochschulverbindung Vindelicia – 1938 nicht zum Gerichtsdienst zugelassen. 1940 zur Wehrmacht eingezogen, knüpfte er im November 1942 in Südfrankreich Kontakte zur dortigen Résistance. Am 12. Juli 1944 wurde er verhaftet und von einem Feldgericht zum Tod verurteilt. Ob der Grund seiner Verurteilung in seiner Kritik an Geisellerschießungen oder in einer Verweigerung der Teilnahme lag, ist unklar; jedenfalls reichten die bekannt gewordenen Verbindungen zur Résistance zur Verhängung der Höchststrafe aus. Walter Krajnc wurde am 29. Juli 1944 erschossen; eine Gedenktafel auf dem Friedhof von Les Angles bei Avignon erinnert an diesen österreichischen Widerstandskämpfer.³⁴

³² Arno Lustiger, Feldwebel Anton Schmid. Judenretter in Wilna 1941–1942, in: Wolfram Wette (Hrsg.), Retter in Uniform. Handlungsspielräume im Vernichtungskrieg der Wehrmacht, Frankfurt/M. 2002, S. 45–67; Siegwald Ganglmair, Feldwebel Anton Schmid, in: Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Wien 2002, S. 25–40; DÖW 20.000/S229 (Feldurteil).

³³ Jan Mikrut, Otto Schimek, in: Jan Mikrut (Hrsg.), Blutzeugen des Glaubens. Martyrologium des 20. Jahrhunderts, Bd. 1, Wien 1999, S. 201–215; DÖW 20.000/S 190 (Feldurteil).

³⁴ Alfons Penz, Walter Krajnc, in: Mikrut (Hrsg.), Martyrologium, Bd. 3, S. 67–75.

Die „wehrdienstunwürdigen“, gerichtlich verurteilten Widerstandskämpfer wurden ab 1943 in die berüchtigten Strafeinheiten wie das Strafbataillon 999 gepresst. Diese Einheiten waren naturgemäß aus NS-Sicht äußerst unverlässlich – an der Ostfront gingen ganze Einheiten zur Roten Armee über. Nicht wenige deutsche und österreichische Soldaten schlossen sich in Griechenland, Jugoslawien, Frankreich, aber auch in Kärnten und anderswo den Partisanen an.³⁵ So lief der 1941 eingezogene und in Griechenland stationierte Mathias Lavender im Oktober 1943 zu den griechischen Partisanen über und kämpfte in der ELAS gegen die deutsche Wehrmacht, bis er Anfang 1945 von der englischen Armee entwaffnet und in Kriegsgefangenschaft gebracht wurde. Der burgenländische Kroatje Johann Müller aus Großwarasdorf, Korporal der Wehrmacht, schloss sich 7. Februar 1945 am Siroki Brijeg der jugoslawischen Volksbefreiungsarmee an und diente bis Kriegsende als Dolmetscher bei verschiedenen Stäben.³⁶

Eine der dramatischsten Aktionen spielte sich am Ende und nach Ende des Krieges in Norwegen ab. Im Gebirgs-Artillerie-Regiment 118 wurde bekannt, dass der Regimentskommandeur befohlen hatte, auch nach der am 8. Mai 1945 in Kraft tretenden bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht weiterzukämpfen. Eine ganze Batterie, insgesamt 60 Mann, überwiegend Österreicher, widersetzte sich diesem Befehl und versuchte unter der Führung des Obergefreiten Wilhelm Grimburg nach Schweden zu flüchten. Von „Fahnenflucht“ kann angesichts des mit der Kapitulation eingetretenen Untergangs Hitlerdeutschlands und der am 27. April 1945 erfolgten Unabhängigkeitserklärung der Republik Österreich, in der alle dem Deutschen Reich geleisteten Gelöbnisse aufgehoben und die „staatsbürgerlichen Pflicht- und Treueverhältnisse“ wiederhergestellt wurden, wohl nicht mehr gesprochen werden. Im Zuge der Auseinandersetzung erschoss Grimburg zwei nazistisch gesinnte Offiziere, die sich dem Unternehmen entgegenstellen wollten. Der Großteil der Gruppe erreichte die rettende, 17 Kilometer entfernte schwedische Grenze. In Schweden half der sozialdemokratische Exi-

³⁵ Siehe dazu u. a.: Heinz Kühnrich, 999er zwischen Adria und Ägäis, in: Stefan Doernberg (Hrsg.), Im Bunde mit dem Feind, Berlin 1995, S.189–232, sowie die Berichte der österreichischen 999er Dr. Fritz Hanacik und Adalbert Eibl in der DÖW-Bibliothek. Der Autor hat in den Jahren 1968/69 mehrere Interviews mit 999ern durchgeführt, die im DÖW archiviert sind.

³⁶ Widerstand und Verfolgung im Burgenland 1934–1945, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 1979, S. 240.

lant Bruno Kreisky den Flüchtlingen, insbesondere wurde eine Auslieferung an die in Norwegen trotz Kapitulation und britischer Militärherrschaft weiter wirkende Wehrmacht justiz verhindert. 15 Soldaten, die auf der Flucht gefangen genommen worden waren, kamen am 9. Mai 1945 vor das Gericht der 6. Gebirgs-Division. Zwei Tage nach der deutschen Kapitulation, am 10. Mai 1945, wurden vier Todesurteile gegen österreichische Soldaten vollstreckt. Weitere neun Todesurteile erfolgten in Abwesenheit.³⁷

In der Endphase des Zweiten Weltkriegs, als die Niederlage Hitlerdeutschlands feststand, bemühten sich viele Soldaten und Offiziere der Wehrmacht, die sinnlos gewordenen, verlustreichen Kämpfe abzukürzen und insbesondere Ortschaften und Städte kampflös an die alliierten Streitkräfte zu übergeben. Dabei ging es vielfach auch um die Verhinderung der von Hitler in den Nero-Befehlen angeordneten Zerstörungen von Gebäuden, Betrieben, Verkehrs- und Nachrichtenverbindungen etc. Bis in den Mai 1945 wurden diese Widerstandsaktivitäten durch Standgerichte von Wehrmacht, SS und NSDAP brutal zu unterdrücken versucht, wobei unzählige Soldaten und Offiziere, aber auch beteiligte Zivilisten in meist gar nicht mehr dokumentierten Schnellverfahren exekutiert wurden. Zu diesen Helden, die unter Einsatz ihres Lebens Menschen und Städte vor Schaden bewahren wollten, gehörte Oberstleutnant Josef (Ritter von) Gadolla aus Graz. Gadolla, bereits aktiver Offizier in der österreichisch-ungarischen Monarchie, bei der Volkswehr und im österreichischen Bundesheer der Ersten Republik, wurde Anfang 1945 Kampfkommendant der Stadt Gotha; eine Verteidigung hielt er allerdings für völlig sinnlos und versuchte die Stadt am 3. April kampflös den amerikanischen Streitkräften zu übergeben. Er wurde verhaftet, am 4. April 1945 in Weimar vom Standgericht der Wehrmachtskommandantur zum Tode verurteilt und am 5. April 1945 erschossen. Seine letzten Worte waren: „Damit Gotha leben kann, muss ich sterben!“ Gotha konnte dank Gadollas Verhalten am 4. April von der 3. US-Panzerdivision kampflös

³⁷ DÖW 19.721 u. 6947a; Geldmacher, „Auf Nimmerwiedersehen!“, S. 153. Das gegen Dr. Wilhelm Grimburg eingeleitete Verfahren vor einem österreichischen Gericht wurde eingestellt. Ein von Grimburg angestregtes Ehrenbeleidigungsverfahren gegen die Zeitschrift *Neue Ordnung*, in der Grimburg als Mörder bezeichnet worden war, endete mit der Verurteilung der Diffamierer. Das DÖW erstattete durch Rechtsanwalt Dr. Robert M. W. Kempner Strafanzeige gegen die – in der BRD in hohen Funktionen tätigen – Richter und Anklagevertreter des Terrorurteils vom 10. Mai 1945, was jedoch – wie fast alle Verfahren gegen NS-Justizfunktionäre – ergebnislos blieb.

eingonnen werden, und auch die US-Bomberverbände verschonten die Stadt.³⁸

Oberleutnant Hugo Pepper war 1945 an militärischen Widerstandsaktivitäten im westlichen Niederösterreich beteiligt. Pepper, an sich aus linkem Milieu kommend und sozialistisch gesinnt, war 1938 als Schüler im RG 18 in Wien als Beteiligter an einer eher „vaterländisch“ geprägten Jugendwiderstandsgruppe von der Gestapo festgenommen worden, das Verfahren wurde aber 1940 eingestellt und er wurde zur Wehrmacht eingezogen, wo er zum Offizier ausgebildet wurde. Pepper fand Anschluss an einen von Hauptmann Estermann geführten Widerstandskreis im Wehrkreis XVII. Seine mit Major Szokoll und anderen Widerstandskämpfern kooperierende Einheit, die Ersatzabteilung des Artillerieregiments 109, wurde in den Raum Amstetten verlegt, wo alle Befehle zur Zerstörung der Infrastruktur sowie die Bewaffnung des Volkssturmes sabotiert werden konnten. Der von der Gestapo verhaftete Hauptmann Estermann konnte gewaltsam befreit werden, und in der Folge kam es Anfang Mai 1945 zu Kämpfen mit der SS um die Ortschaft Groß Hollenstein, die mehrere Tote forderten.³⁹

Der 20. Juli 1944, die militärische Widerstandsgruppe um Carl Szokoll und die O5

Zweifellos war der 20. Juli 1944 die wichtigste Aktion des militärischen Widerstandes, weil sie unmittelbar auf den Sturz Hitlers und des NS-Regimes abzielte und dieses Ziel beinahe erreichte. Ich hielt es für eine sehr verengte, ja gehässige Interpretation, die Verschwörung der hohen Offiziere und ihres politischen Umfeldes bloß als letzten Versuch der herrschenden Eliten zur Rettung des deutschen Imperialismus zu sehen, wie es in der DDR-Historiographie lange Zeit der Fall war. Es gab in dem breiten politischen

³⁸ Egon Ehrlich / Helga Raschke, Josef Ritter von Gadolla. Ein Grazer Offizier im militärischen Widerstand, in: Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Wien 2003, S. 162–191; Matthias Priestoph, Josef Ritter von Gadolla. Gedenkschrift der Residenzstadt Gotha, Gotha 1998, S. 18 ff.

³⁹ Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten, Bd. 1: Arbeiterbewegung, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes u. Institut für Wissenschaft und Kunst, Wien–München 1985. Bearbeitung u. Zusammenstellung: Siglinde Bolbecher, Brigitte Galanda, Konstantin Kaiser, Brigitte Lichtenberger-Fenz, Wolfgang Neugebauer, Andreas Pittler, S. 254 ff.

Spektrum des 20. Juli reaktionäre Kräfte, die mit Demokratie und pluralistischem Parteienstaat nichts am Hut hatten, und deutsche Patrioten, die den Krieg zu günstigen Bedingungen beenden und möglichst viele Gebiete, darunter auch Österreich, bei Deutschland belassen wollten. Es darf aber nicht übersehen werden, dass die Offiziersverschwörer, allen voran Graf Stauffenberg, bemüht waren, eine breitere politische Basis zu schaffen und viele Kontakte zu NS-Gegnern aus verschiedenen Lagern geknüpft hatten. Neben dem Kreisauer Kreis der liberalen Aristokraten um Helmuth James Graf Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg sowie Christdemokraten waren deutsche Sozialdemokraten und Gewerkschafter in die Aktion einbezogen; zuletzt wurden auch kommunistische Widerstandskämpfer kontaktiert. Ein Gelingen dieser Widerstandsaktion hätte jedenfalls das NS-Regime sofort beseitigt und noch Millionen Menschen vor dem Tod im Krieg und in der Nachkriegszeit bewahrt.

Der Plan des Umsturzes, die „Operation Walküre“, war ebenso einfach wie genial. Ein für Unruhen im Reich ausgearbeiteter Generalstabsplan, der die Übernahme der vollziehenden Gewalt durch die Wehrmacht vorsah, wurde aktiviert, wobei die normale militärische Befehlskette – von oben nach unten – auch solche Leute eingebunden hätte, die gar nicht in die Verschwörung eingeweiht waren. Ein entscheidender Fehler im Konzept war gewiss, dass Oberst Stauffenberg, das Herz und Hirn dieser Aktion, gleichzeitig das Attentat auf Hitler in der Wolfsschanze und die Leitung der Aktion in Berlin durchführen sollte.⁴⁰

Zu Österreich bestanden zwei Schienen: Zum einen wurden auf der politischen Ebene von deutschen Sozialdemokraten und Christdemokraten österreichische Gesinnungsfreunde, u. a. Adolf Schärf, Felix Hurdes und Lois Weinberger, kontaktiert. Adolf Schärf hat in seinen Erinnerungen die Dramatik dieser Besprechungen eindrucksvoll festgehalten: Das Verbleiben bei Deutschland nach einem Sturz Hitlers wurde österreichischerseits abgelehnt. Dessen ungeachtet wurden in einem Fernschreiben der Berliner Militärverschwörer der Sozialdemokrat Karl Seitz und der Christlichsoziale Josef Reither als politische Beauftragte für den Wehrkreis XVII angeführt, was deren Verhaftung nach dem Scheitern der Aktion zur Folge hatte. Zum anderen lief auf der militärischen Ebene die Verbindung Stauffenbergs über

⁴⁰ Siehe dazu u. a.: Gerd R. Ueberschär, Der militärische Umsturzplan „Walküre“, in: Peter Steinbach / Johannes Tuchel (Hrsg.), *Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur 1933–1945*, Berlin 2004, S. 489 ff.

Oberstleutnant i. G. Robert Bernardis, einen ursprünglichen NS-Sympathisanten, zu einigen im Wehrkreiskommando XVII in Wien tätigen Offizieren: Hauptmann Carl Szokoll, Oberst Rudolf Graf Marogna-Redwitz, ein antinazistisch gesinnter Reichsdeutscher, und Oberst i. G. Heinrich Kodré, ein Ritterkreuzträger, der 1935 der illegalen NSDAP beigetreten war. Es war das Verdienst vor allem des mutig und entschlossen handelnden Carl Szokoll, dass die Aktion in Wien gelang und führende Wiener NS-Funktionäre vorübergehend festgenommen werden konnten. Erst das Scheitern des Aufstands in Berlin führte zum Ende der Wiener Aktion. Während Oberstleutnant Robert Bernardis und Oberst Rudolf Marogna-Redwitz aus der Wehrmacht ausgestoßen und vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden (am 8. August bzw. 12. Oktober 1944) und der gleichfalls unehrenhaft entlassene Oberst Kodré Anfang 1945 in das KZ Mauthausen kam, blieb Szokoll unentdeckt und konnte im Widerstand weiterwirken.⁴¹

Der inzwischen zum Major beförderte Carl Szokoll baute systematisch ein Netz von österreichisch gesinnten Offizieren und Soldaten im Wehrkreis XVII auf und nahm ab Herbst Verbindungen zur Widerstandsgruppe O5 auf, um auch den zivilen Widerstand in den beim Heranrücken der alliierten Truppen geplanten Aufstand einzubinden.

Die Widerstandsgruppe O5, die größte und bekannteste überparteiliche Widerstandsgruppe in der Endphase des NS-Regimes 1944/45 wurde nicht zuletzt deshalb zu einem politischen Faktor, weil sie über den jungen, mutigen und intelligent operierenden Soldaten Fritz Molden eine feste Verbindung mit den Westalliierten herstellen konnte. Der schon ab 1938 im katholisch-konservativen Jugendwiderstand tätige, 1940 erstmals festgenommene Molden war als Wehrmatsangehöriger im Sommer 1944 zu italienischen Partisanen desertiert und dann in die Schweiz geflüchtet. Er konnte das Vertrauen von Allan W. Dulles, dem Leiter des OSS in Bern, gewinnen, mit dem er, unterstützt von den Exilösterreichern Kurt Grimm und Hans Thalberg,

⁴¹ Widerstand und Verfolgung in Wien, Bd. 3, S. 409 ff.; Ludwig Jedlicka, 20. Juli 1944 in Österreich, Wien 1965, S. 50 ff.; Karl Glaubauf, Robert Bernardis. Österreichs Stauffenberg, Wien 1994, S. 41 ff.; Karl Glaubauf, Oberst i. G. Heinrich Kodré. Ein Linzer Ritterkreuzträger im militärischen Widerstand, in: Jahrbuch des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, Wien 2002, S. 41–68.

Robert Bernardis hatte als Ic des 51. Armeekorps noch am 12. 7. 1941 eine „Beurteilung der strategischen Lage“ abgegeben, in der der Angriffskrieg Hitlerdeutschlands gegen die Alliierten als „Kampf gegen das Weltjudentum“ gerechtfertigt wurde (DÖW 51.318, Kopien aus dem Bundesarchiv – Militärarchiv Freiburg).

nun eng zusammenarbeitete. In der Folge pendelte Molden, mit gefälschten Papieren und unter größtem Risiko, mehrmals zwischen Wien, Tirol und der Schweiz, um Gespräche zu führen und Nachrichten auszutauschen, und trug wesentlich zur Aktivierung der Widerstandsarbeit der O5 in Österreich bei.⁴² Mit der um Carl Szokoll gescharten militärischen Widerstandsgruppe im Wehrkreiskommando XVII arbeitete die O5 eng zusammen und war in die Planungen des Aufstands im April 1945 eingebunden, jedoch nicht im Sinne einer politischen Leitungsinstanz.

Um Wien das Schicksal des lang umkämpften und weitgehend zerstörten Budapest zu ersparen, entwickelte Carl Szokoll den Plan zur kampflosen Übergabe der Stadt Wien an die Rote Armee – die Operation Radetzky. Zu diesem Zweck schickte er Anfang April 1945 seinen Mitstreiter Oberfeldwebel Ferdinand Käs in das Hauptquartier der heranrückenden Roten Armee in Hochwolkersdorf – ein äußerst gefährliches, aber geglücktes Unterfangen. Bei dieser Besprechung wurde vereinbart, dass die Widerstandsbewegung im Zusammenwirken von militärischen und zivilen Gruppen in Wien einen Aufstand durchführen und die Rote Armee – nach Möglichkeit kampflos – von Westen in die Stadt einrücken werde. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die Frage, ob die Rote Armee erst aufgrund Szokolls Vorschlag die Westumgehung Wiens durchführte oder eine solche schon vorher geplant hatte (was der Verfasser annimmt), nicht geklärt ist, zumal keine militärhistorische Arbeiten über die sowjetischen Planungen und Operationen auf der Grundlage russischer Quellen vorliegen. Jedenfalls wurde der Aufstandsplan verraten – u. a. vom Inhaber einer bekannten Wiener Maturaschule – und drei österreichische Mitkämpfer von Szokoll – Major Karl Biedermann, Hauptmann Alfred Huth und Oberleutnant Rudolf Raschke – wurden von einem SS-Standgericht noch am 8. April 1945 zum Tode verurteilt und auf brutale Weise gehenkt.⁴³

Die Kämpfe und Zerstörungen konnten infolge des Scheiterns des Aufstands zwar nicht verhindert werden, doch die sowjetischen Streitkräfte er-

⁴² Fritz Molden, Fepolinski und Waschlapski auf dem berstenden Stern, Wien–München–Zürich 1976, S. 265 ff.; Luža, Widerstand, S. 240 ff.

⁴³ Widerstand und Verfolgung in Wien, Bd. 3, S. 412 ff., 427 ff.; Luža, Widerstand, S. 258 ff.; Otto Molden, Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938–1945. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung, Wien–München 1958, S. 218 ff.; Barbara Stelzl-Marx, Carl Szokoll und die Sowjets, in: Karner / Duffek (Hrsg.), Widerstand, S. 167–194.

oberten Wien relativ schnell – wohl auch auf Grund der Zersetzungsarbeit der österreichischen Widerstandskräfte in der Wehrmacht. Major Szokoll (u. a. Widerständler) wurde nach Ende der Kämpfe zweimal von der sowjetischen Besatzungsmacht wegen seiner Kontakte zu der als US-Geheimdienstorganisation angesehenen O5 verhaftet und verhört, aber bald wieder freigelassen und später vollständig rehabilitiert.⁴⁴ Anlässlich seines Todes 2004 richtete der Botschafter der Russischen Föderation ein Kondolenzschreiben an das DÖW, in dem die historischen Leistungen Carl Szokolls gewürdigt wurden.

Obwohl sich Carl Szokoll durch seine Widerstandsaktivitäten größte Verdienste erworben hatte, blieb der Dank des offiziellen Österreich nach 1945 aus. Das österreichische Bundesheer wollte ihn nicht; für die das Heer dominierenden ehemaligen Wehrmachts- und SS-Angehörigen waren Szokoll und die anderen Widerstandskämpfer „Eidbrecher“ und „Verräter“ – Vorurteile, die bis heute bestehen, wie die unwürdige Diskussion um eine Kasernenbenennung nach Robert Bernardis 2004 zeigte. Carl Szokoll reüssierte dennoch im Berufsleben, vor allem als Filmproduzent, der Glanzlichter des österreichischen Nachkriegsfilms wie „Der letzte Akt“ oder „Der Bockerer“ schuf. Erst spät fand Szokoll die ihm gebührende Anerkennung – u. a. wurde er Bürger der Stadt Wien.

Die Tiroler Widerstandsbewegung 1944/45

Gegen Ende 1944 und Anfang 1945 formierten sich verschiedene Widerstandskreise allmählich zu einer Tiroler Widerstandsbewegung, wobei auch hier Fritz Molden mit seinen Verbindungen zum OSS und zur O5 eine wichtige Rolle spielte. Die von ihm initiierte Entsendung eines OSS-Kommandos nach Innsbruck bedeutete eine moralische und politische Unterstützung für den Widerstand. Im Winter 1944 kehrte der 1909 in Innsbruck geborene Karl Gruber, ein tatkräftiger und entschlossener Mann, der schon während seiner beruflichen Tätigkeit in Berlin Kontakte zum OSS in der Schweiz geknüpft hatte, nach Innsbruck zurück und übernahm die Führung der Wi-

⁴⁴ Stelzl-Marx, ebenda; Vasilij Christoforov, Zu den Dokumenten über die österreichische Widerstandsbewegung aus dem Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation, in: Karner / Duffek, Widerstand (Hrsg.), S. 195–212.

derstandsbewegung.⁴⁵ Zur O5 in Wien bestanden enge Verbindungen, doch waren die Tiroler eine eigenständige Gruppe. Wichtigstes Ziel war, Innsbruck und Tirol beim Heranrücken der US-Truppen zu befreien, wofür vor allem zahlreiche Widerstandssympathisanten in den in Tirol stationierten Wehrmachtseinheiten, wie z. B. der (reichsdeutsche) Major Werner Heine, zur Verfügung standen.

Eine der wichtigsten und gefährlichsten Aktionen des Tiroler Widerstandes war die Kontaktaufnahme mit den heranrückenden amerikanischen Truppen, die am 30. April 1945 am Gendarmerieposten Zirl durch Oberleutnant Ludwig Steiner, den Sohn eines im KZ Dachau inhaftierten Christlichsozialen, erfolgte. Dabei wurde das Zusammenwirken bei der Befreiung Innsbrucks besprochen.

Am 2. Mai 1945 begann die militärische Befreiungsaktion der Widerstandsbewegung: Alle wichtigen Kasernen, Polizeistationen, Rundfunksender u. dgl. wurden besetzt, der Wehrmachtskommandant von Tirol und der Innsbrucker Polizeipräsident wurden gefangen genommen; bei der Besetzung des Landhauses fiel der Gymnasialprofessor Franz Mair. Am Nachmittag des 3. Mai 1945 war Innsbruck in den Händen der Tiroler Widerstandsbewegung, und am Abend marschierten die US-Truppen unter dem Jubel der Bevölkerung kampflos in die befreite Stadt ein.⁴⁶ Nicht zuletzt wurden dadurch Menschenverluste und Zerstörungen, die eine militärische Eroberung erfordert hätte, verhindert. Der Führer der Widerstandsbewegung Karl Gruber wurde der erste Landeshauptmann des befreiten Tirol. Zweifellos war die Befreiungsaktion in Innsbruck eine der wichtigsten Leistungen des österreichischen Widerstandes.

Fazit

Gemessen an der großen Zahl der Opfer waren die praktischen Ergebnisse des Widerstandskampfes – etwa in Richtung einer Gefährdung des NS-Regimes, einer ernstlichen Schädigung der NS-Kriegsmaschinerie oder der Erringung der Hegemonie in der Bevölkerung – eher bescheiden. Die Befreiung

⁴⁵ Luža, *Widerstand*, S. 197 f.

⁴⁶ *Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934–1945*, Bd. 2, S. 573 ff.; Luža, *Widerstand*, S. 277 ff.; Horst Schreiber, *Nationalsozialismus und Faschismus in Tirol und Südtirol. Opfer – Täter – Gegner*, Innsbruck–Wien–Bozen 2007, S. 303 ff.

Österreichs von der NS-Herrschaft war nicht das Werk einer Revolution von unten oder eines nationalen Freiheitskampfes, sondern das ausschließliche Verdienst der alliierten Streitkräfte, von denen mehr als 30.000 Soldaten 1945 auf österreichischem Boden gefallen sind, also wesentlich mehr als alle Opfer des österreichischen Widerstandes zusammen. Die WiderstandskämpferInnen konnten nicht die Mehrheit der Bevölkerung auf ihre Seite bringen, standen sie doch auch in der Nachkriegszeit gegenüber den „Pflichterfüllern“ in Wehrmacht, SS und Partei politisch-gesellschaftlich zurück.⁴⁷ Dennoch darf der Widerstandskampf nicht als eine sinnlose oder vergebliche Sache abgetan werden. Er zeigte, dass nicht alle ÖsterreicherInnen – wie es die 99,7 %-Volksabstimmung vom April 1938 der Welt vorgaukeln sollte – im Lager des Nationalsozialismus standen. Der österreichische Widerstand hatte vor allem einen politischen Stellenwert, und zwar im Sinne der Moskauer Deklaration der Alliierten 1943, in der ein eigener Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung gefordert wurde, der bei der endgültigen Regelung des Status Österreichs berücksichtigt werden würde. Dies ist im Zuge der Staatsvertragsverhandlungen nach 1945 tatsächlich geschehen.⁴⁸

⁴⁷ Ernst Hanisch, *Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert*, Wien 1994, S. 390.

⁴⁸ Gerald Stourzh, *Geschichte des Staatsvertrages 1945–1955. Österreichs Weg zur Neutralität*, 2., neu bearb. u. erw. Aufl., Graz 1980, S. 27 ff., 179.

THOMAS GELDMACHER

TÄTER ODER OPFER, WIDERSTANDSKÄMPFER ODER FEIGLINGE?

Österreichs Wehrmachtsdeserteure und die Zweite Republik

62 Jahre nach Kriegsende

Am 1. Juni 2007 erhielt Richard Wadani aus den Händen der Wiener Stadträtin Sonja Wehsely – die Bürgermeister Michael Häupl vertrat – das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs. Er dürfte der erste Wehrmachtsdeserteur gewesen sein, dem diese Auszeichnung zuteil wurde. Wadanis Fahnenflucht im Jahr 1944 fand aber in der Laudatio der Stadträtin keine Erwähnung. Gelobt wurde vielmehr der Beitrag, den Exilösterreicher in der britischen Armee für die Befreiung Österreichs geleistet hatten – auch Wadani hatte nach seinem Überlaufen in der tschechoslowakischen Armee, einem Teil der britischen Streitkräfte, gegen das Dritte Reich gekämpft.¹

Es fällt schwer, an einen Lapsus oder eine Verkettung dummer Zufälle zu glauben. Immer noch ist das Verhältnis der Republik zu ihren Wehrmachtsdeserteuren auffallend verkrampt. Noch immer befürchten PolitikerInnen fast aller Couleurs, bei expliziter Anerkennung der Leistungen österreichischer Deserteure all jene Männer ins Unrecht zu setzen, die in den Reihen der Wehrmacht treu ihre vermeintliche Pflicht erfüllten und bis zur Kapitulation „bei der Stange blieben“. Dass an dieser Stange das Hakenkreuzbanner und nicht etwa die rotweißbrote Flagge hing, wird nach wie vor häufig vergessen.

„Nun sag, wie hast du’s mit den Deserteuren?“, ist die vergangenheitspolitische Gretchenfrage, um deren Beantwortung sich der politische Mainstream seit 1945 gerne drückt. Jenseits der Großparteien sind die Positionen jedoch bezogen: Die Grünen engagieren sich seit mittlerweile zehn Jahren für die Rehabilitierung und gesellschaftliche Anerkennung der Wehrmachts-

¹ Vgl. „Kopf des Tages“, Der Standard, 2. 6. 2007.

deserteure², und auch für die Rechte liegt der Fall klar: „Deserteure sind Täter“, gab stellvertretend für das in diesem Segment propagierte Geschichtsbild der nunmehrige FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache vor wenigen Jahren zu Protokoll, da sie „Unschuldige am Gewissen“ hätten.³

Dieser Artikel widmet sich, ausgehend von vier Fallgeschichten, den Deserteursbildern, die zu je unterschiedlichen Zeitpunkten der Zweiten Republik vorherrschend waren. Der Bogen spannt sich dabei von den unmittelbaren Nachkriegsmonaten, als der Deserteur noch ein Patriot war, der „sich weigerte, gegen sein Vaterland für fremde Interessen zu kämpfen“,⁴ über die Blütezeit der Opferthese, in der ehemalige Deserteure vorwiegend als verurteilte Straftäter betrachtet wurden, und die allmähliche Infragestellung der „Pflichterfüllung“ im Zuge der Waldheim-Affäre bis hin zur denkwürdigen Entschließung des Nationalrates im Jahr 1999 und die daran anschließenden wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Initiativen zur Rehabilitierung der durch die NS-Militärjustiz Verfolgten. Der Beitrag endet mit einem Appell für die überfällige Errichtung eines Deserteursdenkmals in Wien und die historische Aufarbeitung des NS-Militärjustiz-Standortes Wien, eines der zentralen Knotenpunkte des Terrors.

Vier Geschichten

Nun also, die Deserteure: Opfer des Nationalsozialismus? Verräter an den eigenen Kameraden? Widerstandskämpfer? Feiglinge? Oder doch aufrechte Patrioten? Pauschale Kategorien werden den komplexen Realitäten genauso wenig gerecht wie die rückwirkende Unterstellung mehr oder weniger ehrenhafter Motive. Die Fahnenflucht war aber zuallererst eine zutiefst individuelle Entscheidung, ein Aufbegehren des Individuums gegen die Maschine, die entmenslichte und unmenschliche Institution Wehrmacht. Die Desertion wird nur aus einer persönlichen Perspektive verständlich. Aus diesem Grund sollen hier vier Einzelgeschichten vorgestellt werden, wobei ich mich bemühe, auf nachträgliche Psychologisierungen weitgehend zu verzichten.

² Vgl. dazu ausführlich Hannes Metzler, *Ehrlos für immer? Die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure in Deutschland und Österreich*, Wien 2007.

³ *Falter* 12/2005, 23. 3. 2005.

⁴ So ein österreichischer Staatsanwalt im Jahr 1946. Zit. n. Hellmut Butterweck, *Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter*, Wien 2003, S. 99 f.

Alle vier von mir zu Illustrationszwecken gewählten Männer haben den Krieg überlebt. Dies darf aber nicht den Blick darauf verstellen, dass die NS-Militärjustiz Schätzungen zufolge rund 20.000 Todesurteile gegen Deserteure verhängte, von denen 16.000 auch vollstreckt wurden.⁵ Es ist davon auszugehen, dass sich unter diesen Todesopfern zwischen 1200 und 1400 Österreicher befunden haben.⁶

„Der Querulant“? Franz Piontek⁷

Franz Piontek wurde am 3. Dezember 1924 in Wien geboren. Sein Vater kämpfte im Februar 1934 aufseiten der Sozialdemokraten. Nach dem „Anschluss“ begann Piontek eine Lehre als Kammacher. Er weigerte sich, in die Hitlerjugend einzutreten. Stattdessen schloss er sich den so genannten Schlurfs an: Er hörte verbotene Musik, trug weite Hosen und lange Haare und lieferte sich immer wieder Schlägereien mit Angehörigen der HJ. Zweimal wurden ihm auf offener Straße die Haare geschoren.

Aufgrund seines Berufs war Piontek vom Reichsarbeitsdienst befreit. Im Oktober 1942 wurde er direkt zur Wehrmacht eingezogen. Nach über einem Jahr an der Ostfront beging Piontek eine Befehlsverweigerung, wofür er mit 14 Tagen Haft bestraft wurde. Da die Strafe an der Front nicht verbüßt werden konnte, wurde sie aufgeschoben. Dank einer Verwundung und anschließendem Lazarettaufenthalt gelangte Piontek im Herbst 1943 wieder zu seiner Einheit in Linz, von wo aus er mehrmals unerlaubterweise nach Wien fuhr. Als seine Truppe wieder an die Front verlegt werden sollte, kehrte er nicht zurück, wurde aber rasch verhaftet und am 7. Dezember 1943 wegen unerlaubter Entfernung zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Piontek trat seine Strafe in der Linzer Schlosskaserne an, aber schon nach wenigen Tagen gelang ihm die Flucht. Er schaffte es nach Wien, wo er bei einer Tante Unterschlupf fand, aber bereits nach wenigen Tagen von einer

⁵ Vgl. Manfred Messerschmidt, *Die Wehrmachtjustiz 1933–1945*, Paderborn 2005, S. 393 f.

⁶ Vgl. Thomas Geldmacher, „Auf Nimmerwiedersehen!“ Fahnenflucht, unerlaubte Entfernung und das Problem, die Tatbestände auseinander zu halten, in: Walter Manoschek (Hrsg.), *Opfer der NS-Militärjustiz. Urteilspraxis – Strafvollzug – Entschädigungspolitik in Österreich*, Wien 2003, S. 133–194. Vgl. auch den Beitrag von Wolfgang Neugebauer in diesem Band.

⁷ Sofern nicht ausdrücklich anders vermerkt, stammen die Angaben aus Hannes Metzler, „Soldaten, die einfach nicht im Gleichschritt marschiert sind ...“ Zeitzeugeninterviews mit Überlebenden der NS-Militärgerichtsbarkeit, in: Manoschek (Hrsg.), *Opfer*, S. 494–602, insbes. 583–585.

Nachbarin denunziert und von der Polizei verhaftet wurde. Diesmal wurde Piontek der Fahnenflucht beschuldigt. Seinem Pflichtverteidiger gelang es zwar, die drohende Todesstrafe mit Bezug auf die Jugend des Angeklagten – Piontek war gerade 19 Jahre alt – abzuwenden, der Richter verhängte aber eine Zuchthausstrafe in Höhe von vier Jahren.⁸

Zuchthaus bedeutete die Aberkennung der „Wehrwürdigkeit“. Juristisch betrachtet war Piontek daher kein Soldat mehr. Wie viele Leidensgenossen auch kam er in die berüchtigten Lager der Reichsjustizverwaltung im norddeutschen Emsland, nahe der niederländischen Grenze.⁹ Über die Lager Börgermoor und Esterwegen, die „Hölle am Waldesrand“, gelangte Piontek ins Lager V, Neusustrum, wo er unter ständigen Misshandlungen beim Torfstich zu arbeiten hatte. Binnen weniger Monate magerte Piontek auf 36 Kilo ab.

Im November 1944 überstellte man Piontek in die Nähe von Prag, wo er bei der Zuckerrübenerte zu helfen und mit bloßen Händen die Früchte aus dem gefrorenen Boden zu graben hatte. Danach musste er sich im Wehrmachtgefängnis Torgau/Fort Zinna einer Tauglichkeitsprüfung für die Bewährungstruppe 500 unterziehen.¹⁰ Er bestand und wurde nach Olmütz, später nach Brünn – den Aufstellungsorten dieser Einheiten – versetzt. Bei einem Gefecht an der Ostfront Anfang 1945 erlitt Piontek eine Verwundung; das Lazarett, in das er eingeliefert wurde, fiel kurze Zeit später der Roten Armee in die Hände. Piontek wurde am 2. Oktober 1945 nach mehreren Monaten Kriegsgefangenschaft entlassen und kehrte nach Wien zurück.

„Der Feigling“? Angelus F.¹¹

Angelus F. wurde am 23. Mai 1921 in Wien geboren. Von Beruf Maschinenbauer, rückte er im Juni 1941 zur Marine ein. Er machte drei U-Boot-Feind-

⁸ Oö. Landesarchiv, Division Nr. 487, St. L. 684/43.

⁹ Zu den Emslandlagern siehe grundlegend Erich Kosthorst / Bernd Walter, Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Emsland 1933 bis 1945. Zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz. Darstellung und Dokumentation, Düsseldorf 1985; sowie Wolfgang Benz / Barbara Distel (Hrsg.), Der Ort des Terrors. Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Bd. 2: Frühe Lager. Dachau. Emslandlager, München 2005.

¹⁰ Zu den Bewährungseinheiten siehe Hans-Peter Klausch, Die Bewährungstruppe 500. Stellung und Funktion der Bewährungstruppe 500 im System von NS-Wehrrecht, NS-Militärjustiz und Wehrmachtstrafvollzug, Bremen 1995.

¹¹ Sofern nicht ausdrücklich anders vermerkt, stammen die Angaben aus ÖStA, AdR, Div. 177, St. L. III/59/44 (Kopien in DÖW 6054).

fahrten im Nordatlantik mit, avancierte zum Maschinengefreiten und erhielt einige Auszeichnungen. Am 31. Mai 1944 ließ er sich von dem Heeres-Kraftfahrer Adolf S. in dessen Wohnung in Wien eine Knieverletzung zufügen, tags darauf täuschte er im Stadionbad einen Unfall vor.

In jenem Frühjahr war in Wien eine ungewöhnliche Häufung von Arm- und Beinbrüchen sowie Bänderrissen aufgetreten. Das Feldgericht der in Wien stationierten Division 177 und insbesondere Oberfeldrichter Karl Everts vermuteten ein Netzwerk von kriegsunwilligen Soldaten, die sich gegenseitig Knie oder Unterarme brachen, und ermittelten mit großem Eifer gegen diese „Selbstverstümmlerseuche“.¹² Es gelang Everts schließlich, einen Spitzel in ein Lazarett einzuschleusen, dessen Hinweise im Spätsommer 1944 zu Verhaftungen in großer Zahl führten. Da Beweismittel praktisch zur Gänze fehlten, war die Behörde auf Geständnisse angewiesen. Die Verhafteten wurden daher in die Rossauer Kaserne gebracht, wo man sie Folterungen und Misshandlungen unterzog, um entsprechende Aussagen zu erzwingen. Zwischen 23. Oktober und 19. Dezember 1944 verurteilte Kriegsgerichtsrat Leopold Breitler 68 Personen wegen Selbstverstümmelung, davon 19 zum Tode, unter ihnen Adolf S. Everts fungierte als Anklagevertreter.¹³

Angelus F. wurde am 26. Oktober 1944 zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt (Ankläger Everts hatte zehn Jahre gefordert). F. gab an, er habe sich in ein Mädchen verliebt und daher nicht mehr an die Front zurückkehren wollen. Das Gericht nahm einen „minder schweren Fall“ an.

F. wurde in das Lager Trasdorf/Moosbierbaum im niederösterreichischen Tullnerfeld überstellt, von wo ihm am 27. Dezember 1944 die Flucht gelang. Er schloss sich den jugoslawischen Partisanen an und überlebte den Krieg.¹⁴

„Das Opfer“? David Holzer¹⁵

David Holzer wurde im Jahr 1923 als jüngster Sohn einer Bauernfamilie in Glanz in Osttirol geboren. Ab August 1942 kämpfte er an der Eismeerfront

¹² Vgl. Gerhard Artl, Oberfeldrichter Everts und die Serie von Selbstverstümmelungen im Sommer 1944 in Wien, in: Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 43 (1993), S. 194–205.

¹³ Artl, Everts, S. 203 f.

¹⁴ MA 12, OF Wien, F 340/52.

¹⁵ Sofern nicht ausdrücklich anders vermerkt, stammen die Angaben aus Metzler, „Soldaten, die einfach nicht im Gleichschritt marschiert sind ...“, S. 494–602, insbes. 572–574.

im nördlichen Finnland. Aufgrund von Erlebnissen in der Wehrmacht – „die rabiate Weise mit den Gefangenen und mit der Unmenschlichkeit im Gesamten“¹⁶ – fasste er bei einem Heimaturlaub im Juni 1943 den Entschluss, nicht mehr zur Truppe zurückzukehren. Auch seine christlich-soziale Erziehung und sein Patriotismus – „ein freies Österreich, das war unser Ding“¹⁷ – beeinflussten seine Entscheidung.

Gemeinsam mit seinem älteren Bruder Alois und dem in Stalingrad verwundeten Franz Stolzlechner bereitete Holzer in einer Höhle im Krausbachgraben oberhalb von Schlaiten ein Versteck vor. Ihre einzige Verbindung zur Außenwelt war ein in ihre Fahnenflucht eingeweihter Jäger. Da das erhoffte rasche Kriegsende ausblieb, mussten die drei Deserteure in der Höhle überwintern.

Nach sieben Monaten im Hochgebirge wurde Stolzlechner am 11. Jänner 1944 von einem Gendarmen angeschossen und verhaftet, als er Verpflegung holen wollte.¹⁸ Daraufhin stellten sich David und Alois Holzer freiwillig. Am 14. März 1944 wurde David Holzer von einem Divisionsgericht in Salzburg zum Tode verurteilt und saß monatelang in der Todeszelle. Das Gnadengesuch seines Pflichtverteidigers war schließlich aber erfolgreich – die Todes- wurde in eine 22-jährige Zuchthausstrafe umgewandelt. Wie Franz Piontek gelangte er, „wehrunwürdig“ geworden, in die Lager der Reichsjustizverwaltung im Emsland. Im Lager Börgermoor musste Holzer Zwangsarbeit beim „Kommando Torfstich“ leisten.

Im November 1944 wurde David Holzer für die Bewährungstruppe 500 rekrutiert. In Schlesien bestand die Aufgabe seiner Einheit hauptsächlich darin, von der Roten Armee eingekesselte reguläre Einheiten zu befreien. Einige Monate später, im Frühjahr 1945, wurde Holzer verwundet und geriet in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Entlassung kurz nach Kriegsende wurde er in der Tschechoslowakei erneut verhaftet und bis Ende 1945 in einem Sammellager interniert. Erst im Jänner 1946 kehrte David Holzer nach Hause zurück. Sein Bruder Alois war im März 1945 gefallen.

¹⁶ Interview mit David Holzer, geführt von Hannes Metzler und Peter Pirker, 4. 9. 2002.

¹⁷ Ebenda.

¹⁸ Er wurde am 8. Juli 1944 auf dem Militärschießplatz Wien-Kagran erschossen. Siehe Herbert Exenberger / Heinz Riedel, Militärschießplatz Kagran. Mit einem Vorwort von Walter Manoschek u. einem Beitrag von Maria Fritsche, Wien 2003, S. 88.

„Der Verräter“? Richard Wadani¹⁹

Richard Wadani wurde als Sohn österreichischer Eltern am 11. Oktober 1922 in Prag geboren. Sein Vater war Sozialdemokrat, er selbst sympathisierte schon früh mit den Kommunisten und war Mitglied der JPT, der Sportbewegung der KP.

Nach dem „Anschluss“ 1938 musste die Familie nach Wien übersiedeln. 1939 meldete sich Wadani freiwillig zur Luftwaffe, weil er sich dort die größten Überlebenschancen ausrechnete. Nachdem er den Feldzug gegen Jugoslawien aufgrund einer Nasenscheidenoperation verpasst hatte, wurde er im Frühjahr 1942 ins polnische Hinterland versetzt, wo er seinen ersten – erfolglosen – Desertionsversuch unternahm. Der Plan, bei Suchfahrten nach abgestürzten oder abgeschossenen Flugzeugen einfach die Fronten zu wechseln, erwies sich als undurchführbar.

Ab Ende 1942 diente Wadani in Olmütz in einer Übersetzerschule der Luftwaffe. Als diese Schule aufgelöst wurde, erfolgte im Herbst 1944 die Versetzung an die Westfront. Bereits zwei Tage nach seiner Ankunft, in der Nacht von 15. auf 16. Oktober 1944, lief Wadani von seiner Stellung im Schützengraben aus zwischen Stachel- und Stolperdrähten zur US-Armee über. Seine Mutter erhielt bereits am 17. Oktober die Nachricht, dass „Ihr Sohn an der Front in feiger Weise zum Feind übergelaufen ist. Er ist damit zum Verräter des deutschen Volkes geworden.“²⁰

Wadani war kurz in einem Gefangenenlager in Cherbourg interniert und meldete sich dann, da es keine kämpfende österreichische Einheit gab, zur tschechoslowakischen Armee in England. Erst im November 1945 kehrte er zurück nach Wien, um seine Mutter zu suchen. Im Jänner 1946 quittierte er offiziell seinen Dienst und wurde als österreichischer Staatsbürger aus der tschechoslowakischen Armee entlassen.

Deserteursbilder: Die Frühphase

In der unmittelbaren Nachkriegszeit war es noch keine ausgemachte Sache, dass österreichische Wehrmachtssoldaten im Weltkrieg „heldenhaft ihre

¹⁹ Sofern nicht ausdrücklich anders vermerkt, stammen die Angaben aus Metzler, „Soldaten, die einfach nicht im Gleichschritt marschiert sind ...“, S. 494–602, insbes. 594–596.

²⁰ Deutsches Bundesarchiv, ehemalige Zentralnachweisstelle Kornelimünster, Meldung des II. Gren.-Rgt. 985, 31. 10. 1944.

Pflicht erfüllt“ und „die Heimat verteidigt“ hatten. Im Jänner 1946 erklärte der österreichische Staatsanwalt Theodor Mayer-Maly im Rahmen eines Prozesses gegen die Denunzianten eines erschossenen Deserteurs: „Die alliierten Großmächte haben in Moskau und Jalta die Befreiung Österreichs deklariert und alle Österreicher aufgefordert, an der Befreiung ihres Vaterlandes mitzuarbeiten. Ein Deserteur der deutschen Wehrmacht war daher kein ‚Fahnenflüchtiger‘, sondern ein Österreicher, der sich weigerte, gegen sein Vaterland für fremde Interessen zu kämpfen. Wer ihn verraten hat, hat damit auch Österreich verraten; er ist ein Kriegsverbrecher, den wir nach dem Gesetz bestrafen werden.“²¹

Die Alliierten hatten noch während des Kriegs immer wieder betont, dass die Desertion als Akt des Widerstands im Sinne der Moskauer Deklaration vom November 1943 zu betrachten sei: „Der Text [der Moskauer Deklaration] war auf jedem Passierschein gedruckt, der deutsche Soldaten dazu animieren sollte, zu desertieren“, referierte der Historiker Stefan Karner anlässlich der Gedenktagung zum österreichischen Widerstand im Parlament am 18. Jänner 2005.²²

Noch im 1946 erschienenen, vom Außenministerium in Auftrag gegebenen „Rot-Weiß-Rot-Buch“²³, einer kaum verhohlenen Propagandadarstellung, in der es ganz explizit darum ging, „Schicksal und Haltung Österreichs während der zwölfjährigen Dauer des Dritten Reiches darzustellen und seinen Anspruch auf den Status und die Behandlung als ‚befreiter Staat‘ im Sinne der Moskauer Deklaration zu begründen“²⁴, und in dem daher vor allem auf „Österreichs Widerstand und Anteil an der Befreiung“ fokussiert wurde, wurde die Rolle der Deserteure durchaus positiv beschrieben. So betonte eine nicht näher genannte „militärische Quelle“, dass sich „viele österreichische Deserteure zu den bewaffneten Widerstandstruppen in Frankreich, Jugoslawien, Dänemark und in den Ostgebieten [schlugen]; ihre Mitwirkung wurde von diesen Organisationen vielfach lobend hervorgehoben“.²⁵ Ein österreichischer Staatsangehöriger F. R., Oberleutnant des französischen Ge-

²¹ Butterweck, Verurteilt, S. 99 f.

²² Zit. n. Martin Sattler / Patrick Minar, „Die Dinge darstellen, wie sie sind!“, in: *Academia* 56 (2005) 1, S. 13–15, hier 14.

²³ Rot-Weiß-Rot-Buch. Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs (nach amtlichen Quellen). 1. Teil, Wien 1946.

²⁴ Ebenda, S. 3.

²⁵ Ebenda, S. 155.

neralstabs, wies auf die „zahlreichen österreichischen Deserteure aus der deutschen Armee“ hin, die „aktiv mit der Waffe in der Hand an der Befreiung Frankreichs teilnahmen“,²⁶ und ein weiterer Protagonist des militärischen Widerstands berichtete von einem Geheimbefehl der Heeresgruppe Süd vom März 1945, dem zufolge Wehrmachtangehörige aus den „Donau- und Alpengauen“ speziell zu überwachen seien, da sie zur Fahnenflucht neigten und sich dies nicht einmal durch „Androhung von Vergeltungsmaßnahmen gegen die Familienangehörigen des Deserteurs unterbinden“ ließe.²⁷ Dieser Geheimbefehl habe sich „gegen die Zauderer und Zögerer unter den österreichischen Soldaten [gerichtet], die trotz ihrer latenten Empörung den Schritt noch nicht gewagt hatten, der sie aus der sechsjährigen Sklaverei der Hitlerarmee geführt hätte“.²⁸

Diese Ansicht von der Desertion als Patriotenpflicht und als Akt des Widerstands teilte das „Rot-Weiß-Rot-Buch“ allerdings nicht mit der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung. Richard Wadani wurde schon Anfang 1946, kurz nach seiner Rückkehr nach Österreich, mit den hiesigen Realitäten konfrontiert: „Und in Wien begann dann das normale Leben, wie man so sagt, der Kampf ums Überleben. Arbeiten, schauen, dass man wo unterkommt. Wohnung haben wir keine gehabt. Und hätten wir auch gar nicht bekommen, weil in dem Augenblick, wenn ich irgendwo am Amt war – ich hab am Anfang noch die [britische] Uniform getragen, aber nicht mehr mit den Aufschriften, sondern nur die Uniform –, war ich sozusagen schon gebrandmarkt: ‚Wie kommen Sie dazu, in einer fremden Armee zu dienen?‘ und lauter so Sachen.“²⁹

Die Deserteure verschwanden rasch aus der öffentlichen Wahrnehmung. Dafür waren wohl mehrere Umstände verantwortlich, die einander beeinflussten. Zum einen hatten die sieben Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich das Bild des Deserteurs als „Psychopath“, „Volkschädling“ oder „Asozialer“ verfestigt³⁰ – sich nach 1945 zur Fahnenflucht

²⁶ Ebenda, S. 166.

²⁷ Ebenda, S. 167.

²⁸ Ebenda.

²⁹ Interview mit Richard Wadani, geführt von Maria Fritsche und Hannes Metzler, 9. 12. 1998.

³⁰ Vgl. dazu die Ausführungen Erich Schwinges, des einflussreichsten Kommentators des Militärstrafgesetzbuches: „Erfahrungsgemäß rekrutieren sich die Fahnenflüchtigen zum größten Teile aus psychopathischen Minderwertigen, deren Anteil an der Gesamtzahl der Verurteilten sich nach ärztlichen Schätzungen zwischen 50 bis 90 v. H. bewegt. Das Haupt-

zu bekennen bedurfte daher großen persönlichen Mutes und war ein Affront gegen gesellschaftliche Konventionen. Zum anderen ging es den österreichischen Parteien nach 1945 auch um die soziale und politische Reintegration ehemaliger Soldaten; schon in seiner Regierungserklärung vom 27. April 1945 hatte Karl Renner die Mitläufer beruhigt: „Jene freilich, die nur aus Willensschwäche, infolge ihrer wirtschaftlichen Lage, aus zwingenden öffentlichen Rücksichten wider innere Überzeugung und ohne an den Verbrechen der Faschisten teilzuhaben mitgegangen sind, sollen in die Gemeinschaft des Volkes zurückkehren und haben somit nichts zu befürchten.“³¹ Und schließlich geriet die Darstellung des Widerstands gegen den Nationalsozialismus schon bald nach Kriegsende zugunsten der erfolgreichen, in der Moskauer Deklaration grundgelegten „Opferthese“ ins Hintertreffen. In diese umfassende Opferkonstruktion ließen sich trefflich auch jene Hunderttausende Männer integrieren, die zwar nicht desertiert waren, aber immerhin in der Wehrmacht „zu dienen gezwungen“ waren.³² Es ist wenig verwunderlich, dass sich dieses vergangenheitspolitische Narrativ schließlich durchsetzte – zu reizvoll waren die Verheißungen der damit einhergehenden Kollektivunschuld, und zu groß war die Personengruppe, die von dieser Geschichtsauffassung unmittelbar profitierte. Für die Deserteure galt dasselbe, was Ernst Hanisch für den antifaschistischen Widerstand festgestellt hat: „Tatsächlich konnte nur einer Recht haben: entweder der Soldat der deutschen Wehrmacht oder der Mann und die Frau des Widerstands.“³³ Um die Erzählung der Mehrheit zu kanonisieren, mussten die Deserteure also verschwinden.

kontingent stellen die Gruppen der Stimmungslabilen und Willensschwachen (Haltlosen), daneben spielen auch die Hysterischen und Phantasten eine Rolle.“ (Militärstrafgesetzbuch nebst Kriegssonderstrafrechtsverordnung. Erläutert von Erich Schwinge, Berlin 1943, S. 174.)

³¹ BGBl. Nr. 3/1945, 1. 5. 1945.

³² Erläuterungen zur ersten Fassung des Kriegsopferversorgungsgesetzes, zit. n. Günther Sandner / Walter Manoschek, Die Krieger als Opfer. Das Kriegsopferversorgungsgesetz (KOVG) in den Debatten des österreichischen Minister- und Nationalrates und in österreichischen Printmedien, in: Hannes Heer u. a. (Hrsg.), Wie Geschichte gemacht wird. Zur Konstruktion von Erinnerungen an Wehrmacht und Zweiten Weltkrieg, Wien 2003, S. 109–144, hier 109.

³³ Ernst Hanisch, Die Präsenz des Dritten Reiches in der Zweiten Republik, in: Wolfgang Kos / Georg Rigele (Hrsg.), Inventur 45/55. Österreich im ersten Jahrzehnt der Zweiten Republik, Wien 1996, S. 33–50, hier 45.

Versorgung und versagte Fürsorge

Beredtes Zeugnis der Durchsetzungskraft der Opferthese war das 1949 beschlossene und 1950 in Kraft getretene Kriegsoferversorgungsgesetz (KOVG).³⁴ Anspruch auf diese Versorgungsleistung hatte, wer „für die Republik Österreich, die vormalige österreichisch-ungarische Monarchie oder deren Verbündete oder nach dem 13. März 1938 als Soldat der ehemaligen deutschen Wehrmacht militärische Dienste geleistet und hiedurch [...] eine Gesundheitsschädigung (Dienstbeschädigung) erlitten hat“.³⁵ Schon in den Verhandlungen über das Gesetz stand des Öfteren die Frage im Raum, wie mit den ehemaligen Mitgliedern der Waffen-SS zu verfahren sei. Dabei war die Regierung weniger von grundsätzlichen Bedenken geleitet, ob es vertretbar sei, Angehörige einer verbrecherischen Organisation als Kriegsoffer zu behandeln, sondern man machte sich vielmehr Sorgen darüber, dass „ein Gesetz, das sich mit der SS beschäftigt, im Ausland keinen guten Eindruck hervorrufen wird“.³⁶ Schließlich einigte man sich auf einen beinahe salomonisch (oder auch österreichisch) zu bezeichnenden Kompromiss und nannte die Waffen-SS zwar nicht im Gesetzestext selbst, machte diese aber in den Durchführungsbestimmungen des Ministeriums für soziale Verwaltung kurzerhand zu einem Teil der Wehrmacht, wodurch die Kriegsoferversorgung auch für ehemalige Waffen-SS-Freiwillige gesichert war.³⁷

Bezugsberechtigt waren ausdrücklich auch Personen, die sich selbst verletzt hatten, um „sich zur Dienstleistung für die nationalsozialistischen Machthaber untauglich zu machen“, oder die „als Folge versuchter oder gelungener Entziehung aus der Dienstleistung für die nationalsozialistischen Machthaber“ gesundheitliche Schädigungen erlitten hatten sowie die Hinterbliebenen von Soldaten, die Opfer einer „Justifizierung“ (sprich einer Exekution) geworden waren.³⁸ Mehr als 500.000 Menschen (Kriegsversehrte und Hinterbliebene) hatten Anfang 1950 Anspruch auf Sozialleistungen nach

³⁴ BGBl. 197/1949, 2. 9. 1949 (wiederverlautbart als BGBl. 152/1957).

³⁵ § 1 Abs. 1 KOVG.

³⁶ So etwa ÖVP-Finanzminister Georg Zimmermann im Ministerrat vom 25. 2. 1947. Zit. n. Sandner / Manoschek, Krieger, S. 126.

³⁷ Brigitte Bailer, Der „antifaschistische“ Geist der Nachkriegszeit. Referat anlässlich eines Symposiums zur politischen Kultur in Österreich 1945 bis zur Gegenwart, 9.–11. Dezember 1999, Universität Paris. Unter www.doew.at/thema/antifageist/antifageist.html (27. 11. 2008).

³⁸ § 5 KOVG.

dem KOVG.³⁹ Ob sich darunter auch Deserteure und Selbstverstümmler befanden, wie die Formulierung von § 5 durchaus nahelegt, lässt sich nicht mehr nachvollziehen. Im heutigen Sozialministerium wird die Anzahl der KOVG-Anträge von Deserteuren als „relativ gering“ eingeschätzt.⁴⁰

Während die ehemaligen Soldaten und ihre Hinterbliebenen also recht umfangreiche Versorgungsleistungen von der jungen Republik erwarten konnten, mussten die Opfer des Nationalsozialismus auf staatliche Fürsorge hoffen. Das bereits im Juli 1945 erlassene erste Opferfürsorgegesetz (OFG) umfasste überhaupt nur einen sehr eng begrenzten Kreis an politischen WiderstandskämpferInnen.⁴¹ Erst mit dem neuen, 1947 in Kraft getretenen Opferfürsorgegesetz konnten auch Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, die nicht „mit der Waffe in der Hand gekämpft“ hatten, um Fürsorgeleistungen ansuchen.⁴²

Anders als das KOVG, dessen praktisch einziges Kriterium die gesundheitliche Schädigung des Antragstellers war, stellte das OFG sehr stark auf die Motivlage der Betroffenen ab. Man musste zumindest den politischen oder religiösen Hintergrund der Verfolgung durch die nationalsozialistischen Behörden nachweisen können. Dabei gingen die Beamten des zuständigen Sozialministeriums recht rigide vor, insbesondere was Ansprüche von Wehrmachtsdeserteuren betraf: „Die Delikte der [...] Fahnenflucht und Zersetzung der Wehrkraft können nicht ohne weiteres als politische [...] gewertet werden“, da „in solchen Fällen sehr oft persönliche und nicht politische Motive zugrunde lagen“, hieß es etwa im Opferfürsorgeerlass aus dem Jahr 1948.⁴³

Angelus F. bekam diese Politik schmerzhaft zu spüren. Er stellte gleich mehrere Opferfürsorge-Anträge, und zwar am 1. August 1952 auf Amtsbescheinigung, einen Monat später auf Haftentschädigung und am 26. März 1954 auf die Ausstellung eines Opferausweises. Am 7. November 1955 lehnte die Behörde alle diese Anträge mit einer bemerkenswerten Begründung ab: „Diese Art von Wehrkraftzersetzung würde aber auch – besonders im

³⁹ Vgl. Sandner / Manoschek, Krieger, S. 128.

⁴⁰ Maria Fritsche, Entziehungen. Österreichische Deserteure und Selbstverstümmler in der Deutschen Wehrmacht, Wien u. a. 2004, S. 184 f.

⁴¹ StGBI. 90/1945, 17. 7. 1945.

⁴² BGBl. 183/1947, 4. 7. 1947.

⁴³ Eduard Tomaschek, Das Opferfürsorgegesetz. Gemeinverständliche Erläuterung des Gesetzes und seiner Durchführungsbestimmungen, Wien 1950, S. 31–33, zit. n. David Forster, Die Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit und die Zweite Republik. Fürsorge und Entschädigung, in: Manoschek (Hrsg.), Opfer, S. 651–703, hier 654.

Kriegsfall – in demokratischen Ländern verfolgt und bestraft werden.“ Außerdem verfüge F. über zwei ungetilgte Vorstrafen aus der Nachkriegszeit.⁴⁴ Zum einen stand also der Lebenswandel des Antragstellers zur Disposition, und zum anderen bediente sich die Opferfürsorge-Abteilung der Stadtgemeinde Wien jener rechtspositivistischen Argumentation, die jahrzehntelang die Debatten dominieren sollte: Fahnenflucht sei in allen Armeen der Welt strafbar und somit ein militärisches, kein politisches Delikt.

Die Republik machte aber durchaus Ausnahmen. Ernst Stojaspal befand sich unter den Selbstverstümlern, die im Herbst 1944 von Karl Everts und Leopold Breitler verfolgt wurden. Er hatte sich die Hand brechen lassen und war zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden.⁴⁵ Nach dem Krieg machte Stojaspal als Fußballer Karriere. Mit Austria Wien wurde er zwischen 1946 und 1954 dreimal Meister und fünfmal Torschützenkönig. Er war Mitglied der österreichischen Nationalmannschaft, die 1954 bei der Weltmeisterschaft in der Schweiz den dritten Rang belegte, und wechselte im Herbst seiner Karriere als Legionär nach Frankreich.⁴⁶ Im Juli 1952, Stojaspal war gerade zum vierten Mal Torschützenkönig und mit der Wiener Austria Vizemeister geworden, suchte er um Opferfürsorge an. Zwei Monate später erhielt er eine Amtsbescheinigung (der Amtsarzt erklärte den Profikicker gar zum 50-Prozent-Invaliden) und wenig später eine Entschädigung für die sieben Monate, die er in NS-Haft abgesessen hatte.⁴⁷ Zum Nachweis seiner politischen Gesinnung genügte die eigene Aussage, er habe sich „mit ca. 40 Kameraden gegen das NS-Regime betätigt und mich für ein freies, demokratisches Österreich eingesetzt“.⁴⁸

Karl Lauterbachs Mutter Emilie hatte weniger Glück. Ihr Sohn, ein Aktivist der Kommunistischen Jugend und einer der Hauptorganisatoren der so genannten „Selbstverstümlerseeuche“ des Sommers 1944, hatte Ernst Stojaspal und zumindest zwei weiteren Soldaten bei der Selbstverletzung geholfen, sich selbst dem Wehrdienst durch zweimaligen Armbruch entzogen und war am 7. Februar 1945 am Militärschießplatz Wien-Kagran hingerichtet worden.⁴⁹ Emilie Lauterbach suchte am 3. September 1946, am 2. Juli 1948,

⁴⁴ MA 12, OF Wien, F 340/52.

⁴⁵ ÖStA, AdR, Div. 177, St. L. III/59/44 (Kopien in DÖW 6054).

⁴⁶ Vgl. David Forster, „Es wär a Sünd’ g’wesen, hätt’ ich nicht auch noch den Tormann überspielt.“ Nachruf auf Ernst Stojaspal, in: ballesterer FM 8 (2003), S. 42–44.

⁴⁷ MA 12, OF Wien, ST 136/52.

⁴⁸ Ebenda.

⁴⁹ ÖStA, AdR, Div. 177, St. L. III/59/44 (Kopien in DÖW 6054).

am 24. September 1948, am 23. November 1948, am 15. Dezember 1950, am 17. Jänner 1952, am 18. Mai 1966, am 7. September 1966, am 3. Mai 1967, am 2. April 1968 und am 13. Juli 1972 um Opferfürsorge an. Alle Anträge wurden abgelehnt, da das Amt keine politischen Hintergründe in Lauterbachs Taten und keinen Kampf um ein „freies, demokratisches Österreich“ zu erkennen vermochte, obwohl eine Bestätigung der KPÖ vorlag.⁵⁰ Am 23. Jänner 1976 wandte sich Emilie Lauterbach in einem Schreiben an den Sozialminister, was die Behörde als Antrag auf Haftentschädigung wertete. Minister Rudolf Häuser antwortete vier Monate später, am 19. Mai: „Da diese Tat nicht aus politischen Motiven erfolgte und auch kein sonstiger politischer Einsatz nachgewiesen werden konnte, mußte Ihr Antrag auf Gewährung von Haftentschädigung abgewiesen werden, da trotz allem menschlichen Mitgefühl für Ihr damaliges Leid die Bestimmungen des Opferfürsorgegesetzes nicht umgangen werden können.“ Dieser Brief erreichte Emilie Lauterbach jedoch nicht mehr. Sie war am 20. April 1976 verstorben.⁵¹

Die langen 50er-Jahre

Mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 war der Prozess der Marginalisierung von Deserteuren, Selbstverstümmelern und anderen Opfern der NS-Militärjustiz praktisch abgeschlossen. Da die Republik nun kaum mehr außenpolitische Rücksichten zu nehmen hatte, propagierte sie erfolgreich das Bild der Wiederaufbaugeneration; als Opfer galten praktisch ausschließlich jene Frauen und Männer, die unter der alliierten Besatzung und in der Kriegsgefangenschaft gelitten hatten. „Ehrentoll“ hatten jene Männer gehandelt, die bis zur Kapitulation ihre vermeintliche Pflicht erfüllt und die angebliche Heimat verteidigt hatten. Eine Schlüsselrolle bei der Etablierung dieser Geschichtsauffassung nahm der Österreichische Kameradschaftsbund ein – eine Institution notabene, die sich bis heute standhaft gegen eine kritische historische Aufarbeitung ihres Wirkens wehrt.⁵²

⁵⁰ MA 12, OF Wien, 36953; vgl. auch Forster, Opfer, S. 668.

⁵¹ Ebenda.

⁵² Neben zwei in den 1990er-Jahren erschienenen Diplomarbeiten muss immer noch Anton Pelinkas „Versuch in zehn Thesen“ als maßgebliche Publikation betrachtet werden: Anton Pelinka, Kameradschaftsbünde als Männerbünde. Ein Versuch in 10 Thesen, in: Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus, hrsg. v. DÖW, Wien 1994, S. 309–314.

So sie überhaupt Erwähnung fanden, galten Deserteure – in unreflektierter Übernahme nationalsozialistischer Terminologie – als „Kameradschweine“ und „Feiglinge“. Darüber hinaus war nur ungenügend geklärt, ob und inwieweit allfällig gegen sie ergangene Urteile von NS-Gerichten noch gültig waren. Die junge Zweite Republik hatte zwar 1945 das Aufhebungs- und Einstellungsgesetz⁵³ und 1946 die Befreiungsamnestie⁵⁴ verabschiedet, wobei Letzterer zufolge „Urteile der deutschen Militärgerichte und der SS-Gerichte [...], gleichviel ob sie innerhalb oder außerhalb der Republik Österreich gefällt worden sind, für das Gebiet dieser Republik als nicht erfolgt [gelten]“.⁵⁵ Beide Gesetze wurden aber – nach heutigem Kenntnisstand – bloß in der unmittelbaren Nachkriegszeit angewandt und waren vor allem einer breiteren Öffentlichkeit völlig unbekannt, wie das folgende Beispiel verdeutlicht.

Der Dichter H. C. Artmann war ein Wehrmachtsdeserteur. Nachdem er 1942 einen erfolglosen Fluchtversuch in die Schweiz unternommen hatte, wurde er zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt und in eine Feldstrafgefängenenabteilung überstellt. 1944 desertierte er bei Abwehrkämpfen im Elsass erneut, hielt sich bis kurz vor Kriegsende in Wien versteckt, wurde dann aber denunziert und – vermutlich – zum Tode verurteilt. Das Kriegsende kam der Vollstreckung der Strafe zuvor.⁵⁶ Nach Kriegsende wollte Artmann wieder an seiner alten Stelle als Briefträger arbeiten, „aber die haben gesagt: ‚Nein, wir können Sie leider nicht mehr einstellen, Sie sind vorverurteilt!‘ – Und das nach dem Krieg! Das muss man sich vorstellen: ‚Sie sind vorbestraft!‘“⁵⁷

Franz Piontek gegenüber gingen die Behörden noch ein wenig perfider vor. Nach dem Krieg bemühte sich Piontek um eine Stelle bei den Österreichischen Bundesbahnen. Seine militärgerichtliche Verurteilung wegen Fahnenflucht wurde zwar gemäß der Befreiungsamnestie am 23. November 1950 aufgehoben,⁵⁸ verblieb aber dennoch im Personalakt. Aus diesem Grund sah sich Piontek mit großen beruflichen Schwierigkeiten konfrontiert: „Mir wurden Kurse, Prüfungen für mein Weiterkommen versagt. Erst nach 20-jähriger Dienstzeit konnte ich meine Kanzlistenprüfung ablegen.

⁵³ BGBl. 48/1945, 9. 7. 1945.

⁵⁴ BGBl. 79/1946, 24. 5. 1946.

⁵⁵ § 7 Abs. 2 Befreiungsamnestie.

⁵⁶ Vgl. Marcel Atze, „Da bin ich durchgegangen.“ H. C. Artmanns doppelte Desertion aus der Wehrmacht, in: Metzler, Ehrlos für immer, S. 13–17.

⁵⁷ Ebenda, S. 17.

⁵⁸ Oö. Landesarchiv, Div. 487, St. L. 684/43.

Ein Blick in meine Personalakte genügte, um mich als Nazizegner am Weiterkommen zu hindern.“⁵⁹

David Holzer schwieg in seinem abgelegenen Osttiroler Bauernhof überhaupt über seine Fahnenflucht: „[Die Eltern] haben mich nicht gefragt, wie ist es euch ergangen, und ich habe die Eltern nicht gefragt.“⁶⁰ Erst 36 Jahre nach Kriegsende erwähnte er seine Erlebnisse während des Krieges in einem im *Osttiroler Boten* veröffentlichten Nachruf auf einen Nachbarn, der von den Deserteuren in der Erdhöhle gewusst, aber darüber geschwiegen hatte. Holzer erhielt eine einzige Reaktion auf diesen Artikel: eine anonyme Zuschrift, die ihm empfahl zu schweigen.⁶¹

Waldheim und keine Folgen

Während in der Bundesrepublik Deutschland ab 1978 die so genannte Filbinger-Affäre die Rechtsstaatlichkeit der NS-Militärjustiz infrage stellte und wenige Jahre später vereinzelte, sich aus der Friedensbewegung speisende BürgerInneninitiativen damit begannen, sich mit der Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure zu beschäftigen, kultivierte Österreich unverdrossen sein Paradigma vom kleinen, unschuldigen Land als erstem Opfer der nationalsozialistischen Aggression.

Deserteure spielten in dieser Erzählung weiterhin keine Rolle. Daran änderte sich bemerkenswerterweise auch nichts, als die Folgen der Waldheim-Affäre vergangenheitspolitische Schockwellen durch ganz Österreich schlugen und die Opferthese gehörig ins Wanken brachten. Obwohl sich die kritische Öffentlichkeit des Landes ab Ende der 1980er-Jahre einig darüber war, dass man den Dienst in der Wehrmacht schwerlich als „Pflichterfüllung“ betrachten konnte, stellte kaum jemand die Frage, worin die Pflicht eines zwangsweise eingezogenen Österreicherers eigentlich bestanden hätte.⁶²

Insofern ist es nicht weiter überraschend, dass die Aufhebung des Todesurteils gegen den österreichischen Kriegsdienstverweigerer Franz Jägerstätter

⁵⁹ Interview mit Franz Piontek, geführt von David Forster und Maria Fritsche, 3. 4. 2002.

⁶⁰ Zit. n. Metzler, „Soldaten, die einfach nicht im Gleichschritt marschieren ...“, S. 558.

⁶¹ Vgl. ebenda.

⁶² Eine der wenigen Ausnahmen bildete die Historikerin Friedrun Huemer, die als Grüne Bezirksrätin der Leopoldstadt im Jahr 1990 ein „mobiles Deserteursdenkmal“ errichten wollte. Vgl. Ingo Lauggas, Gedeckelte Auseinandersetzung. Ein Deserteursdenkmal in Wien?, in: *malmoe* 30 (2006), S. 16–18.

im Jahr 1997 von einem deutschen Gericht vorgenommen wurde.⁶³ Ab 1998 kam es auch in Österreich zu ersten Aufhebungen von Todesurteilen nach dem Aufhebungs- und Einstellungsgesetz, die im Wesentlichen Zeugen Jehovas betrafen, die während des Nationalsozialismus konsequent den Wehrdienst abgelehnt hatten und daher in großer Zahl wegen Kriegsdienstverweigerung hingerichtet worden waren.⁶⁴

1999: Der Kampf um die Rehabilitierung beginnt

Den vergangenheitspolitischen Wendepunkt brachte jedoch eine von den Grünen eingebrachte EntschlieÙung des Nationalrats im Juli 1999, die alle damals im Parlament vertretenen Parteien – mit Ausnahme der FPÖ – unterstützten und in der das Wissenschaftsministerium aufgefordert wurde, die Geschichte der österreichischen Opfer der NS-Militärjustiz untersuchen zu lassen, danach die gegen diese Personen ergangenen Urteile aufzuheben und für die Verständigung der Betroffenen oder der Hinterbliebenen zu sorgen.⁶⁵

Der EntschlieÙung gingen heftige mediale und parlamentarische Debatten voraus. Vor allem die politische Rechte sah durch die geplante pauschale Rehabilitierung von Deserteuren all jene Soldaten ins Unrecht gesetzt, die bis zum Schluss treu dem Dritten Reich gedient hatten. In der Kronen Zeitung etwa reimte Wolf Martin in den Wind: „Wenn einerseits (Linkslinks machts klar!) / jeder Soldat Verbrecher war, / der sich befand in Hitlers Heer, / war andererseits der Deserteur / natürlich kein Verbrecher, gelt? / Am Ende war er gar ein Held.“⁶⁶ Der langjährige ÖVP-Abgeordnete und Präsident des Kameradschaftsbundes Otto Keimel gab sich ob der Pläne des Parlaments

⁶³ Vgl. Erna Putz, Franz Jägerstätter. „... besser die Hände als der Wille gefesselt“, Grünbach 1997.

⁶⁴ Vgl. Marcus Herrberger, Denn es steht geschrieben: „Du sollst nicht töten!“ Die Verfolgung religiöser Kriegsdienstverweigerer unter dem NS-Regime mit besonderer Berücksichtigung der Zeugen Jehovas (1933–1945), Wien 2005; sowie das Vorwort des Rechtsanwalts Reinhard Kohlhofer in Reinhard Kohlhofer / Reinhard Moos (Hrsg.), Österreichische Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit – Rehabilitierung und Entschädigung, Wien 2003, S. 9–12.

⁶⁵ EntschlieÙungsantrag 1070/A(E), XX. Gesetzgebungsperiode, 14. 7. 1999. Mit den historischen Forschungen wurde im Jänner 2001 Walter Manoschek vom Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien beauftragt. Die Ergebnisse des Projekts wurden 2003 in dem Band „Opfer der NS-Militärjustiz. Spruchpraxis – Strafvollzug – Entschädigungspolitik in Österreich“ veröffentlicht.

⁶⁶ Kronen Zeitung, 22. 7. 1999.

„bestürzt“ und verlangte eine Einzelfallprüfung⁶⁷, und seitens der FPÖ hagelte es wütende Proteste. Der Abgeordnete Herbert Bauer, zugleich Sprecher der Offiziersgesellschaft, befürchtete, es solle vermittelt werden, dass es „schick und o. k.“ sei, „Deserteur und Saboteur“ zu sein, und fügte hinzu, dass eine „Schuldfreisprechung“ nur dann möglich sei, „wenn ich in jedem einzelnen Fall überprüfe, warum der Wehrmachtssoldat das gemacht hat“.⁶⁸ Zugleich versuchte die FPÖ, Deserteure als potenzielle Gewalttäter zu apostrophieren, die keine Sekunde gezögert hätten, für die eigene Sicherheit die Kameraden ans Messer zu liefern, und lieferte damit die Blaupause für jene Argumentation, die sechs Jahre später Siegfried Kampl zum Verhängnis werden sollte. Zu diesem Zeitpunkt hielten aber immerhin 48 Prozent der ÖsterreicherInnen die Rehabilitierung der Deserteure für richtig;⁶⁹ das gesellschaftliche Klima hatte also Änderungen erfahren.

Dieser Klimawechsel lässt sich unter anderem auch an der Zuerkennungspraxis des Nationalfonds dokumentieren, der bis zum Jahr 2000 den Opfern der NS-Militärjustiz eher reserviert gegenüberstand.⁷⁰ So konzedierte der damalige Zweite Nationalratspräsident Heinz Fischer, zu diesem Zeitpunkt Mitglied des Nationalfonds-Kuratoriums und -Komitees, im Jahr 2002 in einer Radiosendung: „[Es war] in der Tat [...] am Anfang ein bisschen schwierig, sich auch an das Problem der Deserteure als Opfer des Nationalsozialismus heranzutasten.“⁷¹ Ab 2001 hatten ehemalige Deserteure oder ihre Hinterbliebenen keine Probleme mehr, als „Opfer typisch nationalsozialistischen Unrechts“ die Entschädigungszahlung in Höhe von etwas mehr als 5000 Euro zu erhalten.

Andererseits ließ im März 2002 der damalige Sozialminister Herbert Haupt wissen, dass „Zeiten einer wegen Desertion verhängten Haft [dazu zählte Haupt auch die Haft im Konzentrationslager] grundsätzlich nicht als Ersatzzeiten in der österreichischen Pensionsversicherung angerechnet werden“ könnten. Als Begründung gab er an, dass Desertion auch unter „Annahme der Weitergeltung der am 12. März 1938 in Geltung gestandenen Rechts-

⁶⁷ Kurier, 9. 7. 1999. Man muss Keimel allerdings zubilligen, dass er seine Meinung später der APA gegenüber revidierte und im Mai 2002 eine „gerechte und großzügige Lösung“ für Wehrmachtsdeserteure forderte. Vgl. Metzler, Ehrlos für immer, S. 75.

⁶⁸ Parlamentskorrespondenz GR/6. 7. 1999/Nr. 392.

⁶⁹ So das Ergebnis einer von *profil* Mitte 1999 in Auftrag gegebenen Umfrage. Zit. n. Metzler, Ehrlos für immer, S. 69.

⁷⁰ Vgl. Forster, Opfer, S. 674–679.

⁷¹ Ö 1, Journal-Panorama, 21. 10. 2002.

vorschriften“ strafbar gewesen wäre.⁷² So führte Haupt die Argumente der 1950er-Jahre weiter, und zur strafrechtlichen Komponente trat eine manifeste sozialrechtliche Benachteiligung hinzu.

2002–2005: Auf dem Weg zum Anerkennungsgesetz

Im Herbst 2002 konstituierte sich das Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“, als dessen Sprecher bis heute Richard Wadani fungiert. Ziel dieses informellen Zusammenschlusses engagierter Personen aus Kunst, Wissenschaft und Politik war es, nach dem Vorbild der 1990 gegründeten deutschen Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V. politisches Lobbying für die Anliegen ehemaliger Deserteure und anderer ungehorsamer Soldaten zu betreiben. Das Komitee veranstaltet unter anderem jedes Jahr eine Gedenkkundgebung im Wiener Donaupark, auf dem Gelände des ehemaligen Militärschießplatzes Kagran, und etablierte sich rasch als zentraler gesellschaftspolitischer Akteur in Rehabilitierungsfragen.⁷³

Am 6. Juni 2003 wurden allerdings die Hoffnungen des Personenkomitees auf rasche gesetzliche Maßnahmen herb enttäuscht. Anlässlich der Präsentation des Endberichts von Walter Manoscheks Forschungsprojekt „Österreichische Opfer der NS-Militärgerichtsbarkeit“ im Parlament überraschte das Justizministerium mit einer eigenwilligen Interpretation der Befreiungsmnemie: Diese sei zwar bedauerlicherweise in Vergessenheit geraten, dies ändere aber nichts daran, dass alle Opfer der NS-Militärjustiz bereits seit 1946 rehabilitiert seien – und zwar unabhängig davon, ob sie davon gewusst hätten oder nicht. Das Ministerium zog sich also auf einen rein formaljuristischen Standpunkt zurück, blendete die gesellschaftlichen Realitäten der Zweiten Republik – insbesondere die jahrzehntelange Diskriminierung von Deserteuren aufgrund ihrer Taten – völlig aus und ließ sich auch von heftigem Widerspruch zahlreicher ExpertInnen nicht beirren.⁷⁴ Obwohl das

⁷² Anfragebeantwortung 3243/AB, XXI. Gesetzgebungsperiode, 4. 3. 2002.

⁷³ Vgl. Metzler, Ehrlos für immer, S. 77 f.

⁷⁴ Vgl. ebenda, S. 82 f. Es protestierten unter anderen der damalige Zweite Nationalratspräsident Heinz Fischer, die damalige Grüne Justizsprecherin Terezija Stoisits, der Linzer Strafrechtsprofessor Reinhard Moos, der Wiener Politikwissenschaftsprofessor Walter Manoschek und der Rechtsanwalt Reinhard Kohlhofer, der die Aufhebungen von Todesurteilen gegen Zeugen Jehovas vorangetrieben hatte.

Ministerium in einem Schreiben an Richard Wadani vom Oktober 2003 freimütig zugab, dass „es dem Gesetzgeber bei der Befreiungsamnestie nicht um ein Zeichen der Rehabilitierung der so genannten ‚Wehrmachtsdeserteure‘ ging“, betrachtete es die Angelegenheit nunmehr als erledigt.⁷⁵

Es blieb dem mittlerweile zum Bundespräsidenten gewählten Heinz Fischer vorbehalten, die Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure in öffentlichkeitswirksamer Weise wieder auf die politische Tagesordnung zu bringen. Im Rahmen des Symposiums „Widerstand in Österreich 1938–1945“ am 18. Jänner 2005, der parlamentarischen Auftaktveranstaltung zum Gedenkjahr, forderte Fischer, „die Urteile der Wehrmachtsjustiz [...] durch einen Akt des Gesetzgebers insgesamt und mit einer unserem heutigen Erkenntnisstand entsprechenden Begründung aufzuheben“.⁷⁶ Die Resonanz dieser deutlichen Worte war in der österreichischen Medienlandschaft mehrere Wochen lang zu vernehmen. So etwa auch in einer *Pressestunde* am 20. März 2005, in der die damalige Justizministerin Karin Miklautsch zu Gast war. Befragt nach ihrer Einstellung zur Rehabilitierung von Deserteuren, meinte sie, es mache „einen Unterschied, ob ich jetzt desertiere, weil ich einfach feige bin, oder ob ich desertiere, weil ich gegen das Naziregime war“.⁷⁷

Aufgrund dieser Äußerung brachten Grüne und SPÖ im Bundesrat eine dringliche Anfrage an die Justizministerin ein, die am 14. April 2005 behandelt wurde. Im Rahmen der Debatte stieg der Bürgermeister von Gurk, Siegfried Kampl vom BZÖ, zu überregionaler Prominenz auf. Er bezeichnete Deserteure als „zum Teil aber Kameradenmörder“ und beklagte die Naziverfolgung nach dem Krieg, die er selbst „mit voller Brutalität gespürt“ habe.⁷⁸ Die „Affäre Kampl“ erregte – ausgerechnet im „Gedankenjahr“ 2005 – in in- und ausländischen Medien große Aufmerksamkeit und setzte insbesondere die ÖVP unter erheblichen politischen Druck, weil sie sich, so der Tenor, nur unzureichend von Kampls Aussagen distanziert habe.

Von da an ging alles sehr rasch. Am 12. Mai legte die Regierung einen Antrag für ein „Anerkennungsgesetz 2005“ vor, das in der Nationalratssitzung vom 7. Juli dann auch – notabene ohne die Zustimmung der Grünen, deren Initiativantrag zur Rehabilitierung von Opfern der NS-Militärjustiz

⁷⁵ Zit. n. Metzler, Ehrlos für immer, S. 96.

⁷⁶ Zit. n. ebenda, S. 108.

⁷⁷ ORF-*Pressestunde*, 20. 3. 2005.

⁷⁸ Stenographisches Protokoll der 720. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich, 14. 4. 2005, S. 134 f.

seit 2002 im Justizausschuss lag, ohne behandelt zu werden – beschlossen wurde.⁷⁹

Das Gesetz hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Auffallend sind zum einen die zahlreichen handwerklichen Mängel, Fehler und Inkonsequenzen, die Reinhard Moos akribisch analysiert hat.⁸⁰ Vor allem aber bringt es keine abschließende Rehabilitierung der Wehrmachtsdeserteure, sondern beschränkt sich auf die Wiederverlautbarung des Aufhebungs- und Einstellungsgesetzes und der Befreiungsmnestie und zollt praktisch allen ÖsterreicherInnen „Achtung und Mitgefühl“, die nicht aktive Nazis waren. Deserteure finden keine explizite Erwähnung. Andererseits gelten sie nunmehr als Opfer politischer Verfolgung im Sinne des OFG, wodurch – zumindest de iure – demütigende Einzelfallprüfungen und Fragen nach der Motivation der Fahnenflucht obsolet sind,⁸¹ und durch eine Novelle des Sozialversicherungsgesetzes können nun in Haft verbrachte Monate als Ersatzzeiten auf die Pensionversicherung verrechnet werden.⁸²

Was noch zu tun ist

Was fehlt, ist die gesellschaftliche Rehabilitierung der Deserteure. Denn an den Bildern in den Köpfen hat sich, so steht zu befürchten, nur wenig geändert, wie mir nicht zuletzt Lehrveranstaltungen an der Universität Wien verdeutlichten, wo das Thema Desertion stets höchst kontrovers diskutiert wurde und häufig das „Feiglings“-Paradigma vorherrschend war.

Wie viel Mut nötig war, um die Fahnenflucht zu wagen, lässt sich nur an einzelnen Fallbeispielen illustrieren. Das Personenkomitee „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“ zeigt daher in Kooperation mit dem Verein Gedenkdienst im Herbst 2009 die Ausstellung „... Was damals Recht war ...“ – Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“ in Wien.⁸³

⁷⁹ BGBl. 86/2005, 11. 8. 2005; vgl. Metzler, Ehrlos für immer, S. 147 ff.

⁸⁰ Reinhard Moos, Das Anerkennungsgesetz 2005 und die Vergangenheitsbewältigung der NS-Militärjustiz in Österreich, in: Journal für Rechtspolitik 14 (2006), S. 182–196.

⁸¹ Die Praxis, so steht zu befürchten, sieht leider anders aus. In den Köpfen der BeamtInnen findet nach wie vor eine Einzelfallprüfung statt.

⁸² Vgl. Thomas Geldmacher, Von der Verweigerung des Gleichschritts. Deutsche und österreichische Wehrmachtsdeserteure nach 1945, in: Wiener Zeitschrift zur Geschichte der Neuzeit 8 (2008) 2, S. 72–87.

⁸³ Siehe www.stiftung-denkmal.de/projekte/ausstellungen/wasdamalsrechtwar, 17. 12. 2008.

Diese Produktion der Berliner Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas zieht seit Juni 2007 sehr erfolgreich durch deutsche Städte und wird – mit einigen inhaltlich notwendigen österreichspezifischen Adaptationen – ab 1. September 2009 erstmals in Österreich zu sehen sein.⁸⁴

Jenseits dieser privaten Initiativen ist – von öffentlicher Seite – allerdings nicht sehr viel Bereitschaft zu erkennen, Deserteure wenn schon nicht zu ehren, so zumindest deren Beitrag zur Geschichte des antifaschistischen Widerstands in Österreich anzuerkennen. Im Gegensatz zu Deutschland existiert in Österreich, dem Land der Kriegerdenkmäler, bis heute kein einziges Denkmal für Wehrmachtsdeserteure. Selbst der Gedenkstein im Wiener Donaupark richtet sich in erster Linie an die Widerstandskämpfer in den Reihen der Wiener Feuerwehr.

Darüber hinaus harren gewaltige historische Forschungslücken der Aufarbeitung. Wien war, wie erwähnt, einer der zentralen Knotenpunkte im Netzwerk der NS-Militärjustiz, unter anderem die juristische Drehscheibe für den Krieg auf dem Balkan. Die Analyse der lokalen Topographie dieses Terrorsystems ist eines der größten noch verbliebenen Desiderate der Forschungen zum Nationalsozialismus in Österreich.⁸⁵

Gemeinsam mit dem Anerkennungsgesetz 2005 beschloss der Nationalrat auch die Auszahlung der so genannten Trümmerfrauenprämie. Die damalige Sozialministerin Ursula Haubner schaltete daraufhin Dutzende Inserate in verschiedensten Zeitungen und war auf Informationsveranstaltungen in den Bundesländern unterwegs, die Bezirkshauptmannschaften legten Formulare auf. 60.000 Frauen suchten um die Prämie an.⁸⁶

Für die Opfer der NS-Militärjustiz gab es keine PR. Seit Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes 2005 haben gezählte 19 ehemalige Opfer der NS-Militärjustiz Anträge auf Opferfürsorge gestellt.⁸⁷

David Holzer bemühte sich nach dem Krieg niemals um staatliche Sozialleistungen. Erst 2002 stellte er einen Antrag beim Nationalfonds, der 2004 bewilligt wurde. Im selben Jahr suchte er um Opferfürsorge an. Im März 2006, acht Monate nach Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes, bewilligte die Behörde den Antrag auf Opferrente und stellte eine Amtsbescheinigung

⁸⁴ Vgl. Der Standard, 9. 12. 2008.

⁸⁵ Ein entsprechender Antrag der Grünen im Wiener Gemeinderat fand 2004 keine Zustimmung.

⁸⁶ Anfragebeantwortung 931/AB, XXIII. Gesetzgebungsperiode, 1. 8. 2007.

⁸⁷ Anfragebeantwortung 932/AB, XXIII. Gesetzgebungsperiode, 1. 8. 2007.

aus. Die Rente wurde – aufgrund eines Fehlers im Sozialministerium, der Antrag sei „verschlampft“ worden – niemals ausbezahlt. David Holzer wartet noch heute auf die erste Überweisung der ihm zustehenden Opferrente.⁸⁸ Er ist 86 Jahre alt.

⁸⁸ E-Mail-Information von Peter Pirker, in Opferfürsorge-Angelegenheiten Bevollmächtigter von David Holzer, 15. 12. 2008.

STEPHAN ROTH

WIDERSTAND IN DER WEHRMACHT AM BEISPIEL DER ARTILLERIE-ERSATZ- UND AUSBILDUNGSABTEILUNG 109

Die Widerstandstätigkeit der „Artillerie-Ersatz- und Ausbildungsabteilung (motorisiert) 109“¹ im Raum Amstetten und (Groß) Hollenstein zu Kriegsende 1945 ist der Widerstandsforschung seit Jahrzehnten bekannt. Neben dem amtlichen Namen der Einheit haben sich im Laufe der Jahre mehrere Namen etabliert: „2. Österreichische Befreiungsbrigade“, „Kampfgruppe Hollenstein“ sowie „Kampfgruppe Estermann“, benannt nach dem letzten Kommandanten der Einheit Viktor Estermann².

In dem von der österreichischen Bundesregierung 1946 herausgegebenen „Rot-Weiß-Rot-Buch“ wurden die Aktivitäten der Abteilung ebenso be-

¹ Die Abteilung wurde am 26. 8. 1939 in Wien, Wehrkreis XVII, als schwere motorisierte Artillerie-Ersatz-Abteilung aufgestellt. Am 1. 8. 1941 wurde sie nach Brünn in das Protektorat Böhmen und Mähren verlegt, wo sie am 1. 10. 1942 geteilt und am 10. 4. 1943 wieder vereinigt wurde, diesmal als schwere Artillerie-Ersatz- und Ausbildungsabteilung (motorisiert) 109. Im Dezember 1944 wurde die Abteilung von Brünn nach Amstetten verlegt und dort Mitte April 1945 abermals geteilt. Die neu aufgestellte Artillerie-Ersatzabteilung 109 wurde nach Wels verlegt, die Artillerie-Ausbildungsabteilung 109 verblieb in Amstetten, von wo sie sich am 5. / 6. 5. 1945 nach (Groß) Hollenstein zurückzog. Siehe: Georg Tessin, Verbände und Truppen der Deutschen Wehrmacht und der Waffen SS im Zweiten Weltkrieg 1939–1945. Bd. 6: Die Landstreitkräfte 71–130, Osnabrück 1972, S. 222, sowie DÖW 5179, Abschrift des Berichts von Manfred Schneider Wehrthal über die Besetzung und Übergabe der Papier-, Zellwolle- und Zellstofffabrik Lenzing vom 10. 6. 1945, S. 1.

² Hauptmann Viktor Anton Johann Estermann (1910–1969), geboren in Gries bei Bozen, entstammte einer Südtiroler Adelsfamilie. Nach dem frühen Tod des Vaters übersiedelte die Familie nach Wien. 1934–1937 Besuch der Maria Theresianischen Militärakademie in Wiener Neustadt, Eheschließung am 11. 3. 1938 in Wiener Neustadt, 4 Kinder. Kriegsdienst von 1939–1945, ab 15. 12. 1943 Kommandant der Artillerie-Ersatzabteilung 109 und als solcher führendes Mitglied der sich innerhalb der Abteilung bildenden Widerstandsgruppe. Nach dem Krieg kehrte Estermann nach Wiener Neustadt zurück, pachtete eine Landwirtschaft und betrieb mit seiner Frau ein Hotel – beides mit wenig Erfolg.

schrieben³ wie – in etwas ausführlicherer Form – in der von Hans Becker⁴ verfassten Broschüre „Österreichs Freiheitskampf“⁵. Beide Publikationen sind im Kontext ihrer Entstehungszeit zu sehen. Kurz nach Kriegsende wurde in Österreich mit der Betonung des Widerstandes versucht, die Alliierten von der Erfüllung der im zweiten Teil der Moskauer Deklaration enthaltenen „Beitragsklausel“ zu überzeugen. So ist der darin geschilderte Widerstand nicht erfunden, aber heroisiert und ausgeschmückt.

Auch Major Carl Szokoll wies in seinem 1946 verfassten und als Privatdruck veröffentlichten Tätigkeitsbericht zur militärischen Planung der Befreiung Österreichs vom Nazismus auf die Einbettung der „2. österreichischen Befreiungsbrigade“ in die militärische Widerstandsplanung hin.⁶ Auf die Verbindung zu Szokoll ging Otto Molden 1958 („Der Ruf des Gewissens“) ein,⁷ wobei er größtenteils die Passagen aus Beckers Broschüre von 1946 wortwörtlich übernahm. 1968 veröffentlichte Gabriele Hindinger ihre überarbeitete Dissertation „Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Oberösterreich im Jahre 1945“, worin sie in kurzer Form auf die Kontakte zwischen dem „Soldatenbund Wels“ und der unter dem Kommando Hauptmann Estermanns stehenden Einheit in Amstetten hinweist.⁸ Eine kurze Darstellung der Kämpfe in Groß Hollenstein findet sich auch in dem von Erich Fein verfassten und 1975 veröffentlichten Gedenkbuch „Die Steine reden“⁹. Der Eintrag zu Groß Hollenstein bezieht sich

³ Rot-Weiß-Rot-Buch. Gerechtigkeit für Österreich! Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs (nach amtlichen Quellen). Erster Teil, Wien 1946, S. 158.

⁴ Ing. Dr. Hans Becker (1895–1948) war Propagandaleiter der Vaterländischen Front und kam mit dem so genannten Prominententransport am 1. 4. 1938 in das KZ Dachau. Nach seiner Entlassung aus dem KZ Mauthausen Ende Dezember 1940 war er die zentrale Persönlichkeit im Aufbau der Widerstandsgruppe O5. Nach 1945 war er führendes Mitglied der Liga demokratischer Freiheitskämpfer.

⁵ Hans Becker, Österreichs Freiheitskampf. Die Widerstandsbewegung in ihrer historischen Bedeutung, Wien 1946, S. 24–26.

⁶ Carl Szokoll, Tätigkeitsbericht von Carl Szokoll über die militärischen Planungen und den Einsatz von Österreichern zur Beschleunigung der Befreiung vom Nazismus, Wien 10. Mai 1946, S. 19.

⁷ Otto Molden, Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938–1945. Beiträge zur Geschichte der österreichischen Widerstandsbewegung, Wien–München 1958, S. 217 f.

⁸ Gabriele Hindinger, Das Kriegsende und der Wiederaufbau demokratischer Verhältnisse in Oberösterreich im Jahre 1945, Wien 1968, S. 21 f.

⁹ Erich Fein, Die Steine reden. Gedenkstätten des österreichischen Freiheitskampfes – Mahnmale für die Opfer des Faschismus. Eine Dokumentation, Wien 1975, S. 171.

auf ein Gedenkkreuz für drei auf Seiten der Widerstandskämpfer umgekommene österreichische Soldaten.

Die bis dahin ausführlichste Darstellung zur „Kampfgruppe Hollenstein“ erfolgte 1977 in der Dokumentation „Widerstand im Waffenrock“¹⁰, einer Zusammenschau der damals im DÖW ausgewerteten Akten zum Thema Widerstand in der Wehrmacht, die vom ersten Archivar des DÖW Friedrich Vogl zusammengestellt wurde. Es handelt sich hierbei um zwei erstmals veröffentlichte Quellen. Zunächst findet sich ein Erinnerungsbericht von Hugo Pepper¹¹ zu seinen Erlebnissen als Mitglied der „Kampfgruppe Hollenstein“. Pepper verfasste den Bericht¹² als Reaktion auf die amtliche Darstellung im „Rot-Weiß-Rot-Buch“ und sandte ihn am 24. März 1947 an Bundespräsident Renner.¹³ Auffallend an seiner Schilderung sind vor allem die Unterschiede in Punkto Bewaffnung der Einheit, die im Gegensatz zu den gleichlautenden Angaben im „Rot-Weiß-Rot-Buch“ und Hans Beckers Broschüre stehen.¹⁴ Weiters divergieren Peppers Angaben zum zeitlichen Ablauf der Kampfhandlungen mit jenen Beckers in der Größenordnung von drei Tagen, was angesichts der lediglich wenige Stunden dauernden Kämpfe von Bedeutung ist.¹⁵ Im Anschluss an Peppers Darstellung ist als zweite Quelle ein Bericht aus der Schulchronik Hollensteins abgedruckt. Interessant daran ist vor allem die Datierung der Ereignisse, die in Vogls Publikation mit 3. Mai angegeben wird, im Originaltext des zugrunde liegenden DÖW Aktes scheint allerdings der 6. Mai auf.¹⁶ Die Chronik bezeichnet den Tag als Blutsonntag von Hollenstein, womit nur der 6. Mai 1945 in Frage kommt, da dieser ein

¹⁰ Friedrich Vogl, *Widerstand im Waffenrock. Österreichische Freiheitskämpfer in der Deutschen Wehrmacht 1938–1945*, Wien 1977, S. 92–99.

¹¹ Prof. Hugo Pepper (geb. 1920), 1940–1945 Militärdienst, schloss sich der militärischen Widerstandsbewegung innerhalb der Artillerie-Ersatzabteilung 109 an. Nach dem Krieg war er von 1951 bis 1962 im Bildungsreferat des ÖGB tätig und danach bis zu seiner Pensionierung 1982 Cheflektor des Europaverlages. Von 1992–1995 war er Obmann des Bundes sozialdemokratischer Freiheitskämpfer.

¹² DÖW 1811, Bericht über die Aktion der Kampfgruppe der Artillerie-Ersatzabteilung 109 als Teil der 2. Österreichischen Befreiungsbrigade in Groß Hollenstein, Anfang Mai 1945, sowie DÖW 8338

¹³ DÖW 50.100, Begleitbrief von Hugo Pepper an Bundespräsident Renner zum Bericht über die Widerstandsbewegung in Hollenstein, sowie Interview des Verfassers mit Hugo Pepper, 25. 8. 2008.

¹⁴ *Rot-Weiß-Rot-Buch*, S. 158; *Becker, Freiheitskampf*, S. 26.

¹⁵ Vgl. *Becker, Freiheitskampf*, S. 26, sowie *Vogl, Widerstand*, S. 97.

¹⁶ Vgl. *Vogl, Widerstand*, S. 98, sowie DÖW 2119.

Sonntag war. Es liegt die Vermutung nahe, dass Vogl die zeitlichen Angaben des Chronikberichts mit jenen Peppers in Einklang bringen wollte.

Eine gekürzte und bearbeitete Fassung von Peppers Bericht findet sich einige Jahre später in der von ihm selbst und Franz Danimann herausgegebenen Publikation „Österreich im April 1945“¹⁷ wieder. Pepper wurde auch 1984 im Rahmen des vom DÖW durchgeführten Oral-history-Forschungsprojektes „Erzählte Geschichte“ zu seinen Erlebnissen befragt; Auszüge davon wurden im ersten Band der gleichnamigen Buchreihe veröffentlicht.¹⁸ In gekürzter Form wurde das Interview 1987 ein zweites Mal in der ebenfalls vom DÖW herausgegebenen Quellenedition „Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945“ publiziert.¹⁹ Im bereits 1982 erschienenen Band der Quellenedition „Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945“ finden sich in zwei Berichten Hinweise auf Estermann und die Abteilung 109. So berichtet Leutnant Vösleitner vom „Soldatenbund Wels“, der aus der Artillerie-Ersatzabteilung 96 hervorgegangen war, über Kontakte mit den 109ern bezüglich der kampflosen Übergabe der Stadt Wels. Im anderen Bericht geht Manfred Schneider-Wehrthal von der Kampfgruppe Schneider detailliert auf die Verbindungen der in Amstetten stationierten Abteilung 109 und ihrer Widerstandsgruppe ein.²⁰

Auch in beiden bisher veröffentlichten Gesamtdarstellungen zum österreichischen Widerstand gegen das NS-Regime wird kurz auf die Artillerie-Ersatzabteilung 109 eingegangen, wobei jeweils unterschiedliche Quellen genannt werden. Radomír Luža hielt sich in seinem 1983 veröffentlichten Werk „Der Widerstand in Österreich 1938–1945“²¹ an die Darstellung von Becker und Molden, während Wolfgang Neugebauer in seinem 2008 publizierten Buch „Der österreichische Widerstand 1938–1945“²² den Ausführungen Peppers folgt. Auch Carl Szokoll erwähnt in seinen 2001 erschiene-

¹⁷ Hugo Pepper, Der Aufstand der Kampfgruppe Hollenstein, in: Franz Danimann / Hugo Pepper (Hrsg.), Österreich im April 1945. Die ersten Schritte der Zweiten Republik, Wien 1985, S. 29–34.

¹⁸ DÖW (Hrsg.), Erzählte Geschichte. Berichte von Widerstandskämpfern und Verfolgten. Bd 1: Arbeiterbewegung, Wien 1985, S. 254–258.

¹⁹ DÖW (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Niederösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation, 3 Bde., Wien 1987, Bd. 3, S. 510–512.

²⁰ DÖW (Hrsg.), Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934–1945. Eine Dokumentation, 2 Bde., Wien 1982, Bd. 2, S. 347–354.

²¹ Radomír Luža, Der Widerstand in Österreich 1938, Wien 1983, S. 261 f.

²² Wolfgang Neugebauer, Der österreichische Widerstand 1938–1945, Wien 2008, S. 191.

nen Erinnerungen zur Rettung Wiens 1945 noch einmal kurz die Ersatzabteilung 109 unter Namensnennung von Janauschek und Estermann.²³

In den letzten Jahren nahmen sich auch Militärhistoriker der Ereignisse in Hollenstein an, allerdings aus Perspektive der sich vor der Roten Armee zurückziehenden 6. SS-Panzerarmee, die Teil der Heeresgruppe Süd/Ostmark war. So schildern Hans Egger und Franz Jordan in ihrem 2004 im Stocker Verlag erschienenen Buch „Brände an der Donau“²⁴ die Absetzbewegung zweier Einheiten der 6. SS-Panzerarmee, des I. SS-Panzerkorps und des Korps Bünau über die Erlaufstellung weiter nach Westen zur Ennslinie, wobei es unter anderem durch den „Aufstand von Hollenstein“ zu Verzögerungen kam. Egger und Jordan beziehen sich in ihrer Darstellung auf das von Friedrich Brettner 2002 im Eigenverlag erschienene Buch „Die letzten Kämpfe des II. Weltkrieges“²⁵. Brettner seinerseits übernimmt – ohne Angabe der Quellen – wortwörtlich Peppers Bericht, einen Einsatzbefehl vom 21. April 1945 und den Auszug aus der Hollensteiner Schulchronik, was vermuten lässt, dass er sich an Friedrich Vogls Publikation und die damit in Zusammenhang stehenden Akten im DÖW²⁶ gehalten hat. Auch Brettner versucht – wie Vogl – die zeitlichen Abläufe der beiden Quellen in Einklang zu bringen und datiert deshalb um, diesmal allerdings zu Gunsten der Schulchronik, die ihm offensichtlich stichhaltiger erschien als Hugo Peppers Bericht,²⁷ womit Brettner die Kampfhandlungen am 6. Mai 1945 stattfinden lässt.

Seit Mitte der 1980er Jahre wird der militärische Widerstand im Bezirk Amstetten auch in lokalhistorischen Arbeiten berücksichtigt. So widmete Hermann Eichinger in seiner 1986 approbierten Dissertation ein ganzes Kapitel der Gruppe um Hauptmann Estermann.²⁸ In seinen Ausführungen bezieht er sich dabei auf Beckers Broschüre und Peppers gekürzten und bearbeiteten Bericht von 1985 sowie den Originalbericht aus der Schulchronik von Hollenstein. Neu an Eichingers Arbeit ist die Verwendung eines

²³ Carl Szokoll, Die Rettung Wiens: mein Leben, mein Anteil an der Verschwörung gegen Hitler und an der Befreiung Österreichs, Wien 2001, S. 307.

²⁴ Hans Egger / Franz Jordan, Brände an der Donau. Das Finale des Zweiten Weltkriegs in Wien, Niederösterreich und dem Nordburgenland, Graz 2004, S. 377 f.

²⁵ Friedrich Brettner, Die letzten Kämpfe des II. Weltkrieges. Steinfeld – Wienerwald – Tullnerfeld – Traisental, Gloggnitz 2002, S. 258–269.

²⁶ DÖW 1811 u. 2119.

²⁷ Brettner, Letzte Kämpfe, S. 262, sowie Vogl, Widerstand, S. 97.

²⁸ Hermann Eichinger, Die politische Situation im Südwestlichen Niederösterreich 1934 bis 1945, Diss., Univ. Wien 1986, S. 235–245.

Berichts des Bezirksgendarmeriekommandos Amstetten im Auftrag der Bezirkshauptmannschaft. Es handelt sich hierbei um Erhebungen aus dem Jahre 1947, die im Zusammenhang mit gestellten Ansuchen um die österreichische Befreiungsmedaille stehen. Dabei wird auch erstmals eine angebliche zivile Widerstandsgruppe namens „Erika Enzian“ genannt. 1988 verfasste der damalige Kommandant des in Amstetten stationierten Ersatzregiments 35 Oberst Friedrich Schweidler im Rahmen der *Amstettner Beiträge* eine kleine Abhandlung über die Garnisonsstadt Amstetten, worin auch die Artillerie-Ersatzabteilung 109 erwähnt wurde.²⁹ Schweidlers Publikation kommt leider ohne jede nachvollziehbare Quellenangabe aus, was die Überprüfung der Behauptungen erschwert. Ebenfalls im Rahmen der *Amstettner Beiträge* erschien 1996 der von Gerhard Zeilinger herausgegebene Band „Amstetten 1938–1945“.³⁰ Darin wird kurz erwähnt, dass sich die Artillerie-Abteilung 109 am 5. Mai 1945 nach Hollenstein zurückzog. 2005 schloss Gerhard Ziskovsky seine zweibändige, mehrere Tausend Seiten umfassende Dokumentation „Der Nationalsozialismus im politischen Bezirk Amstetten unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Amstetten“ ab. Darin handelt er im zweiten Band die Ereignisse in Amstetten und Hollenstein zu Kriegsende 1945 ab und stützt sich dabei auf das bekannte Quellenmaterial. Neu daran ist unter anderem ein Interview Ziskovskys mit Hugo Pepper aus dem Jahre 1994.³¹

Zusammenfassend kann zum bisher über die Artillerie-Ersatz- und Ausbildungsabteilung 109 publizierten Material festgehalten werden, dass sich der Großteil der Überlieferung auf die amtliche Darstellung im „Rot-Weiß-Rot-Buch“, Hans Beckers Broschüre sowie Hugo Peppers mehrfach publizierten Bericht stützt. Was die handelnden Personen betrifft, fokussiert die Darstellung vor allem auf Estermann, was mit seiner Funktion als Kommandant der Abteilung zu erklären ist. Die Rolle anderer Akteure, deren Einbindung in die Planung und Abläufe, bleibt abgesehen von einigen dürren Namensnennungen größtenteils im Hintergrund. Lediglich Hugo Peppers Rolle ist durch dessen Bericht und die mit ihm durchgeführten Zeitzeugeninterviews verstärkt im Blickfeld.

²⁹ Friedrich Schweidler, *Amstetten – Garnisonsstadt*, Amstetten 1988, S. 16–18.

³⁰ Gerhard Zeilinger (Hrsg.), *Amstetten 1938–1945. Dokumentation und Kritik*, Amstetten 1996, S. 84.

³¹ Gerhard Ziskovsky, *Der Nationalsozialismus im politischen Bezirk Amstetten unter besonderer Berücksichtigung der Stadt Amstetten (Gesamtdokumentation)*, Wien 2005, Bd. 2, S. 2451–2466.

Aufbau der Widerstandsgruppe in Brünn

Auf die Entstehung der Widerstandsgruppe innerhalb der Artillerie-Ersatzabteilung 109 wird in der bisher veröffentlichten Literatur nur marginal eingegangen. Im Rot-Weiß-Rot-Buch wird der Beginn der Tätigkeit im Dezember 1943 in Brünn angesetzt³², auch Pepper³³ nennt dieses Jahr, wiewohl er keine genauen Monatsangaben macht. Der in Beckers Broschüre mit Initialen G. K.³⁴ genannte Unteroffizier Georg Krasser³⁵ setzt den Beginn des Widerstandes viel früher an. Im Personalstandesblatt³⁶ seiner CV-Verbindung Norica Wien gibt Krasser am 15. November 1945 an, seit 1942 im Widerstand der Abteilung 109 tätig gewesen zu sein.³⁷

Krasser berichtet³⁸, dass er im Herbst 1941 an der Ostfront an Ruhr erkrankte und nach einem Lazarettaufenthalt zur Ersatzeinheit 109 nach Brünn kam, wo sich die Abteilung seit 1. August 1941 befand.³⁹ Krasser erzählte in zwei Interviews weiter, dass er erwartete, bald wieder an die Front abgestellt zu werden, was er auch wollte.⁴⁰ Sein Cousin Oberleutnant Hans Janauschek⁴¹, der Adjutant des Abteilungskommandeurs war, überzeugte ihn, bei ihm in der Etappe zu bleiben. Janauschek, der ebenso Mitglied der CV-Verbindung Norica war, verschaffte Krasser mit Unterstützung der gleichfalls bei Norica korporierten Ärzte Franz Ritschl⁴² und Albert

³² Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 158.

³³ Vogl, Widerstand, S. 92.

³⁴ Becker, Freiheitskampf, S. 24.

³⁵ Dr. Georg Krasser (geb. 1917), 1939–1945 Militärdienst, war führendes Mitglied der Widerstandsgruppe innerhalb der Abteilung 109. Nach dem Krieg war er bis 2000 als Rechtsanwalt in Wien tätig, wo er heute noch lebt.

³⁶ Das Personalstandesblatt ist ein Fragebogen, der an alle Verbindungsmitglieder zur Abklärung ihrer Aktivitäten zwischen 1938–1945 ausgesandt wurde.

³⁷ Archiv der K.a.V. Norica Wien im ÖCV, Standesblätter 1945. Für die Überlassung sämtlicher im Text verwendeter Unterlagen aus dem Archiv der K.a.V. Norica dankt der Verfasser herzlich Dr. Georg Schmitz, dem Archivar der K.a.V. Norica.

³⁸ DÖW 51.237, Bericht von Georg Krasser vom 3. 12. 1993.

³⁹ Tessin, Verbände und Truppen, Bd. 6, S. 222.

⁴⁰ Interviews des Verfassers mit Georg Krasser, 2. 6. 2004 u. 27. 10. 2008.

⁴¹ Dkfm. Dr. Hans Janauschek (1919–1979), Wien, einjährig freiwillige Offiziersausbildung, Kriegsdienst von 1939–1945. Mit kurzer Unterbrechung von 1940–1945 Adjutant des jeweiligen Kommandeurs der Abteilung 109 und führendes Mitglied der Widerstandsgruppe innerhalb der Abteilung. Nach dem Krieg war Janauschek Beamter im Sozialministerium.

⁴² Dr. Franz Ritschl (1908–2000), 1940–1945 Militärdienst. Befreite als Truppenarzt bis Kriegsende hunderte Soldaten vom Kriegsdienst. 1948–1961 Referent für medizinische und

Rheinberger⁴³ die erforderlichen medizinischen Atteste, um als frontuntauglich kategorisiert zu werden.⁴⁴ Krasser wurde mit Hilfe Janauscheks zum IIb des Stabes, dem Sachbearbeiter für Unteroffiziere und Mannschaften ernannt⁴⁵ und trat Ende Jänner / Anfang Februar 1942 seinen neuen Posten in Brünn an.⁴⁶ Etwa ein halbes Jahr später stieß mit Franz Derndorfer⁴⁷ ein weiteres Mitglied von Norica zur Abteilung 109 nach Brünn. Derndorfer war gemeinsam mit Krasser an der Front gewesen und wurde über dessen Vorschlag von Janauschek zum IIa des Stabes, dem Sachbearbeiter für Offiziere bestellt.⁴⁸

Durch den Einfluss Janauscheks wurde Krasser klar, dass der selektive Umgang mit Frontanforderungen ein – wie er es nannte – antinazistisches „Heimatfront“-System bilden könnte.⁴⁹ Begünstigt durch ihre administrative Position im Stab der Abteilung und die Deckung Janauscheks als Adjutant ging Krasser gemeinsam mit Derndorfer daran, bei den laufenden Anforderungen vor allem Nazis oder „Altreichsdeutsche“ an die Front abzustellen. Österreicher wurden solange wie möglich in der Etappe gehalten, dabei war die weltanschauliche Ausrichtung der Soldaten zweitrangig, solange diese keine Nazis waren. In geringerem Maße galt dies auch für nicht nationalsozialistisch eingestellte „Altreichsdeutsche“. Auf diese Weise wurde die Abteilung 109 langsam zu einer überproportional österreichischen, anti-nazistischen Abteilung gewandelt.⁵⁰

ärztliche Spitalsangelegenheiten im Magistrat der Stadt Wien. 1961–1974 Direktor des Allgemeinen Krankenhauses in Wien. Siehe: Archiv der K.a.V. Norica Wien im ÖCV, Standesblätter 1945; sowie Wolfgang Schmitz, Hofrat Franz Ritschl ist 85, in: Die Furche, Nr. 28, 15. 7. 1993.

⁴³ Dr. Albert Rheinberger (1892–1960), Studium der Medizin in Prag und Wien, Militärdienst im Ersten Weltkrieg. Bis 1938 Chefarzt der Aspangbahn und bei den Österreichischen Bundesbahnen. Vom 23. 3. bis 30. 6. 1938 in Schutzhaft; als Truppenarzt in Horn und Wien ab 1940 bewahrte er viele Soldaten vor einem neuerlichen Fronteinsatz. Siehe: Archiv der K.a.V. Norica Wien im ÖCV, Standesblätter 1945; sowie DÖW 20.000/R229.

⁴⁴ Archiv der K.a.V. Norica Wien im ÖCV.

⁴⁵ DÖW 51.237, Bericht von Georg Krasser.

⁴⁶ Interview Krasser.

⁴⁷ Dipl. Ing. Franz Derndorfer (1916–2005), Mitglied der Widerstandsgruppe innerhalb der Artillerie-Ersatzabteilung 109, betrieb nach dem Krieg eine Baufirma und war von 1958–1977 Bürgermeister von Neuhofen an der Krems (OÖ).

⁴⁸ DÖW 51.237, Bericht von Georg Krasser.

⁴⁹ Interview Krasser.

⁵⁰ DÖW 51.237, Bericht von Georg Krasser.

Der Schlüsselrolle von Janauschek, Krasser und Derndorfer bei der Gründung der Widerstandsgruppe wird in einem „Vorläufigen Tätigkeitsbericht“ der „2. Österreichischen Befreiungsbrigade“, der sich sowohl im Nachlass von Hauptmann Estermann⁵¹ als auch im Niederösterreichischen Landesarchiv⁵² fand, folgendermaßen Rechnung getragen:

„Dank der langjährigen aufopfernden Tätigkeit des vor- u. nachmaligen Adjutanten Oblt.d.R. Hans Janauschek, der es vorerst verstanden hatte, sich mit einem Stab betont österreichisch gesinnter Sachbearbeiter zu umgeben, wurde in jahrelanger unermüdlicher Arbeit, trotz altreichsdeutscher Kommandeure, der rein österreichische Charakter der Abteilung im Sinne des AR [Artillerie-Regiment], aus dem sie hervorgegangen waren, gewahrt.“⁵³

Ein weiteres Mitglied der CV-Verbindung Norica, Edwin Stemberger⁵⁴, kam aufgrund einer Verwundung im Laufe des Jahres 1943 zu den 109ern nach Brünn. Der Generalstabsarzt wollte ihn nach einer gewissen Zeit der Rekonvaleszenz wieder für kriegsverwendungsfähig erklären und ordnete zur vollständigen Wiederherstellung Stembergers eine Operation an. Der in der Schreibstube des Stabes beschäftigte Stemberger wurde durch die Hilfe von Janauschek und Estermann vor der Wiedereinberufung bewahrt.⁵⁵

Hugo Pepper stieß im Dezember 1942 zu den 109ern.⁵⁶ Er besuchte danach die Offiziersschule zunächst im Arsenal in Wien und später wieder in Brünn und wurde am 1. April 1943 als Leutnant ausgemustert.

⁵¹ Für die Überlassung des „Vorläufigen Tätigkeitsberichtes“ dankt der Verfasser Gabriele Morawa, der Tochter von Viktor Estermann. Verantwortlich für den Inhalt zeichnen die 109er Leutnant Exler, Wachtmeister Meszaros und Hauptmann Estermann. Der Bericht stellte offensichtlich die Grundlage für den Eintrag im Rot-Weiß-Rot-Buch dar.

⁵² Niederösterreichisches Landesarchiv, Außenstelle Bad Pirawarth, Bezirkshauptmannschaft Amstetten. Gr. XI/153, -1945, Betreff: Estermann.

⁵³ 2. Österreichische Befreiungsbrigade, Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 1.

⁵⁴ Dr. Edwin Stemberger (geb. 1918), 1939–1945 Militärdienst, kam 1943 als Obergefreiter nach einer Unterschenkelverletzung zu den 109ern nach Brünn und war bis Kriegsende als Schreiber im Stab der Abteilung tätig. Mitglied der Widerstandsgruppe innerhalb der Abteilung 109. Nach dem Krieg arbeitete er in der Bundeswirtschaftskammer, wo er von 1967 bis zu seiner Pensionierung 1980 Abteilungsleiter war. Er lebt heute in Wien.

⁵⁵ Interview des Verfassers mit Edwin Stemberger, 3. 1. 2009.

⁵⁶ Interview Pepper.

Da Pepper aufgrund seiner Erkrankung nicht mehr fronttauglich war, kam er zur Ersatzabteilung 109 zurück und wurde der abteilungseigenen Nachrichtenbatterie als Ausbildungsoffizier zugeteilt, später wurde er zum Batterieführer ernannt. Auch er versuchte politisch zuverlässige, nicht nationalsozialistisch eingestellte Männer zu halten. Pepper beziffert die auf diese Weise zurückgehaltenen Personen mit etwa einem Dutzend bei einer von ihm geschätzten Batteriegröße von 100 Mann.⁵⁷

Darüber hinaus schaffte Pepper mit seiner Gruppe Waffen und Munition beiseite⁵⁸ und stellte Kontakte zu einer tschechischen Widerstandsgruppe bei der Post her, um einen Angehörigen mit teilweise jüdischer Herkunft vor polizeilichen Zugriffen zu schützen.⁵⁹ Pepper arbeitete seinen Angaben zufolge rund ein Jahr – also etwa bis April oder Mai 1944 – auf diese Weise, bis er eines Tages vom Abteilungskommandanten Estermann auf diese Tätigkeiten angesprochen wurde. Estermann beruhigte Pepper dahingehend, dass er die selben Ziele verfolgen und sich freuen würde, Pepper und dessen Gruppe in seinen die Abteilung umfassenden Kreis aufzunehmen.⁶⁰

Die Darstellung Peppers wirft vor allem die Frage nach der Rolle Hauptmann Estermanns auf. Dieser übernahm dem „Vorläufigen Tätigkeitsbericht“ zufolge als erster Österreicher die Führung der Abteilung am 15. Dezember 1943.⁶¹ Peppers Darstellung sieht Estermann von Anfang an in einer sehr aktiven Rolle, wiewohl Pepper erst im April 1943 ständig bei der Abteilung in Brünn war, weshalb er die Zeit davor nicht persönlich erlebt hatte. Dem stehen die Aussagen Krassers gegenüber. Seiner Darstellung nach war Estermann zu diesem Zeitpunkt noch gar nicht in die Aktivitäten der Widerstandsgruppe eingeweiht, Janaschek schirmte alle widerstandsrelevanten Informationen von ihm ab.⁶²

Janascheks wichtige Funktion innerhalb der Widerstandsgruppe wird in den bisher veröffentlichten Darstellungen wenig berücksichtigt. So ist er im Rot-Weiß-Rot-Buch lediglich Zeuge⁶³, bei Krasser allerdings die zentrale

⁵⁷ Interview Pepper.

⁵⁸ Erzählte Geschichte, S. 254.

⁵⁹ Interview Pepper sowie Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 2.

⁶⁰ Erzählte Geschichte, S. 254.

⁶¹ Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 1 Es konnte nicht eruiert werden, wer die Abteilung davor leitete.

⁶² Interview Krasser.

⁶³ Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 158.

vorbereitende Figur.⁶⁴ Janauscheks Bruder Dr. Josef Janauschek, der als Truppenarzt tätig war, schrieb 1967:

„Bevor Lemberg eingeschlossen wurde [im Juli 1944], kam ich mit unserem Lazarett nach Brünn, wo ich mit Georg Krasser und meinem Bruder Hansl fleißig damit beschäftigt war, aus gesunden deutschen Wehrmichtsangehörigen kranke Österreicher, die nicht fronttauglich waren, zu machen.“⁶⁵

Ein Beispiel dafür nennt auch Edwin Stemberger, dessen Bruder nach einer Verwundung wieder an die Front abgestellt werden sollte. Auf Intervention Janauscheks wurde der Bruder im Winter 1944/45 – mit der Begründung der Notwendigkeit eines Panzerabwehrsoldaten zur Schulung der 109er – zu den 109ern versetzt. Stemberger bezeichnet diese Intervention als lebensrettend für seinen Bruder.⁶⁶

Januschek war länger als Estermann in der Abteilung als Adjutant tätig und kannte deren Usancen mit Sicherheit besser. Molden erwähnt, dass es Januschek war, der später den Kontakt zu Major Szokoll in Wien herstellte.⁶⁷ In diesem Zusammenhang erinnerte sich Krasser, dass Januschek immer die Redewendung „mein Freund, der Szokoll“ verwendete.⁶⁸ Wann es zum Kontakt zwischen den beiden kam, lässt sich anhand der zur Verfügung stehenden Quellen nicht mehr feststellen. Becker gibt den Winter 1943/44 als Zeitraum an, in dem sich eine widerständische Organisation innerhalb der Wehrmacht im Großraum Wien konsolidiert hatte, die sich aus Angehörigen acht verschiedener Einheiten – darunter auch die Artillerie-Ersatzabteilung 109 – zusammensetzte und im Kontext der sich bildenden „O5“ zu sehen ist.⁶⁹ Dass Januschek vermutlich der zentrale Verbindungsmann bei den 109ern war, legt auch dessen Erwähnung in Szokolls Erinnerungen über die Rettung Wiens 1945 nahe, darin wird Januschek namentlich vor Estermann genannt und versehentlich als ranghöher eingestuft.⁷⁰

⁶⁴ Interview Krasser.

⁶⁵ Archiv der K.A.V. Norica, Lebenslauf von Dr. Josef Januschek v. 12. 11. 1967.

⁶⁶ Interview Stemberger.

⁶⁷ Molden, Gewissen, S. 217.

⁶⁸ Interview Krasser.

⁶⁹ Becker, Freiheitskampf, S. 17, sowie Molden, Gewissen, S. 168–171.

⁷⁰ Szokoll, Rettung Wiens, S. 307.

Basierend auf der 1943 üblichen Sollstärke einer Artillerie-Abteilung, bestehend aus drei Batterien à 200 Mann und dem Abteilungsstab à 100 Mann, insgesamt also etwa 700 Mann und Offiziere,⁷¹ kann für den Umfang der Widerstandstätigkeit der Artillerie-Ersatz- und Ausbildungsabteilung 109 folgende Größenordnung ausgemacht werden: Beginnend mit Februar 1942 bildete sich ausgehend vom Stab der Abteilung eine kleine Widerstandsgruppe, die im Laufe der Zeit circa 150 – heimat treue österreichische – Soldaten vom Fronteinsatz zurückhalten konnte. Auf diese Weise wurden das Offizierskorps und vor allem die Schreibstuben der einzelnen Abteilungsbatterien sukzessive mit verlässlichen Personen besetzt.⁷² Zum Zeitpunkt der von Major Szokoll bewerkstelligten Verlegung der Abteilung von Brünn nach Amstetten im Dezember 1944 bestand also etwa ein gutes Fünftel der Abteilung aus österreichisch gesinnten Personen.

Verlegung der Abteilung nach Amstetten im Dezember 1944

Die im Rahmen der „Operation Walküre“ von Major Carl Szokoll in Wien aufgebauten Widerstandsstrukturen innerhalb der Wehrmacht fielen wie durch ein Wunder nicht der dem misslungenen Attentat vom 20. Juli 1944 folgenden Verhaftungswelle zum Opfer. Auf diese Struktur aufbauend entwickelte Szokoll ein neues Aktionsprogramm mit dem Ziel, die Widerstandsgruppen im Ersatzheer in Österreich zu konzentrieren und österreichische Kampfseinheiten etwa in Bataillonsstärke für den späteren Kampf zu bilden.⁷³ Szokoll berichtete 1946, dass der Großteil der in Österreich rekrutierten Soldaten im Protektorat Böhmen und Mähren zur Ausbildung kam und so seinen Plänen für die Befreiung nicht zur Verfügung stand. Erst nach lang anhaltenden bürokratischen Auseinandersetzungen mit dem Oberbefehlshaber Böhmen-Mähren gelang es ihm, Einheiten aus Mähren herauszulösen und Ende 1944 nach Österreich zu versetzen.⁷⁴ So wurde das Artillerie-Ersatz- und Ausbildungsregiment 44 im Dezember 1944 von Brünn nach Wels

⁷¹ Für die Auskunft über die Sollstärke von Artillerie-Abteilungen bedankt sich der Verfasser herzlich bei Hofrat Dr. Wolfgang Etschmann von der militärgeschichtlichen Forschungsabteilung des Heeresgeschichtlichen Museums in Wien.

⁷² Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 1, sowie Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 158.

⁷³ Szokoll, Tätigkeitsbericht, S. 7, sowie Molden, Gewissen, S. 204.

⁷⁴ Szokoll, Tätigkeitsbericht, S. 19.

verlegt.⁷⁵ Ihm unterstellt waren die in Znaim liegende Artillerie-Ersatzabteilung 96 und die Artillerie-Ersatzabteilung II/262⁷⁶, beide Einheiten wurden ebenfalls nach Wels verlegt. Die dritte untergeordnete Einheit war die Artillerie-Ersatz- und Ausbildungsabteilung 109, sie wurde in Amstetten stationiert.⁷⁷ Das Regiment und die untergeordneten Einheiten waren nach ihrer Verlegung zunächst direkt dem Wehrkreiskommando XVII unterstellt und damit im Einflussbereich Szokolls.

Dem „Vorläufigen Tätigkeitsbericht“ zufolge bestand der Kreis der engsten Mitarbeiter der „2. Österreichische Befreiungsbrigade“ aus 13 Personen: Hauptmann Estermann, Oberleutnant Führer, Oberleutnant Janauschek, Oberleutnant Matejka, Leutnant Exler, Leutnant Edlinger, Wachtmeister Hanel, Wachtmeister Meszaros, Wachtmeister Jurkowitsch, Unteroffizier Krasser, Wachtmeister Glotter, Wachtmeister Hocheder sowie Gefreiter Tlustos.⁷⁸

Zu welchem Zeitpunkt der innerste Vertrauenskreis so ausgesehen hatte, ist nicht feststellbar. Folgt man den Angaben Peppers, kann die Gruppe bereits in Brünn so ausgesehen haben. Krasser führt aus, dass Estermann erst im Februar oder März 1945 überhaupt in die Widerstandsaktivitäten eingeweiht wurde. Zudem habe Janauschek – laut Krasser – einen großen Unterschied zwischen prinzipiell vertrauenswürdigen Personen und wirklich Eingeweihten gemacht.⁷⁹

Laut „Vorläufigem Tätigkeitsbericht“⁸⁰ wurde ab 15. Jänner 1945 unter dem Vorwand, einen Ausbildungsstützpunkt errichten zu wollen, ein Teil der Abteilung nach (Groß) Hollenstein, das etwa 50 Kilometer südlich von Amstetten im oberen Ybbstal liegt, verlegt. Als Grund nennt der Bericht die Absicht, die Abteilung aus dem Gebiet von Amstetten herauszuziehen und dadurch den beabsichtigten Verteidigungsplänen des Gauleiters von Oberdonau August Eigruber zu entziehen.⁸¹ Eigruber ließ im Rahmen der „Befestigungen Südost“ die Enns- und die Ybbslinie als Puffer zum Schutz Oberdonaus gegen die heranrückende Rote Armee ausbauen,⁸² wodurch die 109er direkt betroffen waren.

⁷⁵ Tessin, Verbände und Truppen. Bd. 5: Die Landstreitkräfte 31–70, S. 120.

⁷⁶ Ebenda, Bd. 6, S. 144.

⁷⁷ Ebenda, Bd. 6, S. 222.

⁷⁸ Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 1.

⁷⁹ Interview Krasser.

⁸⁰ Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 2.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Manfred Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich '45, Wien 1995, S. 342.

Diese Darstellung im Bericht ist eine sehr verkürzte, und es ist nicht davon auszugehen, dass bereits am 15. Jänner 1945 mit der Errichtung des Stützpunktes begonnen wurde. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Rote Armee noch in Ungarn und war in Kämpfe um die Befreiung Budapests verwickelt. Österreichisches Gebiet wurde erst am 29. März 1945 in Klostermarienbergs⁸³ betreten. Krasser beschreibt, dass den Personen des engsten Kreises nach dem Jahreswechsel 1944/1945 klar war, dass die bisherige Praxis ausgeweitet werden musste, um die Abteilung zu schützen. Amstetten liegt direkt an der von Ost nach West verlaufenden Hauptverkehrsachse, und es wäre nur eine Frage der Zeit gewesen, bis die Abteilung in Kampfhandlungen verwickelt worden wäre. Aus diesem Grund wurde überlegt, wie sich die Abteilung zumindest aus der skizzierten Marschlinie heraushalten könnte.⁸⁴ Laut Krasser war es der Schirrmeister der Abteilung, Wachtmeister Karl Hanel,⁸⁵ der das ehemalige Rothschildschloss Unterleiten bei (Groß) Hollenstein als in Frage kommenden Rückzugsort ins Spiel brachte. Gemeinsam mit Derndorfer nahmen Hanel und Krasser das Schloss in Augenschein und befanden das Anwesen für das geplante Vorhaben tauglich.⁸⁶ In den bereits erwähnten Quellen⁸⁷ heißt es weiter, dass in der Folge Vorarbeiten für den Ausbau des Stützpunktes begannen. Diese können als reine Quartiervorbereitung für den Tag X bezeichnet werden.⁸⁸

Wann der Ausbildungsstützpunkt in (Groß) Hollenstein bezogen wurde, darüber gehen die Angaben auseinander. Einem von Estermann als Abteilungskommandant unterzeichneten und mit 21. April 1945 datierten Sonderbefehl zufolge sollte die Artillerie-Ersatz- und Ausbildungsabteilung 109 im Rahmen einer Neuaufstellung in eine Ersatz- und eine Ausbildungsabteilung aufgeteilt werden, wobei ein als Einsatzstaffel bezeichneter Teil, der Ausbildungsabteilung zugeordnet, den Ausbildungsstützpunkt Hollenstein beziehen sollte. Diesem Abteilungsbefehl liegt ein Befehl des übergeordneten Artillerie-Ersatz- und Ausbildungsregiments 44 in Wels vom 5. April

⁸³ Ebenda, S. 126.

⁸⁴ Interview Krasser.

⁸⁵ Der Wiener Bauingenieur Karl Franz Hanel (1916–1945) schloss sich bereits in Brünn der Widerstandsgruppe innerhalb der der Artillerie-Ersatzabteilung 109 an, wurde am 6. 5. 1945 bei Hollenstein verwundet und verstarb am 16. 7. 1945 in einem Lazarett in Schladming in der Steiermark. Siehe: DÖW 20.000/H144 sowie Interview Krasser.

⁸⁶ Interview Krasser.

⁸⁷ Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 2 f.; Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 158; Becker, Freiheitskampf, S. 25 f.

⁸⁸ Interview Krasser.

1945 zugrunde.⁸⁹ Als Stützpunktleiter fungierte Leutnant Hugo Pepper, als Wachtmeister zur besonderen Verwendung ist Wachtmeister Hocheder angegeben, der damit keine klar definierte Aufgabe und so offensichtlich Handlungsspielräume zur Kontaktherstellung mit Vertrauensleuten aus der lokalen Bevölkerung hatte.⁹⁰

Pepper selbst behauptet, bereits seit Anfang März 1945 mit der Einsatzstaffel in Hollenstein gewesen zu sein, seinen Ausführungen zufolge war der Befehl vom 21. April 1945 lediglich eine Offizialisierung des Zustandes.⁹¹ Diese Behauptung Peppers steht allerdings in Widerspruch zu einer von ihm selbst erzählten Begebenheit. In den letzten Kriegswochen war Amstetten mehrmals alliierten Luftangriffen ausgesetzt. Nach einem derartigen Angriff wurden am 20. März 1945⁹² 15 kriegsgefangene amerikanische Flugzeugpiloten durch Amstetten getrieben und am Hauptplatz der Selbstjustiz der aufgehetzten Bevölkerung ausgesetzt.⁹³ Eine von Pepper angeführte Gruppe aus der Garnison Amstetten rettete die US-Amerikaner.⁹⁴ Aus diesem Grund ist davon auszugehen, dass der Posten in Hollenstein erst im Laufe des April 1945 bezogen wurde.

Neben den Vorarbeiten für den Rückzug nach Hollenstein wurden seitens der 109er auch in Amstetten die Vorbereitungen der lokalen NS-Administration für den „Endkampf“ sabotiert. So soll der planmäßige Verteidigungsaufbau in den Bezirken Amstetten, Melk und Scheibbs behindert worden sein,⁹⁵ der Volkssturm soll inkompatible Waffen und Munition erhalten haben⁹⁶ und zivile als auch militärische Fernsprechleitungen regelmäßig unterbrochen worden sein.⁹⁷

⁸⁹ DÖW 1811, Sonderbefehl Nr. 1 v. 21. 4. 1945.

⁹⁰ Ebenda.

⁹¹ Interview Pepper

⁹² Ziskovsky, Amstetten, S. 2500, 2505. Im April 1947 wurde deshalb in Salzburg vor einem amerikanischen Militärgericht Anklage gegen 25 Personen erhoben, die an den Misshandlungen am 20. März 1945 beteiligt gewesen waren. National Archives. USFA-WC-309 (Amstetten Case).

⁹³ Acht dieser Flieger konnten nachweislich von den 109ern in Sicherheit gebracht werden, sie bedankten sich in einem Schreiben vom 2. 5. 1945. Siehe: MA 12 (heute MA 40) Opferfürsorgeakt Dr. Johann (Hans) Janauschek, geb. am 20. 7. 1919. G.Zl. J 108/47, Übersetzung des Schreibens der acht Flieger an die Alliierten Militärbehörden v. 2. 5. 1945, Amstetten.

⁹⁴ Erzählte Geschichte, S. 257, sowie Ziskovsky, Amstetten, S. 2460.

⁹⁵ Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 2.

⁹⁶ Erzählte Geschichte, S. 256 f.

⁹⁷ Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 2, sowie Erzählte Geschichte, S. 257.

Aufgrund der militärisch-hierarchischen Struktur innerhalb des Artillerie-Ersatz- und Ausbildungsregiments 44 gab es offizielle Kontakte zwischen den Einheiten, was Widerstandsvorhaben erleichterte.⁹⁸ Große Bedeutung hatte dabei der gute Kontakt zwischen Oberleutnant Janauschek und dem Adjutanten des übergeordneten Regiments Oberleutnant Kurt Schmeisser.⁹⁹ Hinzu kamen Verbindungen des innerhalb der Artillerie-Ersatzabteilung 96 ab März 1945 tätigen „Soldatenbundes Wels“.¹⁰⁰ Besonders eng war der Kontakt mit der im Rahmen der erwähnten Neuaufstellung Mitte April 1945 nach Wels verlegten Schwesterabteilung der Artillerie-Ersatzabteilung 109 unter der Führung von Hauptmann Schneider-Wehrthal, aus der die Kampfgruppe Schneider hervorging, die die Papier- und Zellstofffabrik Lenzing vor der Zerstörung bewahrte und am 5. Mai 1945 an die 80. US-Division übergab.¹⁰¹ Darüber hinaus sind auch Verbindungen zu anderen Wehrmachtseinheiten angegeben, wie etwa der Kraftfahrabteilung 17 in Enns sowie dem Infanterieregiment 134 in Enns und Steyr.¹⁰² Wie sich die Zusammenarbeit mit den letztgenannten Einheiten gestaltete, ist mangels Quellen nicht bekannt.

Im zivilen Bereich soll es Verbindungen mit Widerstandsgruppen in Amstetten, Ulmerfeld, Winklarn, Neuhofen, Rosenau, Hoch-Pyra, Böhlerwerk, Enns, Lunz und (Groß) Hollenstein gegeben haben.¹⁰³ Darunter befand sich auch eine in der Literatur bisher vollkommen unbekannt Gruppe namens „Erika Enzian“¹⁰⁴, die ihr Operationsgebiet im Ybbstal gehabt haben soll. Als Quelle liegen lediglich Aussagen von Mitgliedern genannter Gruppe vor,¹⁰⁵ denen keine anderen objektivierbaren Berichte gegenübergestellt werden können. Krasser selbst kann sich an keine derartige Gruppe erinnern, wohl aber an einen Kontakt mit einem Rauchfangkehrermeister aus Amstetten, an dessen Gruppe zweimal Kisten mit Gewehren übergeben wurden.¹⁰⁶

Zusammenfassend sind die Angaben kritisch zu bewerten. Es ist davon auszugehen, dass es Kontakte unterschiedlichster Intensität mit einzelnen

⁹⁸ Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 2.

⁹⁹ Opferfürsorgeakt Johann Janauschek, Bescheinigung Dr. Manfred Schneider v. 10. 11. 1947.

¹⁰⁰ Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich, S. 347 f.

¹⁰¹ Ebenda, S. 351–354.

¹⁰² Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 158.

¹⁰³ Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 2 f.; Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 158; Becker, Freiheitskampf, S. 25 f.

¹⁰⁴ Siehe den vorliegenden Text zu den letzten Tagen in Hollenstein.

¹⁰⁵ Ziskovsky, Amstetten, S. 2457, sowie Eichinger, Politische Situation, S. 241–243.

¹⁰⁶ Interview Krasser.

Personen aus den angegebenen Orten gegeben hat und diese in den letzten Kriegsmonaten kleinere Gruppen gebildet haben könnten. Von der Vorstellung, es mit eigenständig agierenden Organisationen zu tun zu haben, ist allerdings Abstand zu nehmen.

Die letzten Wochen, der Rückzug nach Hollenstein und das Kriegsende

Aufgrund des Rückzugs der Deutschen Wehrmacht Richtung Westen, der Verlegung von Truppenteilen zur weiteren Verteidigung in den Gau Oberdonau und der Flucht von tausenden ZivilistInnen und Verwundeten Richtung Westen war Amstetten eine im Frühjahr 1945 – vor allem nach der Befreiung Wiens am 14. April 1945 – völlig überfüllte Stadt entlang der zentralen Straßen- und Bahnrückzugslinie.¹⁰⁷

Die Hauptkampflinie war bis auf 60 Kilometer an Amstetten herangerückt, die Nervosität der NS-Behörden wuchs zunehmend. Kreisleiter Neumayer ließ verlauten, dass die Stadt verteidigt und er selbst die Kämpfe leiten werde. Am 10. April 1945 wurde per Erlass von Gauleiter Hugo Jury das Standrecht verhängt, dem am Tag darauf die ersten standrechtlichen Erschießungen von Deserteuren folgten.¹⁰⁸ Der spätere Justizminister und damalige Obergefreite Christian Broda, der Schreiber im Reserve-Lazarett Amstetten war, beschreibt seine Eindrücke folgendermaßen:

„Am 20. April – es war ‚Führers Geburtstag‘ – brachen wir mit ‚Mann und Roß und Wagen‘ nach Westen auf. Meine letzten Erinnerungen an Amstetten, das einem zeitgenössischen ‚Wallensteins Lager‘ glich, waren: Gehenkte ‚Deserteure‘ auf dem Amstettener Hauptplatz, die roten Wiener städtischen Autobusse, die, vollgestopft mit Flüchtlingen, gleich vorsintflutlichen Fabeltieren die hinter Amstetten steil ansteigende Straße nach Linz hinaufkrochen, versprengte Truppenteile der königlich-ungarischen Armee mit hocheleganten, auch noch inmitten der ‚Letzten Tage der Menschheit‘ hocharistokratisch wirken-

¹⁰⁷ Othmar Tuider, Die Wehrkreise XVII und XVIII 1938–1945, Wien 1975 (= Militärhistorische Schriftenreihe 30), S. 43 f., sowie Rauchensteiner, Krieg, S. 189–192, 228.

¹⁰⁸ Zeilinger, Amstetten, S. 84.

den Offizieren in erstklassigen Uniformen [...]. Beim Aufbruch aus Amstetten erhielten wir die Frontzeitung der Heeresgruppe ‚Süd‘ unter dem Oberbefehl des Generaloberst Lothar Rendulic (datiert vom 16. April 1945). Ihre Überschrift ist mir in der Erinnerung haften geblieben: ‚Wien wird wieder deutsch werden, Berlin immer deutsch bleiben.‘¹⁰⁹

Die Darstellungen der in Zusammenhang mit den 109ern stehenden Ereignisse der letzten Tage und Wochen vor Kriegsende weichen stark voneinander ab und sind bezüglich Ablauf, Datierung und Personenkreis zum Teil widersprüchlich. Es ist daher unmöglich, den tatsächlichen Ablauf zu rekonstruieren. Aufgrund der vorliegenden Quellen kann davon ausgegangen werden, dass ab Mitte April 1945 etwa 130 bis 150¹¹⁰ Angehörige der 109er im Ausbildungsstützpunkt im Rothschildschloss in Unterleiten bei Hollenstein untergebracht waren. Der Rest der Abteilung befand sich in der Garnison in Amstetten und umfasste etwa 300 bis 400 Personen.¹¹¹

Laut „Vorläufigem Tätigkeitsbericht“ war bereits für die Monatswende März/April 1945 vorgesehen, unter Mithilfe der erwähnten zivilen und militärischen Widerstandsgruppen die Ybbslinie bis zur Ennslinie aufzurollen und den offenen Kampf zu beginnen. Dieses Vorhaben soll durch die überraschende Verlegung zweier RAD-Gebirgsbrigaden in den Raum Amstetten durchkreuzt worden sein.¹¹² Der Tatsachengehalt dieser Behauptungen ist als sehr gering einzuschätzen. Es ist auszuschließen, dass eine einzige Artillerie-Abteilung auch mit Unterstützung anderer Kräfte in der Lage wäre, einen derart überbelegten Landstrich aufzurollen.

Im Bericht heißt es weiter, dass Ende April zivile mit den 109ern kooperierende Widerstandskämpfer verhaftet wurden und die Widerstandspläne der Abteilung dadurch Gefahr liefen aufgedeckt zu werden. Estermann führte deshalb am Abend des 3. Mai 1945 in Enns eine Abschlussbesprechung mit den dortigen widerstandsbereiten Wehrmachtseinheiten durch, worin festgelegt wurde, dass am Tag darauf um 22 Uhr der offene Kampf begonnen wer-

¹⁰⁹ Christian Broda, Ried im Innkreis – Mai 1945, in: Zeitgeschichte, 2. Jg., H. 7, Salzburg 1975, S. 162.

¹¹⁰ Pepper gab im Interview 2008 130 Personen an, seinem Bericht aus dem Jahre 1946 (DÖW 1811) folgend waren es 150 Personen.

¹¹¹ Pepper nennt in seinem Bericht von 1946 300 Personen. Krasser setzt die Zahl bei etwa 400 Personen an

¹¹² Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 2 f.

den sollte. Bei seiner Rückkehr wurde Estermann in den Morgenstunden des 4. Mai 1945 mit zwei seiner Schlüsselleute am Hauptplatz in Amstetten vom SD und zwei SS-Offizieren verhaftet, danach im Bezirksgericht verhört und schließlich am Abend des selben Tages nach Markt Ardagger überstellt und der Geheimen Feldgendarmerie übergeben. Die Abteilung schlug daraufhin selbstständig los und Hauptmann Estermann wurde durch eine List von zwei Offizieren befreit. Ebenso wurden verhaftete Wachtmeister der Abteilung durch einen Handstreich eines Rollkommandos befreit. In der Folge ist die ganze Abteilung nach Hollenstein vorgerückt, während das Rollkommando zurückblieb und den Abzug der Abteilung deckte.¹¹³

Hugo Pepper hingegen erzählt die Geschichte etwas anders. Seiner Meinung nach wurde Estermann circa am 1. Mai unter einem Vorwand in das Amstettner Rathaus bestellt, wo er mit seinem Adjutanten (Oberleutnant Janauschek) und Leutnant Edlinger hinging. Estermann und Janauschek wurden verhaftet, während Edlinger flüchten konnte. Estermann und Janauschek wurden nach Markt Ardagger verbracht,¹¹⁴ Edlinger wurde in Hollenstein mit falschen Papieren ausgestattet und versteckt. Janauschek – der zu diesem Zeitpunkt nach Peppers eigener Darstellung aber in Ardagger inhaftiert war – überbrachte die Meldung nach Hollenstein, dass sich die Lage in Amstetten nach dem Rückzug der SS beruhigt hat und sich der neu eingesetzte Abteilungskommandant wohlwollend neutral verhielt. Daraufhin wurde Estermann in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai vom Panzerjagdkommando aus Hollenstein befreit und dorthin zurückgebracht,¹¹⁵ während der in Amstetten liegende Teil der Abteilung nicht nach Hollenstein abrückte und in Amstetten das Kriegsende erlebte.¹¹⁶ Peppers Erzählung weist kausale Unvereinbarkeiten auf, hinzu kommt, dass er als Leiter des Ausbildungszentrums in Hollenstein zu diesem Zeitpunkt nicht in Amstetten war und die Geschichte aus zweiter Hand erfahren haben musste.

In der Erinnerung Krassers, der als Sachbearbeiter des Abteilungsstabes auch Anfang Mai 1945 in Amstetten war, haben sich die Ereignisse folgendermaßen zugetragen: Am 4. Mai kam die SS in die Kaserne und forderte Estermann auf, die gesamte Abteilung antreten zu lassen, da jemand gesucht wurde. Im Zuge der Erhebung wurde Wachtmeister Hanel festgenommen und nach Ardagger gebracht. Krasser nimmt an, dass dies aufgrund einer

¹¹³ Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 3.

¹¹⁴ Erzählte Geschichte, S. 258.

¹¹⁵ Pepper, *Aufstand*, S. 31 f.

¹¹⁶ Interview Pepper.

Verhaftung aus dem Umfeld des mit der Abteilung kooperierenden Rauchfangkehrermeisters geschah. An eine Verhaftung Estermanns kann sich Krasser nicht erinnern, sofern eine solche stattgefunden hat, kann diese nur von kurzer Dauer gewesen sein. Eine Festsetzung Estermanns in Ardagger schließt Krasser vollkommen aus.¹¹⁷

Am 5. Mai 1945 wurde vom Wehrkreiskommando XVII¹¹⁸ der Befehl durchgegeben, dass die gesamte Abteilung um 24 Uhr desselben Tages Richtung Osten ausrücken und die vorbereitete Erlaufstellung beziehen solle, da mit dem baldigen Heranrücken der Roten Armee zu rechnen sei. Krasser legte Estermann den Befehl vor, der darauf entsetzt reagierte und sich nach dem Straßenzustand zwischen Amstetten und der Erlaufstellung erkundigte. Krasser meinte, dass dies gleichgültig sei, da die ganze Abteilung ohnehin nach Hollenstein marschieren werde. Estermann, der etwas zögerlich auf Krassers Vorschlag reagierte und angeblich mit dem Eid auf Adolf Hitler argumentierte, willigte schließlich ein, woraufhin die Abteilung befehlsgemäß um 24 Uhr ausrückte, sich aber nach Hollenstein in Bewegung setzte. Krasser selbst blieb mit einem kleinen Kommando zurück, um den in Ardagger inhaftierten Wachtmeister Hanel zu befreien. Krasser erinnert sich, dass unter anderem auch Oberleutnant Hans Führer und ein Abteilungsangehöriger namens Amberger an der Befreiung teilnahmen. Diese gestaltete sich verhältnismäßig einfach, da der gesamte Posten der Geheimen Feldgendarmarie 177 in Ardagger zum Zeitpunkt der Befreiung am 6. Mai gegen 3 Uhr morgens größtenteils betrunken schlief. Ohne einen Schuss abzugeben gelang die Befreiung, woraufhin das Kommando ebenfalls nach Hollenstein abzog.¹¹⁹

Für Krassers Darstellung sprechen einige Argumente, da Übereinstimmungen mit dem „Vorläufigen Tätigkeitsbericht“ festzustellen sind, auch wenn Krasser eine Verhaftung Estermanns und vor allem dessen Verbringung nach Ardagger in Abrede stellt. Es ist durchaus möglich, dass die Inhaftierung Hannels in Ardagger mit einer etwaigen Verhaftung Estermanns im Bericht vermengt und zwei unterschiedliche Begebenheiten zu einer einzi-

¹¹⁷ Interview Krasser.

¹¹⁸ Wahrscheinlich kam der Befehl nicht vom Wehrkreiskommando XVII, das zu diesem Zeitpunkt seinen Gefechtsstand bereits in Kirchdorf an der Krems hatte, sondern direkt von der Heeresgruppe Süd/Ostmark. Siehe: Tuidler, Wehrkreise, S. 45, sowie DÖW 5179, Abschrift des Berichts von Manfred Schneider-Wehrthal über die Besetzung und Übergabe der Papier-Zellwolle- und Zellstofffabrik Lenzing v. 10. 6. 1945, S. 1.

¹¹⁹ Interview Krasser, sowie DÖW 51.237, Bericht von Georg Krasser. Auch Oberst Friedrich Schweidler beschreibt diese Verhaftung: Schweidler, Amstetten, S. 17.

gen – heroischer wirkenden – verbunden wurden. So taucht die im Bericht erwähnte Befreiung mehrerer Wachtmeister unvermittelt auf und wird ohne Erwähnung der Vorgeschichte erzählt. Darüber hinaus wird in Hanel's vorläufigem Ausweis der „2. Österreichischen Befreiungsbrigade“ festgehalten, dass dieser am 4. Mai verhaftet und am 6. Mai durch ein Täuschungsmanöver wieder befreit wurde.¹²⁰ Ebenso kann das erwähnte zur Deckung zurückgebliebene Rollkommando jenes sein, das Krassers Erinnerung folgend die Befreiung Hanel's durchführte und erst danach in Hollenstein eintraf. Auch der Befehl, dass die Abteilung am 6. Mai in die Erlaufstellung vorrücken soll, kann mit der Absetzbewegung des I. SS-Panzerkorps und des Korps Bünau¹²¹ von der westlich von St. Pölten verlaufenden Front mit der Roten Armee auf die Erlaufstellung in Verbindung gebracht werden.¹²² Wahrscheinlich hätte die Abteilung die Deckung des Rückzuges der beiden Korps unterstützen sollen, die in der Folge bis spätestens 9. Mai 1945, 1 Uhr früh (deutsche Sommerzeit) die Ennslinie erreichen wollten, um einer Gefangennahme durch die Rote Armee zu entgehen.¹²³

Nachdem die aus Amstetten kommende Abteilung im Laufe der frühen Morgenstunden des 6. Mai 1945 in Hollenstein ankam, vereinigte sie sich mit den dort stationierten Kräften des Ausbildungsstützpunktes. Danach wurde die NS-Prominenz von Hollenstein sowie Abteilungen des RAD und der Heeresgruppe Süd in der Früh verhaftet und das Gebiet von Hollenstein, Weyer, Opponitz, Ybbsitz und St. Georgen planmäßig gesperrt, woraufhin sich kilometerlange Fahrzeugschlangen bildeten und den Verkehr lahm legten.¹²⁴ Hugo Peppers Bericht folgend gab es einen Einsatzplan, wonach die erwähnten Ortschaften im Umkreis Hollensteins beziehungsweise die dorthin führenden Straßen durch mehrere Gruppen besetzt werden sollten, um beispielsweise das Wasserkraftwerk in Opponitz vor der Zerstörung zu schützen.¹²⁵

¹²⁰ DÖW 20.000/H144, Vorläufiger Ausweis der 2. Österreichischen Befreiungsbrigade für Karl Hanel v. 15. 5. 1945.

¹²¹ Das I. SS-Panzerkorps und das Korps Bünau waren Teil der 6. (SS-)Panzerarmee und seit April 1945 der Heeresgruppe Süd/Ostmark unterstellt. Siehe: Tessin, Verbände und Truppen. Bd. 14: Die Landstreitkräfte Namensverbände, S. 218.

¹²² Egger / Jordan, Donau, S. 377.

¹²³ Rauchensteiner, Krieg, S. 240.

¹²⁴ Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 3.

¹²⁵ DÖW 1811, Bericht über die Aktion der Kampfgruppe der Artillerie-Ersatzabteilung 109 als Teil der 2. Österreichischen Befreiungsbrigade in Groß Hollenstein, NÖ, Anfang Mai 1945.

Diese Darstellung erscheint in einigen Punkten unwahrscheinlich und es ist nicht davon auszugehen, dass die 109er in der Lage waren, eine kampferprobte Abteilung der Heeresgruppe Süd/Ostmark zu entwaffnen und gefangen zu nehmen. Vielmehr ist anzunehmen, dass das Auftauchen anderer Wehrmachtsverbände im Zusammenhang mit deren Absetzbewegung auf die Ennslinie steht. Darüber hinaus wird in der Schulchronik von Hollenstein zu diesem Zeitpunkt neben den 109ern keine weitere Wehrmachtseinheit genannt, die Ereignisse werden folgendermaßen geschildert:

„So brach nun der 6. Mai an, der Blutsonntag von Hollenstein genannt. Es war ein Sonntagmorgen wie jeder andere, die Leute gingen zur Frühmesse und niemand gewährte eine Besonderheit. Da gellten um $\frac{3}{4}$ 7 Uhr die ersten Schüsse, Rufe wie ‚Waffen nieder!‘, ‚Hände hoch!‘ wurden laut. Keiner wusste, was los war. An allen Fenstern erschienen verschlafene Gesichter. Auf dem Dorfplatz standen Männer des Art.-Stützpunktes mit schussbereiten Maschinenpistolen und entwaffneten den RAD und die gesamte Gendarmerie. Die örtlichen Führer der NSDAP und die Gendarmeriebeamten sowie der Bürgermeister wurden verhaftet und in Unterleiten gefangengesetzt. Auf dem Dorfplatz, vor dem Gasthaus zur goldenen Sense, war ein Maschinengewehr aufgestellt worden. Niemand konnte sich die Bedeutung dieser Vorgänge erklären.“¹²⁶

Hugo Pepper gibt an, dass die Aktion mit der Überwältigung des RAD-Lagers in Blamau gegen 8 Uhr morgens abgeschlossen war.¹²⁷

Krassers Erinnerung zufolge traf das aus Ardagger kommende, inzwischen rot-weiß-rote Armbinden tragende Rollkommando kurz vor Hollenstein auf eine andere kleine motorisierte Gruppe Wehrmachtsangehöriger. Der Ranghöchste dieser Gruppe – ein General – forderte eine Erklärung und Krasser, der später in seinem Gegenüber Generaloberst Rendulic zu erkennen glaubte, antwortete: „Wir sind Österreicher und wir machen nicht mehr mit. Geben Sie mir Ihre Waffe.“ Rendulic übergab seine Waffe und stieg in den Wagen Krassers und wurde mit seinem Gefolge in das Schloss Hollenstein gebracht. Die weiteren Ereignisse beschreibt Krasser folgendermaßen:

¹²⁶ DÖW 2119.

¹²⁷ DÖW 1811, Bericht über die Aktion der Kampfgruppe der Artillerie-Ersatzabteilung 109.

„Estermann und Janaschek sind im Empfangsraum gesessen. Ich hab ihnen in kurzen Worten gesagt, was geschehen ist, und hab die Koppel mit der Pistole vom Rendulic dem Estermann auf den Tisch hingelegt. Wie Estermann den Rendulic sieht, ist er strammgestanden und hat gesagt: ‚Krasser, das geht so nicht. Der Krieg ist zu Ende, das sieht ja jeder, aber das muss man freundlicher machen. Krasser, gib her.‘ Und dann hat er dem Rendulic wieder die Waffe gegeben und ihn mit der Bitte sich nicht gegenseitig zu behindern rausgelassen.¹²⁸

Im Zuge von Rendulic' Abfahrt kam es noch zu einem Schusswechsel, bei dem ein SS-Offizier aus dem Gefolge des Generals vor dem Schloss erschossen wurde. Krasser erzählt, dass dieser ihn erschießen wollte, einer seiner Kameraden dies aber bemerkte und der Absicht zuvorkam.¹²⁹

Ob es sich tatsächlich um Rendulic oder einen anderen General aus dem Umfeld der Heeresgruppe Süd/Ostmark handelte, der am Morgen des 6. Mai in Hollenstein kurz festgehalten wurde, lässt sich nicht mehr feststellen. Nachgewiesen ist allerdings, dass Rendulic in der Nacht vom 5. auf den 6. Mai sein Hauptquartier in das Rothschildschloss in Waidhofen an der Ybbs verlegt hatte und dort am 6. Mai mit amerikanischen Unterhändlern die Bedingungen für die Kapitulation seiner Heeresgruppe aushandelte.¹³⁰

Im Laufe des Vormittags wurde beraten, wie sich die Abteilung weiterverhalten solle. Der „Vorläufige Tätigkeitsbericht“ beschreibt die offensichtlich immer prekärer werdende Lage der 109er und die Notwendigkeit des Rückzugs in die Berge.¹³¹

Stemberger spricht von direktem Beschuss des Schlosses Unterleiten, der ihn und eine Gruppe Kameraden gezwungen hatte, über die Wiese hinter dem Schloss in den Wald zu flüchten:

„Hinter mir schoss jemand nach, die Kugeln piffen an meinem Ohr vorbei. Ein Kamerad neben mir wurde tödlich getroffen.“¹³²

¹²⁸ Interview Krasser.

¹²⁹ Ebenda.

¹³⁰ NÖ Landesarchiv, LA III/3-a-29/8-1961, Fragebogenaktion Kriegsende in NÖ. Zitiert nach Eichinger, Politische Situation, S. 257.

¹³¹ Vorläufiger Tätigkeitsbericht, S. 3.

¹³² Interview Stemberger.

Hugo Pepper gelang es zu diesem Zeitpunkt mit einem im RAD-Lager Blamau erbeuteten Kübelwagen über den Lassing-Pass in die Steiermark zu entkommen.¹³³ Krasser seinerseits fuhr gemeinsam mit Hanel in einem Horch vom Schloss kommend Richtung Osten zur Mühle, in der die Ehefrauen der beiden untergebracht waren, als nach einigen Hundert Metern das Feuer auf sie eröffnet wurde:¹³⁴

„Auf einmal kriegen wir von links oben Feuer, Blut hat gespritzt und der Hanel ist gleich beim ersten Schuss getroffen worden. Ich hab sofort die Tür aufgemacht und mich rausfallen lassen. Ich war auf der rechten Seite, der Hanel auf der linken, von wo das Feuer gekommen ist. Vorgerobbt hab ich mich und versucht ihn rüberzuziehen. Er hat einen Schuss gehabt, da war viel Blut. Ein Verbandspackerl nutzt da nichts, hab ich gesehen. Und in der Situation kommt von Lunz uns ein Pritschenwagen entgegen. Wie sich herausgestellt hat, ist da ein SS-Arzt dabei gewesen, der uns angebrüllt hat, dass wir Deserteure sind. Ich hab gesagt: ‚Wir sind keine Deserteure, der Krieg ist beendet und nehmen Sie sofort den Verwundeten auf und bringen Sie ihn ins nächste Spital.‘ Da gab es ein paar Sekunden Schwierigkeiten, weil er die Pistole im Anschlag gehabt hat und ich das Maschinengewehr, selbst wenn er als Erster geschossen hätte, hätte ich ihn noch erwischt. Also das hat auch für ihn keinen Sinn gehabt, das Leben ist wichtiger, woraufhin er mir geholfen hat, den Hanel auf die Pritsche draufzulegen. Und dann ist der Wagen Richtung Westen weitergefahren. [...] Danach war für mich Schluss und ich bin dann auch rauf und hab mich im Wald versteckt.“¹³⁵

Hanel wurde tatsächlich in das Polizeilazarett Waidhofen an der Ybbs gebracht, später wurde er in andere Lazarette verlegt. Er verstarb am 16. Juli 1945 im Reserve-Lazarett Schladming an den Folgen seiner Verwundungen in Becken- und Kopfbereich.¹³⁶

¹³³ DÖW 1811, Bericht über die Aktion der Kampfgruppe der Artillerie-Ersatzabteilung 109, sowie Interview Pepper.

¹³⁴ DÖW 51.237, Bericht von Georg Krasser.

¹³⁵ Interview Krasser.

¹³⁶ DÖW 20.000/H144, Vorläufiger Ausweis der 2. Österreichischen Befreiungsbrigade für Karl Hanel vom 15. 5. 1945.

In einem Bericht des Bezirksgendarmeriekommandos Amstetten vom 26. Juni 1947, der im Rahmen polizeilicher Erhebungen¹³⁷ zur tatsächlichen Beteiligung der Mitglieder der Widerstandsgruppe „Erika Enzian“ verfasst wurde, werden die Nachmittagsstunden des 6. Mai 1945 wie folgt beschrieben:

„Der ganze Spuk dauerte nur einige Stunden, denn als um ca. 14 Uhr völlig überraschend 2 Kraftwagen mit SS, darunter angeblich ein General, am Hauptplatz in Hollenstein auffuhren, flüchteten die Angehörigen beider Widerstandsgruppen Hals über Kopf und völlig verwirrt, ohne an den geringsten Widerstand zu denken, in die umliegenden Berge. SS und RAD schlossen sich zusammen und eröffneten das Feuer. Sie befreiten auch wieder alle Gefangenen in Unterleiten (dabei kam es zu einem Feuergefecht, bei dem 3 getötet wurden). Von den auf den Straßen postierten Soldaten der Art.Ers.Abt. 109 wurden 7 Mann von der SS verhaftet und mit erhobenen Armen abgeführt. Von diesen Verhafteten wurden dann nächst Gleiß bei Groß Hollenstein 4 Mann erschossen.“¹³⁸

Jene 109er, die nicht in die Berge flüchteten, fuhren nun unter der Führung Hauptmann Haumayers den Amerikanern Richtung Westen entgegen und wurden von diesen im Lager Larndorf bei Steyr interniert.¹³⁹

Die Angaben zur Anzahl der während der Kampfhandlungen umgekommenen 109er sind divergierend. Namentlich werden Unteroffizier Hermann Paar sowie Unteroffizier Otto Robert Kotoul in einer von Wachtmeister Rintelen erstellten Liste als „bei den Kämpfen Gefallene“ genannt.¹⁴⁰ In einer anderen Darstellung wird darüber hinaus ein Oberleutnant Stockmeyer

¹³⁷ Die polizeilichen Erhebungen stehen im Zusammenhang mit Anträgen von ehemaligen Mitgliedern der Gruppe „Erika Enzian“ um die Zuerkennung der österreichischen Befreiungsmedaille. Vgl. Eichinger, Politische Situation, S. 241–245.

¹³⁸ Bezirkshauptmannschaft Amstetten. Bericht des Bezirksgendarmeriekommandos vom 26. 6. 1947. Zit. n. Eichinger, Politische Situation, S. 239. Die entsprechenden Originalakten der Bezirkshauptmannschaft Amstetten wurden inzwischen skartiert.

¹³⁹ MA 12 (heute MA 40) Opferfürsorgeamt Wilhelm Rintelen, geb. am 17. 8. 1896. G.Zl. R 232/51, Gedächtnis-Protokoll Wilhelm Rintelen, Wien 3, Reiserstrasse 21, Freiheitskämpfer „Freies Österreich“ Gruppe Estermann der Art.Ers.u.Ausb.Abt.109, 2. Kampfbrigade, Lager Larndorf, 10. 5. 1945.

¹⁴⁰ Opferfürsorgeamt Wilhelm Rintelen, Liste der beteiligten Freiheitskämpfer von Groß Hollenstein.

genannt, allerdings ohne Angabe einer Quelle.¹⁴¹ Hinzu kommt der Kanonier Gottfried Bollenberger¹⁴², der angeblich von einem ortsansässigen Jäger erschossen wurde. Er war von seinem Onkel – Hauptmann Estermann – zu den 109ern nach Amstetten geholt worden, der den 17-Jährigen beschützen wollte.¹⁴³ Der Bericht des Bezirksgendarmeriekommandos Amstetten spricht 1947 von vier Wehrmachtsangehörigen, die in Groß Hollenstein erschossen wurden.¹⁴⁴ Krasser geht von insgesamt fünf Männern (inklusive Hanel) aus, die im Zuge der Kampfhandlungen getötet worden sind.¹⁴⁵ Laut Becker und Rot-Weiß-Rot-Buch gelten insgesamt zwölf Personen der 109er als vermisst.¹⁴⁶

Krasser liefert darüber hinaus folgende Angaben: „Ich erfuhr, dass noch am Tag unseres Marsches nach Groß Hollenstein am Tor des Amtsgerichtes Amstetten ein Urteil der SS von Markt Ardagger angeschlagen war, worin ich, Estermann, Janauschek, Hanel und zwei Zivilisten aus der örtlichen Widerstandsgruppe zum Tod durch Erschießen verurteilt wurden.“¹⁴⁷ Das Urteil sei von einem Standgericht unter Vorsitz von Kreisleiter Neumayer gefällt worden und war drei Tage lang am Amtsgericht Amstetten öffentlich angeschlagen.¹⁴⁸

Der Ablauf der Kampfhandlungen – sofern diese überhaupt geplant waren – kann nur in groben Zügen wiedergegeben werden. Wahrscheinlich ist, dass die 109er abgesehen vom Rückzug nach Groß Hollenstein keine konkreten weiteren Pläne hatten. Das bloße Abwarten des nahenden Kriegsendes in relativ sicherer Stellung schien – nachvollziehbar – im Vordergrund zu stehen. Jede Form des Gefechts wurde so auch nicht von den 109ern, sondern von im Rückzug befindlichen Teilen der Heeresgruppe Süd/Ostmark¹⁴⁹

¹⁴¹ Schweidler, Amstetten, S. 17.

¹⁴² Fein, Steine, S. 171.

¹⁴³ Herzlichen Dank für diesen Hinweis an Gabriele Morawa.

¹⁴⁴ Bezirkshauptmannschaft Amstetten, Bericht des Bezirksgendarmeriekommandos vom 26. 6. 1947. Zit. n. Eichinger, Politische Situation, S. 239. Die entsprechenden Originalakten der Bezirkshauptmannschaft Amstetten wurden inzwischen skartiert.

¹⁴⁵ DÖW 51.237, Bericht von Georg Krasser.

¹⁴⁶ Becker, Freiheitskampf, S. 26, sowie Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 158.

¹⁴⁷ DÖW 51.237, Bericht von Georg Krasser.

¹⁴⁸ Opferfürsorgeakt Johann Janauschek. Diese Angabe wird ebenso von Josef Horvath (Schreiben v. 10. 10. 1947, Opferfürsorgeakt Janauschek) bestätigt.

¹⁴⁹ Dabei dürfte es sich um Verbände des I. SS-Panzerkorps oder des Korps Bünau gehandelt haben, die als Teile der 6. (SS-)Panzerarmee der Heeresgruppe Süd/Ostmark unterstellt waren. Siehe: Tessin, Verbände und Truppen, Bd. 14, S. 218.

herausgefordert. Aus dieser Situation ergab sich auch die Notwendigkeit der Flucht in die sicheren umliegenden Berge, wo viele 109er das Kriegsende abwarteten beziehungsweise sich schon auf diesem Weg – wie Hugo Pepper – von der Truppe absetzten und versuchten, in ihre Heimatorte zu gelangen.

Vom Kriegsende in die Zweite Republik

Geschlossenheit und gemeinsames Vorgehen gab es in den darauf folgenden Tagen nicht mehr. Krasser berichtet, dass sich nach „Abzug der SS“ (womit Krasser alle Truppenteile der Heeresgruppe Süd/Ostmark meinen dürfte) die aus den Bergen zurückgekehrten 109er im ehemaligen Rothschildschloss Unterleiten sammelten.¹⁵⁰

Der verbliebene Teil der Truppe sei zu diesem Zeitpunkt entlassen worden, wer aus dem Führungsstab anwesend war, lässt sich nicht abschließend feststellen. Als gesichert anwesend gelten Hauptmann Estermann, Oberleutnant Janauschek, der sich allerdings kurze Zeit später zu seiner Familie nach Oberösterreich begab, sowie Leutnant Edlinger und Leutnant Exler. Laut Krasser wurden jene 109er, die aus Wien und Niederösterreich stammten, aufgefordert, auf das Eintreffen der sowjetischen Truppen zu warten, um danach sicher nach Hause zu gelangen:

„Am dritten Tag (10. Mai) kamen die Russen, die wir unter Hinweis auf unsere rot-weiß-roten Armbinden begrüßten und ihnen unseren Widerstandskampf zu erklären versuchten. Sie nickten dazu freundlich, trieben uns aber auf einem freien Feld mit den männlichen Zivilisten des Ortes zusammen. Wir waren also Gefangene der Russen und wurden in einem Fußmarsch gegen Osten geführt, wobei wir täglich mehrmals abgezählt wurden.“¹⁵¹

Insgesamt waren 300 Personen auf dem Marsch, Estermann war nicht dabei. Bei den Gefangenen machte sich die Befürchtung breit, in die Sowjetunion transportiert zu werden. Krasser wurde daher nach Wien geschickt, um bei der Provisorischen Regierung Hilfe zu suchen. Gemeinsam mit Amberger

¹⁵⁰ Interview Krasser.

¹⁵¹ DÖW 51.237, Bericht von Georg Krasser.

gelang Krasser die Flucht. Um die Befreiung der 109er zu erwirken, wurde er bei seinem Bundesbruder von der CV-Verbindung Norica, Leopold Figl, der zu diesem Zeitpunkt provisorischer Landeshauptmann von Niederösterreich und Staatssekretär der Provisorischen Staatsregierung war, vorstellig.

„Ich habe Figl im Bauernbund aufgesucht, ihn über unsere Aktion unterrichtet und um Intervention bei den Russen gebeten. Am nächsten Tag sagte er mir, er habe mit Blagodatow, dem Stadtkommandanten von Wien gesprochen; der Gefangenenzug aus Groß Hollenstein sei bereits am Weg nach Wiener Neustadt, dort würden aber alle 109er entlassen. Tatsächlich wurden alle über Ungarn nach Russland verschleppt und auf verschiedene Lager aufgeteilt. Die letzten kamen 1949 zurück. Ob alle überlebt haben, ließ sich nicht feststellen.“¹⁵²

Ob diese Intervention wirklich stattgefunden hat und ob der Wiener Stadtkommandant Blagodatow über den Widerstand der 109er informiert wurde, lässt sich anhand der vorliegenden Quellen nicht feststellen. Faktum ist, dass einmal mehr der Wille bestand, die Kontakte zu und über die CV-Verbindung Norica zum Vorteil der 109er zu nutzen.

Die Faktizität der Widerstandshandlungen in Brünn, in Amstetten und der durchgeführte Rückzug nach Hollenstein, um dort das Kriegsende abzuwarten, sind aufgrund der Quellenlage nicht bestreitbar. In welchem Ausmaß dieser Widerstand stattfand und wer daraus – gerade im Lichte der unmittelbaren Nachkriegszeit – welchen Vorteil zu ziehen trachtete, muss einer kritischen Bewertung unterzogen werden. Hauptmann Estermann, der nach Kriegsende über einen längeren Zeitraum in Hollenstein verblieb, war offensichtlich bestrebt seiner Abteilung den Weg in eine möglichst positive Zukunft zu ebnet. Estermann stellte mindestens 170 Ausweise der „2. Österreichischen Befreiungsbrigade“¹⁵³ aus, die von der Gemeinde Groß Hollenstein, vom dortigen Gendarmeriepostenkommandanten und vom so genannten „Kreishauptmann der Bezirkshauptmannschaft Amstetten“ gegengezeichnet wurden. Um diese Ausweise entspannen sich in den folgenden beiden Jahren heftige Debatten. Ziskovsky führt aus, dass die Sicherheitsdirektion Niederösterreich im

¹⁵² Ebenda.

¹⁵³ Die Bezeichnung „2. Österreichische Befreiungsbrigade“ ist erstmals in Zusammenhang mit der Ausstellung der Ausweise unmittelbar nach Kriegsende am 8. 5. 1945 nachweisbar. Wer für die Namensgebung verantwortlich ist, kann nicht mehr festgestellt werden.

Jahr 1946 eine streng vertrauliche Warnung betreffend der Organisation so genannter „Widerstandsbewegungen“ ausgegeben habe. Als Beispiel für mangelhafte Sorgfalt wird explizit die Kampfgruppe Groß Hollenstein genannt.¹⁵⁴ Klar wurde – durch Erhebungen der Gendarmerie –, dass vielfach Personen, die nicht aktiv an den Widerstandshandlungen teilgenommen hatten, darunter sogar ehemalige Parteimitglieder und führende NSDAP-Funktionäre der Region, solche Ausweise erhalten hatten. Dies lässt sich über die angebliche Zusammenarbeit der 109er mit der ortsansässigen Widerstandsgruppe „Erika Enzian“ erklären.

Die Gruppe „Erika Enzian“ entfaltete ihre Tätigkeit nachweislich erst am 6. Mai 1945 unter der Leitung der 109er. Inwiefern dieser Gruppe Bedeutung beigemessen werden kann bzw. ob sie lediglich durch Wachtmeister Hocheder, der als Verbindungsmann der 109er zur lokalen Bevölkerung fungierte, instruiert oder vorbereitet wurde, lässt sich nicht abschließend feststellen. Zudem wurde die Gruppe von den 109ern mit Waffen ausgestattet, sodass davon auszugehen ist, dass ohne die 109er die Ortsansässigen nicht von sich aus Widerstandsaktionen gesetzt hätten.

Ziskovsky geht davon aus, dass die Organisation „Erika Enzian“ nach der vermeintlichen Widerstandstätigkeit selbst die Ausweise an ihre Mitglieder ausgegeben hatte, wodurch natürlich Missbrauch in jeder Form möglich war.¹⁵⁵ Dass es enge Verbindungen zwischen den Soldaten der 109er und der Zivilbevölkerung gegeben haben muss, wird allein schon aus dem Faktum klar, dass der überwiegende Teil der Soldaten in Privatquartieren untergebracht war. Informelle Hilfestellungen – wie die Vergabe der Ausweise über die Organisation „Erika Enzian“ – liegen daher nahe.¹⁵⁶ Das Bezirksgendarmeriekommando Amstetten erstellte 1947 eine Liste aller Personen, die einen Ausweis erhalten hatten.¹⁵⁷ Die Liste umfasst 157 Personen, davon 23 mit der Ortsangabe Groß Hollenstein. Weitere elf Personen stammen aus dem Bezirk Amstetten. Von diesen 34 Personen auf der Erhebungsliste sind 10 NSDAP-Mitglieder oder Mitglieder einer ihrer Gliederungen, sogar ein Blockwart sowie der Ortsbauernführer aus Groß Hollenstein leisteten angeb-

¹⁵⁴ Ziskovsky, Amstetten, S. 2461.

¹⁵⁵ Ebenda, S. 2461.

¹⁵⁶ Interview Stemberger.

¹⁵⁷ Die Liste findet sich vollständig abgedruckt bei Eichinger, Politische Situation, S. 292–296. Diese Liste stellt als Beilage zur Dissertation die einzige Quelle dar, da die Bezirkshauptmannschaft Amstetten diesen Bestand vollständig skartiert hat.

lich Widerstand. Der Schluss liegt nahe, dass im Zuge der Kampfhandlungen und der Ausgabe von Ausweisen der „2. Österreichischen Befreiungsbrigade“ Hauptmann Estermann der „Widerstandsgruppe ‚Erika Enzian‘“ ermöglichte, die Ortsansässigen über die marginale Teilnahme, die keineswegs faktisch belegbar ist, „reinzuwaschen“. Dass aber auch die 109er selbst beim Ausstellen der Ausweise sehr rasch und unbürokratisch vorgehen, wird am Beispiel von Thaddäus Janauschek¹⁵⁸, dem Bruder von Oberleutnant Janauschek, deutlich. Dieser scheint auf der Liste der Personen auf, die einen Ausweis erhalten hatten (109er sowie Ortsansässige), obwohl er niemals Mitglied der 109er war und sich zum Zeitpunkt der Kampfhandlungen in Oberösterreich aufgehalten hatte. Überdies wurden 10 Ausweise als Blankoformulare an Leutnant Exler (Angehöriger der 109er) von Hauptmann Estermann übergeben.¹⁵⁹ Somit dürfte die Zahl der tatsächlich ausgestellten Ausweise weit über den belegbaren 167 liegen.

1947 wurden insgesamt 57 Ausweise wieder eingezogen.¹⁶⁰ Der Widerstand der 109er wurde durch diese mangelnde Sorgfalt natürlich insgesamt in Frage gestellt, wie auch ein Bericht des Bezirksgendarmeriekommandos Amstetten vom 26. Juni 1947 belegt:

„Von bestimmter Seite in Groß Hollenstein wird der Meinung Ausdruck gegeben, dass es dem Hauptmann Estermann und einigen Hollensteiner Freunden mit dem Putsch am 6. Mai 1945 hauptsächlich darum zu tun war, ihnen einen Weg in die politische Zukunft Österreichs zu ebnen. Die Widerstandsbewegung sollte verschiedenen durch Zugehörigkeit zur NSDAP belasteten Personen die politische Arbeit im neuen Österreich erleichtern.“¹⁶¹

Die Mitglieder der „2. Österreichischen Befreiungsbrigade“ bemühten sich zudem um Anschluss an die „Liga der (demokratischen) Freiheitskämpfer“ in Wien.¹⁶² Die Liga war eine von fünf durch das Bundesministerium für

¹⁵⁸ Thaddäus Janauschek wird auf der Liste fälschlich als Matthäus bezeichnet. Er war Lebensmittelgroßhändler in Wien und brachte Teile seines Warenlagers in jene Hollensteiner Mühle, in der Krasser und Hanel ihre Familien untergebracht hatten.

¹⁵⁹ Ziskovsky, Amstetten, S. 2464.

¹⁶⁰ Ebenda.

¹⁶¹ Bericht des Bezirksgendarmeriekommandos v. 26. 6. 1947. Zit. n. Eichinger, Politische Situation, S. 244.

¹⁶² Ziskovsky, Amstetten, S. 2461 f.

Inneres als Verein genehmigten Widerstandsbewegungen. Daneben gab es allein in Wien 23 Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer, die ohne Genehmigung des Bundesministeriums für Inneres Mitgliedskarten und Bestätigungen ausstellten – eine davon war die „2. Österreichische Befreiungsbrigade“.¹⁶³ Diesem „Wildwuchs“ an Organisationen wollte der damalige Innenminister Oskar Helmer Einhalt gebieten, weshalb der „Bund der politisch Verfolgten“ als einziger Ansprechpartner für die Regierung bzw. Zusammenfassung und Interessenvertretung sämtlicher Vereine und Gruppen von politisch Verfolgten im März 1946 gegründet wurde.¹⁶⁴ Die Liga wurde mit Ende 1946 aufgelöst.¹⁶⁵

Mehrere 109er bzw. deren Nachkommen haben nach dem Krieg einen Antrag auf Opferfürsorge gestellt: Hans Janaschek, Wilhelm Rintelen, die hinterbliebenen Gattinnen nach Otto Robert Kotoul, Hermann Putz und Karl Hanel, sowie die hinterbliebenen Söhne nach Otto Robert Kotoul und Karl Hanel.¹⁶⁶ Generell ist aus diesem – sehr kleinen – Kreis feststellbar, dass die Anträge, sofern es sich um Hinterbliebene handelte, sehr wohlwollend beurteilt wurden, bei direkten Angehörigen der 109er war dies hingegen nicht der Fall.

¹⁶³ Archiv des Karl von Vogelsang-Instituts, Brief von Staatssekretär Ferdinand Graf an Dr. Fritz Bock mit beiliegender Liste der in Wien bestehenden Widerstandsbewegungen ohne Genehmigung vom 30. 9. 1946. Für den zuvorkommenden Zugang zu den Unterlagen des Karl von Vogelsang-Instituts bedankt sich der Verfasser bei dessen Archiv- und Dokumentationsleiter Dr. Hannes Schöner.

¹⁶⁴ Brigitte Bailer, Wiedergutmachung kein Thema, Wien 1993, S. 45 ff.

¹⁶⁵ Für den freundlichen Hinweis dankt der Verfasser SC i. R. Dr. Bernhard Stillfried, dem Sohn von Alfons Stillfried.

¹⁶⁶ Ob weitere 109er angesucht haben, war im Zuge der Recherche nicht eruierbar. Die Anträge der Witwe Maria Putz (nach Hermann Putz), der Witwe Irene Kotoul mit ihrem Sohn Robert Otto Kotoul (nach Otto Robert Kotoul) und der Witwe Margarete Hanel mit ihren beiden Söhnen Helmuth und Werner Hanel (nach Karl Hanel) wurde stattgegeben. MA 12 (heute MA 40) Opferfürsorgeakt Maria Putz (Witwe nach Hermann Putz, geb. 7. 4. 1914), geb. am 7. 1. 1913. G.Zl. 33875; MA 12 (heute MA 40) Opferfürsorgeakt Irene Kotoul (Witwe nach Otto Robert Kotoul, geb. 14. 9. 1920), geb. am 2. 3. 1925. G.Zl. 23437 (G.Zl K 1201/53); MA 12 (heute MA 40) Opferfürsorgeakt Helmuth Hanel, geb. 26. 3. 1942. G.Zl. H 163/50, sowie Werner Hanel, geb. am 24. 3. 1945. G.Zl. H 200/50 (der Akt der Mutter ist in Verstoß geraten; aus den Akten der Söhne geht hervor, dass sie ihre Amtsbescheinigung im Zuge ihrer Wiederverheiratung zurückgeben musste). Der Antrag des 109er Wilhelm Rintelen vom 6. 9. 1951 wurde aufgrund seiner NSDAP-Mitgliedschaft abgelehnt. Siehe Opferfürsorgeakt Wilhelm Rintelen.

Der führende Organisator des Widerstands innerhalb der 109er – Hans Janauschek – stellte am 15. November 1947 ebenfalls einen Antrag auf Opferfürsorge. Dazu führte er aus:

„Ich war im Jahre 1937 zum österr. Bundesheer als Einjährig-Freiwilliger eingerückt und machte mich nach der Übernahme durch die deutsche Armee an die Bildung einer Widerstandsgruppe [...] Unsere Tätigkeit fand ihren Abschluss in dem bewaffneten Aufstand gegen die SS und Wehrmachtstruppen der Heeresgruppe Süd. Im Zusammenhang damit wurde der Kommandeur, ich und drei weitere Offiziere durch die Kreisleitung Amstetten zum Tode durch den Strang verurteilt. Infolge meiner Tätigkeit bei unserer Widerstandsgruppe war mir eine Beurlaubung für mein Studium nicht möglich, obwohl mir dies aufgrund meines damaligen körperlichen Zustandes zugestanden wäre. Ich konnte daher mein Studium erst nach Kriegsende beginnen und habe es beendet und stehe heute vor der Aufgabe, mir eine Existenz aufzubauen. Ich stosse hiebei auf große Schwierigkeiten und es würde mir diese Amtsbescheinigung eine große, wenn nicht ausschlaggebende Hilfe sein.“¹⁶⁷

Als Belege für seine Ausführungen legt Janauschek seinem Schreiben die Abschrift zu (Groß) Hollenstein aus dem Rot-Weiß-Rot-Buch sowie Schreiben der Angehörigen der 109er Georg Krasser, Josef Horwath und Manfred Schneider-Wehrthal bei. Janauscheks Ansuchen war explizit auf die Erlangung einer Amtsbescheinigung ausgerichtet, er erklärte eidesstattlich niemals eine Rente nach dem OFG beanspruchen zu wollen.¹⁶⁸

Das Referat Opferfürsorge erbat im Folgenden die Information, ob eine über dreieinhalbjährige Unterbrechung des Studiums vorliegen würde.¹⁶⁹ Janauschek gab in einer persönlichen Vorsprache vom 29. Dezember 1947 an, dass dies nicht der Fall gewesen sei. Der Aktenvermerk weiter: „Abweisungsbescheid wird ihm in den nächsten Tagen von h.a. zugehen.“¹⁷⁰ Das

¹⁶⁷ Opferfürsorgeakt Johann Janauschek, Ansuchen v. 15. 11. 1947 zur Gewährung einer Amtsbescheinigung gemäß § 4 Opferfürsorgegesetz

¹⁶⁸ Ebenda, Anspruchswerbung gem. § 4 OFG v. 4. 7. 1947, Johann Janauschek, 27. 11. 1947.

¹⁶⁹ § 1 (2) lit. e) „der Abbruch oder eine mindestens dreieinhalbjährige Unterbrechung des Studiums oder einer Berufsausbildung [...]“. Opferfürsorgegesetz, idF: BGBl. II Nr. 442/2008.

¹⁷⁰ Opferfürsorgeakt Johann Janauschek, Aktenvermerk, Magistrat der Stadt Wien, Verwaltungsgruppe IV – Wohlfahrtswesen, 29. 12. 1947.

ausschlaggebende Kriterium für die Ablehnung lag damit in der mangelnden Dauer der Studienunterbrechung, während die amtsärztliche Untersuchung am 30. Dezember 1947 folgendes Gutachten ergab: „Der Untersuchte litt im Anschluss an eine im Polenfeldzug erworbene Lungenentzündung [...]. Er war dadurch ungefähr 50 % erwerbsvermindert von einer Dauer über 6 Monate.“¹⁷¹ Damit waren die Anspruchsvoraussetzungen erfüllt.¹⁷²

Damit hatte Janauschek die gesetzlichen Bedingungen zum Opferfürsorgebezug bezüglich Studienunterbrechung nicht erfüllt, wohl aber die Anspruchsvoraussetzungen der mindestens 50-prozentigen Erwerbsfähigkeitsminderung über wenigstens sechs Monate.

Der erste – ablehnende – Bescheid des Referats Opferfürsorge datiert vom 30. Dezember 1947¹⁷³ und stützt sich damit nachweislich nur auf die Studienunterbrechung, da das amtsärztliche Gutachten laut Eingangsstempel erst am 5. Jänner 1948 im Referat Opferfürsorge eintraf. Janauschek legte daraufhin Berufung ein und führte die Diskrepanz zwischen oben genannten Anspruchsvoraussetzung, die einmal erfüllt, im Falle der Studienunterbrechung nicht erfüllt wurden, an: „Ich wurde als Freiheitskämpfer zum Tode verurteilt und konnte mich durch die Flucht vor dem Vollzug der Verurteilung retten. [...] Durch mein mir damals zugezogenes Leiden wurde mir der Verbleib in der Heimat befohlen und ich konnte dann meine Tätigkeit [...] fortsetzen. Als sich mein Leiden derart verschlimmerte, dass ich sogar die Möglichkeit des Ausscheidens aus der Wehrmacht hatte, und mein Studium begann, entschloss ich mich um der Sache willen, meine Tätigkeit fortzusetzen, die Widerstandsbewegung weiter auszubauen und bei meiner Einheit daher zu verbleiben. [...] Ich bitte daher, da sich mein Leiden wohl auf eine Lungenentzündung im Kriege zurückführt, jedoch nur durch meine Tätigkeit in der Widerstandsbewegung derart verschlimmert hat [...] und auch durch eine amtsärztliche Untersuchung bestätigt wurde [...] um Anerkennung als Opfer im Sinne des OFG vom 4.7.1947, gem. § 1, Abs. 1, lit. d [...].“¹⁷⁴ Auch die Berufung blieb ohne Erfolg, Janauschek würde zwar die Voraussetzungen

¹⁷¹ Ebenda, Amtsärztliches Zeugnis zum Zwecke der Opferfürsorge, 30. 12. 1947.

¹⁷² § 1. (1) lit. d) „an Gesundheitsschädigungen infolge einer der in lit. c angeführten Ursachen leiden oder gelitten haben, wenn durch die Gesundheitsschädigung die Erwerbsfähigkeit nach den Bestimmungen des Kriegsopferversorgungsgesetzes 1957, BGBl. Nr. 152, auf die Dauer von wenigstens sechs Monaten um mindestens 50 v.H. gemindert ist oder gemindert war [...]“; Opferfürsorgegesetz, idF: BGBl. II Nr. 442/2008.

¹⁷³ Opferfürsorgeakt Johann Janauschek, Bescheid MA 12 J 108/47 v. 30. 12. 1947.

¹⁷⁴ Ebenda, Berufung Johann Janauschek, 25. 1. 1948.

des Einsatzes für ein unabhängiges, demokratisches Österreich nach § 1, Abs. 1 OFG bzw. die der politischen Verfolgung nach § 1, Abs. 2 OFG erfüllen, allerdings würden die Voraussetzungen der erlittenen gesundheitlichen Schäden nach diesen Gesetzesstellen nicht auf Janaushek zutreffen, „da die im Polenfeldzug als Soldat der deutschen Wehrmacht erlittene Schädigung an Ihrer Gesundheit in keinem ursächlichen Zusammenhang mit Ihrem politischen Einsatze, bzw. Ihrer politischen Verfolgung steht“.¹⁷⁵

Auch Bailer weist explizit auf die Probleme hin, die sich in der praktischen Durchführung des Gesetzes ergaben. Einerseits war es oft schwierig, den Nachweis eines politischen Einsatzes gegen das NS-Regime zu erbringen, andererseits waren die AnspruchswerberInnen dem Urteil der Magistrate und Amtsärzte ausgesetzt, die oft dem Kausalzusammenhang zwischen Widerstand und erlittenen gesundheitlichen Schäden nicht folgten oder eigenwillig darüber befanden.¹⁷⁶ Zwar konnte Janaushek, im Gegensatz zu vielen anderen AnspruchswerberInnen, seinen aktiven politischen Einsatz gegen das NS-Regime vor der MA 12 glaubhaft machen, der Magistrat entschied allerdings gegen das positive Gutachten des Amtsarztes. Die Republik Österreich erkannte zwar den Widerstand der 109er als Teil des militärischen Widerstandes an und wusste ihn im Rot-Weiß-Rot-Buch zu nutzen, den einzelnen Akteuren der 109er verweigerte sie allerdings eine offizielle Würdigung und Anerkennung ihrer Tätigkeit.

Conclusio

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Artillerie-Ersatz- und Ausbildungsabteilung 109 in Brünn, Amstetten und (Groß) Hollenstein in unterschiedlicher Form und Wirksamkeit Widerstand geleistet hat. Stand in Brünn der Aufbau einer pro-österreichisch und anti-nazistisch eingestellten Gruppe im Vordergrund, verlegte sich der Widerstand in Amstetten auf einzelne Akte bzw. die Vorbereitung des gezielten Rückzuges nach Hollenstein und die dortigen Kampfhandlungen.

Ein besonderer Glücksfall war, 64 Jahre nach Kriegsende noch drei ehemalige Angehörige der 109er zu den damaligen Ereignissen befragen zu können. Besondere Glaubwürdigkeit ist den Aussagen Dr. Georg Krassers

¹⁷⁵ Ebenda, Bescheid Zl. 17076-OF/48, 21. 2. 1948.

¹⁷⁶ Bailer, Wiedergutmachung, S. 38.

beizumessen, zumal er engsten Kontakt zu den entscheidenden Personen der Widerstandsgruppe (besonders Janauschek und in zweiter Linie Estermann) hatte und zusätzlich selbst dem innersten Kreis der Widerstandskämpfer angehörte. Eine weitere Besonderheit dieser Abteilung ist die Achse der Mitglieder der CV-Verbindung Norica, die über ihre „Bundesbrüderschaft“ sehr schnell größte Vertrauensverhältnisse herstellen konnten und zudem über sehr gute Kontakte verfügten (beispielsweise Krasser zu Figl).

Die bisherigen Darstellungen zu den 109ern legten zum überwiegenden Teil ihr Hauptaugenmerk auf die Ereignisse der letzten Kriegstage und die Kampfhandlungen in (Groß) Hollenstein und sahen vor allem darin den entscheidenden Widerstand der 109er. Auch der vorliegende Text widmet dieser sehr kurzen Zeitspanne viel Raum, trotzdem sieht der Verfasser vor allem im Umgang mit den Frontabstellungen seit 1942 und dem Zurückhalten von etwa 150 österreichisch gesinnten, antinazistischen Soldaten den eigentlichen Widerstand der Abteilung. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Kampfhandlungen in (Groß) Hollenstein niemals beabsichtigt waren und der eigentliche Plan darin bestand, das Kriegsende in der relativen Sicherheit des oberen Ybbstales abzuwarten. Dieser Plan wurde durch den Rückzug anderer Wehrmachtsverbände zunichte gemacht.

Endgültige Festlegungen auf die oftmals zeitlich und örtlich divergierenden Narrative sind nicht möglich. Die subjektive Sichtweise der handelnden Akteure, die von unterschiedlichen Interessenslagen – gerade auch nach Kriegsende – geprägt war, lässt innerhalb der Literatur ebenso wie innerhalb der Zeitzeugenberichte große Abweichungen hervortreten.

Die 109er haben – in ihrem begrenzten Einflussbereich – die Abteilung in großem Maße umstrukturiert und so eine politisch und ideologisch widerständige Gruppe geschaffen, die in Folge die Wehrdienstleistung am Ende des Krieges durch Rückzug verweigerte. Zusammenfassend muss aber Krasser recht gegeben werden, der in seinem Dankeschreiben an den Nationalfonds vom Mai 2006 feststellt: „Die bisherigen Darstellungen [...] waren unrichtig bis stark übertrieben. Sie sollten offenbar dem Bild Österreichs vor den Siegermächten dienen.“¹⁷⁷

¹⁷⁷ DÖW 51.237, Dankschreiben Krassers an den Nationalfonds der Republik Österreich, 3. 5. 2006.

BARBARA STELZL-MARX

CARL SZOKOLL UND DIE OPERATION „RADETZKY“

Militärischer Widerstand in Wien 1945 im Spiegel sowjetischer Dokumente¹

Die militärische Widerstandsgruppe im Wehrkreiskommando XVII in Wien um Major Carl Szokoll² hatte den Juli 1944 überstanden und war nach dem misslungenen Attentat Claus Graf von Stauffenbergs auf Adolf Hitler unerkannt geblieben. Szokoll, der sich als Vertrauter Stauffenbergs in Wien an der Operation „Walküre“ beteiligt hatte, wurde sogar zum Major befördert. Um keinen Verdacht auf sich zu lenken, entwickelte die Gruppe 1944/45 keine Aktivität mehr.

Mit dem Heranrücken der Roten Armee im Frühjahr 1945 entstand allerdings eine neue Situation: Szokoll fasste den Plan, Wien bei der bevorstehenden Schlacht vor einer totalen Zerstörung zu bewahren oder sogar eine kampflose Übergabe der Stadt zu erreichen. Er ging davon aus, dass dies nur dann gelingen könnte, wenn die Sowjets über die Verteilung der Deutschen Wehrmacht in Wien informiert wären und aktive Unterstützung seitens der Widerstandsbewegung erhielten. Im Auftrag Szokolls sollte Oberfeldwebel Ferdinand Käs Kontakt mit den Sowjets aufnehmen, ein konkretes Angebot

¹ Siehe die ausführliche Version dieses Beitrags: Barbara Stelzl-Marx, Carl Szokoll und die Sowjets: Militärischer Widerstand in Wien 1945, in: Stefan Karner / Karl Duffek (Hrsg.), *Widerstand in Österreich 1938–1945. Die Beiträge der Parlaments-Enquete 2005*, Graz–Wien 2007, S. 167–194; siehe darin auch: Vasilij Christoforov, *Zu den Dokumenten über die österreichische Widerstandsbewegung aus dem Zentralarchiv des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation*, S. 195–200; ders., *Dokumente aus dem KGB-Dossier zu Carl Szokoll*, S. 201–212. Die Recherchen zu diesem Beitrag wurden im Rahmen eines APART-Stipendiums der Österreichischen Akademie der Wissenschaften durchgeführt.

² Carl Szokoll wurde am 15. Oktober 1915 in Wien geboren und verstarb am 25. August 2004 in Wien im 89. Lebensjahr. Zu seiner Biographie vgl. CA FSB RF, K-109717, t. 4, S. 20-27, auf Deutsch S. 28-30, *Autobiographie von Carl Szokoll o. D.* [nach dem 2. Juni 1945]; Carl Szokoll, *Die Rettung Wiens 1945. Mein Leben, mein Anteil an der Verschwörung gegen Hitler und an der Befreiung Österreichs*, Wien 2001.

zur Zusammenarbeit unterbreiten und um eine Schonung von Wien bitten. Die Operation erhielt den Tarnnamen „Radetzky“.³

Carl Szokoll, geboren am 15. Oktober 1915 in Wien, absolvierte die Theresianische Militärakademie, wurde als Leutnant in die Deutsche Wehrmacht übernommen und im Polenfeldzug und ab März 1940 im Westfeldzug in Frankreich eingesetzt. Im Juli 1941 wurde er nach einem Lazarettaufenthalt nach Wien in das Stellvertretende Generalkommando XVII versetzt; ab Jänner 1943 war er Chef der Organisationsabteilung des Stellvertretenden Generalkommandos XVII. Er beteiligte sich an der „Operation Walküre“ als Vertrauter von Oberst Graf Stauffenberg in Wien. Nach Misslingen des Attentates auf Hitler am 20. Juli 1944 blieb Carl Szokoll unerkannt und wurde sogar zum Major befördert. Schließlich plante und leitete er die Operation „Radetzky“.³

Vorbereitungen zur Operation „Radetzky“

Ferdinand Käs wurde den Sowjets bereits im Vorfeld angekündigt: Zwei Vertreter des politischen Organs der österreichischen Widerstandsbewegung O5⁴, des „Provisorischen Österreichischen Nationalkomitees“ (POEN)⁵, Ernst Lemberger und Fritz Molden, sprachen im Jänner und im März 1945

³ Manfred Rauchensteiner, *Der Krieg in Österreich '45*. Wien 1995, S. 147.

⁴ 1944 fasste Hans Becker zahlreiche Widerstandsgruppen in Österreich in einem einzigen Block zusammen, der als „O5“ bekannt wurde. Die O5 verstand sich als „Zusammenfassung der im provisorischen österreichischen Nationalkomitee POEN vertretenen österreichischen Widerstandsgruppen“ aller Parteirichtungen. Sie stellte sich die Aufgabe, zum Sturz der nationalsozialistischen Herrschaft und zum Wiederaufbau Österreichs auf demokratischer Basis beizutragen. Der Tarnname ergab sich aus „Oe“, der Abkürzung für „Österreich“, wobei anstelle von „e“ als 5. Buchstaben des Alphabets die Zahl „5“ gesetzt wurde. Ende 1944 nahm die O5 Kontakt mit den westlichen Alliierten in Frankreich auf, nachdem erste Fühlungsnahmen mindestens ein Jahr zuvor stattgefunden hatten. Vgl. Radomír Luža, *Der Widerstand in Österreich 1938–1945*, Wien 1985, S. 187–192; Wilfried Aichinger, *Sowjetische Österreichpolitik 1943–1945. Materialien zur Zeitgeschichte*, Bd. 1, Wien 1977, S. 160–162; Oliver Rathkolb, Raoul Bumballa, ein politischer Nonkonformist 1945. Fallstudie zur Funktion der O5 im Widerstand und in der Parteienrestauration, in: Rudolf G. Ardelt / Wolfgang J. A. Huber / Anton Staudinger (Hrsg.), *Unterdrückung und Emanzipation. Festschrift für Erika Weinzierl*. Zum 60. Geburtstag, Wien–Salzburg 1985, S. 295–317.

⁵ Das im Dezember 1944 gegründete POEN wurde von seinen Mitgliedern als Kern einer zukünftigen provisorischen österreichischen Regierung betrachtet. Im Jänner 1945 informierte

bei sowjetischen Repräsentanten in Paris vor. Die sowjetische Seite zeigte sich interessiert, aber nicht sonderlich zuvorkommend. Insbesondere kritisierte sie, dass eine Kontaktaufnahme mit den Westmächten bereits viel früher erfolgt sei.⁶ Iosif Stalin wurde wenig später über die Unterredung Lembergers mit Generalmajor Ivan A. Susloparov, dem Leiter der sowjetischen Militärmission beim Alliierten Hauptquartier (SHAEF / Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force) in Paris, persönlich unterrichtet. Dabei kam der Verdacht zur Sprache, es handle sich bei der POEN um eine Schöpfung des amerikanischen und britischen Geheimdienstes.⁷

Einer Zusammenarbeit mit der O5 – vor allem im militärischen Bereich – stimmte Susloparov, der Molden am 27. März 1945 empfing, jedoch zu.⁸ Sie vereinbarten, Szokolls Vertrauensmann Ferdinand Käs als bevollmächtigten Vertreter des österreichischen Widerstandes O5 über die Frontlinie hinweg zu Marschall Fedor Tolbuchin zu entsenden und sprachen dafür einen eigenen Code ab.⁹

Den Wunsch der POEN, in Moskau eine Repräsentanz einzurichten, lehnte Susloparov jedoch ab. Eine bürgerliche, von den Westmächten gestützte Regierung, wie sie die beiden Repräsentanten der Widerstandsbewegung

Allen Welsh Dulles, der Beauftragte des OSS in der amerikanischen Nachrichtenzentrale in Bern, Fritz Molden offiziell, dass die USA nunmehr das POEN und die O5 de facto als ihre österreichischen Partner anerkennen wollten. Molden wurde daraufhin zum Verbindungsoffizier des österreichischen Widerstandes im Rang eines Oberstleutnants der US-Armee im alliierten Hauptquartier in Caserta ernannt. Vgl. Luža, *Der Widerstand in Österreich*, S. 241–243.

⁶ Fritz Molden, Fepolinski & Waschlapski. Auf dem berstenden Stern, Wien–München–Zürich 1976, S. 352–354; Aichinger, *Sowjetische Österreichpolitik*, S. 160; Manfred Rauchensteiner, *Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955*, Neuaufl., Graz–Wien–Köln 1995, S. 66.

⁷ RGASPI, F. 495, op. 74, d. 25, S. 7–8, G. M. Dimitrov an Stalin, 6. 4. 1945. Derselbe Bericht findet sich in: RGASPI, F. 17, op. 128, d. 716, S. 37–38, G. M. Dimitrov an Stalin, 6. 4. 1945. Der Bericht wurde mittlerweile auch abgedruckt in: Wolfgang Mueller / Arnold Suppan / Norman M. Naimark / Gennadij Bordjugov (Hrsg.), *Sowjetische Politik in Österreich 1945–1955. Dokumente aus russischen Archiven. Sovetskaja politika v Avstrii 1945–1955gg. Dokumenty iz Rossijskich archivov*, Wien 2005, Dok. Nr. 6. Vgl. dazu: Stefan Karner / Peter Ruggenthaler, *Stalin und Österreich. Sowjetische Österreich-Politik 1938 bis 1953*, in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2005, Berlin 2005, S. 102–141.

⁸ Molden, Fepolinski & Waschlapski, S. 352–354; Aichinger, *Sowjetische Österreichpolitik*, S. 160; Rauchensteiner, *Der Sonderfall*, S. 66.

⁹ Molden, Fepolinski & Waschlapski, S. 354 f.; Luža, *Der Widerstand in Österreich*, S. 245.

anstreben, lief den sowjetischen Interessen zuwider. Stalin warf Ende März 1945 in der Stavka, dem obersten sowjetischen Führungsorgan, die Frage auf, wer in Österreich die Zentralverwaltung aufbauen solle und was aus Karl Renner geworden wäre. Zu dieser Zeit lagen die Informationen aus Paris über die O5 bereits vor. Sie waren offenbar nicht von der Art, dass man die O5 als das gesuchte regierungsähnliche Organ betrachten konnte. Im Gegenteil, sie dürften Stalins Misstrauen gegenüber der O5 und den Plänen der Briten eher noch verstärkt und sogar einen zusätzlichen Impuls für das einseitige sowjetische Vorpreschen in der Österreich-Frage gegeben haben. Der Kreml-Chef schien zu befürchten, dass die Westalliierten das POEN, das sich nicht unter seiner Kontrolle befand, als provisorische Regierung anerkennen könnten. Stalin erteilte daher der 2. und 3. Ukrainischen Front den Befehl, nach Renner zu suchen. Nicht gerade förderlich war außerdem die ablehnende Haltung der österreichischen Kommunisten im Moskauer Exil gegenüber der O5, deren Existenz sie glatt negierten.¹⁰

Kontaktaufnahme mit der Roten Armee und Planung des militärischen Widerstandes

Am 2. April 1945 erreichten Käs und sein Fahrer Johann Reif auf abenteuerliche Weise die sowjetische Frontlinie, woraufhin sie gegen 22 Uhr¹¹ nach

¹⁰ Aichinger, Sowjetische Österreichpolitik, S. 160 f.; Stefan Karner / Peter Ruggenthaler, Unter sowjetischer Kontrolle. Zur Regierungsbildung in Österreich 1945, in: Stefan Karner / Barbara Stelzl-Marx (Hrsg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische Besatzung 1945–1955. Beiträge, Graz–Wien–München 2005, S. 105–148; Rauchensteiner, Der Sonderfall, S. 66 f.; Natal'ja Lebedeva, Österreichische Kommunisten im Moskauer Exil. Die Komintern, die Abteilung für internationale Information des ZK der VKP(b) und Österreich 1943–1945, in: Karner / Stelzl-Marx (Hrsg.), Die Rote Armee, S. 39–60; Wolfgang Mueller, Die sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955 und ihre politische Mission, Wien–Köln–Weimar 2005, S. 82 f.

¹¹ Szokoll, Die Rettung Wiens, S. 314. Gemäß dem Bericht des Oberkommandierenden der 9. Garde-Armee trafen Käs und Reif am 3. April 1945 im Stab der 9. Garde-Armee ein. Da Käs und Reif laut Szokoll am 2. April gegen 22 Uhr im Stab ankamen, dürfte im sowjetischen Bericht der Unterschied zur Moskauer Zeit (plus zwei Stunden) zum Tragen gekommen sein. CAMO, F. 243, op. 2912, d. 146, S. 118–120, Bericht des Oberkommandierenden der 9. Garde-Armee Glagolev an den Chef des Generalstabes der Roten Armee über den in Wien vorbereiteten Aufstand, 5. 4. 1945. Abgedruckt in: Stefan Karner / Barbara Stelzl-Marx / Alexander Tschubarjan (Hrsg.), Die Rote Armee in Österreich. Sowjetische

Hochwolkersdorf in der Buckligen Welt zum Stab der 9. Garde-Armee der 3. Ukrainischen Front unter General Vasilij V. Glagolev gebracht wurden. Käs informierte General Glagolev nicht nur über den geplanten militärischen Aufstand von bewaffneten Teilen der Wiener Bevölkerung und ausgesuchten Wehrmachtseinheiten,¹² sondern übergab auch Lagepläne von Wien sowie „wertvolle“¹³ Unterlagen über die Aufstellung der deutschen Truppenverbände. Weiters unterbreitete er Szokolls Vorschlag, die sowjetischen Truppen von Westen her in die Stadt hereinzuführen und nicht von Süden, wo es die deutsche Verteidigung erwartete.¹⁴ Der Umfangsgriff im Westen Wiens entsprach – unabhängig von den Angaben der österreichischen Widerstandsbewegung – den Plänen der Sowjets.¹⁵ Käs ersuchte auch, die schweren alliierten Luftangriffe auf Wien einzustellen, die Wasserversorgung der Stadt nicht zu unterbrechen, die österreichischen Kriegsgefangenen besonders milde zu behandeln oder, wenn möglich, überhaupt freizulassen.¹⁶

Die Sowjets stimmten einem Zusammenwirken beim geplanten Aufstand zu, und zwar noch zu einer Zeit, als sich Moskau bereits längst für Karl Renner entschieden hatte. Sie verlangten von Szokoll eine bewaffnete Erhebung, in deren Verlauf die Schlüsselstellen in Wien von der Widerstandsbewegung besetzt werden sollten.¹⁷ Eine Einbindung der O5 forderte das

Besatzung 1945–1955. Dokumente. Krasnaja Armija v Avstrii. Sovetskaja okkupacija 1945–1955. Dokumenty, Graz–Wien–München 2005, Dok. Nr. 14.

¹² CAMO, F. 243, op. 2912, d. 146, S. 118–120, Glagolev über den in Wien vorbereiteten Aufstand.

¹³ V. N. Želanov, Vzaimodejstvie sil avstrijskogo dviženija soprotivlenija s vojskami Krasnoj Armii v bojach za osvoboždenie Avstrii (aprel' 1945g.), in: A. M. Samsonov et al. (Hrsg.), Dviženie soprotivlenija v Evrope. Vtoraja mirovaja vojna. Materialy naučnoj konferencii posvjašennoj 20-j godovščine pobedy nad fašistskoj Germaniej v trech knigach, Bd. 3, Moskau 1966, S. 117–121, hier 118.

¹⁴ Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich, S. 147; Hugo Portisch, Am Anfang war das Ende. Österreich II. Die Geschichte Österreichs vom 2. Weltkrieg bis zum Staatsvertrag, Bd. 1, München 1993, S. 116–118.

¹⁵ Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich, S. 148.

¹⁶ Luža, Der Widerstand in Österreich, S. 264.

¹⁷ CAMO, F. 243, op. 2912, d. 146, S. 118–120, Glagolev über den in Wien vorbereiteten Aufstand. Angeblich hatte Szokoll den Sowjets zunächst nur vorgeschlagen, sie auf Schleichwegen nach Wien führen zu lassen, was den Möglichkeiten der Widerstandsgruppe entsprochen hätte. Vgl. Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich, S. 165. Auf der anderen Seite hielt Glagolev in seinem Bericht fest, die „Parlamentäre haben berichtet, dass in Wien ein Aufstand gegen die Deutschen vorbereitet wird“. CAMO, F. 243, op. 2912, d. 146, S. 118.

sowjetische Oberkommando dabei nicht. Die Widerstandsorganisation O5 dürfte nicht einmal zur Sprache gekommen sein.¹⁸

Glagolevs Stab vereinbarte mit den Widerstandskämpfern eine Funkverbindung „zwecks Erhalt von Angaben über die Bereitschaft zum Aufstand“ und eigene Erkennungsmerkmale: Der Aufstand hatte zu beginnen, wenn drei Flugzeuge über Wien flogen, am Tag Kurven zogen und eine Serie roter Leuchtkugeln abfeuerten, bzw. in der Nacht an Fallschirmen befestigte Leuchtraketen abwarfen und rote Leuchtkugeln abfeuerten. Als Antwort, dass man das sowjetische Signal empfangen hätte und der Aufstand beginnen würde, sollte Szokoll grüne Raketen abfeuern. Als Erkennungssignal wurde sowohl für Militärangehörige als auch für Zivilisten das mündliche Losungswort „Moskau“ festgelegt. Zivilisten sollten um den linken Arm ein weißes Band tragen, Militärangehörige, die auf sowjetische Truppen stießen, hatten mit einer Hand ihre Waffe hochzuhalten und mit der anderen Hand ein weißes Tuch. Von den Aufständischen eingenommene Gebäude und Stellungen waren mit weißen Flaggen zu kennzeichnen.¹⁹

Mit diesen Informationen ausgestattet traten die beiden Parlamentäre – zunächst als Rotarmisten verkleidet – in den späten Abendstunden des 3. April die Rückfahrt nach Wien an. Die Unterhandlungen hatten bis in die Morgenstunden des 3. April gedauert, waren am späten Vormittag wieder aufgenommen, am Nachmittag weitergeführt und am Abend abgeschlossen worden. Gegen Mitternacht gelangten Käs und Reif nach Sooß zu jenem Stab, der sie am 2. April nach Hochwolkersdorf weitergeleitet hatte.²⁰ Jener Generalleutnant, dem Käs am 2. April seine Mission dargelegt hatte, trug ihm angeblich über Befehl des sowjetischen Hauptquartiers auf, in Wien über die Kontaktaufnahme Renners mit dem sowjetischen Oberkommando zu berich-

¹⁸ CAMO, F. 243, op. 2912, d. 146, S. 118–120, Glagolev über den in Wien vorbereiteten Aufstand. Rathkolbs These, die Sowjets hätten eine Mitwirkung der O5 nicht verlangt, kann durch die nunmehr vorliegenden sowjetischen Dokumente verifiziert werden. Vgl. Rathkolb, Raoul Bumballa, S. 301. Aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang auch das Verhörprotokoll von Carl Szokoll, wonach er auf die Frage der SMERŠ, ob er Bumballa mit dem Befehl des sowjetischen Oberkommandos bekannt gemacht hätte, dies lediglich bestätigte. Hätte es von sowjetischer Seite den Auftrag zur Einbindung der O5 gegeben, hätte dies Szokoll an dieser Stelle wohl erwähnen müssen. CA FSB RF, K-109717, t. 3, S. 1–6, Verhörprotokoll von Carl Szokoll, 24. 4. 1945, abgedruckt in: Dokumente aus dem KGB-Dossier zu Carl Szokoll, Dok. Nr. 1.

¹⁹ CAMO, F. 243, op. 2912, d. 146, S. 118–120, Glagolev über den in Wien vorbereiteten Aufstand.

²⁰ Szokoll, Die Rettung Wiens, S. 314 f.

ten: „Dr. Karl Renner, der ehemalige erste Staatskanzler der Österreichischen Republik, befindet sich am Weg in das sowjetische Hauptquartier in Hochwolkersdorf.“²¹ Am 4. April trafen Käs und Reif in Wien ein, wo sie noch am Vormittag Szokoll über die getroffenen Vereinbarungen unterrichteten.²²

Als am 5. April tatsächlich, wie in Hochwolkersdorf vereinbart, drei sowjetische Flugzeuge über Wien kreisten und rote Leuchtkugeln abgeschossen, rief Szokoll die Operation „Radetzky“ aus. Zeitgleich kamen sowjetische Flugblätter in Umlauf, worin sowohl die Wiener Bevölkerung als auch österreichische Wehrmachtsangehörige zum aktiven Kampf gegen die Deutsche Wehrmacht aufgefordert wurden.²³ Der Aufstand sollte um Mitternacht vom 5. auf den 6. April beginnen.

Im Detail sah der mit der Roten Armee vereinbarte Plan vor: Sobald sowjetische Truppen die Stadtgrenze erreicht hätten, sollten die Kampfgruppen der Widerständler gemeinsam mit „österreichischen“ Wehrmachtseinheiten die Brücken über die Donau und über den Donaukanal einnehmen und ihre Sprengung verhindern, die öffentlichen Gebäude besetzen, das Kommunikationswesen in ihre Gewalt bringen und Waffenlager in Besitz nehmen. Österreichische Soldaten hatten außerdem deutsche Offiziere zu überwältigen.²⁴ Für den neu ernannten Festungskommandanten, General der Infanterie Rudolf von Bünau, hatten die Widerstandskämpfer einen fingierten „Befehl zur Einstellung der Kampfhandlungen in Wien“ vorbereitet, den dieser unterschreiben sollte.²⁵ Wien sollte am 6. April um 12.30 Uhr den Sowjets übergeben werden.²⁶ Als Antwort auf die roten Leuchtkugeln feuerte die Widerstandsgruppe grüne Leuchtkugeln ab. Phase 1 von „Radetzky“ hatte begonnen.²⁷

²¹ Ebenda, S. 315 f. Vgl. dazu auch: Ferdinand Käs, *Wien im Schicksalsjahr 1945*, Wien 1965, S. 14.

²² Szokoll, *Die Rettung Wiens*, S. 322 f.

²³ Aichinger, *Sowjetische Österreichpolitik*, S. 113 f.; Aleksej S. Želtov, *Političeskaja rabota v Venskoj nastupatel'noj operaciji*, in: *Voenno-istoričeskij žurnal*. 1966/2, S. 17–28.

²⁴ CAMO, F. 243, op. 2912, d. 146, S. 118–120, Glagolev über den in Wien vorbereiteten Aufstand.

²⁵ Fritz Molden, *Die Feuer in der Nacht. Opfer und Sinn des österreichischen Widerstandes 1938–1945*, Wien–München 1988, S. 172–174; Portisch, *Am Anfang war das Ende*, S. 118–122.

²⁶ Želanov, *Vzaimodejstvie sil avstrijskogo dviženija soprotivlenija*, S. 118; Szokoll, *Die Rettung Wiens*, S. 339.

²⁷ Ebenda, S. 329 f.

Einbindung der O5 in den militärischen Aufstand

Mehrfach finden sich in der sowjetischen Sekundärliteratur und in zeitgenössischen Dokumenten²⁸ Hinweise darauf, mit welcher Unterstützung Szokoll beim Aufstand zu rechnen gehabt hätte, wobei die Angaben aus heutiger Sicht kaum noch verifizierbar sind: Demnach ging die Gruppe um Szokoll davon aus, dass sich zwei Reserve-Infanterie-Bataillone (hierbei dürfte es sich um die Landesschützen-Bataillone I/17 und 866 handeln), eine Artillerie-Batterie, Infanteriekräfte des Kroatischen Ersatz- und Ausbildungs-Regiments in Stockerau sowie 1900 „österreichische“ Soldaten und 20.000 Wiener, davon 6000 bewaffnet, beteiligen würden.²⁹

Mit der O5 stand Szokoll – zumindest indirekt – seit 1944 in Kontakt: Sein Vertrauter, Oberleutnant Wolfgang Iglar traf sich etwa im September 1944 in der Wohnung von Alfons Stillfried mit Fritz Molden, um die Ausweitung der Geheimorganisation auf Wehrmachtseinheiten zu besprechen. Gemeinsam mit den Adjutanten Szokolls, Oberleutnant Otto Scholik, Oberleutnant Rudolf Raschke und Hauptmann Alfred Huth, bildete Iglar eine kleine Verbindungsgruppe zur O5.³⁰ Ende März 1945 gab Szokoll seinen Plan den Führungskreisen der O5 und den Leitern der paramilitärischen Formationen bekannt und beschloss ihn auszuführen, sobald mit dem sowjetischen Oberkommando Verbindung aufgenommen worden wäre.³¹

Dies deckt sich auch mit einem Politbericht der 9. Garde-Armee vom 3. April 1945, wonach Szokoll zu diesem Zeitpunkt bereits in Verbindung mit der O5 gestanden sei. Raoul Bumballa,³² der Leiter der O5, darin wörtlich:

²⁸ CAMO, F. 243, op. 2900, d. 2058a, S. 83–99, Schilderung der Kämpfe der 3. Ukrainischen Front während des „Kampfes um Wien“, nach dem 15. 4. 1945. Abgedruckt in: Karner / Stelzl-Marx / Tschubarjan (Hrsg.), *Die Rote Armee*, Dok. Nr. 7. Hierbei ist von zwei Reservebataillonen, einer Artillerie-Batterie, 1200 österreichischen Soldaten aus verschiedenen Einheiten und ungefähr 20.000 Wienern die Rede, die sich am Aufstand beteiligen wollten.

²⁹ Želanov, *Vzaimodejstvie sil avstrijskogo dviženija soprotivlenija*, S. 118; S. M. Štemenko, *General'nyj štab v gody vojny*, Bd. 2, Moskau 1974, S. 360; I. V. Kobljakov u. a., *SSSR v bor'be za nezavisimost' Avstrii*, Moskau 1965, S. 77 f. Rauchensteiner konstatierte sicherlich zu Recht, dass besonders die Nennung von 20.000 Wienern eine nicht mehr kontrollierbare Schätzung darstellt. Vgl. Rauchensteiner, *Der Krieg in Österreich*, S. 165, 415.

³⁰ Luža, *Der Widerstand in Österreich*, S. 260 f.; Molden, Fepolinski & Waschlapski, S. 285 f.

³¹ Luža, *Der Widerstand in Österreich*, S. 263; Otto Molden, *Der Ruf des Gewissens. Der österreichische Freiheitskampf 1938–1945*, Wien 1958, S. 222 f.

³² Bumballa wurde am 10. 9. 1895 in Troppau geboren. Das Doktorat, das er seit Anfang 1921 nachweislich führte, hatte er jedoch nie erworben. Vgl. Rathkolb, Raoul Bumballa, S. 296.

„Abgesehen von der Propagierung unserer Ideen unter der Bevölkerung, stellten wir die Verbindungen mit den Teilen der Wehrmacht her, wo sich Österreicher befanden – Patrioten ihrer unterjochten Heimat. Dafür wurde der Kontakt mit einem Österreicher, Major Szokoll, hergestellt, der in der Wehrmacht diente.“³³

Die nun zugänglichen sowjetischen KGB-Akten legen den Schluss nahe, dass Szokoll selbst erst Anfang April 1945 direkte Verbindung zur Führungsriege der O5 aufnahm. So beschrieb Gustav Fraser von der O5 Anfang Mai 1945 gegenüber dem sowjetischen Stadtkommandanten Aleksej V. Blagodatov die Kontaktaufnahme Szokolls mit der O5 folgendermaßen: „Da erschien eines Tages in meiner Wohnung Baron Nikolaus Maasburg, der mir als Verwandter des mir bekannten Grafen Thun-Hohenstein ebenfalls bekannt war. Er erklärte mir folgendes: Er sei ein Vertrauensmann des Major Sokol [sic!], Generalstabschef des Kampfkommandanten von Wien. Major Sokol [sic!] habe Verbindung mit dem Hauptquartier des Marschalls Tolbuchin aufgenommen und von ihm die Zusicherung erhalten, dass die Wasserversorgung Wiens nicht zerstört, die Stadt weitestgehend geschont werden würde, wenn es der Widerstandsbewegung gelänge, die Brücken über die Donau intakt zu halten und die Stadt möglichst kampfflos der Roten Armee zu übergeben. Der Marschall verlange ausdrücklich die Mitwirkung der Organisation O5 bei diesem Werk und der Major Sokol [sic!] suche nun die Verbindung mit der O5 zu einer engen Zusammenarbeit aufzunehmen. Ich stellte sofort die Verbindung zu unserem, inzwischen gebildeten Siebenerausschuss [...] her und wir begannen sofort, Hand in Hand mit Major Sokol [sic!] zu arbeiten.“³⁴

Wie vorab erwähnt, kann die angeblich von Marschall Tolbuchin – den Käs und Reif ja gar nicht trafen – geforderte Mitwirkung der O5 durch die

In sowjetischen Quellen findet sich mitunter der Doppelname „Bumballa-Burenau“ bzw. lediglich „Burenau“.

³³ CAMO, F. 243, op. 2914, d. 132, S. 29–33, Bericht des Leiters der Politabteilung der 9. Garde-Armee Molin an die Politverwaltung der 3. Ukrainischen Front, 3. 4. 1945. Abgedruckt in: Institut Voennoj Istorii Oborony Rossijskoj Federacii u. a. (Hrsg.), *Krasnaja Armija v stranach Central'noj Evropy i na Balkanach. Dokumenty i materialy 1944–1945*. Russkij Archiv: Velikaja Otečestvennaja Vojna, Bd. 14 (3-2), Moskau 2000, S. 611–614.

³⁴ CA FSB RF, K-109717, t. 3, S. 65–66, Memorandum von Gustav Fraser an Aleksej Blagodatov betreffend seine „Tätigkeit für die Befreiung Wiens vom Naziterror“. Während in sowjetischen Dokumenten und bei Rathkolb „Georg“ als Vorname Frasers angegeben wird, findet sich in der deutschsprachigen Literatur üblicherweise „Gustav“.

nun zugänglichen sowjetischen Dokumente nicht bestätigt werden.³⁵ Nicht auszuschließen ist jedoch, dass Szokoll selbst gegenüber den Vertretern der O5 auf diese Forderung Tolbuchins verwies, um die O5 leichter von einer Zusammenarbeit überzeugen zu können.

Szokoll suchte gemäß seiner späteren Aussage gegenüber dem sowjetischen Geheimdienst erstmals am 5. April den persönlichen Kontakt mit der O5, da sich seine Organisation nicht in der Lage sah, den Befehl des sowjetischen Oberkommandos „aus eigenen Kräften“ zu erfüllen. Bumballa soll daraufhin die Beteiligung von 5000 gut bewaffneten Soldaten und Offizieren zugesagt haben.³⁶

Verrat und Niederschlagung der Operation „Radetzky“

In der Nacht zum 6. April kamen die Anführer des militärischen Widerstandes im Wehrkreiskommando XVII zusammen, besprachen die letzten Einzelheiten und beschlossen, am Freitag, dem 6. April, loszuschlagen. Um Mitternacht verteilten sich die Anführer des geplanten Aufstandes, um an ihre Gruppen letzte Befehle auszugeben.³⁷ Szokoll selbst ging zunächst in die Frankgasse 4, wo er den Vorsitzenden der O5, Raoul Bumballa, angeblich erstmals persönlich traf. Er informierte Bumballa und andere führende Persönlichkeiten der zivilen O5 über die mit den Sowjets getroffenen Abmachungen und den Zeitplan. Sie vereinbarten demnach, dass sich die O5 mit 5000 bewaffneten Soldaten und Offizieren am Unternehmen „Radetzky“ beteiligen würde.³⁸ Die militärische Alleinverantwortung wollte Szokoll nicht aus der Hand geben.³⁹

³⁵ CAMO, F. 243, op. 2912, d. 146, S. 118–120, Glagolev über den in Wien vorbereiteten Aufstand. Bericht des Oberkommandierenden der 9. Garde-Armee an den Chef des Generalstabes der Roten Armee über den in Wien vorbereiteten Aufstand, 5. 4. 1945.

³⁶ CA FSB RF, K-109717, t. 3, S. 1–6, Verhörprotokoll von Carl Szokoll, 24. 4. 1945.

³⁷ Luža, *Der Widerstand in Österreich*, S. 265; Portisch, *Am Anfang war das Ende*, S. 120.

³⁸ CA FSB RF, K-109717, t. 3, S. 1–6, Verhörprotokoll von Carl Szokoll, 24. 4. 1945. Vgl. dazu auch: Molden, *Die Feuer in der Nacht*, S. 174. In seinen Erinnerungen lässt Szokoll dieses Treffen mit Bumballa aus, während er jenes mit den Kommunisten ausführlich beschreibt. Vgl. Szokoll, *Die Rettung Wiens*, S. 330–335. Hingegen verweist Luža darauf, dass Szokoll Bumballa und andere führende Persönlichkeiten der O5 zu sich bat. Das Treffen mit den Kommunisten bleibt hier unerwähnt. Vgl. Luža, *Der Widerstand in Österreich*, S. 265.

³⁹ Rathkolb, *Raoul Bumballa*, S. 301.

Anschließend suchte er das geheime Versteck der verbündeten kommunistischen Widerstandsgruppe auf, um auch sie für die Operation „Radetzky“ zu gewinnen. Szokoll erachtete es, wie er selbst betonte, als wichtig, dass neben der O5 und anderen Widerstandsgruppen vor allem auch österreichische Kommunisten beim Empfang der Sowjets im Palais Auersperg anwesend waren. Die O5 stellte in Szokolls Augen keine überparteiliche Repräsentanz des österreichischen Widerstandes dar, weil sie „nur mit den Engländern und den Amerikanern in Verbindung stand“.40 Die zunehmend ablehnende Haltung Moskaus gegenüber der O5 schätzte er dabei sicher richtig ein, zumal die kommunistische Vertretung innerhalb der O5 unbedeutend war bzw. von den österreichischen Exil-Kommunisten misstrauisch beäugt wurde.41 Der Sekretär der Kommunisten mit dem Nom de guerre „Fritz“ stimmte einer Teilnahme an „Radetzky“ zu.42

Danach wollte Szokoll in das Wehrkreiskommando XVII gehen, wurde aber beim Radetzky-Denkmal von Ferdinand Käs aufgehalten.43 Major Karl Biedermann, Kommandant der Heeresstreife Groß-Wien war im Verlauf des 5. April als Angehöriger der österreichischen Widerstandsbewegung denunziert und auf Befehl des Kampfkommandanten von Wien verhaftet worden. Noch in den frühen Morgenstunden des 6. April gab Biedermann während der Verhöre die Aktion „Radetzky“ preis, wodurch die Wehrmacht genaue Kenntnis über die Akteure und ihre Pläne gewann.44 Leutnant Heinz Scheichelbauer, ein Vertrauensmann im Festungsstab Wien Ic, hatte den Stab Szokolls laufend über die Untersuchungen und schließlich das Auffliegen des Aufstandsplanes informiert.45 Daraufhin war ein Kommando, bestehend aus Oberleutnant Rudolf Raschke und Leutnant Alfred Huth als Meldekopf im Stab zurückgelassen worden, während sich die meisten übrigen Mitglieder

40 Szokoll, Die Rettung Wiens, S. 330.

41 Aichinger, Sowjetische Österreichpolitik, S. 161; Mueller, Die sowjetische Besatzung, S. 83.

42 Szokoll, Die Rettung Wiens, S. 334 f. In seinen Erinnerungen nennt Szokoll „Zirkusgasse 2“ als Adresse für die Unterredung mit der kommunistischen Untergrundbewegung, während er ihm Verhör durch die „SMERŠ“ die „Komödiengasse 3–18“ angibt. CA FSB RF, K-109717, t. 3, S. 4, Verhörprotokoll von Carl Szokoll, 24. 4. 1945.

43 CA FSB RF, K-109717, t. 3, S. 4, Verhörprotokoll von Carl Szokoll, 24. 4. 1945.

44 Rauchensteiner, Der Krieg in Österreich, S. 164; Portisch, Am Anfang war das Ende, S. 120 f.

45 CA FSB RF, K-109717, t. 4, S. 90, auf Deutsch S. 91, Bericht über die Tätigkeit von Heinz Scheichelbauer, 5. 6. 1945.

der Widerstandsbewegung versteckt hatten. Huth und Raschke hatten noch alle gewarnt, die sie erreichen konnten, bevor auch sie verhaftet wurden.⁴⁶

Szokoll und Ferdinand Käs flohen gemeinsam mit Reif per Auto vor der SS. Szokoll erteilte Käs angeblich den Auftrag, den Aufstand von ihrem Ausweichquartier im Palais Auersperg⁴⁷ nötigenfalls nur mit den zivilen Gruppen weiterzuführen, vor allem die Brücken zu entschärfen und ihre Soldaten zu verstecken.⁴⁸ Am Morgen des 6. April begann die Rote Armee ihren Sturm auf Wien.⁴⁹ Eine Handvoll Männer der O5 führte gemeinsam mit einigen Freiwilligen die Sowjets durch die westlichen Randgebiete Wiens, um ihnen durch ihre Ortskenntnis bei der Umgehung von Artilleriestellungen und Panzersperren zu helfen.⁵⁰ Szokolls Kraftfahrer Johann Reif soll erneut die Frontlinie überschritten und das sowjetische Oberkommando vom Scheitern des Aufstandes informiert haben, damit die Truppen nicht in eine Falle gerieten.⁵¹

Laut Verhörprotokoll der sowjetischen Spionageabwehr SMERŠ⁵² vom 24. April 1945 fuhr Szokoll in der Nacht auf den 7. April 1945 gemeinsam mit Unteroffizier Heinz Netsch nach Hütteldorf zu dessen Bekannten. Von dort aus wollte er zu den sowjetischen Truppen überlaufen, was aber nicht gelang. Über Netsch nahm er wieder Verbindung mit der O5 auf. Einen Tag später fuhr er nach Wien in die Wohnung von Clotilde⁵³ Hrdlicka, Kommunistin

⁴⁶ Rauchensteiner, *Der Krieg in Österreich*, S. 164; Portisch, *Am Anfang war das Ende*, S. 120 f. U. a. wurde auch Erna Jansen, eine Mitarbeiterin Szokolls im Wehrkreis-kommando XVII, von der SS am 5. 4. 1945 verhaftet. Sie kam am 8. 4. 1945 wieder frei. Vgl. CA FSB RF, K-109717, t. 4, S. 120–121, auf Deutsch S. 122, Ansuchen von Erna Jansen an das Polizeipräsidium Wien bezüglich ihrer Aufenthaltsbewilligung, 28. 8. 1945.

⁴⁷ Prinzessin Agathe Croy stellte das Palais Auersperg der O5 seit 7. 4. 1945 zur Verfügung. Vgl. Rathkolb, Raoul Bumballa, S. 303.

⁴⁸ Szokoll, *Die Rettung Wiens*, S. 338 f.

⁴⁹ Štemenko, *General'nyj štab v gody vojny*, S. 361; V. N. Beleckij, *Sovetskij Sojuz i Avstrija. Bor'ba Sovetskogo Sojuza za vozroždenie nezavisimoj demokratičeskoj Avstrii i ustanovlenie s nej družestvennyh otnošenij (1938–1960 gg.)*, Moskau 1962, S. 63.

⁵⁰ Luža, *Der Widerstand in Österreich*, S. 266.

⁵¹ Želanov, *Vzaimodejstvie sil avstrijskogo dviženija soprotivlenija*, S. 119; Molden, *Die Feuer in der Nacht*, S. 177 f.; Luža, *Der Widerstand in Österreich*, S. 266.

⁵² SMERŠ: wörtlich „Smert' špionam“ („Tod den Spionen“).

⁵³ Gemäß Fraser trug Hrdlicka den Vornamen „Clotilde“. Vgl. CA FSB RF, K-109717, t. 3, S. 57–61, auf Deutsch S. 62–67, Memorandum von Gustav Fraser an Aleksej Blagodatov betreffend seine „Tätigkeit für die Befreiung Wiens vom Naziterror“. Diesen Namen („Chlodhilde“) verwendet auch Rathkolb. Vgl. Rathkolb, Raoul Bumballa, S. 300. In sowjetischen Dokumenten findet sich der Vorname „Justina“, wobei dies in der deutschen

und Mitglied in der O5, wo er bis zur Befreiung des Bezirks am 10. April blieb. Er meldete sich sofort im Stab eines der sowjetischen Truppenteile, wo ihn ein Generaloberst empfing und ihn in Zusammenarbeit mit der KPÖ und der O5 mit der Organisierung der Wiener Polizei betraute.⁵⁴

Un erwähnt und somit nicht verifizierbar bleibt dabei Szokolls angebliche Kontaktaufnahme mit dem Hauptquartier der 9. Garde-Armee in Mauerbach, der in seiner Autobiographie breiter Raum eingeräumt wird. Demnach soll Szokoll um den 9. April⁵⁵ die Hauptkampflinie durchdrungen und General Glagolev den streng gehüteten Plan⁵⁶ des Festungskommandos für die Verteidigung der Inneren Stadt und des Donaukanals übergeben haben.⁵⁷

Major Karl Biedermann, Oberleutnant Rudolf Raschke und Leutnant Alfred Huth, die beide zu Szokolls Stab gehörten, wurden nach ihrer Verhaftung vor ein Standgericht gestellt und im Schnellverfahren zum Tod verurteilt. Weil zu dieser Zeit in einigen Bezirken bereits gekämpft wurde, brachte man sie über die Donau nach Floridsdorf, wo sie in einem Schulgebäude

Übersetzung auf „Hermine“ korrigiert wurde. Vgl. RGASPI, F. 17, op. 128, d. 35, S. 13–17, Bericht des stv. Leiters der 7. Verwaltung der GlavPURKKA, B. G. Sapožnikov, an den Leiter der Abteilung für Internationale Information des ZK VKP(b), G. M. Dimitrov, über die Österreichische Widerstandsbewegung O5, 28. 4. 1945. Abgedruckt in: Karner / Stelzmarx / Tschubarjan, Die Rote Armee in Österreich, Dok. Nr. 27. Rauchensteiner verwendet lediglich die Form „Frau Hrdlicka“. Vgl. Rauchensteiner, Der Sonderfall, S. 68 f. Bei Ernst Fischer hingegen trägt sie den Vornamen „Mathilde“. Vgl. Ernst Fischer, Das Ende einer Illusion. Erinnerungen 1945–1955, Wien 1973, S. 45, 49, 398.

⁵⁴ CA FSB RF, K-109717, t. 3, S. 5, Verhörprotokoll von Carl Szokoll, 24. 4. 1945. In den Dokumenten sind auch die Schreibweisen Nitsch, Nitsche und Nietsche zu finden.

⁵⁵ Gemäß Luža drang Szokoll am 9. April um etwa 4 Uhr mit einigen Vertrauten durch die Hauptkampflinie, um dem Oberkommando der 3. Ukrainischen Front den Plan für die deutsche Verteidigungsstrategie, in dessen Besitz Leutnant Scheichelbauer angeblich am 8. April gekommen war, zu übergeben. Vgl. Luža, Der Widerstand in Österreich, S. 266. In Szokoll, Die Rettung Wiens, findet sich keine genaue Zeitangabe, während Szokoll in seinem Tätigkeitsbericht den 10. April als Datum angibt. Vgl. Luža, Der Widerstand in Österreich, S. 275.

⁵⁶ Szokoll beschreibt, dass er einen Stadtplan von Wien mit den blauen Verteidigungslinien der „Festung“ von Scheichelbauer erhielt. Vgl. Szokoll, Die Rettung Wiens, S. 346. Dies stimmt mit Heinz Scheichelbauers Beschreibung überein, er habe Stärkemeldungen der Garnison Wien sowie Karten- und Lagemeldungen mit Bomben- und Artilleriezielen in Wien „an die Führung der Widerstandsbewegung zur Weiterleitung an das russische Oberkommando“ übergeben. Vgl. CA FSB RF, K-109717, t. 4, S. 91, Bericht über die Tätigkeit von Heinz Scheichelbauer, 5. 6. 1945.

⁵⁷ Szokoll, Die Rettung Wiens, S. 348–351.

eingesperrt wurden. Am 8. April wurden sie von einem Sonderkommando der SS am Floridsdorfer Spitz auf Laternenmasten öffentlich gehängt. „Ich habe mit den Bolschewiken paktiert“, stand auf Pappkartonschildern, die man ihnen umgehängt hatte.⁵⁸

Wirkung und sowjetische Einschätzung des militärischen Widerstandes in Wien

Es ist beinahe müßig, über die Realisierungschancen der Operation „Radetzky“ zu urteilen, weil sie eben nicht wie geplant verwirklicht werden konnte. Doch übte die Tätigkeit der militärischen Widerstandsbewegung – ungeachtet dessen, dass der Aufstandsplan entdeckt wurde – zweifellos eine nachhaltige Wirkung gerade auf diese Phase des Kampfes aus. So weckte allein der Umstand, dass mit Major Szokoll eine Schlüsselfigur der Widerstandsbewegung eine führende Stelle im Stab des Kampfkommandanten einnehmen konnte, das besondere Misstrauen der SS-Offiziere. Sie waren fortan davon überzeugt, dass die gesamte Gruppe um den Kampfkommandanten von der Widerstandsbewegung unterwandert und nicht mehr zuverlässig war. Auch wusste man nicht mehr, welche Truppen des Verteidigungsbereichs mit der Widerstandsbewegung sympathisierten und welche noch eingesetzt werden konnten. Diese Unsicherheit blieb nicht ohne Folgen.⁵⁹

⁵⁸ Rauchensteiner, *Der Krieg in Österreich*, S. 165 f.; Portisch, *Am Anfang war das Ende*, S. 120 f.; Szokoll, *Die Rettung Wiens*, S. 336–339. Anlässlich der Übergabe des Parlaments am 29. 4. 1945 wurden an den Gräbern der in Floridsdorf hingerichteten Widerstandskämpfer sowjetische Ehrenposten aufgestellt. Vgl. Bruno Sokoll, *Floridsdorf: Erinnerungen aus 1945*, in: *Wiener Geschichtsblätter*, 30/1975, S. 94–97, hier 97; Mueller, *Die sowjetische Besatzung*, S. 105. Am 8. 4. 1950 wurde Am Spitz ein Gedenkstein für die drei Mitglieder des militärischen Widerstandes enthüllt, der 1962 aus verkehrstechnischen Gründen abgetragen werden musste. 1964 wurde eine Gedenktafel beim Haupteingang des Städtischen Amtshauses Am Spitz 1 enthüllt. Vgl. *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes* (Hrsg.), *Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation*, Wien 1998, S. 418. Nach Rudolf Raschke, Alfred Huth und Ferdinand Käs sind heute drei benachbarte Straßen in der Nähe vom Floridsdorfer Spitz benannt. Im 14. Wiener Gemeindebezirk wurde eine Kaserne nach ihnen benannt.

⁵⁹ Rauchensteiner, *Der Krieg in Österreich*, S. 164.

Laut Szokoll verwirklichte er seine Pläne für den Aufstand in Wien ansatzweise – etwa durch Lotsendienste für die sowjetischen Truppen⁶⁰ – in die Tat.⁶¹ Damit setzte er einen Kontrapunkt zum Bild des Jubels am Wiener Heldenplatz 1938.⁶² Wien wurde im Zusammenwirken mit der Roten Armee nicht zuletzt durch die „Operation Radetzky“ in nur acht Tagen und – im Vergleich zu Budapest oder Berlin – ohne allzu große Zerstörungen befreit.⁶³ Während eines Verhöres durch den sowjetischen Geheimdienst bezeichnete Szokoll außerdem die Rettung der Reichsbrücke und einer Brücke über den Donaukanal als jene Hilfestellung, die die militärische Widerstandsgruppe der Roten Armee geleistet hatte.⁶⁴ Diese Leistungen beanspruchte – ganz abgesehen von der Roten Armee⁶⁵ – auch die O5 für sich,⁶⁶ was wiederum als Ausdruck des schwelenden Konkurrenzkampfes zwischen den einzelnen österreichischen Widerstandsgruppen zu werten ist.

Dass die Deutsche Wehrmacht einen erheblichen Teil ihrer an sich geringen Streitkräfte umgruppieren musste, weil der Hauptstoß des sowjetischen Angriffes aus dem Westen und nicht wie erwartet aus dem Osten

⁶⁰ Meldegänger der O5, unter ihnen Mitja Gutov, führten sowjetische Einheiten über die Hütteldorfer Straße und die Triester Straße ins Zentrum Wiens. Vgl. Rathkolb, Raoul Bumballa, S. 301.

⁶¹ Rauchensteiner, *Der Krieg in Österreich*, S. 148, 164 f.; Molden, *Die Feuer in der Nacht*, S. 175 f.

⁶² Waltraud Schreiber, Bestandsaufnahme zum Film „Der letzte Kronzeuge Stauffenbergs. Carl Szokoll und die Zivilcourage“, in: Barbara Dmytrasz / Friedrich Öhl (Hrsg.), *Carl Szokoll (1915–2004). Materialien für den Unterrichtseinsatz eines Zeitzeugenportraits*, Wien 2005, S. 40–48, hier 47.

⁶³ Szokoll, *Die Rettung Wiens*, Klappentext. Darauf, dass durch das Zusammenwirken der Roten Armee mit der militärischen Widerstandsgruppe unter Szokoll stärkere Zerstörungen Wiens vermieden wurden, verweist auch: CA FSB RF, K-109717, t. 4, S. 107–109, auf Deutsch S. 110–111, Bericht über die Tätigkeit der Kommunistischen Partei Österreichs, o. D. [1945].

⁶⁴ CA FSB RF, K-109717, t. 1, S. 31–41, Verhörprotokoll von Carl Szokoll, 17. 9. 1945, abgedruckt in: *Dokumente aus dem KGB-Dossier zu Carl Szokoll*, Dok. Nr. 5.

⁶⁵ Vgl. dazu etwa die dramatische Schilderung der Rettung der Reichsbrücke durch Einheiten der Roten Armee in: N. Z. Kadyrov, *Ot Minska do Veny. Boevoj put' 4-j gvardejskoj strelkovoju apostolovsko-venskoj krasnoznamennoj divizii*, Moskau 1985, S. 167–171; Boris Dubrowin, *Zum 30. Jahrestag der Befreiung Österreichs*, in: *Sowjetunion heute*, 8/1975, S. 5–8, hier 8. Der österreichische Widerstand findet in diesem Zusammenhang keinerlei Erwähnung.

⁶⁶ CA FSB RF, K-109717, t. 3, S. 69–71, Memorandum von Gustav Fraser über die Tätigkeit der O5, o. D. [nach 15. 4. 1945].

gekommen war, gab Szokolls Plänen recht. Wie erwähnt, hatten allerdings die Sowjets nicht erst seit der Kontaktaufnahme mit der österreichischen Widerstandsgruppe selbst diese Vorgehensweise verfolgt.⁶⁷

Dabei stellt sich die Frage, wieweit der Versuch einer Zusammenarbeit der österreichischen Widerstandsbewegung mit den Sowjets das Vorgehen der drei unmittelbar auf Wien angesetzten sowjetischen Armeen beeinflusste und wie die Widerstandsgruppe um Major Szokoll von der sowjetischen Seite gesehen wurde. Möglicherweise wurde das sowjetische militärische Vorgehen am 4. und 5. April etwas gedrosselt, um bei Schonung der eigenen Kräfte das Ergebnis des vereinbarten Aufstandes abzuwarten. Daher dürfte wohl auch der für den 5. April angesetzte Generalangriff etwas schwächer als ursprünglich geplant ausgefallen sein.⁶⁸

Der sowjetische Diplomat Nikolaj Lun'kov erinnert sich, dass Marschall Tolbuchin die Tätigkeit Carl Szokolls besonders hoch geschätzt haben soll: In einem Gespräch mit Lun'kov betonte Tolbuchin, ohne die Verdienste der Widerstandsgruppe hätten beim Kampf um Wien mehr als 70.000 Menschen ihr Leben verloren. Außerdem hätten die übergebenen Pläne und Karten dem sowjetischen Oberkommando ermöglicht, Wien ohne große Verluste von Süd-Westen, Osten und Nord-Osten einzukreisen. Für die operative Tätigkeit der Roten Armee wäre zudem besonders hilfreich gewesen, dass die Widerstandsgruppe die Verbindung des Hauptpostamtes abgeschnitten und dadurch die Wehrmacht dieses Kommunikationsmittels beraubt hätte. Lun'kov betonte zusätzlich, wie ausgezeichnet sich das groß angelegte sowjetisch-österreichische Zusammenwirken bei der Beseitigung der „Hitler-Leute“ in und um Wien entwickelt hätte.⁶⁹

Oberst Georgij I. Piteriskij, der Leiter der für politische Arbeit unter der einheimischen Bevölkerung zuständigen 7. Abteilung der Politverwaltung der 3. Ukrainischen Front, rapportierte Mitte April 1945 nach Moskau: Es gelang den Anführern der Widerstandsbewegung einen Tag vor dem Einmarsch der sowjetischen Truppen in Wien, die Leitungen der Wiener Telefonzentrale zu kappen und „auf diese Weise der gesamten administrativ-militärischen

⁶⁷ Molden, *Die Feuer in der Nacht*, S. 175 f.; Rauchensteiner, *Der Krieg in Österreich*, S. 148–150.

⁶⁸ Rauchensteiner, *Der Krieg in Österreich*, S. 165.

⁶⁹ N. M. Lun'kov, *Vena – kakoj ona byla v sorok pjatom (glazami očevidca)*, in: *Diploma-tičeskaja akaemija MID Rossii – Sovet veteranov MID Rossii* (Hrsg.), *Diplomaty vsmonijnajut. Mir glazami veteranov diplomatičeskoj služby*, Moskau 1997, S. 78–91, hier 80.

Maschinerie ihre Telefonverbindung zu nehmen. Daraufhin wurde der zentrale Radiosender außer Betrieb gesetzt.“⁷⁰

Jedoch wurde von sowjetischer Seite sowohl in Primärquellen als auch in der Sekundärliteratur der Vorwurf geäußert, die „bourgeoise“ O5 habe keinen praktischen Kampf geleistet.⁷¹ Im Gegenteil, sie habe, so ein Geheimbericht an den stellvertretenden Minister für Staatssicherheit, „in erster Linie die Funktion einer Agentur britischer und amerikanischer Geheimdienstorgane erfüllt, nach deren Vorgaben sie ihre Tätigkeit geplant habe“.⁷² Außerdem hätte eines ihrer Hauptziele darin bestanden, mit Mitgliedern aus den eigenen Reihen eine provisorische österreichische Staatsregierung aufzubauen.⁷³

Analog dazu zweifelte das Mitglied der Stavka, General Sergej M. Štemenko, in seinen Memoiren die Existenz eines schlagkräftigen österreichischen Widerstandes generell an: Sowohl das Scheitern des Wiener Aufstandes vom 6. April als auch die Beteiligung von Allen Dulles, einem Mitarbeiter des amerikanischen Geheimdienstes, an der Gründung der Widerstandsbewegung O5 hätte die sowjetische Seite laut Štemenko äußerst kritisch gesehen. Für das Scheitern des Aufstandes wären in seinen Augen die Leiter der O5 verantwortlich gewesen, „die Ziele verfolgten, die mit den Interessen der Widerstandskämpfer bei weitem nicht übereinstimmten“. Nach der Befreiung Wiens sei es daher notwendig gewesen, die Gründe für das Scheitern des „antifaschistischen Aufstandes“ und die Tätigkeit der O5 zu untersuchen.⁷⁴ Eine ganze Reihe prominenter Mitglieder der O5 und der bis zuletzt unabhängig gebliebenen Gruppe des militärischen Widerstandes

⁷⁰ AVP RF, F. 06, op. 7, p. 26, d. 321, S. 16–18. Bericht von Piterskij über das Gespräch mit Vertretern des Zentralkomitees der „Österreichischen Widerstandsbewegung“, 10. 4. 1945. Abgedruckt in: Institut Voennoj Istorii, Krasnaja Armija v stranach Central'noj Evropy, S. 624–626.

⁷¹ M. A. Poltavskij, Ob osobennosti dviženija soprotivlenija v Avstrii, in: Novaja i novejšaja istorija, 1965-2, S. 109–116, hier 115. Vgl. dazu: Aichinger, Sowjetische Österreichpolitik, S. 174; Stelzl-Marx, Carl Szokoll und die Sowjets.

⁷² CA FSB RF, F. 4, op. 4, d. 1441a, S. 94–104, Bericht des Leiters der Inspektion der SČSK Bogdanov an den stv. Minister für Staatssicherheit N. N. Selivanovskij über die Tätigkeit der Widerstandsbewegung in Österreich, 14. 11. 1946.

⁷³ S. I. Vorošilov, Roždenie vtoroj respubliky v Avstrii. Leningrad 1968, S. 40 f.

⁷⁴ Štemenko, General'nyj štab v gody vojny, S. 360–366. Vgl. zu diesem Diskurs auch: Ol'ga Pavlenko, Österreich im Kraftfeld der sowjetischen Diplomatie 1945, in: Karner / Stelzl-Marx (Hrsg.), Die Rote Armee in Österreich. Beiträge, S. 565–602, hier 584; Rauchensteiner, Der Sonderfall, S. 68.

wurde ab Mitte April von den Sowjets verhaftet und stundenlangen Verhören unterzogen,⁷⁵ darunter auch Carl Szokoll.

Szokolls Verhaftung durch den sowjetischen Geheimdienst

Bereits in den ersten Tagen nach der Befreiung Wiens verhafteten die Sowjets – auch kommunistische – Mitglieder der Widerstandsbewegung, die von der sowjetischen Spionageabwehr SMERŠ über ihre Tätigkeit und die Organisation der O5 verhört wurden.⁷⁶ Raoul Bumballa selbst, der letztlich auch als Unterstaatssekretär für Inneres als einziges Mitglied der Widerstandsbewegung in die Provisorische Staatsregierung Renner aufgenommen wurde, blieb unangetastet.⁷⁷

Carl Szokoll wurde am 15. April 1945 festgenommen, floh am 2. Juni aus der Haft, lebte zunächst illegal, dann wieder offen in Wien. Am 5. September ließ die SMERŠ Carl Szokoll neuerlich verhaften.⁷⁸ Per Dekret der Verwaltung für Gegenspionage (UKR) der SMERŠ vom 17. Oktober 1945 wurde schließlich die Untersuchung gegen Szokoll eingestellt und seine endgültige Befreiung aus sowjetischer Haft veranlasst. Als Begründung für diesen Schritt wurde angegeben: Im Zuge der Untersuchung habe sich gezeigt, dass Szokoll der Leiter des militärischen Widerstandes gewesen und nach seiner Flucht von einem Mitarbeiter des französischen Geheimdienstes aufgesucht worden wäre, dass aber „keine feindliche Tätigkeit gegen die Sowjetunion“ nachgewiesen werden konnte.⁷⁹

Schlussbemerkung

Die militärische Widerstandsbewegung unter Carl Szokoll hatte sich im Sinne der Moskauer Deklaration von 1943 zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zur

⁷⁵ Ebenda, S. 68 f.

⁷⁶ Aichinger, Sowjetische Österreichpolitik, S. 170 f.

⁷⁷ Rathkolb, Raoul Bumballa, S. 304–306; CA FSB RF, K-109717, t. 4, S. 31, auf Deutsch S. 32, Aufstellung über die Parteizugehörigkeit der Mitglieder der Provisorischen Regierung, o. D. [1945]. Bumballa verließ am 2. 11. 1945, vor den ersten Nationalratswahlen, die ÖVP, behielt aber auf Drängen Renners weiterhin seine Funktion in der Regierung. Vgl. Rathkolb, Raoul Bumballa, S. 307.

⁷⁸ CA FSB RF, K-109717, t. 1, S. 31–41, Verhörprotokoll von Carl Szokoll, 17. 9. 1945.

⁷⁹ Ebenda.

Befreiung Österreichs zu leisten. Entgegen aller Tradition militärischen Gehorsams mussten sie ihren Fahneneid brechen und sich auch über den Grundsatz hinwegsetzen, der Soldat habe sich nicht mit Politik zu befassen. Ihr Ziel bestand – unter Einsatz ihres Lebens – in der Rettung Wiens und in der Wiedererrichtung eines unabhängigen Österreich. Szokoll tat alles, um den Sowjets zutreffende Informationen zukommen zu lassen.

Carl Szokoll war aber auch einer jener Widerstandskämpfer, die sich nach Kriegsende in Österreich ausgegrenzt und um eine Anerkennung ihrer Tätigkeit im Widerstand gebracht fühlten. Der wohl prominenteste Mann des militärischen Widerstandes wurde in der Zweiten Republik zu einer umstrittenen Persönlichkeit, mit dem viele nichts zu tun haben wollten. Für sie war Szokoll ein Offizier, der seinen Soldateneid gebrochen und bei einem fragwürdigen Unternehmen mit der Roten Armee zusammengearbeitet hatte.

Zur Geringschätzung der überlebenden WiderstandskämpferInnen in Österreich gesellte sich die Skepsis der sowjetischen Besatzungsmacht, die noch im April 1945 Szokoll und Mitglieder der O5 verhaften ließ. Die SMERŠ konnte Szokoll keine Schuld für das Scheitern des Aufstandes und vor allem keine „antisowjetische Tätigkeit“ nachweisen. Zum Vorschein kamen allerdings seine Kontakte zum französischen Geheimdienst und die Kooperation führender O5-Mitglieder mit dem britischen und amerikanischen Geheimdienst, was aus sowjetischer Sicht nicht gerade eine Empfehlung darstellte.

Jahrzehntelang fehlte die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Anerkennung des österreichischen Widerstandes, der die außenpolitisch motivierte Hervorhebung gegenüberstand. So waren die Verdienste des Widerstandes – wie sich bei den Bemühungen um den Staatsvertrag herausstellte – im Hinblick auf den in der Moskauer Deklaration geforderten eigenen Beitrag Österreichs zu seiner Befreiung von eminent politischem Wert.

PETER PIRKER

„WHIRLWIND“ IN ISTANBUL

Geheimdienste und Exil-Widerstand am Beispiel Stefan Wirlandner¹

Der folgende Beitrag beleuchtet einige Aspekte der subversiven Arbeit des österreichischen Exil-Sozialisten Stefan Wirlandner in der Außenstelle der Österreich-Abteilung des britischen Kriegsgeheimdienstes *Special Operations Executive* (SOE) in Istanbul 1943/44. Nach einer Einführung zu organisatorischen und politischen Hintergründen widme ich mich den Arbeits- und Machtbeziehungen zwischen den ungleichen Kooperationspartnern (staatlicher Geheimdienst und Exil-Sozialisten) und schildere zugleich zwei ihrer Infiltrations-Projekte. Die Trennung der beiden Aspekte ist schwer möglich, da es sich gewissermaßen um *Work in progress* handelte und Fragen der Identität, der Loyalitätsverhältnisse, der Autonomie und der Handlungsmacht weniger im Vorhinein fixiert, sondern in der Praxis virulent wurden. Wie außerordentlich schwierig und riskant die subversive Arbeit des Exil-Widerstands war, zeigt der darauf folgende Perspektivenwechsel zu den deutschen Gegenspielern: der Abwehr und der Gestapo. Abschließend beschäftige ich mich knapp mit der Rolle des Begriffes „Agent“ in der innenpolitischen Auseinandersetzung und versuche dies auf das Nachkriegsleben Wirlandners zu beziehen, dem eine erhoffte politische Karriere zwar versagt blieb, der aber ein maßgeblicher Wirtschaftsexperte der SPÖ sowie Vize-Direktor der Nationalbank wurde.

G.E.R. Gedye und die X Section bei SOE

Nahost-Repräsentant der „German and Austrian Section“ (X Section) bei SOE war der legendäre britische Journalist G.E.R. Gedye. Gedye hatte sich seit Mitte der 1920er Jahre zum profiliertesten angelsächsischen Korrespon-

¹ Der Artikel basiert auf Forschungen des Autors im Rahmen des FWF-Projektes „The Austrian Section of SOE. Policy, Missions, Personnel, Memory“ am Institut für Staatswissenschaft (Leitung: Univ.-Prof. Dr. Walter Manoschek).

dent in Wien entwickelt. Er war immer mehr als nur Berichterstatter. Aus seiner Publizistik ist ersichtlich, dass er stets eine politische Agenda verfolgte.² Auffällig ist seine Sensibilität gegenüber Antisemitismus, über den er lange vor 1938 berichtete. Er übte heftige Kritik an der nachgebenden britischen Außenpolitik gegenüber NS-Deutschland; er trat vehement für eine österreichische Eigenstaatlichkeit ein. Gedye war zudem ein leidenschaftlicher Sympathisant und Unterstützer der österreichischen Sozialdemokratie, auch nach ihrem Verbot 1933. Er kannte viele ihrer führenden Vertreter persönlich und stellte sich wiederholt als Vermittler im Inneren und nach außen zur Verfügung. Und vor allem war Gedye als profunder Kenner der zentraleuropäischen politischen Landschaft ein langjähriger Informant des britischen Auslandsgeheimdienstes MI6,³ unter dessen Dach im April 1938 – der „Anschluss“ war Alarm- und Sturmzeichen – die Planung der subversiven Kriegsführung gegen Deutschland begonnen wurde.⁴ Gedye, Autor des 1939 erschienen Bestsellers „Fallen Bastions“⁵, war wie andere angloamerikanische Korrespondenten zu seiner Zeit ein transnationaler politischer Akteur, dessen Bedeutung für die britisch-österreichischen Beziehungen, das Bild Österreichs, Zentral- und Osteuropas im Westen gerade auch nach 1945 einer eigenen Studie vorbehalten bleibt.

Dass Gedye die Österreich-Agenden der SOE im Nahen Osten übertragen bekam, hatte gute Gründe. SOE verfolgte als erste westalliierte staatliche Einrichtung dezidiert das Ziel der Wiederherstellung Österreichs als „national unit“ – als ein Mittel zur Zerschlagung des Deutschen Reiches.⁶ Mit Propaganda, Sabotage, Aufbau von Untergrundgruppen und bewaffnetem Widerstand sollte ein separatistischer Aufstand vorbereitet und ausgelöst werden. Das war zumindest das große Ziel Anfang 1941. Als wichtigster subversiver Bündnispartner galt der X Section eine mögliche Untergrundorganisation der SozialistInnen, von der man hoffte, dass sie nach wie vor existierte

² Imperial War Museum (IWM), The G.E.R. Gedye Collection. Files of Newspaper Cuttings, P 207, P 208.

³ Nigel West, MI6, London 1983, S. 115.

⁴ Siehe etwa: Mark Seaman, A new instrument of War. The origins of the Special Operations Executive, in: Mark Seaman (Hrsg.), Special Operations Executive. A new instrument of war, London 2006, S. 7–21.

⁵ G.E.R. Gedye, Fallen Bastions, New York 1939 (deutsch: Die Bastionen fielen. Wie der Faschismus Wien und Prag überrannte, Wien 1946).

⁶ Austria, 21. 1. 1941, The National Archives (TNA), HS6/3. Vgl. Gerald Steinacher, The Special Operations Executive (SOE) in Austria, in: International Journal of Intelligence and CounterIntelligence, 15/2002, S. 218.

bzw. wieder aktivierbar wäre. In dieser Verquickung von österreich-nationalem Separatismus und Setzen auf sozialistischen Widerstand waren die politischen Konflikte zwischen der X Section und den österreichischen Exil-Sozialisten in London (London Büro – LB) angelegt, die mehrheitlich bis 1943 die ideologische, zugleich völlig machtlose Position einer gesamtdeutschen, später gesamteuropäisch genannten sozialistischen Revolution gegen NS-Deutschland vertraten. Etliche Exil-SozialistInnen standen einer Kooperation mit westlichen Geheimdiensten ablehnend gegenüber. Ein wesentlicher Grund dafür war der Verdacht, dass die Westalliierten für die Zeit nach dem Nationalsozialismus in Deutschland und Österreich reaktionäre Kräfte stärken und entsprechende Regime stützen würden. Umgekehrt werteten manche SOE-Offiziere die reservierte Haltung der österreichischen Exil-SozialistInnen als Zeichen von Illoyalität im Krieg gegen NS-Deutschland und als dogmatische Borniertheit. Verdächtig war den für Österreich zuständigen OffizierInnen bei SOE ebenso der Internationalismus, der die Exil-SozialistInnen lange davon abhielt, in den wiederum fast absurd erscheinenden patriotischen Lobgesang auf die kampfbereiten antifaschistischen ÖsterreicherInnen einzustimmen, den am lautesten die Exil-KommunistInnen verbreiteten. Mit diesen aber wollte die X Section nicht kooperieren, eine systematisch betriebene Stärkung der KommunistInnen war am Schauplatz Österreich – anders als zeitweise etwa in Griechenland oder Jugoslawien – verpönt.⁷ Was der X Section schon 1941 für die Nachkriegszeit in Österreich vorschwebte, war eine Koalition von SozialistInnen und KatholikInnen auf der Basis eines gemeinsamen antideutschen Österreich-Patriotismus, den sie extern durch eine Erklärung der britischen Regierung zur Wiedererrichtung Österreichs stimuliert und angeleitet haben wollte. Doch SOE musste sich nicht nur bezüglich einer Österreich-Erklärung fast drei Jahre in Geduld üben, im Falle der gewünschten nationalen Exil-Plattform war das Warten (und auch Intervenieren) überhaupt vergeblich.⁸

Noch einige Worte zum Schauplatz: Die Stadt am Bosphorus in der neutralen Türkei war ein Tummelplatz alliierter und deutscher Nachrichtendienste, die sich gegenseitig bekämpften und zu durchdringen versuchten. Gefahr ging für die SOE-Agenten von der deutschen Abwehr, dem Sicherheitsdienst

⁷ Vgl. William Mackenzie, *The Secret History of Special Operations Executive 1940–1945*, London 2002.

⁸ Vgl. Peter Pirker, *Politik im Schatten oder Schattenspiele? SOE und das österreichische politische Exil in Großbritannien*, in: *Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies*, 2/2008, S. 23–54.

der SS und der Gestapo und von der türkischen, offenbar sehr korrupten Polizei aus.⁹ Die Verlässlichkeit von Sub-AgentInnen, KurierInnen und InformantInnen wurde in diesem Milieu zu einem zentralen Problem für alle Beteiligten. Gedye, dessen engste Mitarbeiterin bei SOE seine langjährige Sekretärin und spätere Frau, die Wienerin Alice Lepper¹⁰ war, kontrollierte die Operationen seiner insgesamt etwa 50 nichtbritischen MitarbeiterInnen, Sub-Agenten und Informanten mit äußerster Sorgfalt und enormem Aufwand.¹¹ Davon legt die fast 1000 Blätter umfassende Personalakte Stefan Wirlandners ein eindrucksvolles Zeugnis ab,¹² ebenso die Akte des zweiten wichtigen österreichischen Mitarbeiters Gedyes, Herbert Feuerlöscher, auf den hier nur hingewiesen werden kann.¹³ Gedye brach beispielsweise aus Sicherheitsbedenken frühzeitig die Kooperation mit Mittelsmännern von Semperit-Direktor Franz Josef Messner in Istanbul ab, nachdem diese sich als unzuverlässig und unvorsichtig erwiesen hatten.¹⁴ Der US-amerikanische Geheimdienst OSS übernahm die Kontakte Gedyes und erlebte eines seiner größten Desaster, als das Spionagenetz „Cereus“, in das auch die Gruppe Maier-Messner eingebaut war, verraten wurde.¹⁵

Stefan Wirlandner in Istanbul

Anfang Februar 1943 erhielt Gedye einen führenden Repräsentanten der österreichischen Exil-SozialistInnen als Organisator für die Kontaktaufnahme mit SozialistInnen in Österreich.¹⁶ Die Wahl der X Section war auf Karl Hans

⁹ Stefan Wirlandner, *Erinnerungen*, privat, S. 98 f., Nachlass Stefan Wirlandner (NSW). Für den Zugang zum Nachlass danke ich sehr herzlich seiner Tochter Susi Wirlandner.

¹⁰ TNA, HS9/915/2 PF Alice Lepper.

¹¹ Complete List of Gedye's Contacts in Turkey and their Activities, TNA, HS7/146.

¹² TNA, HS9/1612 PF Stephan Wirlandner (PF Wirlandner 1); TNA, HS9/1613 PF Stephan Wirlandner (sic!) (PF Wirlandner 2).

¹³ Feuerlöscher stammte aus einer sozialistischen Fabrikantenfamilie im steirischen Preunning und arbeitete von 1941 bis 1944 vor allem als „black propaganda agent“ für SOE. Er organisierte lt. Gedye den Schmuggel von bis zu einer Million Stück Anti-Nazi-Propaganda sowie Anleitungen zur Selbstverstümmelung und Desertion in das Deutsche Reich. A/H108. Dokument 75 E, TNA, HS6/8.

¹⁴ Work into Austria from Turkey, TNA, HS7/146.

¹⁵ Vgl. Siegfried Beer, „Arcel/Cassia/Redbird“: Die Widerstandsgruppe Maier-Messner und der amerikanische Kriegsgeheimdienst OSS in Bern, Istanbul und Algier 1943/44, in: DÖW, *Jahrbuch 1993*, S. 75–100.

¹⁶ Work into Austria from Turkey, TNA, HS7/146.

Sailer gefallen. Gedye kannte Sailer aus Wien. Er hatte ihn 1939 als „einen der besonnensten und mutigsten unter den jungen Führern der illegalen Bewegung“ beschrieben.¹⁷ Eine der wichtigsten Mitarbeiterinnen der X Section, Clara Holmes, hatte 1936 den Sozialisten-Prozess der Regierung Schuschnigg in Wien mitverfolgt, bei dem Sailer einer der Hauptangeklagten war. Sailer hatte sie mit einer patriotischen Verteidigungsrede beeindruckt.¹⁸ Für die X Section war von Bedeutung, dass sich ihre sozialistischen Kooperationspartner von der gesamtdeutschen Perspektive der Auslandsvertretung der österreichischen Sozialisten (AVÖS) verabschiedeten.¹⁹ Sailer hatte gewiss schwere Vorbehalte bei den Exil-SozialistInnen in New York zu überwinden. Der ehemalige Vorsitzende der Revolutionären Sozialisten, Joseph Buttinger, nannte Sailer auch verächtlich einen „Agenten des englischen Nachrichtendienstes“.²⁰ Doch Sailer erfüllte die Erwartungen Gedyes in keiner Weise. Er fand sich in der Istanbul Schattenswelt und in seiner zweiten Identität nicht zurecht, beschwerte sich viel und brachte offenbar wenig zustande. Gedye schickte Sailer kurzerhand zurück in die USA.²¹

Sailer wurde durch Stefan Wirlandner ersetzt. Wirlandner gehörte vor 1938 der illegalen Gewerkschaftsführung in Österreich an und flüchtete knapp vor Kriegsbeginn mit viel List aus Wien.²² Im Herbst 1941 arbeitete er einige Monate für die subversive britische Propaganda – als Redakteur des Schwarzsenders „Radio Rotes Wien“. Etwa ein Jahr nach dem Scheitern dieses gemeinsamen Projekts von SO1/PWE²³ und Exil-Sozialisten wurde Wirlandner auf Empfehlung von Oscar Pollak von der X Section rekrutiert.²⁴ Nachforschungen zu seiner Person hatten Folgendes ergeben: „On the whole he subscribes to the usual Revolutionary Socialist line, but is unreservedly in favour of an independent Austria, and is against cooperation with the

¹⁷ Gedye, Bastionen, 261.

¹⁸ SOE Meeting, 18. 5. 1945. NARA, RG226, Entry210/Box305/Folder S.O.E. Meetings.

¹⁹ Report on the Activities of X Section, 10. 12. – 16. 12. 1941; 7. 1. – 13. 1. 1942. TNA, HS6/692.

²⁰ Joseph Buttinger, Das Ende der Massenpartei. Am Beispiel Österreichs, Frankfurt/M. 1972 [1953], S. 365.

²¹ From D/H98 to X, 8. 12. 43, PF Wirlandner 1; Complete List, TNA, HS6/9.

²² Archiv-Blatt, VGA, Wirlandner Stefan, NSW; Paul Pasteur, Unter dem Kruckenkreuz, Wien 2008, S. 54.

²³ Im Sommer 1941 wurde SO1, der Propaganda-Flügel von SOE, in die Political Warfare Executive (PWE) umgewandelt und dem Foreign Office unterstellt. Zu Radio Rotes Wien: Bernhard Kushey, Die Wodaks, Wien 2008, S. 192–200.

²⁴ From X to D/H.98, 1. 2. 43, PF Wirlandner 1.

Communists. [...] He is a decent character and Aryan.“²⁵ Damit entsprach Wirlandner dem Typus eines österreichischen Sozialisten, wie er der X Section als Organisator von Widerstand ideal schien – Österreich-patriotisch, antikommunistisch, nicht-jüdisch.

Für den 37-jährigen Wirlandner kam die Einladung zu SOE wie gerufen. Endlich konnte er die verhasste Pioniereinheit in der britischen Armee verlassen und es bestand Aussicht, etwas Effektiveres gegen NS-Deutschland zu leisten. Eine mehrmonatige Spezialausbildung (Sabotage, Funken, Nahkampf, Fallschirmspringen, Intelligence) schloss er mit herausragenden Bewertungen ab.²⁶ Mitte Juni 1943 wurde Wirlandner, der bei SOE intern „Whirlwind“ genannt wurde, mit einem etwas erhöhten Sold eines einfachen Armeekorporals auf die Reise geschickt. Seine Mission war simpel definiert: „[...] to establish permanent communications with Revolutionary Socialist resistance groups and stimulate their activities“.²⁷ Vor der Abreise hatte ihm die X Section ausreichend Gelegenheit gegeben, die politischen Aspekte seiner Mission mit Oscar Pollak abzusprechen. Die beiden erstellten eine Liste von insgesamt 62 als zuverlässig geltende Kontaktpersonen überwiegend in Wien: Das war der Rohstoff, nach dem es SOE düsterte und den Pollak bislang weitgehend verweigert hatte.

Wirlandner war hochmotiviert, wirkte unscheinbar, trat umgänglich und vertrauenerweckend auf und war zugleich alles andere als ein schreckhafter oder ängstlicher Charakter. Seine Persönlichkeit war ein Grund, warum ihn SOE auf das glatte Terrain in Istanbul sandte.²⁸ Die Reise nach Istanbul dauerte drei Monate und führte ihn über Lagos, Kairo und Palästina an seinen Bestimmungsort. Sie gab ihm Zeit, sich an seine neue Identität als englisch-schweizerischer Geschäftsmann namens „John Miller“ zu gewöhnen. Wirlandner sprach von nun an ausnahmslos englisch. Seine Deckung war eine Beschäftigung bei der britischen Handelskammer in Istanbul. Am 25. 9. 1943 traf er erstmals seinen „Betreuer“ Gedye, den er bislang nicht persönlich gekannt hatte, aber als Journalisten hoch schätzte.²⁹

Gedye stellte Wirlandner zwei Subagenten zur Verfügung, die ihrerseits über eine Reihe von Informanten verfügten. Beide waren Österreicher, die

²⁵ Stephen Wirlandner, 19. 12. 1942, PF Wirlandner 1.

²⁶ 12.C.14 Wirlandner, Stephan, Eintragung 4. 3. 43; Finishing Report, 19. 5. 43, PF Wirlandner 1.

²⁷ Wirlandner, Dokument 54A. PF Wirlandner 2.

²⁸ X/A to X, [o.D.], PF Wirlandner 1.

²⁹ Ebenda.

schon länger in Istanbul lebten. Ihre Aufgabe war es, Wirlandner unverfänglich Geschäftsleute oder Dienstreisende aus Österreich zuzutreiben, Kuriere, etwa türkische Studenten, anzuwerben sowie für Deckadressen in Istanbul zu sorgen.³⁰ Schon die Kontaktaufnahme mit potentiellen KurierInnen war eine höchst aufwändige, kleinteilige, riskante und zermürende Arbeit, die sich zunächst nur darauf bezog, die alten Adressen von GenossInnen in Wien zu überprüfen. Jede Verbindung nach Wien war verloren gegangen. Erst in einem weiteren Schritt konnten von einem anderen Kurier oder einer anderen Kurierin Nachrichten an Zielpersonen überbracht werden.³¹ Allein aus idealistischen Motiven war kaum jemand bereit, das Risiko eines Kurierdienstes auf sich zu nehmen. Jeder Dienst musste mit barer Münze bezahlt werden, was zugleich risikoreich und kostspielig war. Wirlandner wurde vor Ort sehr schnell klar, dass ohne die finanzielle und organisatorische Hilfe von SOE jede Kontaktaufnahme mit GenossInnen in Österreich von vornherein unmöglich war.³² Eine erste Kurierin brachte Mitte Oktober 1943 niederschmetternde Berichte aus Wien zurück. Keiner der von ihr in Wien aufgesuchten GenossInnen wollte sich auf eine weitere Kontaktaufnahme einlassen oder für den ehemaligen Gewerkschaftsführer Johann Böhm bestimmte Nachrichten an diesen weitergeben.³³

Identitätsprobleme und „agent complex“

Gedye lobte in Berichten nach London zwar die energetische, geschickte und zugleich vorsichtige Vorgangsweise von Wirlandner, doch die Arbeit zehrte auch an Wirlandners Nerven.³⁴ Ihm machte die konstruierte Identität zu schaffen, in der er sich einsam und isoliert fühlte. Gedye berichtete über diese für „Agenten“ wie Wirlandner typischen psychologischen Probleme nach London: „What gets all our agents down here is, of course, the double life they have to lead, the necessity of always having a lie ready about

³⁰ Complete List, TNA, HS7/146.

³¹ Wirlandner, Erinnerungen, S. 101.

³² Bericht. A/H259 to Vulcan [Pollak], o.D. [November 1943], PF Wirlandner 1.

³³ From A/H259 an Vulcan, 14. 10. 1943, TNA, HS9/1612. Die anvisierten Kontakte in Wien waren Pauline Böhm (Schwester von Johann Böhm), Dr. Adolf Vetter (bereits verstorben gemeldet), dessen Bruder Oskar und Dr. Hermann Heindl.

³⁴ Extract from Sitrep. 21, 26. 10. 43; Situation Report No. I/23, 9. 11. 43, PF Wirlandner 1.

themselves, and never being able to be their real selves except with their chief – i.e. myself.“³⁵ Anfang Dezember 1943 sprach Gedye sogar von einer Depression Wirlandners. Gefühle der Überforderung, Erwartungsdruck und Unsicherheit über die Einschätzung seiner Arbeit durch die Exil-Partei sowie fehlende sichtbare Resultate seiner Anstrengungen nagten an ihm.³⁶ Wirlandner trieben außerdem Gedanken um, die Gedye als „agent complex“ beschrieb: „[...] he says he is working only for his Party, his ideals and his country, but in post war years, political enemies may well throw in his face that he ‚took British gold‘ and ‚lived luxury on British expense‘.“³⁷ Gedye versuchte diese im Grunde richtige Antizipation von Nachkriegsreaktionen auf den Exilwiderstand herunterzuspielen und Wirlandner Integrität zu versichern: „I told him [...] that we never regard him as a paid agent, but a man who contributed his knowledge, connections and services to a common cause which we can finance and his friends cannot.“ Gedye war, das ließe sich auch an anderen Beispielen zeigen, viel mehr als andere Führungsoffiziere im Rahmen von Missionen der X Section darum bemüht, Interessenübereinstimmungen zwischen der Organisation und den „politischen“ Agenten hervorzuheben. Aus diesem Grund zog Gedye auch die Bezeichnung „collaborators“ der Bezeichnung „agents“ vor.³⁸

Um Wirlandners Stimmung zu stabilisieren, forderte Gedye die X Section in London auf, Pollak dazu zu bewegen, Wirlandner mehr Briefe und Berichte zu senden, die ihm vorbehaltlosen Rückhalt versicherten. Für Wirlandner war dies in seiner völligen Isolation wichtig, auch als Korrektiv zu SOE, weil er wusste, dass er mit seinen Positionen nicht immer auf Parteilinie gelegen war. Wirlandner hatte dem Vorstand des LB nie angehört, wohl aber seit 1941 einer Minderheitsfraktion um Walter Wodak, die einerseits für einen selbstständigen Staat Österreich eintrat und andererseits versuchte die Passivität der Exil-SozialistInnen im Krieg aufzubrechen.³⁹ Wirlandners Loyalitätsgefüge beschrieb Gedye einmal folgendermaßen: „[...] his principles, his party and his country (in that order).“⁴⁰

³⁵ A/H259. From D/H259 to X, 8. 12. 43, PF Wirlandner I.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Ebenda.

³⁸ From D/H 98 an D/H60, 14. 10. 42. TNA HS6/8.

³⁹ Vgl. dazu Pirker, Schattenspiele; Kuschey, Wodaks, S. 224.

⁴⁰ From D/H98 to X/A.2, 22. 9. 44, TNA, PF Wirlandner I.

Loyalitäts- und Kontrollfragen

Nach der Moskauer Deklaration und Klagen Pollaks über weiterhin fehlende Zeichen sozialistischen Widerstands (was der Stellung des LB in der Machtkonstellation des Exils nicht gut tat) begann Wirlandner im Winter 1943/44 höhere Risiken bei der Auswahl von KurierInnen nach Österreich einzugehen. Anfang Dezember 1943 bekam Wirlandner über seine Mittelsmänner einen Schweizer Diplomaten namens Trumpe (Deckname „Hill“) als Kurier nach Wien angeboten, der im eidgenössischen Konsulat in Istanbul arbeitete. Im Zuge der üblichen Überprüfungen stellte sich heraus, dass Trumpe bereits Dienste für MI6 ausgeführt hatte, was Wirlandner in Sicherheit wiegte.⁴¹ Trumpe erklärte sich bereit, während einer Dienstreise in die Schweiz gegen gute Bezahlung Kontaktbriefe in Wien abzuliefern. Wirlandner hatte seinen persönlichen Freund und Genossen, den Ottakringer Arbeiter Franz Mehlich („MN.4“), als Empfänger im Auge.⁴² Die Kontaktaufnahme sollte im Namen des Exil-Gewerkschafters Franz Novy erfolgen. Gedye reagierte zunächst mit Zurückhaltung auf Wirlandners Vorschlag, Trumpe zu nutzen, da ihm bekannt war, dass Trumpe „definitely [was] in contact on one occasion with the Germans“.⁴³ Eine neuerliche Überprüfung durch MI6 reduzierte Gedyes Vorbehalte. Trumpe verließ Istanbul Anfang Jänner 1944. Am 12. Februar kehrte er nach Istanbul zurück und berichtete, Mehlich habe ihm erklärt, bei einem nächsten Besuch eine schriftliche Mitteilung für Novy bereitzuhalten. Als auch die Auflösung eines Kennworts eintraf, verfassten Wirlandner und Gedye eine Nachricht für Mehlich, um ihn auf den Empfang eines Lebensmittelpakets mit einem verborgenen Funkgerät, in handelsübliche Fischdosen verschweißte Mikroaufnahmen mit Arbeitsanweisungen, Codes und Muster für Propagandamaterial vorzubereiten. Mehlich wurde – entgegen den Tatsachen – versichert, dass das Funkgerät im Eigentum der Partei und ausschließlich für ihre Zwecke verwendet werden sollte. Ihm wurde weiters die Infiltration eines Funkers per Fallschirm angeboten.⁴⁴ Mitte März brachte Trumpe eine kurze handschriftliche Mitteilung von Mehlich zurück. Darin berichtete er von bestehenden geheimen Organisationen in vielen Fabriken und unter den Eisenbahnen. Man verfüge über einigen Sprengstoff, benötige

⁴¹ Situation Report No. I/27, 10. 12. 43. PF Wirlandner 1.

⁴² Hill and MN.4, PF Wirlandner 2.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Lieber F., Februar 1944, PF Wirlandner 1.

aber noch mehr: „Let us know when to strike, and what we should do [...]“⁴⁵ Wirlandner und Gedye waren von der Echtheit der Botschaft überzeugt, auch Novy in London bestätigte ihre Authentizität.⁴⁶ Gedye ließ seine Techniker das subversive Paket anfertigen. Trumpe übernahm es und begab sich für 50 Gold-Sovereigns auf eine neuerliche Zugreise nach Wien.

Die gelungene Kontaktaufnahme mit Mehlich euphorisierte die eingeweichten Exil-Sozialisten, zugleich rührte sie zentrale Fragen an, die bislang offenbar in Schwebelage geblieben waren. Wer entscheidet über die weitere Vorgangsweise? Welche Interessen sollen in den Vordergrund gestellt werden? Die Exil-Sozialisten, allesamt mehr oder weniger Novizen im geheimdienstlichen Feld, zeigten Nerven. Wirlandner äußerte gegenüber Gedye den Verdacht, dass SOE die Parteigenossen im Inland für kurzfristige militärische Zwecke (Sabotage) benutzen könnte, die den langfristigen Interessen der SozialistInnen nach einer Reorganisation der Partei zuwiderliefen. Er verlangte, Kontakteleute wie Mehlich generell nicht durch Sabotageaufträge zu gefährden, und forderte zumindest ein Mitentscheidungsrecht bei der Festlegung von Operationszielen eingeschleuster SOE-Fallschirmagenten, die dieser Kontaktaufnahme folgen könnten. Beides wies Gedye als Anmaßung zurück.⁴⁷

In London trug sich dieselbe Debatte zu. Pollak, Novy und Czernetz wollten gegenüber ihren Inlandsgenossen jeden Eindruck vermeiden, im Auftrag des britischen Geheimdienstes zu arbeiten. Bei einem Gespräch mit Offizieren der X Section versuchten sie vehement, den mühsam errungenen Kontakt für den Wiederaufbau ihrer Partei zu sichern.⁴⁸ Ronald Thornley war bemüht die Aufregung der Exil-Sozialisten abzukühlen und die weitere Kooperation zu sichern. Der 34-jährige Chef der X Section wies Gedye an, Mehlich zunächst mit der Bildung von absolut zuverlässigen sozialistischen Zellen zu beauftragen: „Of paramount importance is the reorganisation of the Social Democratic Party. This should be undertaken before anything else.“⁴⁹ Nach weiteren Beratungen in London stellte Thornley in einer Mitteilung an Gedye dann die Machtverhältnisse klar: „I would like you to point out to A/H259 [Wirlandner] that we have [the renaissance of the Socialist party] so

⁴⁵ Hill and MN.4, [o. D.], PF Wirlandner 2.

⁴⁶ Meeting X/GER, Pollak, Novy, Czernetz. From X/GER to X, 14. 4. 44, PF Wirlandner 2.

⁴⁷ A/H.259. Political Problems. From D/H98 to X, 24. 3. 44, PF Wirlandner 1.

⁴⁸ From O.P. to Whirlwind, 17. 4. 44, PF Wirlandner 1.

⁴⁹ Letter No. 834, 2. 4. 1944, PF Wirlandner 1.

much at heart that we are giving their Party a chance to play a part in the post war world that, without our help, would certainly not have been theirs. We finance their efforts, enable them to contact their friends ,inside‘, place the necessary equipment at their disposal.“⁵⁰

Was Thornley im Gegenzug verlangte, war Loyalität und vorbehaltlose Mitarbeit. Das LB hatte der X Section bislang außer Wirlandner von sich aus keinen einzigen weiteren sozialistischen Aktivisten zur Verfügung gestellt. Thornley empfahl Pollak & Co. weniger Energie auf den politischen Exil-Kleinkrieg mit Kommunisten und Monarchisten zu verschwenden, sondern sich darauf zu konzentrieren, mit Hilfe von SOE die Partei im Inland voranzubringen und zumindest in dieser Hinsicht den Kommunisten den Rang abzulaufen. Thornley versicherte, dass die sozialistischen Kontakte in Österreich nur zum Nutzen der Sozialisten verwendet würden und SOE bereit sei, alle im Exil zur Verfügung gestellten und geeigneten Männer für Infiltrationen auszubilden.⁵¹ Thornley verlangte Rekruten, wollten die Exil-Sozialisten bei Operationsplänen mitentscheiden. Damit gestand Thornley den Sozialisten eine eigene „sozialistische“ Infiltrationslinie zu, die etwa von rein paramilitärisch orientierten Infiltrationsversuchen getrennt wurden. Was fehlte, waren Exil-Sozialisten, die diese Einsätze auch durchführten. Bis Juni 1944 kamen zum bislang einzigen weiteren Sozialisten im Agentenpool von SOE, dem Wiener Sozialwissenschaftler Theo Neumann, bloß zwei weitere hinzu: der steirische Landarbeitergewerkschafter Hans Hladnik und der junge Journalist Walter Hacker. Wirlandners wiederholt vorgetragenen Wunsch, selbst zu Mehlich nach Wien zu fahren oder „blind“ per Fallschirm abgeworfen zu werden, lehnten Gedye und Thornley ab. Sie wollten ihren hochwertigen Mitarbeiter in einem derart frühen Stadium einer Operation nicht gefährden.⁵²

Am 22. 4. 1944 kehrte Trumpe von seiner dritten Kurierreise nach Wien zurück und berichtete Gedye persönlich über die erfolgreiche Ablieferung des Funkgeräts bei Mehlich.⁵³ Was Mehlich für die Inbetriebnahme des Senders noch fehlte, waren Signalpläne und Codes. Da Trumpe nach Ägypten versetzt wurde, begann für Gedye neuerlich die mühsame Suche nach KurrierInnen. Erst am 7. 7. 1944 reiste über die Vermittlung Trumpes ein Schwei-

⁵⁰ From X to D/H98, 7. 4. 44, PF Wirlandner 1.

⁵¹ Ebenda.

⁵² Sitrep No.I/60, o.D., PF Wirlandner 1.

⁵³ Hill and MN4, PF Wirlandner 2.

zer mit einem neuerlichen Paket für Mehlich nach Wien. Anfang August wurde die erfolgreiche Übernahme des Pakets gemeldet.⁵⁴ Nun begann in den Funkstationen von SOE in Istanbul, Cairo und Süditalien das Warten auf Morsesendungen des Senders „Maus“ in Wien.

Stefan Wirlandner war es neben einer ganzen Reihe vergeblicher Kontaktversuche in der Zwischenzeit gelungen, eine zweite Linie nach Wien aufzubauen. Unter den Technikern Gedyes befand sich ein Österreicher namens Hochleitner („Thunder“), der u. a. für die Präparierung von Lebensmittelkonserven zuständig war und zu dem Wirlandner Vertrauen gefasst hatte. Hochleitner lebte in Istanbul mit einer verheirateten Frau griechisch-türkischer Herkunft (Nowak, „Blitz“) zusammen, die von ihm ein Kind erwartete. Im Februar erfuhr Wirlandner, dass Nowak mit einem legalen deutschen Visum nach Wien reisen durfte, um die Scheidung von ihrem österreichischen Mann abzuwickeln und nach ihrer Rückkehr Hochleitner zu heiraten.⁵⁵ Wirlandner überredete sie, Nachrichten bei Gewerkschaftsführer Johann Böhm und dem Sozialisten Michael Brey abzuliefern.⁵⁶ Bei ihrer Rückkehr aus Wien Mitte Februar überbrachte sie mündliche Nachrichten von den beiden, die um Vorbereitungszeit baten, jedoch durchaus positiv waren.⁵⁷ Vor diesem Hintergrund entspannte sich im Mai eine Diskussion darüber, ob Wirlandner mit Hans Hladnik, Theo Neumann und dessen Funker Eric Sanders, einem jungen jüdischen Flüchtling aus Wien, mit Hilfe der jugoslawischen Partisanen via Slowenien nach Österreich infiltriert werden könnten.⁵⁸ Wirlandner drängte vehement und wiederholt auf diese Variante. SOE-Offiziere arbeiteten in ganz Jugoslawien bereits mit Kommandostäben der PartisanInnen zusammen. Auch Gedye setzte auf eine Kooperation mit den PartisanInnen. Doch aus London kam ein Veto. Die X Section ging wie Pollak – mit einigem Recht – davon aus, dass die tiefe Kluft zwischen den österreichischen Exil-SozialistInnen und den Exil-KommunistInnen eine Infiltration führender SozialistInnen nach Österreich mit Hilfe der PartisanInnen verunmöglichte.⁵⁹ Wirlandner drängte, ihn ziehen zu lassen. Thornley stellte unmissverständlich klar: „We are not persuaded that the Partisan leaders would not betray the Socialists to the Gestapo. Not to-day perhaps, nor

⁵⁴ Ebenda.

⁵⁵ Complete List, TNA, HS7/146.

⁵⁶ From D/H98 to X, 30. 5. 44; Schemes, A/H.259 – Blitz, File 222B, PF Wirlandner 1.

⁵⁷ Schemes, A/H.259 – Blitz, File 222B. PF Wirlandner 1.

⁵⁸ A/H.259's penetration scheme, 26. 7. 44. PF Wirlandner 1.

⁵⁹ From O.P. to Whirl, 19. 6. 44, PF Wirlandner 1.

tomorrow ... but eventually. It is a risk we feel not justified in taking. We may change our minds but that is the present decision.“⁶⁰

Thornleys Entscheidung ist vor dem Hintergrund bereits laufender Infiltrationsversuche der SOE-Mission „Clowder“ von Slowenien nach Österreich zu sehen, die seit Mai 1944 kaum Fortschritte zu verzeichnen hatte. Vermutlich ging es auch darum, bestehende Projekte nicht zu kreuzen. Doch die Erfahrung der SOE-Offiziere in Slowenien zeigte, dass die Verbindungen der Partisanen zur nicht-slowenischen Linken in Kärnten im Mai 1944 nach einer Verhaftungswelle zusammengebrochen waren. Ab August 1944 befanden sich die beiden späteren hochrangigen SPÖ-Funktionäre Erwin Scharf und Fritz Matzner beim Stab der slowenischen Partisanenführung in Črmosnjice. Die Partisanenführung unterließ es, den Kontakt zu den SOE-Offizieren herzustellen. Scharf wie auch Matzner wurden stattdessen „exklusiv“ beim Aufbau der „Österreichischen Bataillone“ innerhalb des jugoslawischen Partisanenheers genutzt. Zugleich befand sich beim Hauptstab der slowenischen Partisanen eine vorgerückte „Basis“ der Exil-KPÖ, die vor Ort u. a. von Franz Honner vertreten wurde. Von dort lotsten die Partisanen in Kooperation mit der KPÖ und den Sowjets eine Gruppe von in der Sowjetunion ausgebildeten österreichischen Exil-Kommunisten („Kampfgruppe Avantgarde Steiermark“) nach Österreich. Im Schatten der alliierten militärischen Kooperation hatte der geheimdienstliche Wettlauf um Präsenz in einem strategisch kritischen Raum bereits begonnen.⁶¹

Damit blieb der Techniker Hochleitner als letzte Möglichkeit, von Istanbul aus einen Mitarbeiter nach Österreich zu bringen. Nachdem ihm Wirlandner gefälschte Dokumente für eine Untauglichkeitsmeldung bei der Wehrmacht beschafft hatte, war Hochleitner bereit nach Wien zu fahren.⁶² Wirlandner und andere SOE-Mitarbeiter schulten Hochleitner einige Wochen lang am Funkgerät, in Sabotage und trainierten den Ablauf seiner Mission.⁶³ Wirlandner nannte Hochleitner als Anlaufstelle in Wien seine ehemalige Freundin und Genossin Gretl Sima. Wenige Tage nach dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei ließ sich Hochleitner von den Deutschen nach Wien evakuieren.⁶⁴ Nun begann auch

⁶⁰ From X to D/H98, 17. 7. 44, PF Wirlandner 1.

⁶¹ Genauer dazu: Pirker, SOE und Österreich, S. 360–364, siehe dort auch weitere Literatur.

⁶² Evasion of Military Service. From D/H98 to MP51, 21. 7. 44, PF Wirlandner 1.

⁶³ Situation Report No. 1/59. From D/H98 to X, 22. 7. 44, PF Wirlandner 1.

⁶⁴ Thunder operation. 17. 8. 44, PF Wirlandner 1.

das Warten auf das Anschlagen von „Fuchs“. Wirlandner und Gedye hatten damit die zwei ersten Funkgeräte nach Österreich geschleust – das war der bislang wichtigste kommunikationstechnische Fortschritt für die Österreich-Abteilung bei SOE.

Im Juni/Juli 1944 wurden in London die Weichen für Wirlandners weitere Arbeit gestellt. Pollak vereinbarte mit der X Section, eine „Austrian Social Democrat Group“ unter der operativen Leitung von SOE nahe der SOE-Basis in Monopoli zu etablieren. Von dort sollten ab sofort „sozialistische“ Infiltrationsprojekte per Fallschirm und über die italienischen PartisanInnen nach Österreich durchgeführt werden. Wirlandner übernahm die Leitung dieser Gruppe, zu der Theo Neumann, Hans Hladnik, Walter Hacker, Hermann Faltitschek und Eric Sanders gehörten. Die Gruppe erhielt ein beachtliches Ausmaß an Autonomie in der Planung und Durchführung ihrer Einsätze. Zur Lösung des Personalproblems hatte man eine andere Lösung gefunden: SOE ermöglichte den Exil-Sozialisten selbstständig Österreicher aus britischen Kriegsgefangenenlagern zu rekrutieren.⁶⁵ Hintergrund dieser intensivierten Kooperation war eine Interessenskongruenz zwischen den antikommunistischen Exil-Politikern des London Büro und den OffizierInnen der X Section, die sich verstärkt ab dem Jahr 1944 aus den Akten ablesen lässt.

Bevor Gedye Wirlandner nach Italien entließ, sandte er eine abschließende Bewertung seines „collaborators“ an den Leiter der X Section, Ronald Thornley. Gedye hatte eine regelrechte Lobeshymne verfasst, mit hoffnungsvollem Blick auf eine Fortsetzung der Kooperation in der Nachkriegszeit, vor allem zur Eindämmung kommunistischen Einflusses in Österreich. Als Schlüsselfigur war in Gedyes Augen dafür wie kein anderer Stefan Wirlandner geeignet, weil ihn ein illusionsloser, pragmatischer Sinn für Interessenkonvergenzen auszeichnete:

„He is completely realist and without illusions. He knows that if we stand for [Austrian] independence, it is not from altruistic motives, but because it suits our policy regarding [Germany]. He realises equally clearly that if he has worn [british] uniform and been financed by us, it is because this contributes towards his own policy – an independent and [socialist Austria]; in other words he gives us loyal collaboration and trusts us because he knows that our interests – at least until the final overthrow of the enemy – march with his. If his political hopes

⁶⁵ Vgl. zu diesen Einsätzen: Pirker, SOE und Österreich, S. 367–369.

are realised, and if he survives, I predict that our little A/H.259 will go far [...] And we shall have a valuable friend in him.“⁶⁶

Die andere Seite oder die Agentenspiele der Abwehr und der Gestapo

Die SOE-Funkstationen im Mittelmeerraum warteten bis Kriegsende vergeblich auf Morsezeichen von „Maus“ und „Fuchs“. Schon Ende Juli 1944 hatte Gedye von der SOE-Basis in Monopoli die bittere Nachricht entgegen nehmen müssen, dass das erste an Mehlich gelieferte Funkgerät zu schwach war, um Süditalien, Istanbul oder Kairo zu erreichen. Offenbar wurden die Alpen zu berücksichtigen vergessen, die die Reichweite halbierten.⁶⁷ Man mag sich die Enttäuschung nicht vorstellen, die Wirlandner befallen haben muss, als er nach all den mühseligen Vorbereitungen, dem hohen finanziellen Aufwand, den Risiken der Kurierreisen, von diesem technischen Versagen erfuhr. Außerdem stellte sich später heraus, dass dem zweiten nach Wien gebrachten Set („Fuchs“) ein wichtiger Bestandteil fehlte. Es ist eine Ironie dieser Geschichte, dass diese technischen Fehler Wirlandner und seine Genossen vermutlich davor bewahrt haben, direkt in das Netz der Gestapo zu gehen.

Wirlandner kehrte im Mai/Juni 1945 im Zuge der SOE-Mission „Bobby“ mit Theo Neumann und Walter Hacker aus Italien via Schweiz bzw. Tirol nach Wien zurück.⁶⁸ Neben der Berichterstattung über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der westlichen und insbesondere in der sowjetischen Zone, in die sie illegal eindringen, der Herstellung von Verbindungen zwischen Ortsgruppen der SPÖ in West- und Ostösterreich, sowie der SPÖ-Organisation in Wien und den Exil-SozialistInnen in London, recherchierte Wirlandner den Verlauf der beiden Operationen aus Istanbul. Bei Gesprächen mit Franz Mehlich, seiner Frau und weiteren Genossen musste Wirlandner zur Kenntnis nehmen, dass Trumpe die Operationen von Beginn an der Gestapo in Wien verraten bzw. verkauft hatte.⁶⁹ Der Schweizer Diplomat und sein Nachfolger führten alle Kurierreisen unter der Anleitung der

⁶⁶ From D/H98 to X, 2. 9. 44, PF Wirlandner 1.

⁶⁷ From X/A.2 to DH98, 24. 7. 44, PF Wirlandner 1.

⁶⁸ Die in der Literatur häufig anzutreffende Darstellung, Wirlandner sei erst in der zweiten Hälfte 1945 und nach Pollak erstmals nach Österreich zurückgekehrt, ist zu korrigieren.

⁶⁹ Details über den Fall MN4 [Mehlich], PF Wirlandner 2.

Gestapo durch. Jeder Schritt Mehlichs war seit Jänner 1944 von V-Leuten der Gestapo überwacht worden. Die erste handschriftliche Mitteilung Mehlichs stammte aus der Feder der Gestapo, ebenso waren alle weiteren Berichte fingiert gewesen. Im September wurde Mehlich verhaftet und vom Vize-Chef der Wiener Gestapo-Leitstelle Franz Ebner sowie vom Leiter des Referates „Sabotage, Funk- und Fallschirmagentenbekämpfung“ Johann Sanitzer mehrmals unter schwerer Gewaltanwendung einvernommen, aber wieder entlassen. Der Zweck war offenbar, ihn als Lockvogel und Konfident heranzuziehen.⁷⁰ Im Oktober 1944 wurde Mehlich zwei Mal zur Gestapo geholt und gezwungen Kontaktbriefe an SOE-Adressen zu schreiben, die letztlich bei Wirlandner landeten, auf die er offenbar aber nicht mehr reagierte.⁷¹ Ob die Schweizer Diplomaten zur Rechenschaft gezogen wurden, geht aus den SOE-Akten nicht hervor.

Wirlandners Nachforschungen zum Fall Hochleitner erbrachten noch deprimierendere Ergebnisse. Hochleitner gelang es, über Vermittlung von Wirlandners Freundin Gretl Sima das Vertrauen des früheren niederösterreichischen Landtagsabgeordneten Heinrich Widmayer zu gewinnen.⁷² Widmayer gab Hochleitner Einblick in seine bestehenden illegalen Verbindungen, etwa zu einigen steirischen und Kärntner Genossen, die u. a. Kontakt zu dem in Slowenien befindlichen steirischen Gewerkschafter Fritz Matzner unterhielten. Widmayer nahm Hochleitner zu Treffen mit KurierInnen mit, etwa der Frau Matzners. Ziel Widmayers war, die Partisanen davon zu überzeugen, einen „Vertrauensmann der österr. Org. in London“ aufzunehmen. Diese Forderung wurde aber abgelehnt.⁷³ Schließlich verhaftete die Gestapo Widmayer nach einem Treffen mit einem Kurier aus Slowenien am Semmering, nachdem seine Kontakte ausgereizt waren.⁷⁴ Dasselbe war bereits mit Maria Matzner geschehen. Widmayer wurde von Sanitzer und anderen Gestapo-Beamten während mehrerer Verhöre schwer misshandelt und gefoltert.⁷⁵ Er erfuhr bei den Einvernahmen, dass Hochleitner alle Infor-

⁷⁰ Vgl. dazu Diana Albu / Franz Weisz, Spitzel und Spitzelwesen der Gestapo in Wien, in: Wiener Geschichtsblätter, 3/1999, S. 169–208.

⁷¹ Telegram 366 from Istanbul, 22. 3. 45; Lieber Freund, Wien, 10. 10. 1944. PF Wirlandner 2; Letter No. 672, from AD/X.1 to X/A.2, 28. 4. 45, TNA, HS6/21.

⁷² Der Fall „Fox“, PF Wirlandner 2; Wirlandner, Erinnerungen, S. 106f.

⁷³ Ebenda.

⁷⁴ Vgl. Heinrich Widmayer, Todeskampf der Freiheit, DÖW 16511.

⁷⁵ Bericht Heinrich Widmayer, 12. 4. 1948, Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA), Vg4cVr586/47.

mationen an die Gestapo weitergegeben hatte. Widmayer überlebte das KZ Theresienstadt⁷⁶ und konnte Wirlandner im August 1945 noch schwer von seiner Haft gezeichnet über seine „Kooperation“ mit dem Doppelagenten Hochleitner berichten.⁷⁷

Wirlandner lieferte das Ergebnis seiner Ermittlungen an SOE ab und begann die Suche nach seinem einstigen engen Mitarbeiter.⁷⁸ Gedye erklärte sich damit einverstanden, kein britisches Gerichtsverfahren gegen Hochleitner einzuleiten und ihn den Österreichern zu überlassen.⁷⁹ Mitte November wurde Hochleitner in der sowjetischen Zone lokalisiert und stand „under surveillance [of] Bobbys [Wirlandners] men.“⁸⁰ Der SOE-Offizier Renton schlug nun vor, Hochleitner den österreichischen Behörden zu übergeben und Widmayer als Zeugen für ein Gerichtsverfahren zu nennen. Wirlandner dürfe bei einem solchen Verfahren aber bloß in seiner Eigenschaft als österreichischer Emigrant aussagen, nicht als SOE-Mitarbeiter. Völlig ausgeschlossen war für Renton hingegen eine Zeugenaussage Gedyes.⁸¹ Wie mit dem „Fall Hochleitner“ schließlich tatsächlich umgegangen wurde, geht aus den SOE-Akten nicht hervor. Aller Wahrscheinlichkeit nach kam es zu keinem Volksgerichtsverfahren, jedenfalls ist im Wiener Stadt- und Landesarchiv keines verzeichnet.

Als der Gestapo-Beamte Sanitzer im Juni 1945 vom US-Geheimdienst CIC einvernommen wurde, erwähnte er das Agentenspiel mit den britischen Diensten in Istanbul nicht, über eine Reihe anderer Funkspiele sprach er hingegen ausführlich.⁸² Ein wenig Licht in die Affäre brachte erst das Volksgerichtsverfahren gegen Sanitzer im Jahr 1949, bei der auch die „verschärfte Vernehmung“ Widmayers Gegenstand war. Widmayer hielt bei seiner Zeugenaussage fest, nicht von sich aus Anzeige gegen die Gestapo-Beamten erstattet zu haben, sondern von Amts wegen zur Zeugenaussage vorgeladen

⁷⁶ Vgl. Radomír Luža, *Der Widerstand in Österreich 1938–1945*, Wien 1983. Die Behauptung Lužas, Widmayer sei es gelungen, „ein äußerst erfolgreiches Nachrichtennetz aufzubauen, das Berichte an die Alliierten in der Schweiz und Istanbul weiterleitete“, ist in Zweifel zu ziehen.

⁷⁷ Bobby. From V.100 to V. 27. 8. 1945. PF Wirlandner 2.

⁷⁸ Dokumente 26A-F, PF Wirlandner 2.

⁷⁹ Cipher Tel. from 6SFSS, 13. 9. 45, PF Wirlandner 2.

⁸⁰ Cipher Tel. from 6SFSS, 16. 11. 45, PF Wirlandner 2.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Detailed Interrogation Report of Johann Sanitzer, OSS, July 1945. CIA Name & Subject File, NARA, RG263 EntryZZ-16/Box44/Folder Sanitzer Johann.

worden zu sein. Seine Aussage konzentrierte sich auf die Misshandlungen, Hochleitners oder Wirlandners Rolle erwähnte er nicht. Sanitzer erklärte, dass Hochleitner (Sanitzer nannte ihn „Oberst“ bzw. „Baumann“) V-Mann der deutschen Abwehr in Istanbul gewesen und beim Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei mit illegalem Material für die Sozialisten nach Wien gekommen war. Sanitzer habe ihn dann als V-Mann übernommen und auf Widmayer angesetzt. Die Involvierung britischer Geheimdienste und Wirlandners legte Sanitzer nicht offen.⁸³

Erst der Gestapo-Beamte Adolf Anderle bot in seinem Volksgerichtsverfahren 1950 einen genaueren Einblick. Über den bisherigen Wissensstand hinaus behauptete Anderle, dass Hochleitner die österreichische Emigrantenszene in Istanbul infiltriert habe und in Wien dann als „agent provocateur“ verwendet wurde, um mit dem Material aus Istanbul „Wiener Gesinnungsgenossen ‚anzurufen‘, auszuholen und ihre Disposition zu staatsfeindlichen Handlungen zu provozieren“.⁸⁴

Sanitzer wurde nach der Verurteilung zu lebenslanger Haft binnen weniger Wochen vom sowjetischen Geheimdienst NKVD aus dem Gefängnis Stein in die Sowjetunion verbracht. Auch der NKVD vernahm Sanitzer eingehend zu den Funkspielen, zur Verwendung von Doppelagenten und zu den auf britischer Seite involvierten Österreichern – Informationen, die für den NKVD 1949 von aktuellem Wert waren. Sanitzer legte viel ausführlicher als bisher sein Wissen über die britischen Infiltrationsversuche dar und nannte erstmals Wirlandner als Schlüsselmann der Briten in Istanbul.⁸⁵ Dem Agenten der Abwehrstelle Wien Alexander Hochleitner sei es gelungen, das Vertrauen Wirlandners zu erlangen und die Herstellung von Mikrofilmen sowie die Präparierung von Konserven übertragen zu bekommen. Hochleitner ließ der Abwehrstelle Wien Muster dieser Konservendosen zukommen und informierte sie laufend darüber, „wann wer mit Lebensmittelpaketen nach Wien fuhr“.⁸⁶ Auf diese Weise konnte Sanitzer bei Kontrollen in Zügen unbemerkt Konserven austauschen und so in den Besitz von Chiffren für die Kommuni-

⁸³ Strafsache gegen Johann Sanitzer, WStLA, Vg11Vr586/47.

⁸⁴ Strafsache gegen Adolf Anderle, WStLA, Vg 1iVr2274/49, Beweisantrag, 13. 6. 1950, DÖW 19.863/4.

⁸⁵ Verhörprotokoll Johann Sanitzer, 5. 7. 1949, MWD/MGB-Strafakt Johann Sanitzer (Privatarchiv Hans Schafranek). Für die Überlassung einer Übersetzung danke ich Hans Schafranek.

⁸⁶ Ebenda.

kation zwischen SozialistInnen in Wien und SOE in Istanbul kommen. Auch die Reise von Hochleitners Frau war demnach in Wien arrangiert worden.⁸⁷

Welche verheerenden Folgen die Herstellung einer Funkverbindung für die illegalen SozialistInnen gehabt haben könnte, zeigt Sanitzers „Erfolg“ im November 1944, als er durch die Verhaftung des MI6-Fallschirmagenten Crawford McKay in der Steiermark in den Besitz eines britischen Funkgerätes gelangte. Obwohl McKay sich mit einer Zyankalikapsel tötete und sein Mitstreiter Rudolf Stuhlhofer umgebracht wurde, gelang es Sanitzer, durch einen billigen rhetorischen Trick im Namen McKays Funkkontakt mit den Briten aufzunehmen (Funkspiel „Thomse“). Mit Hilfe der erhaltenen Informationen und des eingeschleusten Spitzels „Pilot“ (Rudolf Frank⁸⁸) deckte Sanitzer dann einen konservativen Widerstandskreis um Hans Strohmayer in Wien auf. 16 Mitglieder der Gruppe wurden kurz vor Kriegsende in Mauthausen ermordet.⁸⁹

Agent und „agent complex“ im Nachkriegsösterreich

Stefan Wirlandner stand bis Dezember 1945 im Dienst von SOE und kooperierte ebenfalls eng mit dem US-Geheimdienst OSS.⁹⁰ Im Dezember wurde Wirlandner nach London zur Demobilisierung abberufen.⁹¹ Im Jänner 1946 kehrte er, von seinen bisherigen Diensten entbunden, wieder nach Wien zurück.

Zwischen Mai und November 1945 lieferten Wirlandner, Theo Neumann und Walter Hacker SOE, dem Foreign Office und dem sozialistischen Exil eine ganze Reihe von umfangreichen und allseits als sehr wertvoll erachteten Berichten über die Provisorische Regierung Renner, die Reorganisation der politischen Parteien und Gewerkschaften, politische und wirtschaftliche Vorgänge in Österreich. Es ist evident, dass Wirlandner Gedyes Erwartungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit vollauf erfüllte. Neben seinen Verbin-

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Vgl. Albu / Weisz, Spitzel, S. 181.

⁸⁹ Detailed interrogation report on Johann Sanitzer, July 1945, TNA KV 2/2556; vgl. Luža, Widerstand, S. 250; Hans Maršálek, Die Geschichte des Konzentrationslagers Mauthausen, Linz 1995, S. 246.

⁹⁰ Directive for Operation „Bobby“, [o. D.], PF Wirlandner 2. Bei der OSS-Quelle „Halifax“ dürfte es sich um Wirlandner gehandelt haben. From Vienna to OSS, 17. 9. 45, NARA, RG226 Entry210/Box469/Folder1.

⁹¹ J. H. Darton an Foreign Office, 14. 12. 1945, PF Wirlandner 2.

dungs- und Berichtstätigkeiten hatte Wirlandner ab Sommer 1945 am Wiederaufbau der Wiener Arbeiterkammer großen Anteil.⁹² Er stand in dieser Zeit zwar noch formal im Dienste der Briten, praktisch konnte er aber weitgehend nach eigenem Gutdünken agieren. Er kann für diese frühe Phase neben Walter Wodak, Ernst Lemberger und auch Theo Neumann als wichtige Scharnierstelle der Sozialdemokratie zu den westlichen Demokratien gelten.⁹³ Er selbst beschrieb seine Mittlerfunktion so: „Durch mein Verhalten in der Zeit nach dem Februar 1934 hatte ich mir das uneingeschränkte Vertrauen der Gewerkschaftsführer, insbesondere des Genossen Böhm gesichert. Meine Englischkenntnisse waren gut genug, um als Verbindungsmann zwischen den Arbeitnehmerorganisationen und den maßgeblichen britischen und amerikanischen Stellen zu fungieren. Von dieser Seite wurde ich aber wieder deshalb fast rückhaltlos akzeptiert, weil ich als Angehöriger der britischen Armee meine Einsatzbereitwilligkeit gegen das nazistische Regime unter Beweis gestellt hatte. Ich konnte also auf beiden Seiten vermittelnd und erklärend wirken.“⁹⁴ Die Hoffnungen auf eine politische Karriere versagte ihm die eigene Partei – Wirlandner fand in der SPÖ nicht den nötigen Rückhalt für ein politisches Mandat.⁹⁵ In diesem Sinne war er tatsächlich auf die Rolle eines Agenten verwiesen, wenn man versteht, dass „der Agent seine Wirksamkeit nicht als Entscheidungsinstanz, sondern als Medium entfaltet“ und als Kommunikator und Übersetzer wirkt.⁹⁶ Wirlandner zog sich auf die Expertenebene zurück.

Über seine Kooperation mit SOE schwieg sich Wirlandner zeit seines Lebens selbst gegenüber engen beruflichen und politischen Weggefährten aus, auf Nachfragen reagierte er nicht. Heinz Kienzl meint, er habe „sich in dem Zusammenhang benommen, als wie wenn er weiterhin im Geheimdienst wäre“.⁹⁷ Gegenüber der zeitgeschichtlichen Forschung in den 1960er und

⁹² Wirlandner, *Erinnerungen*, S. 142; Susanne Kirchner / Fritz Weber (Hrsg.), *Die ersten 10 Jahre ... Der gesellschafts- und wirtschaftspolitische Diskurs in der Besatzungszeit*, S. 119–123.

⁹³ Vgl. Kuschey, Wodaks. Theo Neumann fungierte zwischen 1950 und 1956 als Arbeits- und Wirtschaftsexperte für das Marshall-Plan-Büro an der US-Botschaft in Wien, der er bis 1965 als Mitarbeiter verbunden blieb. *American Embassy Austria*, 24. 6. 1965, Nachlass Theo Neumann, privat.

⁹⁴ Wirlandner, *Erinnerungen*, S. 152.

⁹⁵ Ebenda.

⁹⁶ Eva Horn, *Der geheime Krieg. Verrat, Spionage und moderne Fiktion*, Frankfurt/M. 2007, S. 211.

⁹⁷ Telefonat mit Heinz Kienzl, 5. 2. 2007.

70er Jahren verhielt sich Wirlandner ebenso schweigsam – obwohl er neben Ernst Lemberger als aktivster Widerständler aus dem sozialistischen Exil heraus gelten muss.

Innerhalb seiner Familie erzählte Wirlandner gelegentlich anekdotenhaft und durchaus mit Stolz von Fallschirmabsprüngen und anderen abenteuerlichen Erlebnissen beim „englischen Geheimdienst“, ohne nähere Zusammenhänge zu schildern. Er vermittelte seiner Tochter Susi Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre, diese Geschichten nicht nach außen zu tragen: „[...] der Schwerpunkt war sicher bei Istanbul oder bei diesen Sachen und so ein gewisser Stolz, dass er halt etwas getan hat, zu einer Zeit, wo viele nichts getan haben und das hat mich auch eigentlich mit Stolz erfüllt, es war so eine Mischung zwischen Stolz und ja nichts weitersagen dürfen“.⁹⁸ Familieninternen war der Nationalsozialismus aus einem anderen – wohl schwerwiegenderen Grund – eine Tabuzone. Wirlandners Ehefrau Elisabeth hatte ihre gesamte Familie in der Shoah verloren. Sie ertrug es nicht, dass in ihrer Gegenwart über den Nationalsozialismus gesprochen wurde.⁹⁹

Die Gründe für Wirlandners langes und konsequentes außerfamiliäres Schweigen dürften vielfältig sein. Zunächst hatte er sich beim Eintritt in den Dienst bei SOE wie alle SOE-Mitarbeiter verpflichtet, über seine Tätigkeit nach der Entlassung Geheimhaltung zu bewahren. Diese Erklärung hinderte viele SOE-Mitarbeiter in verschiedenen Ländern Europas allerdings nicht daran, nach der Auflösung der Organisation im Jahr 1946 über ihre Einsätze zu berichten. Im Falle Wirlandners hat gewiss die enge Kooperation mit Gedye und der negative Verlauf der Infiltrationsversuche eine wichtige Rolle gespielt. Sein Naheverhältnis zu westlichen Nachrichtendiensten dürfte sich nach 1945 nicht geändert haben. Gedye arbeitete Mitte der 1950er Jahre etwa als „Head of Evaluation“ des antikommunistischen CIA-Radios „Radio Free Europe/Radio Freies Europa“.¹⁰⁰ Wirlandner und Gedye blieben persönlich eng befreundet,¹⁰¹ ob sich diese Freundschaft auch auf eine weitere geheimdienstliche Kooperation erstreckt hat, darüber kann hier nicht spekuliert werden.¹⁰²

⁹⁸ Interview mit Susi Wirlandner, 23. 1. 2007.

⁹⁹ Ebenda.

¹⁰⁰ GERG 30, IWM The Gedye Papers.

¹⁰¹ Interview mit Robin Gedye, 19. 11. 2007; Interview mit Susi Wirlandner, 23. 1. 2007.

¹⁰² Einem Konzept von SOE folgend begannen der CIA und MI6 in den späten 1940er Jahren in Westeuropa „Stay-behind“-Gruppen und Waffenlager für den Widerstand gegen eine mögliche Invasion der Sowjetunion anzulegen. In Österreich dürfte der Gewerkschafter Franz

Im Falle Wirlandners haben wohl auch politische Gründe eine Rolle gespielt. Die Arbeit mit westlichen Nachrichtendiensten wurde von den Exil-SozialistInnen erst nach langem Zögern, heftigen inneren Konflikten und mit sehr gemischten Gefühlen eingegangen. Die Unsicherheit entsprang neben einer zunächst grundsätzlich politisch reservierten Haltung gegenüber einer Kooperation mit dem Westen schließlich der Antizipation von negativen Nachkriegsreaktionen unter den zum allergrößten Teil im Inland verbliebenen GenossInnen. Tatsächlich entspannte sich in der österreichischen Nachkriegspolitik ein regelrechter Wettlauf im Beschuldigen inner- und außerparteilicher Gegner, „Agent“ und als solcher von „außerösterreichischen“ Interessen gekauft und gelenkt zu sein – durchaus mit Bezug auf die Kriegszeit. Dieses Bild vom Agenten entsprach tatsächlich dem von Gedye 1943 an Wirlandner entdeckten „agent complex“, in dem die Bezahlung und der Sold eine zentrale Rolle spielen. Die Metapher des Agenten wurde etwa in kommunistisch regierten Nachkriegsländern wie Slowenien politisch verwendet, um liberale Widerstandskämpfer zu diskreditieren und ihre Verfolgung zu rechtfertigen.¹⁰³ In der österreichischen Nachkriegsgesellschaft mit ihrer schwach ausgeprägten österreichischen Identität entwickelte sich der „Agenten“-Vorwurf, verklausuliert oft in einer „Emigranten“-Variante vorgetragen, im beginnenden Kalten Krieg zu einer allseits beliebten politischen Vokabel im symbolischen Kampf darum, wer und welche Partei nun „echt“ und „rein“ österreichisch sei.¹⁰⁴

Innerhalb mancher Verbände ehemaliger WiderstandskämpferInnen wurde das Ressentiment gegen ExilantInnen in den Reihen der Alliierten ebenfalls gepflegt. Im Organ des ÖVP-Bundes österreichischer Freiheitskämpfer schrieb ein Autor, „es missfalle [ihm], daß Leute, die als Söldlinge im Ausland gekämpft haben, jetzt als österreichische Freiheitskämpfer präsentiert

Olah eine wichtige Rolle dabei gespielt haben. Arnold Kopeczek, Die amerikanischen Waffenzentralen, die „Einsatzgruppe Olah“ und die Staatspolizei im Kalten Krieg der frühen fünfziger Jahre, in: Erwin A. Schmidl (Hrsg.), Österreich im frühen Kalten Krieg 1945–1958. Wien 2000, S. 101–117. Daniele Ganser, NATO-Geheimarmeen in Europa, Zürich 2008, S. 80 f.

¹⁰³ Gorazd Bajc, „Plaćanci – Agenti/Špijoni Zahoda“, in: Acta Histriae, 1/2007, S. 261–276.

¹⁰⁴ Vgl. den Fall Bumballa: Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005, S. 309; zum Fall Dobretsberger: Peter Autengruber, Univ.-Prof. Dr. Josef Dobretsberger – Vom Bundesministerium für soziale Verwaltung zum Obmann der Demokratischen Union, in: DÖW-Jahrbuch, Wien 1996, S. 172–203, hier 197 ff. Diese Feststellung kann weiters durch eine Analyse österreichischer Nachkriegszeitungen belegt werden, wofür hier der Platz fehlt.

werden“.¹⁰⁵ Auch die Repräsentation des Widerstandes innerhalb der politischen Klasse wurde zu einem Feld, in dem um das „echte“ Österreichertum gestritten wurde, galten der Widerstand und die Opfer der politischen Verfolgung doch zunächst in Abgrenzung zu den „deutschen Tätern“ als Hort und Ausdruck opferreichen und unbefleckten Patriotismus. Geldflüsse von den Alliierten wurde offenbar das Potential zgedacht, die Reinheit des Widerstandes zu beflecken, ein Gedanke, der sich ausgesprochen lange hielt.¹⁰⁶

Wirlandners Kooperation mit SOE war von einer Interessenkongruenz getragen, die sich zuletzt auf beiden Seiten darauf verdichtete, eine befürchtete Macht der KPÖ in der Nachkriegszeit einzudämmen. Erfolg in seiner tatsächlichen Agenten-Rolle als Übersetzer, Vermittler und Ermöglicher zwischen Exil, Inlandsgenossen und SOE hatte Wirlandner in der unmittelbaren Nachkriegszeit – darüber liegen zumindest Akten und Zeugnisse vor.

¹⁰⁵ Zit. n.: Wo sind die Freiheitskämpfer?, in: Mitteilungsblatt des Verbandes österreichischer antifaschistischer Freiheitskämpfer, August 1948, S. 1–3.

¹⁰⁶ Vgl. Siegfried Beer, Laßt die Dokumente sprechen ... Replik auf Fritz Molden, www.contextxxi.at/context/content/view/77/28/.

IRENE FILIP

FRAUEN BEI DEN INTERNATIONALEN BRIGADEN IM SPANISCHEN BÜRGERKRIEG

Ausgangslage – Desiderata und Quellen

Als ich vor mehr als einem Jahr die Betreuung des Spanienarchivs im DÖW von Hans Landauer übernommen habe, war dies Anstoß, endlich die Realisierung eines Projekts in Angriff zu nehmen, das mich bereits seit vielen Jahren beschäftigt: die Lebenswege, Schicksale und den Beitrag jener Österreicherinnen zu erforschen, die in den Internationalen Brigaden und auf Seiten der Republik am Spanischen Bürgerkrieg teilnahmen.

In den letzten Jahrzehnten ist – vor allem dank engagierter FeministInnen – ein deutlicher Fortschritt zu beobachten, die Rolle von Frauen prominenter in die Forschung und Geschichtsschreibung einzubeziehen. In der Frage des Spanischen Bürgerkriegs ist dies kein leichtes Unterfangen, waren und sind Frauen doch eher in der Antikriegs- und Friedensbewegung aktiv. Was hat also diese Frauen bewogen, ihren Beitrag in einem Krieg zu leisten, der nicht einmal in ihrem eigenen Land stattgefunden hat? Darauf angesprochene Spanienkämpfer heben immer wieder hervor, dass Frauen ja nicht in den kämpfenden Einheiten der Internationalen Brigaden integriert gewesen seien, sondern im Sanitätsdienst oder in anderen „zivilen“ Bereichen. Kommt darin die Haltung „schutzbedürftige Frau“ versus „männliches Heldentum“ zum Ausdruck? Handelt es sich dabei um geschlechtsspezifische Sichtweisen? Diese genauer zu untersuchen, ist eines der Hauptanliegen meines Projekts. Ich möchte versuchen, anhand der konkreten Biographien der Spanienkämpferinnen, ihre Motive für die Teilnahme am Spanischen Bürgerkrieg aufzuzeigen. Eine umfangreichere Beschreibung der familiären und sozio-kulturellen Zusammenhänge dieser mutigen Frauen, ihrer politischen Aktivitäten im Kampf gegen den in Europa aufkommenden Faschismus sollte auf diese Fragen eine Antwort aus weiblicher Sicht geben können.

Für meine Nachforschungen steht mir neben den Akten, Datenbanken und Publikationen des DÖW vor allem das von Hans Landauer in 25-jähriger

Tätigkeit zusammengetragene Material des Spanienarchivs zur Verfügung. Zu den nahezu 1400 ÖsterreicherInnen im Spanischen Bürgerkrieg gibt es mehr oder weniger umfangreiche Personendossiers.¹ Besonders aufschlussreich sind die vom DÖW im Rahmen des Projekts „Erzählte Geschichte“ geführten Interviews, die von fünf Frauen² vorliegen. Mindestens sieben Frauen³ haben biographische Erinnerungen veröffentlicht.

Eine wichtige Quelle zu den jüdischen Spanienkämpferinnen sind die Matriken der Kultusgemeinde Wien. Durch die geduldige Recherche von Wolf-Erich Eckstein gelingt es in vielen Fällen, fehlende biographische Details zu ergänzen.

Erschwert wird die Forschung zu Frauen durch den Umstand, dass sie insgesamt schlechter dokumentiert sind. So gibt es in den Personendossiers nicht wenige, oft handgeschriebene Lebensläufe von Männern, die mit keinem Wort ihre Frau oder Lebensgefährtin erwähnen, die ebenfalls politisch (illegal) tätig, verhaftet und/oder in Spanien war. Ein zusätzliches Problem stellen die Namensänderungen von Frauen durch Verheiratungen und Scheidungen dar, was die Suche in den seit einigen Jahren zahlreichen digitalisierten Datenbanken nicht eben erleichtert.

Es ist auch keine der österreichischen Interbrigadistinnen mehr am Leben und es gibt in den Personendossiers kaum Aufzeichnungen über Namen und Adressen von Verwandten oder Nachkommen. So gestaltet sich die Recherche bei jenen Frauen, über die es wenig Dokumente gibt – oft nur ein Name, ein vages Geburtsdatum, vielleicht noch ein späterer Aufenthaltsort –, sehr schwierig. Bei manchen gibt es noch einen Hinweis auf ein Emigrationsland, dann verliert sich die Spur.

Kaum erfasst sind SpanienkämpferInnen, die nicht über die Vermittlung der in Österreich, der Schweiz und in Paris tätigen „Transportorganisationen“ nach Spanien kamen. So werden sich Namen und auch nur eine annähernde Zahl jener, die nicht in den Internationalen Brigaden⁴ waren, wohl nie

¹ Siehe aktuell: Hans Landauer, Das Archiv der österreichischen Spanienkämpfer im DÖW, in: DÖW (Hrsg.), Bewahren – Erforschen – Vermitteln. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Wien 2008, S. 23–26.

² Stefanie Bauer, Antonie Lehr, Dora Quinton, Gerty Schindel, Gundl Steinmetz.

³ Ilse Barea-Kulcsar, Charlotte Bindel-Hümbelin, Lisa Gavric, Gusti Jirku, Marie Langer, Liselotte Matthey-Guenet, Ruth Tassoni.

⁴ Die Internationalen Brigaden führten Ständeslisten mit Angabe der militärischen Einheit usw. Für anarchistische Milizen z. B. liegt kein ähnliches Dokument vor.

feststellen lassen. Dokumentiert sind lediglich jeweils zwei Frauen, die den AnarchistInnen und der POUM⁵ zugerechnet werden können.

Dennoch zeigt sich, dass die vielfältige Quellenlage noch einiges an Nachforschungen ermöglicht, um vielleicht noch die eine oder andere bis jetzt „unbekannte“ Frau zu entdecken und ausführlichere Biographien zu schreiben.

Eine Zwischenbilanz

Auch wenn es sich bei dem Projekt, die Lebensgeschichten der Österreicherinnen im Spanischen Bürgerkrieg zu schreiben, um ein Work in progress handelt, möchte ich dennoch einen vorläufigen Überblick geben. Im Folgenden angegebene Zahlen sind daher nicht endgültig, sondern nur der durch Dokumente belegte gegenwärtige Stand meiner Nachforschungen.

Viele von den Frauen waren schon in den 1920er und 1930er Jahren in der SDAP und KPÖ, nach 1934 vermehrt in der illegalen KPÖ politisch aktiv gewesen und hatten schon, bevor sie nach Spanien gingen, oftmals Verhaftungen und politische Verfahren hinter sich. Zum Teil kannten sie sich auch schon aus vorangegangener politischer Tätigkeit. So waren zum Beispiel Gerty Schindel und Charlotte Bindel gemeinsam in einer Gruppe des KJV, Schindel wurde verhaftet und Bindel konnte flüchten, beide wirkten dann später im Pariser Spanienkomitee, das die österreichischen Spanienkämpfer zu den Interbrigaden weiterleitete.

Von den an die 1400 ÖsterreicherInnen, die am Spanischen Bürgerkrieg in den Internationalen Brigaden und auf Seiten der Republik teilnahmen, sind 44 Frauen dokumentiert. Das mag mit knapp über drei Prozent wenig erscheinen, aber wie schon oben angemerkt, waren Frauen nicht den kämpfenden Einheiten zugeteilt. Mehr als die Hälfte der Frauen, nämlich 23 waren verheiratet, davon 17 mit ihrem Ehepartner in Spanien; sechs Frauen waren Mütter, als sie nach Spanien gingen.

Besonders hoch mit mindestens 26 – und damit fast 60 Prozent – ist der Anteil jener Frauen, die aus jüdischen Familien kamen und mehrheitlich über eine gute Ausbildung verfügten (Ärztinnen, Krankenschwestern, Journalistinnen etc.).

⁵ Partido Obrero de Unificación Marxista – Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit.

Die parteipolitische Zugehörigkeit kann für 30 Frauen ausgewiesen werden, und zwar waren 22 Mitglieder der KPÖ oder des KJV⁶, 4 waren Sozialdemokratinnen und jeweils 2 Anarchistinnen bzw. der POUM zuzuzählen.

Frauen im Sanitätsdienst

Von den 26 Frauen im Sanitätsdienst der Internationalen Brigaden hatten 16 einen medizinischen Beruf: 5 Ärztinnen, 6 Krankenschwestern, 3 Röntgenschwester, 1 Pharmazeutin und 1 Dentistin. Die übrigen kamen aus so unterschiedlichen Berufen wie Schneiderin, Bankbeamtin, Modistin, Stickerin, Schriftstellerin, Kindergärtnerin usw. Die zwei ausgebildeten Kinderärztinnen Fritzi Brauner und Anja Hammermann betreuten neben ihrer Tätigkeit in den Spitälern der Interbrigaden auch spanische Kinder.

Aus Platzgründen ist es hier nicht möglich, auch nur Kurzbiographien dieser 26 Frauen im Sanitätsdienst zu veröffentlichen – sie sollen aber zumindest genannt werden: Juliane Baranyai, Stefanie Bauer, Anni Brunner, Fritzi Brauner, Paula Draxler, Renée Dürmayer, Anni Edel, Mela Ernst, Lisa Gavric, Gertrude Greisinger, Adele Greth, Auguste Guttmann, Anja Hammermann, Gusti Jirku, Edith Kent, Eva Korczak, Rudolfine Köstler, Marie Langer, Liselotte Matthey-Guenet, Anni Moldauer, Theresia Ortner, Anni Peczenik, Dora Quinton, Gundl Steinmetz, Ruth Tassoni, Rachel Wachs.

Anni Peczenik

Den tragischen Lebensweg von Anni Peczenik möchte ich beispielhaft herausgreifen, zum einen, weil er viele Facetten der Widerstandstätigkeit aufzeigt, und zum anderen auch, weil er bisher nur unzulänglich dokumentiert ist. Anna wurde am 9. Februar 1911 in Sofia als Tochter von Arnold und Eugenie Gadol in eine jüdisch-sefardische Familie geboren. Am 11. Oktober 1931 heiratete sie im Türkischen Tempel in Wien den Schriftsteller Hermann (Abraham Hersch) Peczenik. Im November 1933 wurde ihre Tochter Hanna geboren. 1934 wurde Anni wegen kommunistischer Betätigung zu sechs Wochen Arrest verurteilt, es wurde ihr ebenso wie ihrem Mann die Aufent-

⁶ DÖW / Spanienarchiv: Liste der „Partei- und Jugendgenossen“, wurde in Albacete angelegt.



Anna und Hermann Peczenik (Foto: DÖW)



**Gisela Steinmetz (2. v. l.), Renée Dürmayer (3. v. l.)
und Liselotte Matthéy-Guenet (4. v. l.) in Albacete (Foto: DÖW)**

haltsgenehmigung entzogen, da er im ehemaligen Galizien geboren als nach Polen zuständig galt. Trotzdem kehrten beide immer wieder illegal nach Österreich zurück, um ihre politische Tätigkeit fortzusetzen. Auch Hermann wurde mehrmals verhaftet. Im April 1937 ging Anni von Paris als Krankenschwester zu den Internationalen Brigaden nach Spanien. Nach dem Ende des Spanischen Bürgerkriegs reihte sie sich in die französische Résistance ein. Hermann, von dem sie inzwischen geschieden war und der ebenfalls in Spanien gekämpft hatte, wurde nach Internierung in französischen Lagern mit Convoi 21 von Drancy nach Auschwitz deportiert und am 24. Oktober 1942 ermordet. 1943 kehrte Anni als französische Fremdarbeiterin getarnt nach Wien zurück und übernahm Kurierdienste für die Widerstandsbewegung. Nach ihrer Verhaftung im Sommer 1944 wurde sie ins Konzentrationslager Ravensbrück verbracht, später in ein Außenkommando des KZ Buchenwald. Nur wenige Wochen vor Kriegsende wurde Anni Peczenik im März 1945 in Buchenwald erschossen. Tochter Hanna überlebte bei den Großeltern in Belgrad, später in Palästina.

Tätigkeiten in der Presse, in Milizen und in den geheimen Transportzentralen in Österreich, der Schweiz und Frankreich

Eine zweite Gruppe von bislang nachgewiesenen acht Frauen war in anderen Bereichen während des Spanienkriegs tätig. Ilse Barea-Kulcsar arbeitete in Madrid in der Zensurstelle für die Auslandspresse, Maria Deutsch war Mitarbeiterin ihres Mannes Julius Deutsch, der General der Republikanischen Armee war. Sofia Mach war schon in den 1930er Jahren mit ihrem Mann in die Sowjetunion emigriert, kam von dort als Dolmetscherin für die sowjetischen Militärberater nach Spanien und geriet in der Schlacht von Brunete in Gefangenschaft. 1944 verliert sich ihre Spur in den Francogefängnissen. Mit ihrem Mann kam Henriette Wallis nach Spanien, der als Arzt im Kinderhilfswerk des spanischen Gesundheitsministeriums tätig war. Die in Wien geborene Etta Federn entwickelte mit katalonischen AnarchistInnen Schulungsprogramme für Frauen. Erst kürzlich habe ich die in Wien geborene Fotografin Margaret Michaelis-Sachs (geborene Gross) entdeckt, die schon vor dem Bürgerkrieg in Barcelona ein Fotostudio hatte und vor allem durch Portraits führender anarchistischer Frauen Bekanntheit erlangte. Von Leopoldine Kokes gibt es im Spanienarchiv einen Beleg, dass sie in ei-

ner UGT⁷-Miliz war. Bekannt ist das Schicksal von Katia Landau, die im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen mit der POUM verhaftet und deren Mann Kurt Landau⁸ umgebracht wurde.

Besondere Bedeutung kommt einer Gruppe zu, die zwar nicht in Spanien mitgekämpft hat, aber ohne deren Tätigkeit und Logistik kaum österreichische SpanienkämpferInnen dorthin gelangt wären. Die Frauen und Männer in den Transportorganisationen in Österreich, der Schweiz und im Pariser Spanienkomitee haben erst das Durchschleusen nach Spanien ermöglicht. Eine Zahl jener, die in diesen konspirativen Organisationen mitgewirkt haben, kann nicht geschätzt werden. Bekannt sind nur jene, deren Aktivitäten aufgedeckt und damit polizeibekannt wurden oder in Zeitzeugenberichten nach 1945 namentlich erwähnt werden. Zu erforschen gilt es auch noch diverse Polizeiberichte aus dem westösterreichischen und Schweizer Raum, in denen immer wieder neue Namen von Helferinnen und Helfern auftauchen. Der momentane Forschungsstand lässt eine deutliche Mehrheit von Frauen für diesen Bereich der Widerstandstätigkeit vermuten und zu den nachfolgend angeführten elf Namen kommen im Zuge weiterer Recherchen sicherlich noch welche hinzu. Bekannt sind bisher: Charlotte Bindel-Hümbelin, Mela Ernst, Elisabeth Gall, Appolonia Kraus, Toni Lehr, Cäcilie Samek, Gerty Schindel, Amalie Topor, Laura Ungar, Franziska Vobr und Emilie Wottitz.

Überlebende und Umgekommene

Von den 44 in diesem Beitrag angeführten Frauen haben 31 das Ende des Krieges und die Befreiung vom faschistischen Terror erlebt. 20 von ihnen kehrten nachweislich nach Österreich zurück. Für Adele Greth, Leopoldine Kokes, Eva Korczak, Cäcilie Samek und Rachel Wachs gibt es keine Anhaltspunkte für ihr weiteres Schicksal nach ihrem Einsatz in Spanien oder ihrer Emigration nach Frankreich. Unwahrscheinlich ist, dass Sofia Mach jemals aus den Francogefängnissen freigekommen ist und die Haft überlebt hat.

Drei Frauen stehen in der langen Opferliste des antifaschistischen Widerstands – neben der bereits erwähnten Anni Peczenik: Paula Draxler, Kran-

⁷ Unión General de Trabajadores – 1888 gegründete Gewerkschaft marxistischer Prägung.

⁸ Hans Schafranek, Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei, Wien 1988.

kenschwester im Sanitätsdienst, emigrierte nach Frankreich und reihte sich in eine österreichische Widerstandsgruppe ein. Durch Missachtung konspirativer Regeln wurden sie und ihre Gruppe aufgedeckt. Paula wurde verhaftet und von der Pariser Gestapo verhört. Ob sie umgebracht wurde oder angesichts der Umstände Selbstmord beging, ist nicht geklärt.

Auguste Guttmann ging gemeinsam mit ihrem Mann Fritz zu den Internationalen Brigaden, wo sie als ausgebildete Krankenschwester arbeitete. Nach dem Ende des Bürgerkrieges emigrierte sie nach Frankreich, wo sie zeitweilig in verschiedenen Lagern interniert war. Am 30. Mai 1944 wurde „Gusti“ mit Convoi 75 von Drancy nach Auschwitz deportiert.

Die Geschichte all dieser Frauen lebendig werden zu lassen, über nüchterne biographische Daten hinaus sie in ihrem persönlichen und politischen Wirken zu zeigen, wäre mein Anliegen. Vielleicht kann dieser Beitrag mit-helfen, auf manchen Namen aufmerksam zu werden, sich an Verwandte oder Freundinnen und Freunde dieser Frauen zu erinnern – und damit das ein oder andere bisher unbekannte Detail ihres Lebensweges ergänzen.⁹

⁹ Hinweise an Irene Filipp, DÖW, spanienarchiv@doew.at.

HELENA VERDEL

WIDERSTAND DER KÄRNTNER SLOWENINNEN

Mit dem Überfall Hitler-Deutschlands auf Jugoslawien am 6. April 1941 endete bezüglich der Kärntner Sloweninnen und Slowenen jegliche Rücksichtnahme, welche die Nationalsozialisten bis dahin im Hinblick auf einen möglichen Bündnispartner Jugoslawien noch genommen haben mochten.

43 Kulturvereine und 18 andere Organisationen wurden aufgelöst und ihr Vermögen beschlagnahmt, 13 Kulturheime und 26 Bühnen sowie Veranstaltungssäle wurden von den Nationalsozialisten ausgeraubt oder demoliert, 80.000 Bücher vernichtet, die slowenischen Aufschriften entfernt. Am 22. Juli 1941 wurden auch die 36 slowenischen Spar- und Darlehenskassen geschlossen, ebenso der slowenische Genossenschaftsverband in Klagenfurt. Kurz zuvor, am 29. Mai 1941, hatte der Kapitularvikar Andreas Rohracher eine Weisung, die den Gebrauch der slowenischen Sprache im öffentlichen Gottesdienst untersagte, unterschrieben, die slowenischen Priester wurden aus dem zweisprachigen Gebiet vertrieben. Damit kam das kulturelle, politische und wirtschaftliche Leben der slowenischen Bevölkerungsgruppe zum Erliegen.

Hatten bis 1941 die slowenischen Organisationen versucht einen Modus Vivendi mit dem Nationalsozialismus zu finden, so wurde durch die Ereignisse 1941 und in weiterer Folge durch die sich noch weit schlimmer auswirkende Deportation von Kärntner slowenischen Familien 1942 jedem und jeder klar, dass es um das physische Überleben der Volksgruppe ging und ein Zurückweichen und Stillhalten nicht mehr in Frage kam. Zu einem auf breiter Basis organisierten Widerstand kam es in Kärnten jedoch relativ spät, wenngleich individuelle Formen des Widerstands wie Flucht und Desertion gerade unter den Kärntner Slowenen beachtliche Ausmaße annahmen.¹

¹ Vgl. Tone Jelen, *Auf den Spuren der Hoffnung. Odyssee eines Kärntner Slowenen 1938–1945*, Klagenfurt / Celovec 2007.

Exkurs: Osvobodilna Fronta – Die Befreiungsfront

Drei Wochen nach dem Überfall auf Jugoslawien wurde am 27. April 1941 in der Wohnung des slowenischen Schriftstellers Josip Vidmar die Osvobodilna Fronta gegründet. Die Gründungsmitglieder waren die Gruppe der christlichen Sozialisten (Skupina Krščanskih Socialistov), der demokratische Flügel des Sokol, die Gruppe der slowenischen fortschrittlichen Kulturschaffenden (Skupina Naprednih Kulturnih Delavcev) und die Kommunistische Partei Sloweniens. Wichtigster programmatischer Grundsatz war der bewaffnete Kampf gegen den Okkupanten. Der Widerstand, geleitet von der Osvobodilna Fronta, war auf eine breite Basis gestellt, neben der PartisanInnenarmee waren vor allem die einzelnen technischen Organisationen, wie zum Beispiel das illegale Radio, das Sanitätswesen, das Druckereiwesen und vieles andere mehr ausschlaggebend für den schlussendlichen Erfolg. So erschienen bis zum September 1944 51 Monatszeitschriften, 6 Wochenblätter, 3 periodische Blätter, 2 Tageszeitungen, 72 Taschenzeitungen und 30 Wandzeitungen.² Weiters wurde während des Krieges eine Reihe von Organisationen wie die Zveza Slovenske Mladine / Slowenischer Jugendverband oder der Antifaschistische Frauenverband mit dem Ziel gegründet, verschiedenen Bevölkerungsgruppen spezifische Zugänge zu eröffnen, sie so an den Widerstand heranzuführen und in den politischen Diskurs einzubinden.

Schon bald nach der Gründung begann die Osvobodilna Fronta mit ihrer politischen Tätigkeit, und es gelang ihr sehr schnell, ein Netz an Vertrauensleuten und lokalen Ausschüssen aufzubauen.

Anfänge des bewaffneten Widerstands in Kärnten

In den Jahren 1938–1941 entzogen sich viele Kärntner Slowenen einer drohenden Einberufung in die Wehrmacht durch Flucht nach Jugoslawien. Die Besetzung Jugoslawiens im Jahr 1941 bedeutete natürlich, dass sie an ihrem Zufluchtsort ihres Lebens nicht mehr sicher waren. Einige schlossen sich daher schon in Jugoslawien der Osvobodilna Fronta an, andere schlugen sich nach Kärnten durch und versteckten sich in der Nähe ihrer Heimatdörfer in den Wäldern. Diese Gruppen, Grüne Kader genannt, wurden von

² Zdenko Čepič / Ferdo Gestrin / Bogo Grafenauer et al., *Zgodovina Slovencev*, Ljubljana 1979, S. 880.

FreundInnen und Familienangehörigen versorgt, manche schlossen sich später der auch in Kärnten erstarkenden PartisanInnenbewegung an, andere blieben bis zum Kriegsende in den Wäldern versteckt.

Im Juli 1942 kehrte Johan Županc, ein ehemaliger Fahnenflüchtiger und nunmehr Partisan in der Kokra-Abteilung, in seinen Kärntner Heimatort Ebriach / Obirsko zurück. Gemeinsam mit Stane Mrhar begann er mit dem Aufbau von Ortsgruppen der Osvobodilna Fronta, die als Basis für den bewaffneten Widerstand dienen sollten.

Die erste Ortsgruppe wurde schon im August 1942 in Lobnig / Lobnik gegründet, weitere Ortsgruppen in den Gräben rund um Eisenkappel / Železna Kapla folgten. Von Anfang an arbeiteten zahlreiche Frauen in diesen Ortsgruppen mit. Dieses erste Organisationsnetz der Osvobodilna Fronta wurde jedoch schon im November 1942 verraten. Kurz zuvor war auch ein Teil der Grünen Kader, der sich rund um Sele Fara / Zell Pfarre versteckt hielt, aufgefliegen. In der Folge wurden an die 200 Personen verhaftet, 135 wurden der Staatsanwaltschaft angezeigt, 35 davon wurde Anfang 1943 vom berüchtigten NS-Richter Roland Freisler der Prozess gemacht. 13 Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, darunter auch als einzige Frau Micka Olip. Ihr wurde zur Last gelegt, dass sie ihrem Bruder zur Flucht zu den PartisanInnen verholfen hatte, dass sie am Aufbau der Osvobodilna Fronta aktiv beteiligt gewesen war und für diese Kurierdienste verrichtet hatte – damit hatte sie eine politische und nicht nur eine Tat aus Mitleid oder familiärer Verbundenheit begangen. In der Urteilsbegründung des Volksgerichtshofs steht dazu Folgendes zu lesen: „Dabei hat der Volksgerichtshof auch einen Unterschied zwischen Männern und Frauen gemacht, denn in öffentlichen Dingen muss der Mann grundsätzlich eine größere Verantwortung tragen als die Frau. Die fanatische Hasserin und Hetzerin ist das Flintenweib. Allein – von Maria Olip abgesehen – findet sich dieser Typ nicht unter den Angeklagten.“³

Micka Olip wurden am 29. April 1943 im Wiener Landesgericht enthauptet. Weitere 13 Frauen, Sabina Ogris, Olga Kelih, Katarina Pristovnik, Marija Linasi, Justina Jug, Ana Oraže, Ursula Weinzierl, Katarina Pasterk, Ursula Olip, Zora Jug, Marija Ogris, Marija Pristovnik und Vida Jug erhielten zwischen neun Monaten und acht Jahren Zuchthaus.

³ Franz Kattnig (Hrsg.), Sämtlich Slowenen. Versuch einer Dokumentation aus den Akten des Volksgerichtshofes Berlin, Klagenfurt / Celovec 1978, S. 63.

Die Rolle der Frauen im Befreiungskampf

Trotz dieses Rückschlags für den Befreiungskampf ging der Ausbau der Ortsgruppen der Osvobodilna Fronta im gesamten zweisprachigen Gebiet weiter vorstatten. Ein gut ausgebautes Netz an Vertrauensleuten, lokalen Ausschüssen und politischen Organisationen, die die Ziele der Osvobodilna Fronta vertraten, war eine unabdingbare Voraussetzung für den erfolgreichen PartisanInnenkampf. Dort, wo es keine oder nur schwache politische Strukturen gab, wie auf der Nordseite der Drau oder der Saualm, kam es auch nur im geringen Ausmaß zum bewaffneten Widerstand, hatten doch die KämpferInnen im Falle bewaffneter Auseinandersetzungen eine um vieles geringere Überlebenschance als in Gegenden, wo das Netz an Vertrauensleuten und lokalen Ausschüssen dichter gewebt war.

Frauen spielten beim Aufbau von politischen Strukturen eine wichtige Rolle. Sie waren oft die ersten Kontakt- und Vertrauenspersonen für PartisanInnen, wenn diese ein neues Gebiet für den bewaffneten Widerstand aufzubereiten hatten. Viele Männer im wehrfähigen Alter waren zu diesem Zeitpunkt schon zur Wehrmacht eingezogen worden und so waren es zwangsläufig Frauen und Jugendliche, die zum Großteil die Basis für den bewaffneten Widerstand bildeten: Es kommt wohl kaum von ungefähr, dass unter den 250 namentlich erfassten Jugendlichen, die während des Krieges im Rahmen der Zveza Slovenske Mladine / Verband der Slowenischen Jugend tätig waren, 166 Frauen zu finden sind.⁴

„Wir hatten eine Einladung bekommen, wir sollten uns im Čakel-Stall mit ihnen treffen, dort warte ein Partisan auf uns. Beim ersten Mal waren wir nur Frauen. Er erklärte uns die Situation. Wir aber waren gläubige Menschen und hatten gehört, dass das alles nur Kommunisten sein sollten. Wir haben ihn gefragt, wie das ist, ob da auch andere Menschen dabei wären. Er sagte: ‚Das ist gar keine Frage. Wenn ihr dafür seid und uns unterstützt, dann ist es doch egal, was ihr seid.‘“⁵

⁴ Marjan Linasi, Antifašistično in narodnoosvobodilno gibanje mladine na Koroškem 1938–1945, Ljubljana 1990, S. 192 ff.

⁵ Erzählte Geschichte, Bd. 4: Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen, hrsg. v. DÖW, Klub Prežihov Voranc Klagenfurt/Celovec u. Institut za proučevanje prostora Alpe-Jadran Klagenfurt / Celovec, Wien 1990. Bearbeitung u. Zusammenstellung: Mirko Messner, Wolfgang Neugebauer, Andreas Pittler, Helena Verdell, S. 403.

Es ist aus heutiger Sicht schwierig, die Beteiligung der Frauen in den verschiedenen Ausschüssen und Teilorganisationen voneinander abzugrenzen. Die Mehrheit der Frauen war während des Krieges sowohl in den Ortsausschüssen der Osvobodilna Fronta, des Antifaschistischen Frauenverbandes, vor allem aber auch der Zveza Slovenske Mladine / Verband der slowenischen Jugend aktiv. Letztendlich waren alle Organisationen aufgefordert, den bewaffneten Kampf gegen den Okkupanten mit all ihren Kräften zu unterstützen und den Nationalsozialismus zu besiegen.



Partisanenküche. 2. v. r.: Terezija Urbančič–Slavka
(Foto: Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Sloweninnen,
Wien 1990)

Die Frauen sammelten Verpflegung, Verbandsmaterial, Kleider, Wäsche und Geld, sie besorgten Verstecke, versorgten vorübergehend oder für längere Zeit verwundete KämpferInnen. Sie waren ein wichtiges Bindeglied zwischen den kämpfenden Einheiten und den Vertrauensleuten im jeweiligen Gebiet. Sie sorgten einerseits für den Vertrieb der illegal hergestellten Drucksorten und organisierten Treffen, die, so man sich sicher fühlte, auch einen festlichen und Vergnügnungscharakter annehmen konnten, sie sammelten Daten über kriegswichtige Infrastruktur wie Brücken, Fabriken und gaben diese weiter, vor allem aber sorgten sie dafür, dass die PartisanInnen

von bevorstehenden Aktionen gegen sie unterrichtet waren und rechtzeitig Schutzmaßnahmen treffen konnten.

Nicht zuletzt waren es Frauen, die für die Aufrechterhaltung der so genannten legalen Kurierlinien sorgten. Sie waren unauffälliger und konnten sich im Gegensatz zu den KämpferInnen quasi frei im öffentlichen Raum bewegen. Mit ihrer Kuriertätigkeit sorgten sie unter anderem dafür, dass eine Vernetzung von antifaschistischen WiderstandskämpferInnen über den Südkärntner Raum hinaus möglich war. Diese Aufgaben stellten hohe Anforderungen an die einzelnen Personen, gefragt waren Orientierungsfähigkeit – man konnte ja schlecht umherlaufen und nach dem Weg fragen –, Flexibilität und konspiratives Verhalten. Dass das nicht immer klaglos funktionierte, erzählt Milena Gröblacher:

„[...] ich bekam zum Beispiel die Aufgabe, einen Brief nach Nageltschach zu tragen, es hieß: ‚Trag den Brief zu dem Haus und gib ihn der Olga!‘ Ich kannte diese Olga ja nicht, rannte nach Nageltschach und fragte: ‚Wo ist die Olga?‘ Die Frau schaute mich verdutzt an, drehte sich um und schrie: ‚Katra, komm raus.‘ Olga, das war ihr illegaler Name und ich schrie aus voller Kehle Olga. Heute klingt das ja komisch, aber damals war ich zornig. Die hätten mir ja sagen können, suche eine Frau, die so und so ausschaut, oder suche die Katra, aber nicht: ‚Suche die Olga.‘“⁶

Frauen wurden im Gegensatz zu Männern kaum dazu ermuntert, sich den kämpfenden Einheiten anzuschließen. Dies als Missachtung der Frauen seitens der Männer zu interpretieren, heißt, ahistorisch zu argumentieren. Frauen waren weder von der Wehrpflicht betroffen noch liefen sie Gefahr, zum Volkssturm eingezogen zu werden. Frauen wählten den Weg in die Illegalität meist nur dann, wenn unmittelbar die eigene Verhaftung drohte.

„Hier in Remschenig haben sie einen Partisanen gefangengenommen und ihn verprügelt. Da haben die Leute zu reden begonnen, er hätte alles verraten, und ich habe nur mehr gehört, ihr seid auf der Liste, euch werden sie liefern. Bei uns waren ja oft Partisanen, beim Šein in Vellach, überhaupt nachdem mein Mann zu den Partisanen gegangen war. Damals habe ich nur so gehorcht, wann uns die Deutschen ho-

⁶ Ebenda, S. 375.

len kommen. Schließlich hielt ich das alles nicht mehr aus, nahm die Kinder und bin weg mit ihnen. Die erste Zeit ging ich noch heimlich zum Haus, um das Vieh zu füttern und aufzuräumen, dann aber brachte ein Nachbar die Polizei aus Eisenkappel, die haben alles geplündert. Da konnte ich nicht mehr zurück und war im Wald in einem Bunker, so einem quadratischen, vier mal vier Meter war er, es war Jänner, ich hatte drei Kinder mit und noch vier andere waren dort, sodass sieben Kinder in dem Bunker waren. Mein Jüngster war eineinhalb Jahre alt, der zweite drei, das Mädchen elf. Wie diese Kinder verkühlt waren.“⁷

Diese Erzählung von Terezija Urbančič–Slavka verdeutlicht sehr plastisch die ganze Bandbreite an Problemen, denen sich vor allem Frauen mit Familie zu stellen hatten, wenn sie gezwungen waren, den Anschein der Legalität aufzugeben.

In den kämpfenden Einheiten übernahmen Frauen vorwiegend technische Dienste. Sie wurden verstärkt als Köchinnen, Sanitäterinnen, Näherinnen oder in den Druckereien, die es ab 1943 auch in Kärnten gab, eingesetzt. Kaum zu finden sind Frauen in der militärischen Hierarchie, und wenn doch, dann waren es eher Kämpferinnen aus Slowenien als Kärntner Sloweninnen. Nur wenn der Kampf unausweichlich war, dann war die Gleichberechtigung des Schreckens gegeben, oder wie es Terezija Prušnik–Mira in ihren Erinnerungen umschrieb: „Obwohl im Kampf, da warst du gleichberechtigt. Die Deutschen schauten nicht erst, wen sie erschießen und wen einsperren sollten.“⁸

Gründung der AFŽ

Am 21. Januar 1943 veröffentlichte der Exekutivausschuss der Osvobodilna Fronta ein Rundschreiben, in dem er zur Konstituierung der Slovenska Protifašistična Ženska Zveza (Slowenischer Antifaschistischer Frauenverband) aufrief. Dieses Schreiben war an alle Ausschüsse der Osvobodilna Fronta gerichtet und diese wurden aufgefordert, in ihren Reihen geeignete Frauen zu suchen und die Gründung von Ausschüssen des Antifaschistischen Frau-

⁷ Ebenda, S. 287 f.

⁸ Ebenda, S. 260.

enverbandes zu fördern. Als Aufgaben der zukünftigen Frauenorganisation ist neben der aktiven Unterstützung des Befreiungskampfes unter Punkt 4 festgeschrieben: „Die slowenischen Frauen politisch zu bilden, um die politischen und sozialen Rechte der Frauen im Sinne von Gleichberechtigung und Demokratie durchzusetzen.“⁹

Der erste Ausschuss der Slovenska Protifašistična Ženska Zveza (Slowenischer Antifaschistischer Frauenverband), in Kärnten allgemein als Antifašistična Fronta Žena / Antifaschistische Frauenfront geläufig, wurde im März oder April 1943 gegründet. Das genaue Datum ist zwar nicht mehr feststellbar, doch sind einige Frauen, die daran teilgenommen haben, namentlich bekannt: Ivana Sadolšek–Zala, Marija Lipuš, Marija Male, Matilda Jegart und Marija Freitag.¹⁰

Verbreitung fanden die Ausschüsse der Antifaschistischen Frauenfront zuerst im Gebiet rund um Železna Kapla / Eisenkappel, so zum Beispiel in Obirsko / Ebriach, in Lepena / Leppen, in Bela / Vellach und in Remšnik / Remschenig. Nach dem ersten Aufschwung erlitt die Arbeit der Frauenausschüsse vor allem im Winter 1943/44 zahlreiche Rückschläge durch Verhaftungen und durch die Flucht in die Illegalität – zu den bewaffneten Verbänden. Daraufhin wurde Franja Markelj–Breda nach Kärnten geschickt, um die Arbeit mit den Frauen voranzutreiben.¹¹ Auch wenn sich das Ziel der Antifaschistischen Frauenfront auf den ersten Blick nicht sosehr vom Ziel anderer Organisationen in der Osvobodilna Fronta unterschied, so war der Ansatz doch breiter und vor allem offener. Die Aktivistinnen hatten den Auftrag alle Frauen zu erreichen und ihnen einen organisatorischen Zusammenhalt zu liefern. Auch sollten sie eigene publizistische Tätigkeiten entwickeln, indem sie eine regionale Variante der Zeitschrift *Naša žena* (Unsere Frau) herausgaben. Darüber hinaus wurde versucht, Kärntner Sloweninnen generell zu gewinnen, in den diversen Publikationen der PartisanInnen Artikel zu veröffentlichen.

Das gestaltete sich jedoch als sehr schwierig. Zwar gibt es in den diversen Publikationen immer wieder auch Beiträge von Kärntner Sloweninnen, doch

⁹ Štefana Gerk / Ivka Križar / Štefanija Ravnikar-Podpevšek, *Slovenke v narodnoosvobodilnem boju*. Zbornik dokumentov, člankov in spominov, Ljubljana 1970, S. 734.

¹⁰ Ebenda, S. 782.

¹¹ Andrej Leben, *V borbi smo bile enakopravne*. Uporniške ženske na Koroškem v letih 1939–1945, S. 36.

bleiben sie in ihrer Gesamtzahl gering. Frauen, die bereit waren, politische Ziele schreibend zu verfolgen und vor allem das Geschriebene auch veröffentlichten zu lassen, fanden sich in den vierziger Jahren nicht leicht.¹²

Angesichts der Bildungsstruktur und des ideologischen Umfelds, in dem die Kärntner Sloweninnen sozialisiert worden waren, nimmt dies aber auch nicht wunder. In den Jahren der Ersten Republik hatten die Kärntner Sloweninnen nur eingeschränkt am kulturellen und politischen Leben der Volksgruppe teilgenommen. Zu sehr war die Politik der slowenischen Minderheit



**Kochkurs des Slowenischen Kulturverbands
in Obersammelsdorf / Zamanje**

(Foto: Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen,
Wien 1990)

geprägt von einer katholisch-klerikalen Wertehaltung, die für die Frauen ein sehr eng gefasstes Betätigungsfeld vorsah. Daher war selbst im kulturellen Bereich ihre Teilnahme nicht überall selbstverständlich, wenn sich diese nicht auf Marienvereine und Mädchenverbände beschränkte. So wurden z. B. sogar die von Milka Hartmann geleiteten Kochkurse von einigen

¹² Ebenda, S. 41.

slowenischen Klerikalen hart angegriffen, fanden sie doch mancherorts in Gasthäusern statt, wobei zu Kursende so unbäuerliche Produkte wie Torten und Liköre verkauft wurden. Zeitgenössische Berichte politischer Aktivisten statuieren auch immer wieder, dass die jungen Frauen das Slowenische weit- aus schlechter beherrschten als die jungen Männer.¹³ Bedenkt man, dass die meisten Frauen ein sehr niedriges Bildungsniveau hatten, die Schulbildung in Bezug auf die slowenische Sprache an den Schulen Südkärntens mehr als schlecht war und sie im Rahmen ihrer Sozialisation auf die berühmten drei Ks Kinder, Kirche, Küche reduziert blieben, dann wundert diese Einschätzung gar nicht. Im Gegenteil, um so mehr muss die individuelle Leistung von Frauen, die sich entgegen aller Erwartungen weiterbildeten und dann den Mut hatten, über das jahrelang übliche Rollenverständnis hinauszugehen und sich auch schriftlich zu „Männertemen“ wie Politik zu äußern, hervor- gehoben werden.

Kärntner Sloweninnen als Funktionärinnen

Die Frauen waren im zweisprachigen Gebiet zwar die wichtigsten Mitarbei- terinnen der Osvobodilna Fronta beim Aufbau und der Unterstützung des bewaffneten Widerstandes, sie waren Teil der jeweiligen lokalen Ausschüsse, als leitende Funktionärinnen in den übergeordneten Ausschüssen sind sie aber kaum zu finden. So schrieb Pavel Žavcer–Matjaž im März 1945 an das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Sloweniens: „Noch immer gilt das Sektierertum, die Arbeit der Frauen und der Jugend im politischen Bereich wird unterschätzt. Die Frauen und die Jugend werden nur für das Sammeln von Material und ähnliches gebraucht, es ist aber nicht gelungen, sie in die politische Mitgestaltung einzubeziehen.“¹⁴

Als einzige Kärntner Slowenin in höheren Funktionärserebenen ist wäh- rend des Krieges nur Ivana Sadolšek–Zala zu finden, die als Sekretärin der Antifaschistischen Frauenfront ab März 1944 Mitglied des Pokrajinski Od- bor (Regionalausschuss) der Osvobodilna Fronta war.¹⁵ Hier war neben der Einstellung einer patriarchalen Männergesellschaft, die es nicht gewohnt

¹³ Slovenska prosvetna zveza (Hrsg.), Človek ne živi samo od kruha. Slovenska prosvetna zveza in njenih petinsedemdeset let, Celovec 1989, S. 31.

¹⁴ Leben, V borbi smo bile enakopravne, S. 33.

¹⁵ Ebenda, S. 34.

war, Frauen auf einer gleichberechtigten Ebene zu begegnen, auch die Selbsteinschätzung von Frauen von entscheidender Bedeutung. Gewöhnt, in der zweiten Reihe zu stehen, und vor allem voller Unsicherheit ob ihrer vielfach mangelnden Schulbildung und in der Vergangenheit wenig zur politischen Mitgestaltung angehalten schätzten sie auch jetzt ihre Fähigkeiten nur gering ein. Wie schwierig es war, vor einer größeren Gruppe von Menschen das Wort zu politischen Themen zu ergreifen, beschreibt Helena Kuhar–Jelka in ihrer Autobiographie: „Als er geendet hatte, trat er zu mir und bat mich ‚Jelka, ich übergebe dir das Wort, weil du am besten weißt, wie man mit den Heimischen spricht.‘ ‚Im Tratschen bin ich sicher die beste,‘ antwortete ich lachend. Die Bauernstube war gesteckt voll. Die Menschen standen auf der Kaminbank und saßen auf der Fensterbank. Viele Jugendliche waren unter ihnen. Mir war nicht gut. Das erste Mal in meinem Leben würde ich zu so vielen Menschen sprechen.“¹⁶

Mitgestaltung erwünscht

Selbst wenn sich auf höherer Funktionärebene die Mitgestaltung der Frauen kaum abzeichnete und vieles an fortschrittlichem Wollen in den Kinderschuhen stecken blieb, ist die emanzipatorische Leistung der Osvobodilna Fronta nicht zu übersehen. Sie bezog Menschen in Entscheidungsprozesse ein, die zuvor weder in der eigenen Volksgruppe noch im Staatswesen als gestaltungsfähige Wesen gesehen worden waren. Sie wurden sowohl bei den Sitzungen als auch, für viele ein Novum, im Rahmen von Schulungen auf das Übernehmen von Verantwortung vorbereitet, Politik wurde zum gestaltbaren Prozess für alle, Geschichte nicht nur aus der Sicht der Herrschenden vermittelt. Auch wenn Weiterbildung oder der stattgefundene politische Diskurs nicht die Kernthemen der Erinnerungsliteratur von Kärntner SlowenInnen sind – zu sehr hat der Schrecken des Nationalsozialismus, die Opfer und vor allem der bewaffnete Widerstand mit seiner unendlichen Anzahl an Geschichten sowohl die Erzählstruktur der Betroffenen als auch die Fragen der jeweiligen WissenschaftlerInnen geprägt –, so geben doch die allgemeinen Rundschreiben, das wenig erhaltene Material von Einzelpersonen, aber auch einzelne Erinnerungen Auskunft darüber, wie wichtig der politische

¹⁶ Helena Kuhar, Jelka. Pričevanja koroške partizanke, Celovec 1984, S. 50 f.

Diskurs, die Aus- und Weiterbildung der Menschen im Gesamtkontext des Widerstands war.

Erhalten geblieben sind unter anderem die „Schulhefte“ von Malka Oraže–Tatjana, in denen sie das bei Schulungen Vorgetragene fein säuberlich zusammenfasste. Die Themen entsprechen in etwa dem, was heute als politische Bildung und Geschichte umschrieben werden würde. Malka Oraže–Tatjana war auch eine der wenigen Frauen, die Artikel für PartisanInnenzeitungen schrieb. Sie hatte sich, kaum siebzehn Jahre alt, nachdem ihre „legalen“ Kurierdienste aufgefliegen waren, 1943 den kämpfenden Einheiten angeschlossen. Robust und vor allem wissbegierig wurde sie schon bald zur Jugendfunktionärin. Am 10. August 1946 wurde sie in Eisenkappel / Železna Kapla auf dem Weg zu einem Treffen der Slowenischen Jugend von einer englischen Patrouille erschossen.

Auch Helena Kuhar erzählt, wie sie es spät, aber doch zu etwas mehr Bildung brachte: „Ja, Mutter, du bist eine richtige Partisanin. Wir werden dich nicht durch die Berge hetzen, eine Frau wie du sollte politische Arbeit leisten. Auf unserer Schule werden wir dich zu einer Funktionärin ausbilden.“ So ging ich mit 38 Jahren das erste Mal zur Schule. Mein Bruder hatte mir während seiner Schulzeit das Lesen, Schreiben und Rechnen beigebracht, sonst aber blieb ich ohne Bildung.¹⁷

Doch auch im alltäglichen Leben der Illegalität spielten Schulung, Vorbereitung, das Prinzip der Gestaltung eine große Rolle:

„Als dann 1945 der Schnee zu schmelzen begann, organisierten wir im Wald größere Sitzungen. Einmal waren wir zehn Leute. Jüngere und Ältere. Bei den Sitzungen, bei denen ich teilnahm, waren meistens Junge. Dort zeigten sie uns, welche Aufgaben wir danach – in Freiheit – zu erwarten hätten. Es war uns klar, dass diese Zeit nahte. Unsere Aufgaben wären gewesen: die Macht in der Gemeinde zu übernehmen, auf niemanden Druck auszuüben, das Recht auf ein Gerichtsurteil für jeden. [...] Wenn diese Machtübernahme nicht vorbereitet gewesen wäre, was für ein Chaos wäre entstanden, manchmal war es auch so noch eines, aber die Ausschüsse waren informiert und vorbereitet. Sogar theoretische Vorträge wurden gehalten, Vorträge über die Verfassung, Maria, war das langweilig.“¹⁸

¹⁷ Ebenda, S. 54.

¹⁸ Spurensuche, S. 378.

Die Antifaschistische Frauenfront nach dem Krieg

Nach dem bitter erkämpften Sieg über den Nationalsozialismus kehrten in Österreich nur allzu bald traditionelle Verhältnisse ein. Die PartisanInnen wurden unter Mithilfe der englischen Besatzungsmacht aus dem öffentlichen politischen Gestaltungsbereich hinausgedrängt. Ihre Treffen wurden verboten, zahlreiche AktivistInnen wurden immer wieder eingesperrt. Damit wollte man die Bewegung unter den Kärntner SlowenInnen, die sich für einen Anschluss Südkärntens an Jugoslawien einsetzte, im Keim ersticken. Diese Anschlussbewegung der Kärntner SlowenInnen ist bis heute die Grundlage für zahlreiche ÖsterreicherInnen, besonders, aber nicht nur, aus dem deutschnationalen Lager, den SlowenInnen jeglichen Beitrag zur Befreiung Österreichs abzuerkennen. Dabei wird aber bewusst übersehen, dass der Nationalsozialismus kein innerösterreichisches Phänomen war, sondern ein gesamteuropäisches, denn immerhin gab es im Laufe der Kriegsjahre kaum ein europäisches Land, das nicht kürzer oder länger vom nationalsozialistischen Deutschen Reich besetzt war. Damit ist aber die Überwindung des Systems eine gesamteuropäische Leistung aller Widerstandsgruppen. Sie schafften die Voraussetzungen für die Staaten, die in der Folge entstanden. Die NationalsozialistInnen und diejenigen, die das Unrecht schweigend erduldet hatten, haben hiezu nichts beigetragen.

Konkrete Folge des Konfliktes war unter anderem, dass der emanzipatorische Prozess, den gerade Frauen während der Kriegszeit durchlaufen hatten, immer mehr versandete. Noch kurz nach dem Krieg gab es zahlreiche Aktivitäten, legale wie illegale, es wurden Kurse und politische Versammlungen abgehalten, neben der Politik und der internationalen Vernetzung spielte vor allem die Bildung in allen Bereichen eine große Rolle. Doch im Laufe der Jahre wurden zahlreiche lokale Ausschüsse zu Organisationen, die nur noch auf dem Papier existierten, die Frauen hatten sich zurückgezogen. 1949 wurde die Antifaschistische Frauenfront als Verein neu begründet. Ihre Ziele waren und sind zum Teil bis heute, die Organisationen der slowenischen Volksgruppe zu unterstützen, gute Beziehungen zu den NachbarInnen zu pflegen und die Erziehung der Jugend. Damit wurde der Rückzug in einen eng umrissenen Bereich perfekt. Die Osvobodilna Fronta hatte als Ziel formuliert: Die slowenischen Frauen politisch zu bilden, um die politischen und sozialen Rechte der Frauen im Sinne von Gleichberechtigung und Demokratie durchzusetzen. Davon konnte nach 1945 für die Kärntner Sloweninnen keine Rede sein. Das Hinausdrängen aus dem öffentlichen Wirkungsraum, für dessen Entstehen sie einen so hohen Preis bezahlt hatten, teilten sie mit den

Kärntner Slowenen, als Frauen aber teilten sie in Österreich das Schicksal der anderen Frauen, denen zentrale Rechte eines mündigen Bürgers auf Selbstbestimmung und Mitgestaltung einfach abgesprochen wurden. So brauchte es nach Kriegsende mehr als 30 Jahre, dass jene Passagen aus dem Gesetz gestrichen wurden, die den Mann zum Oberhaupt einer Familie machten, die Frauen sowohl was ihre Berufstätigkeit als auch den Wohnort und die Schulbildung ihrer Kinder betraf, von den Launen und dem Gutdünken des Mannes abhängig machte.

Das Bemerkenswerte an der slowenischen Widerstandsbewegung ist, dass sie in einer Zeit des täglichen Kampfes um das Überleben emanzipatorische Ziele über das politische Alltagsgeschäft hinaus formuliert und organisatorisch in die Wege geleitet hatte. Dass all diese Frauen, die erst am Anfang einer Emanzipation standen, durch die Nachkriegsgeschehnisse und das Nachkriegsrecht daran gehindert wurden, ihren Beitrag zum öffentlichen Leben zu leisten, ist traurige Realität.



Befreiung Südkärntens durch die Partisanen und Partisaninnen
(Foto: DÖW)

JOSEF VOGL

EIN ÖSTERREICHER, DER NUR SEINE PFLICHT GETAN HAT

Markus Käfer und seine MitstreiterInnen im Kärntner Lavanttal

Unbestreitbar war der Widerstand der slowenischen Volksgruppe in Kärnten im Vergleich zur Gesamtbevölkerung ungleich stärker. Bereits kurz nach dem Überfall der Deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion begannen sich vor allem kommunistische Kräfte in der Oberkrain / Gorenska Kranjska auf den bewaffneten Widerstand gegen die Besatzungstruppen vorzubereiten. National bewusste Slowenen, Mitglieder der Sokol-Turnverbände, aber auch christlich-soziale Parteigänger schlossen sich an. Im Juli 1941 führten sie die ersten Aktionen in der Oberkrain und der Südsteiermark durch. Das Zentrum des Widerstandes war das italienisch besetzte Laibach / Ljubljana. Es ist naheliegend, dass viele slowenische KärntnerInnen, die bekanntlich auf besondere Art und Weise den Repressalien des NS-Regimes ausgesetzt waren, mit dem Widerstand im slowenischen Mutterland sympathisierten. In der Darstellung des NS-Anklägers „entfalteten die kommunistischen Banden auch unter der Bevölkerung im deutschen Siedlungsgebiet eine rege Propagandatätigkeit und konnten trotz Gegenpropaganda seitens der deutschen Parteidienststellen bei einzelnen Deutschen Gehör finden“. Ab Anfang 1944 wurden die Partisanenverbände von britischen Offizieren unterstützt, die die Aufgabe hatten, Vertrauensleute zwecks Informationsbeschaffung anzuwerben.¹

Umso mehr gilt es aufzuzeigen, was die deutschsprachigen KärntnerInnen im Widerstand geleistet haben – gerade weil die deutschnationale Einstellung vieler KärntnerInnen seit den ersten Wahlen in den Reichsrat klar ersichtlich ist. Auch Christian Klösch konstatiert in seiner Arbeit über den

¹ Vgl. Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof. 11 J. 301/44 g. Berlin, 18. 12. 1944. Anklageschrift gegen den Schmiedegesellen Johann Klantschnik u. a. DÖW 3364, S. 8.

nationalsozialistischen Juli-Putsch des Jahres 1934 im Lavanttal ein deutschnationales Milieu, das von „weiten Teilen der Bevölkerung, vom Bürgertum bis zur Bauernschaft getragen wurde und das Anfang der dreißiger Jahre fast vollständig ins Lager der nationalsozialistischen Partei hinüberwechselte“.²

Die Mehrzahl der Mitglieder der Gruppe um Markus Käfer stammte aus Ettendorf und Umgebung und war deutschsprachig, einige waren slowenisch-deutsch zweisprachig.

Einleitend soll kurz das historische und soziale Umfeld beleuchtet werden. Ettendorf ist eine vorwiegend agrarische Gemeinde im Südosten Kärntens. In früheren Jahrhunderten existierte in der Gegend auch eine Glashütte im nahen St. Vinzenz und im 18. Jahrhundert auch ein Kupferbergbau im zur Gemeinde Ettendorf gehörenden Lamprechtsberg. Der Verwaltungssitz des 1782 wegen Überschuldung geschlossenen Bergwerks lag im Lambertushof am Lamprechtsberg. Der Hof besteht noch heute, er wird seit Jahrzehnten von der Familie Käfer als Gasthof geführt. Gegenüber dem Hof befindet sich eine kleine Kirche, die dem heiligen Lambert (auch Lambrecht genannt) gewidmet ist und auf das 11. Jahrhundert zurückgehen soll.³

In der Zwischenkriegszeit war der einzige größere Arbeitgeber in der Umgebung das Sägewerk Romanelli, bei dem zeitweilig bis zu 170 Personen beschäftigt waren. Insgesamt waren freilich Arbeitslosigkeit und Armut der Bevölkerung erdrückend, viele suchten bei der Gemeinde Hilfe, die in den meisten Fällen abgelehnt wurde.⁴

Zum 11. März 1938 vermerkt die Gendarmeriechronik: „Als der Rücktritt der Regierung Schuschnigg bekannt wurde, bemächtigte sich hauptsächlich der national eingestellten Bevölkerung, die hier den überwiegenden Teil aus-

² Christian Klösch, *Des Führers heimliche Vasallen. Die Putschisten des Juli 1934 im Kärntner Lavanttal*, Wien 2007, S. 9.

³ Die Kirche brannte 1869 infolge Blitzschlags ab und wurde neu errichtet. Vgl. Peter Ruggenthaler, *Gesellschaftliche Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur einer Kärntner Landgemeinde anhand des Beispiels Ettendorf*. Fachbereichsarbeit im Schuljahr 1993/94 aus dem Fach Geschichte, Stiftsgymnasium St. Paul, S. 13.

⁴ Peter Ruggenthaler, *Ettendorf im Lavanttal. Eine kleine Kärntner Landgemeinde zur Zeit des Nationalsozialismus. Gesellschaftspolitische Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur 1938–1945*, in: Harald Knoll / Peter Ruggenthaler / Barbara Stelzl-Marx (Hrsg.), *Kriege und Konflikte im 20. Jahrhundert. Aspekte ihrer Folgen*, Graz–Wien–Klagenfurt 2002, S. 237–262, hier 239 f.

macht, eine ungeheure Freude.“⁵ Es ist nicht verwunderlich, dass die Bevölkerung von der Volksabstimmung im April 1938 eine Besserung ihrer Lage erhoffte. Immerhin „hatte eine Witwe namens Bacher, sie soll Kommunistin gewesen sein, den Mut, mit ‚Nein‘ zu stimmen, was überraschenderweise keine Konsequenzen für sie hatte, da sie schon über 80 Jahre alt war. Wohl aber wollte man ihre Tochter beseitigen...“⁶ Der „Anschluss“ brachte Veränderungen für Schule und Kirchengemeinde: LehrerInnen wurden versetzt oder entlassen, die Kirche verlor durch die neu eingeführte Kirchensteuer viele Mitglieder.

Den ersten Gefallenen aus der Gemeinde verzeichnete man bereits im September 1939 im Polenfeldzug. Im April 1941 rückte der Krieg mit dem Balkanfeldzug näher an Ettendorf heran, nachts waren Detonationen zu hören, als Brücken und Tunnels gesprengt wurden. Wie andernorts auch wurden die Kirchenglocken beschlagnahmt und eingeschmolzen. Ende 1942 wurden in der Gemeinde bereits 23 Gefallene gezählt. In der Landwirtschaft fehlten die Arbeitskräfte, die durch Zwangsarbeiter ersetzt wurden: 1942 waren allein in Ettendorf schon 75 Ukrainer und Polen im Einsatz. Im Oktober 1943 gab es erstmals Fliegeralarm, der Krieg rückte noch näher an den Ort heran.

Derartige Ereignisse und Entwicklungen waren im „Dritten Reich“ keineswegs ungewöhnlich. Ungewöhnlich ist lediglich die Lage der Gemeinde nahe der Grenze zu Jugoslawien, wie überhaupt die Grenzlage eine große Rolle im Kärntner Widerstand spielt. Außergewöhnlich ist schließlich auch die Persönlichkeit des selbst ernannten Anführers der Widerstandsgruppe, außergewöhnlich und widersprüchlich.

Markus Käfer wurde am 21. April 1889 in Ettendorf, Bezirk Wolfsberg, Kärnten, geboren. Nach der Grundschulausbildung arbeitete er kurze Zeit in der Landwirtschaft seiner Eltern, die am Lamprechtsberg am Westabfall der Soboth den erwähnten großen Bauernhof besaßen und auch ein Gasthaus betrieben. In den Jahren 1908–1911 diente Käfer in der k.u.k. Armee. Noch vor dem ersten Weltkrieg finden wir ihn in Innsbruck als Leiter einer Molkeerei, die Kriegsjahre verbrachte er als Soldat. 1918–1919 zeichnete er sich im Kärntner Abwehrkampf aus und erhielt das Kärntner Abwehrkämpferkreuz I. und II. Klasse. Später arbeitete er als Maschinist und Monteur in Graz sowie als Elektriker und Kranführer in Tölz, bis er 1925 die elterliche

⁵ Chronik des Gendarmeriepostens zu Ettendorf im Lavanttal. DÖW 17.858/4.

⁶ Ruggenthaler, Gesellschaftliche Veränderungen, S. 19.

Landwirtschaft übernahm. 1928 heiratete er Irma Tomaschitz, mit der er drei Kinder hatte.⁷

Die mit 18. Dezember 1944 datierte Anklageschrift⁸ beschäftigt sich ausführlich mit dem Vorleben Käfers: Während der Jahre in Tölz war Käfer Mitglied der sozialdemokratischen Metallarbeitergewerkschaft. 1928–1930 vertrat er die den Sozialdemokraten nahestehende Kleinbauernpartei im Ettendorfer Gemeinderat. Bis zum Verbot der SPÖ im Jahre 1934 war er Abonnent der Zeitung *Edelanarchisten*. In der Folgezeit erhielt er die Broschüre „Kriegsdienstgegner“ aus Enfield in England zugeschickt. 1934 bis 1938 war Käfer Mitglied des Kärntner Bauernbundes. In den Jahren 1926–1938 kam er sechs Mal mit dem Gesetz in Konflikt und wurde bestraft, Details sind dazu nicht bekannt.⁹

Käfer scheint bei der Bevölkerung eher unbeliebt gewesen zu sein, wohl wegen eines aufbrausenden und rechthaberischen Charakters. Die Kirchenchronik beschuldigt ihn, Personen mit der Peitsche von seinem Grundstück vertrieben oder sie mit dem Gewehr bedroht zu haben, dem Gemeindefeldarzt soll er auch nachgeschossen haben. Allerdings war der Chronist wohl auch voreingenommen, denn das Ehepaar Käfer war bereits 1935 aus der Kirche ausgetreten und lebte im Streit mit dem Pfarrer namens Gruber, obwohl gerade dieser ebenfalls gegenüber den Nationalsozialisten kritisch eingestellt war. Auch beschuldigt der Verfasser der Kirchenchronik Käfer, das „Unheil heraufbeschworen zu haben, weil er die Arbeit im Großen betreiben wollte“.¹⁰

Was den Widerstand gegen das NS-Regime betrifft, zeichnete sich Käfer durch strategisches Denken aus. Wohl war die Gruppe in Ettendorf nicht wirklich durchorganisiert, die regimiefeindlichen Aktivitäten beruhten in vielen Fällen auf zufälligen Ereignissen – in erster Linie Unterstützung von Partisanen, Deserteuren oder flüchtigen Zwangsarbeitern, die um Unterkunft oder Verpflegung baten. Käfer jedoch bemühte sich um kriegswichtige Informationen und plante größere Aktionen. Um an wichtige Informationen zu kommen, nahm er selbst weite Reisen in Kauf. Er beabsichtigte, das umlie-

⁷ Geboren am 27. Februar 1904 in Dellach (beim Hörzendorfer See), Bezirk St. Veit an der Glan.

⁸ 11 J. 301/44 g. DÖW 3364.

⁹ DÖW 3364, S. 5. Über die Zeitung *Edelanarchisten* und ihren Zusammenhang mit der SPÖ konnte nichts in Erfahrung gebracht werden.

¹⁰ Kirchenchronik von Ettendorf im Lavanttal, 1944. Vgl. auch Ruggenthaler, Gesellschaftliche Veränderungen, S. 25.

gende Gebiet nachrichtendienstlich zu erfassen, die politische Einstellung der Bevölkerung zu erforschen und neue Kräfte für die PartisanInnen anzuwerben. Er nahm den Decknamen „Knapp“ an und „fühlte sich immer mehr als der geistige Führer“¹¹ der PartisanInnen in seinem Bezirk, die ihm ihrerseits die Ernennung zum Kommissar und die Verleihung eines militärischen Ranges eines Hauptmannes oder Majors der kommunistischen Partisanenarmee in Aussicht gestellt haben sollen.

Daher kam es auch zur groben Fehleinschätzung nach der Verhaftung der Gruppe durch die Gestapo Lavamünd im Juni 1944. Ein Zeuge, später Mitglied der Kärntner Landesregierung, erinnert sich: „Mit dem Fahrrad wurden sie zum Zug gebracht, lachten und hatten überhaupt keine Angst. Sie fühlten sich als Teile der Alliierten und dachten an ein ordentliches Kriegsgericht.“¹²

Die im Widerstand aktive Kärntner Slowenin Milena Gröblacher (sie wurde 1921 in St. Kanzian geboren und war von 1945 bis 1955 Vorsitzende des Verbandes slowenischer Frauen) zeichnet ein ähnliches Bild von der Gruppe um Käfer: „Den Ausdruck ‚Gruppe Käfer‘ verwendeten wir ja damals nicht, sondern: ‚Wir haben Verbindungen in deutsche Gegenden‘ [...] ‚Gruppe‘ ist ein falscher Ausdruck, [...] es waren jene Fäden, die in einer Widerstandsbewegung geknüpft wurden. Das war keine homogene Gesellschaft, [...] das war eine antinazistische, für den Fortschritt kämpfende Widerstandsgemeinschaft [...] Der Käfer war ein alter österreichischer Kommunist, und als solcher vermutlich auch schon den Widerstandskreisen in Slowenien bekannt.“¹³

¹¹ DÖW 3364, S. 11.

¹² Rudolf Gallob, zit. n. Ruggenthaler, Ettendorf im Lavanttal, S. 253. Berücksichtigt man die Persönlichkeit Käfers, so ist zumindest ihm eine derartige Naivität nicht zuzutrauen.

¹³ Milena Gröblacher–Vanda, Zum Schluß drängten alle zu den Partisanen, in: Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen, hrsg. v. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Klub Prežihov Voranc u. Institut za proučevanja prostora Alpe-Jadran, Wien 1990, S. 372 f.

August Walzl erwähnt die Gruppe um Käfer in seiner Untersuchung „Gegen den Nationalsozialismus. Widerstand gegen die NS-Herrschaft in Kärnten, Slowenien und Friaul“ (Klagenfurt 1994, S. 252), geht aber nicht auf Details ein. Die an sich gut recherchierte Dissertation von Herlinde Roth „Beiträge zum Widerstand gegen das NS-Regime in Kärnten 1938–1945“ (Univ. Wien 1985), die sich hauptsächlich auf Akten des DÖW stützt und sich auf den Widerstand der Deutsch-Kärntner beschränkt, nimmt auf diese Gruppe keinen Bezug.

Zum Unterschied von anderen Angeklagten, die angaben, sie hätten sich aus Dummheit, Unerfahrenheit (Maria Zellnig) oder aus Angst vor Repressalien mit den Partisanen (z. B. Markus Zellnig, alle Angehörigen der Familie Rotschitschjak und Josefine Trobej, Stefan Kummer, beide Mitsches) eingelassen, erklärte Käfer, „er sei von jeher rot eingestellt gewesen, ohne jedoch Kommunist zu sein“. Er habe als Gegner des Nationalsozialismus mit den Partisanen kooperiert und auf die Unterstützung Englands für Freiheit und Demokratie gehofft.¹⁴ Mutig bekannte er sich auch vor dem Volksgerichtshof zu seinen Taten, was die NS-Presse in Rage versetzte: „Der Herzschlag aber stockt, wenn man hört, dass Markus Käfer zu dem allem sagt: ‚Ich habe nur meine Pflicht getan‘. Er sei Soldat der Armee Titos und kämpfe für die Befreiung Österreichs.“¹⁵

Irma Käfer, geborene Tomaschitz, war wesentlich jünger als ihr Mann. Wohl war sie in die Aktivitäten ihres Mannes eingeweiht, aber sie nahm kaum aus politischer Überzeugung daran teil. In der Darstellung der Lokalpresse nach dem Prozess wurde sie von ihrem Mann zur Mitarbeit gezwungen: „Frau Käfer, die während ihrer 16jährigen Ehe von dem brutalen Menschen auf das ärgste terrorisiert worden war, gab sich unter seinem Druck schließlich dazu her, zwei Spionagebriefe mit ungeheuerlichem Inhalt zu schreiben und abzuschicken.“¹⁶ Einmal übernahm sie ein Gewehr von einem Partisanen, weil ihr Mann gerade abwesend war. Ihr Mann diktierte ihr Berichte und Listen, wobei er ihr den Auftrag gab, ihre Handschrift zu verstellen.¹⁷ Insgesamt spielte sie in der Angelegenheit keine tragende Rolle, weshalb die Angehörigen bis zur Verhandlung vor dem Volksgerichtshof in Klagenfurt am 6. Jänner 1945 auf einen Freispruch oder allenfalls eine milde Strafe für Irma Käfer hofften.¹⁸ Sie selbst dürfte sich ebenfalls in Sicherheit gewiegt haben, sie soll, wie ihre Tochter Irma R. zu erzählen weiß, einen Befreiungsversuch abgelehnt haben.¹⁹

¹⁴ DÖW 3364, S. 22.

¹⁵ Die Heimat ruft. Klagenfurt 1945, Jg. 1, Folge 5. Zit. n. Ruggenthaler, Ettendorf im Lavanttal, S. 254.

¹⁶ Bombardierung der eigenen Heimat vorgeschlagen, in: Kärntner Zeitung. Ausgabe Klagenfurt und Unterkärnten, 8. Jg., Nr. 11, 12. 1. 1945, S. 3.

¹⁷ DÖW 3364, Bl. 33.

¹⁸ Gespräche mit Irma R., ältere Tochter des Ehepaars Käfer.

¹⁹ Ein Verwandter namens Hubert Würnsberger soll versucht haben, als Gendarm verkleidet Irma Käfer aus dem Gefängnis zu holen. Sie weigerte sich mitzugehen, weil sie auf die Justiz vertraute.



**Hochzeitsfoto von
Markus Käfer und
Irma Tomaschitz,
1928**

(Foto:
Mag.^a Isabella Vogl)

Der Schmiedegeselle Johann Klantschnik (Deckname „Stojan“) aus Scheriau / Žerjav bei Schwarzenbach / Črna na Koroškem im Mießtal / Mežiška dolina, wurde am 2. Mai 1920 in Ravne bei Schönstein / Šoštanj, Kreis Cilli / Celje, geboren. Nach der Gesellenprüfung arbeitete er in einer Fabrik in Mauthen. Im November 1940 wurde er zum Kriegsdienst in der jugoslawischen Armee eingezogen. Als die jugoslawische Armee im April 1941 zusammenbrach, kehrte er nach Hause zurück und arbeitete zuerst etwa vier Monate bei dem Schmied Pichler in Ettendorf, in der Folge – bis zu seiner Flucht zu den PartisanInnen am 2. November 1943 – im Bergbau im Mießtal. Bereits nach einer Woche Dienst bei der Partisanenkompanie wurde er

zum Bataillonsstab versetzt. Er hielt weiter Kontakt zu seinen früheren Arbeitskollegen aus dem Bergwerk, Johann Walter (Deckname „Dobrowski“) aus Scheriau, Johann Koss aus Laibach, der im Bergwerk als technischer Zeichner arbeitete, und Franz Krebs. Johann Walter und Johann Koss schlossen sich ebenfalls den PartisanInnen an, Franz Krebs wurde vorher verhaftet.

Die Anklage warf Klantschnik vor, im Auftrag von Johann Walter eine SA-Uniform sowie zwei Decken aus einem Kaufhaus in Scheriau entwendet zu haben. Hauptvorwurf war, dass er an dem Überfall auf den Gendarmerieposten Podotsche bei Lavamünd beteiligt gewesen war, bei dem Waffen, Munition und Uniformen erbeutet wurden. Im Jänner 1944 wurde er als ständiger Begleiter dem „Nachrichtenkommissar“ des Sicherheits- und Nachrichtendienstes VOS²⁰ der PartisanInnen mit dem Decknamen „Alex“ zugeteilt.²¹ Als Motiv, warum er sich den PartisanInnen angeschlossen habe, gab er an, dass diese seine slowenische Heimat befreien wollten.²²

Der Gastwirt und Bauer Markus Zellnig aus Ettendorf, geboren am 11. April 1894, hatte im Ersten Weltkrieg von 1914 bis 1918 in der Infanterie gedient und es bis zum Unteroffizier gebracht, war u. a. mit bronzener und silberner Tapferkeitsmedaille, dem Kärntner Kreuz und dem Karl-Truppen-Kreuz ausgezeichnet worden. Nach dem Krieg kaufte er das Gasthaus Mesner in Ettendorf. Er war seit 1919 verheiratet und hatte drei Kinder. Von 1921 bis April 1943 war er Gemeindegemeinsekretär in Ettendorf. In den Jahren 1930 bis 1936 betätigte er sich als Kassier für die Vaterländische Front. Ab 1938 war er für die NSKOV (NS-Kriegsopferversorgung) als Abteilungsleiter tätig. In der Verhandlung vor dem Volksgerichtshof in Klagenfurt berief er sich auf seine früheren Verdienste um die Heimat, der Vorsitzende Freisler führte dagegen an, „dass ein Mensch, der Verrat an seinem Volke übt, seine Ehre und damit alles verliert, was vorher gewesen ist. Er hat daher nichts mehr, auf was er sich berufen könnte.“²³ Im Gefängnis in Klagenfurt saß Zellnig zusammen mit Karl Rösch, Pfarrer in Klagenfurt/Ponfeld, Hans Karner, einem Kaufmann aus Klagenfurt, einem gewissen Neumann, Kripo Salzburg, sowie

²⁰ Varnostno-obveščevalna služba.

²¹ DÖW 3364, S. 9.

²² Ebenda, S. 22.

²³ Die Heimat ruft. Klagenfurt 1945, Jg. 1, Folge 5. Vgl. Ruggenthaler, Ettendorf im Lavanttal, S. 255.

Ludwig Raimund, dem es gelang, ein Notizbuch in die Zelle zu schmuggeln.²⁴

Maria Zellnig, geboren am 1. September 1920, war die unverheiratete Tochter von Markus Zellnig. Von 1935 bis 1938 war sie laut Anklageschrift illegales Mitglied des BDM, wurde dann Mitglied der NSV (NS-Volkswohlfahrt), des NSFK (NS-Fliegerkorps) und des RLB (Reichsluftschutzbund). Auf diesen Widerspruch wird in den vorliegenden Quellen nicht eingegangen. Zum Zeitpunkt ihrer Hinrichtung war sie hochschwanger, wie der erwähnte Ludwig Raimund berichtet.²⁵

Die Anklage warf ihr vor, die Partisanen Klantschnik und „Alex“ unterstützt zu haben, indem sie ihnen in ihrem Zimmer ein Treffen mit sympathisierenden Arbeitern aus dem Drau-Kraftwerk ermöglichte und sich für Kurier-Dienste zur Verfügung stellte. Auch gab sie ihnen Informationen über die Arbeitskommandos der Kriegsgefangenen im Kreis Wolfsberg und ihre Bewachung. Maria Zellnigs Vater Markus Zellnig war vom Aufenthalt der Partisanen in seinem Haus wenig angetan und machte seiner Tochter Vorwürfe. Allerdings kam es wenig später wieder zu einem Treffen von Klantschnik, „Alex“ und Markus Käfer bei Maria Zellnig im Gasthaus, an dem auch Markus Zellnig teilnahm. Dabei soll unter anderem über die Liquidierung verbissener Hitler-Anhänger gesprochen worden sein, insbesondere des Bürgermeisters von Ettendorf, Riegler.²⁶

Einige Tage später ließ Käfer durch seine Tochter Irma den Partisanen zwei Paar Stiefel zukommen, die ihnen von Maria Zellnig übergeben wurden. Wenig schlüssig erscheint der folgende Punkt der Anklageschrift: Käfer wollte den Partisanen auf dem Weg über Maria Zellnig einen Brief übergeben, in dem er sie – angeblich im Auftrag eines höheren NSDAP-Amtswalters – aufforderte, im Kreis Wolfsberg keine Anschläge zu verüben oder die Bevölkerung einzuschüchtern. Maria Zellnig war mit dem Inhalt des Briefes nicht einverstanden und verbrannte ihn, was sie Käfer mitteilte. Dieser soll ihr Verhalten missbilligt haben.²⁷

Maria Zellnig brachte auch eine für die PartisanInnen tätige Kurierin mit dem Decknamen „Gretl“ zu Käfer. Käfer verlangte von ihr, ein Treffen mit

²⁴ DÖW 3693.

²⁵ Ebenda.

²⁶ DÖW 3364, S. 12 f.

²⁷ Ebenda, S. 13.

dem Stabsoffizier der PartisanInnen zu arrangieren, er wollte von diesem eine Bescheinigung als alleiniger Führer der „Österreichischen Freiheitsbewegung“ im Kreis Wolfsberg erhalten. Aufgrund eines Missverständnisses kam es jedoch nicht zu diesem Treffen.

Beim nächsten Treffen mit „Gretl“ erhielt Käfer konkrete Aufträge des englischen Verbindungsoffiziers beim Stab der Partisanen in Prävali / Prevalje, Hauptort des Mießtales in Slowenien). Käfer sollte die Stärke der Garnisonen in Wolfsberg und der Bewachung des Draukraftwerkes feststellen, eine Skizze des Draukraftwerkes und insbesondere der Unterkunftsräume der Wachmannschaften anfertigen, wehrwirtschaftlich bedeutende Objekte in Kärnten und im übrigen Reichsgebiet ermitteln.

In der Folge unternahm Käfer Reisen nach Wien, Stuttgart, Oberösterreich und in die Steiermark, um sich Informationen über die Lage von Rüstungsbetrieben zu beschaffen, die er dann über „Gretl“ an den englischen Verbindungsoffizier im Mießtal ablieferte. Ein Entwurf eines Berichts wurde bei der Hausdurchsuchung sichergestellt.

Von dem Soldaten Gottfried Krampel, den sie durch Alkohol gesprächig gemacht hatte, erhielt Maria Zellnig auch Kenntnis über einen Rüstungsbetrieb in Stettin, in dem „die geheimen V-Waffen“²⁸ hergestellt werden sollten. Diese Informationen gab sie an Käfer weiter.

Ein weiterer Vorwurf gegen Maria Zellnig war, dass sie (zusammen mit Markus Käfer, Klantschnik und „Alex“) an der Erstellung einer „schwarzen Liste“ beteiligt gewesen sei, auf der den Partisanen jene missliebigen Personen mitgeteilt wurden, die zu liquidieren seien. Als sich Käfer dabei für den Ortsbauernführer von St. Georgen einsetzte, verlangte Maria Zellnig auch dessen Liquidierung.²⁹

Markus Käfer und Markus Zellnig wurden am 13. Juni 1944 festgenommen, Irma Käfer und Maria Zellnig am 14. Juni. Alle wurden ins Gefängnis nach Klagenfurt gebracht.

Josefine Kampl, geborene Oleschko, geboren am 14. März 1915 in Ettendorf, besuchte die Volksschule in Ettendorf von 1921 bis 1925. 1934 heiratete sie und führte in der Folge eine Gemischtwarenhandlung. Sie war schon 1943 und 1944 wegen nicht näher bekannter Vergehen verurteilt worden, von

²⁸ Die Heimat ruft. Klagenfurt 1945, Jg. 1, Folge 5. Vgl. Ruggenthaler, Ettendorf im Lavanttal, S. 255.

²⁹ DÖW 3364, S. 12.

11. September bis 10. Dezember 1944 hatte sie eine Strafe zu verbüßen, die übrige Zeit nach ihrer Verhaftung am 18. Juni 1944 bis zur Hauptverhandlung am 6. Jänner 1945 verbrachte sie im Gefängnis in Klagenfurt. Bei ihr waren zwei französische Zwangsarbeiter namens Georges Menev (mit ihm soll sie ein intimes Verhältnis gehabt haben) und Emile Lelivre beschäftigt. Die beiden brachten im Februar 1944 einen aus der Gefangenschaft entflohenen Landsmann zu ihr und baten sie, diesen über Nacht zu verstecken. Kampl wusste von Käfers Kontakten zu den PartisanInnen und schickte die Franzosen zu ihm. Käfer zeichnete dem flüchtigen Franzosen auf einer Karte den Weg zu „Gretl“ ein, dieser kam jedoch nach drei Tagen zurück, er hatte „Gretl“ nicht gefunden. Kampl hielt ihn daraufhin drei Wochen versteckt, Käfer unterstützte Kampl bezüglich seiner Verpflegung und erhielt dafür eine Pistole, die von ihrem Bruder stammte. Kampl begleitete schließlich den Kriegsgefangenen so weit, dass dieser doch den Weg zu PartisanInnen fand. Kampls Ehemann diente in der Deutschen Wehrmacht.³⁰

Der Landwirt Josef Rotschitschjak aus Kleindorf (Bezirk Völkermarkt), geboren am 22. März 1884, war verheiratet und unbescholten. Er besuchte die Volksschule in St. Kanzian, danach arbeitete er in der Landwirtschaft der Eltern, die er 1919 übernahm. Er nahm 1915–1918 am Krieg teil und erhielt die bronzene Tapferkeitsmedaille sowie das Karl-Truppen-Kreuz. Einer seiner Söhne fiel an der Ostfront, ein anderer diente an der Westfront. Er war katholisch-slowenisch orientiert. Milena Gröblacher: „Ich ging die Ročičjaks noch ein paarmal ins Gefängnis besuchen, der Vater glaubte bis zuletzt, er werde nicht verurteilt, er werde überleben [...] Seine Tochter Lizika [Elisabeth] nahm alles auf sich: ‚Beim Haus hatte nur ich Kontakte‘. Trotzdem, sie verurteilten auch ihn zum Tode.“³¹

Seine Tochter Elisabeth Rotschitschjak, geboren am 10. Juli 1911, war ebenfalls unbescholten. Sie besuchte die Volksschule in St. Kanzian und die Klosterschule in St. Jakob, lernte dann Nähen in einem einjährigen Kurs in der Klosterschule St. Jakob und machte noch einen weiteren Kurs in Laibach. 1937/38 besuchte sie eine landwirtschaftliche Schule in Marburg an der Drau / Maribor, in der Folge arbeitete sie als Kindermädchen in Görz / Go-

³⁰ Ebenda, S. 18.

³¹ Gröblacher-Vanda, Zum Schluß drängten alle, S. 373 f.

rizia, kehrte dann im Juni 1938 zu den Eltern zurück. Sie war Mitglied im slowenischen Kulturbund.

Josefine Trobej aus Kleindorf, geb. Rotschitschjak, geboren am 16. März 1916, verheiratet, war eine weitere Tochter von Josef Rotschitschjak. Sie besuchte ebenfalls die Volksschule in St. Kanzian und die Klosterschule in St. Jakob, in der Folge lebte sie bis zur Eheschließung mit dem Berufssoldaten Trobej im Hause ihrer Eltern. Sie genoss ebenso wie ihre Schwestern Elisabeth und Franziska eine katholisch-slowenische Erziehung.

Franziska Rotschitschjak aus Kleindorf, Lehrmädchen, war am 12. April 1928 geboren worden. Somit war sie die jüngste Angeklagte, für sie galt die Jugendstrafrechtsverordnung vom 6. November 1943. Ebenso wie ihre Schwestern besuchte sie die Volksschule in St. Kanzian. Am 1. Mai 1944 nahm sie eine Lehrstelle im Schuhgeschäft Helletsberger in Klagenfurt an. Nach Ansicht des Anklägers war sie nach ihrer „sittlichen und geistigen Entwicklung reif genug, die Verpflichtung zu erkennen, Anzeige wegen Aufnahme von Banditen zu erstatten“.³² Inhaftiert war sie nur vom 30. Mai bis zum 27. Juni 1944.

Im Mai 1944 weckten eines Nachts die beiden Partisanen Prikerschnik („Tiger“) und „Alex“ die Familie Rotschitschjak und verlangten Einlass. Sie beruhigten die verängstigte Familie und erhielten schließlich Unterkunft im Zimmer von Elisabeth Rotschitschjak und Verpflegung. Sie blieben zwei Tage, nach zwei Wochen kamen sie wieder und verbrachten noch eine Nacht im Hause Rotschitschjak, und zwar im Zimmer der Franziska Rotschitschjak: Die Jugendliche verließ das Haus, als „Alex“ versuchte, sich ihr zu nähern. Elisabeth Rotschitschjak gab den Partisanen Verpflegung mit und willigte ein, Post für sie zu übernehmen und bis zur Abholung aufzubewahren. Jedoch erreichte sie bereits der erste Brief, Käfers Schreiben vom 4. Juni 1944, nicht mehr, denn sie war einige Tage vorher verhaftet worden.

Theresia Mitsche, geborene Gregoritsch, aus St. Veit im Jauntal, Bezirk Völkermarkt, geboren am 2. September 1884, verheiratet, hatte nach dem Be-

³² In DÖW 3364 unleserlich, s. dazu Wolfgang Form / Wolfgang Neugebauer / Theo Schiller (Hrsg.), Mikrofiche-Edition: Widerstand und Verfolgung in Österreich 1938 bis 1945. Die Verfahren vor dem Volksgerichtshof und den Oberlandesgerichten Wien und Graz, München 2005, Mikrofiche Nr. 0319.

such der Volksschule in St. Primus bei mehreren Bauern als Magd gearbeitet. 1906 heiratete sie Stefan Kummer, der 1919 starb. Drei Jahre später heiratete sie den Bürstenmacher Andreas Mitsche. Der Angeklagte Stefan Kummer war ihr Sohn aus erster Ehe, Theresia Mitsche, geb. 25. September 1922, war ihre Tochter aus zweiter Ehe.

Theresia Mitsche, geboren am 25. September 1922 in St. Veit im Jauntal, besuchte die Volksschule in St. Primus. Sie erlernte bei ihrem Vater das Bürstenmacherhandwerk und war in diesem Gewerbe bis zu ihrer Verhaftung tätig.

Andreas Mitsche (1893–1989) erinnert sich Jahrzehnte später im Interview für den Band „Spurensuche“: „Meine Frau war ja eine feste Slowenin. Sie trug den Partisanen das Mittagessen in den Wald hinauf. Dann kamen sie öfters und blieben über Nacht oben im Zimmer. Später waren sie auch den Tag über bei uns [...] Meine Tochter war in Klagenfurt, dort am Bahnhof hatte sie eine Vertraute, mit der sie das Nötige organisierte und zu den Partisanen trug und umgekehrt. Sie hat später, nachdem sie von den Nazis verhaftet worden war, gesagt, wenn sie schwach gewesen wäre – die haben sie in der Gefangenschaft geschlagen, dass sie ganz blau war –, wenn sie nicht stark gewesen wäre, hätte sie an die 200 Leute verraten können. Aber sie hat niemand verraten.“³³

Der Bürstenmachergehilfe Stefan Kummer aus Rotschitschach bei St. Kanzian, Bezirk Völkermarkt, geboren am 31. Mai 1911 in St. Veit im Jauntal, war einmal vorbestraft. Nach dem Besuch der Volksschule ging er bei seinem Stiefvater Andreas Mitsche in die Bürstenmacherlehre, er arbeitete bei ihm bis zu seiner Verhaftung. Theresia Mitsche die Ältere und die Jüngere sowie Stefan Kummer wurden am 1. Juni 1944 verhaftet.³⁴

Anfang Mai 1944 weckten Prikerschnik und „Alex“ die noch schlafende Familie Mitsche und verlangten eine Unterkunft für den Tag. Nach anfänglichem Sträuben wurde ihnen diese gewährt. „Alex“ kam im Verlauf des Mai 1944 noch mehrmals, einmal in Begleitung von Prikerschnik, einmal in Begleitung von drei anderen Partisanen, einmal in Begleitung von fünf Parti-

³³ Andrej Mitsche, Warten, in: Spurensuche. Erzählte Geschichte der Kärntner Slowenen, S. 381 f.

³⁴ DÖW 3364, S. 7. Hier ist auch vermerkt, dass er angeblich ehemaliger jugoslawischer Staatsangehöriger war.

sanen. Alle wurden jeweils tagüber versteckt und erhielten Verpflegung. Theresia Mitsche erzählte ihrem Stiefbruder Stefan Kummer von den Besuchen der Partisanen, dieser erstattete keine Anzeige.

Im Februar 1944 suchten Klantschnik in Wehrmachtsuniform und „Alex“ in SS-Uniform das Gasthaus Zellnig auf. Sie gaben sich gegenüber Maria Zellnig als Partisanen zu erkennen. Maria Zellnig verweigerte den beiden die gewünschte Unterbringung, brachte sie aber zu Markus Käfer, mit dem sie bereits früher für einen solchen Fall eine Vereinbarung getroffen hatte. Käfer versteckte Klantschnik und „Alex“ in seiner Scheune und versorgte sie mit allem Nötigen. Er empfahl ihnen, bei dem Bauern Rechberger in Magdalensberg ein Schaf zu kaufen, weil ihm die slowenisch eingestellte Familie als zuverlässig bekannt war. Nach einigen Tagen kamen Klantschnik und „Alex“ wieder zu Käfer zurück, wo sie sich wieder einige Tage aufhielten. Käfer empfahl ihnen dann, sich beim Ortsbauernführer in Steinberg gewaltsam Waffen und Uniformen zu beschaffen, was diese auch ausführten. Die Uniform zog „Alex“ an, während das geraubte Gewehr Käfer übergeben wurde. Käfer machte sie auf weitere potentielle Waffen- und Uniformquellen aufmerksam und sammelte im Laufe der Zeit selbst etliche Waffen.

Anfang Mai 1944 tauchten Prikerschnik und „Alex“ wieder bei den Zellnigs auf und erhielten von ihnen Verpflegung. Ihre Aufgabe war, Nachrichten für die Engländer und Waffen zu beschaffen, außerdem berichteten sie von der bevorstehenden Landung der Alliierten. Käfer versteckte und verpflegte die beiden dann einige Tage, er erhielt den Auftrag, Nachrichten für sie über Elisabeth Rotschitschjak (Deckname „Toncka“) zu senden.

Am 4. Juni 1944 übergab Käfer an Maria Zellnig einen Brief an Elisabeth Rotschitschjak mit dem Auftrag, ihn in Wolfsberg zur Post zu geben. Zellnig jedoch sandte den Brief in Lavamünd ab, was aber nicht die Ursache war, dass er der Gestapo in die Hände fiel: Rotschitschjak war bereits am 30. Mai verhaftet worden. Der Brief diente im Prozess als wichtiges Beweisstück, Käfer gab darin an, welche Objekte vorrangig zu bombardieren wären: zum Beispiel die Sprengkapselwerk Oberlaa bei Wien, die Flugzeugwerke in Wiener Neudorf, die Viadukte der Semmeringbahn, die Papierfabriken Pöls und Frantschach, die Kupferminen in Bischofshofen, die Produktionsstätten der „neuen Waffen“ in Neustettin / Szczecinek etc. Zu unterlassen wäre die Bombardierung von Klagenfurt, weil dort nichts Kriegswichtiges mehr vorhanden wäre.³⁵

³⁵ Ebenda, S. 16 f.

Im Zuge einer Aktion gegen die PartisanInnen im Mießtal geriet Johann Klantschnik, der bei dem Gefecht schwer verwundet wurde, in die Hände der Gestapo. Ab Mai 1944 begleitete daher Stefan Prikerschnik („Tiger“) den Kurier „Alex“. Die Kirchenchronik ist in folgendem Punkt eine wenig ergiebige Quelle: „Zwei Partisanen mit wichtigen Nachrichten von Käfer für die Engländer wurden bei St. Paul verraten und einer erschossen. So kam der Stein ins Rollen.“³⁶ Milena Gröblacher, die seit 1943 mit den slowenischen PartisanInnen in Kontakt war, erinnert sich: „Die beiden [,Alex‘/Aleš und ‚Tiger‘], und damit auch die ganze Gruppe, wurden im Sommer 1944 gefangenengenommen. Die beiden hatten schon früher Verbindungen zu den deutschen Gebieten, hinaus nach Ettendorf, und beim Überqueren der Drau fiel der Aleš, den Tiger nahmen sie gefangen. Er spielte dann eine Rolle, die sehr, na ja, eigentlich kann man das schwer beurteilen, er hat halt verraten. Die Gruppe Käfer ist durch ihn aufgefliegen.“³⁷ „Tiger“, das war der Partisanendeckname von Stefan Prikerschnik. Er war ein Wehrmichtsangehöriger, der zu den Partisanen übergelaufen war und vor das Reichskriegsgericht gestellt wurde.³⁸ Im Prozess gegen die Gruppe diente Prikerschnik als Zeuge der Anklage.

Der Prozess wurde vom berüchtigten Präsidenten des Volksgerichtshofs, Roland Freisler, persönlich geleitet, er fand am 6. Januar 1945 in Klagenfurt statt. Der Senat (1. Senat) bestand neben Freisler aus Landesgerichtsdirektor Dr. Erich Schlemann und den Laienrichtern Gebhart („kommissarischer Gauamtsleiter“), Lettner („Hauptgemeinschaftsleiter“) und Treffer („Abschnittsleiter“). Als Anklagevertreter fungierte Landesgerichtsrat Dr. Bernhard Bach.³⁹

Die Urteilsbegründung ist dürftig, nur bei Käfer ein bisschen ausführlicher: „Markus Käfer, ein alter verbissener, schwer bewaffneter kommunistischer Volksverräter machte sich zum Rädelsführer kommunistischen Ban-

³⁶ Kirchenchronik von Ettendorf im Lavanttal, 1944.

³⁷ Gröblacher-Vanda, Zum Schluß drängten alle, S. 372.

³⁸ STPI.- RKA II 577/44; vgl. DÖW 3364, S. 15.

³⁹ Die beiden Mitsches und Stefan Kummer, der Sohn der Theresia Mitsche der Älteren, hatten als Verteidiger Dr. Max Streit aus Klagenfurt. „Die übrigen bisher ohne Verteidiger“ vermerkt die von Albert Weyersberg erstellte Anklageschrift. Eine Besonderheit des Verfahrens vor dem Volksgerichtshof war, dass eine freie Wahl des Verteidigers nicht vorgesehen war. Ob die anderen Angeklagten einen Pflichtverteidiger zur Seite gestellt bekamen, konnte nicht eruieret werden.

denunwesens im Sarantal [sic!], betrieb im großen Kriegsspionage und gab wichtigste Informationen zur Bombardierung von Rüstungsbetrieben in vielen Gauen des Reiches, beriet über Liquidierung deutscher Volksgenossen, führte den Banden einen Franzosen zu und half ihnen auch sonst.“⁴⁰ Seine Frau Irma „ließ nicht nur gegen lediglich schwachen Protest das Treiben ihres Mannes [...] zu, sondern schrieb sogar in dessen Auftrag zwei Spionageberichte selten schwerwiegenden Inhalts“. Markus Zellnig „ließ zu, dass seine Tochter sein Haus zum Stützpunkt der Banditen“ machte.⁴¹

Maria Zellnig, die beiden Mitsches und Josef und Elisabeth Rotschitschjak wurden wegen Unterstützung der Partisanen verurteilt, Maria Kampl, weil sie den flüchtigen französischen Zwangsarbeiter unterstützt hatte, Klantschnik wegen Partisanentums, Überfalls auf einen Gendarmerieposten und Beraubung eines Ortsbauernführers. Gegen das Urteil gab es seitens der Angeklagten keine Berufungsmöglichkeit.⁴²

Die genannten zehn Angeklagten wurden alle zum Tode verurteilt. Vollstreckt wurden die Urteile bereits wenige Tage später, in der Hinrichtungsstätte im landesgerichtlichen Gefangenenhaus Graz am 12. Januar 1945.⁴³ Die Art der Hinrichtung ist in den Akten nicht erwähnt, die Lokalpresse berichtete, dass das Urteil auf Tod durch den Strang lautete.⁴⁴ Andreas Mitsche dagegen berichtet von einer Mitteilung aus Graz: „Darin stand, dass sie am 8. Jänner um halb acht am Abend geköpft worden sind.“⁴⁵

Josefine Trobej ließ geschehen, dass ihr Vater und ihre Schwester Elisabeth den Partisanen Unterschlupf gewährte. Dafür wurde sie zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.

Stefan Kummer erfuhr von seiner (Stief-)Schwester, dass Partisanen im Haus gewesen waren, zeigte das aber nicht an. Dafür wurde er zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

⁴⁰ VGH-Aktenzeichen 1H1/45. 11 J 301/44 g. In: Form / Neugebauer / Schiller (Hrsg.), Mikrofiche-Edition, Mikrofiche Nr. 0319.

⁴¹ Ebenda.

⁴² Die Einrichtung des Volksgerichtshofes wurde 1934 von Hitler für politische Verfahren wie z. B. Hochverrat verfügt, Berufung gegen Urteile konnte nur der Staatsanwalt einlegen.

⁴³ VG Berl. 11 J 301/44. In: Bericht des Präsidenten des Landesgerichtes für Strafsachen Graz an den Verband österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus in Wien. Jv 892-30/62-12. Vgl. DÖW 1936.

⁴⁴ Vgl. z. B. „Zu bombardieren sind ...“ In: Kärntner Volkszeitung, 16. Jg., Nr. 6, 15. 1. 1945, S. 3.

⁴⁵ Mitsche, Warten, S. 384.

Der sechzehnjährigen Franziska Rotschitschjak wurde mangelnde Einsicht zugute gehalten, sie wurde freigesprochen.⁴⁶

Nicht im Urteil enthalten ist die Enteignung der Familien Käfer und Zellnig, nur eine spätere Quelle verweist darauf: „Nicht nur das Leben nahm man ihnen, Käfer und Zellnig wurden enteignet.“⁴⁷ Markus Käfer hatte vorsorglich seinen gesamten umfangreichen Besitz seiner Frau überschreiben lassen, was sich aber unter den gegebenen Umständen als nutzlos erwies. Irma R., die ältere Tochter des Ehepaars Käfer, berichtet, dass NS-Parteigänger das Haus plünderten und in Besitz nahmen, ein Nachbar namens Rieger ging in Markus Käfers Anzügen spazieren. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes und der gerichtlich verfüigten Rückgabe des Vermögens gelang es den ErbInnen nur mit Mühe, die ungebetenen Gäste zu vertreiben.

Kein eigenes Denkmal⁴⁸ und keine Gedenktafel ehrt die Hingerichteten, die sich im Sinne der „Moskauer Deklaration“ vom 30. Oktober 1943 größte Verdienste um Österreich erworben haben. Naheliegender wäre es, jene kleine Gasse in Klagenfurt (Wilhelm-Meister-Weg) nach Markus Käfer zu benennen, in der er in den dreißiger Jahren ein Haus errichten ließ, das übrigens unverändert dort steht.

⁴⁶ VGH-Aktenzeichen 1H1/45. 11 J 301/44 g. In: Form / Neugebauer / Schiller (Hrsg.), Mikrofiche-Edition. Mikrofiche Nr. 0319 und (identisch) Mikrofiche Nr. 368.

⁴⁷ Unveröffentlichte Manuskripte für das von der Bundesregierung herausgegebene Rot-Weiß-Rot-Buch, 1946. DÖW 8354.

⁴⁸ Die Namen der in Graz hingerichteten Opfer des Nationalsozialismus sind in einem Denkmal am Grazer Zentralfriedhof eingraviert, somit auch die hier erwähnten Personen.

BRIGITTE HALBMAYR

**„DAS WAR EINE
SELBSTVERSTÄNDLICHKEIT,
DASS WIR DA GEHOLFEN HABEN.“**

**Die Fallschirmagenten Albert Huttary und Josef Zettler
und ihre UnterstützerInnen – ein Fallbeispiel**

Ida Huttary hielt in einem kurzen Lebenslauf, geschrieben Mitte der 1990er Jahre, fest:

„Mein Mann hatte einen Bruder, der aus politischen Gründen zum Feind übergelaufen ist. Wir hörten lange Zeit nichts von ihm. Am 9. 1. 1944 stand er plötzlich vor der Tür. Er fand bei uns Unterkunft. Am 30. 3. 1944 wurden meine Schwiegereltern, meine Tante und ich verhaftet und kamen ins Polizeigefängnis in die Elisabethpromenade. Da blieben wir einige Monate. Mein Schwiegervater kam nach Dachau, wir Frauen sind [...] nach Ravensbrück gekommen.“¹

Hinter diesen wenigen Zeilen verbirgt sich eine dramatische Geschichte nicht nur der hier genannten Personen, sondern noch zahlreicher weiterer, die in den „Fall Huttary/Zettler“ involviert waren. Alleine im Zuständigkeitsbereich der Gestapo-Leitstelle Wien kam es in den Jahren 1942 bis 1945 zu 100 Verhaftungen so genannter Fallschirmagenten und zu rund 500 weiteren von QuartiergeberInnen und sonstigen HelferInnen.² Wir wissen wenig über deren Einsatz und Ideenreichtum, Ängste und Sorgen, erlittene Schikanen und Torturen, Überleben oder Sterben.

Es geht im Folgenden vor allem um diese Männer und insbesondere Frauen (viele ihrer Väter, Ehemänner und Söhne waren an der Front), die versuchten, den Fallschirmagenten ein Überleben zu ermöglichen, indem sie sie

¹ Erinnerungen Ida Huttary (kurzer schriftlicher Bericht).

² Hans Schafranek, Im Hinterland des Feindes: Sowjetische Fallschirmagenten im Deutschen Reich 1942–1944, in DÖW-Jahrbuch 1996, S. 10–40, hier 33 f.

versteckten, gepflegt, weitere Kontakte knüpften etc., beispielhaft veranschaulicht am Schicksal jener Personen, die Albert Huttary und Josef Zettler versteckt hielten. Diesen Artikel ermöglicht v. a. der Umstand, dass von den Frauen der Gruppe, die nach mehreren Wochen Haft in Wien im August 1944 nach Ravensbrück verschickt wurden, drei von ihnen noch eingehend zu ihrer Geschichte befragt werden konnten. Mein großer Dank gilt Ida Huttary, Pauline Leibel und Hilde Zimmermann, die ihre Lebensgeschichten mit mir teilten.³ Als weitere Quellen zur Entschlüsselung der komplexen Zusammenhänge dienten mir zahlreiche Archivmaterialien am DÖW, wie Prozessakten und darin enthaltene Zeugenaussagen von den und über die in diesen Fall verwickelten Personen, Lebensläufe, Briefsammlungen, die Online-Datenbank „Nicht mehr anonym“, eidesstattliche Erklärungen etc. Zum historisch-politischen Kontext sind in erster Linie die Fachartikel von Hans Schafrank zu erwähnen.⁴

Zu den beiden erstgenannten Quellen, den lebensgeschichtlichen Interviews wie auch den Archivmaterialien, sei vorweg festgestellt, dass in ihnen immer wieder widersprüchliche Angaben zu finden sind. Einerseits wird hier an teilweise weit zurückliegende Geschehnisse erinnert, was Irrtümer, Auslassungen, Überformungen und Glättungen nach sich zieht; auch in den schriftlichen Materialien, die großteils ebenfalls im Nachhinein (wenn auch in geringerem zeitlichen Abstand zum Geschehen) festgehaltene Erinnerungen sind, wie auch Verhörprotokollen etc. sind Abweichungen vorzufinden, insbesondere – aber nicht nur – was Zeitangaben anbelangt. Andererseits zeigen die unterschiedlichen Perspektiven auf eine Situation die unterschiedlichen Bedeutungen des Erlebten für die eigene Biographie, wobei die ver-

³ Interviews mit Ida Huttary am 3. 6. und 7. 8. 2008, im Rahmen des Videoprojektes „Visible“ von Bernadette Dewald und Marika Schmiedt; Interview mit Pauline Leibel am 22. 7. 2008; Interviews mit Hilde Zimmermann am 7. und 9. 6. 1999 sowie am 16. 9. 1999 im Rahmen der Studie „Vom Leben und Überleben – Wege nach Ravensbrück. Das Frauenkonzentrationslager in der Erinnerung“ von Helga Amesberger und Brigitte Halbmayr, Wien 2001 (zwei Bände).

⁴ Vgl. Schafrank, Sowjetische Fallschirmagenten; ders., Die Anfänge der Operation Pickaxe 1941/42. Sowjetische Funk- und Fallschirmagenten unter der Patronanz des britischen Geheimdienstes SOE, in: *Journal for Intelligence, Propaganda and Security Studies*, Nr. 1/2008, S. 7–22; ders., V-Leute und „Verräter“. Die Unterwanderung kommunistischer Widerstandsgruppen durch Konfidenten der Wiener Gestapo, in: *Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Nr. 3/2000, S. 300–349; für noch viele weitere Literatur- und mündliche Hinweise möchte ich mich sehr herzlich bei Hans Schafrank bedanken.

schiedenen Akzentuierungen die Darstellungen stark voneinander abweichen lassen.⁵ Deutliche Spuren hinterlassen auch die verschiedenen historisch-politischen Entstehungskontexte der Texte und deren antizipierte LeserInnenschaft, die ebenso vorsichtig rezipiert werden müssen, wie etwa Veröffentlichungen im Militärverlag der DDR. Ein kritischer Umgang mit den vorliegenden Quellen ist also unumgänglich. Nachstehend wird daher – sofern es sich nicht um subjektive, individuelle Erfahrungen und Sichtweisen handelt – die wahrscheinlichste Version der Ereignisse 1944/1945 wiedergegeben.

Die Geschehnisse Anfang 1944

Der Schwager von Ida Huttary, Albert Huttary, geboren am 30. Dezember 1908, war Beschäftigter in der Glasfabrik in Brunn am Gebirge, wo er – mit zahlreichen Gesinnungsgenossen, etwa auch seinem Vater – als überzeugter Kommunist einer Widerstandszelle angehörte. Nachdem er im Februar 1942 zur Wehrmacht einberufen und bald darauf an der Ostfront eingesetzt wurde, lief er noch im April 1942 zur Roten Armee über.⁶ In der Nähe von Moskau wurde er zum Funker und Fallschirmspringer ausgebildet und – aufgrund des Geheimabkommens „Pickaxe“ zwischen sowjetischem NKWD und britischem SOE⁷ – nach England überstellt. Gemeinsam mit Josef Zettler wartete er dort ein Jahr auf seinen Einsatz, der schließlich Anfang Jänner 1944 stattfand.

Josef Zettler war gebürtiger Deutscher, geboren 1904 in Wolferding in Niederbayern.⁸ Als 14-Jähriger erlebte er die Novemberrevolution in Bayern

⁵ Vgl. Gabriele Rosenthal, *Erlebte und erzählte Lebensgeschichte. Gestalt und Struktur biographischer Selbstbeschreibungen*, Frankfurt/M.–New York 1995; Harald Welzer, *Was ist autobiographische Wahrheit? Anmerkungen aus Sicht der Erinnerungsforschung*, in: Klaus-Jürgen Bruder (Hrsg.), *„Die biographische Wahrheit ist nicht zu haben“*, Frankfurt/M. 2003, S. 183–202.

⁶ Nach eigener Aussage Albert Huttarys erhielt er von der KPÖ, „den bindenden Auftrag, in die SU zu emigrieren, da mit meiner Verhaftung jederzeit gerechnet werden musste. Im April 1942 ging ich daher an der Ostfront zur Roten Armee über.“ *Politischer Lebenslauf Albert Huttary*, DÖW 20.723/2 bzw. DÖW 19.375.

⁷ Vgl. hierzu Schafranek, *Sowjetische Fallschirmagenten*, S. 24 ff.; ders., *Operation Pickaxe 1941/42*, S. 7 ff.

⁸ Vgl. zu den biographischen Angaben Monika Leuschner, *Josef Zettler – ein Leben im Dienste der Arbeiterklasse*, in: *Militärgeschichte* Nr. 6/1979, S. 721–729.

und begeisterte sich für die neue Staatsform der Räte­demokratie, die am 2. Mai 1919 niedergeschlagen wurde. Anfang 1919 trat er der KPD bei, erste Schulungen in Moskau absolvierte er 1930. Nach einem Einsatz in Spanien an der Seite der Internationalen Brigaden 1936/1937 ging er in die Sowjetunion, von wo er als Kundschafter der Roten Armee jahrelang in den USA, Rumänien, Italien, Bulgarien und Jugoslawien tätig war, bevor er 1942 in den Dienst des NKWD trat.⁹ Im Unterschied zu vielen anderen Fallschirmagenten, auch zu Huttary, verfügte Zettler über einen langjährigen militärpolitischen bzw. nachrichtendienstlichen Erfahrungshintergrund.¹⁰

Die beiden hätten in der Nähe von St. Pölten abspringen sollen, wurden aber erst südlich von Wien abgesetzt¹¹: Albert Huttary bei Velm in der Nähe von Münchendorf und Josef Zettler bei Bruck an der Leitha, sodass sie sich vorerst alleine durchschlagen mussten.¹²

Beider Landung wurde von der Luftabwehr beobachtet, weshalb sie sich schnellstmöglich verstecken mussten. Zettler durchwatete die Leitha und vergrub sich in einem Heuhaufen, wo er tags darauf von Landarbeitern (Fremdarbeitern) gefunden und verarztet wurde: Zettler, im Umgang mit englischen Fallschirmen keineswegs trainiert, war bei der Landung vom Bodenwind erfasst worden und verletzte sich am gefrorenen Feld an beiden Handrücken.¹³ Huttary suchte für 24 Stunden in einem Kanalrohr Schutz, bevor er sein mit-

⁹ Schafranek, Sowjetische Fallschirmagenten, S. 17.

¹⁰ Ebenda, S. 12.

¹¹ Die Fallschirmagenten, die im Hinterland des Feindes abgesetzt wurden, waren mit verschiedenen politischen, nachrichtendienstlichen oder militärischen Aufträgen ausgestattet, wie etwa: „Informationen über Truppenbewegungen, das Transportsystem und Industrieanlagen; politische Stimmungsberichte; Vorbereitung und Durchführung von Sabotageakten; Attentate auf prominente Repräsentanten des NS-Staates; Gründung bzw. Unterstützung von antifaschistischen Widerstandsgruppen; Aufbau bzw. Kontrolle kommunistischer Untergrund-Organisationen und nicht zuletzt auch die Etablierung von Spionagenetzen.“ (Hans Schafranek, Fallschirmagenten der UdSSR im Zweiten Weltkrieg, www.doew.at/thema/thema_alt/wuv/nkwd/schafranek.html, letzter Zugriff am 14. 1. 2009) – Welche Aufgaben Huttary und Zettler zuge­dacht gewesen wären (aber allesamt nicht erfüllt werden konnten), konnte nicht eruiert werden.

¹² Vgl. Josef Holzer, Abschrift von Auszügen aus den Aufzeichnungen über den Widerstand in den „Ostmark-Werken“ (Wien Arsenal), DÖW 19.769; Schafranek vermutet einen technischen Defekt, der die beiden relativ weit vom vorgesehenen Absprungort und im Abstand von drei Minuten und daher einige Kilometer voneinander entfernt aufkommen ließ, vgl. Sowjetische Fallschirmagenten, S. 40.

¹³ Sowohl Ida Huttary als auch Hilde Zimmermann berichteten von den schweren Handverletzungen Zettlers. Er selbst erwähnte sie in einer Biographie nicht: „Ein eiskalter Bodenwind trennte mich beim Absprung sowohl von meinen Kampfgefährten, als auch von all den

gebrachtes Funkgerät vergrub und sich anschließend zu seiner Anlaufadresse in Wien-Simmering aufmachte. Da die betreffende Kontaktperson dort nicht mehr anzutreffen war, wandte er sich an seine Eltern in Brunn/Gebirge.

Die Familie Huttary wohnte auf engem Raum: Ida war nach ihrer Hochzeit mit Adolf Huttary 1938 in die 2-Zimmer-Wohnung der Schwiegereltern gezogen, wo sie auch im Jahr 1944 mit ihrem zwei Jahre alten Sohn Fredi lebte. Deshalb ersuchten sie die benachbarte Familie Wild Albert nächstens Unterschlupf zu geben, tagsüber hielt er sich bei den Huttarys im Kabinett auf, so erzählt Ida. Dieses Arrangement hielt fast drei Monate, bis die Schwester von Frau Wild, die vom Verstecken des Nachbarsohnes nichts wissen durfte, zur Familie zog. Um halb 6 Uhr früh des darauffolgenden Tages, es war der 30. März 1944 – Albert hatte frühzeitig die Wohnung der Familie Wild verlassen –, klopfte die Gestapo, verkleidet als Gaswerksarbeiter, an die Tür der Huttarys und verhaftete Albert, seine Eltern und seine Schwägerin Ida.

Noch dramatischer verliefen die 12 Wochen zwischen Landung und Verhaftung für Josef Zettler: Er fand – auf Vermittlung Albert Huttarys und seiner Familie¹⁴ – bei Familie Müllner in Brunn/Gebirge Unterschlupf, d. h. im Haus nebenan und Hermine Müllner war die Schwester von Karoline Huttary, Alberts Mutter. Da dies eine besonders prekäre Situation war, wurde er nach rund 14 Tagen zu Familie Holzer in Maria Enzersdorf gebracht.¹⁵ Auch hier dürfte er sich nicht lange aufgehalten haben, da, so berichtet Josef Holzer, gleich am ersten Tag nach der Ankunft von Sepp um Mitternacht die Polizei gekommen sei. Zettler konnte sich mit falschen Papieren und einer Deckgeschichte aus der Affäre ziehen, doch verließ er das Versteck kurze Zeit später.¹⁶ Die nächsten Stationen führten ihn nach Wien. Vermutlich wa-

für die Erfüllung des Auftrages erforderlichen Mitteln. Hinzu kam, dass mit Leuchtraketen und Hunden ausgerüstete Nazihäscher nach uns Fallschirmspringern fahndeten.“ Zit. n. Leuschner, Josef Zettler, S. 726.

¹⁴ Albert Huttary meinte, nachdem er bei seinen Eltern aufgenommen wurde: „Morgen kommt noch einer“, so Ida Huttary im Interview am 3. 6. 2008. Mit Sepp Zettler muss also Huttarys Heimatadresse als potentielle Anlaufmöglichkeit bereits vereinbart gewesen sein.

¹⁵ Sowohl Ida Huttary wie auch Josef Holzer berichteten, dass Alberts Bruder Adolf sich um ein anderes Quartier für Zettler bemühte. Die Holzers waren mit den Huttarys eng befreundet.

¹⁶ Josef Zettler wurde von Brunhilde Holzer aufgenommen, ihr Ehemann Josef Holzer war im Jänner 1944 nicht zu Hause. Zettler hinterließ der Frau eine Giftphiole für den Fall, dass die Gestapo nochmals vorstellig werde. Die ihm von Brunhilde Holzer genannte Adresse suchte er nicht auf.



Othmar Wundsam im Hof des Gemeindebaus in der Meißnergasse, in welchem die Familie Wundsam und Sepp Zettler Ende März 1944 verhaftet wurden.

(Foto: Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück und FreundInnen / ÖLGRF)

ren das Ehepaar Eugen und Valerie Tatar seine nächsten Quartiergeber, denn die beiden letzten Verstecke sind bekannt: Er war einige Zeit bei Familie Hochmeister in Stadlau untergebracht, schließlich bei Familie Wundsam in Kagran, wo Sepp Zettler, in derselben Nacht wie sein Partner Albert Huttary, von der Gestapo verhaftet wurde. Bei Familie Wundsam wurden ebenfalls alle sonstigen Anwesenden verhaftet: Anna Wundsam, ihre Tochter Hilde und auch ihr Sohn Othmar, der sich als Wehrmachtangehöriger und ausgebildeter Funker auf Heimaturlaub befand.

Die genaueren Umstände des Versteckens und der Verhaftung von Albert Huttary

Ida Huttary erzählt, wie das plötzliche Auftauchen ihres Schwagers die Familie vor ganz neue Herausforderungen stellte:

„Und eines schönen Tages, am 9. Jänner 1944, um 9 Uhr abends, hat es geklopft – ich war mit meinem Sohn und meinem Schwiegervater



Ida Huttary während des Interviews, Perchtoldsdorf 2008

(Foto: Österreichische Lagergemeinschaft Ravensbrück und FreundInnen / ÖLGRF)

daheim, mein Mann war noch im Dienst –, auf einmal klopft es, und wer steht vor der Tür? Mein Schwager. Das war die Überraschung, also wir waren ganz baff. Meine Schwiegermutter und die Tante waren gerade im Kino, nicht zu Hause. Da sagt der Schwiegervater: Mein Gott, wie werd ich es meiner Frau sagen, dass der Bub da ist? Nun, da kommen die beiden heim vom Kino, Albert war im Zimmer. Frage ich die Schwiegermutter und Tante, wie denn das Kino war, sie meinen, ja traurig etc. Darauf Ida: ich hab auch einen Traum gehabt heute – das war wirklich wahr –, auch einen Traum gehabt, dass der Albert vor der Tür steht. Darauf die Schwiegermutter: das wär meine größte Freud! Daraufhin kam Albert aus dem Kabinett. War furchtbar.“¹⁷

Etwas Einblick erlaubt Ida auch in die psychische Belastung, der die Familie in den folgenden Wochen ausgesetzt war: „Die drei Monat waren furchtbar für uns, nur ein Zittern, weil kaum ist der Wind gegangen, dachten

¹⁷ Interview mit Ida Huttary.

wir schon, sie kommen. War schon eine Nervensache.“ Zwar nächstens bei den Nachbarn untergebracht, musste Albert Huttary sich tagsüber im Kabinett der elterlichen Wohnung versteckt halten, „es waren ja rundum Nazis“. Nur am Abend, nach 22 Uhr, ging er vors Haus auf eine Zigarette und zum Luftschnappen, dann hinüber zu den Wilds.



**Ida und Adolf Huttary,
1940er Jahre**

(Foto:
Österreichische Lager-
gemeinschaft Ravensbrück
und FreundInnen / ÖLGFRF)

Eine besondere innere Anspannung herrschte während des allabendlichen Kartenspiels mit den Nachbarn – die Wilds, die Huttarys, die Müllners und die Irmmlers trafen sich immer zwischen 19 und 21 Uhr, jeden zweiten Abend bei den Huttarys – und im Zimmer nebenan hielt sich Albert versteckt.

Sowohl Ida Huttary als auch ihr Mann waren beim Militär beschäftigt, Adolf Huttary als Ausbilder in einer Kaserne, Ida im Militärbetrieb in Brunn/Gebirge, wo sie bei der Bekleidungsabgabe für die Soldaten tätig war. Diese direkte Einbindung in den Wehrmachtsapparat und gleichzeitig daheim einen versteckten Frontüberläufer zu wissen erforderte von beiden ein hohes Ausmaß an Disziplin. Des Weiteren deutete einiges darauf hin, dass

sie bereits im Visier der Gestapo standen: Einer ihrer Mitarbeiter näherte sich Adolf als Agent provocateur, wie in der Anklage gegenüber einem ehemaligen Gestapo-Beamten deutlich wird: „Adolf Huttary gegenüber gab sich Brödl als Mitglied einer Widerstands-Organisation aus, überbrachte ihm zum Scheine Nachrichten von seinem zu den Russen übergelaufenen Bruder und wollte für diesen Quartier vorbereiten und trug Huttary auf, ihm allenfalls einlangende Nachrichten von seinem Bruder zu überbringen. Bald nachher wurde Huttary verhaftet.“¹⁸

Allen Vorsichtsmaßnahmen zum Trotz kam es nach drei Monaten zu einer Verhaftungswelle. Albert Huttary, der im Nachkriegsprozess gegen Johann Sanitzer, den für die Fallschirmagenten zuständigen Referatsleiter der Gestapo-Leitstelle Wien, als Zeuge auftrat, schildert seine Verhaftung wie folgt¹⁹:

„Um ½ 6 Uhr früh bin ich bei meinen Eltern in der Wohnung verhaftet worden, wohin ich mich von der Familie Wild begeben hatte. Es erschien eine Gruppe von Leuten in Gaswerksarbeitertracht. Die Leute drangen in den Raum ein, sie trugen Kappen, stürzten sich auf mich und verprügelten mich. Der Angeklagte war persönlich dabei. Sie haben mir die Hände nach hinten gefesselt, die Hose heruntergezogen und haben mich geschlagen, ohne irgend einer Einleitung. Der Angeklagte hat diese Gruppe angeführt. Dann hat man mich gefesselt herausgeführt. Ein Mann hat mich mit einem Gummischlauch geschlagen, alle anderen ‚Schlaginstrumente‘ konnte ich nicht feststellen. Ich wurde auf das Bett im Zimmer geworfen, die Polster über mich gedeckt und wie oben geschildert misshandelt. Ich wurde dann den Rücken herunter über das Gesäß bis zu den Waden herunter geschlagen. Dann wurde ich meinem Freund Holzer gegenübergestellt. Nach der Schlägerei haben sie mich aufgerichtet und dann haben sie mich hinausgeführt.“

Die Passage zeigt den brutalen Umgang der Gestapo mit den Fallschirmagenten – Albert Huttary schilderte an späterer Stelle der Zeugenaussage,

¹⁸ DÖW 20.503/1 [15 St 17749/47], Anklageschrift gegen Anton Brödl.

¹⁹ DÖW 8912, Strafverfahren des VG Wien Vg 11c Vr 586/47, Hauptverhandlung Johann Sanitzer, Zeugenaussage Albert Huttary, 13. 1. 1949. Schreibfehler hier wie in den folgenden Zitaten nicht übernommen.

dass er in Folge der Misshandlungen acht Wochen hindurch nicht fähig war zu sitzen oder am Rücken zu liegen. Doch auch die QuartiergeberInnen blieben nicht verschont. Ida Huttary selbst erzählt von keiner Gewaltanwendung während der Verhaftung ihr gegenüber, doch die Eltern Huttary wurden ebenfalls misshandelt, erzählt Albert Huttary: „Meine Eltern wurden auch in die Küche gebracht und dort geschlagen. Ich bin vor meinen Eltern geschlagen worden. Als die Gestapoleute hereinkamen, eilte meine Mutter zu meinem Rock und wollte dortselbst meine Pistole herausnehmen, deswegen wurde sie verprügelt, bis sie zusammengestürzt ist.“²⁰

Albert Huttary schließt die Darstellung seiner Verhaftung wie folgt: „In der Küche wurde ich, wie erwähnt, wieder geschlagen. Vor allem hat mich der Weiss über Kommando des Angeklagten geschlagen. Der Angeklagte hat mit der Faust auf mich losgehauen. Er versetzte mir einige Faustschläge ins Gesicht und ist mir auf die Zehen getreten. [...] Ich wurde dann aufgefordert mich anzuziehen, da ich ja nur im Pyjama war, und wurde gefesselt mitgenommen, auch meine Eltern und meine Schwägerin Ida Huttary wurden mitgenommen. Ich wurde auf die Gestapo gebracht und von Brödl verhört. Dieser hat sich schon früher einmal meinem Bruder und meiner Schwägerin genähert.“²¹

Die gut informierte Gestapo

Wie sich für die Betroffenen im Nachhinein herausstellte – und durch die Forschung bereits gut dokumentiert ist²² –, war dem Zugriff der Gestapo nicht zu entgehen, da diese bereits vorab über (noch kommende) Fallschirm-

²⁰ DÖW 8912. Ida Huttary schildert den Hergang der Verhaftung etwas anders: Gemäß ihrer Erinnerung haben die Gestapomänner lautstark nach Herausgabe von Albert Huttary verlangt und dabei dessen Mutter derart mit Schimpfwörtern überhäuft, dass Albert Huttary mit seiner Pistole aus dem Versteck gekommen sei – woraufhin sich die Mutter vor ihren Sohn stellte, damit er nicht erschossen werde. So habe, meint Ida Huttary, die Mutter dem Sohn zweimal das Leben geschenkt. Ida Huttary selbst war während der Szene allerdings nicht im gleichen Raum, sondern mit ihrem Sohn Fredi im benachbarten Zimmer.

²¹ DÖW 8912.

²² Vgl. Schafranek, Sowjetische Fallschirmagenten; ders., V-Leute; Wolfgang Neugebauer, Zur Struktur, Tätigkeit und Effizienz des NS-Terror systems in Österreich, in: Hans Schafranek / Johannes Tuchel (Hrsg.), Krieg im Äther. Widerstand und Spionage im Zweiten Weltkrieg, Wien 2004, S. 197–214.

springer Bescheid wusste. Dies war der Fall, weil bereits die ersten Teams, die von der Sowjetunion und meist mit englischen Flugzeugen kommend im Deutschen Reich abgesprungen waren²³, verhaftet und schwer gefoltert worden waren, sodass diese viele weitere Namen von MitstreiterInnen und die Funkcodes, mit denen die Agenten zu ihren Auftraggebern in Moskau Kontakt halten sollten, bekannt gaben. In den Fängen der Gestapo mussten viele den Funkkontakt weiter aufrechterhalten, wurden also zu so genannten „Funkspielen“ gezwungen, oder die Gestapobeamten selbst gaben sich gegenüber Moskau als Agenten aus. Der Druck auf die Fallschirmagenten verstärkte sich insbesondere nach dem erfolgreichen Attentat eingeflogener Exil-Tschechen auf Reinhard Heydrich (im Mai 1942), woraufhin die Gestapo und zahlreiche weitere Organisationen sich an der Jagd nach Fallschirmagenten und ihren UnterstützerInnen beteiligten.²⁴

Auch die beiden Fallschirmspringer Huttary und Zettler wurden zu solchen „Funkspielen“ gezwungen. Wenngleich auch sie immer wieder versuchten, die Gestapo zu täuschen, muss dennoch vermutet werden, dass dabei viele Informationen unausweichlich an diese weitergegeben wurden. Albert Huttary berichtete während seiner Zeugenaussage im Nachkriegsprozess gegen Sanitzer: „Sanitzer hat mich dann aufgefordert, mit meiner Stelle Funkverbindungen aufzunehmen. Er suchte mich auch zu veranlassen, meinen Freund Holzer für dieses Funkspiel zu gewinnen. Er hat mir dabei mit der Ausrottung meiner ganzen Sippe gedroht, falls ich verneinen würde. Ich bin dann in der Folgezeit aus diesem Grunde mit meinem Freunde zusammengeführt worden. Ich habe aber dem Angeklagten eindeutig zu verstehen gegeben, dass ich unter keinen Umständen meinen Freund dazu zwingen werde. Dann hat er mich aufgefordert, selbst in der Sache mitzutun. Ich habe hierauf die Verbindung gezwungenermaßen aufgenommen und habe mein Warnsignal durchgegeben. Ich erhielt ein Telegramm zurück mit den Worten ‚Wir haben dich sehr gut gehört.‘ Ich habe dann durchgegeben ‚Gut angekommen, große Schwierigkeiten, Sepp ist bei guten Freunden.‘ Statt den Namen Sepp habe ich aber diesen Namen spanisch durchgegeben, weil bereits ausgemacht war, dass die Sache faul ist, falls der Name Sepp nicht vorkomme. Ich musste im Verlaufe von 4 Wochen je einmal Verbindung aufnehmen. Als das Spiel

²³ Die Sowjetunion war nicht zuletzt aufgrund der mangelnden Reichweite der eigenen Flugzeuge zur Zusammenarbeit mit den Briten gezwungen, vgl. Schafranek, Operation Pickaxe 1941/42, S. 8 f.

²⁴ Vgl. Schafranek, Sowjetische Fallschirmagenten, S. 31.

aus war, hat er kein Interesse mehr an mir gezeigt. Eine gewisse Zeit wurde ich noch gehalten und da Sanitzer merkte, dass er bei mir nichts erreichen konnte, wurde ich sowie alle anderen an das KZ abgegeben. Mit Gutherzigkeit hatte das gar nichts zu tun.“²⁵

Durch wen Moskau gewarnt wurde, dass die Gestapo auch bei diesen beiden Agenten beim Funken die Hände im Spiel hatte, ist ungewiss. Nach obiger Darstellung war es Albert Huttary. Dem widersprechen Schilderungen, die Albert als einen leicht „Umzudrehenden“ darstellen, Zettler hingegen als den Standhaften der beiden schildern. Nollau und Zindel²⁶ schreiben, nachdem Zettler und Huttary gefasst worden waren, sei die Gestapo schnell hinter die wahren Identitäten von Nikolaus Kessler, so nannte sich Zettler, und Albert Klein, der Deckname von Huttary, gekommen. „Huttary beteuerte, kein Kommunist zu sein und sich nur deshalb als Fallschirmagent habe ausbilden lassen, um aus der Sowjetunion herauszukommen. Unter diesen Umständen bedurfte es keiner Pressionen, um ihn zum Funkspiel gegen Moskau zu bewegen. Josef Zettler war aus härterem Holze geschnitzt. [...] Zettler lehnte zunächst jede Zusammenarbeit mit der Gestapo ab, weil er fürchtete, die Sowjets könnten seine Familie, die er im sibirischen Omsk hatte zurücklassen müssen, in Sippenhaft nehmen. Schließlich beugte er sich und willigte ein, unter Gestapoaufsicht ein Funkgegenspiel mit dem ‚Direktor‘ in Moskau zu führen.“²⁷ Gemäß den beiden Autoren war es Zettler, der Moskau warnen konnte.

Selbst bei Sanitzer klingt das Verhalten der beiden anders. In seinen Aussagen wird deutlich, dass sowohl Zettler, der als Erster verhaftet wurde, als auch Huttary und desgleichen dessen Freund Holzer nur mittels „verschärfter Vernehmung“, also Folter während der Befragung, Informationen bestätigten, welche die Gestapo schon wusste. So meinte Sanitzer: „Ich hatte schon eine Kartei der Agenten, die von der Feindmacht ausgebildet worden sind. [...] Die Vernehmung Zettlers war sehr kurz, da ich ihm noch vorgehalten habe, aus meiner Kartei, dass sein zweiter Huttary sei. Zettler bestätigte dies. Wo sich Huttary aufhielt, sagte er mir nicht. Holzer wusste den Aufenthalt

²⁵ DÖW 9812; darin u. a. Protokoll des 3. Verhandlungstags, 13. 1. 1949.

²⁶ Günther Nollau / Ludwig Zindel, Gestapo ruft Moskau. Sowjetische Fallschirmagenten im 2. Weltkrieg, München 1979.

²⁷ Ebenda, S. 87 f.

des Huttary, und zwar gab er an, dass er bei seinen Eltern in Brunn am Gebirge sei.“²⁸ Unter welchen Umständen Holzer solche Aussagen machte, ist der Begründung der Anklageschrift gegen Johann Sanitzer vom 11. September 1948 zu entnehmen: „Als Holzer Angaben über Fallschirmagenten verweigerte, ordnete Sanitzer an, dass er über einen Tisch gelegt und mit Reitpeitschen geprügelt werde. Zwischendurch stellte er weitere Fragen an Holzer. Dieses ‚Verhör‘ dauerte eine ganze Nacht hindurch.“²⁹

Die aufgrund schwerster physischer wie auch psychischer Repression erzwungenen Aussagen und die anschließend geforderten „Funkspiele“ der derart unter Druck Gesetzten – oder von den Gestapobeamten selbst durchgeführten Kontaktaufnahmen mit Moskau (Sanitzer zufolge habe er von 1942 bis Kriegsende 24 Funkspiele durchgeführt)³⁰ – waren bedeutende Informationsquellen, aber nicht die einzigen. Einen wesentlichen Anteil an der Aufdeckung des Widerstands und gerade der Fallschirmagenten hatte der effiziente Einsatz von so genannten V-Leuten der Gestapo.³¹ Aufgrund des Einsatzes von Spitzeln, die sukzessive den organisierten politischen Widerstand unterwanderten, war die Gestapo über kurz oder lang von nahezu sämtlichen Widerstandsaktivitäten in Kenntnis gesetzt.³² Nicht aufgrund des – bei geringeren Delikten weit verbreiteten – Denunziantentums oder der mangelnden Standhaftigkeit der MitstreiterInnen wurde der Widerstand aufgerollt, sondern aufgrund der erfolgreichen und effizienten Arbeit der Gestapo-Spitzeln. So ist die Aussage Holzers über das Verhalten der QuartiergeberInnen glaubwürdig, wenngleich er sich bei der Einschätzung der Sicherheitslage aufgrund der Gestapo-Aktivitäten geirrt haben mag: „Alle Genossen und Genossinnen, die Fallschirmspringer beherbergten, waren 100 % verläss-

²⁸ DÖW 9812.

²⁹ DÖW 8912. Holzer selbst bezeugte in diesem Prozess über seine Behandlung bei der Vernehmung der Gestapo am Morzinplatz: „Ich wurde von links und rechts mit Peitschen geschlagen. Die Hose musste ich herunterziehen, und wurde neuerlich mit Peitschen geschlagen. [...] Ich habe eine größere Anzahl, ich glaube 50 oder 100 Schläge bekommen. Zuerst wurde ich geschlagen und dann musste ich die Hose herunterziehen. Wir kamen dann hinter Gitter im Parterre. Gefesselt war ich zwei oder drei Tage an den Händen.“

³⁰ Vgl. Schafranek, Sowjetische Fallschirmagenten, S. 33.

³¹ Vgl. Schafranek, V-Leute, sowie sein Beitrag in diesem Band.

³² Vgl. Neugebauer, Zur Struktur, Tätigkeit und Effizienz des NS-Terrorsystems, S. 206: „Durch die systematische Durchdringung der zentralen KPÖ-Organisationsstrukturen standen die aus dem Ausland kommenden Funktionäre, selbst hochintelligente und umsichtig operierende [...], auf verlorenem Posten und rissen die mit ihnen kooperierenden Regional- und Lokalgruppen mit ins Verderben.“

lich und die Sicherheit war gegeben, bis sich der Stadtleiter der KPÖ Wien [Robert = Weidinger = Gestapoagent] einschalten konnte. Über Gen. Buchir lernte Gidi [Eugen Tatar] Robert kennen, was dann am 30./31. März 1944 zu unserer Verhaftung führte.“³³

Die Zeit Sepp Zettlers in Wien und die Umstände seiner Verhaftung

Wie oben bereits ausgeführt, sind für Sepp Zettler mindestens fünf unterschiedliche Aufenthaltsorte bekannt. Die Zeit der Quartiergabe der Familien Müllner, Holzer und Tatar lässt sich aktuell nicht eruieren. Genauere Angaben zu den Aufenthalten bei den Familien Hochmeister und Wundsam lassen sich jedoch aufgrund der Interviews mit Pauline Leibel, geborene Hochmeister, und Hilde Zimmermann, geborene Wundsam, tätigen. Warum diese beiden Familien überhaupt involviert wurden, erklärt Hilde Zimmermann folgendermaßen:³⁴ „Ja und wir haben den Fallschirmspringer kennengelernt, weil ich mir gedacht habe, es muss was geschehen. Irgendwo muss man [was] tun. Die alten Genossen waren schon neununddreißig verhaftet worden.“

Hilde Zimmermann war bereits im Ständestaat politisch aktiv. Gemeinsam mit ihrem Bruder Othmar war sie an mehreren Aktionen beteiligt, die auch zu Verhaftungen führten. 1939 konnte sie einer solchen durch die Gestapo knapp entkommen, ihr Bruder musste für neun Monate ins Gefängnis. Hilde, nun auf sich allein gestellt, wollte sich dennoch weiterhin engagieren. Nach diversen unbefriedigenden Arbeiten zum Studium der Bildhauerei auf die Frauenakademie gewechselt, versuchte sie, in Gesprächen andere Menschen, etwa Soldaten auf Fronturlaub oder Studentinnen auf der Frauenakademie, gegen den Nationalsozialismus aufzubringen, doch fühlte sie sich in ihrer vereinzelt Widerständigkeit ohnmächtig und nicht imstande, eine wirkungsmächtige Aktion zu setzen. Als sie dann aber bei einer Silvesterfeier

³³ Josef Holzer, DÖW 19.769.

³⁴ Interview mit Hilde Zimmermann vom 9. 6. 1999. Zu Motivation und Engagement von Hilde Zimmermann siehe auch „Hilde Zimmermann. Erinnern – Zweifeln – Handeln“, ein Film von Tina Leisch 2009. In diesem Film kommen u. a. auch Pauline Leibel und Othmar Wundsam zu Wort.

jemanden aus dem organisierten Widerstand kennen lernte, war Hilde erleichtert und freute sich:

„Jedenfalls habe ich gesagt, ich möchte was tun. Da hat er gesagt: ‚Na wenn Du was tun willst, kannst [du was tun]. Wir haben einen Fallschirmspringer, dem muss man ein Quartier geben und der will da also was machen.‘ Da habe ich gesagt, das ist es. Jetzt haben wir einen echten Kontakt zu Professionellen. Die kommen da aus dem Ausland und bauen uns da was auf, damit wir wirklich einmal was tun. Also gut. Ich habe dann mit der Pauli geredet und habe mit meiner Mutter geredet und habe mit der Pauli ihrer Mutter geredet, weil die haben wir ja alle gebraucht, nicht. Und dann ist halt einer gekommen.“³⁵

Wer ihre erste Kontaktperson war wie auch jene Person im dritten Bezirk, von wo sie ihren Schützling abgeholt hatte, hat Hilde nie erfahren.³⁶ Sie erzählt, dass sie nicht gleich mit ihm heimfuhr, sondern mit ihm ins Café ging, um möglichst unauffällig zu agieren und mögliche Beschattung abzuschüteln.

„Ja, und dann ist halt der Sepp Zettler gekommen. [...] Und zuerst hat die Mutter von der Pauli gesagt, er kann bei ihr wohnen. Weil sie haben am Bahnhof gewohnt und sie haben ein Kabinett mehr [gehabt]. Wir haben ja nur Zimmer-Küche gehabt und dort gibt es noch ein Kabinett und dort kann man wohnen. Da hat er eine Zeit lang dort gewohnt und dann ist er zu uns gekommen.“³⁷

Mutter und Tochter Hochmeister waren schnell zu überzeugen, dass ihre Hilfe dringend benötigt wird, sie handelten aus politischer Gesinnung, wie Pauline Leibel erzählt:³⁸ „Die Hilde hat gesagt: da ist jemand, wir brauchen ein Quartier für ihn; und meine Eltern, wir waren immer Sozialdemokraten und das war eine Selbstverständlichkeit, dass wir da geholfen haben. Der Va-

³⁵ Interview Zimmermann.

³⁶ Ida Huttary meint im Interview, dass Josef Holzer den Kontakt zu den Wundsams hergestellt hatte, wie auch zu den Tatars, denn diese Familie, Eugen und Valerie Tatar, war ebenfalls mit den Holzern befreundet. Hilde Zimmermann konnte ihr Vorhaben, der Geschichte endlich einmal genauer nachzugehen, nicht mehr umsetzen. Sie starb am 25. März 2002 in Wien.

³⁷ Interview Zimmermann.

³⁸ Gespräch mit Pauline Leibel am 22. 7. 2008.

ter war an der Front und damit ein Zimmer frei, also: Der Fallschirmspringer soll kommen.“



**Hilde Zimmermann während des Interviews,
Wien 1999**

(Foto: Österreichische Lagergemeinschaft
Ravensbrück und FreundInnen / ÖLGRF)

Hilde und Pauline waren im Gemeindebau in Kagran Tür und Tür aufgewachsen, seit frühesten Jahren befreundet. Wie ihre Eltern waren auch die beiden jungen Frauen durch die politische Überzeugung eng verbunden. Sie wussten, dass sie sich bei diesem gefährlichen Unternehmen aufeinander verlassen konnten. Die Gefahr stieg, als ihr Schützling nicht nur versteckt werden, sondern das mitgebrachte Funkgerät gebrauchen wollte, um mit seinen Verbündeten Funkkontakt aufzunehmen.

„Und [jetzt war die Frage], wo er funken kann. Dann haben wir überall gesucht und dann sind wir ins Atelier im Prater. Ich habe ja noch den Schlüssel von dem Atelier, nicht. Ich war ja noch Studentin dort. Und dann sind wir einmal in der Nacht ins Atelier im Prater. Das ist hinter dem Trabrennplatz. Und dann haben wir dort geschaut, aber er hat gesagt, ‚nein, das ist auch nicht gut‘. Einen sicheren Platz [hätte er benötigt], dass er funken kann. Weil erstens war dort die Polizei und was weiß ich. Ich habe eh nichts verstanden. Er hat gesagt, einen Erd-

apfel braucht er und einen Stecker. [lacht] Ich habe mich nicht aus-
kannt. Also dann sind wir wieder nach Hause. Das war es nicht.“³⁹

Ihre Freundin Pauline übernahm es, das Funkgerät aus dem Atelier im Prater nach Stadlau zu holen. Dabei musste sie die Reichsbrücke überqueren, auf der die Gestapo die Passanten kontrollierte. Pauline hatte den Koffer zwischen ihre Füße gestellt, sie erregte kein Aufsehen und kam mit dem Schrecken davon. Allerdings brachte sie das Funkgerät nicht nach Hause – das schien ihr zu gefährlich –, sondern stellte es bei Familie Mraz ab, „sind auch alles Sozialisten gewesen“. Frau Mraz, die ihr die Tür öffnete, erklärte sie, dass bei ihnen niemand zu Hause sei und sie daher den Koffer bei ihr abstelle – genau so solle sie antworten, sollte sie jemals gefragt werden.

Auch sonst ließen sich die Frauen so manche Tarnung einfallen. So erinnerte sich Hilde: „Dann haben wir uns eine schöne Geschichte ausgedacht. Also die Mama hat ihn kennen gelernt im Kino oder irgendwo und nachdem sie alleine ist und endlich gibt es da jemanden. Einen Meldezettel hat er gehabt. Aus der Wolfgang-Schmälzl-Gasse ist er und so. Und er war in meinen Augen ein verhältnismäßig alter Mann. Und beide Handrücken waren abgeschliffen. Der Fallschirm ist runter gegangen und die Felder waren gefroren und es hat ihn so über die Felder gezogen und es hat ihm die ganze Haut runtergerissen. Und da haben wir ihn geschmiert und so. Und dann hat er immer noch Russisch gelernt. Weil er hat gesagt, er war in Russland verheiratet und seine Kinder lachen ihn aus, weil er nicht gut Russisch kann.“⁴⁰

Eines Tages wurden sie gewarnt, dass ein Spitzel umgehe. So wurde nach weiteren Unterkunftsmöglichkeiten gesucht, doch die Warnung kam zu spät. Am 30. März 1944 wurden alle Beteiligten – die vier Frauen wie auch Hildes Bruder, der als Funker bei der Wehrmacht gerade auf Heimaturlaub weilte – verhaftet. Sepp Zettler wurde bei Familie Wundsam aus dem Bett heraus verhaftet, ähnlich wie Albert Huttary unter Einsatz brutaler Gewalt (mit Eisenketten und dergleichen als Schlagwerkzeuge). Ihm wurde nicht einmal erlaubt, sich anzuziehen.⁴¹

³⁹ Interview Zimmermann.

⁴⁰ Ebenda. Sepp Zettler war in der Sowjetunion mit einer deutschen Genossin verheiratet, die ein Kind aus erster Ehe hatte; den gemeinsamen Sohn lernte Zettler erst nach dem Krieg kennen.

⁴¹ Siehe DÖW 8912a, Aussage Sanitzer: „Holzer wurde meines Wissens in Maria Enzersdorf verhaftet, ich war nicht dabei. Ich habe unterdessen bereits durch andere Ermittlungen den ersten Agenten Zettler in einem Gemeindebau im 20. Bezirk festgenommen. Das ist der

„Na ja und dann sind wir halt mit ganz [viel] Krach und Wirbel zur Gestapo geführt worden. Und eigentlich [dachte ich mir], ‚jetzt ist es aus‘. [...] Da habe ich schon, ich weiß nicht, ob ich Angst gehabt habe. Ich habe mir gedacht, ‚jetzt geht die Tortur los‘. Aber es war keine.“⁴² Hildes Mutter wurde zwar geschlagen, weil sie es zurückwies, Kommunistin genannt zu werden, Hilde selbst aber nicht. Auch Pauline Leibel erinnert sich an keine Gewaltanwendung an ihr selbst – sehr wohl aber an ihrem vormaligen Schützling. Beim Verhör durch Sanitzer wurde ihr Sepp Zettler vorgeführt – mit blutunterlaufenem Gesicht und stark zerschunden. Er riet ihr, alles zuzugeben, die Gestapo wüsste ohnehin schon umfassend Bescheid.

Ende März bzw. Anfang April wurden auch alle weiteren QuartiergeberInnen von Sepp Zettler verhaftet: die Ehepaare Müllner, Holzer und Tatar. Das brutale Vorgehen der Gestapo ist teilweise in der Anklageschrift gegen den Gestapobeamten Anton Brödl im Mai 1947 festgehalten. Dort heißt es: „Ferdinand Müllner wurde am 4. 4. 1944 wegen Verbindung mit einem Fallschirmagenten namens ‚Sepp‘ verhaftet und während des vom Gestapobeamten Weisse durchgeführten Verhöres von Brödl und anderen Beamten, unter denen sich aber Brödl besonders hervortat, durch Schläge misshandelt und blutig geschlagen, wobei Müllner 2 Zähne verlor. [...] Josef Holzer wurde zusammen mit seiner Gattin am 31. 3. 1944 wegen Beherbergung von Fallschirmagenten verhaftet, von Brödl mit Fausthieben traktiert und, da er sich weigerte, ein Geständnis abzulegen, von Gestapobeamten, unter denen sich Brödl besonders hervortat, wiederholt ausgepeitscht.“⁴³

Das weitere Schicksal der genannten Beteiligten

Die Frauen

Nach gut viereinhalb Monaten in Gestapo-Haft gingen neun der genannten Frauen gemeinsam auf Transport nach Ravensbrück, wo sie am 22. August 1944 registriert wurden: Ida, die Jüngste der Huttary-Verwandten (sie war

Mann, den Holzer in einer Unterhose gesehen hat. Ich habe den Mann aus dem Bett geholt und mit dem Überrock bekleidet habe ich ihn festgenommen. Ich habe Zettler vernommen und festgestellt, dass sein zweiter Agent Huttary sei.“

⁴² Interview Zimmermann.

⁴³ DÖW 20.503/1 [15 St 17749/47].

bei ihrer Verhaftung 26 Jahre alt), versuchte ihre Schwiegermutter und deren Schwester sowie Brunhilde Holzer, als Freundin der Familie, so gut wie möglich zu unterstützen. Nach dem Zugangsblock kamen alle auf Block 5, wo die beiden älteren Frauen (Karoline Huttary war bereits 67 Jahre alt, ihre Schwester Hermine Müllner 53) Strickarbeit verrichten mussten. Ida wurde zuerst zur Straßenbau-Kolonnie eingeteilt, kam aber dann (über Vermittlung von Bertl Lauscher) in die Effektenkammer. Von dort konnte sie Kleider für ihre Verwandten organisieren und durch Tauschgeschäfte auch zusätzliche Lebensmittel. Später musste sie ins Ladekommando, zu einer körperlich sehr anstrengenden Arbeit wechseln, doch zu diesem Zeitpunkt waren ihre Verwandten und Brunhilde Holzer schon tot.



**Brunhilde Holzer wurde am 31. März 1944
von der Gestapo Wien erkennungsdienstlich erfasst.**

(Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv)

Brunhilde Holzer starb bereits im November nach drei Monaten im KZ Ravensbrück im Alter von 33 Jahren an Typhus. Sie hatte schon im Gefängnis Rossauerlände in Wien Scharlach bekommen und war durch die Verhöre stark mitgenommen, in Ravensbrück hatte sie keine Widerstandsfähigkeit mehr. Die beiden Schwestern, Karoline und Hermine, waren unter jenen ca. 6000 Frauen, die im Winter 1944/45 ins benachbarte Lager Uckermark gebracht wurden, um dort ermordet zu werden: durch Giftspritzen oder Giftgas bzw. durch die katastrophalen Lebensbedingungen.⁴⁴ Ida hielt in

⁴⁴ Ab Juni 1942 wurden im so genannten Jugendschutzlager Uckermark Mädchen und junge Frauen inhaftiert, insgesamt ca. 1000–1200. Im Jänner 1945 wurde ein großer Teil des

ihrem kurzen Bericht fest: „Dort war die Hölle. Da wurden ihnen die Mäntel weggenommen und sie mussten in der Kälte Appell stehen. Sie kamen im Februar wieder ins Lager zurück – in einem furchtbaren Zustand. Sie waren vollkommen ausgehungert. Meine Schwiegermutter starb am 30. 3. 1945 und die Tante am 13. 4. 1945 in Ravensbrück.“⁴⁵

Ida hatte sehr gehofft, ihre Verwandten durch das Lager bringen zu können, den Umständen zum Trotz: Die Schwiegermutter war schon von der Ruhr geschwächt auf Transport gegangen; deren Schwester hatte immens viel Wasser im Körper. Nach der Qual in der Uckermark war der Kampf jedoch aussichtslos geworden.

Ida selbst wurde am 28. April 1945 auf einen so genannten Evakuierungsmarsch Richtung Malchow, einem Außenlager von Ravensbrück, geschickt. Sie musste mit ihren Kameradinnen vom Ladekommando die Karren mit den Habseligkeiten der SS-Angehörigen ziehen. Nach der Ankunft in Malchow machten sie sich in der Dunkelheit davon und flüchteten in den Wald. Voller Angst blieben sie dort bis zum Morgengrauen und gingen dann einige Stunden, bis sie zu einem Bauernhof kamen, wo sie gut aufgenommen und versorgt wurden. Später bezogen sie auf Vermittlung des neu eingesetzten kommunistischen Bürgermeisters in Malchow eine Wohnung mitten im Ortszentrum. Bei nächster Gelegenheit machten sie sich auf den Heimweg: per Schiff, Bahn und auch zu Fuß. In Prag trennten sich die Wege der Freundinnen, Ida schlug sich weiter nach Österreich durch. In lebhafter Erinnerung blieb ihr, dass sie auf dem langen beschwerlichen Nachhauseweg überall unterstützt wurde (insbesondere vom Roten Kreuz), in Wien angelangt aber in der Straßenbahn zahlen musste. Der Schaffner akzeptierte ihre Erklärung, dass sie als ehemaliger KZ-Häftling kein Geld von dort mitgebracht habe, nicht, schließlich erbot sich eine Mitreisende, Ida einen Fahrschein zu kaufen. „Am 17. 6. 1945 kam ich nach Hause. Da erfuhr ich, dass meine Mutter am 5. Mai verstorben war.“⁴⁶ Kein Wiedersehen gab es auch mit ihrem Schwiegervater, Adolf Huttary: Er war nach Dachau gebracht worden, wo er am 16. Juni 1945 verstarb.

Lagers geräumt, abgetrennt und zum Vernichtungslager für Frauen aus dem KZ Ravensbrück umfunktioniert. Einige Frauen wurden schon früher in die Uckermark überstellt, Ida Huttarys Verwandte bereits Anfang/Mitte Dezember 1944.

⁴⁵ Erinnerungen Ida Huttary (kurzer schriftlicher Bericht). Die Mäntel hatte Ida Huttary ihnen zuvor aus den Effekten organisiert – nach Angaben der SS sollten die alten und kranken Frauen es im neuen Lager ja besser haben.

⁴⁶ Interview Huttary.

Adolf Huttary war ebenfalls verhaftet worden. Da er im Rang eines Unteroffiziers Ausbildner in Kaiserebersdorf war, wurde er in Torgau vor das Militärgericht gestellt und zu neun Monaten Frontbewährung verurteilt. In Aachen kam er in britische Gefangenschaft.⁴⁷ Über den Rundfunk wussten sie bald voneinander, dass sie lebten. Idas Mann kam zu Ostern 1946 aus britischer Gefangenschaft zurück. Ihr Sohn hatte die Zeit der Trennung von seinen Eltern bei Idas Schwester in Bayern verbracht, von wo sie erst im Oktober 1945 zurückkamen, als Fredi bereits drei Jahre alt war. Ida erinnert sich an das Wiedersehen: „Nun, der Bub ist ja nicht zu mir gekommen, der hat mich ja nicht gekannt, der hat ja zu meiner Schwester Mama gesagt. Naja, jetzt hab ich halt bei ihnen geschlafen, hab ihm Schokolade geschenkt; ist er aber weg zur Schwester und so. Aber dann, nach ein paar Tagen, mit etwas Mühe, ist er dann doch auch zu mir gekommen.“⁴⁸

Mutter und Tochter Wundsam wie auch Mutter und Tochter Hochmeister überlebten Ravensbrück ebenfalls. Über Vermittlung von Wiener Genossinnen bekamen sie bald Arbeiten im Innendienst zugewiesen, im Büro, in der Geldverwaltung und in der Effektenkammer. Gegenseitige Unterstützung und Zuspruch halfen ihnen, die Schrecken der acht Monate KZ-Haft zu überstehen. „Und das war der erste Eindruck: Da sind die Frauen, die Leichen-trägerinnen, mit den Leichenwagen an uns vorbeigefahren. Und die Leichen sind da gelegen, Kopf und Fuß ineinander, so sind die draufgelegen, und meine Mama hat zu mir gesagt: ‚Da kommen wir nicht lebendig raus.‘ Und ich mein, ich habe überhaupt nicht so denken können, wie schrecklich das war und was uns passieren kann. Weil ich habe immer denken müssen, dass die Mama nicht den Mut verliert.“⁴⁹

Die Erzählungen von Hilde Zimmermann über die grauenhaften Zustände im Konzentrationslager, Hunger und Kälte, das Sterben im Revier, die Schikanen der Aufseherinnen und vieles mehr, sind durchsetzt von vielen Episoden der gegenseitigen Hilfe, der kleinen Gesten des Wohlwollens, des Zusammenhaltens und Füreinanderdaseins. Insbesondere die Arbeit in der

⁴⁷ Albert Huttary erinnert sich in seinem politischen Lebenslauf (DÖW 20.723/2), dass sein Bruder Adolf zu den Alliierten floh und in England bei den „Kriegsgefangenensendungen für Österreich“ der BBC-London als Radiosprecher bis nach Kriegsende tätig war.

⁴⁸ Interview Ida Huttary.

⁴⁹ Interview Zimmermann, 7. 6. 1999.

Effektenkammer ermöglichte Unterstützung anderer Frauen mit warmer Kleidung und Schuhen. So ermutigten sie sich immer wieder gegenseitig: „Aber wir haben uns alle gedacht: Und justament, wir stehen das durch! [...] das hab ich mir nur einmal gedacht: Das derpack [schaffe] ich nicht. Aber dann habe ich mir gedacht: Das wollen sie doch, das wollen sie doch erreichen! Also dann nicht.“

Am 28. April 1945 wurden auch die hier Genannten auf den „Evakuierungsmarsch“ geschickt, von wo ihnen die Flucht gelang. Nach zwei Tagen Verstecken und Herumirren kamen sie am 1. Mai zurück ins Lager. Anna Wundsam erkrankte an Typhus, daher wartete die Gruppe, dass sie mit den anderen im Lager verbliebenen Kranken von Österreich abgeholt werden, worum sich die Überlebenden aber selbst kümmern mussten: Rosa Jochmann und Friedl Sinclair fuhren nach Wien und organisierten mit Hilfe des sowjetischen Kommandanten von Wien eine Transportmöglichkeit. Mit dieser erreichten sie am 20. Juli 1945 Wien. Valerie Tatar, eine der Quartiergeberinnen Zettlers, überlebte Ravensbrück ebenfalls und war später – wie Hilde Zimmermann und ihre Mutter – in der Lagergemeinschaft Ravensbrück engagiert.

Über Paula Huttary berichtete Albert Huttary: „Am selben Tag wurde nun bei meinen Eltern und bei meiner Frau eine Hausdurchsuchung gemacht. Alle wurden verhaftet und verhört.“⁵⁰ Im Unterschied zu den anderen Mitstreiterinnen wurde aber Paula Huttary nicht nach Ravensbrück verbracht, sondern blieb bis Kriegsende auf der Rossauerlande gefangen.

Die Männer

Othmar Wundsam war gerade auf Heimaturlaub, als die Verhaftungswelle anrollte. Obwohl er nicht direkt beteiligt war, wurde er nach mehrmonatiger Verhandlung (April bis Oktober 1944) von einem Militärgericht wegen „kriegsverräterischer Beihilfe zur Feindbegünstigung“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, die er nach dem Krieg abzusitzen hätte, vorerst aber war er für wehrunwürdig erklärt. Er wurde der Gestapo unterstellt und in Konzentrationslager deportiert: Buchenwald, Mittelbau-Dora (später ins Außenkommando Hohlstedt) und schließlich Mauthausen, Außenlager Steyr-Münichholz, wo er schwer krank befreit wurde.

⁵⁰ DÖW 8912.

Josef Holzer kam im August 1944 aus der Polizeihaft in Wien auf Transport nach Buchenwald, das KZ wurde jedoch kurz vor ihrer Ankunft stark bombardiert, sodass der Transport zurück nach Wien geschickt wurde, sein neuer Bestimmungsort war Flossenbürg, das er am 28. September 1944 erreichte. Von Josef Holzer sind Briefe aus dem KZ an seine Eltern erhalten, die großen Hunger und gesundheitliche Probleme ahnen lassen. Immer wieder erkundigt er sich um das Wohlbefinden seiner kleinen Tochter und ersucht auch um Nachrichten über seine Frau Brunhilde – welche zu dieser Zeit bereits verstorben war. Josef Holzer überlebte Flossenbürg, er war später einer der Zeugen im Prozess gegen Johann Sanitzer.

Mit Valerie Tatar war auch ihr Mann Eugen Tatar Ende März 1944 verhaftet worden. Auch er wurde nach der Gestapohaft ins Konzentrationslager überstellt. Er starb am 27. März 1945 in Flossenbürg. Ferdinand Müllner, dessen Ehefrau in Ravensbrück zugrunde ging, überlebte das Konzentrationslager Dachau.

Insgesamt wurden 17 Personen verhaftet, die die beiden Fallschirmspringer Albert Huttary und Josef Zettler in irgendeiner Weise unterstützt hatten.⁵¹ 13 von ihnen kamen in Konzentrationslager, welche fünf nicht überlebten.

Die beiden Fallschirmagenten

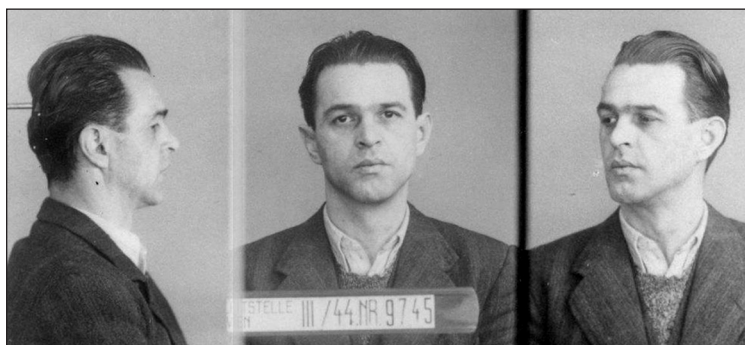
Die beiden Fallschirmagenten wurden ebenfalls in Konzentrationslager deportiert, beide überlebten. Albert Huttary berichtete: „Ich war dann bis November 1944 in Gestapohaft und wurde dann auf die Rossauerlande überstellt. Von dort kam ich ins KZ. Ich sollte ursprünglich nach Flossenbürg abgehen, wurden auf dem Transport von amerikanischen Fliegern angegriffen, in Linz ausgewagoniert und am nächsten Tag dann weiter nach Prag gebracht. In Prag wurde ich ins Gefängnis Pankratz überstellt und dann kam ich nach Theresienstadt.“⁵²

Albert Huttary war im KZ Theresienstadt (Kleine Festung) schwer an Typhus erkrankt, konnte aber genesen. Im Herbst 1945 kehrte er von dort

⁵¹ Soweit der aktuelle Stand der Forschung, möglicherweise waren noch weitere Personen in den Fall involviert. Dass Albert Huttary bei Familie Wild genächtigt hatte, konnte der Gestapo verheimlicht werden, sie wurde daher nicht belangt. Jakob Fuchs, der Bruder von Alberts Frau Paula, war im März 1944 bereits wegen Hochverrats aufgrund kommunistischer Betätigung im Landesgericht Wien inhaftiert und im April 1944 hingerichtet worden; er wird hier nicht mitgezählt.

⁵² DÖW 8912.

nach Österreich zurück, wo er, so Julius Mader (Berlin) in einem Bericht über „Albert Huttarys Kampfeinsatz“, „unverzüglich im befreiten Österreich als KPÖ-Mitglied seine politische Arbeit wieder auf[nahm]“. ⁵³ Er wurde Bürgermeister seiner Heimatgemeinde Brunn/Gebirge, als Glasexperte unterstützte er in den 50er Jahren den wirtschaftlichen Aufbau der DDR, wo er auch einen Ingenieur-Titel erwarb. Am 25. Mai 1978 starb Albert Huttary im 69. Lebensjahr.



Albert Huttary wurde am 3. April 1944 von der Gestapo Wien erkennungsdienstlich erfasst.

(Foto: Wiener Stadt- und Landesarchiv)

Der familiäre Zusammenhalt war bei den Huttarys immer stark ausgeprägt. Dennoch, so meint Ida Huttary nachträglich reflektierend, bestand zu Alberts Familie nicht dasselbe herzliche Verhältnis. Die Atmosphäre schien doch durch die Vergangenheit belastet, die viel Leid über die Familie gebracht hatte. So meint Ida resümierend über ihre Verfolgungserfahrung, als 27-Jährige ein KZ überlebt zu haben, aber ohne Schwiegereltern und Eltern weiterleben zu müssen: „Das war mein Schicksal, kein schönes Schicksal. Aber durch meinen Schwager ist das alles so gekommen. Ich hab’s ihm verziehen. Aber gedacht hab ich mir immer, mein Gott, hätt’ nicht sollen heim-

⁵³ DÖW 19.375, darin u. a.: „Albert Huttarys Kampfeinsatz“ – Bericht von Julius Mader/Berlin, 15. 1. 1981.

kommen. Weil so in Gefahr dann leben, die [seine] Mutter umgekommen, weil die wär' daheim noch nicht gestorben. Aber kannst nichts machen, ist halt so gewesen. [...] Die Schwiegermutter hat das so hingegenommen, als hätt das müssen so sein. Weil es war der Sohn, gell. Aber umgekehrt tät ich das auch, wenn das mein Sohn wär.“

Josef Zettler kam wie sein Genosse Huttary in das Gestapogefängnis Kleine Festung in Theresienstadt, von wo er im April 1945 von der Roten Armee befreit wurde. Auch er war gesundheitlich schwer angeschlagen. Im Herbst 1946 fuhr er von Moskau nach Tomsk zu seiner Familie, im Mai 1947 übersiedelten sie nach Berlin. In der Höheren Polizeischule in Berlin begann seine Laufbahn als politischer Ausbildner, die er später v. a. in der Polizeihochschule Dessau-Kochstedt verwirklichte.⁵⁴ Im Oktober 1952 übernahm Oberst Zettler die Leitung der Politabteilung beim Stab der KVP (Kasernierte Volkspolizei), ab 1956 die Leitung der Politabteilung im Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV). 1960 musste er aus gesundheitlichen Gründen aus dem Dienst ausscheiden. Mit zahlreichen hohen Orden der DDR und UdSSR ausgezeichnet starb Josef Zettler am 14. September 1974, knapp 70-jährig.

Die QuartiergeberInnen des Fallschirmspringers Sepp Zettler in Österreich wussten nichts von der späteren politischen Karriere ihres vormaligen Schützlings. Othmar Wundsam erzählte, dass Zettler in Russland später zur Verantwortung gezogen wurde, ohne genauere Umstände darüber zu kennen.⁵⁵ Pauline Leibel war bislang überzeugt davon, dass Zettler in Russland verhört worden, in ein Lager gebracht und erschossen worden war. Es bestand also kein Kontakt zwischen Zettler und seinen früheren UnterstützerInnen in Wien und Umgebung, wie generell mehrheitlich das Bemühen im Vordergrund stand, die Vergangenheit auf sich beruhen zu lassen und sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Es ist anzunehmen, dass Albert Huttary über das weitere Leben von seinem Gefährten Josef Zettler informiert war, doch auch für seine Schwägerin Ida blieb Zettler ein weithin Unbekannter, bis hin zu dessen tatsächlichem Namen.

⁵⁴ „Sepp genoss als Propagandist und Lehrer außerordentliche Wertschätzung, seine Vorlesungen zu Problemen der Politischen Ökonomie des Kapitalismus fesselten und begeisterten seine Zuhörer nicht nur in Kochstedt.“ Leuschner, Josef Zettler, S. 727.

⁵⁵ Telefonat mit Othmar Wundsam am 22. 7. 2008.

Motive für das Engagement und die Folgen

In der (eigenen Darstellung der) Verfolgungsgeschichte von Ida Huttary nimmt die Familie als Erklärungsfaktor einen zentralen Platz ein. Für sie war und ist es selbstverständlich, dass die Schwiegereltern die Bitte ihres Sohnes nicht ausschlugen, ihn bei sich zu verstecken, und auch, dass ihr Mann Adolf – selbst beim Militär tätig – zu Albert stand: „Nun, es war ja der Bruder.“ Selbstverständlich waren sich alle Beteiligten bewusst, in welcher Gefahr sie von da an lebten. „Weil wir halt dort gewohnt haben“, deshalb seien Ida und ihr Mann auch in die Verfolgungsmaschinerie geraten. Ebenso selbstverständlich war es Ida, dass sie als Schwägerin, Frau und Schwiegertochter zur Familie stand und sich an die Abmachung hielt, nichts zu verraten, alles abzustreiten, niemanden mit hineinzuziehen. So hielt sie auch bei den Verhören allen Angeboten stand, mit Hilfe derer ihr Geständnisse entlockt werden sollten (Gestapobeamter: „Sie müssen doch bemerkt haben, dass die Schwiegermutter mehr Essen kocht als sonst!“ Sekretärin: „Frau Huttary, Sie tun mir so leid, sagen Sie doch, wie es gewesen ist, dann passiert ihnen nichts.“)⁵⁶ Im Konzentrationslager Ravensbrück kümmerte sich Ida mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln um ihre kranke Schwiegermutter und deren Schwester, bis zu beider Tod. Schließlich hatte ihr eigener Überlebenswille einen familiären Kontext: Sie wollte heim zu ihrem Sohn Fredi, den sie bei der Schwester zurücklassen hatte müssen. Ida befürchtete, dass auch ihr Mann die Verfolgung nicht überleben würde, und setzte daher alles daran, dass ihr Sohn zumindest seine Mutter wiedersehen möge. Mehrmals im Interview erwähnt Ida diese Aufgabe als wichtige Motivation, sich nicht aufzugeben.⁵⁷

⁵⁶ Dieses Schweigegebot hat Ida Huttary bis heute verinnerlicht, sodass sie sehr erstaunt darauf reagiert, dass ich im Interview Alberts Versteck bei der benachbarten Familie Wild erwähne – das habe sie doch niemals gesagt! Die durften doch nicht reingezogen werden!

⁵⁷ Obwohl Kinder in Lebensgeschichten oft als starke Überlebensmotivation erwähnt werden, waren sie ebenso auch Druckmittel bei der Gestapo und Anlass zahlloser Sorgen und Ängste; vgl. hierzu Amesberger / Halbmayr, Vom Leben und Überleben, Bd. 1: Dokumentation und Analyse, etwa S. 108 ff., 182. Auch Brunhilde Holzer musste bei ihrer Verhaftung eine nicht einmal einjährige Tochter zurücklassen, eine Qual, die auch ihrem Mann schwer zu Herzen ging, wie aus einigen erhalten gebliebenen Briefen aus dem Gefängnis in Wien und später aus dem KZ Flossenbürg ersichtlich ist. Von der Verzweiflung um die nahen Angehörigen aufgezehrt zu werden, kannte keine Altersgrenzen: Brunhilde Holzers Mutter hatte, nachdem sie selbst ebenfalls drei Wochen eingesperrt war, wieder in Freiheit aus der Sorge um ihre Tochter und ihren Schwiegersohn Selbstmord begangen.

Ida Huttary war zwar den politischen Idealen ihrer angeheirateten Familie sehr verbunden – sie selbst stammte aus einer sozialdemokratisch gesinnten Arbeiterfamilie –, doch handelte sie nicht primär aus kommunistischer Überzeugung. Zumindest retrospektiv betont sie den familiären Zusammenhang, während die politischen Beweggründe in den Hintergrund treten.⁵⁸

Die Erzählung Hilde Zimmermanns, wie sie MitstreiterInnen für ihr antinazistisches Engagement suchte und schließlich mit dem Fallschirmspringer in Kontakt kam, stellt die politische Überzeugung als Kraftquelle in den Vordergrund. „Es muss was geschehen, irgendwo muss man was tun“, diese Aussagen zeigen eine Risikobereitschaft, die sich aus langjährigem Engagement und widerständigem Verhalten speist.

Nach ihrer Rückkehr nach Wien hätte Hilde gerne die Ideale der „Rote-Falken“-Zeit verwirklicht gesehen, was sich jedoch bald als Illusion herausstellte. Doch sie engagierte sich in der Kommunistischen Partei, vor allem in der Jugendorganisation. Für sich selbst hatte Hilde die gesellschaftspolitischen Vorstellungen und Hoffnungen nie aufgegeben und behielt ihre solidarische Haltung auch nach ihrer Distanzierung von der KPÖ 1968 bei. Ähnlich begründete Pauline Leibel ihr als selbstverständlich dargestelltes Engagement – alle in ihrer Familie waren vor dem Krieg überzeugte SozialdemokratInnen.⁵⁹ Das Engagement im Widerstand erfüllte und erfüllt sie auch mit Stolz, was ebenfalls vom bewussten politischen Akt der Entscheidung zu widerständigem Handeln zeugt.⁶⁰ Nach der Heimkehr aus Ravensbrück bewohnten die beiden jungen Frauen mit weiteren kommunistischen Freun-

⁵⁸ Dass der Grund ihrer Verfolgung und KZ-Haft im familiären Kontext zu finden war, erreichte Ida Huttary später zum Nachteil: Ihr Antrag auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung gemäß Opferfürsorgegesetz wurde 1948 mit der Begründung abgelehnt, dass sie zwar in der KPÖ tätig war, sie jedoch nicht aus diesem Grund verhaftet worden war, sondern weil sie ihren Schwager versteckt gehalten hatte: „Es handelt sich im vorliegenden Fall vermutlich um einen Akt freund- und verwandtschaftlicher Verbundenheit.“ Erst 1956 wurde den Einsprüchen Ida Huttarys stattgegeben.

⁵⁹ Nach dem Krieg war Pauline Leibel überzeugte Kommunistin, ist jedoch in den 50er Jahren nach Bekanntwerden der stalinistischen Verbrechen aus der Partei ausgetreten. In späteren Jahren kam es zu weiteren Zerwürfnissen mit ehemaligen ParteifreundInnen.

⁶⁰ „Ich war noch jung, aber ich habe schon auch einen gewissen Stolz empfunden, dass ich da auch dabei sein hab können. Es hat mir nur leid getan, dass ich da meine Mutter hineingezogen habe, das hat mir leid getan. [...] Aber es ist halt manchmal im Leben so, dass man in etwas hineingezogen wird, was einem nicht passt. Aber irgendwie war ich schon stolz darauf.“ Pauline Leibel im Film „Hilde Zimmermann. Erinnern – Zweifeln – Handeln“.

dinnen gemeinsam ein Haus (bevor sie Familien gründeten und eigene Wege gingen) und engagierten sich in der Volkssolidarität.

Fazit

Viele der HelferInnen der Fallschirmspringer waren Frauen – sie waren diejenigen, die die Hauptlast an der Versorgung und Sicherheit der Versteckten trugen: Sie erledigten die unerlässlichen Arbeiten des Alltags wie Einkauf, Kochen und Wäsche, ohne die auch der bewaffnete und organisierte Widerstand nicht möglich gewesen wäre, aber sie übernahmen auch andere organisatorische und logistische Aufgaben wie Kontakte vermitteln, Funkgeräte holen, Funkmöglichkeiten auskundschaften, etc. All dies erforderte hohen Einsatzwillen, Mut und Standhaftigkeit. Als weiteres Kriterium für die Klassifizierung einer Tätigkeit als widerständig wird häufig die Motivation und bewusste Entscheidung für den Widerstand herangezogen. Wie die biographischen Hinweise zu den involvierten Personen beweisen, trafen viele von ihnen eine eigenständige Entscheidung, im Widerstand tätig zu sein; und sie bekräftigten diese Entscheidung durch ihre langfristige Unterstützung immer wieder aufs Neue. Wengleich nicht alle der Beteiligten (Männer wie Frauen) vorwiegend aus politischen Gründen handelten, so waren sich wohl alle grundsätzlich der Gefahr bewusst, in die sie sich begaben und die sie somit bewusst in Kauf nahmen, und sie teilten eine antinazistische Haltung. Solche Hilfeleistungen waren auch innerhalb von Familien alles andere als selbstverständlich. Die in den 1960er Jahren von Karl R. Stadler formulierte breit gefasste Definition von Widerstand, welche jede nonkonformistische Reaktion auf die NS-Herrschaft einschließt,⁶¹ umfasst auf jeden Fall das Engagement dieser Frauen als unzweifelhaft widerständig. Sie wurden wie die Fallschirmspringer selbst gnadenlos von Gestapo und NS-Justiz verfolgt.

Wolfgang Neugebauer würdigt auch die Fallschirmspringer als tapfere Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus, als „[...] Agentinnen und Agenten, zum Großteil Österreicherinnen und Österreicher, die entweder aus dem politischen Exil kamen oder in der Kriegsgefangenschaft als Antifaschisten rekrutiert worden waren, [...] meist personell und politisch eng mit dem österreichischen Widerstand verflochten. Der Verfasser verhehlt

⁶¹ Vgl. zuletzt: Wolfgang Neugebauer, *Der österreichische Widerstand 1938 bis 1945*, Wien 2008.

nicht seine Auffassung, dass diese von Idealen geleiteten und mit hohem persönlichen Risiko operierenden Menschen nicht als – im herkömmlichen Sinn negativ gesehene – ‚Landesverräter‘ oder ‚Spione‘, sondern als integrierender Bestandteil der Anti-Hitler-Koalition zu qualifizieren sind, die im gemeinsamen Kampf Österreich und Europa von der Herrschaft des Nationalsozialismus befreit hat.“⁶²

Diese Einschätzung trifft ohne Zweifel auch auf die Helfer und Helferinnen der Fallschirmagenten zu. Ihre Tätigkeit ist ohne Einschränkung als widerständig zu bezeichnen und sie war – wie die große Beteiligung österreichischer Männer und Frauen in der nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungsmaschinerie zeigt – keine Selbstverständlichkeit, auch wenn die interviewten Frauen dies so darstellen.

Vorliegender Artikel zeigte anhand eines Fallschirmspringerduos und deren UnterstützerInnen beispielhaft die Einsatzbereitschaft vieler Frauen und Männer. Eine umfassende Studie, die die Erfahrungen aller weiteren Fallschirmagenten und deren UnterstützerInnen in Österreich – insgesamt mehrere hundert Personen – untersucht und nach unterschiedlichen Motiven, Hintergründen und Schicksalen forscht, wäre ein wichtiger Beitrag zur Widerstandsforschung.

⁶² Neugebauer, Zur Struktur, Tätigkeit und Effizienz des NS-Terrorystems, S. 207.

 HEIMO HALBRAINER

ERINNERUNGSZEICHEN FÜR PARTISANINNEN IN DER STEIERMARK

Am 27. bzw. 28. Oktober 1961 erschien in den steirischen Parteizeitungen *Neue Zeit* (SPÖ), *Südost-Tagespost* (ÖVP), *Steirische Nachrichten* (FPÖ) sowie in der unabhängigen *Kleinen Zeitung* eine „Stellungnahme zur Enthüllung eines Mahnmales auf dem Grazer Zentralfriedhof“. Darin meinten die Unterzeichner – die Landsmannschaft der Deutschuntersteirer in Österreich, die Landsmannschaft der Donauschwaben in der Steiermark, die Gottscheer Landsmannschaft in Graz, der Alpenländische Kulturverband, das Schwarze Kreuz, der Österreichische Kameradschaftsbund sowie die Hochschülerschaft der Universität Graz und die Hochschülerschaft der Technischen Hochschule Graz – unter anderem, dass „angesichts der Tatsache, dass die Anregung zu diesem Denkmal von jugoslawisch-slowenischer Seite ausging, der Entwurf von einem slowenischen Architekten stammt, als Material zur Gänze Bachern-Granit verwendet wird, bei der Bauausführung auch jugoslawische Arbeitskräfte beteiligt sind und die Kosten zur Hälfte von Jugoslawien beigestellt werden, zur anderen Hälfte von steirischen Kreisen getragen werden müssen, ersichtlich [ist], dass die nichtjugoslawischen hier bestatteten Opfer nur zur Tarnung dienen, in Wirklichkeit aber vorwiegend ein Denkmal Jugoslawiens, und zwar hauptsächlich für die hier beerdigten Partisanen, geschaffen werden soll“. Es fehle – so heißt es weiter – „für dieses, auf dem Grazer Zentralfriedhof hauptsächlich für die slowenischen Partisanen geschaffene überdimensionale Mahnmal das moralische Unterpfand, das jedes Volk im Namen der Selbstachtung verlangen muss“.¹

Was war geschehen, dass sich sechzehn Jahre nach der Befreiung vom Nationalsozialismus eine – um zahlreiche Kommentare in den Leserbriefspalten der Zeitungen erweiterte – Diskussion über das Gedenken an den

¹ Stellungnahme zur Enthüllung eines Mahnmales auf dem Grazer Zentralfriedhof, in: *Neue Zeit*, 27. 10. 1961; Denkmal für jugoslawische Partisanen im Grazer Zentralfriedhof heftig umstritten, in: *Südost-Tagespost*, 28. 10. 1961; Stellungnahme zur Enthüllung des Mahnmales auf dem Grazer Zentralfriedhof, in: *Steirische Nachrichten*, 15. 11. 1961.

Widerstand in der Steiermark an einem Mahnmal am Zentralfriedhof Graz entzündete; an einem Mahnmal, das in seiner ursprünglichen Form bereits am 1. November 1946 als *Ehrenmal für die Freiheitskämpfer* errichtet worden war und das nun als „Grazer ‚Partisanenstein‘“², als „Jugo-Mahnmal“³ oder als „Partisanendenkmal“⁴ denunziert wurde.

Scheinbar stimmt nicht, was Robert Musil über Denkmäler sagte: „Es gibt nichts auf der Welt, was so unsichtbar wäre wie Denkmäler.“ Denkmäler sorg(t)en für teilweise heftige öffentliche Auseinandersetzungen, wie sich etwa rund um die Errichtung des *Mahnmals für die Opfer von Krieg und Faschismus* in Wien durch Alfred Hrdlicka oder um die ab Mitte der 1990er Jahre in Graz heftig geführte Diskussion über das Mahnmal *Die Gänse vom Feliferhof* von Jochen Gerz auf dem Gelände der ehemaligen Hinrichtungsstätte und nunmehrigen Militärschießanlage Feliferhof zeigte.⁵

Denkmäler, Mahnmale, Gedenktafeln u. a. m. – kurzum: „Gedächtnisorte“ – als materielle Kristallisationen gesellschaftlicher Erinnerung prägen das Feld der Erinnerungskultur. Sie strukturieren den öffentlichen Raum und machen sichtbar, welche Ereignisse und welche Personen von Kollektiven für erinnerungswürdig gehalten werden und daraus abgeleitet, welche Sinngebung auch für die Zukunft Bestand haben sollte. Die Setzung von Erinnerungszeichen ist – wie wir auch am Beispiel der Erinnerungszeichen für die Partisanen⁶ in der Steiermark sehen können – das Ergebnis von gesellschaftlichen und politischen Ausdifferenzierungsprozessen über die Deutung der Vergangenheit. Insofern sagen Erinnerungszeichen daher oft mehr über die Zeit ihrer Setzung aus als über die Vergangenheit, auf die sie sich beziehen.⁷

² Der Grazer „Partisanenstein“, in: *Echo*, 5. 11. 1961.

³ Jugo-Mahnmal – eine Privatsache, in: *Südost-Tagespost*, 27. 10. 1961.

⁴ Leser schreiben zum „Partisanendenkmal“. Leserbriefe in der *Südost-Tagespost*, 29. 10. 1961; *Kleine Zeitung*, 3. 11. 1961.

⁵ Beispielsweise: *Die Gänse vom Feliferhof*. Bundesheersoldaten sind Teil eines Konzeptkunst-Mahnmals, in: *Der Standard*, 24. 5. 1996; Hat steirische Militärs der Mut verlassen?, in: *Neue Zeit*, 15. 9. 1996. Leserbrief von Divisionär Arno Manner, *Neue Zeit*, 21. 9. 1996; Bruchlandung der „Gänse vom Feliferhof“, in: *Neue Zeit*, 11. 5. 1999; Still und heimlich, in: *Neue Zeit*, 14. 6. 2000; Zivilcourage, in: *Neue Zeit*, 15. 6. 2000; Mahnmal für die Opfer der Nazis, in: *Kleine Zeitung*, 14. 6. 2000; Mahnmal auf dem Bundesheer-Schießplatz Feliferhof bei Graz, in: *Der Neue Mahnruf*, August-September 2000; Neue Diskussion um eine alte Gedenkstätte, in: *Kleine Zeitung* 6. 3. 2001.

⁶ In der Steiermark waren – nach heutigem Kenntnisstand – nur Partisanen tätig.

⁷ Heidemarie Uhl, Gedächtnisraum Graz. Zeitgeschichtliche Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum nach 1945, in: *Historisches Jahrbuch der Stadt Graz*, 25 (1994), S. 625–641, hier 625.

Ein Blick auf die österreichische resp. steirische Geschichtspolitik sowie die steirische Denkmallandschaft im Zusammenhang mit der Zeit des Nationalsozialismus zeigt, warum ein 1946 gesetztes Erinnerungszeichen in seiner Anfang der 1960er Jahre erfolgten Neugestaltung für heftige Auseinandersetzungen sorgte.

Wie Heidemarie Uhl festgestellt hat, galt in der ersten Nachkriegsphase der Widerstand als denkmalwürdig.⁸ So wurden bereits wenige Tage und Wochen nach der Befreiung vom Nationalsozialismus in mehreren Orten der Steiermark – etwa in Graz, Deutschlandsberg und den obersteirischen Industriestädten Kapfenberg, Eisenerz und Zeltweg – erste Zeichen (Straßenbezeichnungen, Grabdenkmäler) für steirische WiderstandskämpferInnen gesetzt. Diese Zeichensetzungen für den österreichischen Freiheitskampf – speziell auch den mit der Waffe in der Hand – entsprachen ganz dem österreichischen Geschichtsbild jener Jahre, als der Freiheitskampf als Grundlage eines unabhängigen und demokratischen Österreichs gewürdigt und in Übereinstimmung mit der *Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs* die „erzwungene“ Teilnahme an einem „sinn- und aussichtslosen Eroberungskrieg“⁹ bedauert wurde. Im von der österreichischen Regierung 1946 herausgegebenen „Rot-Weiß-Rot-Buch“¹⁰ sowie durch die Materialien, die für weitere Bände gesammelt wurden,¹¹ sollte der Weltöffentlichkeit gezeigt werden, dass Österreich ein Opfer der Hitlerschen Aggression gewesen war und dass „der passive und später der aktive Widerstand des österreichischen Volkes gegen seine braunen Unterdrücker“ ganz dem entsprach, was die Alliierten in der Moskauer Deklaration von Österreich verlangt hatten. Daher nehmen – auf die Steiermark und die Partisanen bezogen – etwa auch der Kampf der *Österreichischen Freiheitsfront für Kärnten und Steiermark*

⁸ Heidemarie Uhl, *Erinnern und Vergessen. Denkmäler zur Erinnerung an die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und die Gefallenen des Zweiten Weltkriegs in Graz und in der Steiermark*, in: Stefan Riesenfellner / Heidemarie Uhl (Hrsg.), *Todeszeichen. Zeitgeschichtliche Denkmalkultur in Graz und in der Steiermark vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart*, Wien–Köln–Weimar 1994, S. 111–195.

⁹ Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich, Nr. 1: *Proklamation über die Selbständigkeit Österreichs*.

¹⁰ *Gerechtigkeit für Österreich! Rot-Weiß-Rot-Buch. Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs* (nach amtlichen Quellen). 1. Teil, Wien 1946.

¹¹ DÖW 8342: *Mappe „Unveröffentlichte Unterlagen für das Rot-Weiß-Rot-Buch“*.

bzw. die *Widerstandsbewegung im Ausseerland* einen breiten Raum in dieser Dokumentation des Nachweises des österreichischen Widerstandes ein.¹²

Diese Beurteilung der Vergangenheit – vor allem, was den Freiheitskampf betraf – sollte sich jedoch rasch ändern, was auch damit zusammenhängt, dass nach den Wahlen im November 1945 die KPÖ, jene Partei, die sich am stärksten auf den Widerstand und die Opfer, die dieser Widerstand gefordert hatte, berief,¹³ lediglich fünf Prozent der Stimmen erhielt und aus den meisten politischen Gremien im Land und den Gemeinden ausscheiden musste. Zwar wurden bis 1949 von den drei demokratischen Parteien (SPÖ, ÖVP, KPÖ) noch gemeinsam mehrere Denkmäler für den Widerstand errichtet, doch parallel zu diesen Zeichensetzungen kam es im Zuge des Kalten Kriegs zu einer Abgrenzung der beiden großen politischen Lager gegenüber der KPÖ.

Dieser „Kampf um die Erinnerung“ führte etwa dazu, dass in der Obersteiermark bei Enthüllungen von Denkmälern, die vom kommunistisch dominierten *Verband Österreichischer Widerstandskämpfer und Opfer des Faschismus (KZ-Verband)* errichtet wurden, die ÖVP und SPÖ die Teilnahme verweigerten (Leoben 1947) oder dass Vertreter des KZ-Verbandes bei einem von ihnen gemeinsam mit der Gemeinde errichteten Denkmal keine Ansprache halten durften (Voitsberg 1949).

Doch bald schon sollten nicht mehr jene Zeichen dominieren, die an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus erinnern, sondern jene, die das Soldatenleid im Zweiten Weltkrieg thematisieren. Das Kriegerdenkmal wurde ab dem Jahr 1949 zur bestimmenden Größe in der österreichischen und steirischen Denkmallandschaft. Parallel zur gesellschaftlichen und politischen Integration der „Ehemaligen“ und „Minderbelasteten“ traten an die Stelle der Freiheitskämpfer die Gefallenen des Zweiten Weltkrieges ins Zentrum der Erinnerung und des Gedenkens. Beinahe in jedem steirischen Ort wurde in den folgenden Jahren ein Erinnerungszeichen an die „Pflichterfüllung für das Vaterland“ errichtet oder am bereits bestehenden Denkmal für die Soldaten des Ersten Weltkrieges angebracht. Getragen wurde diese Gedenkkultur von breiten Teilen der Gesellschaft und den Kameradschaftsbünden.¹⁴

¹² Rot-Weiß-Rot-Buch, S. 145–149.

¹³ So nennt sich etwa die KPÖ in der ersten Ausgabe der steirischen KPÖ-Zeitung *Wahrheit* „die Partei der Füsilierten“, in: *Wahrheit*, 28. 10. 1945.

¹⁴ Uhl, *Gedächtnisraum Graz*, S. 216–223.

Dieser Wandel war, wie Heidemarie Uhl meint, das indirekte Ergebnis der widersprüchlichen Geschichtspolitik der Zweiten Republik.¹⁵ Erst im Zuge der „Waldheim-Debatte“ und der Frage nach der österreichischen Verantwortung für die NS-Verbrechen kam es zu einer vielfach von lokalen Initiativen getragenen „neuen“ Erinnerungskultur, die einerseits bisherige „Leerstellen“ füllte, was eine „Topographie des Terrors“ in der Steiermark entstehen hat lassen, und andererseits Zeichen für regionale WiderstandskämpferInnen – u. a. auch wieder Straßenbenennungen nach einem Partisanen und einer Unterstützerin der Partisanen der *Österreichischen Freiheitsfront (ÖFF)* in der Obersteiermark – ermöglichte.

Erinnerungszeichen für PartisanInnen – ein Überblick

Bis zu jenem Zeitpunkt, als die Neugestaltung des *Ehrenmals für die Freiheitskämpfer* im Herbst 1961 zu einem heftigen „Kampf um die Erinnerung“ führte und dabei etwas zur öffentlichen Diskussion gestellt wurde, was zu diesem Zeitpunkt in der Steiermark seit mehr als einem Jahrzehnt kein Thema mehr war – das Gedenken und Erinnern an einen partisanischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus –, hatten verschiedenste Gruppen (Gemeinden, Opferverbände, Parteien, Kirchen etc.) in der Steiermark 43 Erinnerungszeichen für den Widerstand gesetzt. Von diesen waren 18 auch oder ausschließlich für Partisanen und weitere drei für die UnterstützerInnen der verschiedenen in der Steiermark operierenden Partisanengruppen gesetzt worden.

Insgesamt erinnern heute von den 86 für den Widerstand gesetzten Erinnerungszeichen 23 in irgendeiner Form an Partisanen und weitere acht an deren UnterstützerInnen. Im Bezirk Leoben – dem Zentrum der ÖFF – wurden bis zum Jahr 2005 von den 15 Erinnerungszeichen zehn für Partisanen und weitere zwei für deren UnterstützerInnen geschaffen. Dieser hohe Prozentsatz an Erinnerungszeichen für den partisanischen Widerstand hat mehrere Gründe bzw. lassen sich diese Erinnerungszeichen in mehrere Gruppen unterteilen.

¹⁵ Heidemarie Uhl, Transformation des österreichischen Gedächtnisses. Geschichtspolitik und Denkmalkultur in der Zweiten Republik, in: Ulf Brunnbauer (Hrsg.), *Eiszeit der Erinnerung. Vom Vergessen der eigenen Schuld*, Wien 1999, S. 49–64.

Ein Grund, warum so viele Erinnerungszeichen in der Steiermark auch an Partisanen erinnern, hängt damit zusammen, dass in Graz nicht nur der Sitz des Oberlandesgerichts für Strafsachen Graz war, sondern dass im Landesgericht für Strafsachen im Frühjahr 1943 auch eine Hinrichtungsstätte geschaffen worden war. Hier wurden neben den vom Volksgerichtshof oder Oberlandesgericht in Graz bzw. Klagenfurt zum Tode verurteilten WiderstandskämpferInnen – unter ihnen PartisanInnen aus der Steiermark und Kärnten und deren UnterstützerInnen – auch all jene slowenischen PartisanInnen bzw. UnterstützerInnen dieser PartisanInnen hingerichtet, die ab September 1944 in Marburg an der Drau vom *Sondergerichtshof für politische Straftaten in der Untersteiermark* zum Tode verurteilt worden waren.

Nachdem im März 1945 ein Justizbeamter das Fallbeil hatte verschwinden lassen, wurden die beim Landesgericht einsitzenden zum Tode Verurteilten sowie die in Gestapohaft befindlichen politischen Häftlinge – darunter zahlreiche Partisanen – im April 1945 von der Gestapo in die SS-Kaserne nach Wetzelsdorf (heute: Belgierkaserne) gebracht, dort erschossen und später am Feliferhof, der Militärschießstätte im Westen von Graz, verscharrt.¹⁶ Die in der Folge gesetzten Erinnerungszeichen für die im Landesgericht (1962/1989) oder in der SS-Kaserne (2005) Hingerichteten bzw. am Feliferhof Verscharrten (1945/1980/2000) waren daher auch Erinnerungszeichen für PartisanInnen bzw. ihre UnterstützerInnen.

Daneben war der Grazer Zentralfriedhof, konkret jener Teil der „Namenlosen“, ein Ort, wo ab April 1942 die Leichen von den in der 1941 angegliederten Untersteiermark erschossenen Partisanen sowie der im Zuge der „Partisanenbekämpfung“ ermordeten Zivilbevölkerung verscharrt wurden.¹⁷ Das für diese NS-Opfer geschaffene Mahnmal – übrigens jenes, das 1961 für heftige Diskussion sorgte – war daher auch eines für slowenische PartisanInnen.

Der Hauptgrund, warum es in der Steiermark und nicht nur in Kärnten¹⁸ Denkmäler für Partisanen gibt, hängt aber damit zusammen, dass es in mehreren steirischen Gebieten eigenständig operierende Partisanenorganisatio-

¹⁶ Hans Janeschitz (Hrsg.), Felieferhof [sic!]. Ein Bericht über die amtlichen Untersuchungen der Massenmorde in der Schießstätte Felieferhof [sic!], Graz 1946.

¹⁷ Janeschitz, Felieferhof, S. 42 ff.

¹⁸ Lisa Rettl, PartisanInnendenkmäler. Antifaschistische Erinnerungskultur in Kärnten, Innsbruck–Wien–Bozen 2006.

nen bzw. im Entstehen begriffene Partisanengruppen gab,¹⁹ die v. a. in der Obersteiermark auch über eine große Zahl von UnterstützerInnen verfügten. Diese unabhängig voneinander auftretenden Gruppen waren, da sie mit Anschlägen auf die Infrastruktur die Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hatten, ab Frühjahr 1944 ständiger Verfolgung ausgesetzt. Bei Kämpfen mit den nationalsozialistischen Verfolgern kamen – wie noch bei den einzelnen Gruppen zu sehen sein wird – mehrere Partisanen ums Leben, wie auch immer wieder, teilweise durch Spitzel verraten,²⁰ die UnterstützerInnen dieser Partisanen verhaftet und entweder vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und hingerichtet oder in Konzentrationslager überstellt wurden, von wo viele nicht mehr zurückkehrten. Zudem wurden mehrere Partisanen, die im Zuge von Kampfhandlungen gefangen genommen worden waren, vom Volksgerichtshof bzw. Reichskriegsgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Für diese Personen wurden nach der Befreiung vom Nationalsozialismus an zahlreichen Orten in der Steiermark Erinnerungszeichen (Straßenbenennungen, Denkmäler, Gedenktafeln, Grabdenkmäler) gesetzt.

Dass der Prozentsatz an Erinnerungszeichen für Partisanen relativ hoch war, bedeutet aber keineswegs, dass diese Erinnerungszeichen in der öffentlichen Wahrnehmung überhaupt als Erinnerungszeichen für Partisanen präsent sind. So hat sich lediglich bei drei der 86 Erinnerungszeichen – im Gedenkraum des Landesgerichts, beim Internationalen Mahnmal und bei der Silvester-Heider-Gedenkstätte – ein politisch oder rituell inszeniertes Widerstands- bzw. Partisanengedächtnis herausgebildet.

In rund 40 Prozent der Fälle sind die für die Partisanen gesetzten Erinnerungszeichen Grabdenkmäler, wobei sich in den meisten Fällen nicht einmal ein allgemein gehaltenes Totengedenken entwickelt hat. Dies hängt u. a. damit zusammen, dass auf den Friedhöfen in einigen Fällen ortsfremde Partisanen begraben sind und in mehreren Fällen auch nicht ersichtlich ist, dass es sich hierbei überhaupt um Partisanen handelt. Lediglich im an der Grenze zu Slowenien gelegenen Soboth, wo am örtlichen Friedhof vier Einzelgräber als Ehrengräber von der zuständigen Landesabteilung betreut

¹⁹ Radomir Luža, *Der Widerstand in Österreich 1938–1945*, Wien 1985, S. 221–235; Wolfgang Neugebauer, *Der österreichische Widerstand 1938–1945*, Wien 2008, S. 180 f.

²⁰ Heimo Halbrainer, *Widerstand und Verrat – Die Unterwanderung des steirischen Widerstands durch V-Leute der Gestapo*, in: Margit Franz / Heimo Halbrainer / Gerald Lamprecht u. a. (Hrsg.), *Mapping contemporary history. Zeitgeschichten im Diskurs*, Wien 2008, S. 321–349.



**Am Friedhof in
Soboth sind vier
Partisanen begraben.**

(Foto:
Heimo Halbrainer)

werden, steht neben dem Namen und dem Todesdatum *Partisan*. Bei einigen Einzelgrabdenkmälern finden sich neben biografischen Angaben lediglich allgemeine Formulierungen über die hier Bestatteten: *Gefallen für ein freies Österreich* (Eisenerz) oder *Gefallen als österreichischer Freiheitskämpfer* (Trofaiach). Gänzlich ohne nähere Angaben sind die Grabdenkmäler in Ligist, Glashütten / Gresenberg und in der Breitenau gehalten, wobei diese Gräber in ihrer Gestaltung an solche für Wehrmachtssoldaten erinnern. Dies betrifft auch die Gedenkanlagen in Hartberg, wo 1946 neben dem Soldatenfriedhof eine eigene Anlage mit Holzkreuzen geschaffen worden war, welche mittlerweile von der Kriegsgräberfürsorge durch Steinkreuze ersetzt wurden, wie sie auch auf dem nebenan gelegenen Soldatenfriedhof zu finden sind. Dass es sich bei den unter den Steinkreuzen Beerdigten um Partisanen der

Gruppe um Gustav Pfeiler bzw. deren UnterstützerInnen handelt, die Ende April bzw. Anfang Mai 1945 erschossen oder im Stadtpark von Hartberg hingerichtet worden sind, erschließt sich auch nicht, wenn man die Inschrift auf dem Gedenkstein liest, wo es kryptisch heißt: *Zum Gedenken / an die Opfer der / letzten Kriegstage / 1945.*

Keinen Hinweis auf Partisanen findet man auch am Denkmal in Graz, wo am Zentralfriedhof noch im Mai 1945 im Rahmen einer großen antifaschistischen Demonstration die 142 Toten vom Feliferhof, unter ihnen auch Partisanen bzw. UnterstützerInnen der Partisanen, feierlich bestattet wurden und bei der Landeshauptmann Reinhard Machold in seiner vor rund 10.000 Menschen gehaltenen Trauerrede u. a. meinte: „Sie sind Helden, die ihr Leben ließen, weil sie die Freiheit liebten und weil sie die Knechtschaft hassten. Für immerwährende Zeiten werden wir dieser unbekannteren Soldaten und Gefallenen unserer inneren Front in tiefer Trauer und tiefster Dankbarkeit gedenken.“²¹ An dieser Grabstätte wurde in den folgenden Jahren das so genannte *Feliferhof-Denkmal* errichtet, auf dem sich neben Mosaikbildern des Grazer Künstlers August Raidl lediglich die Inschrift *Hütet Freiheit und Frieden, denn wir starben für sie* befindet. Rund um das Grabmal wurde in der Folge die Kriegsgräberanlage für rund 1600 Soldaten errichtet, was dazu führte, dass in den 1990er Jahren das Feliferhof-Denkmal im Friedhofsplan als Kriegerdenkmal ausgewiesen wurde.

Auch bei der ebenfalls bereits unmittelbar nach der Befreiung errichteten Grabanlage am Friedhof in Deutschlandsberg weist nichts darauf hin, wer hier bestattet ist, da am Denkmal lediglich „Freiheitskämpfer 1934–1945“ zu lesen ist und auf einer Tafel die Namen von acht Personen stehen.

Ein weiterer Grund, warum so viele Erinnerungszeichen in der Steiermark auch an Partisanen und deren UnterstützerInnen erinnern, hängt damit zusammen, dass zahlreiche unmittelbar nach der Befreiung errichtete Denkmäler bzw. Gedenktafeln für die in den jeweiligen Orten bzw. Bezirken ums Leben gekommenen WiderstandskämpferInnen auf diesen Tafeln und Denkmälern auch Partisanen anführen – womit die Partisanen gemeinsam mit den anderen genannten Personen ins kollektive Gedächtnis der jeweiligen Gemeinde Einzug fanden. So finden wir Partisanen etwa namentlich genannt auf den Denkmälern in Judenburg (1949), St. Michael in der Obersteiermark (1947), Leoben-Gärnerpark (1947), Trofaiach (1996) oder im ehema-

²¹ Rede von Landeshauptmann Reinhard Machold zit. n.: Wir geloben, die Schuld zu tilgen, in: Neue steirische Zeitung, 29. 5. 1945.

ligen Hinrichtungsraum des Landesgerichts für Strafsachen in Graz (1962). In Hieflau (1959) sind neben den in diesen Orten ums Leben gekommenen WiderstandskämpferInnen auch die UnterstützerInnen der Partisanen genannt. Keine namentliche Nennung am Denkmal gibt es in Eisenerz (1962) und in Graz-Belgierkaserne (2005).



**Erinnerung an Heinrich Kohnhauser
im Partisanenquartier im Kollmannstock**
(Foto: Werner Anzenberger)

All diesen Denkmälern, Gedenksteinen und Gedenktafeln bzw. auf Friedhöfen versteckten Grabmälern für Partisanen stehen lediglich vier im öffentlichen Raum befindliche Erinnerungszeichen gegenüber, die ausschließlich für Partisanen gesetzt worden sind. Zwei davon befinden sich in den obersteirischen Bergen (am Thalerkogel bzw. beim Kollmannstock), wo ein Gedenkstein bzw. eine Gedenktafel für die an diesen Orten ums Leben gekommenen Partisanen der ÖFF errichtet wurden. Zudem wurden in den Gemeinden Eisenerz und Trofaiach zwei Straßen nach zwei Partisanen der ÖFF benannt.

Erinnerungszeichen für die im steirisch-slowenischen Gebiet kämpfenden PartisanInnen

Das erste Erinnerungszeichen für Partisanen in der Steiermark wurde noch vor dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Glashütten (Bezirk Deutschlandsberg) Anfang Mai 1945 gesetzt. Diese Gegend war, wie Walter Wachs, ein führendes ehemaliges Mitglied der als *Koraln-Partisanen* bekannten Partisanen der *Kampfgruppe Steiermark*, in seinen Erinnerungen beschreibt, seit April 1945 befreites Gebiet.²² Hierher hatten sich die Partisanen Ende März 1945 zurückgezogen. Sie waren von der sowjetischen Luftwaffe im Sommer 1944 aus der Sowjetunion in das befreite Gebiet um Crnomelj in Slowenien ausgeflogen worden. Am 17. September 1944 überschritten 21 Partisanen der ursprünglich aus zwei Spaniern, zwei Italienern, drei Russen und siebzehn Österreichern bestehenden *Kampfgruppe Avantgarde*, die sich ab Herbst 1944 *Kampfgruppe Steiermark* nannte, in Begleitung von fünf slowenischen Partisanen die alte österreichische Grenze, um in Österreich einerseits Sabotage zu betreiben und andererseits lokale Widerstandszentren zu schaffen sowie den illegalen Apparat der KPÖ zu reorganisieren. Da diese kleine auf der Sau- und später auf der Koraln operierende Gruppe bereits in den ersten Wochen schwere Verluste erlitten hatte, konnte sie vorerst keines dieser Ziele umsetzen. Sie schloss sich daher zeitweilig der *Lackov Odred* der *Osvobodilna Fronta*, der slowenischen Befreiungsfront, die im steirisch-slowenischen Grenzgebiet kämpfte, an. Bei mehreren Kämpfen in dieser Grenzregion kamen zwischen November 1944 und März 1945 zahlreiche slowenische Partisanen sowie Partisanen der *Kampfgruppe Avantgarde* ums Leben. Als sich in den letzten Wochen des Krieges immer mehr Deserteure den Partisanen anschlossen, trennte sich die *Kampfgruppe Steiermark* von den slowenischen Partisanen und ging nach Norden in Richtung Glashütten-Brendlalm, von wo aus sie – mittlerweile zu einer mächtigen Gruppe aufgestiegen, die ab April 1945 Teile des Koralmgebiets kontrollierte – am 8. Mai 1945 die weststeirischen Orte Schwanberg und Deutschlandsberg befreiten.²³

²² Walter Wachs, *Kampfgruppe Steiermark*, Wien–Frankfurt–Zürich 1968, S. 34 ff.

²³ Christian Fleck, *Koralmpartisanen. Über abweichende Karrieren politisch motivierter Widerstandskämpfer*, Wien–Köln 1986; Willibald I. Holzer, *Am Beispiel der Kampfgruppe Avantgarde/Steiermark (1944/45). Zur Genese und Gestalt leninistisch-maoistischer Guerilladoktrin und ihrer Realisierungschance in Österreich*, in: Gerhard Botz u. a. (Hrsg.), *Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte. 10 Jahre Ludwig*

Für die bei den Kämpfen ums Leben gekommenen Partisanen wurden mehrere Ehrengräber errichtet. Das erste entstand – wie gesagt – noch vor Kriegsende in Glashütten, wo ein bei einem Schusswechsel erschossener Partisan mit allen Ehren und der Beteiligung des lokalen Pfarrers bestattet wurde. Walter Wachs berichtet, dass der Pfarrer von Glashütten bei der Einsegnung von dem „tapferen österreichischen Freiheitskämpfer, der sein Höchstes für die Freiheit und Unabhängigkeit seiner Heimat geopfert hatte“, sprach.²⁴

Diese frühe Zeichensetzung hatte jedoch keine Nachwirkung, denn das Grab – bei dem nichts auf die Geschichte der Entstehung hinweist – für den erst in den letzten Wochen zu den Partisanen gestoßenen Deserteur blieb im Waldfriedhof das Grab eines „Fremden“. Gleiches gilt letztlich auch für die Grabanlagen für die im März 1945 ums Leben gekommenen Partisanen am Friedhof von Soboth und für die bei einem Schusswechsel in Ligist im April 1945 erschossenen Partisanen. Zwar gab es – wie die *Weststeirische Volkszeitung* berichtete – am 22. Juli 1945 in Ligist einen „antifaschistischen Opfertag“ mit feierlicher Beisetzung der vier Freiheitskämpfer,²⁵ doch auch hier handelte es sich um „Fremde“, an deren Gräbern sich folglich kein rituelles Gedenken etabliert hat. Ebenso hat sich bei der größten Grabanlage für die Partisanen bzw. ihre UnterstützerInnen im Bezirk am Friedhof in Deutschlandsberg kein identitätsstiftendes Gedenken etabliert. Lediglich zu Allerheiligen wird von der Gemeinde ein Grabschmuck niedergelegt. Dabei handelt es sich – im Unterschied zu den übrigen Gräbern – bei den in Deutschlandsberg bestatteten 18 Personen zumindest zum Teil um Männer und Frauen aus der Stadt bzw. dem Bezirk, die entweder wegen Verdachts der Partisanentätigkeit oder der Unterstützung von Partisanen am 10. April 1945 auf der Hebalm von SS-Männern, Gestapo-Beamten und RAD-Angehörigen erschossen worden waren. Für diese 16 Männer und zwei Frauen fand am 11. Juni 1945 die Beisetzung unter großer Beteiligung der Bevölkerung sowie einer Ehrenkompanie der jugoslawischen Partisanen statt, bei der der Bezirkshauptmann von Deutschlandsberg und Beauftragter der ÖFF, Dr. Rader, den PartisanInnen und FreiheitskämpferInnen seinen Dank aussprach.²⁶

Boltzmann Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung, Wien–München–Zürich 1978, S. 377–424.

²⁴ Wachs, Kampfgruppe Steiermark, S. 37. Dazu auch Fleck, Koralm-Partisanen, S. 146.

²⁵ *Weststeirische Volkszeitung*, 21. 7. 1945.

²⁶ Trauerfeier in Deutschlandsberg, in: *Neue Steirische Zeitung*, 14. 6. 1945.

Nachdem viele der ehemaligen Partisanen aus der Gegend, die sich der Kampfgruppe angeschlossen hatten, aus dem Bezirk weggezogen waren, gab es keine Träger eines Gedenkens für die Partisanen mehr. Im Gegenteil: mehrere ehemalige Partisanen wurden ab 1948 wegen ihrer Partisanentätigkeit verhaftet.²⁷



**Am Friedhof in
Deutschlandsberg
wurde 1945 das
Denkmal für die
Freiheitskämpfer
errichtet.**

(Foto:
Heimo Halbrainer)

²⁷ Fleck, Koralm partisanen, S. 158 ff.

*Exkurs: Erinnerungszeichen für PartisanInnen der
Kampfgruppe Steiermark jenseits der Grenze*

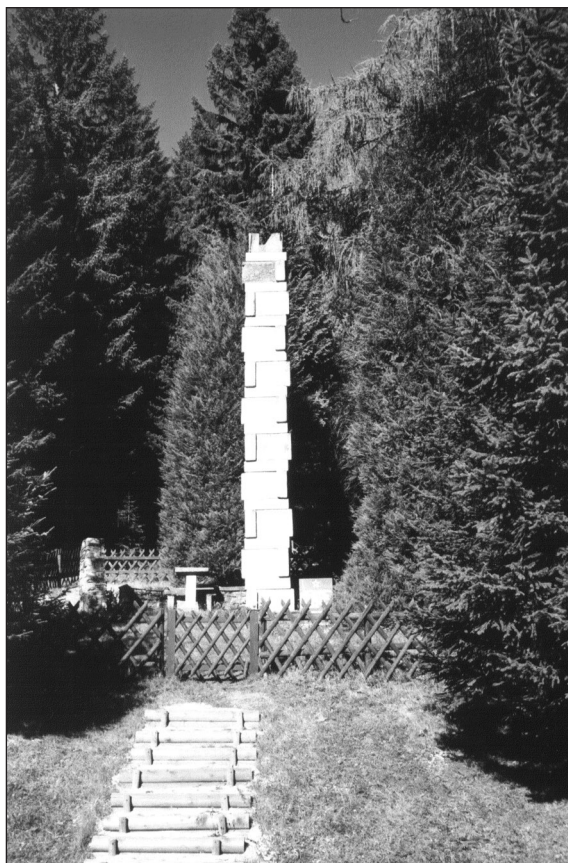
Eine gänzlich andere Rolle für die kollektive Identität spielten Denkmäler für PartisanInnen in Slowenien. Ohne hier auf diese Diskussionen näher eingehen zu können,²⁸ sei in diesem Zusammenhang nur auf ein Erinnerungszeichen für Partisanen der Kampfgruppe Steiermark im Rahmen der in Slowenien geschaffenen Denkmallandschaft hingewiesen: auf jenes am Partisanenfriedhof Pernice (Pernitzen). Auf diesen Friedhof wurden die am 7. März 1945 beim Kampf im österreichischen Teil von Laaken (Mlake) ums Leben gekommenen Partisanen beigesetzt und ein Denkmal sowie ein Gedenkstein gesetzt. Der Grund, warum die in Österreich ums Leben gekommenen Partisanen hier bestattet liegen, hängt – abgesehen von der Tatsache, dass zwei führende Kämpfer der *Lackov Odred*, der Kommandant Jože Bregar und der politische Kommissar des I. Bataillons Alojz Sovinsek, sowie drei Partisanen aus Pernice bei diesem Gefecht ums Leben gekommen sind – damit zusammen, dass die meisten BewohnerInnen des österreichischen Teiles von Laaken (Mlake) auch nach der Grenzziehung 1919/1920 die Kirche und den Friedhof in Pernice (Pernitzen) weiter nutzten. Auf dem Gedenkstein der Grabanlage heißt es: „Hier liegen die Kämpfer der Einheit Lackov, die am 7. 3. 1945 in Laaken als Helden gefallen sind, im Kampf gegen die deutschen Besatzer, die bewusst das slowenische Volk beraubten, die es brandschatzten und ermordeten.“²⁹ Zwei der dreizehn bei diesem Gefecht ums Leben ge-

²⁸ Vgl. Oto Luthar, *Possessing the Past: The Problem of Historical Representation in the Process of Reinventing Democracy in Eastern Europe – the Case of Slovenia*, in: *Filozofski vestnik*, 18, Nr. 2, 1997, S. 233–256; Wolfgang Höpken, *Vergangenheitspolitik im sozialistischen Vielvölkerstaat: Jugoslawien 1944–1991*, in: Petra Bock / Edgar Wolfrum (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich*, Göttingen 1999, S. 210–243; Jezernik Božidar, *Spomeniki v vetru sprememb*, in: *Glasnik Slovenskega etnološkega društva*, 1.37 (1997), št. 3, S. 7–10.

²⁹ Im Original heißt es: *Tuleze borci Ladskovega odreda, / ki so padli kot junaki 7.3.1945 na Mlakah, / v borbi z / nemskim okupatorjem, ki / je ropal, pozigal in ubijal zavedno / slovensko ljudstvo. // Bregar Joze komandant I.bataljona / Ladskovega odreda iz B.cerkve. / Sovinsek Alojz pom. / komisarja / I.bataljona Ladskovega odreda iz sv. / Miklavza v Zadrecki dolini. / Susek Marko iz Dicne. Tocaj Gregor / iz Mozirja. Habjanic Peter iz Majskega / hriba. Folmajer Anton iz Ozbolta Vurmat. /Americo Brizvuela iz Madrida. / Faconda Lopez iz Madrida. Skoflek / Alojz iz Vitanja. Sarnikus Jurij iz Litve. / Ostromin Ivan iz Ukrajine. Anton / Dobovicnik iz Doberne. / Padli borci iz Pernic. Arl Jernej roj. / 1918. Gerhold Valentin roj. 1928. Porcnik / Rok roj. 1920 Bozic Ivan roj. 1927. // Ubiti in zaklani 7.3.1945*

**Denkmal am
Partisanenfriedhof in
Pernice für die
in Laaken ums
Leben gekommenen
Partisanen**

(Foto:
Heimo Halbrainer)



kommenen Partisanen waren die in den Reihen der Kampfgruppe Steiermark kämpfenden Offiziere der spanisch-republikanischen Armee, die nach der Niederlage der Republik in die Sowjetunion emigriert waren und mit den österreichischen Spanienkämpfern den Kern der Kampfgruppe gebildet hatten.

Neben den Partisanen wird mit dem Gedenkstein auch ZivilistInnen – der Pächterfamilie des Škorjanc-Hofes und ihren beiden zwei und sechs Jahre

pri Skorjancu / Maricnik Jozef roj. 1.3.1897. Maricnik / Terezija roj. 1.10.1907. Maricnik Matilda / roj. 3.6.1930. Maricnik Marija roj. 3.6.1930. / Slava nijm!

alten Töchtern – als *Opfern der faschistischen Gewalt, die in diesem Gebiet ihr Leben hingegeben haben*, wie es auf dem Gedenkstein heißt, gedacht. Während hier die Täter genannt werden – es war die ukrainische SS, die diese Familie mit dem Gewehrkolben erschlagen bzw. mit dem Bajonett erstochen hatte –, hat es in Laaken und Soboth, wohin Laaken eingemeindet wurde, eine Uminterpretation der Ereignisse gegeben, sodass heute im kollektiven Gedächtnis des Ortes die Partisanen die Täter sind.³⁰

(K)eine Erinnerung an die PartisanInnen vom Wechsel

Am 20. August 1946 berichtete die kommunistische Tageszeitung *Wahrheit* von der „stürmischen Denkmalthüllung in Hartberg“.³¹ Hintergrund für diese Denkmalthüllung war, dass sich in der Umgebung von Hartberg ab Herbst 1944 Deserteure aus der Wehrmacht, später auch Volkssturmmangehörige, der Widerstandsbewegung um Gustav Pfeiler angeschlossen hatten. Diese rund 40 Personen nahmen am 18. März 1945 den bewaffneten Kampf auf. Teilweise spektakuläre Aktionen wie die Sprengung von drei außerhalb von Penzendorf – einer Gemeinde nahe Hartberg – abgestellten Flugzeugen oder der Versuch, den Ortsgruppenleiter von Hartberg, Erich Heumann, am 8. April in Staudach, wohin er seine Familie evakuieren hatte lassen, festzunehmen, führten dazu, dass sich einerseits immer mehr Personen den Partisanen anschlossen – Pfeiler spricht von 280 –, dass aber andererseits immer mehr SS-Männer zur Verfolgung dieser Partisanengruppe eingesetzt wurden. So wurden ab dem 26. April durch die nach Hartberg abgestellten Gestapo-beamten zahlreiche Bauern aus Staudach, Pongrazen und Grafendorf verhaftet, da sie u. a. beschuldigt wurden, am Versuch den Ortsgruppenleiter Heumann am besagten 8. April zu verhaften, wobei dieser schwer verletzt worden war und seine Angehörigen erschossen worden waren, beteiligt gewesen zu sein bzw. die Partisanen zu unterstützen. 13 Personen wurden am 4. Mai 1945 in Hartberg von einem Standgericht zum Tode verurteilt und neun von ihnen im Stadtpark erschossen sowie vier auf Laternen erhängt. Als sich am 7. Mai 1945 die SS-Einheiten vor der herannahenden Roten

³⁰ Klaus-Jürgen Hermanik, Eine versteckte Minderheit. Mikrostudie über die Zweisprachigkeit in der steirischen Kleinregion Soboth, Weitra [2007], S. 276 f.

³¹ Stürmische Denkmalthüllung in Hartberg, in: *Wahrheit*, 20. 8. 1946.

Armee zurückzogen, nahmen sie mehrere UnterstützerInnen der Partisanen als Gefangene mit, die sie unterwegs erschossen.³²



Am Stadtturm in Hartberg wurde 1946 eine Gedenktafel angebracht.

(Foto: Heimo Halbrainer)

1946 begann ein nur kurze Zeit währendes Gedenken an diese Ereignisse. Am 5. Mai 1946 wurde im Hartberger Stadtpark am Stadtturm eine Gedenktafel enthüllt. Dieses erste Zeichen für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Steiermark am Hartberger Stadtturm wurde nur wenig

³² Fritz Posch, Geschichte des Verwaltungsbezirkes Hartberg. Erster, allgemeiner Teil. 2. Teilband (= Von 1848 bis zur Gegenwart), Graz–Hartberg 1978, S. 116–145.

später – am 18. August 1946 – durch ein Denkmal ersetzt, das den Freiheitskampf durch zwei Männergestalten mit nacktem Oberkörper vor dem Hintergrund der österreichischen Fahne zum Thema hat, wobei einer der Kämpfer das Hartberger Stadtwappen in den Händen hält. Nach der Enthüllung dieses Denkmals und den Reden des in Vertretung des Landeshauptmannes angereisten Landeshauptmannstellvertreters Ing. Tobias Udier und der Präsidenten der *Liga demokratischer Freiheitskämpfer* für Steiermark, Ing. Husslik, bzw. für Wien, Alfons Stillfried, kam es – wie die Überschrift der *Wahrheit* verrät³³ – durch die Rede des Bezirksleiters der Liga demokratischer Freiheitskämpfer, dem ehemaligen Kopf der Partisanenbewegung, Gustav Pfeiler, zu einer Kundgebung gegen einen der Misshandlung eines im Mai 1945 ermordeten Freiheitskämpfers beschuldigten Eisenhändler, dessen Verhaftung gefordert wurde.

Für Mai 1947 ist noch eine große Veranstaltung nachweisbar, an der u. a. der steirische Sicherheitsdirektor Oberst Alois Rosenwirth und der Nationalratspräsident Dr. Alfons Gorbach teilnahmen und bei der die nur schleppend vorangehenden Ermittlungen gegen ehemalige Nationalsozialisten kritisiert wurden. Doch nach dem Wegzug Pfeilers und der Auflösung der Liga demokratischer Freiheitskämpfer verschwand auch die Erinnerung an die gegen Kriegsende hingerichteten Partisanen und deren UnterstützerInnen.³⁴ Daher verwundert es auch nicht, dass – wie schon weiter oben kurz dargestellt – deren Gräber denen der Wehrmachtssoldaten angeglichen und mit einem mehr verhüllenden als erklärenden Gedenkstein versehen wurden.

Erinnern an die PartisanInnen der ÖFF Leoben-Donawitz

Waren die bisher vorgestellten Erinnerungszeichen für die in verschiedenen Gebieten der Steiermark tätigen Partisanen teilweise als Fremdkörper empfunden worden, die nie hegemonial im Kampf um die Erinnerung waren, da sie zumeist auf Friedhöfen versteckt sind, so ist dies bei den Erinnerungszeichen für die Partisanen der ÖFF in der Obersteiermark anders. Die Gründe, dass dies anders war und ist, hängen damit zusammen, dass nach 1945

³³ Stürmische Denkmalenthüllung in Hartberg, in: *Wahrheit*, 20. 8. 1946.

³⁴ Uhl, *Erinnern und Vergessen*, S. 133.

in diesen Gemeinden teilweise bis heute eine im Vergleich zum restlichen Österreich starke KPÖ existierte, in der über Jahrzehnte ehemalige Partisanen führende Funktionen innehatten, die als Träger einer Erinnerungskultur fungierten. Zudem war diese Partisanenorganisation während der NS-Zeit in der Bevölkerung stärker verankert, als die bislang vorgestellten Partisanengruppen.

Diese auch als *Partisanengruppe Leoben-Donawitz* bekannte Organisation war im Sommer 1942 von den Kommunisten Sepp Filz, Ferdinand Andrejowitsch, Max Muchitsch, Anton Wagner und dem ehemaligen Gewerkschaftssekretär Simon Trevisani gebildet worden. Diese bauten ein Netz von Widerstandszellen bzw. Hilfsgruppen auf und knüpften Kontakte zu den slowenischen Partisanen nach Jesenice, wohin auch zwei Widerstandskämpfer – Sepp Filz und Anton Wagner – im April 1943 fliehen mussten, um einer drohenden Verhaftung zu entgehen. Nach mehrmonatigem Aufenthalt beim Pokljuka-Bataillon³⁵ kehrten sie im Herbst 1943 nach Leoben zurück und schritten an den Aufbau einer organisatorischen Basis für einen Partisanenkampf. Dabei gelang es ihnen verschiedene öffentliche Stellen (Gemeindeamt, Eisenbahngesellschaft, Telegrafenamnt, Bezirksbehörden usw.), aber auch das örtliche Militärkommando zu infiltrieren und eine so genannte Bodenorganisation zu schaffen, die die Partisanen mit Informationen und Lebensmitteln versorgte sowie ihnen Quartier gab.

Nachdem diese logistischen Schritte gesetzt worden waren, wurde im Herbst 1943 in der Nähe von Trofaiach die Landesleitung der ÖFF gebildet, der neben den im Bezirk Leoben Tätigen auch Vertreter von Widerstandsgruppen aus Judenburg, Villach, Graz und Wien angehörten. Dabei wurde beschlossen, im Frühjahr 1944 mit dem bewaffneten Kampf zu beginnen. Während im Frühjahr und Sommer 1944 in den Bezirken Leoben und Bruck/Mur erste Aktionen gesetzt wurden und es zu ersten Kämpfen kam, bei denen mehrere Partisanen starben, begannen in Judenburg Bruno Rauch und Johann Schleich ebenfalls mit dem Aufbau einer Partisanengruppe, die mit der Leobener Gruppe in enger Verbindung stand.³⁶ Die Anschläge auf Eisenbahnanlagen sowie die Überfälle auf lokale Nationalsozialisten führten zu massiven Verfolgungsmaßnahmen seitens der Gestapo. Die Mitglieder der

³⁵ Mile Pavlin, Die Vorgeschichte der Partisanengruppe Leoben-Donawitz, in: Vestnik Koroških Partizanov (1988), 1/2, S. 23–28; Heimo Halbrainer, Sepp Filz und seine Zeit. Ein Donawitzer Arbeiter auf der Walz, im Widerstand und beim Wiederaufbau, Unveröffentlicht. Dipl., Graz 1993.

³⁶ DÖW 19793/145, Urteil gegen Bruno Rauch, Johann Schleich u. a. (10 J 212/44).

Judenburger Gruppe wurden im April 1944 verhaftet und teilweise zum Tode verurteilt und in Graz hingerichtet. In Leoben gelang es der Gestapo im August 1944 zwei führende Partisanen zu verhaften, was zur Folge hatte, dass diese fast das gesamte Unterstützernetzwerk preisgaben. Mehrere Hundert Personen wurden verhaftet und entweder vor den Volksgerichtshof bzw. vor das Kriegsgericht gestellt oder in Konzentrationslager überstellt, wo 44 Männer und Frauen der Bodenorganisation der ÖFF ums Leben kamen.³⁷

Für die bei den Kämpfen ums Leben gekommenen bzw. hingerichteten Partisanen sowie die UnterstützerInnen der Partisanengruppe wurden in den Gemeinden, aus denen diese stammten, Erinnerungszeichen gesetzt. So gibt es für drei dieser Partisanen – wie schon kurz dargestellt – Grabdenkmäler, doch hat sich an diesen, im Unterschied zu den bislang vorgestellten, eine teilweise lebendige Erinnerungskultur ausbilden können. Die in Eisenerz und Trofaiach errichteten Ehrengräber waren über einen längeren Zeitraum hinweg Orte, an denen mehr geschah als eine Kranzniederlegung zu Allerheiligen. So fanden am Grab von Silvester Heider am Trofaiacher Friedhof, solange es kein Mahnmal für alle ums Leben gekommenen WiderstandskämpferInnen der Gemeinde gab, jährlich Gedenkveranstaltungen statt. Ähnlich war es auch in Eisenerz, wo am 25. August 1945 auf dem Friedhof die beiden im Dezember 1944 bzw. am 8. Mai 1945 erschossenen Partisanen Heinrich Kohnhauser und Franz Lindmoser, nachdem sie am Zentralfriedhof in Leoben bzw. am Eisenerzer Friedhof provisorisch bestattet worden waren, unter reger Beteiligung der Bevölkerung in ein gemeinsames Grab umgebettet wurden³⁸ und dies zum Gedenkort für den Widerstand wurde.³⁹ In Eisenerz war zudem bereits im Juni 1945 auf Antrag der Kommunistischen Partei die im Zentrum der Stadt gelegene Kerschbaumerstraße in Lindmoserstraße – wie es hieß „zu Ehren des noch in den letzten Kriegstagen von der Hitlerischen SS ermordeten Eisenerzer Partisanen Lindmoser“ – umbenannt worden.⁴⁰ Diese Straßenbenennung nach einem Partisanen sollte für die nächsten fast 60 Jahre die einzige bleiben. Zwar hat es seit den 1980er Jahren immer wieder Initiativen der KPÖ in Trofaiach gegeben, eine Straße nach Silvester Heider, dem in unmittelbarer Nähe auf dem Thalerkogel am

³⁷ Max Muchitsch, *Die Rote Stafette. Vom Triglav zum Hochschwab*, Wien 1985, S. 486–487.

³⁸ Zwei Antifaschisten werden beerdigt, in: *Obersteirisches Volksblatt*, 29. 8. 1945.

³⁹ Erich Fein, *Die Steine reden. Gedenkstätten des österreichischen Freiheitskampfes. Mahnmale für die Opfer des Faschismus*, Wien 1975, S. 255.

⁴⁰ Vom Erzberg, in: *Obersteirisches Tagblatt*, 13. 6. 1945.



Enthüllung der Tafel am Silvester-Heider-Platz in Trofaiach (2004) durch Gemeinderätin Gabi Leitenbauer (KPÖ) und Bürgermeister August Wagner (SPÖ)
(Foto: Heimo Halbrainer)

22. Juni 1944 erschossenen Partisanen, zu benennen,⁴¹ doch sollte es bis zum 22. Oktober 2004 dauern, ehe der Platz vor dem Museum der Stadt den Namen Silvester Heider Platz erhielt und eine von der KPÖ Trofaiach mit Unterstützung der Familie Grosz gestiftete Gedenktafel angebracht wurde.⁴² Der Bürgermeister der Stadt, August Wagner (SPÖ), meinte in seiner Rede u. a., dass „die Ehrung zwar spät komme, aber dafür die Verbeugung vor Silvester Heider umso tiefer sei“.⁴³ Dass es sich bei der Benennung des Platzes aber nicht um eine „tiefe Verbeugung“, sondern eher um eine Alibi-handlung gegenüber der zweitstärksten Fraktion im Gemeinderat, der KPÖ,

⁴¹ SP-Trofaiach weiter gegen Heiderplatz, in: Volksstimme, 27. 7. 1988.

⁴² Gedenktafel, in: Kleine Zeitung (Leoben), 23. 10. 2004; Silvester Heider-Platz, in: Trofaiach Informationen, 5/2004; Spätes Andenken. Trofaiach benennt Platz nach Widerstandskämpfer, in: Obersteirer, 28. 10. 2004; Silvester Heider Platz feierlich eingeweiht, in: Trofaiacher Nachrichten, November 2004.

⁴³ Silvester Heider Platz in Trofaiach, in: Der neue Mahnruf, November–Dezember 2004.

gehandelt haben dürfte, zeigt sich darin, dass die Gebäude am Platz weiterhin die alte Postanschrift „Friedhofgasse“ tragen.

Zwischen der ersten (1945) und bislang letzten Zeichensetzung (2004) für Partisanen der ÖFF gab es zahlreiche weitere Denkmalsetzungen in St. Michael (1947), Leoben (1947), Judenburg (1949), Hieflau (1959), Eisen-erz (1962) und Trofaiach (1996). Diese nicht ausschließlich für Partisanen errichteten Denkmäler zeigen – wie sonst nirgends in der Steiermark – bereits sehr früh eine im Zuge des beginnenden „Kalten Kriegs“ getrennte Ausformung der antifaschistischen Erinnerungslandschaften,⁴⁴ wobei man verkürzt sagen kann, dass auf der einen Seite das sozialistische Erinnern an die Februarkämpfe 1934 und auf der anderen Seite das kommunistisch dominierte an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus sowie in und um Leoben an den Partisanenkampf dominierte.

So blieben beispielsweise in Leoben – wie die kommunistische Tageszeitung *Wahrheit* berichtete⁴⁵ – im Oktober 1947 bei der Enthüllung des *Freiheitskämpferdenkmals*, das auf Initiative des KZ-Verbands für die 125 ermordeten WiderstandskämpferInnen des Bezirks, unter ihnen die Partisanen der ÖFF bzw. deren UnterstützerInnen, in einer Parkanlage im Zentrum der Stadt Leoben errichtet wurde, trotz ursprünglicher Zusage die Vertreter der ÖVP, aber auch der SPÖ mit Ausnahme des Bürgermeisters fern. In Judenburg war es dagegen der *Bund sozialistischer Freiheitskämpfer*, der 1949 ein Denkmal für die 15 hingerichteten WiderstandskämpferInnen, unter ihnen zwei Partisanen und mehrere UnterstützerInnen, errichtete.⁴⁶ Auch in anderen obersteirischen Gemeinden kam es Ende der 1940er und Anfang der 1950er Jahre zu einem getrennten Erinnern und Zeichensetzen, wobei beispielsweise in Knittelfeld 1953 zwei Erinnerungszeichen gesetzt wurden⁴⁷ – ein vom KZ-Verband errichtetes Denkmal des Bildhauers Fritz Cremer und der Architektin Margarete Schütte-Lihotzky am Bahnhofsplatz, bei dessen Enthüllung die sozialistischen Mandatäre die Teilnahme verwei-

⁴⁴ Heidemarie Uhl, Denkmalkultur und Zeitgeschichte. Veränderungsprozesse und Konflikte in der regionalen Denkmallandschaft seit 1945, in: Abteilung Zeitgeschichte (Hrsg.), Lebenszeichen. 10 Jahre Abteilung Zeitgeschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz, Graz 1994, S. 179–195.

⁴⁵ Die Mahnmal-Enthüllung in Leoben, in: *Wahrheit*, 21. 10. 1947.

⁴⁶ Mahnmalenthüllung, in: *Obersteirische Rundschau*, 5. 11. 1949; Sie kämpften für ein freies Österreich. Judenburg ehrt seine gefallenen Freiheitskämpfer, in: *Obersteirische Rundschau*, 12. 11. 1949.

⁴⁷ Uhl, Denkmalkultur, S. 185 ff.

gerten, und ein von der SPÖ-dominierten Gemeinde geschaffenes Denkmal am Knittelfelder Soldatenfriedhof, das Teil einer Gedenkstätte für alle „Opfer des Krieges“ sein sollte. So gibt es daneben noch einen Gedenkstein für die Knittelfelder Bombenopfer und einen für die im Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten. Für die ermordeten Knittelfelder Roma und Romnia, Juden und Jüdinnen sowie die Knittelfelder Opfer der NS-Euthanasie gibt es allerdings bei dieser Denkmalanlage für „alle“ Opfer keinen Gedenkstein.



Mitglieder der JG Trofaiach bei der ersten Gedenkveranstaltung am Thalerkogel 1954

(Foto: KZ-Verband Steiermark)

In die Zeit des Klimas der politischen Ausgrenzung jener Partei, die sich weiterhin besonders auf den antifaschistischen Widerstand berief, sowie des nun praktizierten Gefallenengedenkens für die Soldaten der Wehrmacht fällt 1954 die Denkmalerichtung am Schauplatz der ersten kämpferischen Auseinandersetzung zwischen der ÖFF und deren Verfolger auf dem Thalerkogel für den am 22. Juni 1944 dort erschossenen Partisanen Silvester Heider. Die *Österreichische Zeitung* berichtete darüber und stellte auch den Vergleich mit dem „neuen“ offiziellen Gedenken an:

„In diesen Tagen, da im Rahmen der so genannten Soldatentreffen von den Opfern der hitlerischen Kriegsmaschinerie behauptet wird, sie

seien den Heldentod gefallen, und wo sogar offizielle Redner erklären, dass der Dienst von Österreichern in der Hitlerwehrmacht ‚Verteidigung des Vaterlandes‘ gewesen sei, fand bei Trofaiach in der Obersteiermark eine Heldengedenkfeier statt, die sich deutlich gegen den faschistischen Heldenrummel abhebt. [...] Partisanenkameraden des Gefallenen, steirische Antifaschisten und Jugendliche hatten den stundenlangen Anmarsch auf den Thalerkogel unternommen, um an dieser Gedenkfeier teilzunehmen. Die Feier fand bei jener Hütte statt, wo Silvester Heider gefallen war. An dem Ort, wo Heider starb, wurde eine Gedenktafel angebracht, die kündigt: ‚An dieser Stelle ist am 22. Juni 1944 Silvester Heider, geboren 1906, als österreichischer Freiheitskämpfer gefallen!‘ Und um diese Tafel versammelten sich die Erschienenen. Nach dem steirischen Partisanenlied ergriff Sepp Filz, einer der überlebenden Führer der obersteirischen Partisanen, das Wort zu einer Gedenkrede.⁴⁸

Bei diesem Denkmal hat sich in der Folge eine von den ehemaligen Partisanen Max Muchitsch und Sepp Filz maßgeblich getragene ritualisierte Gedenkkultur, die über den engen Kern der ehemaligen Partisanen bzw. der KPÖ hinausging, herausgebildet. Bei dieser jährlich mit einer Wanderung verbundenen Gedenkveranstaltung, an der immer wieder auch sozialistische bzw. sozialdemokratische Organisationen teilnahmen, hielt beispielsweise anlässlich des 50. Jahrestags der Kämpfe der damalige Nationalratsabgeordnete und Bezirksgeschäftsführer der SPÖ Leoben, Kurt Wallner, gemeinsam mit Max Muchitsch eine Rede. Aber nicht nur zum Schauplatz der Kämpfe am Thalerkogel hat sich eine mit einer Wanderung verbundene Gedenkkultur etabliert. Bis Mitte der 1990er Jahre haben die beiden ehemaligen Partisanen auch eine zweitägige Wanderung zum ehemaligen Winterbunker im Bergmassiv des Kollmannstocks hinter dem Leopoldsteinersee bei Eisenerz durchgeführt, wo es am 1. Dezember 1944 zu einem Schusswechsel gekommen war, bei dem der Partisan Heinrich Kohnhauser erschossen worden war.

Die aktiven Träger des Gedenkens an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus im Bezirk Leoben, der lokale KZ-Verband bzw. die KPÖ, haben neben den jährlich stattfindenden Gedenkveranstaltungen am Thalerkogel (Juni) und beim Bunker im Kollmannstock (September) weitere Erin-

⁴⁸ Einer, der für Österreich starb, in: Österreichische Zeitung, 23. 6. 1954.

nerungszeichen initiiert. So wurde anlässlich des 25. Todestages von Roman Cebaus in der Eingangshalle der Donawitzer Volksschule, wo er Schulwart gewesen war, eine Gedenktafel für ihn angebracht. Cebaus hatte der ÖFF 1943/44 die Schulräume wiederholt für Zusammenkünfte zur Verfügung gestellt, weshalb er anlässlich der Verhaftungswelle gegen die Unterstützer der Partisanen im Juli 1944 verhaftet, zuerst ins KZ Mauthausen deportiert und von dort ins KZ Gusen überstellt wurde, wo er am 12. November 1944 umkam.



**Silvester Heider-
Gedenktreffen im Juni
1981 mit den ehemaligen
Partisanen Sepp Filz (li)
und Max Muchitsch (re)**

(Foto:
KZ-Verband Steiermark)

Die KPÖ bemühte sich nicht nur darum, dass in Trofaiach eine Straße nach Silvester Heider benannt werden sollte, sondern auch um die Umsetzung des 1946 gefassten Gemeinderatsbeschlusses, ein Denkmal für die Trofaiacher Opfer zu errichten. Das Denkmal, das schließlich am 26. Oktober 1996 am Trofaiacher Friedhof enthüllt wurde, hatte wegen der von der Stadt

vorgeschlagenen Textierung – kein Hinweis, dass die 15 darauf namentlich genannten TrofaiacherInnen Opfer der NS-Herrschaft gewesen waren – im Vorfeld für heftige Diskussionen gesorgt.⁴⁹

Letztlich kann man zusammenfassend hinsichtlich der Erinnerungskultur für die Partisanen im Bezirk Leoben sagen, dass sich hier durch die fortdauernde Zeichensetzung sowie die jährlichen rituellen Aktivitäten eine „andere“ Gedenkkultur etabliert hat, die es sonst – unabhängig von der Erinnerung an den Partisanenkampf – in weit geringerem Ausmaß nur noch in Graz gibt.

Der „Partisanenstein“ am Grazer Zentralfriedhof

Als am 1. November 1946 das vom *Landesverband der ehemals politisch Verfolgten* mit Unterstützung der steiermärkischen Landesregierung und der Stadt Graz errichtete *Ehrenmal für die Freiheitskämpfer* am Grazer Zentralfriedhof unter Beteiligung von zahlreichen Vertretern der Behörden und Ämter enthüllt wurde, war die Deutung des gemeinsamen Kampfes gegen den Nationalsozialismus noch so, wie es der steirische Landeshauptmannstellvertreter Reinhard Machold in seiner Rede formulierte:

„Nicht nur Männer und Frauen aus Steiermark und Österreich sind es, die hier beerdigt wurden, sondern auch Freiheitskämpfer aus anderen, vom Nationalsozialismus niedergehaltenen Ländern, insbesondere viele aus unserem Nachbarland Jugoslawien. Der Kampf gegen den Faschismus hat sie vereint, solange sie noch unter den Lebenden waren. Das gleiche Ziel: die Niederringung des Nationalfaschismus hat sie zu einer Kampfgemeinschaft zusammengeschlossen. Nun liegen sie hier beisammen [...]“⁵⁰

⁴⁹ Ein Mahnmal sorgt für Diskussion, in: Gemeindezeitung 7/1996; Mahntafel ist derzeit „Streittafel“, in: Kleine Zeitung (Leoben), 18. 6. 1996; Gedenktafel muss auf Täter hinweisen, in: Kleine Zeitung (Leoben), 20. 6. 1996; Mahnmal im Mittelpunkt, in: Kleine Zeitung (Leoben), 2. 7. 1996; Am Wochenende wurde in Trofaiach ein Mahnmal enthüllt, in: Kleine Zeitung (Leoben), 28. 10. 1996; Gedenktafel wird zum Streitobjekt, in: Neue Zeit (Leoben), 19. 6. 1996; Trofaiachs Mahnmal gegen Gewalt und Unterdrückung, in: Neue Zeit (Leoben), 29. 10. 1996; Eine Stätte der Mahnung und des Gedenkens, in: Gemeindezeitung 9/1996; Mahnmal-Gedenkstätte in Trofaiach, in: Der neue Mahnruf, Dezember 1996.

⁵⁰ Reinhard Machold zit. n.: Friede den Toten – Friede endlich den Lebenden!, in: Neue Zeit, 3. 11. 1946.

1946 hatte die Trauergemeinde vielmehr erschüttert, dass an diesem Ort – nachdem hier während der NS-Zeit Hunderte Männer und Frauen verscharrt worden waren – noch im Jänner 1946 44 Leichen hingerichteter WiderstandskämpferInnen, die 1943/44 dem Anatomischen Institut der Universität Graz übergeben worden waren, still und heimlich beigesetzt wurden; etwas, das der Landesverband der ehemals politisch Verfolgten im Zuge der Recherchen über die Hinrichtungen im Landesgericht Graz im August 1946 zufällig entdeckt hatte.⁵¹

15 Jahre später sollte das anstelle des einfachen Holzkreuzes errichtete Mahnmal – wie einleitend beschrieben – dann auf breite Ablehnung stoßen. Diese Neugestaltung war notwendig geworden, da das Holzkreuz durch Witterungseinflüsse baufällig geworden war. Aus diesem Grund hatten sich die Errichter des 1946 enthüllten Denkmals – die Nachfolgeorganisationen des seinerzeitig einheitlichen Landesverbands der ehemals politisch Verfolgten, der KZ-Verband, der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten – für ein neues Mahnmal entschieden. Wegen der Errichtung und Finanzierung nahmen sie über die *Österreichisch-Jugoslawische Gesellschaft*, deren Vizepräsident Landeshauptmannstellvertreter Fritz Matzner (SPÖ) war, Kontakt mit dem *Jugoslawischen Bund der Befreiungskämpfer* auf, der ihnen Unterstützung zusagte. Nachdem im Frühjahr 1961 Vorschläge für das Mahnmal vorgelegt worden waren, entschied man sich für den Entwurf des slowenischen Architekten Boris Kobe, gegen den sich im Juni 1961 der Vorstand der ÖVP-Kameradschaft aussprach.

Dieses Mahnmal – eine 20 Meter hohe Säule, auf der in elf Sprachen die Mahnung *Hütet Freiheit und Frieden – denn wir starben für sie!* eingemeißelt ist, und ein Bogen, auf dessen Unterseite die Namen von über 2500 Opfern aufgelistet sind – wurde von den anderen Verbänden umgesetzt und am 1. November 1961 feierlich von Vizekanzler Dr. Bruno Pittermann enthüllt. Für das Land Steiermark sprachen der Landeshauptmannstellvertreter Fritz Matzner, der Initiator des Mahnmals, und Landtagspräsident Karl Brunner in Vertretung des Landeshauptmanns Josef Krainer. Brunner, der selbst von

⁵¹ Grauensvolles Verbrechen aufgedeckt, in: Wahrheit, 6. 8. 1946; 21 ermordete Freiheitskämpfer identifiziert, in: Wahrheit, 8. 8. 1946; Unsterbliche Opfer, in: Wahrheit, 11. 8. 1946, Hundert konservierte Leichen im Keller, in: Neue Zeit, 7. 8. 1946; 44 tote Freiheitskämpfer heimlich verscharrt, in: Das Steirerblatt, 6. 8. 1946; Am Massengrab der 44 Freiheitskämpfer, in: Das Steirerblatt, 9. 8. 1946.

1938 bis 1945 in Haft gewesen war, machte in seiner Rede aus seiner ablehnenden Haltung gegenüber dem Mahnmal kein Hehl: „Anlässlich der Majestät des Todes wollen wir der Opfer gedenken, die hier, in den Nachbarländern und in Europa, ja in aller Welt, von vielen Völkern gebracht wurden. Das heute existierende Österreich trägt für diese Opfer keine Schuld, auch nicht dafür, dass sie hier bestattet sind.“⁵²



**Enthüllung des
Internationalen
Mahnmals am Grazer
Zentralfriedhof 1961**

(Foto:
Österreichisch-Jugo-
slawische Gesellschaft)

⁵² Brunner zit. n.: Das neue Mahnmal feierlich enthüllt, in: Südost-Tagespost, 3. 11. 1961.

Wer waren nun die hier bestatteten bzw. auf dem Mahnmal genannten Opfer, die solche öffentliche Empörung und Ablehnung hervorriefen, dass die Leserbriefspalten dieser Tage wegen dieses angeblich „jugoslawischen Partisanensteins“ gefüllt waren und sich Politiker hinstellten und im Gegensatz zu 15 Jahren zuvor erklärten, dass eine moralische Verpflichtung Österreichs um das Gedenken der hier begrabenen bzw. genannten NS-Opfer nicht bestehe?

Zum einen handelt es sich um 518 Euthanasieopfer, deren Urnen 1940/41 nach Graz überstellt worden waren, sowie um all jene im Jahr 1961 namentlich bekannten NS-Opfer, deren Urnen während der NS-Zeit aus den Konzentrationslagern Dachau, Buchenwald und Ravensbrück bzw. den steirischen Nebenlagern des KZ Mauthausen nach Graz geschickt und am Urnenhain begraben worden waren. Zudem finden sich auf dem Bogen noch die Namen all jener NS-Justizopfer und Opfer der Konzentrationslager, die den Opferverbänden damals, 1961, bekannt waren. Unter diesen befinden sich jedoch nur zwei Partisanen, was die Vermutung nahelegt, dass bei der Namenserschaffung (ein nicht geringer Teil ist zudem falsch wiedergegeben) nicht viel Zeit aufgewendet und z. B. keine Rücksprache mit den obersteirischen Opferverbänden gehalten wurde, da alle Partisanen der ÖFF Leoben-Donawitz bzw. deren UnterstützerInnen fehlen sowie zahlreiche führende WiderstandskämpferInnen ebenfalls nicht aufgelistet sind.

Neben diesen auf der einen Seite des Bogens genannten NS-Opfern aus der Steiermark sind im zweiten Bogenteil 1200 SlowenInnen genannt, deren Leichen bzw. Aschen zwischen 1941 und 1944 hierher überstellt und verscharrt worden waren. Dabei handelt es sich neben PartisanInnen auch um Männer, Frauen und Kinder, die im Zuge der so genannten Sühnemaßnahmen der Nationalsozialisten, wie die Geiselererschießungen auch genannt wurden, ermordet worden waren.

Die Diskussion um die Mahnmalenthüllung 1961 zeigt deutlich, dass jene Position, die anlässlich der ersten Denkmalsetzung 1946 noch von allen Kräften des Landes getragen worden war, nun nicht mehr hegemonial war und nur mehr von Teilen der Gesellschaft vertreten wurde. Fritz Stern, Landesobmann des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer, meinte in einer Stellungnahme zur Diskussion um die Mahnmalenthüllung daher:

„Ist es denn heute notwendig, betonen zu müssen, dass Österreich nicht nur Widerstandskämpfer, sondern auch zahlreiche Opfer während des NS-Regimes gehabt hat, die für ihre Heimat, für ihr Österreich gegen eine jede Freiheit unterdrückende Fremdherrschaft, die

doch der Hitlerfaschismus war, gekämpft hatten, oder müssen die erst während der Zeit des NS-Regimes oder nach dem 8. Mai 1945 zugewanderten Unterzeichner der ‚Stellungnahme‘ vom 27. Oktober 1961 aufgeklärt werden, auch darüber, wie unsere Zweite Republik entstanden ist?‘⁵³

Trotz dieser teils heftigen Diskussion, die auch im Landtag geführt wurde,⁵⁴ entwickelte sich gerade an diesem Mahnmal ein rituelles Gedenken zu Allerheiligen, das von den drei Opferverbänden gemeinsam mit der Stadt Graz getragen wird. Hier, wie auch im ehemaligen Hinrichtungssaal des Landesgerichts für Strafsachen Graz, wird jährlich am 1. November mit den slowenischen Verbänden aus Maribor bzw. Celje des gemeinsamen Widerstands – indirekt auch des Partisanenwiderstands – gedacht.⁵⁵

⁵³ Franz Stern, Stellungnahme, in: Neue Zeit, 1. 11. 1961; siehe auch S. 1 und Fußnote 1.

⁵⁴ Stenographisches Protokoll des Steiermärkischen Landtags, 7. Sitzung, V. Periode, 26. Oktober 1961, Anfrage der Abgeordneten Dr. Stephan, Scheer, Dr. Hueber (FPÖ), betreffend Mahnmal am Zentralfriedhof, S. 86 f.

⁵⁵ Der vorliegende Text entstand im Rahmen des vom Zukunftsfonds der Republik geförderten Projekts „Gedenken und Mahnen. Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Österreich“.

BARBARA N. WIESINGER

PARTISANINNEN

Bewaffneter Widerstand von Frauen in Jugoslawien (1941–1945)

Der bewaffnete Widerstand von Frauen gegen Okkupation und Kollaboration ist ein Stiefkind der Geschichtswissenschaft.¹ Zwar erschienen seit den 1980er Jahren einige interessante Arbeiten,² ausgeschöpft ist das Thema allerdings noch keineswegs, zumal in Debatten zur Geschlechtergeschichte von Gewalt, Militär und Krieg Fragestellungen aufgeworfen wurden, die auch für die Erforschung des bewaffneten Widerstands relevant sind.³ Um hier nur ein Beispiel zu nennen: Dem Verhältnis von Gewalthandeln, Geschlechterkonstruktionen und -perzeptionen gewidmete Studien⁴ schärfen den Blick für widersprüchliche Diskurse über Widerstandskämpferinnen in Quellen und

-
- 1 Vgl. Ingrid Strobl, „Sag nie, du gehst den letzten Weg.“ Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung, Frankfurt ⁵2002 (Erstausgabe 1989), S. 22–32, zum Forschungsstand der 1980er. Die Auswahlbibliographie in Karen Hagemann / Stefanie Schüler-Springorum (Hrsg.), *Heimat-Front. Militär und Geschlechterverhältnisse im Zeitalter der Weltkriege*, Frankfurt/M.–New York 2002, S. 369–394, nennt keinen einzigen aktuelleren Titel zum Thema.
 - 2 Karin Berger / Elisabeth Holzinger / Lotte Podgornik / Lisbeth N. Trallori, *Der Himmel ist blau. Kann sein. Frauen im Widerstand, Österreich 1938–1945*, Wien 1985; Janet Hart, *New Voices in the Nation. Women and the Greek Resistance, 1941–1961*, Ithaka/NY 1996; Barbara Jancar-Webster, *Women & Revolution in Yugoslavia, 1941–1945*, Denver/CO 1989; Jane Slaughter, *Women and the Italian Resistance, 1943–45*, Denver/CO 1997; Ingrid Strobl, „Die Angst kam erst danach.“ Jüdische Frauen im Widerstand in Europa 1939–1945, Frankfurt/M. ²1998, behandeln u. a. den bewaffneten Widerstand, aber auch andere, ebenso bedeutsame Widerstandsformen von Frauen.
 - 3 Einführend z. B. Karen Hagemann, *Von Männern, Frauen und der Militärgeschichte*, in: *L'Homme. Z.F.G. 12 (2001) 1*, S. 144–153; Christa Hämmerle, *Von den Geschlechtern der Kriege und des Militärs. Forschungseinblicke und Bemerkungen zu einer neuen Debatte*, in: Thomas Kühne / Benjamin Ziemann (Hrsg.), *Was ist Militärgeschichte?*, Paderborn 2000, S. 229–262.
 - 4 Vgl. z. B. Hanna Hacker, *Gewalt ist: keine Frau. Der Akteurin oder eine Geschichte der Transgressionen*, Wien 1998; Gabriella Hauch, „Bewaffnete Weiber.“ *Kämpfende Frauen in den Kriegen der Revolution von 1848/49*, in: Karen Hagemann / Ralf Pröve (Hrsg.), *Lands-*

Sekundärliteratur, die diese z. B. lächerlich machen, zu Männern *honoris causa* erklären oder mit Attributen traditionell verstandener Weiblichkeit ausstatten, um die überkommene Geschlechterordnung abzustützen, die das Auftreten aktiver, kämpferischer Frauen ins Wanken gebracht hatte.

An diese Debatten anknüpfend diskutiert der vorliegende Beitrag den bewaffneten Widerstand von Frauen im besetzten Jugoslawien zwischen 1941 und 1945. Aufgrund seiner realhistorischen und geschichtspolitischen Bedeutsamkeit steht dabei der Partisanenkampf der von der Kommunistischen Partei Jugoslawiens (*Komunistička Partija Jugoslavije*, KPJ) geführten Volksbefreiungsarmee (*Narodnooslobodilačka vojska*, NOV) im Zentrum. Passiver und ziviler Widerstand, also alle anderen Handlungen, die die Umsetzung der Okkupationspolitik be- bzw. verhinderten, können leider nicht berücksichtigt werden.⁵

Okkupation, Befreiungs- und Bürgerkrieg

Entgegen ihren ursprünglichen Kriegsplanungen beschloss die NS-Führung im Frühjahr 1941, Jugoslawien zu zerschlagen.⁶ Ökonomische und militärische Überlegungen spielten dabei ebenso eine Rolle wie Affekte Hitlers. Wohl hatte sich NS-Deutschland den Zugriff auf jugoslawische Rohstoffe und Arbeitskräfte bereits in den dreißiger Jahren weitgehend gesichert.⁷ Unter massivem Druck hatte Jugoslawien schließlich sogar den Dreimächtepakt unterzeichnet und damit den Transport von Nachschub über sein Territorium zugestanden, was die Kriegsführung der Achse in Griechenland und Nordafrika erleichterte. Da schien aber ein zwar weitgehend innenpolitisch motivierter, im Ausland jedoch als Absage an das Abkommen mit dem einstigen Weltkriegsgegner interpretierter Offiziersputsch am 27. März 1941 die bis-

knechte, Soldatenfrauen und Nationalkrieger. Militär, Krieg und Geschlechterordnung im historischen Wandel, Frankfurt/M.–New York 1998, S. 223–241.

⁵ Widerstandsdefinition nach Werner Röhr, Forschungsprobleme zur deutschen Okkupationspolitik im Spiegel der Reihe Europa unterm Hakenkreuz, in: Ders. (Hrsg.), Europa unterm Hakenkreuz. Analysen – Quellen – Register, Heidelberg 1996, S. 25–343, hier 183, 190.

⁶ Vgl. Walter Manoschek, Serbien: Partisanenkrieg und Völkermord, in: Wolfgang Benz u. a. (Hrsg.), Anpassung – Kollaboration – Widerstand. Kollektive Reaktionen auf die Okkupation, Berlin 1996, S. 131–143, hier 131.

⁷ Vgl. Holm Sundhaussen, Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941–1945. Das Scheitern einer Ausbeutungsstrategie, Stuttgart 1983, S. 20–36, 46–49.

herige deutsche Jugoslawienpolitik in Frage zu stellen.⁸ Wiewohl der neue Premier den Beitritt zum Dreimächtepakt nicht revidierte, nahm Hitler den Putsch zum Kriegs Anlass: „Jugoslawien muß auch dann, wenn es zunächst Loyalitätserklärungen abgibt, als Feind betrachtet und daher so rasch als möglich zerschlagen werden.“⁹

Am 6. April 1941 wurde Jugoslawien ohne Kriegserklärung überfallen. Bombenangriffe auf Belgrad und andere unverteidigte Städte eröffneten die „Operation Strafergericht“.¹⁰ Gleichzeitig überschritten deutsche, italienische, ungarische und bulgarische Truppen die Grenzen. Ein Wehrmachtsbefehl, der die rücksichtslose Vergeltung von Überfällen und Sabotageakten vorsah, deutete bereits damals auf die spätere Eskalation der Kriegsführung in Jugoslawien hin.¹¹ Die schlecht ausgerüstete, demoralisierte jugoslawische Armee – viele Soldaten waren nicht gewillt, für den ungeliebten Staat ihr Leben aufs Spiel zu setzen – kapitulierte nach elf Tagen. Regierung und König waren bereits zuvor ins Ausland geflohen.¹² Stalins Hoffnungen, die Wehrmacht würde sich auf dem Balkan in einen langwierigen Krieg verwickeln, hatten sich vorerst nicht verwirklicht.¹³

Hitlers „Vorläufigen Richtlinien für die Aufteilung Jugoslawiens“ vom 12. April 1941 folgend teilten die Sieger Jugoslawien untereinander auf und installierten verschiedene Besatzungs- bzw. Kollaborationsregime. Deren Unfähigkeit, Korruption und Brutalität provozierten Widerstand und lösten einen komplexen Bürgerkrieg aus.¹⁴ Im so genannten Unabhängigen Staat Kroatien (USK) z. B. führten Vertreibungen, Zwangskonvertierungen und Massaker der faschistischen Ustaša-Bewegung an der serbisch-orthodoxen

⁸ Vgl. Hans Knoll, *Jugoslawien in Strategie und Politik der Alliierten 1941–1943*, München 1986, Kapitel I, II.

⁹ Weisung Nr. 25 vom 27. 3. 1941. Zit. n. Manoschek, *Partisanenkrieg*, S. 133.

¹⁰ Vgl. Detlef Vogel, *Operation „Strafergericht“*. Die rücksichtslose Bombardierung Belgrads durch die deutsche Luftwaffe am 6. April 1941, in: Wolfram Wette / Gerd Ueberschär (Hrsg.), *Kriegsverbrechen im 20. Jahrhundert*, Darmstadt 2001, S. 303–308.

¹¹ Vgl. Aus den Besonderen Anordnungen des Generalfeldmarschalls Maximilian v. Weichs vom 8. April 1941 über die Bekämpfung des Widerstandes der serbischen Bevölkerung, in: Martin Seckendorf u. a. (Hrsg.), *Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Jugoslawien, Griechenland, Albanien, Italien und Ungarn (1941–1945)*, Berlin–Heidelberg 1992, S. 139.

¹² Vgl. Slavko Goldstein, *Der Zweite Weltkrieg*, in: Dunja Melčić (Hrsg.), *Der Jugoslawienkrieg*. Handbuch zu Vorgeschichte, Verlauf und Konsequenzen, Opladen–Wiesbaden 1999, S. 167–184, hier 167.

¹³ Vgl. Knoll, *Jugoslawien*, S. 90, 92.

¹⁴ Vgl. Goldstein, *Weltkrieg*, S. 168–179.

Bevölkerung im Sommer 1941 zu ersten Aufständen.¹⁵ Serbisch-nationalistische Četnici beantworteten die Verbrechen der Ustaše ihrerseits mit massiver Gewalt gegen KroatInnen und bosnische MuslimInnen. Teilweise kollaborierten sie auch mit den italienischen und deutschen Besatzern.¹⁶ Die Formierung bosnisch-muslimischer bewaffneter Gruppen verschärfte den Konflikt zusätzlich.¹⁷ An diesem Krieg aller gegen alle beteiligte sich auch die Volksbefreiungsarmee, die auf USK-Territorium mehrere Offensiven abwehrte.¹⁸

Neben solchen ethnonationalistisch und/oder machtpolitisch motivierten inneren Konflikten waren die Okkupationspolitiken ausschlaggebend für die Eskalation der Gewalt in Jugoslawien, wobei der deutschen Besatzungsmacht eine Schlüsselrolle zukam. Die gegen die größtenteils als „rassisch minderwertig“ betrachtete Bevölkerung des Landes¹⁹ gerichteten Maßnahmen inkludierten Zwangsumsiedlungen²⁰ und Zwangsarbeit²¹. Roma und Romnia, Juden und Jüdinnen fielen zu Zehntausenden dem NS-Genozid, den die Ustaše tatkräftig unterstützten, zum Opfer.²² Unter dem Vorwand der Partisanenbekämpfung von der Wehrmacht begangene Massaker kosteten weitere Tausende ZivilistInnen das Leben.²³

¹⁵ Vgl. Martin Broszat / Ladislaus Hory, *Der kroatische Ustascha-Staat 1941–1945*, Stuttgart 1964.

¹⁶ Vgl. Jovo Tomasevich, *War and Revolution in Yugoslavia, 1941–1945: The Chetniks*, Stanford 1975.

¹⁷ Vgl. Noel Malcolm, *Bosnia. A Short History*, London–Basingstoke–Oxford 1996, S. 188–191.

¹⁸ Vgl. z. B. Vlado Strugar, *Jugoslavija 1941–1945*, Ljubljana–Belgrad³ 1978, S. 89–113.

¹⁹ Vgl. Waclaw Długoborski, Kollektive Reaktionen auf die deutsche Invasion und die NS-Besatzungsherrschaft. Ein Prolegomenon, in: Benz u. a. (Hrsg.), *Anpassung*, S. 11–24, hier 21.

²⁰ Betroffen waren v. a. SlowenInnen sowie SerbInnen, vgl. John R. Lampe, *Yugoslavia as History. Twice There was a Country*, Cambridge 2000, S. 211, 222.

²¹ Zahlenangaben bei Mark Spoerer, *Zwangsarbeit unter dem Hakenkreuz*, Stuttgart–München 2001, S. 221 f.; Beiträge zu ZwangsarbeiterInnen aus Bosnien–Herzegowina, Kroatien, Serbien und Slowenien in: Alexander von Plato / Almut Leh / Christoph Thonfeld (Hrsg.), *Hitlers Sklaven. Lebensgeschichtliche Analysen zur Zwangsarbeit im internationalen Vergleich*, Wien–Köln–Weimar 2008.

²² Vgl. Leni Yahil, *Die Shoah. Überlebenskampf und Vernichtung der europäischen Juden*, München 1998, S. 481–484, 583–587; Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei“ Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, München 1993.

²³ Vgl. Walter Manoschek, *Kraljevo–Kragujevac–Kalavryta. Die Massaker der 717. Infanteriedivision bzw. 117. Jägerdivision am Balkan*, in: Loukia Droulia / Hagen Fleischer (Hrsg.), *Von Lidice bis Kalavryta. Widerstand und Besatzungsterror. Studien zur Repressalienpraxis*

Terror beruht auf der Konstruktion der bekämpften Gruppe(n) als anders, fremd und feindlich. Schon ihre bloße Existenz soll Hass auslösen und damit Gewalt gegen sie erleichtern.²⁴ Den in Jugoslawien eingesetzten Soldaten wurden die PartisanInnen – ein Begriff, den die Wehrmacht bekanntermaßen frei verwendete – daher als feindselig, brutal und hinterhältig geschildert.²⁵ Auch der italienischen Besatzungsarmee wurde eingebläut, dass sie gottlose, bolschewistische Banditen seien, die Zivilisation und Ordnung bedrohten.²⁶

Konkrete Kriegserfahrungen erhöhten die Gewaltbereitschaft, denn der Partisanenkrieg führt zu Gefühlsverrohung und begünstigt so Gräueltaten. Die räumliche und zeitliche Entgrenzung der Kriegshandlungen verursacht permanenten Stress, auf den die Betroffenen auf beiden Seiten mit intellektueller und emotionaler Verarmung reagieren.²⁷ Angesichts der allgegenwärtigen Bedrohung durch einen unsichtbaren bzw. übermächtigen Gegner erscheint Brachialgewalt als einzige angemessene Verhaltensweise.²⁸ Diese Haltung, die *Counter-insurgency*-Truppen bereits in der Ausbildung einüben,²⁹ erleichtert auch Gewalt gegen ZivilistInnen, die als getarnte bzw. potenzielle PartisanInnen angesehen werden.³⁰ Die Befehlsgebung der Wehrmacht förderte diese Praxis gezielt.³¹ Ihre als „Befriedung“ verharmloste Strategie erwies sich jedoch als kontraproduktiv: Willkürherrschaft, Ausbeutung und Terror schürten den Hass gegen die Besatzer und stärkten die für

im Zweiten Weltkrieg, Berlin 1999, S. 93–104; ders. / Hans Safrian, 717./117. ID. Eine Infanteriedivision auf dem Balkan, in: Hannes Heer / Klaus Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht, Hamburg ²1995, S. 359–373.

- ²⁴ Vgl. Czeslaw Madajczyk, Terror und Repression des Dritten Reichs im besetzten Europa, in: Droulia / Fleischer (Hrsg.), Lidice, S. 13–29, hier 13 f.
- ²⁵ Vgl. Manfred Messerschmidt, Partisanenkrieg auf dem Balkan. Ziele, Methoden, Rechtfertigung, in: Droulia / Fleischer (Hrsg.), Lidice, S. 65–91, hier 88.
- ²⁶ Vgl. Enzo Collotti, Zur italienischen Repressionspolitik auf dem Balkan, in: Droulia / Fleischer (Hrsg.), Lidice, S. 105–124, hier 113.
- ²⁷ Vgl. Wolfgang Schmidbauer, „Ich wußte nie, was mit Vater ist.“ Das Trauma des Krieges, Reinbek 1998, Kapitel 4, bes. S. 70 ff.
- ²⁸ Vgl. Tobias Voss, „Ich habe keine Stimme, mein ganzes Leben flieht.“ Psychische Dimensionen des Guerillakrieges, in: Herfried Münkler (Hrsg.), Der Partisan. Theorie, Strategie, Gestalt, Opladen 1990, S. 292–321, hier 299 ff.
- ²⁹ Vgl. Chaim F. Shatan, Militarisierter Trauer und Rachezeremoniell, in: Peter Passet / Emilio Modena (Hrsg.), Krieg und Frieden aus psychoanalytischer Sicht, Basel–Frankfurt/M. 1983, S. 220–249, bes. 222–229.
- ³⁰ Vgl. Herfried Münkler, Die Gestalt des Partisanen. Herkunft und Zukunft, in: Ders. (Hrsg.), Partisan, S. 14–39, hier 25–28.
- ³¹ Vgl. Hannes Heer, Die Logik des Vernichtungskrieges. Wehrmacht und Partisanenkampf, in: Ders. / Naumann (Hrsg.), Vernichtungskrieg, S. 104–138, hier 111 f.

Angehörige aller ethnischen und religiösen Gruppen offene Volksbefreiungsbewegung (*Narodnooslobodilački pokret*), die zwar in erster Linie für die Befreiung von der Besatzung kämpfte, aber auch für grundlegende politische und soziale Veränderungen in Jugoslawien eintrat.

Mobilisierung von Frauen für den (bewaffneten) Widerstand

Am 12. Juli 1941 rief die KPJ erstmals zum Widerstand gegen die Besatzungsmächte auf.³² Die seit 1920/21 illegale, marginale Partei positionierte sich als Initiativ- und Führungskraft im Widerstand, um Jugoslawien zu befreien und nach eigenen Vorstellungen umzugestalten. Ein erster Schritt zur Macht im Nachkriegsstaat war die Gründung der Volksbefreiungsbewegung, die als allen PatriotInnen ohne Ansehen der ethnischen Zugehörigkeit, politischen Überzeugung oder Religion offenstehende Befreiungsbewegung präsentiert wurde. Der bewaffnete Arm des Widerstands, die NOV, führte Sabotage und Attentate aus, kämpfte gegen Besatzungsarmeen, Kollaborateure und politische Konkurrenten und „befreite“ wechselnde Territorien. Außerdem wurden eigene Verwaltungsorgane sowie Massenorganisationen aufgebaut, was der KPJ 1944/45 die Machtübernahme erleichterte.³³

Offiziellen Angaben zufolge dienten in der NOV 100.000 Frauen.³⁴ Obwohl diese Zahl nicht verifizierbar ist, kann davon ausgegangen werden, dass eine signifikante Minderheit der weiblichen Bevölkerung Jugoslawiens bewaffneten Widerstand leistete, da Mannschaftslisten (sic!) Frauenanteile von bis zu 15 Prozent aufweisen.³⁵ Diese Praxis entsprach nicht den ursprünglichen Plänen der KPJ, die ausschließlich (männliche) Partisanen vorgesehen hatte, während Frauen sich der Untergrundarbeit in den effektiv besetzten Gebieten widmen und nur im Fall einer drohenden Verhaftung „in den Wald“ gehen sollten.³⁶ Daher dominierten unter den Partisaninnen der ersten Stunde amtsbekannte Parteiaktivistinnen sowie rassistisch verfolgte Frauen.

³² Vgl. Bruno Heidlberger, *Jugoslawiens Auseinandersetzung mit dem Stalinismus: historische Voraussetzungen und Konsequenzen*, Frankfurt/M. 1989, S. 75 f.

³³ Vgl. Lampe, *Yugoslavia*, Kap. 7.

³⁴ Vgl. Žene u NOR, in: *Leksikon narodnooslobodilačkog rata i revolucije u Jugoslaviji 1941–1945*, Ljubljana–Belgrad 1980, Bd. 2, S. 1246–1251.

³⁵ Vgl. Barbara N. Wiesinger, *Partisaninnen. Widerstand in Jugoslawien (1941–1945)*, Wien–Köln–Weimar 2008, S. 32, 39 f.

³⁶ Vgl. Pismo PK KPJ za Srbiju OK KPJ za Šabački okrug od 20. 8. 1941, in: *Vojnoistorijski institut (Hrsg.), Zbornik dokumenata i podataka o narodnooslobodilačkom ratu jugoslo-*

Als ausschlaggebend für die gezielte Rekrutierung von Frauen erwies sich der mit den ersten Zusammenstößen von NOV und Besatzungstruppen wachsende Bedarf an Sanitätspersonal, ein Tätigkeitsfeld, für das Frauen als besonders geeignet erachtet wurden.³⁷ Mehrere Ärztinnen schlossen sich wie Julka Mešterović³⁸ und Saša Božović³⁹ bereits 1941 der NOV an, die im Kriegsverlauf 173 Ärztinnen und ca. 10.000 ausgebildete Krankenpflegerinnen rekrutierte.⁴⁰

Kämpferinnen gab es hingegen vorerst nur vereinzelt und zwar v. a. in slowenischen und serbischen Einheiten. Das serbische Regionalkomitee der KP meinte dazu: „Die Kameradinnen können in den Einheiten [...] auch mit der Waffe in der Hand von großem Nutzen sein.“⁴¹ Im Februar 1942 nahm Parteichef Tito erstmals ausdrücklich zur Kampfteilnahme von Frauen Stellung:

„Da immer mehr Frauen verlangen, in die Einheiten gehen zu können, haben wir beschlossen, dass sie nicht nur als Sanitäterinnen, sondern auch als Kämpfer in die Einheiten aufgenommen werden. Es wäre eine wahre Schande für uns, es den Frauen zu verunmöglichen, dass auch sie mit der Waffe in der Hand für die Volksbefreiung kämpfen.“⁴²

Diese Entscheidung entsprach zwar aktuellen Zielsetzungen (Stärkung der NOV) und Ideologie (Gleichberechtigung der Geschlechter) der KPJ, stieß jedoch weithin auf Ablehnung, waren doch Bewaffnung und kriegerische Gewalt in Jugoslawien traditionell mit Männlichkeit verbunden.⁴³ Frau-

venskih naroda, Belgrad 1949–1982 (im Folgenden: ZDPNOR), Reihe 1, Bd. 1, S. 63–67, hier 66.

³⁷ Vgl. Wiesinger, *Partisaninnen*, Kap. 4.

³⁸ Vgl. Julka Mešterović, *Lekarev Dnevnik*, Belgrad 1968.

³⁹ Vgl. Saša Božović, *Tebi, moja Dolores*, Belgrad ⁵1981.

⁴⁰ Vgl. Vera Gavrilović, *Žene-lekari u ratovima 1876–1945 na tlu Jugoslavije*, Belgrad 1976, S. 56–65.

⁴¹ Pismo PK KPJ za Srbiju OK KPJ za Šabački okrug od 20. 9. 1941, in: ZDPNOR, Reihe 1, Bd. 1, S. 63–67, hier 66; Wiesinger, *Partisaninnen*, S. 65–68.

⁴² Pismo Vrhovnog komandanta NOPO i DV Jugoslavije od 23. 2. 1942 delegatima VŠ (...) Edvardu Kardelju i Ivi Ribaru-Loli, in: ZDPNOR, Reihe 2, Bd. 2, S. 429–436, hier 436.

⁴³ Vgl. Karl Kaser, *Der Balkanheld – wissenschaftlich beinahe ausgestorben*, in: *L'Homme. Z.F.G.*, 12 (2001) 2, S. 329–334; Elisabeth Katschnig-Fasch, *Zur Genese der Gewalt der Helden. Gedanken zur Wirksamkeit der symbolischen Geschlechterkonstruktion*, in: Rolf

en, die familiärer Kontrolle entzogen unter Männern lebten und sich ihrer Geschlechterrolle widersprechend verhielten, indem sie Waffen trugen und Gewalt ausübten, galten weniger als Heldinnen denn als merkwürdig, wenn nicht gar ehrlos.⁴⁴ Um solchen Einstellungen entgegenzuwirken, stellte die Propaganda der Volksbefreiungsbewegung, insbesondere der Antifaschistischen Frauenfront (*Antifašistički front žena Jugoslavije*, AFŽ), Partisaninnen stets als vorbildliche Heldinnen dar, die sich durch anerkannte Tugenden wie Aufopferungsbereitschaft, Vaterlands- und Freiheitsliebe sowie humanitäre Gesinnung auszeichneten.⁴⁵ Heroisierung und Idealisierung sollten das Image aktiver Kämpferinnen ebenso verbessern wie man sich davon Mobilisierungseffekte versprach.

Doch was motivierte Frauen tatsächlich, sich dem bewaffneten Widerstand anzuschließen? Quantifizierbare Daten liegen dazu kaum vor; „subjektive Selbstzeugnisse“⁴⁶ von Veteraninnen lassen aber Tendenzen erkennen. Deziert politische Ziele verfolgten vornehmlich schon früher in kommunistischen Organisationen aktive Frauen. Für sie war der „Volksbefreiungskrieg“ ebenso ein Befreiungskrieg wie eine Revolution.⁴⁷ Ein weitaus häufigeres Motiv war die Angst vor Übergriffen, besonders bei Frauen, die bereits Gewalterfahrungen gemacht hatten.⁴⁸ Auch Hass und Rachewünsche, die oft Überlebende bzw. Zeuginnen von Gräueltaten antrieben,⁴⁹ spielten eine Rolle, zumal es sich dabei um durchaus akzeptable Motive handelte, wie sowohl Armeedokumente als auch Propagandatexte belegen.⁵⁰

Brednich / Walter Hartinger (Hrsg.), *Gewalt in der Kultur*, Passau 1994, S. 97–117; Ivan Čolović, *Bordel ratnika*, Belgrad 2000, S. 75 ff.

⁴⁴ Vgl. Jancar-Webster, *Women*, S. 47 f.

⁴⁵ Vgl. Wiesinger, *Partisaninnen*, S. 43, 69, 81.

⁴⁶ Gemeint sind biographische Interviews, schriftliche Erinnerungen, private Fotos etc. Vgl. Alexander von Plato, *Zeitzeugen und die historische Zunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis in der qualitativen Geschichtswissenschaft – ein Problemaufriss*, in: *BIOS 13* (2000) 1, S. 5–29, hier 7.

⁴⁷ Vgl. Interview R. Katić, 26. 1. 2004; Interview I. Sabo, 26. 6. 2003.

⁴⁸ Vgl. Interview S. Nidžović-Džakula, 5. 11. 2003; Interview R. Velimirović, 28. 3. 2003.

⁴⁹ Vgl. Helmut Kopetzky, *Die andere Front. Europäische Frauen in Krieg und Widerstand 1939–1945*, Köln 1983, S. 174.

⁵⁰ Vgl. Bilten Vrhovnog Štaba Nr. 9, 10. 10. 1942, in: *ZDPNOR*, Reihe 2, Bd. 1, S. 94; Proglas OK KPJ Valjevo, 30. 4. 1944, in: Bosa Cvetić (Hrsg.), *Žene Srbije u NOB*, Belgrad 1975, S. 385; Proglas CO AFŽ Jugoslavije, 12-1942, in: Marija Šoljan (Hrsg.), *Žene Hrvatske u narodnooslobodilačkoj borbi*, Zagreb 1955, Bd. 1, S. 170 f.; Desa, *Krv naše djece traži osvetu*, in: *Žena u borbi*, 2 (1944) 7, S. 18 f.

Zu berücksichtigen ist auch der Kontext, in dem sich Frauen zum Widerstand entschlossen. Kriegsbedingte soziale Veränderungen erleichterten offensichtlich den Bruch mit traditionellen Rollenbildern. Bürgerkrieg und Besatzungsterror zerstörten zahlreiche Familien und Dorfgemeinschaften ebenso wie deren Lebensgrundlagen. Weil sie dem nichts entgegensetzen konnten, büßten die alten Autoritäten Ansehen ein, sofern sie nicht völlig wegfielen.⁵¹ In dieser von existenzieller Unsicherheit geprägten Situation konnte es Frauen als Ausweg erscheinen, sich einer bewaffneten Gruppe anzuschließen, obwohl sie damit die Grenzen akzeptierten weiblichen Handelns durchbrachen, bot ein Engagement im bewaffneten Widerstand doch die Möglichkeit der Selbstverteidigung, soziale Kontakte, neue Perspektiven und manchmal sogar ein sichereres Auskommen. Stana Nidžović-Džakula z. B. begründete ihre Entscheidung, Partisanin zu werden, mit der Gefährdung, der sie als ethnische Serbin im USK ausgesetzt war.⁵² Dragica Vujović wiederum, die 1944 zwangsmobilisiert wurde, stellte ihre Fluchtversuche ein, weil die Versorgungslage in der NOV besser war als in ihrem Heimatdorf.⁵³ Ihre Beweggründe erinnern daran, dass Krieg keinesfalls als „a liberating environment which automatically attacks established hierarchies and democratizes participation“⁵⁴ verklärt werden sollte. Neue Wege zu gehen war für die meisten jugoslawischen Partisaninnen wohl eher eine bittere Notwendigkeit denn ein aufregendes Abenteuer oder eine lang ersehnte Emanzipations Gelegenheit.

Die militärische Praxis

Frauen übernahmen in der NOV vielfältige Aufgaben, die sich im Kriegsalltag oft überschneiden. Das weibliche Tätigkeitsfeld schlechthin war der Sanitätsdienst, was sowohl der dominanten Geschlechterideologie der fürsorglichen, opferwilligen Frau als auch regionalen Militärtraditionen entsprach.⁵⁵ Von Ärztinnen und Sanitäterinnen wurde erwartet, dass sie Verwun-

⁵¹ Vgl. Bogdan Denitch, *The Legitimation of a Revolution. The Yugoslav Case*, London–New Haven 1976, S. 41.

⁵² Vgl. Interview S. Nidžović-Džakula, 5. 11. 2003; Wiesinger, *Partisaninnen*, S. 70 ff.

⁵³ Vgl. Interview D. Vujović, 25. 4. 2003; Wiesinger, *Partisaninnen*, S. 95.

⁵⁴ Jancar-Webster, *Women*, wie Kap. 1, Anm. 38, 186.

⁵⁵ Vgl. Wiesinger, *Partisaninnen*, S. 47.

deten und Kranken bis zur Selbstaufgabe dienten. Dafür, so die Propaganda, könnten sie Dankbarkeit und Zuneigung erwarten.⁵⁶ Neben medizinischen Aufgaben erfüllten Ärztinnen Verwaltungsfunktionen in den Krankenhäusern der NOV und bildeten dringend benötigte Sanitäterinnen aus.⁵⁷ Sanitäterinnen im Fronteinsatz evakuierten Verletzte vom Schlachtfeld, leisteten Erste Hilfe und bargen Tote.⁵⁸ Die damit verbundenen Gefahren illustriert eine Erinnerung von Radmila Velimirović an die Schlacht um Belgrad 1944:

„Auf dem Slavija-Platz versuchte ein Schwabe⁵⁹, ein Hitlerischer, mich hinterrücks mit der Pistole zu töten. Aber mein Kommissar Raša Lazarević schoss auf ihn, um mich zu retten. Gerade hatte ich einen Verwundeten mit Brustverletzung, so dass ich mich hinter dem Bunker verstecken musste, um ihn zu verbinden [...], die Blutung zu stillen und ihn auf die Trage zu verfrachten.“⁶⁰

In den Einheiten bzw. Krankenhäusern assistierten Sanitäterinnen bei Operationen, pflegten PatientInnen, kümmerten sich um die Sauberkeit der Unterkünfte etc.⁶¹ Die dafür nötigen Kenntnisse erwarben sie in kurzen Kursen.⁶² Sanitäterinnen wurden auch zum Waschen, Flickeln und Kochen eingesetzt.⁶³ Ab 1944 wurden sie vielerorts aus den Kampfeinheiten abgezogen und in Lazarette im Hinterland versetzt.⁶⁴

⁵⁶ Vgl. z. B. Spremamo se!, in: Zora, 1 (1945) 1, S. 16.

⁵⁷ Vgl. Gavrilović, *Žene-lekari*, S. 63, 65, 69, 81.

⁵⁸ Vgl. Uputstvo štaba 6. Vojvodanske brigade, 7. 3. 1944, in: Sanitetska uprava državnog sekretarijata za narodnu odbranu (Hrsg.), *Zbornik dokumenata i podataka sanitetske službe u narodnooslobodilačkom ratu jugoslovenskih naroda* (im Folgenden: ZDPSS), Bd. 9, S. 25 ff.; Uputstvo za rukovanje sanitetom divizije i korpusa, 25. 4. 1943, in: Ebenda, Bd. 3, S. 82–109, hier 85; Uputstvo referenta saniteta 3. bataljona 3. brigade 20. divizije za rad bolničara, 11. 3. 1944, in: Ebenda, Bd. 4, S. 206–210, hier 207 f.

⁵⁹ B/K/S *švaba* ist ein abwertender Ausdruck für *Deutscher*.

⁶⁰ Interview R. Velimirović, 28. 3. 2003.

⁶¹ Vgl. Statut sanitetske službe, 10. 11. 1942, in: ZDPNOR, Reihe 2, Bd. 6, S. 388–395, hier 390.

⁶² Vgl. Sanitetski kadrovi i nastava u NOR, in: *Leksikon*, Bd. 2, S. 981 f.

⁶³ Vgl. Mesečni izveštaj referenta saniteta štaba obalske artilerije, 11-1944, in: ZDPSS, Bd. 4, S. 490–493, hier 492, sowie Uputstvo štaba 19. divizije, 30. 6. 1944, in: Ebenda., Bd. 4, S. 292 f.

⁶⁴ Vgl. z. B. Raspis referenta saniteta 9. divizije, 19. 11. 1944, in: ZDPSS, Bd. 4, S. 482 f.

Im Gegensatz zum Sanitätsdienst war der Kampfeinsatz von Frauen umstritten. Nachdem die KPJ ihre positive Haltung bekannt gegeben hatte,⁶⁵ durften Frauen, die sich zur NOV bzw. für die Kampftruppen meldeten, zwar eigentlich nicht mehr abgewiesen werden, tatsächlich geschah dies aber weiterhin.⁶⁶ Dass ein Parteibeschluss traditionelle Mentalitäten nicht einfach abschaffen konnte, zeigt das Beispiel der Likaner Frauenkompanien. Im August 1942 wurde im kroatischen Trnava die erste Frauenkompanie mit ca. 70 Partisaninnen aufgestellt, im Lauf des Jahres folgten vier weitere. Als der Hauptstab der kroatischen NOV im Oktober 1942 die Eingliederung dieser Einheiten in die spätere VI. Proletarische Division verfügte, verweigerte diese zunächst die Aufnahme der größtenteils jugendlichen Partisaninnen.⁶⁷ Man traute ihnen nicht zu, die Härten des Krieges auszuhalten, geschweige denn, brauchbare Kämpferinnen abzugeben.⁶⁸ Schließlich zum Nachgeben gezwungen, schickte der verantwortliche Stab die jungen Frauen mit dem Auftrag, Gewehre zu erbeuten, größtenteils unbewaffnet in ihr erstes Gefecht.⁶⁹ Solch ein zynischer Umgang mit Freiwilligen war in der NOV überraschend verbreitet.⁷⁰

Waren sie allerdings einmal akzeptiert, wurden Kämpferinnen ebenso wie ihre Kameraden zu Entschlossenheit und Mut im Gefecht angehalten, wobei sie folgende Regeln beachten sollten: „Rücke energisch vor, spare Munition, ziele genau, halte Verbindung, unterstütze den Kameraden neben dir, schaff verwundete Kameraden vom Schlachtfeld.“⁷¹ Deren Umsetzung stand oft die militärische Unerfahrenheit der Rekrutinnen entgegen. Zwar wurden Kurse angeboten, die den Umgang mit Waffen, Kampftechnik und Grundlagen der Taktik ebenso vermittelten wie die Ideologie der NOV-Führung, aber durchaus nicht alle Partisaninnen absolvierten diese.⁷² Wie Stana Nidžović-

⁶⁵ Vgl. J., Važnost učešća žena u današnjoj narodno-oslobodilačkoj borbi, in: Proleter, 17 (1942) 14–15, S. 16.

⁶⁶ Vgl. Wiesinger, Partisaninnen, S. 66–69.

⁶⁷ Vgl. Desanka Stojić, Prva ženska partizanska četa, Karlovac 1987, S. 36.

⁶⁸ Vgl. Partizanke u borbi, in: (Lička) Žena u borbi, 1, 7–8 (1942), S. 18 f.

⁶⁹ Vgl. Stojić, Četa, S. 46 f.

⁷⁰ Vgl. Wiesinger, Partisaninnen, S. 55–58, 60.

⁷¹ Zapovijest operativnog štaba 1. operativne zone NOPOH, 22. 10. 1942, in: ZDPNOR, Reihe 5, Bd. 30, S. 454–460, hier 460.

⁷² Vgl. Plan izvođenja vojne nastave, propisan od Vrhovnog komandanta početkom oktobra 1941, in: ZDPNOR, Reihe 2, Bd. 2, S. 68–71; Vojno-političke škole i kursevi u NOVJ, in: Leksikon, Bd. 2, S. 1201 f.; Vojnostručna obuka boraca i starešina NOVJ, in: Ebenda, Bd. 2, S. 1203 f.

Džakula erzählte auch Ida Sabo, die hauptsächlich im Untergrund Ljubljanas aktiv gewesen war, ihre „Feuertaufe“ unvorbereitet überstanden zu haben:

„Und ich habe die Verbindung verloren und mich einer Einheit angeschlossen, die den Rückzug gedeckt hat. [...] Wir haben uns so zurückgezogen, dass wir Deckung hatten, [aber] ich habe stehend zu schießen begonnen. Und der Kommandant der Einheit hat mich zu Boden geworfen und gesagt [lacht]: ‚Das wird dich noch den Kopf kosten, kämpf nicht so!‘ Sagt er: ‚Die Deutschen werden dich mit Gewehrsalven umhauen! [lacht] Geh in Deckung und schieß von dort!‘“⁷³

Dennoch sind negative Einschätzungen von Kämpferinnen kaum belegt.⁷⁴ Geradezu überschwänglich äußerten sich natürlich Propagandatekte. Selbst im Vergleich mit Männern würden Kämpferinnen (übrigens die oben erwähnten Likanerinnen) vorteilhaft abschneiden:

„Ungeduldig erwarteten die Partisanen, noch ungeduldiger jedoch die Partisaninnen den Augenblick, in dem sie sich auf die faschistischen Brandstifter werfen werden. [...] Die Kameraden springen auf die Panzer. Die Kameradinnen bleiben nicht hinter ihnen zurück. [...] In Petrovo selo wetteifern [sic] mit den mutigsten Partisanen. Sie fangen lebendige Ustaše.“⁷⁵

Auffällig ist die Bildhaftigkeit, mit der Tötungsgewalt auch von Frauen in der Propaganda der NOV geschildert wird: Die Feinde werden zerfetzt, niedergemäht, gerichtet, vernichtet, niedergemacht usw.⁷⁶ Verschleiernde Ausdrücke schienen nicht nötig, da das Töten möglichst vieler Gegner als gerechtfertigt und erwünscht galt.

Wendet man sich hingegen der Darstellung von Gewalthandeln in persönlichen Erinnerungen zu, entsteht ein anderes Bild. Selbst auf ihre Vergangenheit als Kämpferin stolze Veteraninnen wie Radojka Katić sprachen nur knapp von ihren Erfahrungen: „Er schießt auf dich und du schießt auch. So ist das.“⁷⁷ Ähnlich äußerte sich Stana Nidžović-Džakula: „Wenn

⁷³ Interview I. Sabo, 11. 8. 2003, vgl. auch Jancar-Webster, *Women*, S. 48.

⁷⁴ Vgl. Izveštaj štaba Nikšičkog NOPO, 31. 5. 1942, in: ZDPNOR, Reihe 1, Bd. 16, S. 322 ff.

⁷⁵ Kako se bore ličke partizanke, in: (Lička) Žena u borbi, 1 (1942) 9, S. 13 f.

⁷⁶ Einzelnachweise in: Wiesinger, *Partisaninnen*, S. 89.

⁷⁷ Interview R. Katić, 26. 1. 2004.

mich jemand umbringt, mache ich das auch.“⁷⁸ Beide Frauen kleideten ihre Kampferfahrungen in den Ich-oder-Er-Topos, deuteten sie damit als legitime Selbstverteidigung in einer Notsituation und schlossen so jegliche Infragestellung aus.⁷⁹ Gleichzeitig betonten sie allerdings ihre militärischen Fähigkeiten. Stana Nidžović-Džakula hob hervor, „ein ziemlich guter Schütze“ und mutiger *bombaš*⁸⁰ gewesen zu sein, dessen (sic!) Leistungen die Kameraden Anerkennung gezollt hätten: „Sie haben mich genauso wie jede andere auch als gleichberechtigt angesehen. [...] Manche haben sie auch bewundert. [...] Da hat es kein Misstrauen uns gegenüber gegeben.“⁸¹ Radojka Katić wiederum belegte ihre Eignung zur Kämpferin mit einer Anekdote: Während des nächtlichen Wachestehens habe sie ihren Kommandanten, der sie überraschen und entwaffnen wollte, um ihr Gewehr einem männlichen Partisanen zu geben, zielgenau außer Gefecht gesetzt.⁸² Ob dieses weitgehende Schweigen auf eine Ausblendung unangenehmer Erinnerungen, bestimmte Weiblichkeitsvorstellungen, die vornehmlich negative Einschätzung der PartisanInnen und ihres Handelns in den post-jugoslawischen Gesellschaften oder auch auf die Interviewsituation zurückzuführen ist, ist schwer zu beurteilen. Generell jedoch sprachen meine Interviewpartnerinnen ausführlicher von erlittener oder bezeugter Gewalt als von Gewalt, die sie selbst ausgeübt hatten.⁸³

Bereits 1944 setzte die langsame Demobilisierung von Kämpferinnen ein.⁸⁴ Nicht nur konnte die NOV nunmehr auf männliche Rekruten zurückgreifen; der Ausschluss von Frauen aus den Kampftruppen ist auch als Effekt der Umstrukturierung der NOV in eine reguläre Armee zu sehen.⁸⁵

⁷⁸ Interview S. Nidžović-Džakula, 5. 11. 2003.

⁷⁹ Vgl. Hans Joachim Schröder, Töten und Todesangst im Krieg. Erinnerungsberichte über den Zweiten Weltkrieg, in: Thomas Lindenberger / Alf Lütke (Hrsg.), *Physische Gewalt. Studien zur Geschichte der Neuzeit*, Frankfurt/M. 1995, S. 106–135, hier 118 ff.

⁸⁰ *Bombaši* eröffneten Angriffe, indem sie gegnerische Stellungen oder Panzer mit Handgranaten attackierten.

⁸¹ Interview S. Nidžović-Džakula, 5. 11. 2003.

⁸² Interview R. Katić, 26. 1. 2004.

⁸³ Vgl. Wiesinger, *Partisaninnen*, S. 122–129.

⁸⁴ Vgl. Neda Božinović, *Studentkinje i diplomirane studentkinje Beogradskog univerziteta u NOR i revoluciji*, in: Dobrica Vulović / Božidar Draškić (Hrsg.), *Studentkinje Beogradskog univerziteta u revolucionarnom pokretu*, Belgrad 1988, S. 106–201, hier 119.

⁸⁵ Vgl. Strugar, *Jugoslavija*, S. 213; Pantelić, *Sušтина*, S. 27 ff.; Margaret P. Anagnostopoulou, *From Heroines to Hyenas: Women Partisans During the Greek Civil War*, in: *Contemporary European History* 10, 3 (2001), S. 481–501, hier 482.

Partisaninnen in der historischen Erinnerung

Die Repräsentation von Partisaninnen im kollektiven und kulturellen Gedächtnis⁸⁶ (Ex-)Jugoslawiens wurde bisher nicht systematisch untersucht. Meine Ausführungen beziehen sich deshalb auf die Fachliteratur; weit wirksamere Erinnerungsmedien wie Denkmäler, Partisanenfilme oder Kriegsbelletristik können beim gegenwärtigen Forschungsstand hingegen nicht berücksichtigt werden.

Für die sozialistische Ära gilt, dass zwar einige Quellensammlungen bzw. Darstellungen des Widerstands von Frauen erschienen,⁸⁷ Überblickswerke zum „Volksbefreiungskrieg“ diesen hingegen fast nie thematisierten. Zudem erscheinen die vorliegenden Arbeiten aufgrund ihrer politisch motivierten Idealisierung und Heroisierung der WiderstandskämpferInnen als problematisch.⁸⁸ Indem sie die Volksbefreiungsbewegung als Hort der Fortschrittlichkeit und Humanität sowie als Vollstreckerin angeblicher revolutionärer Ambitionen der jugoslawischen Bevölkerung darstellten und ihre AktivistInnen als vorbildliche HeldInnen verkärten, legitimierten die HistorikerInnen des Widerstands die Herrschaft der KPJ. Gleichzeitig brachten sie so dem „Partisanenmythos“ – der Behauptung, der „Volksbefreiungskrieg“ als Befreiungs- und gleichzeitig revolutionärer Kampf sei von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen worden – zuwiderlaufende Stimmen zum Schweigen. Eine unvoreingenommene Untersuchung der vielfältigen Erfahrungen von Frauen im Widerstand, die in der Volksbefreiungsarmee eben etwa auch Diskriminierung und Ausbeutung erlebt hatten, war

⁸⁶ Definitionen z. B. in: Aleida Assmann / Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit*. Zum Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945, Stuttgart 1999, S. 41–59.

⁸⁷ Vgl. Šoljan (Hrsg.), *Žene*; Bosa Đurović u. a. (Hrsg.), *Žene Crne Gore u revolucionarnom pokretu 1919–1945*, Titograd 1960; Stana Gerk u. a. (Hrsg.), *Slovenke v narodnoosvobodilnem boju*. Zbornik dokumentov, člankov in spominov, Ljubljana 1970; Kovačević (Hrsg.), *Borbeni put*; Cvetić (Hrsg.), *Žene*; Vera Vesković-Vangeli / Marija Jovanović (Hrsg.), *Zbornik na dokumenti na učestvoto na ženite ot Makedonije vo narodnoosvoboditelna vojna i revolucijata 1941–1945*, Skopje 1975; Alija Velić (Hrsg.), *Žene Bosne i Hercegovine u narodnooslobodilačkoj borbi 1941–1945*, Sarajevo 1977; Zdunić, Drago (Hrsg.), *Heroine Jugoslavije*, Zagreb 1980; Danilo Kecić (Hrsg.), *Žene Vojvodine u ratu i revoluciji 1941–1945*, Novi Sad, 1984.

⁸⁸ Detailliert Wiesinger, „... denn die Freiheit kommt nicht von alleine“, S. 25–31.

unter diesen Voraussetzungen nicht zu erwarten.⁸⁹ Auffällig ist auch die Normalisierung des doch tatsächlich einen Bruch mit regionalen Traditionen konstituierenden bewaffneten Widerstands von Frauen, der in der sozialistischen Historiographie wenn nicht übergangen, dann wie in der Propaganda der Kriegsjahre als Realisierung traditioneller Anforderungen an Frauen in einer Extremsituation oder als zeitlich begrenzte Übernahme einer männlichen Geschlechtsrolle interpretiert wurde.⁹⁰

Nach dem Untergang des sozialistischen Jugoslawien verstärkte sich die gesellschaftliche Ignoranz gegenüber den Veteraninnen des Zweiten Weltkriegs oder schlug gar in Feindseligkeit um. Von einer konservativen Geschlechterideologie geprägte nationalistische Narrative versahen die Kämpferinnen der NOV mit dem dreifachen Stigma von „Unweiblichkeit“, angeblicher Blutrünstigkeit und kommunistischer Gesinnung.⁹¹ Nur einige feministische Forscherinnen beschäftigten sich mit dem Thema,⁹² umfassendere Studien entstanden jedoch auch in den letzten Jahren nicht. Viele Fragen zur Geschichte der jugoslawischen Partisaninnen sind daher noch lange nicht abschließend beantwortet.

⁸⁹ Wichtige Ansätze dazu leistete jedoch Lydia Sklevicky mit ihren Forschungen zur kroatischen AFŽ, vgl. dies., *Konji, žene, ratovi*, Zagreb 1996.

⁹⁰ Vgl. Barbara N. Wiesinger, *Das Geschlecht der Partisanin: Gewalt und Geschlechterkonstruktionen am Beispiel des jugoslawischen Widerstands 1941–1945*, in: *L’Homme. Z.F.G.* 19 (2008) 1, S. 115–129, *Das Geschlecht der Partisanin*, S. 125–129.

⁹¹ Vgl. Renata Jambrešić-Kirin, *Heroine ili egzekutorice: Partizanke u 90-ima*, in: Dies. / Tea Skokić (Hrsg.), *Između roda i naroda. Etnološke i folklorističke studije*, Zagreb 2004, S. 299–322.

⁹² Vgl. Anđelka Milić, *Patrijarhalni poredak, revolucija i saznanje o položaju žene*, in: Latinka Perović (Hrsg.), *Srbija u modernizacijskim procesima 19. i 20. veka. Položaj žene kao merilo modernizacije*, Belgrad 1998, S. 551–559, Svetlana Slapšak, *ženske ikone xx. veka*, Belgrad 2001, S. 207–210.

HANS SCHAFRANEK

DREI GESTAPO-SPITZEL UND EIN EIFRIGER KRIMINALBEAMTER

Die Infiltration und Zerschlagung des KJV Wien-Baumgarten (1940) und der KPÖ-Bezirksleitung Wien-Leopoldstadt (1940/41) durch V-Leute der Gestapo¹

In breiten Kreisen der Publizistik wurde nach 1945 häufig ein Bild gezeichnet und tradiert, in dem die Gestapo als „allmächtig“ und „allgegenwärtig“ erscheint. Ersteres trifft sicherlich in einem hohen Maße zu: Die Gestapo konnte etwa nach Belieben Häftlinge ganz oder teilweise der Justiz entziehen oder nach dem Ende einer vom Gericht verhängten Haftstrafe durch Rücküberstellungsaufträge wieder für unbestimmte Zeit in Gewahrsam nehmen, sie verfügte massenhafte Einweisungen in Konzentrationslager und Hinrichtungen. Als Mythos hingegen entpuppt sich ihre vermutete „Allgegenwärtigkeit“. Eine solche Annahme lässt sich schon durch die – verglichen mit den Polizeiapparaten anderer totalitärer Diktaturen – knappen personellen Ressourcen widerlegen. Als isolierte, von der Bevölkerung abgekapselte „Enklave“ hätte dieser terroristische Repressionsapparat niemals jene mörderische Effektivität und Effizienz entfalten können, mittels derer er vermochte, sowohl den organisierten politischen Widerstand als auch individuelle oppositionelle Regungen weitgehend auszuschalten. Um dieses Ziel zu erreichen, bedurfte es zweier wesentlicher Voraussetzungen. Zum einen wurde die Gestapo zu einer „Anlaufstelle“ für Tausende freiwillige DenunziantInnen, und deren Meldungen waren häufig die einzige Informationsquelle bei Bagatelldelikten (Abhören feindlicher Rundfunksender, regimekritische Witze, defätistische Äußerungen usw.), die gleichwohl für die Betroffenen zumeist jahrelange Haftstrafen nach sich zogen.² In aller Regel gelang es diesen „Na-

¹ Die vorliegende Arbeit entstand im Rahmen eines vom FWF geförderten Forschungsprojekts zum Thema „V-Leute der Gestapo“.

² Als wichtigste regionalgeschichtliche Studie zum Phänomen der Denunziationen unter der NS-Herrschaft sei hier angeführt: Heimo Halbrainer, „Der größte Lump

derern“ jedoch nicht bzw. war es auch nicht ihre Aufgabe, Widerstandsgruppen aufzuspüren und im Dienst der Polizei zu unterwandern.

Als wichtigste und gefährlichste Waffe setzte die Gestapo zu diesem Zweck gezielt und systematisch Spitzel ein, die als V-Leute (= Vertrauensleute) oder Konfidenten bezeichnet wurden. Man unterschied dabei zwischen Gewährspersonen (G-Personen), die nur fallweise berichteten und entsprechende Entschädigungen erhielten, und V-Personen, die ein regelmäßiges Gehalt von der Gestapo bezogen. Bei der Institutionalisierung und Zentralisierung des Spitzelapparats spielte die Wiener Gestapo eine Vorreiterrolle. Wie im „Altreich“ unterhielten auch bei der Wiener Gestapo die mit „Gegnerbekämpfung“ befassten Referate jeweils ihre eigenen Spitzel, die sie gegenüber den anderen Abteilungen weitestgehend abschirmten. Im „Altreich“ wehrten sich bis weit in die Kriegsjahre viele dieser Gestapo-Abteilungen erfolgreich dagegen, „ihre“ V-Leute an ein eigenes, ausschließlich mit dem Einsatz von Spitzeln befasstes Referat (II N, ab 1942: IV N) abzutreten, während in Wien bereits im Herbst 1938 das N-Referat (= Nachrichten-Referat) gebildet wurde, dem zunächst Johann Sanitzer, später Lambert Leutgeb vorstand.³ Obwohl diese Gruppe nur aus fünf Mitarbeitern und einigen Schreibkräften bestand, kam ihr durch die Rekrutierung und Betreuung von V-Leuten im Vorfeld der politischen Verfolgung von RegimegegnerInnen eine Bedeutung zu, die gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann: Egal, ob es sich um den kommunistischen, überparteilichen, legitimistischen, sozialistischen, katholischen, bürgerlich-konservativen oder militärischen Widerstand handelte, keine Gruppierung, die eine gewisse Ausdehnung und Infrastruktur erreicht hatte, blieb von der Infiltration durch Gestapo-Spitzel verschont. Diesem Umstand wird in Zukunft wohl jede Widerstandsforschung als methodische Prämisse Rechnung tragen müssen, welche die Analyse von Herrschafts- und Verfolgungstechniken der Gestapo als integralen Bestandteil in ihren Untersuchungsgegenstand einbezieht.

Einem historiografischen Unternehmen dieser Art stehen freilich vielfältige Hindernisse entgegen, von denen nur zwei hier kurz genannt seien:

im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant“. Denunziationen in der Steiermark 1938–1945 und der Umgang mit den Denunzianten in der Zweiten Republik, Graz 2007.

³ Zum institutionellen Rahmen des Spitzelapparats bei der Wiener Gestapo vgl. Hans Schafranek, V-Leute und „Verräter“. Die Unterwanderung kommunistischer Widerstandsgruppen durch Konfidenten der Wiener Gestapo, in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Nr. 3/2000, S. 300–349, hier 304 ff.

Viele der Spitzel wurden niemals gefasst, und die Gestapo bzw. NS-Justiz versuchten im Regelfall alle Spuren der Spitzeltätigkeit vermeintlicher „Widerstandskämpfer“ a priori aus den Dokumenten des Verfolgungsapparats zu verbannen. War dies aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich, so hieß es – wenn etwa ein Beschuldigter beim Verhör den Decknamen eines beteiligten Untergrundaktivisten preisgab, der in Wirklichkeit als V-Mann operierte – im jeweiligen Gestapo-Abschlussbericht zu dem betreffenden Tatkomplex häufig, die betreffende Person sei „noch nicht ausgeforscht“, obwohl sie vielleicht gerade im Nebenzimmer saß. Denn V-Leute durften natürlich nie mit ihren Opfern konfrontiert werden, weder physisch (etwa durch Gegenüberstellungen oder Zeugenaussagen bei Gericht) noch dokumentarisch. Jede polizeiliche Bloßstellung eines Spitzels hätte ihn für zukünftige Aufgaben disqualifiziert und zugleich die Bedeutung eines vorangegangenen „Fahndungserfolges“, der primär durch V-Leute erzielt wurde, im Selbstbild der Gestapo wie auch in der Transponierung dieses Bildes nach außen empfindlich beeinträchtigt. In gar nicht so seltenen Fällen gewinnen bei der Spurensuche nach (mutmaßlichen) Spitzeln gravierende Auslassungen in den Dokumenten einen indirekten Erkenntniswert, etwa, wenn ein in den Vernehmungsprotokollen mehrmals genannter „Tatbeteiligter“ in der Anklageschrift bzw. im Urteil überhaupt nicht mehr aufscheint.

Die vorliegende Arbeit lässt von jenen methodischen Schwierigkeiten relativ wenig erkennen, weil der spezifische Untersuchungsgegenstand zu dem hier behandelten Personenkreis eine dichte Verknüpfung von Gerichtsakten nach 1945 und Quellen des NS-Verfolgungsapparats erlaubte, die zudem – nach dem bisher Gesagten eher atypisch – im zweiten Teil der Arbeit auch interessante Einblicke in das Wirkungsfeld von Gestapo-Konfidenten ermöglichen. Als noch atypischer ist wohl der Umstand anzusehen, dass die Quellenlage im folgenden Fall die Möglichkeit bot, das parallele oder sogar gemeinsame Agieren mehrerer nachmaliger V-Leute der Gestapo sowie ihres noch sehr jugendlichen „Mentors“ sowohl unter dem austrofaschistischen als auch dem NS-Regime zu untersuchen.

Wenn wir einen Blick auf die politische Sozialisation jener vier Personen richten, deren Wege sich zuletzt bei der Verfolgung zweier kommunistischer Widerstandsgruppen kreuzten, so wirft der biografische Hintergrund des im Februar 1920 geborenen Franz Pichler die geringsten Interpretationsprobleme auf, denn dessen Jugendjahre verliefen in politischer Hinsicht recht geradlinig. Er entstammte einer nationalsozialistisch orientierten Familie, sein Vater trat im Juli 1935 der illegalen NSDAP bei und betätigte sich ab Oktober

1935 als Blockwart im 15. Wiener Gemeindebezirk. Pichler junior trat in die Gewerbliche Vereinslehranstalt für Elektro- und Maschinenbau (Wien 4, Argentinierstraße 11) ein, wo ihn im Oktober 1935 ein Mitschüler für die HJ warb. Vom Bannführer Helmuth Hoffmann mit der Gründung einer strafferen Organisation in dieser Schule beauftragt, rekrutierte Pichler in der Folge eine beträchtliche Anzahl von Jugendlichen für die HJ, bis deren Führung Anfang Mai 1937 aufflog, was für den Organisator eine zehntägige Polizeihaft, drei Wochen Hausarrest und den Ausschluss aus der Schule nach sich zog. Ab Juli 1937 führte er den HJ-Streifendienst für die Bezirke 14 und 15, ab November 1937 für den Unterbann IV (Bezirke 14 bis 19). Die Aufgabenstellung dieser Organisation (vornehmlich politische Kontrolle der eigenen Mitglieder) bewirkte eine Kontaktaufnahme zum illegalen SD, mit dem Pichler seit Anfang 1938 eng kooperierte. Zwei Wochen nach dem „Anschluss“ folgte der Beitritt zur SS. Am 7. Mai 1938 bewarb er sich um eine hauptamtliche Stellung beim SD oder um Aufnahme zur Gestapo: „Ich möchte einen dieser Posten anstreben, da ich einige Jahre in diesem Gebiet gearbeitet habe und selbst jetzt noch im SS-SD als kommissarischer Bezirksleiter tätig bin.“ Diese Pläne zerschlugen sich jedoch, Pichler kam zur Kriminalpolizei, wo er im Rahmen des Sittendezernats von 1939 bis 1941 in der Leopoldstadt tätig war.⁴

Eduard Pamperl (geb. 17. 11. 1919), einer der drei nachmaligen Gestapo-Spitzel, verbrachte seine Jugend im 14. Bezirk (Hütteldorferstraße 349) und durchlief wie Franz Pichler eine Ausbildung zum Elektrotechniker. 1936 stand er wegen eines Einbruchdiebstahls vor dem Jugendgerichtshof. Im selben Jahr schloss er sich einer HJ-Gruppe um Repis, Hiess, Spali und einige andere an. Die Zusammenkünfte fanden teils im Wienerwald statt, teils im Gasthaus Schmidt in der Hütteldorferstraße. „Bei diesen Zusammenkünften wurden verschiedene Terrorakte besprochen, die dann auch zur Ausführung gelangten“, gab er im Juli 1947, bei der ersten Einvernahme nach seiner Verhaftung zu Protokoll.⁵ Unmittelbar nach dem „Anschluss“ bewarb er sich gleichfalls um eine Aufnahme in die SS, was jedoch – seinen eigenen Angaben zufolge – aufgrund der früheren Verurteilung abgelehnt wurde.

⁴ Wiener Stadt- und Landesarchiv (im Folgenden: WStLA), Vg 4b Vr 5.477/47, VG-Verfahren gegen Eduard Pamperl u. a., Polizeidirektion Wien, Abt. I, Vernehmung Franz Pichler, 9. 7. 1947; Gauakt Franz Pichler (Abschrift). Eine Kopie des VG-Aktes befindet sich im DÖW, E 20.345/1-3.

⁵ Polizeidirektion Wien, Abt. I, Vernehmung Eduard Pamperl, 7. 7. 1947.

Ganz anders entwickelte sich zunächst die politische Sozialisation Franz Pachhammers (geb. 10. 11. 1921), um dessen Erziehung sich vor allem die Großeltern kümmerten. Anton Wolf, der Großvater, war bis 1934 sozialdemokratischer Gemeinderat in Purkersdorf. Im Herbst 1936 wurde Pachhammer wegen Zellenarbeit, Verteilung der Brünner „Arbeiterzeitung“ und Aufbewahrung einer Abziehmaschine verhaftet. Durch die Polizei erhielt er eine sechswöchige Arreststrafe, die er im Gefängnis auf der Elisabethpromenade verbüßte. Von dort wurde er dem Jugendgericht überstellt und saß sechs Wochen in Untersuchungshaft. Nach der Verurteilung (ein Monat strenger Arrest) folgten zahlreiche Hausdurchsuchungen, Maßregelungen und Schikanen durch die Behörden.⁶ Diese Angaben über die Periode vor dem „Anschluss“ wurden tendenziell von einem ehemaligen Schulfreund Pachhammers bestätigt, der 1940 im KJV Baumgarten und nach dem Krieg als Beamter der Polizeidirektion Wien tätig war. Zugleich aber hob Karl Lupert einige Charaktereigenschaften und Verhaltensweisen Pachhammers hervor, die sich auch in vielen anderen Aussagen und Einschätzungen wieder finden, ebenso wie ein auffälliges Oszillieren zwischen linken und nationalsozialistischen Strömungen: „Im Jahre 1935 verließen wir beide die Hauptschule Wien 14., Hochsatzengasse 22–24 und Pachhammer, der damals in Wien 14., Waidhausenstraße 6, bei seiner Großmutter, Frau Wolf, wohnte, zeigte bereits zu dieser Zeit viele Ansätze einer marxistischen Denkungsart. Dies ließ ihn mir etwas näher kommen, und wenn wir damals zusammen sprachen, so war der Gesprächsstoff häufig die Politik, wie wir Jungen, die im marxistischen Sinn erzogen wurden, sie eben verstanden. Pachhammer zeigte jedoch damals schon eine gewisse Sensationslust und Draufgänger-tum. In den Jahren bis 1938 [...] besuchte Pachhammer auf einige Zeit eine Schule in Mödling (glaublich Elektroingenieurschule), und er erzählte mir, dass er dort mit nationalsozialistisch gesinnten Schulkameraden in Verbindung steht, welche dort Flugzettelstreuaktionen durchführten. Er machte mich glauben, dass er in diese nationalsozialistischen Kreise einzudringen versuchte. Pachhammer, der auch große Vergnügungssucht zeigte und im Kreise seiner damaligen Mädchenbekanntschaften ziemlich großsprecherisch auftrat, stand nach dem 13. 3. 1938 auch mit mehreren illegalen An-

⁶ Gedächtnisprotokoll Franz Pachhammer, 4. 5. 1945. Bei der Datumsangabe liegt wohl ein Tippfehler vor, denn am Schluss dieses Gedächtnisprotokolls vermerkte Pachhammer: „Seit 6. August 1945 bin ich Zellenleiter K.P.Oe VII. und arbeite dortselbst als Mitarbeiter ganz-tätig.“

gehörigen der HJ in Verbindung, jedoch betonte er immer wieder, dass er gegnerisch gegen diese eingestellt ist.“⁷

Der Jüngste in diesem Kreis, Alfred Ziganek (geb. 29. 1. 1924), ein Schlosserlehrling, lebte bei seinen Großeltern; bis 1931 in einer Barackensiedlung (Wien 14, Linzerstraße 299); anschließend bis Jänner 1938 in Mainburg an der Pielach, und in der Folge wiederum (bis 1942) in der Wiener Notstandsbaracke. Im April oder Mai 1938 trat er der HJ bei und verkehrte häufig im HJ-Heim Waidhausenstraße. Vor diesem Heim lernte er – angeblich im Frühjahr 1939 – den in nächster Nähe wohnenden Franz Pachhammer kennen, dessen Imponiergehabe den damals erst Fünfzehnjährigen enorm beeindruckt haben dürfte.⁸ Vor dem Volksgericht präsentierte sich Ziganek als willfähiges Werkzeug des forschen Vorstadtcasanovas. Mochte eine solche Selbstdarstellung zumindest partiell auch ein nutzbringendes Rechtfertigungsmuster bedienen, so wird man ihr unter psychologischen Prämissen doch eine gewisse Plausibilität kaum absprechen können.

Verknüpfungen und Schnittpunkte

Das Verhältnis zwischen Pichler, Pachhammer und Pamperl wies schon vor 1938 weit mehr Berührungslinien auf, als es bei der Hauptverhandlung den Anschein hatte. Dass hier eine Seilschaft am Werk gewesen war, hatten indes bereits die umfangreichen Vorerhebungen und die ersten Vernehmungen enthüllt, obwohl Pachhammer nicht ausgeforscht werden konnte, weil ihn die Organe der sowjetischen Besatzungsmacht im Oktober 1945 in die UdSSR deportiert hatten. Pichler und Pamperl zogen ihre anfänglichen, sehr weitreichenden Geständnisse mit fadenscheinigen Begründungen zurück, und während das Gericht den späteren Ausführungen des V-Mannes keinen Glauben schenkte, akzeptierte es weitestgehend die mehrmals „revidierte“ Version des früheren Kriminalbeamten, wodurch dessen Rolle vor und nach 1938 in ein völlig anderes Licht gerückt wurde (s. w. u.).

Worin also bestanden die angesprochenen Verbindungslinien? Pamperl gab zu, dass er mit Pachhammer („Lux“), dem durch Überlebende am stärksten belasteten V-Mann, bereits seit der Schulzeit befreundet war. Die

⁷ Gedächtnisprotokoll Karl Lupert an die Staatspolizei-Bezirksgruppe VII, Wien, 2. 10. 1946.

⁸ Polizeidirektion Wien, Abt. I, Vernehmung Alfred Ziganek, 10. 7. 1947.

Kriminalbeamtenabteilung der Staatspolizei eruierte zur selben Zeit die meisten Mitglieder jener illegalen HJ-Gruppe, der sich Pamperl 1936 angeschlossen hatte. Als Schulungsleiter dieser Gruppe fungierte damals ein HJ-Funktionär mit dem Decknamen „Darius“⁹, der zum Zeitpunkt der betreffenden Meldung (8. 7. 1947) noch nicht identifiziert werden konnte. Tags darauf verhaftete die Polizei Franz Pichler alias „Darius“, der als geistiger Urheber eines bewaffneten Überfalls auf ein Jugendheim der Vaterländischen Front (September 1937) in Ottakring angesehen wurde.¹⁰ Tatsächlich dürfte ein gewisser Hans Jaksch an der Organisation dieses Überfalls maßgeblich beteiligt gewesen sein, der mit enormer Brutalität durchgeführt wurde. Dieser menschenverachtende Terror schlägt sich noch im sprachlichen Duktus nieder, mit dem Pamperl zehn Jahre später seine Beteiligung schilderte: „Ich gebe zu, an dem Überfall auf das Heim der Vaterländischen Front in Wien 16., mit Reppis [richtig: Repis], Hiess, Spali und Darius aktiv mitgewirkt zu haben. Spali Franz und Reppis waren mit Pistolen, die anderen hingegen mit Schlagringen und Stahlruten bewaffnet. Ich selbst hatte eine Stahlrute. Mir ist genau erinnerlich und ich habe auch selbst gesehen, wie Reppis und Spali, die vor uns in das Heim eindringen, auf die im Raum befindlichen Personen mit ihren Pistolen hineinschossen. Ich unterstützte diese Aktion dadurch, dass ich mit meiner Stahlrute blindlings auf die dort befindlichen Personen einschlug. Ich gebe zu, bei meinen Schlägen nicht wählerisch gewesen zu sein und die sich mir Entgegenstellenden durch Schläge auf Schulter und Hand u. Gesicht wehrlos gemacht zu haben. Durch diese Schüsse wurden, wie ich gesehen habe, 2 Personen, der eine in das Kreuz, der andere in den Fuß verletzt. Gesehen habe ich, dass Reppis den einen in den Fuß traf, ich aber nehme mit Sicherheit an, dass der 2. durch Spali mit einem Kreuzschuss erledigt wurde.“¹¹

In den Einzelheiten voneinander abweichend, aber in der Tendenz recht ähnlich, vor allem im Hinblick auf die jeweils eigene Beteiligung, gaben Franz Pichler, Wilhem Repis und Karl Suchanek die Ereignisse vor und während jener gewalttätigen Aktion zu Protokoll. Pichler gab auch zu, einen

⁹ Meldung der Kriminalbeamtenabteilung, Abt. I, betr.: Bewaffneter Überfall auf ein VF-Heim im Jahre 1937, 8. 7. 1947.

¹⁰ Bericht der Polizeidirektion Wien, Abt. I, an die Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Wien, 17. 7. 1947.

¹¹ Vernehmung Eduard Pamperl, 7. 7. 1947. Von Karl Suchanek, einem anderen Mitbeteiligten, wurde Franz Spali hingegen entlastet; Vernehmung Karl Suchanek, 10. 7. 1947.

Schuss in die zusammengedrückte Masse der VF-Jugendlichen abgefeuert zu haben. Und Repis schilderte darüber hinaus ein in der weiteren Untersuchung gänzlich unbeachtet gebliebenes, aber für unsere Fragestellung aufschlussreiches Detail. Nachdem er am Vorabend der Aktion vier dafür vorgesehene Teilnehmer (Pamperl, Hiess, Suchanek, Schmidt) verständigt hatte, erwartete er knapp vor dem Überfall, „so wie vorher mit Jaksch besprochen, einen gewissen ‚Lux‘ (Pachhammer), der mit einem Rad angefahren kam und mir, ich hatte damals als Erkennungszeichen weiße Stutzen anziehen müssen, einen Papiersack übergab, in welchem 2 Stahlruten und 2 Schlagringe verpackt waren. Er zeigte mir noch eine Browning-Pistole, anscheinend wollte er mir dieselbe borgen, ich lehnte aber [...] ab, da ich selbst im Besitz eines großen Trommelrevolvers war. Wir hatten den Auftrag bekommen, die im Vaterländischen Front-Heim Anwesenden zu schlagen und dann wieder zu verschwinden. ‚Lux‘ sagte mir noch, ich solle über den Vorfall schriftlich eine Meldung machen und sie Jaksch übergeben. Ich habe dies Ansinnen abgelehnt. Wie besprochen, traf ich nun die vorerwähnten Burschen und teilte an sie die Stahlruten und Schlagringe aus. Ich selbst hatte meinen eigenen Trommelrevolver. Ungefähr um 20 Uhr kamen wir zum Heim der Vaterländischen Front im 16. Bezirk. Dort standen bereits 5 Burschen und da es ziemlich dunkel war, konnte ich keinen von ihnen genau erkennen. Ich vermute aber, dass einer davon Lux gewesen ist. Derselbe ging bei unserer Ankunft weg.“¹²

Die Kooperation zwischen dem jugendlichen „Revolutionären Sozialisten“ und den HJ-Schlägern hatte demnach schon eine sehr konkrete und folgenschwere Dimension erreicht. Für die Vermutung allerdings, Pachhammer habe 1937 selbst der HJ angehört, gibt es in den zur Verfügung stehenden Quellen keinerlei Anhaltspunkte.

Nach dem „Anschluss“ trennten sich für eine Zeitlang die Wege der Drei, wohl auch deshalb, weil Pamperl vorübergehend eine Arbeitsstelle im „Altreich“ fand.¹³

¹² Vernehmung Wilhelm Repis, 12. 7. 1947.

¹³ Landesgericht für Strafsachen Wien, Vernehmung Eduard Pamperl, 20. 8. 1947. Bei dieser ersten Vernehmung im Landesgericht kam auch der Überfall auf das VF-Heim in Ottakring zur Sprache. Pamperl bestritt nun erstmals die Teilnahme Franz Pichlers an dieser Aktion, auch Repis sagte aus (19. 8. 1947), Pichler sei nicht anwesend gewesen. Aus einer späteren Vernehmung von Repis, der nach kurzer Zeit gegen Gelöbnis auf freien Fuß gesetzt wurde, geht hervor, dass sich das Trio bei der Überstellung ins Landesgericht im selben Zellenwagen befunden hatte und Pamperl bei dieser Gelegenheit ankündigte, er werde sein bei

Provokationen und Spitzeltätigkeit im KJV Baumgarten

Pachhammers erster Versuch, nach dem „Anschluss“ in einem regimefeindlichen Milieu Fuß zu fassen, führte ihn in den Arbeitermandolinenverein Baumgarten, einen getarnten Stützpunkt von KPÖ-Sympathisanten. Das Übungslokal dieses Vereins befand sich im Gasthaus Flemmich (Wien 14., Linzerstraße), und schon bei der ersten Zusammenkunft mit Viktor Ehrenberger entwickelte „Lux“ ehrgeizige Pläne, etwa, „dass man Leute werben, Flugschriften herstellen, Waffenlager und Sprengstofflager anlegen müsse, um erfolgreich illegal arbeiten zu können“.¹⁴ Auch wollte er die Namen einiger höherer Funktionäre wissen, erweckte durch dieses Verhalten ein gewisses Misstrauen und wurde nach kurzer Zeit „abgehängt“.¹⁵

Mehr Erfolg war Pachhammer bei seiner Tätigkeit im KJV Baumgarten beschieden, dem er Anfang 1939 beitrug. Diese Gruppe war bereits vor dem „Anschluss“ von Johann Treitling, Franz Cech, Karl Lupert, Johann Toifl sowie Karl Krall gegründet worden und erhielt nach dem März 1938 einen nicht unbeträchtlichen Zuwachs durch Jugendliche, vor allem Lehrlinge, die aus sozialistischen Arbeiterfamilien stammten. Als Leiter der Gruppe fungierte zunächst Johann Treitling, ab Mai 1939 Franz Cech.¹⁶ Von Pachhammer empfohlen, wurde kurz nach dessen eigenem Beitritt auch Alfred Ziganek in den KJV aufgenommen;¹⁷ und auch Eduard Pamperl verkehrte in diesen Kreisen, blieb jedoch eine Randfigur.

Ziganek machte kein Hehl aus seiner gleichzeitigen Mitgliedschaft in der HJ, die er angeblich verlassen wollte; und auch Pachhammers Nahverhältnis zur HJ war in der Gruppe kein Geheimnis. Den Zeugenaussagen im Volksgerichtsverfahren nach zu urteilen, fielen gruppenintern die Reaktionen auf die beiden Neuzugänge unterschiedlich aus. Vereinzelt bekundete man Misstrauen,¹⁸ doch dürfte die Auffassung überwiegen haben, dass solche Kontakte

der Staatspolizei abgelegtes Geständnis widerrufen. Polizeidirektion Wien, Vernehmung Willibald Repis, 31. 1. 1948.

¹⁴ Polizeidirektion Wien, Abt. I, Viktor Ehrenberger, 10. 7. 1947.

¹⁵ Protokoll der Hauptverhandlung, Zeugeneinvernahme Viktor Ehrenberger, 18. 3. 1948.

¹⁶ Treitling wurde am 15. 5. 1939 zur Wehrmacht eingezogen, stand jedoch mit der Gruppe weiterhin in Kontakt.

¹⁷ Ziganek bestätigte, dass er 1939 von Pachhammer in den KJV eingeführt worden war. Landesgericht für Strafsachen Wien, Vernehmung Alfred Ziganek, 14. 8. 1947.

¹⁸ So sagte etwa ein ehemaliges KJV-Mitglied aus: „Von Ziganek war aber bekannt, dass er vorher Angehöriger der HJ gewesen ist, und deshalb bestand von allem Anfang an gegen ihn ein gewisses Misstrauen. Da er aber erzählte, dass er von der HJ ausgeschlossen worden ist,

zum gegnerischen Lager eher Nutzen stiften könnten.¹⁹ Auch einige andere Mitglieder der KJV-Gruppe Baumgarten waren mit Wissen oder sogar im Auftrag ihrer Genossen zugleich in der HJ, etwa der Schlosserlehrling Rudolf Lupert oder Gottfried Bichler, ein Kesselschmiedlehrling. Einer Anklageschrift aus dem Jahre 1941 sind folgende Hintergründe zu entnehmen: „Im Mai 1939 wurde Bichler seiner Funktion als Zellenleiter und Kassier [im KJV Baumgarten] enthoben. Der Grund hiefür war offenbar darin gelegen, dass Bichler – der Mitglied der HJ und Führer einer Kameradschaft war – dazu ausersehen wurde, sich in die Führung der Hitlerjugend einzuschleichen und dort kommunistische Zersetzungsarbeit zu leisten. Da er aber unter den Angehörigen der HJ keinen geeigneten Boden für die ihm zuge dachte Wühlarbeit fand, konnte er eine solche nicht entfalten.“²⁰

Am 12. Februar 1939, dem fünften Jahrestag des Schutzbund-Aufstandes gegen die austrofaschistische Diktatur, hielt der KJV Baumgarten am Zentralfriedhof eine kleine Gedenkfeier zu Ehren des 1934 hingerichteten Schutzbund-Kommandanten Karl Münichreiter ab. An dieser Aktion nahm auch Pachhammer teil.²¹

In der Folge drängten Pachhammer und Ziganek auf einen stark aktionistischen Kurs, der von Flugzettelstreuaktionen bis zur Sprengung von Telefonzellen reichte und einigen Widerhall fand, während die zentral ergehenden Weisungen eher eine passive Taktik vorsahen. Infolge des damit verbundenen Radikalisierungsprozesses kristallisierten sich zwei Strömungen heraus, von denen sich die stärker zu illegalen Aktionen neigende um Erich Felbermayer gruppierte. Dazu heißt es in der zuvor erwähnten Anklageschrift: „Im Juli 1939 kam es zu einem Zerwürfnis zwischen Karl Lupert und Felbermayer, das zum Ausschlusse Felbermeyers aus dem Baumgartner KJV führte. Felbermayer bildete nunmehr eine selbständige kommunistische Jugendgruppe, der sich [...] Toifl, Kalser und May anschlossen. Die Tätigkeit dieser Gruppe bestand in der Folgezeit vornehmlich in der Durchführung von Streuaktionen.“²²

wurden er und Pachhammer aufgenommen.“ Landesgericht für Strafsachen Wien, Zeugenernehmung Anton Bertotti, 17. 9. 1947.

¹⁹ Gedächtnisprotokoll Karl Lupert, 2. 10. 1946.

²⁰ Der Generalstaatsanwalt. OJs 81/41, Anklageschrift (Abschrift) gegen Johann Treitling u. a., 26. 6. 1941.

²¹ Gedächtnisprotokoll Karl Lupert, 2. 10. 1946; Zeugeneinvernahme Karl Lupert, 18. 8. 1947.

²² Anklageschrift gegen Johann Treitling u. a., 26. 6. 1941.

Auf die „geistigen Urheber“²³ dieser Radikalisierung wurde in den NS-Akten naturgemäß mit keinem Wort Bezug genommen. Auch die 1947/48 einvernommenen Zeugen sprachen wiederholt von einer regelrechten „Spaltung“, die durch die angesprochenen taktischen Differenzen entstanden sei, doch wird eine so scharf akzentuierte Polarisierung oder gar ein Ausschluss Felbermayers durch die gleichzeitige Darstellung einer Kontinuität persönlicher wie politischer Verbindungen eher dementiert. Im Übrigen hatten die Initiatoren jener Konflikte gar kein Interesse an einer direkten Spaltung der Organisation, die den Kreis der bespitzelten Personen verengt hätte. Im Jänner 1940 trat Ziganek an Felbermayer heran und versuchte ihn – vergebens – zu bewegen, alle Mitglieder seiner Gruppe an einem bestimmten Treffpunkt zu versammeln. Etwa um dieselbe Zeit übergab er an Johann Toifl eine Pistole, die angeblich zu dessen Sicherung bei illegalen Aktionen dienen sollte. Davon wusste niemand außer Toifls Mutter, die die Pistole im Garten vergrub. Nach der Verhaftung durch die Gestapo konzentrierte sich die Durchsuchung der Wohnung sofort auf jene Waffe.²⁴ Solcher Methoden bedienten sich in aller Regel willfährige Kreaturen der Gestapo, die nicht nur als Konfidenten ihre vermeintlichen „Genossen“ bespitzelten, sondern darüber hinaus – mit oder ohne Wissen ihrer Auftraggeber – als Agents provocateurs wirkten.

Wir stehen jedoch im skizzierten Fall vor dem etwas erstaunlich anmutenden Phänomen, dass zum betreffenden Zeitpunkt weder Pachhammer noch Ziganek im Auftrag der Gestapo handelten oder überhaupt handeln konnten, weil der Kontakt mit ihr erst im Februar 1940 zustande kam. Das Duo handelte quasi in eigener Regie und bespitzelte die KJV-Mitglieder über Monate, möglicherweise fast ein ganzes Jahr hindurch, um zu gegebener Zeit der Gestapo alle kompromittierenden Informationen zu liefern und die Falle zuzuschnappen zu lassen. Eine passende Gelegenheit dafür bot der Jahrestag des Februar-Aufstandes 1934, zu dem die Felbermayer-Gruppe wiederum eine Kranzniederlegung auf dem Zentralfriedhof plante.

Hier kommt nun wiederum Franz Pichler ins Spiel, der Pachhammer – angeblich erstmals – in einem Tanzlokal traf, nachdem dieser im November 1939 in den 2. Bezirk übersiedelt war. Pachhammer erzählte ihm von dem

²³ So die Charakterisierung Pachhammers bzw. Ziganeks durch einen früheren Widerstandskämpfer. Landesgericht für Strafsachen Wien, Zeugeneinvernahme Johann Toifl, 19. 9. 1947.

²⁴ Protokoll der Hauptverhandlung, Zeugeneinvernahmen Robert Kalser, Johann Toifl und Erich Felbermayer, 18. 3. 1948.

geplanten Vorhaben, und der nunmehrige Mitarbeiter der Sittenpolizei in Wien-Leopoldstadt stand mit Rat und Tat zur Seite. Wenige Tage vor der illegalen Aktion fand eine folgenschwere Begegnung statt, über die wir durch Pichlers später zurückgezogenes Geständnis informiert sind: „Ungefähr um den 8. Februar 1940 kam ich mit Leitgeb [richtig: Leutgeb], Pachhammer und Ziganek in einem Kaffee in der Breitenseerstraße, glaublich Materna,²⁵ zusammen. Bemerken möchte ich, dass ich Leitgeb, der ja Referent der Gestapo am Morzinplatz war, zu dieser Besprechung mitgebracht hatte. Pachhammer entwarf nun vor uns einen Plan, wie wir am besten die Jugendgruppe in ihrer Gesamtheit zur Verhaftung bringen könnten [...] Bei dieser Besprechung wurde auch festgelegt, dass sowohl Pachhammer als Ziganek [...] an dem Gräberbesuch aktiv teilnehmen sollten, um einen Verdacht ihrer Personen bei der später folgenden Verhaftung abzulenken. Mir ist genau erinnerlich, dass Leitgeb von beiden, Pachhammer und Ziganek, eine Personsbeschreibung festlegte, um eine Verhaftung dieser beiden zu verhindern.²⁶ Dunkel ist mir erinnerlich, dass auch besprochen wurde, dass Pachhammer und Ziganek während der Verhaftung der anderen flüchten sollten. Wie ich später erfahren habe, ist Ziganek irrtümlich verhaftet worden, hingegen Pachhammer konnte programmgemäß flüchten. Soweit ich mich noch entsinnen kann, machte auch Pachhammer den Vorschlag, die am Grabe weilende Gruppe zu fotografieren und wurde dieses Angebot von Leitgeb abgelehnt.“²⁷

Mittlerweile hatte der um Lupert gruppierte Flügel des KJV von der geplanten Aktion auf dem Zentralfriedhof Kenntnis erlangt, woraufhin Lupert mit Felbermayer in Verbindung trat und diesen beschwor, die Feier abzusagen. Ob er nun damit argumentierte, ein solches Unternehmen sei angesichts eines stärkeren Verfolgungsdrucks zu gefährlich oder ins Treffen führte, es richte sich gegen die zentralen Weisungen des KJV, in jedem Fall erscheint dadurch die spätere Behauptung einer direkten organisatorischen „Spaltung“ als überzogen. Felbermayer ließ sich auch überzeugen²⁸

²⁵ Lt. Lehmann, Adressverzeichnis Wien (1940) hieß das Café „Maderner“ und befand sich in der Breitenseerstraße 37.

²⁶ Wären Pachhammer/Ziganek bereits vor dieser Unterredung Gestapo-Spitzel gewesen, hätte es einer solchen Personsbeschreibung nicht mehr bedurft.

²⁷ Vernehmung Franz Pichler, 19. 7. 1947.

²⁸ Landesgericht Wien für Strafsachen Wien, Zeugeneinvernahme Karl Lupert, 18. 8. 1947; Protokoll der Hauptverhandlung, Zeugeneinvernahme Karl Lupert, 18. 3. 1948; Polizeidirektion Wien, Abt. I, Zeugeneinvernahme Erwin Felbermayer, 22. 7. 1947.

und berief in aller Eile eine Zusammenkunft seiner Anhänger im Café Minerva (Hütteldorferstraße) ein und informierte sie über die veränderte Sachlage. Deshalb war Felbermayer, der im selben Gemeindebau wohnte wie Pachhammer, äußerst überrascht, als ihn dieser in Begleitung Ziganeks am frühen Morgen des 11. Februar, eines Sonntags, aus dem Bett holte und davon informierte, „dass der Gräberbesuch unbedingt stattfinden soll, da am Zentralfriedhof verschiedene Funktionäre der Stadtleitung anwesend wären und dies für unsere Gruppe von besonderer Bedeutung sei“.²⁹

Gemeinsam verständigten sie nun Toifl, Treitling und noch einige weitere Jugendliche.³⁰ Am Zentralfriedhof kauften die beiden Provokateure einen Kranz, und beim Krematorium zog Pachhammer seinen Fotoapparat aus der Tasche. Ziganek stellte sich etwas abseits, um nicht durch eine Aufnahme auf dem „Erinnerungsfoto“ kompromittiert zu werden.³¹ Als die Gruppe dem Ausgang zustrebte, kamen ihr geradewegs vier Gestapobeamte entgegen, und die Jugendlichen mussten in deren Begleitung zur Perlustrierung in die nahe gelegene Wachstube auf der Simmeringer Hauptstraße mitkommen. Ohne von einem der Gestapomänner aufgehalten zu werden, verschwand Pachhammer in einem günstigen Augenblick, während sein Kumpan nicht geistesgegenwärtig genug war, um ebenfalls das Weite zu suchen, sodass ihn die Gestapo nolens volens ebenfalls auf den Morzinplatz brachte. Felbermayer berichtete darüber: „Wir wurden nun am Gang alle aufgestellt und mussten auf unsere Vernehmung warten. Ziganek wurde als erster hingerufen und kam nach ungefähr einer halben Stunde ganz gut aufgelegt wieder heraus. Ziganek stellte sich nun zu uns und sagte zu Toifl gewendet: ‚Gib mir ruhig deine Armbanduhr, ich werde nach Hause gehen können, da ich bei der HJ bin und Funktionär des Streifendienstes und man mir deswegen auch gesagt hat, dass ich entlassen werde. Dir würde man die Uhr ja sowieso wegnehmen, ich werde dieselbe deiner Mutter übergeben.‘“³²

Tatsächlich konnte Ziganek nach wenigen Stunden die Gestapo-Zentrale verlassen. Den verhafteten Jugendlichen wurde bei den Verhören „jede Kleinigkeit“ ihrer Tätigkeit, die sie schon lange vergessen hatten, ins Gedächtnis zurückgerufen. Angesichts dieser eindeutigen Sachlage belasteten sie bei den Verhören immer wieder die beiden Spitzel als Anstifter, was die Gestapo

²⁹ Polizeidirektion Wien, Abt. I, Zeugeneinvernahme Erich Felbermayer, 22. 7. 1947.

³⁰ Landesgericht für Strafsachen Wien, Zeugeneinvernahme Johann Toifl, 19. 9. 1947.

³¹ Dieses Foto zirkulierte später bei den Gestapoverhören.

³² Zeugeneinvernahme Erich Felbermayer, 22. 7. 1947.

entweder beharrlich ignorierte oder mit Drohungen quittierte.³³ Keine einzige Bemerkung über „Lux“ oder „Fredy Hofer“³⁴ (= Ziganek) fand Eingang in die Vernehmungsprotokolle, und dieses Totschweigen der V-Leute setzte sich in den Verhandlungen vor dem Oberlandesgericht fort. Der Hauptangeklagte Felbermayer antwortete auf die Frage des Vorsitzenden, Dr. Engel, wie er zur KJV-Gruppe gekommen sei: „Ich bin durch die beiden Gestapokonfidenten Pachhammer und Ziganek geworben worden“ – woraufhin der Vorsitzende erklärte, dass ihn das nicht interessiere und gleichzeitig mit einer Ordnungsstrafe drohte.³⁵

Ziganek hielt auch nach der sofortigen Freilassung, durch die er in starken Verdacht geriet, eine Zeitlang den Kontakt mit den kommunistischen Jugendlichen aufrecht. Unter seinen Bekannten verbreitete er die Mär, er sei aufgrund seines jugendlichen Alters entlassen worden, man habe ihm nichts nachweisen können usw. Besonders schwere Vorwürfe erhob Anton Bertotti: „An dem fraglichen Abend [11. 2. 1940] traf ich Ziganek im Café Minerva auf der Hütteldorferstraße. [...] Dauernd drängte Ziganek mich, ob ich nicht auch von der Sache wüsste und mit ihnen hinein verwickelt sei. Am 24. 2. 1940 wurde ich dann ebenfalls verhaftet. Bei meiner ersten Einvernahme, bei der ich von den Gestapobeamten so misshandelt wurde, dass mir nach Beendigung derselben 3 Zähne fehlten, war Ziganek anwesend und sprach auch des öfteren dem einvernehmenden Beamten drein [...]. Ich hatte jedenfalls den Eindruck, dass Ziganek [...] eine sehr vertrauliche Stellung auf dem Amte einnahm.“³⁶

Ob Pachhammer und Ziganek auch nach der Aktion am Zentralfriedhof jugendliche Aktivisten aus Baumgarten direkt der Gestapo preisgaben oder diese primär durch belastende Aussagen der bereits Festgenommenen in die Fänge des Polizeiapparats gerieten, lässt sich nicht feststellen. Aber auch ohne eine unmittelbare Beteiligung des Duos wird man den beiden Spitzeln zumindest eine moralische Mitschuld an den folgenden Ereignissen anlasten können, da der KJV Baumgarten bis zum Februar 1940 von Verlusten

³³ Protokoll der Hauptverhandlung, Zeugeneinvernahmen Robert Kalser und Erich Felbermayer, 18. 3. 1948.

³⁴ Die Identität von „Fredy Hofer“ und Alfred Ziganek geht aus einem Bericht der Polizeidirektion Wien, Abt. I, an die Staatsanwaltschaft beim Landesgericht Wien, 17. 7. 1947, hervor.

³⁵ Polizeidirektion Wien, Abt. I, Zeugeneinvernahme Erich Felbermayer, 22. 7. 1947; Protokoll der Hauptverhandlung, Zeugeneinvernahme Erich Felbermayer, 18. 3. 1948; ähnlich bereits die Darstellung im Gedächtnisprotokoll Karl Lupert, 2. 10. 1946.

³⁶ Polizeidirektion Wien, I/B 7, Niederschrift Anton Bertotti, 14. 11. 1946.

verschont geblieben war, während nunmehr eine Welle von Festnahmen folgte. Bis zum 5. März 1940 wurden 27 Personen, mit wenigen Ausnahmen Jugendliche, verhaftet und in der Folge 24 davon in drei verschiedenen Verfahren zu Haftstrafen zwischen zwei und fünf Jahren verurteilt.³⁷ 16 Verurteilte konnten namentlich eruiert werden: Johann Treitling, Franz Cech, Karl Lupert, Rudolf Lupert, Gottfried Bichler, Adolf Hofstätter, Erich Felbermayer, Robert Kalser, Johann Toifl, Karl Lanzendörfer, Karl Krall, Anton Bertotti, Alois Limmer, Hildegard Mader, Hildegard May, Hedwig Coufal.

Die Infiltration der Gruppe um Robert Kurz und Walter Suess

Kurze Zeit nach dem „Anschluss“ konstituierte sich in Wien II eine auch Kaisermühlen umfassende Bezirksleitung der illegalen KPÖ, die von dem Schneidergehilfen Robert Kurz geführt wurde.³⁸ Der 2. Bezirk war 1939/40 organisationsintern mit den Bezirken I und XX zum Kreis II zusammengefasst. In den letzten Monaten seines politischen Wirkens, d. h. im Winter/Frühjahr 1940, zählten auf Bezirksebene folgende Personen zu Kurz' wichtigsten Mitarbeitern: der Zahnarzt Dr. Walter Suess, nach der rassistischen NS-Diktion ein „Mischling I. Grades“³⁹; Otto Kubak, ein bei der Reichsbahn beschäftigter Platzmeister, der mit Kurz bereits seit 1930 bekannt war⁴⁰; Erwin Kritek, ein Bäckergehilfe; sowie Ludwig Nemeth, zuletzt Geschäftsdienstler, der aufgrund seiner Ehe mit einer Jüdin Anfang 1939 aus dem Postdienst ausscheiden musste.

Im Mai 1940 brachte die Gestapo Wien „auf vertraulichem Wege“, d. h. durch einen Konfidenten, in Erfahrung, dass Robert Kurz eine politische Verbindung mit kommunistischen Kreisen in Salzburg unterhielt und von 1934 bis 1940 mehrere Reisen nach Holland unternommen hatte. Die Spitzmeldung kam wohl aus Salzburg, denn über die viel wichtigeren Aktivitäten Kurz' in Wien besaß die Gestapo keinerlei Informationen, als sie

³⁷ Gedächtnisprotokoll Karl Lupert, 2. 10. 1946.

³⁸ Robert Kurz (geb. 1907) hatte bis 1934 der SDAP angehört und war seit 1936 KPÖ-Mitglied.

³⁹ Vgl. Andrea Hurton / Hans Schafranek, Das kurze Leben des Dr. Suess, Der Standard (Album, S. 1–2), 8. 11. 2008.

⁴⁰ Der aus Znaim stammende Otto Kubak war ab 1923 SDAP-Mitglied und hatte 1928–1933 auch dem Republikanischen Schutzbund angehört.

ihn aufgrund jener Meldung am 15. Mai 1940 verhaftete.⁴¹ Die Festnahme erwies sich als etwas voreilig, denn Kurz belastete bei den Verhören weder sich noch seine Mitarbeiter, sodass es der Gestapo vorerst auch nicht möglich war, seine Umgebung zu beobachten, bis ihr ein Zufall zu Hilfe kam. Gertrude F., die zwar in der Organisation keine oder nur eine sehr untergeordnete Funktion innehatte, aber sowohl den festgenommenen Bezirksleiter als auch Walter Suess persönlich kannte, besuchte Robert Kurz mehrmals in der Haft,⁴² und durch diese extreme Unvorsichtigkeit bot sie der Gestapo erstmals eine Möglichkeit, in das Umfeld des Untersuchungshäftlings einzudringen. Dem Gestapo-Schlussbericht zu Kurz ist zu entnehmen: „Im Juni 1940 wurde auf vertraulichem Weg bekannt, dass Kurz bis zu seiner Festnahme unter dem Decknamen ‚Burli‘ die Bezirksleitung der kommunistischen Parteiorganisation im II. Wiener Gemeindebezirk ausgeübt hat.“⁴³

Hinter dieser Erkenntnis stand bereits eine beginnende Unterwanderung jenes Milieus durch das Duo Pachhammer/Pamperl. Pachhammer hielt Ausschau nach dem schwächsten Glied in der Kette, und er fand dieses schwächste Glied in Gestalt der sechzehnjährigen Erika F. (Schwester von Gertrude F.), die in einem Friseursalon in der Augartenstraße beschäftigt war. Der Spitzel pirschte sich an das Mädchen heran, betrieb schon am ersten Tag politische Propaganda und lernte bald die ältere Schwester sowie deren Freund Josef Weiss kennen. Gertrude F. verkehrte auch im Hause von Pachhammers Eltern, und bei Ausflügen mit den beiden Schwestern machte der V-Mann mit einigen weiteren Personen Bekanntschaft. Durch Gertrude F. kam er auch in Kontakt mit dem Tischlermeister Karl Ficker sowie mit Walter Suess⁴⁴, dessen Ordination in der Molkereistraße ehemals als kommunistische „Lit-Stelle“ (Depot für illegale Flugschriften) gedient hatte und nun unter Regie der Gestapo eine ähnliche Rolle spielen sollte.

Franz Pichler wusste auch um die Anfänge jenes Unternehmens genau Bescheid: „Eines Tages, glaublich im Hochsommer 1940, trat Leitgeb an

⁴¹ Bundesarchiv, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten (im Folgenden: BA/ZA D-H), VGH 4.531/A.5, Staatspolizeileitstelle Wien, Schlussbericht betr. Robert Kurz, 4. 2. 1942.

⁴² WStLA, Protokoll der Hauptverhandlung, Zeugeneinvernahme Gertrude F., 18. 3. 1948.

⁴³ BA/ZA D-H, VGH 4.531/A.5, Schlussbericht Kurz.

⁴⁴ WStLA, Gedächtnisprotokoll Franz Pachhammer, 1945; Protokoll der Hauptverhandlung, Zeugeneinvernahme Karl Ficker, 18. 3. 1948. Nach zahlreichen distanzierenden Verwirrmanövern (vgl. Anm. 50) sagte auch Gertrude F. bei der Hauptverhandlung schließlich aus, dass sie Pachhammer in die Ordination des Dr. Suess gebracht habe. Dem Protokoll nach zu schließen, geschah dies recht beiläufig und ohne die geringsten Hinweise auf ihre vorhergehenden, auch bei der Verhandlung noch präsentierten Konstrukte.

mich heran, um Pachhammer, der in seinem Auftrage an der Aufdeckung einer illegalen kommunistischen Gruppe im 2. Bezirk arbeitete, bei seiner Tätigkeit zu unterstützen. Ich setzte mich nun mit Pachhammer ins Einvernehmen und kam es nun in der Folge zu einer Besprechung zwischen Leitgeb, Pachhammer und mir am Morzinplatz. Pachhammer erklärte damals, er hätte bereits Gefühl mit einer illegalen kommunistischen Gruppe und wisse, dass derselben politisches Propagandamaterial fehle. Bei der Besprechung brachte Pachhammer zum Ausdruck, dass er über die politische Tätigkeit und den Umfang der Gruppe noch nicht genau informiert sei. Er machte nun den Vorschlag, kommunistisches Propagandamaterial herzustellen, dasselbe an die Gruppe weiterzugeben, um dadurch einen Tatbestand des Hochverrates zu konstruieren. [...]. Pachhammer erhielt nun auf eigenes Verlangen von Leitgeb einen Abziehapparat und eine Matrize. Einige Tage nach dieser Besprechung kam P. mit seinem Vervielfältigungsapparat in meine Wohnung und zeigte mir die von ihm gefertigten Flugschriften. Da ich auf einigen derselben Fingerabdrücke von Pachhammer bemerkte, machte ich ihn darauf aufmerksam und wurden auf meinen Rat nun diese Blätter zerrissen.“⁴⁵

An den folgenden Einsatzbesprechungen in der Gestapo-Zentrale nahm nicht mehr Lambert Leutgeb, der Leiter des N-Referats, teil, sondern dessen Stellvertreter Johann Schweighofer⁴⁶. Welchem Zweck die zeitweilige Anlegung eines „Zwischendepots“ für Flugschriften etc. in Pichlers Wohnung diene, ist nicht ganz klar; möglicherweise wollten sich Pachhammer und Pamperl nach allen Seiten hin absichern und kein belastendes Material zuhause aufbewahren. Jedenfalls scheinen sie sich anfänglich ihrer Sache nicht ganz sicher gewesen zu sein, denn „Lux“ bat Pichler vor dem ersten „Einsatz“, ihn in den 2. Bezirk zu begleiten, was dieser mit einem plausiblen praktischen Argument ablehnte, „da ich als Kriminalbeamter im 2. Bezirk bekannt wäre und sein Vorhaben höchstens gefährdet wäre“.⁴⁷

Im Juli 1940 nahm Pachhammer direkten Kontakt mit Walter Suess auf, dem er weismachte, er sei vom Kreis mit der Reorganisierung des zweiten

⁴⁵ WStLA, Vernehmung Franz Pichler, 19. 7. 1947.

⁴⁶ Johann Schweighofer sagte dazu in der Hauptverhandlung aus: „Der Ref. Leutgeb stellte mich seinerzeit Pachhammer vor, der mich wieder mit Pamperl bekannt machte. Mit Pachhammer kam ich des öfteren zusammen, da er uns von den komm. Gruppen Nachrichten überbrachte.“

⁴⁷ Vernehmung Eduard Pamperl, 7. 7. 1947, 9. 7. 1947; Vernehmung Franz Pichler, 19. 8. 1947.

Bezirks beauftragt worden. Suess äußerte zunächst Skepsis und mangelnde Bereitschaft, woraufhin er von „Lux“ der Feigheit geziehen wurde.⁴⁸ Es gelang dem V-Mann schließlich, die Bedenken seines Opfers zu zerstreuen, da er sich über dessen bisherige Tätigkeit unterrichtet zeigte, sodass Suess Vertrauen zu ihm fasste. Beispielsweise war ihm bekannt, dass der Zahnarzt zuvor eine „U.B.-Lit.-Stelle“ (Unterbezirks-Literaturstelle) innegehabt hatte.⁴⁹ Diese Information konnte nur von Gertrude F. oder deren engstem Umfeld stammen:⁵⁰ Der verhaftete Bezirksleiter Kurz ließ sich auch nach Bekanntwerden seiner Funktion ein Jahr lang kein Geständnis von der Gestapo abpressen, und seiner Festnahme waren keine weiteren gefolgt.

⁴⁸ BA/ZA D-H, VGH 4.531 /A.1, Walter Suess an den 5. Senat des Volksgerichtshofes, Berlin, 10. 9. 1942.

⁴⁹ VGH 4.531/A.4, Abschrift des von Dr. Walter Felix Suess am 7. 4. 1941 handschriftlich festgelegten Geständnisses über seine kommunistische Betätigung: „Meine Tätigkeit in der kommunistischen Partei!“

⁵⁰ An dieser Stelle scheint ein kurzer Exkurs über Gertrude F. geboten, die neben anderen Überlebenden zwar 1945/46 die Causa Pachhammer ins Rollen brachte, aber zugleich über Jahre hindurch ihre eigene Rolle in extremer Weise verschleierte bzw. beschönigte, wobei sie einen enormen Erfahrungsreichtum dokumentierte. In erster Linie versuchte sie zu „beweisen“, dass sie Pachhammer von allem Anfang an, noch vor dem persönlichen Kennenlernen, ein unüberwindliches Misstrauen entgegenbrachte und ihn sofort für einen gefährlichen Gestapo-Spitzel hielt, desgleichen auch Pampferl. Gertrude F. erweckte in ihren zahlreichen, sehr detaillierten Aussagen zugleich den Eindruck, sie habe Pachhammer eigentlich nur sehr flüchtig (und auch das bloß gezwungenermaßen) und doch wiederum sehr gut gekannt. Diese Konstellation bewirkte, dass in ihren Stellungnahmen fast jeder Satz dem folgenden diametral widersprach. Aus den Aussagen aller anderen Zeugen lässt sich jedoch ablesen, wie vertrauensselig Gertrude F. sich verhielt, dass sie es war, die Pachhammer in ihrem politischen Bekanntenkreis einführte und als vertrauenswürdigen Genossen empfahl. Eine solche Umdeutung der Geschehnisse wäre für sich genommen nicht erwähnenswert, verknüpfte sich aber nachträglich mit einer sehr massiven und allem Anschein nach ungerechtfertigten Kritik an einem der Opfer, nämlich Dr. Walter Suess, auf den sie ihre eigene Unvorsichtigkeit projizierte. Suess sei ein Sicherheitsrisiko gewesen und deshalb „abgehängt“, ja sogar aus der illegalen Gruppe ausgeschlossen worden. Man habe ihn aber nicht gewarnt, in der Befürchtung, er würde dies sofort Pachhammer mitteilen und damit das „Auffliegen“ der Gruppe beschleunigen. Eine besondere Chuzpe war jedoch eine Aussage, in der Gertrude F. andeutete, Suess habe kurz vor seiner Verhaftung doch Verdacht geschöpft: Er habe ihr zuletzt erklärt, „dass er mit einem Gestapospitzel ein Treff hätte. Ich riet ihm ab hinzugehen, was er mir jedoch mit den Worten beantwortete, dass er das nicht könne, man wisse bereits meine Adresse.“ (Protokoll der Hauptverhandlung, Zeugeneinvernahme Gertrude F.). In Wirklichkeit wusste Pachhammer die Adresse, weil er aufgrund der engen Freundschaft mit Erika F. in der Wohnung der F.s. ein- und ausging. Der als „vertrauensselig“ gescholtene Suess hatte übrigens Trude F. 1941 mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vor

„Lux“ entfaltete in der Folge „eine ungeheure Aktivität und brachte Vorschlag über Vorschlag“, hielt Suess später in einer Eingabe an den 5. Senat des Volksgerichtshofes fest.⁵¹ Dem Schwerpunkt der nun folgenden Tätigkeit – Herstellung und Vertrieb illegaler Zeitungen und Flugschriften auf dezentraler Ebene – kam der Umstand zugute, dass die bisherige Versorgung mit Material von „oben“, d. h. durch die Kreis- bzw. Stadtleitung, nur sehr unzureichend funktioniert hatte, was auch der Gestapo nicht entgangen war. Diese Defizite waren von „Lux“ bei seinen ersten Begegnungen mit Suess direkt angesprochen worden⁵², und Kurz bestätigte sie knapp ein Jahr später.⁵³

Angesichts der desolaten organisatorischen Strukturen und mehrerer miteinander konkurrierender politischer Leitungsgremien in der illegalen KPÖ wird daher für diese Phase die Absicht der Gestapo erkennbar, Teile des kommunistischen Untergrunds auch von unten nach oben zu unterwandern und aufzurollen, während im Regelfall die umgekehrte Richtung eingeschlagen wurde. Pachhammer stellte dem arglosen Widerstandskämpfer eine Schreibmaschine sowie einen Vervielfältigungsapparat zur Verfügung und beauftragte ihn mit der Herstellung der Zeitung *Hammer und Sichel*, Nr. 1. Er instruierte ihn über den gewünschten Inhalt, „auch musste ich ihm jeden Entwurf zur Anfertigung der Matrize mitgeben, angeblich zur Begutachtung durch den

einer Verhaftung bewahrt, da er bei den Gestapo-Verhören wahrheitswidrig ausgesagt hatte, „Lux“ sei in seine Ordination gekommen, ohne von irgend jemandem eingeführt worden zu sein (VGH 4.531/A.4, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokoll Walter Suess, 17. 4. 1941). Paradoxierte wurde Trude F. auch von Pachhammer geschont, sei es wegen des freundschaftlichen Verhältnisses zu ihrer Schwester, sei es aus taktischen Gründen. Nach ihrer Verhaftung im November 1942 wurde sie nur wegen eines Rundfunkdelikts belangt, während die von ihr geknüpften Verbindungen zwischen Pachhammer und einer Reihe politisch aktiver Leopoldstädter Kommunisten keinen Anklagepunkt bildeten. Vgl. auch WStLA, Polizeidirektion Wien, Abt. I/Ref. I/F, Bericht betr. Franz Pachhammer, 16. 1. 1946; Niederschrift der Einvernahme von Gertrude F., 14. 11. 1946; Landesgericht für Strafsachen, Zeugeneinvernahme Gertrude F., 5. 11. 1947.

⁵¹ Wie Anm. 48.

⁵² BA/ZA D-H, VGH 4.531/A.4, Abschrift des von Dr. Walter Felix Suess am 7. 4. 1941 handschriftlich festgelegten Geständnisses über seine kommunistische Betätigung: „Meine Tätigkeit in der kommunistischen Partei!“

⁵³ So sagte Robert Kurz, als er nach über einjähriger Haft ein Geständnis ablegte, zu diesem Komplex aus: „Im Bezirk wurde während meiner Tätigkeit kein Litmaterial hergestellt. Es kam immer von oben, also vom Kreis zu uns und war bereits fix und fertig. Das Material kam immer zu Dr. Suess, jedoch sehr unregelmäßig und selten. Die Ausführung war immer ziemlich schlecht“. VGH 4.531/A.5, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokoll Robert Kurz, 23. 5. 1941.

Kreis-Lit-Mann“, schrieb Suess in seiner Zelle im Wiener Landesgericht. Die Gestapo war demnach also nicht nur in die Verteilung, sondern auch in den Produktionsprozess illegaler Schriften involviert. Etwa hundert Exemplare der genannten Zeitung übergab Suess dem Provokateur, der ihn Anfang September mit der Produktion einer zweiten Nummer beauftragte. Etwa 20 bis 40 Exemplare davon erhielt der KP-Funktionär Karl Ficker⁵⁴, den Rest händigte der Verfasser einem Mann aus, „der mir von ‚Lux‘ ins Haus gebracht worden war und der den Decknamen ‚Hofer‘ führt“.⁵⁵ Bei diesem „Eduard Hofer“ handelte es sich um den uns bereits gut bekannten V-Mann Eduard Pamperl,⁵⁶ den Suess im September 1940 in seiner Ordination mit Ficker, einem engen und zuverlässigen Mitarbeiter, bekannt machte. Einige Wochen später verfasste Suess die dritte Nummer von *Hammer und Sichel*, stellte davon 100 Exemplare her und verteilte sie an „Lux“ bzw. „Edi Hofer“. Diese Schriften fanden nicht nur im 2. Bezirk Verbreitung, sondern – über den zur Wehrmacht eingezogenen, in der Pionierkaserne Klosterneuburg stationierten Franz Ficker⁵⁷ – auch unter einigen Sympathisanten in Klosterneuburg.

Im Oktober wurde Suess durch einen telefonischen Anruf unbekannter Herkunft gewarnt und stellte daraufhin die Produktion der genannten Flugschrift ein. Diese sollte in Zukunft durch Ficker hergestellt werden, dem Suess den Vervielfältigungsapparat, Papier und Druckerschwärze, die sich in seinem Besitz befanden, übergab. Aber auch die Wohnung Fickers schien nicht sicher genug, sodass dieser – in Begleitung des Gestapo-Spitzels Pamperl – einen Teil der fertigen Materialien an den Schuster Stefan Kimlicek übergab. Dessen Frau Theresia erzählte „Hofer“ bei dieser oder einer ähnlichen Gelegenheit von einem Spottgedicht auf Hitler, und der

⁵⁴ VGH 4.531/ A.4, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokoll Walter Suess, 16. 4. 1941.

⁵⁵ Ebenda, 17. 4. 1941.

⁵⁶ Im Gestapo-Schlussbericht zu Walter Suess (6. 2. 1942) wurde dieser „Hofer“ fälschlicherweise als Engelbert Magrutsch identifiziert, ein Widerstandskämpfer, der in der Tat denselben Decknamen verwendete. Aus einer Reihe von anderen Dokumenten und der Personsbeschreibung durch Suess ging jedoch eindeutig hervor, dass es sich um Pamperl handelte. Suess stellte anhand eines Fotos auch dezidiert fest, dass der ihm bekannte „Edi Hofer“ nicht identisch mit Magrutsch war. Vernehmungsprotokoll Walter Suess, 22. 5. 1941. Bei seinen früheren Vernehmungen hatte er zudem „Lux“ und „Hofer“ (Pamperl) wiederholt zu einer Person zusammengezogen, um Pamperl zu schonen; im April 1941 war er nämlich noch davon ausgegangen, dass lediglich Pachhammer, nicht aber Pamperl die Gruppe verraten hatte.

⁵⁷ Der 1920 geborene Tischlergehilfe war der Sohn Karl Fickers.

Spitzel bat die arglose Frau um eine Niederschrift, da man das Gedicht „propagandistisch“ gut gebrauchen könne.⁵⁸ Pamperl verkehrte in der Folge fast täglich bei Kimlicek, und in dessen Zeitungsverteilerstelle stieß er eines Tages auf den Schriftsteller und Sprachlehrer Emil Fey, der von Jänner bis April 1941 selbst eine neue illegale Druckschrift („Die Rote Front“) verfasste und herstellte, von der Pamperl ebenfalls einen Teil übernahm. Fey wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet.⁵⁹ Ende Februar 1941 traf Suess an der Ecke Molkereistraße/Ausstellungsstraße „Hofer“, der eine Aktentasche mit der jüngsten Ausgabe der „Roten Front“ bei sich trug und dem Zahnarzt ein Exemplar anbot.⁶⁰

„Lux“ versuchte Suess auch für die Bildung einer kommunistischen Sabotage- und Terrororganisation zu gewinnen, was dieser aber strikt ablehnte. Hingegen kam er seinem Ansinnen nach, den Aufbau einer kommunistischen Ärzteorganisation in Angriff zu nehmen, doch blieb dieser Versuch erfolglos. Im Herbst 1940 erschien Johanna Nemeth, die Frau des nach dem Mai 1940 weitgehend passiv gebliebenen Bezirksleitungsmitglieds Ludwig Nemeth, in der Zahnarztpraxis und empfahl, den vermeintlichen Übereifer von „Lux“ etwas zu dämpfen, in dem Suess jedoch bloß „jugendliche Begeisterung“ zu erkennen vermeinte.⁶¹

Zwischen 5. und 7. April 1941 verhaftete die Gestapo Walter Suess, dessen unbeteiligte Ehefrau, Karl Ficker und zehn weitere Personen⁶², die vom „Litapparat“ bzw. den V-Leuten mit illegalem Material versorgt worden waren. Im Mai/Juni 1941 gingen darüber hinaus Otto Kubak⁶³, Erwin Kritek, Leopold Reichel, Martha Mach⁶⁴ und etliche andere Mitarbeiter der

⁵⁸ WStLA, Landesgericht für Strafsachen, Zeugenvernehmung Stefan Kimlicek, 17. 11. 1947, und Theresia Kimlicek, 24. 11. 1947.

⁵⁹ Protokoll der Hauptverhandlung, Zeugenvernehmung Karl Ficker, 18. 3. 1948. Trotz dieser belastenden Aussage und der mutmaßlichen Mitschuld Pamperls ging das Volksgericht dem Fall Fey nicht nach. Siehe auch DÖW 4138, Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof. Anklageschrift gegen Emil Fey, Maria Graser, Stefan Kimlicek, Theresia Kimlicek, Februar 1942.

⁶⁰ BA/ZA D-H, VGH 4.531/A.4, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokoll Walter Suess, 12. 5. 1941.

⁶¹ Wie Anm. 48.

⁶² DÖW 5732/b, Staatspolizeileitstelle Wien, Tagesrapport Nr. 4 vom 7.–8. 4. 1941.

⁶³ Zum Komplex Kubak vgl. BA/ZA D-H, VGH 4.531/A.7, Staatspolizeileitstelle Wien, Bericht, 19. 6. 1941; Vernehmungsprotokolle Otto Kubak, 19. 6. 1941, 5. 8. 1941, 6. 8. 1941; Schlussbericht, 5. 2. 1942.

⁶⁴ Vgl. DÖW 386, OJs 202/42, Anklageschrift gegen Leopold Reichel und Martha Mach, 18. 7. 1942.

Bezirksleitung bzw. dezentraler Literaturvertriebsstellen ihren Verfolgern ins Netz. Zumindest im Falle von Kritek, Nemeth und Reichel sind sehr direkte Provokationsakte durch Pamperl nachweisbar, und auch hier kam Gertrude F. wiederum die fatale Rolle eines ahnungslosen Lockvogels zu: „Nach der Verhaftung des Kurz kam die F[...] Trude zu mir und sagte mir, dass sie zwei junge Burschen, die gute Kommunisten seien, kennen gelernt habe [...]. Erst später kam mir zum Bewusstsein, dass diese beiden Burschen [...] Hofer und Pachhammer Franz waren [...]. Das [Pamperl] ist der Mann, der mir unter dem Namen Edi Hofer in der Wohnung der F[...] vorgestellt wurde [...]. Bei einer Besprechung in der Wohnung der Frau F[...] waren unter anderen auch Nemeth, Kritek, Edi Hofer, F[...] und ich anwesend, bei welcher Gelegenheit Edi Hofer erklärte und den Vorschlag machte, die Gruppe zu reaktivieren, Flugblätter zu verteilen und die in Haft befindlichen Leute zu unterstützen. Bei einer anderen Besprechung waren wieder wir 5 beisammen [...]. Pamperl wollte nicht Bez.Kassier werden und meinte, das solle einer machen, der dies schon früher gemacht habe, und so blieb ich weiter als Bez.Kassier tätig.“⁶⁵ Diese Aussage aus dem Gerichtsverfahren gegen Pamperl wird durch Vernehmungsprotokolle der Gestapo in vollem Umfang bestätigt.⁶⁶

Nach fast 17-monatiger Haft erhielt Suess die Anklageschrift, die zwar ansatzweise die Bedeutung von „Lux“ als Initiator der illegalen Tätigkeit des Angeklagten nach dem Juni 1940 erkennen ließ, den Gestapo-Provokateur aber als „kommunistischen Funktionär“ qualifizierte.⁶⁷ Suess verfasste daraufhin die schon erwähnte Eingabe an den Volksgerichtshof – ein überaus bemerkenswertes Dokument, in dem der Untersuchungshäftling die Rolle des Spitzels mit vielen Details aufdeckte und eine Gegenüberstellung verlangte. Denn es war ihm bereits vor der Verhaftung gelungen, dessen richtigen Namen – Franz Pachhammer – zu eruieren. Auch war ihm bekannt, dass der zur Wehrmacht eingezogene V-Mann im März 1941 von Wien nach Altmünster am Traunsee verlegt worden war. Suess ließ sich auch nicht daran hindern, diese Sachverhalte sogar bei der Hauptverhandlung (4. November 1942) anzusprechen, woraufhin die Gestapo den Kriminalsekretär Handl als „Zeu-

⁶⁵ WStLA, VG-Verfahren Pamperl u. a., Protokoll der Hauptverhandlung, Zeugenvernehmung Leopold Reichel, 18. 3. 1948.

⁶⁶ BA/ZA D-H, VGH 4.531/A.6, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokoll Ludwig Nemeth, 13. 11. 1942.

⁶⁷ DÖW 1074, Der Oberreichsanwalt beim Volksgerichtshof, 7 J 171/42, Anklageschrift betr. Walter Suess, Robert Kurz, Ludwig Nemeth, Otto Kubak, Erwin Kritek, 18. 7. 1942.

gen“ auftreten ließ, der aussagte, „Lux“ sei kein V-Mann gewesen, sondern ein unbekannt gebliebener Kommunist. Der Volksgerichtshof ergänzte diese dreiste Lüge durch einen Zynismus besonderer Art: Es sei festgestellt worden, dass die von Suess verfassten Flugschriften auch an andere KP-Funktionäre verteilt wurden, was ein V-Mann der Gestapo sicherlich nicht getan hätte.⁶⁸

Walter Suess, Robert Kurz und Otto Kubak wurden wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zum Tode verurteilt, Erwin Kritek zu acht Jahren Zuchthaus. Die Abschiedsbriefe, die Suess in der Gefängniszelle an seine Mutter geschrieben hatte, wurden ihr nicht übergeben, da man befürchtete, die Angehörigen könnten die Briefe „propagandistisch verwerten“. Walter Suess sei als „ausgesprochener Typ eines intellektuellen jüdischen Mischlings“ zu bezeichnen, der ebenso wie Kubak und Kurz keine Gnade verdient habe, schrieb der Wiener Gestapo-Chef an das Reichssicherheitshauptamt.⁶⁹ Die drei Widerstandskämpfer wurden am 28. Jänner 1943 im Landesgericht Wien hingerichtet. „Die Vollstreckungen verliefen ohne Besonderheiten“, hieß es im Akt des Volksgerichtshofs lapidar.

Der in einem anderen Verfahren ebenfalls zum Tode verurteilte Karl Ficker konnte im November 1942 aus der Haft entfliehen und sich bis Kriegsende 1945 verborgen halten.⁷⁰

Als eine Art „Nebenprodukt“ ihrer unheilvollen Tätigkeit in Wien-Leopoldstadt verrieten Pachhammer und – nach dessen Einziehung zur Wehrmacht – vor allem Pamperl auch eine Gruppe von Personen an die Gestapo, die in den zeitgenössischen Quellen als „Abhörgemeinschaft“ oder „Horchgemeinschaft“ bezeichnet wird, d. h. heimlich die deutschsprachigen Sendungen des Londoner Rundfunks abhörte. Das Eindringen in diesen Kreis wurde durch personelle Verflechtungen mit dem bereits ausführlich beschriebenen Widerstandsnetz ermöglicht bzw. erleichtert. Zu dieser Gruppe zählten Gertrude F., Gottlieb Zapletal, Emil Singer, Ludwig Nemeth, Johanna Nemeth, Margarete Kratochwil, Emmerich Haslinger, Johann Stöckner und einige andere.⁷¹ Der Gestapo-Spitzel Pamperl wurde „glaublich“ durch

⁶⁸ BA/ZA D-H, VGH 4.531/A.1, 5. Senat des Volksgerichtshofs, Urteil gegen Walter Suess u. a., 4. 11. 1942.

⁶⁹ BA/ZA D-H, VGH 4.531/A.13, Franz Huber an das RSHA/IV A 1, 18. 11. 1942.

⁷⁰ WStLA, VG-Verfahren gegen Pamperl u. a., Landesgericht für Strafsachen Wien, Zeugenvernehmung Karl Ficker, 17. 11. 1947.

⁷¹ BA/ZA D-H, VGH 4.531/A.6, Staatspolizeileitstelle Wien, Vernehmungsprotokoll Ludwig Nemeth, 18. 11. 1942; Schlussbericht betr. Ludwig Nemeth, 5. 12. 1942.

Gertrude F. in diesen Kreis eingeführt⁷², der sich zwischen Sommer 1940 und Juni 1941 in wechselnder personeller Zusammensetzung zumeist in der Nemeth-Wohnung traf. Auch in diesem Kontext ging es nicht „nur“ um eine bloße Denunziation, Ludwig Nemeth erhielt z. B. von „Hofer“ im Februar 1941 eine Nummer der Flugschrift *Sichel und Hammer*⁷³. Gottlieb Zapletal berichtete 1947 über seine Wahrnehmungen im Kreis der Familie Nemeth: „Pachhammer hat verschiedentlich Pläne für Sabotageaktionen vorgebracht. Pamperl hat Flugschriften zu Nemeth gebracht und hat, wenn wir Auslandsender hörten, sich immer Notizen gemacht. Er behauptete, er brauche die Aufzeichnungen für Flugschriften [...]. In Gegenwart des Nemeth, Singer und Pamperl habe ich von Sabotageaktionen in Fabriken in Wr. Neustadt erzählt. Pamperl machte sich Notizen, wobei er behauptete, dass er diese Nachricht für Flugzettel brauche. Ich wurde am 14. 11. 42 verhaftet und es wurden mir außer dem Radiohören auch die Sabotageaktionen in Wr. Neustadt vorgehalten.“⁷⁴

Besonders auffällig erscheint hier der Umstand, dass die Gestapo mehr als 1 ½ Jahre verstreichen ließ, bevor sie Pamperls Konfidentenberichte wertete und die „Abhörgruppe“ zerschlug. Die naheliegende Vermutung, es sei eventuell ihre Absicht gewesen, diesen Kreis mit anderen Gruppen zu „vernetzen“ oder – wie in vergleichbaren Fällen – durch Spitzel einen scharfen Radikalisierungsprozess voranzutreiben, kann man weitestgehend ausschließen.⁷⁵ Aus einem unbekanntem Grund wurde die Causa jedenfalls „auf Eis gelegt“, genauer gesagt: Das N-Referat der Gestapo leitete die von „Hofer“ übermittelten Informationen (hinsichtlich der englischen Radiosendungen) bis zum November 1942 nicht bzw. nur zu einem marginalen Teil

⁷² WStLA, Protokoll der Hauptverhandlung, Zeugenvernehmung Emil Singer, 18. 3. 1948.

⁷³ BA/ZA D-H, VGH 4.531/A.6, Vernehmungsprotokoll Ludwig Nemeth, 13. 11. 1942. In diesem Fall wird die ausschließliche Konfrontation Nemeths mit Pamperls Spitzelbericht besonders deutlich sichtbar, da er „gestand“, die betreffende Nummer nach der Lektüre sofort vernichtet zu haben.

⁷⁴ WStLA, Landesgericht für Strafsachen Wien, Zeugenvernehmung Gottlieb Zapletal, 17. 11. 1947.

⁷⁵ Dagegen spricht vor allem der Umstand, dass sich Pamperl spätestens im Juni 1941 aus diesem Milieu zurückgezogen haben dürfte und die Beschuldigungen gegen Nemeth, Zapletal usw. nach deren Verhaftung zeitlich auch nicht über diese Periode hinausreichten. Zudem blieb die Gruppe personell auf ihren ursprünglichen Kern reduziert bzw. zerfiel ab Sommer 1941. Keiner der im Verfahren gegen Pamperl einvernommenen Zeugen erwähnte irgendeine politische Aktivität nach diesem Zeitraum.

an das Referat II A1 weiter.⁷⁶ Dass dies dann doch geschah, könnte Teil eines Racheaktes gewesen sein: Ludwig Nemeth befand sich als mutmaßlicher KPÖ-Bezirksfunktionär seit Juni 1941 in Haft, wurde jedoch überraschenderweise am 4. November 1942 vom Volksgerichtshof freigesprochen. Knapp zehn Tage später folgten dann die ersten Festnahmen bei der „Abhörgruppe“.⁷⁷ Ihre TeilnehmerInnen erhielten zwei- bis dreijährige Haftstrafen, während Ludwig Nemeths jüdische Ehefrau Johanna nach Auschwitz deportiert und ermordet wurde.⁷⁸

Motive der Gestapo-Spitzel

Nach Schätzungen des Verfassers waren etwa zwei Drittel jener Konfidenten der Gestapo-Leitstelle Wien, über die biografische Unterlagen vorhanden sind, zumindest in der Anfangsphase unfreiwillig für ihre Auftraggeber tätig. Die Gestapo verfügte über ein breites Repertoire an Methoden der physischen und psychischen Gewalt, um etwa politisch „belastete“ Personen in ihren Dienst zu pressen und die Spirale der Erpressung immer weiter zu drehen – sei es etwa durch eine Drohung mit dem KZ, Repressalien gegen Familienangehörige oder als Gratifikation für eine Bereitschaft, Spitzeldienste zu leisten, die Aussicht auf vorzeitige Entlassung aus dem KZ, Einstellung von Strafverfahren usw. In solchen Fällen, bei denen zumeist ehemalige Widerstandskämpfer „umgedreht“ wurden, fällt es meist nicht allzu schwer, die Motive jener erzwungenen Bereitschaft zu einer weitgehenden Kooperation mit der Gestapo zu ergründen.

Nichts von alledem traf jedoch auf den hier untersuchten Personenkreis zu. Mit Gewissheit lässt sich lediglich feststellen, dass die Spitzeltätigkeit von Pachhammer und Co. auf freiwilliger Basis erfolgte, ohne irgendeinen Druck seitens der Polizei. Für die Motive zeigte das Volksgericht kein Interesse, und Pamperl und Ziganek hatten kaum Veranlassung, von sich aus dieses Thema anzuschneiden, zumindest nicht in eigener Sache. Trotz einer fast 1000 Seiten umfassenden Dokumentation tapen wir also bei der Suche nach den Motiven weitgehend im Dunklen, und mehr als bestimmte charakterliche Dispositionen sind kaum auszumachen.

⁷⁶ So enthält z. B. der Schlussbericht des Referats II A 1 zu Ludwig Nemeth (3. 2. 1942) nicht den geringsten Hinweis auf ein „Rundfunkvergehen“. VGH 4.531/A.6.

⁷⁷ Am 13. 11. 1942 wurde Gertrude F. festgenommen, tags darauf Gottlieb Zapletal.

⁷⁸ DÖW, Datenbank „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaust-Opfer“.

Bei Pachhammer kann man einen sehr starken Geltungsdrang, gepaart mit Abenteuerlust, feststellen. Er war darauf bedacht, „stets im Mittelpunkt der Gruppe“ zu stehen,⁷⁹ und bei dieser Einschätzung waren sich alle Beteiligten einig. Pichler zufolge galt er als „geltungssüchtiger Mensch, der infolge seines Verkehrs mit Mädchen und in Tanzlokalen, Kinos, auf alle Burschen Eindruck erweckte“.⁸⁰ Auch materielle Aspekte waren offensichtlich im Spiel, Pachhammer soll angebliche größere Summen auf dem Trabrennplatz verspielt haben.⁸¹ Pamperl gegenüber deutete er an, „dass er von kommunistischer Seite Unannehmlichkeiten hatte [...] und dass er sich irgendwie an ihnen rächen wollte“.⁸² Welcher Art diese „Unannehmlichkeiten“ gewesen sein sollen, blieb ungeklärt. Unüberprüfbar ist auch die etwas holprig protokollierte Feststellung Felbermayers, Pachhammer sei im Dezember 1939 aus der KJV-Gruppe wegen einer Unkorrektheit ausgeschlossen worden, „denn er hat wegen Einhebung von Beträgen für Propagandamaterial sich dagegen vergangen, dass nämlich dieses unentgeltlich verteilt werden sollte“.⁸³

Das Urteil des Volksgerichtes

Nach zweitägiger Verhandlungsdauer fällte das Volksgericht Wien am 19. März 1948 das Urteil gegen Eduard Pamperl, Alfred Ziganek, Wilhelm Repis und Franz Pichler.

Pamperl wurde wegen des Verbrechens der Denunziation (bzw. Mitschuld) mit Todesfolge (§§ 7/1, 3 KVG) zu einer fünfzehnjährigen Kerkerhaft verurteilt⁸⁴, die er etwa zur Hälfte in der Strafanstalt Stein absaß. Am 30. April 1955 begnadigte ihn der Bundespräsident.⁸⁵

⁷⁹ Polizeidirektion Wien, Abt. I, Einvernahme Alfred Ziganek, 4. 5. 1947.

⁸⁰ Protokoll der Hauptverhandlung, Einvernahme Franz Pichler, 18. 3. 1948.

⁸¹ Polizeidirektion Wien, Abt. I/B 7-1117/45, Niederschrift aufgenommen mit Gertrude F., 14. 11. 1946.

⁸² Landesgericht für Strafsachen, Vernehmung Eduard Pamperl, 20. 8. 1947.

⁸³ Landesgericht für Strafsachen, Zeugeneinvernahme Erich Felbermayer, 19. 9. 1947.

⁸⁴ Hv 335/48, Urteil Landesgericht Wien als Volksgericht, 19. 3. 1948. Vom Vorwurf des Hochverrats und der NSDAP-Mitgliedschaft in der Illegalität wurde Pamperl freigesprochen. Im Hinblick auf dessen Teilnahme an dem bewaffneten Überfall auf das VF-Heim erklärte sich das Volksgericht für unzuständig.

⁸⁵ Direktion der Männerstrafanstalt Stein an das Landesgericht für Strafsachen als Volksgericht, 12. 5. 1955.

Im Fall der Suess-Gruppe und auch ihres weiteren Umfelds war die Beweislast in der Tat erdrückend, während nach der Aktenlage in keiner Weise nachvollziehbar ist, dass und weshalb das Gericht auch im Hinblick auf die Bespitzelung bzw. Auslieferung der KJV-Gruppe Baumgarten eine Mitbeteiligung als erwiesen ansah. Kein einziger Zeuge hatte ihn belastet oder auch nur irgendeine konkrete Mitarbeit im KJV angeführt.⁸⁶ Die einzige belastende Aussage stammte von Pamperl selbst, war jedoch so lückenhaft und widersprüchlich, dass man ihr wohl kaum eine Beweiskraft zusprechen konnte.⁸⁷

Diese Bewertung des Gerichts fällt umso deutlicher ins Auge, wenn man ihr das Urteil gegen Franz Pichler entgegenstellt, der in allen Punkten freigesprochen wurde. Nach der nachvollziehbaren Wertung der Staatsanwaltschaft hatte Pichler damals die Rolle eines Verbindungsmannes zwischen den Spitzeln und dem Gestapobeamten Leutgeb übernommen. Die Anklagebehörde betonte in diesem Zusammenhang auch, Pichlers diesbezügliche, der Bespitzelung kommunistischer Widerstandsgruppen dienende Tätigkeit sei „nicht in Ausübung des ihm obliegenden und aufgetragenen Dienstes erfolgt, sondern war eine Fleißaufgabe, die er sich nicht als Kriminalbeamter, sondern als Nationalsozialist leistete“.⁸⁸ Hingegen vertrat das Gericht bei seiner Begründung von Pichlers Freispruch die Auffassung, dessen Behauptung, er habe „lediglich durch die Bekanntschaft mit Pachhammer zufällig Einblick in die Tätigkeit kommunistischer Kreise bekommen und [habe] dies nicht in böser Absicht, sondern in Erfüllung seiner Dienstpflicht zur Anzeige gebracht [...], erscheint nach den Ergebnissen des Beweisverfahrens nicht unglauwürdig“.⁸⁹ Trotz der ursprünglichen Geständnisse von Pamperl und Pichler

⁸⁶ Der einzige Hinweis auf eine eventuelle Mitgliedschaft stammte von Adolf Hofstätter, war jedoch so vage, dass er Pamperl weder be- noch entlastete: „Seit April 1938 war ich Mitglied der damals illegalen KJV-Gruppe Baumgarten. In unserem Kreis verkehrten auch Pachhammer, Pamperl u. Ziganek.“ Polizeidirektion Wien, Abt. I, Zeugeneinvernahme Adolf Hofstätter, 14. 7. 1947.

⁸⁷ Es handelte sich dabei um die erste protokollierte Aussage Pamerls bei der Staatspolizei (7. 7. 1947). Er gab dabei zu, von dem Plan des bevorstehenden Verrats der Felbermayer-Gruppe gewusst und auch an der betreffenden Besprechung teilgenommen zu haben. Aber erstens verwechselte er dabei das Café Minerva mit dem Café Maderner, zweitens wusste er nichts von der Anwesenheit des Gestapo-Beamten Leutgeb, und drittens verwechselte er jene Unterredung ganz offensichtlich mit einer Monate später stattfindenden, die sich auf Pachhammers Bespitzelung von Kommunisten in Wien-Leopoldstadt bezog.

⁸⁸ Staatsanwaltschaft Wien, Anklageschrift gegen Eduard Pamperl u. a., 5. 1. 1948.

⁸⁹ Hv 335/48, Urteil des Landesgerichts Wien als Volksgericht, 19. 3. 1948.

(7. bzw. 18. Juli 1947)⁹⁰ war Letzterer nach dem Urteil des Volksgerichts auch der Teilnahme an dem brutalen Überfall auf das VF-Heim nicht überführt, das Gericht ging auch mit keiner Silbe auf die eklatante Diskrepanz zwischen den anfänglichen Aussagen des Beschuldigten und dessen späterem Ableugnen ein.

Alfred Ziganek wurde wegen Mitschuld am Verbrechen der Denunziation nach § 7, Abs. 2 KVG zu einer Haftstrafe von 20 Monaten verurteilt.

Wilhelm Repis wurde für schuldig befunden, in Verbindung mit seiner Betätigung für die NSDAP durch die Teilnahme an dem Überfall auf das VF-Heim eine „Handlung aus besonders verwerflicher Gesinnung“ begangen zu haben und erhielt eine Haftstrafe von 15 Monaten.⁹¹

Franz Pachhammer kehrte am 20. Juni 1955 mit einem der letzten „Heimkehrertransporte“ aus der sowjetischen Haft nach Österreich zurück.⁹²

⁹⁰ Franz Pichler hatte bei seiner ersten Vernehmung zu dieser Causa (18. 7. 1947) mehrere Versionen präsentiert und schließlich zu Protokoll gegeben: „Über nochmaligen Vorhalt gebe ich an, dass der Angriff auf das VF-Heim um 21.00 Uhr abends von ca. 8 Angehörigen der HJ durchgeführt wurde. Einer der ersten, die in das Heim stürmten, war Jaksch. Ich war ca. der vierte, der das Lokal betrat. Wir gaben sofort bei unserem Eintritt einige Schüsse ab, und zwar gab ich einen Schuss in die zusammengedrückte Masse der Anwesenden ab, und außer mir schossen noch Repis u. vermutlich noch Jaksch. Nachdem die Schüsse abgefeuert waren, wurden Schmerzensschreie laut, und u. a. kann ich mich entsinnen, dass jemand rief: ‚Au weh mein Fuß.‘ Die Insassen des Heimes waren in der Folge verängstigt in einer Ecke zusammengedrängt, und wir schlugen mit Riemen, Stahlruten und Schlagringen auf sie ein. Die ganze Schlägerei dauerte ca. 10 Minuten.“ Ein Kriminalbeamter sagte bei der Hauptverhandlung aus: „Als einmal Pamperl Pichler gegenübergestellt worden war, äußerte sich Pamperl, dass auch die anderen einen Teil der Lasten auf sich nehmen mögen, da er selbst mir alles tragen könnte. Auf dieses hinauf gab Pichler wieder einen Teil zu. Unter den Einzelheiten, die Pichler angab, sagte er uns auch, dass im Lokal Stufen gewesen seien, von denen wir keine Ahnung hatten, und ihm daher auch nicht vorgehalten werden konnte.“ Zeugeneinvernahme Rudolf Dannemann, 18. 3. 1948. Vor dem Untersuchungsrichter „begründete“ Pichler den Widerruf seines Geständnisses: „Tatsächlich war ich nie an einem derartigen Unternehmen beteiligt, und wusste auch nie von einem solchen, ich habe allerdings bei der Staatspolizei, wo ich tagelang darüber vernommen wurde, schließlich gesagt, ich wäre dabei gewesen, um endlich Ruhe zu haben.“ Strafbezirksgericht I, Wien, II. Vernehmung Franz Pichler, 19. 8. 1947.

⁹¹ Hv 335/48, Urteil des Landesgerichtes Wien als Volksgericht, 19. 3. 1948.

⁹² Polizeidirektion Wien an Staatsanwaltschaft Wien, 1. 7. 1955.

ANDREA HURTON

„DER JUDE IST IN DER MODEINDUSTRIE DURCHAUS ERSETZBAR.“

Zur Strategie und Praxis von „Ariseuren“ in der Wiener Bekleidungsbranche

Bis weit in die 1930er Jahre hinein war Wien neben Berlin eines der europäischen Zentren der Mode und Textilindustrie. Innovationsgeist und Tatkraft jüdischer Unternehmer und Unternehmerinnen hatten dazu maßgeblich beigetragen. Der „Anschluss“ im März 1938 setzte dieser Tradition ein jähes Ende. Die radikale „Arisierungs-“ und Liquidierungspolitik der Nationalsozialisten zerstörte die bis dahin gewachsenen Strukturen in einem wichtigen Wirtschaftszweig und vernichtete die Existenz einer Vielzahl von Menschen. Die Nationalsozialisten ließen nichts unversucht, um das Eigentum der jüdischen UnternehmerInnen in der Wiener „Mode- und Geschmacksindustrie“ unter ihre Kontrolle zu bringen und deren Erbe unter „arischer“ Knute weiterzuführen.

In vielen Bereichen des Modedesigns und der beginnenden Konsumgüterindustrie genossen Erzeugnisse Wiener Provenienz Weltruf – zu nennen wären hier vor allem Strick- und Hutmode –, der kulturelle und ökonomische Wert der Kreationen, die zum überwiegenden Teil „nichtarischen“ Köpfen entsprangen, war den neuen Machthabern sehr wohl bewusst.¹

¹ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA), Archiv der Republik (AdR) 04, Bürckel-Materie, Kt. 102, Mappe 2200/4 Bd. I. Staat und Wirtschaft: Protokolle über Wirtschaftssitzungen. Arbeitsbericht v. 14. 7. 1938. „Betrifft: Mode- und Geschmacksindustrie. [...] Für den Weltruf der Wiener Strickwaren hat die Propagandavereinigung für die Wirk- und Strickwarenindustrie, Wien, mit geringen Mitteln ausgezeichnete Arbeit geleistet. Der Verein, dessen gewerbliche Mitglieder bisher zu zwei Dritteln jüdisch gewesen sind, hatte mit der Schließung zu rechnen. Jetzt wird es gelingen, ihn nach der Umstellung auch weiterhin für seine nützliche Tätigkeit zu erhalten.“
AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 130, Mappe 2227/2 Hutindustrie in der Ostmark. Brief an das Reichswirtschaftsministerium, z. H. Regierungsrat Krebs, Berlin, v. 4. 7. 1939: „[dass] die ostmärkische Herren- und Damenhutindustrie als ein Teil der Wiener und Ostmärkischen

Die Nazis sahen den Umgang mit dem kreativen Erbe jüdischen Unternehmergeistes vor allem als „logistisches“ Problem, dessen „Lösung“ die Wiener „Mode- und Geschmacksindustrie“ als wichtigen Exportfaktor bzw. Devisenbringer für das Reich nutzbar machen sollte.²

Wien war für die NS-Wirtschaftsbürokraten vor allem als strategisch wichtiger Außenhandels-Brückenkopf in Richtung Südosteuropa interessant. Die NS-Wirtschaftsplaner wählten für die Donaumetropole das Bild vom „Hamburg des Ostens“³. Dies implizierte, „dass Wien die Eingangspforte und das Ausgangstor für ein großes weit in das Altreich hineinragende Hinterland werden soll, das neu zu erobern ist“.

Das „Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit, Dienststelle Österreich“, nahm in den Monaten nach dem „Anschluss“ ein Untersuchungsprogramm in Angriff, das unter anderem auch Berichte über die Wirtschaftsgruppen Damen- und Herrenkonfektion, Schuh- und Lederindustrie umfasste.⁴

Berater auf der Suche nach neuen Aufgabenstellungen und Einnahmequellen wie der „königlich ungarische Konsul für Sachsen, Braunschweig und Anhalt a. D.“ Otto Naumann aus Berlin, der sich dem Büro des Gauleiters Bürckel als Branchenexperte anbot,⁵ beschworen für die Wiener Mode- und Luxusindustrie ein ähnlich düsteres Schicksal wie für den Leipziger Rauchwarenhandel,⁶ sollten nicht die im ideologischen Sinn des Autors richtigen strategischen Schritte beim „Umbau“ der österreichischen Wirtschaft, also bei den „Arisierungen“, gesetzt werden.⁷

Modewirtschaft einen Qualitätsruf im Export zu behaupten hat, welcher demjenigen z. B. der Firma Borsalino und ähnlichen in nichts nachsteht [...]“.

² AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 102, Mappe 2200/4 Bd. I, Staat und Wirtschaft: Protokolle über Wirtschaftssitzungen. Arbeitsbericht v. 14. 7. 1938: „Die Wiener Mode bedeutet bei größter Pflege eine unsichtbare Quelle, aus der das Deutsche Reich später Devisen schöpfen kann.“

³ Ebenda, Besprechung v. 8. 7. 1938.

⁴ Ebenda, Übersicht über die Erledigung des dem RKW bis 30. 7. gestellten Untersuchungsprogramms, Beilage 3; Übersicht über die durchgeführten und geplanten Untersuchungen in der Reichsgruppe Industrie, Stand v. 13. 7. 1938.

⁵ AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 102, Mappe 2200/2 – Abteilung III-B (Büro Dr. Kratz) Allgemeiner Schriftwechsel – Personalangelegenheiten (A-Z), Brief v. 16. 6. 1938.

⁶ Leipzig war lange Zeit ein Zentrum des europäischen Pelzhandels.

⁷ Siehe Anm. 5. In Naumanns Brief heißt es unter anderem: „Die Umgruppierung der österreichischen Wirtschaft ist nicht nur wegen der Gleichschaltung mit dem Altreich und seinem Arbeitstempo schwierig, sondern auch dadurch, dass die Juden in großem Umfang als Kunden, Abnehmer und Mittler fortfallen. Der Handel mit den Erzeugnissen der Wiener Luxus-Industrie beispielsweise lag fast ausschließlich in jüdischen Händen. [...] Was man

Der Strategieplan der NS-Wirtschaftsbürokraten im Umfeld des Gauleiters und „Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“, Joseph Bürckel, sah für die „Mode- und Geschmacksindustrie“ die Gründung einer „Gesellschaft, in lockerer Fassung als Sammelbecken, Ausgangs- und zugleich Ausleseplatz für eine festere amtliche Organisation, z. B. als Mode- und Messeamt [...] angegliedert an die Stadt Wien, als eine bodenständige, initiativkräftige Stelle“⁸ vor. Diese Bestrebungen gipfelten in der Gründung des am 24. Februar 1939 eröffneten „Hauses der Mode in Wien, Gesellschaft zur Förderung der Mode des Geschmacks-gewerbes“ (im Palais Lobkowitz), dem Bürgermeister Neubacher als Präsident vorstand.⁹ Am Lobkowitzplatz 2 war auch die „Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie“ untergebracht.

„Arisierungen“ in der „Mode- und Geschmacksindustrie“

In den Monaten nach dem „Anschluss“ wurden die Weichen für die „Flurbereinigung“ in der Textil- und Modewirtschaft gestellt und die tradierten Strukturen zerstört. Rassistisch-ideologisch motivierte Verlautbarungen zum Thema Kleidung, wie beispielsweise ein Erlass vom August 1938 an alle Fremdenverkehrsbetriebe auf dem Semmering, der Juden und Jüdinnen das Tragen von Trachtenkleidung, Dirndlkleidern und kurzen Hosen ausnahmslos verbot und „Zuwiderhandelnde[n]“ drohte, „im Betretungsfalle an die Gemeindegrenze abgeschoben“¹⁰ zu werden, blieben gegenüber Äußerungen, die auf „Arisierungsstrategien“ und ökonomischen Profit im Bereich der Textilwirtschaft zielten, eher Ausnahmen. Der „Dauerbrenner“ der nationalsozialistischen Ideologiekritik in Sachen Mode war der Vorwurf einer angeblich „internationalen Einflüssen“ erliegenden, der „deutschen Frau unwürdigen Mode“, wie dies Otto Jung formulierte, der Gauwirtschaftsberater und Präsident der Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie in Berlin und in diesen

in Wien am nötigsten braucht, sind tüchtige Kaufleute (vor allem solche mit Export-Erfahrungen), die Erfahrung und Gesinnung genug besitzen, um das Erbe der Juden nicht nur im eigenen egoistischen Interesse, sondern zum Wohl der Gesamtheit anzutreten und zu erhalten vermögen.“

⁸ Siehe Anm. 2.

⁹ AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 134, Mapped 2238/1 Wiener Mode- und Geschmacksindustrie: Haus der Mode in Wien.

¹⁰ AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. Rot 1, Mapped 9: Fremdenverkehr. 16. 8. 1938, Telefongespräch Dr. Hieke mit dem Semmeringer Bürgermeister.

Funktionen einer der maßgeblichen Drahtzieher bei den „Arisierungen“ in der Textilwirtschaft des „Altreichs“: „Es ist unsere Überzeugung, dass der Jude niemals in der Lage sein wird, das dem deutschen Menschen gemäße, für ihn brauchbare, nützliche und gefällige Kleidungsstück zu finden. [...] Der Jude ist auch heute so wenig wie vor Jahren, als mit Hilfe des jüdischen Elements eine geradezu unwürdige Mode in Deutschland eingeschleppt wurde, im Stande, die deutsche Frau so zu kleiden, wie sie den deutschen Männern gefällt, sondern nur so, wie sie ihm selbst gefallen könnte. Der Jude fördert nur – und zwar durch hässliche Kopiererei ausländischer Modelle – die von Paris diktierte internationale Mode: Er handelt hier nach seinem Instinkt spekulativ, sorgt damit auch dafür, dass in der deutschen Modewelt nicht diejenigen Roh- und Werkstoffe, Zutaten, Beiwerk etc. Mode werden, die wir vom nationalen Standpunkt aus zu pflegen die Absicht und die Pflicht haben, sondern diejenigen, welche das Ausland durch die internationale Mode vorschreibt.“¹¹

Nach Einschätzung der Österreichischen Historikerkommission waren die einem Bericht über „Entjudung und Arisierung“ in der „Ostmark“ entnommenen Zahlen, wonach 70–95 % der Betriebe in der österreichischen Textil- und Bekleidungsindustrie in jüdischem Besitz gewesen seien, zu hoch gegriffen. Hingegen gelten die zeitgenössischen Angaben, denen zufolge der Wiener Textilhandel zu nahezu 70 % im Eigentum jüdischer UnternehmerInnen gewesen sein soll, als gesichert. Demnach existierten 1937 in Wien über 2600 „jüdische“ Textil-Einzelhandelsbetriebe. Den statistischen Angaben zufolge gab es wesentlich mehr Textilhandels- als Textilproduktionsbetriebe mit jüdischen BesitzerInnen. Kleinstunternehmen mit einem Wert unter RM 5000, deren BesitzerInnen nicht zur Vermögensanmeldung verpflichtet waren, „dürften die Hauptopfer der Liquidierungsbestrebungen der Nationalsozialisten gewesen sein“.¹²

Im Bestand Bürckel-Materie des Archivs der Republik finden sich unter der Überschrift „Verminderung der Betriebe in Wien durch die Stilllegung

¹¹ Bundesarchiv Berlin (BA), R 3101/9158, Hauptabteilung II Allgemeine Wirtschaftspolitik, Bd. 2, September 1936 – Januar 1942, Brief Otto Jung an Staatssekretär Dr. Posse v. 2. 2. 1938.

¹² Ulrike Felber / Peter Melichar / Markus Priller / Berthold Unfried / Fritz Weber, Ökonomie der Arisierung. Teil 2: Wirtschaftssektoren, Branchen, Falldarstellungen [= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission. Vermögensentzug während der NS-Zeit sowie Rückstellungen und Entschädigungen seit 1945 in Österreich 10/2], Wien–München 2004, S. 18 ff.

der jüdischen Betriebe“ in der Rubrik „Handwerksbetriebe“ zum Komplex Mode und Bekleidung folgende Prozentsätze: Strick- und Wirkwarenerzeuger 45,6 %, Mieder- und Wäscheerzeuger 46,9 %, Lederwarenerzeuger 17,0 %.¹³

Von einer Vielzahl großer, mittlerer und kleiner Betriebe getragen, galt die „Mode- und Geschmacksindustrie“ als stark verzweigt und höchst unübersichtlich – so der Tenor während einer Sitzung im Büro des Referenten für Wirtschaftsfragen im Stab Bürckels, Dr. Kratz. Der „jüdische Einfluss“ sei vorherrschend; die „Entbehrlichkeit der Juden“ könnte nicht „besser unter Beweis gestellt werden als durch schnellste Arisierung“, welche die wirtschaftliche Leistung nicht nur nicht verringere, sondern noch steigern. „Der Jude ist in der Modeindustrie durchaus ersetzbar“, wurde krampfhaft versichert und dabei bedauert: „Die restlose Eliminierung der Juden wird jedoch in den einzelnen Betrieben mehr oder weniger Schwierigkeiten bringen, da der notwendige Ersatz der Juden nicht überall mit gleicher Schnelligkeit erfolgen kann.“¹⁴ Diese indirekte bzw. unfreiwillige „Anerkennung“ eigenständig unternehmerischer Leistungen der Juden musste verbal sofort durch das Gegenteil konterkariert werden: „Die schöpferische Leistung ist die Wurzel des Schaffens und diese lag zweifellos beim Arier, während der Jude lediglich das spekulative Element darstellte. Diese Feststellung ist wichtig. Es besteht kein Anlass zur Befürchtung, dass nicht genug Arier gefunden werden können, die nicht auch für das Kaufmännische entsprechend geeignet sind.“

Modellhüte für „hochvalutarische“ Länder – die Wiener Hutindustrie als Exportfaktor

Nach einem Bericht des Verbandes der Hutindustrie vom 7. Juli 1938¹⁵ umfasste die österreichische Hutindustrie (Woll- und Haarstumpenerzeugung,

¹³ AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 90, Mappe 2160/00, Beilage. Der prozentuell höchste Satz der stillgelegten jüdischen Handwerksbetriebe fand sich bei den Buchdruckern mit 54,3 %. Unter den Einzelhandelsbetrieben wurde der Prozentsatz der Stilllegungen in der Möbelbranche mit 34,9 %, bei den Juwelieren mit 71,1 % angegeben. Zum Textileinzelhandel finden sich an dieser Stelle keine Zahlen.

¹⁴ AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 102, Mappe 2200/4 Bd. I, Staat und Wirtschaft: Protokolle über Wirtschaftssitzungen. Arbeitsbericht v. 14. 7. 1938.

¹⁵ AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 134, Mappe 2238, Bericht des Verbandes der Hutindustrie im Bund der österreichischen Industriellen an das Amt des Reichskommissars v. 7. 7. 1938.

Woll- und Haarhüte für Männer und Frauen, Velourhüte, gewirkte Hüte, Stroh Hüte) zu diesem Zeitpunkt 39 Firmen. 1937 hatte die Branche, in der rund 400 männliche und weibliche Angestellte sowie mehr als 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt waren, 4,200.000 Stück (Stumpfen und Hüte) erzeugt. Der Gesamtumsatz betrug im Jahr 1937 22,1 Mio. Schilling, wovon ca. 50 Prozent der erzeugten Produkte im Inland, der Rest devisenbringend in Ländern wie England, Schweden, Norwegen oder Holland abgesetzt wurde.

Von besonderer Bedeutung erschienen den „Arisierungsstrategen“ der „hochwertige Herrenhut“ und der „aufgeputzte Damenhut“, da diese als Modellhüte ausgezeichnete Absatzmöglichkeiten in das „hochvalutarische Ausland“ eröffneten. Die Mehrzahl der Damenmodell-Hutfirmen befand sich zu diesem Zeitpunkt noch in „nichtarischem Besitz“, und es wurden alle Vorbereitungen getroffen, um die baldige „Überleitung in arischen Besitz“ zu veranlassen. Wichtig war vor allem, wie bei der Firma Siegfried Ohrstein in Wien VI, „dass die Exportverbindung in irgendeiner Weise durch Übertragung an arische Firmen erhalten bliebe“, wie es im erwähnten Bericht hieß. Als besonders erhaltenswürdiges Unternehmen galt in der Gruppe der „Stumpfen- und Huterzeugung“ beispielsweise das Unternehmen der Brüder Böhm in der Schottenfeldgasse 30 in Wien VII, das durch eine Firma aus dem Allgäu „arisiert“ werden sollte und aufgrund seiner Wichtigkeit für die Branche und des hohen Exportfaktors¹⁶ als dringend erhaltenswert galt, sodass eine Stilllegung auf keinen Fall in Frage käme.¹⁷

Die jüdischen Fachkräfte in der Branche erwiesen sich entgegen den vollmundigen Ankündigungen als schwer ersetzbar. Kurzerhand wurde die „Behaltensmöglichkeit der nichtarischen Arbeitskräfte“ als ein im Interesse des Betriebes liegendes Erfordernis deklariert und der Versuch unternommen, den fachkundigen jüdischen BesitzerInnen bzw. Angestellten die Rolle willfähriger Werkzeuge aufzuzwingen. So geschah es beispielsweise bei der Firma Johanna Löw in Wien VII, Zollergasse 15, die auf hochwertige, hauptsächlich für den Export bestimmte Damenmodellhüte spezialisiert war. Sie wurde in der Gruppe der „weiterverarbeitenden Industrien“ neben fünf anderen Unternehmen mit ähnlicher Ausrichtung – beispielsweise Irma Liebster & Co., Wien VII, Mariahilfer Straße 62, oder M. Spitzer, Wien VI, Schmalzhofgasse 8 – als wichtiges erhaltenswertes, also zu „arisierendes“

¹⁶ Im Jahr 1937 exportierte das Unternehmen, das rund 300 MitarbeiterInnen beschäftigte, Produkte im Wert von fast einer Million Schilling.

¹⁷ AdR 06, VVSt., Kt. 648, St. 5100.

Unternehmen erachtet.¹⁸ Die Firma Johanna Löw erhielt im Juli 1938 einen kommissarischen Verwalter vorgesetzt. Schwierig gestaltete sich die Suche nach den geeigneten Fachleuten, die imstande waren, das Unternehmen auf ähnlichem Qualitätslevel weiterzuführen. Potenziellen „arischen“ Übernehmern mangelte es vielfach nicht nur an Kapital, sondern auch an Fachkenntnis. So sah sich der kommissarische Leiter der Firma Johanna Löw gezwungen, im Referat für Wirtschaftsfragen im Büro Bürckel (Abteilung III-B) zu bitten, die für September–Oktober 1938 von der Gestapo verfügte Ausweisung des jüdischen Firmeninhabers Max Löw hinauszuschieben bzw. aufzuheben, weil dieser „bis auf weiteres für die Überleitung nicht entbehrlich sei“.¹⁹

Bei der „Arisierung“ der Atzgersdorfer Lederfabrik Siegfried Stransky & Co., die aufgrund ihrer hohen Exportorientiertheit, ihres Rufs in der Branche und der Qualität ihrer Produkte von besonderem Interesse war, wurde der Zynismus gegenüber den Arisierungsopfern noch um eine perfide Dimension erweitert.²⁰ Der Rang der kleinen, hoch spezialisierten Firma in der Branche wurde immens hoch bewertet: „Nach Wegfall der in Liquidation befindlichen Lederfabrik S. Biber in Atzgersdorf ist die in Rede stehende Unternehmung in der Ostmark die einzige Spezialfabrik für Amphibien- und Exotenleder, die technisch erfolgreich gegen die Konkurrenz in Betracht kommender Altreichsfirmen bestehen könnte.“

Der Firmeninhaber Siegfried Stransky, ein ausgewiesener Lederfachmann mit jahrzehntelanger Erfahrung, der vor allem Reptilienhäute (z. B. Krokodile, Eidechsen, Schlangen etc.) für den Export nach England und die USA verarbeitete und einige Verfahren selbst entwickelt hatte, musste im Dezember 1938 bei der Vermögensverkehrsstelle das übliche „Ansuchen um Genehmigung der Veräußerung“ stellen.

Die Fabrikliegenschaft in Atzgersdorf samt Einrichtung, Wohn- und Portierhaus wurde auf einen Sachwert von RM 43.000 geschätzt. Teil der im Februar 1939 zwischen Siegfried Stransky, dem kommissarischen Leiter Hans Kobald und dem Lederfabrikanten Oswald Rügner aus Offenbach am Main, der die Lederfabrik Stransky erwerben wollte, geschlossenen Vereinbarung war, dass Siegfried Stransky noch mindestens drei Monate nach der

¹⁸ Siehe Anm. 15 sowie AdR 06, VVSt., Kt. 493, Lg. 6644.

¹⁹ AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 134, Mappe 2238, Aktenvermerk v. 27. 7. 1938. Betrifft: Störungen in Exportbetrieben/Mode- und Geschmacksindustrie.

²⁰ AdR 06, VVSt., Kt. 353, Ind. 1254, Bd. I.

Übernahme im Betrieb weiter mitarbeiten und gegen eine geringe Entschädigung seine Kenntnisse bezüglich Einkauf, Verkauf und Fabrikation uneingeschränkt zur Verfügung stellen sollte. Die persönliche „Verfügungsgewalt“ über den damals beinahe 70-jährigen Firmeninhaber, der mit einer seiner beiden Töchter den Betrieb mit zehn Angestellten beinahe im Alleingang führte und vor allem die Arbeiten in der Gerberei durchführte, war für den „Ariseur“ Bedingung und Voraussetzung für den Erwerb. Siegfried Stransky wollte, wie der „Arisierungsbewerber“ aus Deutschland am 11. April 1939 in einem Brief an die Vermögensverkehrsstelle mitteilte, so rasch wie möglich weg aus Wien und nach Australien emigrieren, wozu er auch die Genehmigung hatte. Aber dazu sollte es nicht mehr kommen. Siegfried Stransky erkrankte und musste am 20. April 1939 in das Rothschild-Spital gebracht werden. Die durchgeführten Operationen blieben erfolglos und er starb am 21. April 1939.²¹ Oswald Rügner zog nach dem Tod Stranskys seinen Antrag auf Erwerb zurück und warf der Vermögensverkehrsstelle in einem Schreiben vor, die Angelegenheit zu lange verzögert zu haben, nach dem Tod des Firmeninhabers sei wesentliches Unternehmenskapital verloren und er sei nicht mehr an einer Übernahme interessiert. Im September 1940 übernahm der kommissarische Verwalter Hans Kobald das Unternehmen. Am 6. September 1940 wurde der Kaufvertrag zwischen Kobald, Stranskys Töchtern, Dr. Annie und Alice Stransky, und Friedrich Seligmann abgeschlossen. Seligmann, ursprünglich aus der Ölbranche kommend, war Mitgesellschafter des 1927 von Siegfried Stransky gegründeten Unternehmens. Er konnte Wien ebenfalls nicht mehr verlassen und wurde am 11. Jänner 1942 nach Riga deportiert.²²

Tragisch endete auch das Schicksal des Fabrikanten- und Kunstsammerehepaars²³ Hugo und Hilde Friedmann. Hugo Friedmann hatte 1925 die Trikotagenfabrik „Trifa“ in Wien XV, Hackengasse 10, als Einzelfirma gegründet.²⁴ Betriebsgegenstand war die Erzeugung von Wirkwaren. Die wichtigsten Konkurrenten der „Trifa“, die zwischen 1934 und 1937 mit zwei Angestellten und rund 50 Arbeitern und Arbeiterinnen Jahresumsätze in der Größenordnung von rund S 500.000 erzielte, waren die Vorarlberger Wirk-

²¹ Ebenda, Brief des Treuhänders Hans Kobald an die Vermögensverkehrsstelle v. 24. 4. 1939.

²² DÖW Datenbank Shoah-Opfer.

²³ Sophie Lillie, Was einmal war – Handbuch der enteigneten Kunstsammlungen Wiens, Wien 2003, S. 375 f.

²⁴ AdR 06, VVSt., Kt. 634, St. 3743.

warenfabriken, vor allem die „arische Firma“ Josef Hubers Erben in Götzis. Obwohl der Umsatz bis April 1938 um 15.000 S höher lag als im gleichen Zeitraum 1937, fürchtete Hugo Friedmann „auf weitere Sicht infolge des Umstandes, dass ich Jude bin, für die nächste Zeit ein bedeutendes Nachlassen der Beschäftigung, umso mehr als ich bereits bei den meisten Kunden der Provinz, welche mein Hauptabsatzgebiet ist, auf Ablehnung gestoßen bin. Auch mein bedeutendster Wiener Platzkunde hat mich wissen lassen, dass er nur mehr die laufenden Ordres zu übernehmen gewillt ist, neue Bestellungen aber nicht mehr tätigen werde. Der bisherige Kreis jüdischer Kunden fällt von selbst als Verbraucher weg.“ Der „Entjudungsplan“ für die „Trifa“ sah die Übernahme durch die beiden Angestellten des Unternehmens, den Disponenten und technischen Leiter, Norbert Hammer, sowie durch die Buchhalterin Wilhelmine Seuffert, vor. Diese setzten nun alles daran, den angeblichen Wert des Unternehmens weiter zu mindern und ihre Ausgaben zu minimieren. Infolgedessen sahen sich auch Hugo Friedmanns Verwandte und Freunde, die ihm Geld für den Aufbau des zunächst ohne Eigenmittel geschaffenen Unternehmens geliehen hatten, bald um ihre Forderungen geprellt. In einem Gedächtnisprotokoll (Juni 1938) wurden Verzichtserklärungen der wichtigsten Gläubiger Friedmanns festgehalten, die ihm einen Betrag von S 182.274,36 geliehen hatten, sodass die Erwerber lediglich S 33.000 bezahlen mussten. Zusätzlich stellte der kommissarische Verwalter Erich Prochaska an die Vermögensverkehrsstelle den Antrag, den mit RM 20.000 vorgesehenen Kaufpreis zu reduzieren. In einem Schreiben vom 11. Mai 1939 hieß es dazu: „Ergänzend zu meiner Eingabe bemerke ich, dass sich der tatsächliche Wert des Unternehmens in der Zwischenzeit deshalb verschlechtert hat, als bei den Verkaufsverhandlungen, die im Mai v. J. stattfanden, noch zahlreiche Forderungen der Trifa gegen Abnehmer zu Buche standen, die sich mittlerweile als dubios erwiesen, weil es sich um ehemals jüdische Käufer handelte, die im Zuge der Arisierung der ostmärkischen Wirtschaft zur Schließung ihrer Betriebe gezwungen wurden. Diese Forderungen wurden noch vor kurzer Zeit als einbringlich bewertet, erwiesen sich jedoch als tatsächlich uneinbringlich.“

Hugo Friedmann wurde am 9. Oktober 1942 nach Theresienstadt deportiert, von dort am 28. September 1944 nach Auschwitz überstellt. Er starb am 15. Jänner 1945 in Dachau, seine Frau Hilde kam am 19. Oktober 1944 in Theresienstadt ums Leben.²⁵

²⁵ DÖW Datenbank Shoah-Opfer.

Seilschaften um ehemalige Mitarbeiter der Vermögensverkehrsstelle

Das Herrenmodengeschäft „Kleiderkönig“ in Wien XV, Mariahilfer Straße 179, mit einer Versandabteilung und eigenen Maß- und Konfektions-Werkstätten war branchenspezifisch einst eine der ersten Adressen Wiens. Das von Philipp und Eduard König gegründete und aufgebaute Geschäft galt als besonders lukratives Objekt – entsprechend umkämpft war es von den „Arisierungswerbern“.²⁶ Auf dieser Liste fand sich unter anderem Harald Wuchte, Verkaufsleiter der Wiener Molkerei und Mitglied des SS-Reitersturms Wien (Sitz Theresianum), der unbedingt einen Betrieb in der Herrenkonfektion erwerben wollte und sich vorher bereits für das Warenhaus Jacob Rothberger am Stephansplatz interessiert hatte. Ebenso bewarben sich Schneidermeister Otto Linhart, seit März 1932 Mitglied der SA und „in der illegalen Zeit [...] im Jahre 1934 ca. zwei Wochen in Haft“, sowie Hans Ritschl, seit Anfang 1936 Angehöriger der 89. SS-Standarte und 1938 Geschäftsführer eines Kinos. Mit dem SS-Hauptscharführer der 89. SS-Standarte Josef Nowak und dem steirischen Schneidermeister Rudolf Sattler, der auch Mitglied der Österreichischen Legion war, bewarben sich gleich zwei Juliputschisten um den „Kleiderkönig“. Bei der Deutschen Dampfschiffischerei Nordsee GesmbH, Wien XX, Nordwestbahnhof, „seit der Gründung im Jahre 1899 [eine] arische Firma“, wie es im „Ansuchen um Genehmigung der Erwerbung“ vom 28. September 1938 hieß, hätte man es sehr praktisch und im allgemeinen „volkswirtschaftlichen Interesse“ gefunden, das Kleiderhaus in ein „vorbildliches Fischgeschäft“ umzuwandeln.

Weitere Bewerber waren Alfred Verdorfer, leitender Beamter einer Kraftfutterfabrik, der seit mehr als zehn Jahren im Kleiderhaus König als Meister und Zuschneider tätige Karl Kadmoschka, Rudolf Klier, zum Zeitpunkt der Antragstellung als Disponent des Warenhauses Stafa AG tätig, und der Musikalienhändler Albert Trimmel. Vor allem dieser branchenfremde Aspirant kehrte sein politisches Gewicht als radikaler Nazi der ersten Stunde in besonders widerwärtiger Weise hervor. So bezeichnete er sich als „schon immer national eingestellt und als Antisemit bekannt“ und rühmte sich, bereits 1928 „Anhänger der Bewegung“ gewesen zu sein. 1930 trat er der NSDAP bei, im Oktober 1931 wollte er seine und die Ersparnisse seiner Frau der Partei zum Ankauf des „Braunen Hauses“ in der Hirschengasse 20 in Wien VI

²⁶ AdR 06, VVSt., Kt. 592, St. 1061.

zur Verfügung gestellt haben. Sein Geschäft sei als „Nazizentrale“ bekannt gewesen. Das Rennen um die „Arisierung“ des Konfektionsgeschäftes „Kleiderkönig“ machte aber Sattler, der auch auf eine Reihe von Vorstrafen und „Verdienste“ in der Zeit der Illegalität der NSDAP in Österreich verweisen konnte.²⁷

Die Gründer und Besitzer des „Kleiderkönig“ waren zwei Brüder, die ursprünglich aus Modra in der Slowakei stammten. Beide waren von Beruf Schneider und hatten ihr Handwerk von der Pike auf gelernt. Neben dem Hauptgeschäft in der Mariahilfer Straße 179, das aus einem Parterre- und einem Mezzaninlokal mit großzügiger Schaufensterfront bestand, betrieben sie mit dem Kleiderhaus „Reindorf“ in der Reindorfstraße im 14. Bezirk und dem ebenfalls in der Mariahilfer Straße gelegenen Kleiderhaus „Westbahn“ noch zwei weitere Filialen. Der kurz nach dem „Anschluss“ bestellte kommissarische Verwalter löste die letztgenannte Filiale auf.

Am 3. Oktober 1938 bekam Sattler vom „Staatskommissar in der Privatwirtschaft“ die Genehmigung zur Übernahme der Firma Filipp und Eduard König, Kleiderhaus, in Wien XV, Mariahilfer Straße 179, und Wien XIV, Reindorfstraße 44.

In unmittelbarer Nähe der Filiale in der Reindorfstraße hatten sich auch zwei kleine Textilläden befunden. Sie gehörten zu jenen Geschäften, die während der Novemberpogrome 1938 beschädigt oder zerstört und anschließend liquidiert wurden, von deren Existenz jedoch fast keine Quellen mehr zeugen. In der Reindorfstraße 32 hatte Leopold Blumenschein einst einen Textilladen betrieben, in der Reindorfstraße 38 war der Mieder- und Wäsche-warenerzeuger Siegfried Frankl ansässig. In weiterem Umfeld im 14. und 15. Bezirk befand sich eine Vielzahl kleiner und kleinster Geschäfte – vom Wollgeschäft bis zur Wirkwarenerzeugung –, die zwangsweise geschlossen wurden. Ihre Namen sind auf einer der Listen zu finden, die im Frühjahr 1939 die NSDAP Gau Wien an das Büro Bürckel unter dem Titel „Verwertung der in Judengeschäften befindlichen Warengegenstände“ sandte.²⁸

²⁷ AdR 06, VVSt., Kt. 661, St. 5523, Arisierungsakt Apfel & Co. Im „Empfehlungsschreiben“ der NSDAP an die Vermögensverkehrsstelle vom 6. 1. 1939 für Sattler werden folgende „Verdienste“ aufgezählt: „Sattler ist seit 30. 5. 1928 Mitglied der NSDAP, ist Träger des Goldenen Ehrenzeichens und hat die Parteinummer 82.821. Wegen Betätigung für die NSDAP flüchtete Genannter am 29. 7. 1934 ins Altreich. Sattler war damals selbständiger Geschäftsmann und verlor durch die Flucht ins Altreich sein Geschäft in Radkersburg.“

²⁸ AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. Rot 1, Konv. 4.3: Verwertung der in Judengeschäften befindlichen Warengegenstände, diverse Listen mit Namen von Geschäften, v. 5. 4. 1939.

Unmittelbar nach den Novemberpogromen des Jahres 1938 war eine Anweisung des „Reichskommissars für die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich“ bezüglich der „Behandlung“ beschädigter Geschäfte und der darin vorhandenen Warengegenstände ergangen. Darin hieß es:

„Auf Grund der Besprechung von heute früh ordne ich an:

- 1) Die Polizei übernimmt die Sicherung der geschlossenen jüdischen Geschäfte und der Warenlager, die durch Parteidienststellen angelegt wurden. Nach Bedarf ist als Assistenz heranzuziehen die Schutzstaffel und die Standarte Feldhermhalle.
- 2) [...] Jene Geschäfte, die völlig unversehrt geblieben sind und auf Grund der Planung arisiert werden sollten, [sind] wieder dem normalen Arisierungsweg zuzuführen. Sofern kommissarische Verwalter noch nicht bestellt waren, der jüdische Inhaber aber im Zuge der Ereignisse entfernt wurde, sind kommissarische Verwalter einzusetzen.
- 3) Alle übrigen Geschäfte sind der Liquidation zuzuführen, also auch solche, die zur Arisierung bestimmt waren, aber im Zuge der Aktion beschädigt bzw. ihrer Waren ganz oder teilweise entblößt wurden.

In allen Geschäften, die zur Liquidation kommen und in den Warenlagern bei den Parteidienststellen ist eine Inventarisierung der Waren durchzuführen. [...]“²⁹

Filipp und Eduard König ging es im Herbst 1938 sehr schlecht. Das ihnen gehörende Haus samt Ecklokal war für einen Bagatellbetrag an Sattler gegangen, der eigenmächtig auch noch die vereinbarten „Wochenbezüge“ gekürzt hatte. In einem an die Vermögensverkehrsstelle gerichteten Brief schilderten sie ihre Lage: „Wir haben heute die Verständigung bekommen, dass unsere Bezüge auf RM 66,67 reduziert wurden. Nun bitten wir höflich mit Rücksicht darauf, dass wir gänzlich subsistenzlos dastehen und wir noch verschiedene Familienmitglieder und zwar einen Bruder, eine Schwester, 2 Nichten und ausserdem 3 Kinder zu erhalten haben, die Güte haben zu wollen und die erstere Reduktion auf RM 100 belassen zu wollen. Wir würden bestimmt nicht

²⁹ AdR 04, Bürckel-Materie, Kt. 65, Mappe 2035/1 Beschlagnahme von Vermögenswerten, Anweisung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich v. 17. 11. 1938.

an Sie herantreten, wenn die Notwendigkeit nicht vorhanden wäre, da wir gewohnt sind, ganz bescheiden zu leben.“³⁰ Nach Ablauf von sechs Monaten sollte das „Wochengehalt“ eingestellt und beide jeweils Anspruch auf RM 5000 haben, die zur Ausreise bestimmt waren.³¹ Philipp König erlebte dies nicht mehr. Er starb am 18. Februar 1939 in Wien.

Der ehemalige „Arisierungswerber“ Harald Wuchte trat jetzt gemeinsam mit Rudolf Sattler, dem Erwerber des „Kleiderkönig“, als Mitbesitzer mit einem 50-Prozent-Anteil auf. Ihr beider ehemaliger Konkurrent um das Geschäft, Alfred Verdorfer, erstattete im April 1940 bei der „Abwicklungsstelle der Vermögensverkehrsstelle“ Anzeige gegen Sattler, weil er ihm Möbel, die er im Geschäft untergestellt hatte, vorenthalten habe. Im Rahmen seiner Anschuldigungen brachte er Sattlers frühere Tätigkeit als Angestellter der Vermögensverkehrsstelle ins Spiel und brachte massive Unregelmäßigkeiten in Bezug auf die Wertberechnung als auch hinsichtlich Cliquenwirtschaft und Seilschaften zum Ausdruck: „Rudolf Sattler war im Sommer 1938 Hilfsreferent in der Vermögensverkehrsstelle, Abtlg. Gewerbe. Hauptreferent in dieser Abteilung war ein gewisser Dr. Mauritz, der den Arisierungsakt des Kleiderhauses König zusammen mit Rudolf Sattler führte.“ Mauritz habe eines Tages Sattler und den kommissarischen Verwalter des „Kleiderkönig“ zu sich bestellt und dabei veranlasst, dass Sattler das Kleiderhaus König samt dem Eckhaus im „Arisierungsweg“ übernahm. Es ging dabei um die „Übernahme eines Wertes von RM in Höhe von 600.000 bis 800.000, wohingegen Sattler an die beiden Juden König je einen Betrag von RM 6.000 samt kleineren Steuerrückständen sowie einem Passivstand von RM 150.000 bis RM 180.000 zu übernehmen hatte. Der Jude Philipp König starb bald darauf, so dass Sattler die Bezahlung der Reichsfluchtsteuer für denselben ersparte. Mauritz, der seinerzeit den Kaufvertrag für Sattler diktierte, ist gegenwärtig dessen Angestellter im Kleiderhaus König.“³²

Mehr als ein Jahr später nahm sich das Gauwirtschaftsamt des Falles an und ersuchte, „da der Kaufschilling in keinem Verhältnis zu den übernommenen Werten steht, [...] um Überprüfung dieser Entjudung wegen Feststellung des Entjudungsgewinnes“³³ – damit dem Reich keine einzige, den Opfern abgepresste Mark entginge.

³⁰ AdR 06, VVSt., Kt. 592, St. 1061, Brief v. 28. 9. 1938.

³¹ Ebenda, Brief Philipp und Eduard König an die Vermögensverkehrsstelle, 25. 11. 1938.

³² Ebenda, Brief Alfred Verdorfer an Abwicklungsstelle der Vermögensverkehrsstelle, 9. 4. 1940.

³³ Ebenda, Schreiben Wirtschaftsamt der NSDAP v. 16. 9. 1941.

Sattler hatte keineswegs vor, sich nur mit einem „arisierten“ Geschäft zufrieden zu geben, sondern versuchte, sich in der Textilbranche weiter auszubreiten. Bald nach der Übernahme des „Kleiderkönig“ peilte er die Erwerbung des Konfektionsbetriebs „Sinai & Kohn“ in Wien I, Gonzagagasse 5, an. Damit sollte ein praktisches Problem gelöst werden, nämlich die Erzeugungsschwierigkeiten beim „Kleiderkönig“ durch den Mangel an geeigneten Stückmeistern (Schneider). „Sinai & Kohn“ wäre praktisch gewesen und hätte ins „Portfolio“ gepasst: Das Unternehmen hatte keinen Detailverkauf und war ein rein mechanischer Betrieb, sodass Produktionskapazitäten hätten vorhanden sein können. Das NSDAP-Referat „Alte Garde“ unterstützte Sattler zwar in einem Brief an die Vermögensverkehrsstelle mit dem Hinweis, er sei im Kampf mit dem politischen Gegner verwundet worden, hätte für die „Bewegung“ Opfer gebracht usw. Aber der entgrenzten Selbstbedienungsmentalität, wie sie Sattler an den Tag legte, sah sich sogar die Vermögensverkehrsstelle veranlasst, Einhalt zu gebieten. Bei „der für den Wiener Platz sehr wichtigen Firma“ Sinai & Kohn³⁴ hatte Sattler ebenso wenig Erfolg wie bei der Erwerbung der Herren- und Knabenkleiderfabrik Apfel & Co.³⁵ Seine Bewerbung wurde abgewiesen, da er „schon ein Unternehmen im Arisierungsweg erworben hat“ und weil man seitens der Vermögensverkehrsstelle die Zusammenlegung eines Handelsgeschäfts mit der Erzeugung vermeiden wollte. Die Vermögensverkehrsstelle genehmigte die Erwerbung der Firma Apfel & Co durch die Brüder Hütter und Anton Scholtz mit Schreiben vom 17. Juli 1939. Die bisherigen Gesellschafter Moses Osias, Mayer, Simon, Hirsch³⁶ und Schmelka Apfel sowie Abraham Dollinger wurden gelöscht und die neuen Besitzer im Handelsregister eingetragen.

Wie Sattler versuchte eine Reihe von ehemaligen Angestellten der Vermögensverkehrsstelle oder anderer Institutionen im gewerblich-wirtschaftlichen Bereich aus ihrer Stellung und den damit verbundenen Kontakten und Informationen Kapital für „Arisierungen“ u. a. in der Textil- und Modebranche zu schlagen. So bewarben sich für die Firma Stepper & Fleischmann in Wien VII, Bandgasse 9, die Modeneuheiten wie Frisierhauben etc. erzeugte, dabei einen Umsatz von rund RM 45.000 pro Jahr erzielte und 90 % ihrer Produkte exportierte, u. a. der frühere Mitarbeiter Hannes Häusler sowie eine Frau Kudrnovsky, die damals noch als Sekretärin in der Prüfstelle

³⁴ AdR 06, VVSt., St. 5002, Bd. I., II.

³⁵ AdR 06, VVSt., Kt. 661, St. 5523.

³⁶ DÖW Datenbank Shoah-Opfer, Firmengesellschafter Hirsch Apfel, zuletzt wohnhaft in Wien I, Judengasse 11, wurde in ein unbekanntes Lager deportiert.

Bekleidungsindustrie tätig war. Sie besaß nur ein Kapital von RM 1000,-, Häusler wurde vom zuständigen Referenten, Wagner, negativ beurteilt mit der Begründung, er habe als Angestellter der Vermögensverkehrsstelle versagt.³⁷

Auch andere Ex-Mitarbeiter der Vermögensverkehrsstelle besaßen weder Kapital noch Fachwissen noch den Willen, ein Unternehmen zu leiten, außer Habgier und Betrug sind keine Motive zu erkennen. Als Beispiel sei Josef Bürgermeister angeführt, der gemeinsam mit seinem Kompagnon Hermann Mirring (ehemaliges Mitglied der „Österreichischen Legion“) die Lederfabrik Alexander Spitzer & Söhne in Gumpoldskirchen auf dem „Arisierungswege“ erwarb. Über das Gebaren Bürgermeisters berichtete die „Ostmärkische Revisions- und Treuhand Gesellschaft mbH“ in einem Schreiben vom 9. November 1939 an das Reichswirtschaftsministerium in Berlin unter dem Betreff *Lederfabrik Spitzer*: „Ein ehemaliger Angestellter der Vermögensverkehrsstelle namens Bürgermeister hat die Lederfabrik arisiert respektive um RM 218.000 gekauft, hat aber niemals den Kaufschilling erlegt, sich wohl seit ca. einem Jahr 30.000 bis 40.000 Reichsmark aus der Fabrikkasse entnommen, hat sich aus dem Fabriksvermögen ein Auto um RM 7.000,- angeschafft, hat den gutgehenden Betrieb durch Sperrung von Abteilungen nur auf die Lohngerberei beschränkt, und hat sonst auch Schäden verschiedener Art, ziffernmässig kleineren Umfangs, im Betriebe angerichtet [...]. Ein Teil der Gefolgschaft wurde entlassen und arbeitslos gemacht. Wegen Nichtbezahlung des Kaufschillings war eine Entrichtung der Reichsfluchtsteuer und Juva³⁸ bisher nicht möglich und daher die Auswanderung der Juden verhindert.“³⁹

Jüdisches Erbe getilgt

Ikonen der Wiener Modeindustrie wurden übernommen: Das Kaufhaus Herzmansky galt damals als eines der größten und prominentesten Kaufhäuser Wiens, als ein Haus von Weltruf und einheimisches Pendant zu den

³⁷ AdR 06, VVSt., Kt. 1408, Mappe: Korrespondenz Sch-St, August 1938 – Juni 1940, Schreiben Abtlg. Export an Regierungsrat Wagner, 16. 2. 1939.

³⁸ Judenvermögensabgabe.

³⁹ AdR 06, VVSt., Kt. 1408, Mappe: Korrespondenz S, August 1938 – Juni 1940, Ostmärkische Revisions- und Treuhand Gesellschaft mbH an Reichswirtschaftsministerium, Berlin, 9. 11. 1939.

prächtigen Konsumpalästen, wie man sie in Paris oder Berlin fand. In dem repräsentativen Gebäude in der Mariahilfer Straße / Ecke Stiftgasse befanden sich im Erdgeschoß die Mieder-, die Leinen- und die Schirmabteilung sowie die Verkaufsstelle für Herrenmode. Der 1. Stock beherbergte das Kaffeehaus, die Seidenabteilung und die Hausmeisterwohnung. Die Schneiderwerkstätten und die Konfektionsabteilung waren im 2. Stock untergebracht, im 3. Stock befand sich eine Strumpffabrik. Sie wurde erst im Herbst 1934 mit sämtlichen Maschinen eingerichtet und beschäftigte ca. 80 Arbeiter und Arbeiterinnen.⁴⁰

Im Wiener Adressverzeichnis Lehmann (1937) firmierte „A. Herzmansky, Spezial-Kaufhaus für Textil- und Modewaren“ mit dem Zusatz „persönlich haftender Gesellschafter: Max Delfiner“ prominent in der Rubrik „Modenhäuser“. Das Herzmansky wurde durch eine Gruppe rund um die Vorarlberger Textilgroßfirmen F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg „arisiert“. Die Genehmigung der Vermögensverkehrsstelle wurde im Juni 1938 erteilt.⁴¹ In der zwischen den kommissarischen Leitern der Fa. A. Herzmansky, Richard Fritsche und Rudolf Valenta (Träger des goldenen Ehrenzeichens der Partei), sowie den Proponenten der neu zu gründenden Firma, Gustav Baron Wagner-Wehrborn, Prokurist der Fa. F. M. Hämmerle, Dornbirn, und Dkfm. Hermann Rhomberg, Gesellschafter der Fa. Franz M. Rhomberg Dornbirn–Wien, geschlossenen Vereinbarung hieß es zynisch, man habe großes „Interesse an dem Weiterbestand des Betriebes, dem auch durch die kurze Zeit des Besitzes Max Delfiner nicht der Charakter eines Wahrzeichens der Stadt Wien genommen werden konnte“. Dies klang geradeso, als habe es ein jüdisches Erbe in der Textilbranche gar nicht gegeben.

Im Mai 1940 vergrößerten die „Ariseure“ ihr Textilimperium durch ein weiteres Unternehmen.⁴²

Max Delfiner, der Besitzer des Kaufhauses Herzmansky und der Seidenweberei Delfiner in der Lebergasse 56 in Wien-Simmering hatte Wien 1938 in

⁴⁰ AdR 06, VVSt., Kt. 266, H 1672, Bericht der Treuverkehr, 6. 9. 1939.

⁴¹ Ebenda, Brief der Rechtsanwälte Pieta und Schlitter an die Abwicklungsstelle der Vermögensverkehrsstelle v. 26. 3. 1942.

⁴² Ebenda, Österreichische Kontrollbank für Industrie und Handel an Abwicklungsstelle der Vermögensverkehrsstelle, z. H. Min. Rat Dr. v. Peichl, 15. 5. 1940: „Wir beabsichtigen mit Bewilligung des Reichswirtschaftsministeriums in den nächsten Tagen die Unternehmung H. Sternberg jun., Wien VII., Kaiserstraße 39, zu erwerben und an die Industriellen Rhomberg und Hämmerle weiterzuveräußern. Die beiden Genannten haben von der VVSt. seinerzeit die Firma A. Herzmansky zugesprochen erhalten.“

Richtung Frankreich verlassen. Seine Wohnung in der Peter-Jordan-Straße 35 im 19. Bezirk wurde später von SS-Gruppenführer Kaltenbrunner bewohnt. Delfiners gesamtes Vermögen wurde im September 1941 von der Gestapo infolge des Ausbürgerungsverfahrens beschlagnahmt.⁴³

⁴³ AdR 06, VVSt., Kt. 381, VA 62.188, Vermögensanmeldung Max Delfiner.

DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES

TÄTIGKEITSBERICHT 2008

2008 konnte das DÖW auf sein **45-jähriges Bestehen** zurückblicken. Im Jahr 1963 von ehemaligen Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern sowie Wissenschaftern gegründet, hat es sich das DÖW seit seinen Anfängen zur Aufgabe gemacht, die Geschichte des Widerstandes und der Verfolgung in der NS-Zeit zu erforschen, zu bewahren und an die nächste Generation weiterzugeben. Anlässlich des Jubiläums erschien die Publikation *Behalten – Erforschen – Vermitteln. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*, die die Vielfalt der im DÖW bearbeiteten Forschungsthemen belegt und darüber hinaus den Beitrag aufzeigt, den das DÖW in den vergangenen Jahrzehnten zur zeitgeschichtlichen Forschung in Österreich leistete. Nicht zuletzt setzen sich die Beiträge mit der inhaltlichen Positionierung des DÖW und seiner Schwerpunktsetzung auseinander. Dies war auch Thema der Tagung *45 Jahre DÖW – Forschung und Vermittlung zur Geschichte des Nationalsozialismus* und insbesondere der in diesem Rahmen stattfindenden Podiumsdiskussion *Verortung des DÖW in der Forschungs- und Gedenklandschaft* im Dezember 2008.

Nach der Neugestaltung der permanenten Ausstellung des DÖW 2005 konnte im Juli 2008 im Otto-Wagner-Spital der Stadt Wien mit der neuen Dauerausstellung der **Gedenkstätte Steinhof** das seit Mai 2002 aus mobilen Ausstellungstafeln bestehende Provisorium beendet werden. Die Arbeit der vom DÖW betreuten Gedenkstätte, die der Aufklärung über die NS-Medizinverbrechen in Wien und der Erinnerung an deren Opfer dient, hat damit eine völlig neue Grundlage erhalten. Mit der Neugestaltung war auch eine inhaltliche Aktualisierung und Erweiterung verbunden, die an den neuesten Forschungsstand anschließt.

Seinem Selbstverständnis als **Schnittstelle zu Wissenschaft, Opferorganisationen und einer interessierten Öffentlichkeit** gemäß will das DÖW über die *scientific community* hinaus das Interesse eines breiteren Publikums an zeitgeschichtlichem Wissen wecken. So haben wir etwa in Kooperation mit der Katholischen Jugend Wien und dem Diözesanarchiv der Erzdiözese Wien im Oktober 2008 auf dem Wiener Stephansplatz die

Ausstellung *Österreichischer Widerstand 1938–1945* gezeigt. In diesem Sinne bieten wir aber auch mit unserer Website **www.doew.at** einen niederschweligen Einstieg, der nicht zuletzt eine nicht-wissenschaftliche Öffentlichkeit ansprechen soll: Im Gedenkjahr 2008 konnten wir erfreulicherweise rund 100.000 BesucherInnen pro Monat (und insgesamt weit über 3,500.000 Seitenaufrufe) verzeichnen.

Näheres zu den abgeschlossenen und laufenden DÖW-Projekten sowie zu unseren Beständen siehe im Folgenden.

Vorstand/Kuratorium

Im Rahmen der Kuratoriumssitzung des DÖW mit der statutengemäß vorgesehenen Neuwahl des Vorstands wurde am 13. März 2008 der bisherige Vorstand wiedergewählt.

Vorstand 2008

Ehrenpräsident: Landtagspräs. a. D. Hubert Pfoch († 10. Juli 2008).
Präsident: BM a. D. Rudolf Edlinger. *Vizepräsidenten:* KR Dr. Gerhard Kastelic, Prof. Hugo Pepper, Staatssekretär a. D. Dr. Ludwig Steiner, Abg. a. D. Prof. Alfred Ströer, Oskar Wiesflecker. *Kassier:* Prof. Dr. Jonny Moser. *Kassier-Stv.:* Othmar Burian. *Weitere Mitglieder:* Sr. Dr.ⁱⁿ Edith Beinhauer, Obersenatsrat Univ.-Prof. Dr. Hubert Christian Ehalt, Prof. Rudolf Gelbard, Sekt. Chef i. R. Dr. Wilhelm Grimburg, Präs. d. VwGH Univ.-Prof. Dr. Clemens Jabloner, RA Dr. Heinrich Keller, Präs. d. IKG Dr. Ariel Muzicant, Abg. a. D. Ing. Ernst Nedwed, Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer, Univ.-Doz. Dr. Bertrand Perz, Prof. Rudolf Sarközi, HR Univ.-Doz. Dr. Georg Schmitz, OSR Dr. Kurt Scholz, Abg. z. NR Mag.^a Terezija Stoitsits, Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Erika Weinzierl, MR Mag. Manfred Wirtitsch, Dr. Helmut Wohnout. *Wissenschaftliche Leitung:* HRⁱⁿ Univ.-Doz.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer. *Kontrolle:* OSRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Josefa Breuer, Friederike Krenn, Mag. Peter Soswinski.

2008 starb der Ehrenpräsident des DÖW, Landtagspräs. a. D. Hubert Pfoch. Aus dem Kreis unserer Kuratoriumsmitglieder verstarben im Be-

richtsjahr Gertrude Fröhlich-Sandner, Prof. Dr. Hanns Jäger-Sunstenau, Dr. Wolfgang Schmitz, Dr. Fred Sinowatz und Prof. Dr. Helmut Zilk. Ebenso betrauern wir das Ableben unserer langjährigen ehrenamtlichen Mitarbeiterin Zita Alram.

Wie in den letzten Jahren erfolgte die Tätigkeit des Vereins Dokumentationsarchiv in engster Zusammenarbeit und in bestem Einvernehmen mit der Stiftung Dokumentationsarchiv. Deren Leitungsgremium, dem Stiftungsrat, gehören VertreterInnen der drei Stifter – Republik Österreich, Stadt Wien und Verein Dokumentationsarchiv – an.

Der Vorstand dankt allen Kuratoriumsmitgliedern und Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern des DÖW für die geleistete Arbeit sowie den FreundInnen und Förderinnen/Förderern des DÖW für ihre ideelle und finanzielle Unterstützung.

Publikationen/abgeschlossene Projekte 2008

- *Bewahren – Erforschen – Vermitteln. Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*

In der Publikation werden die Forschungsschwerpunkte des DÖW dargestellt und darüber hinaus Erfolge, aber auch bei den Arbeiten auftauchende Probleme thematisiert.

Mit Beiträgen von: Heinz Arnberger, Brigitte Bailer, Herwig Czech, Herbert Exenberger, Winfried R. Garscha, Elisabeth Klamper, Claudia Kuretsidis-Haider, Hans Landauer, Wilhelm Lasek, Barry McLoughlin, Christa Mehany-Miterrutzner, Wolfgang Neugebauer, Andreas Peham, Stephan Roth, Christine Schindler, Peter Schwarz, Ursula Schwarz, Gerhard Ungar, Josef Vogl.

Redaktion: Christine Schindler

Lit Verlag, 190 Seiten

- *Wolfgang Neugebauer / Peter Schwarz, Stacheldraht, mit Tod geladen ... Der erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938*

Mindestens 8000 Österreicher wurden 1938 in das KZ Dachau eingeliefert. Bereits drei Wochen nach dem „Anschluss“ war am 2. April 1938 der erste Transport mit 150 österreichischen Häftlingen in Dachau eingetroffen – ein Auftakt für in der Geschichte beispiellose Repressionen, Deportationen und Massenmorde.

Ausgehend vom NS-Terror in Österreich im März/April 1938 erörtern Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz die Zusammensetzung des so genannten Prominententransports und gehen u. a. auf die Behandlung der Häftlinge, kulturelle und politische Aspekte sowie Gründe für Haftentlassungen ein.

Die Broschüre wurde im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs im DÖW redaktionell betreut und für den Druck vorbereitet.

Redaktion: Christine Schindler

Arbeitsgemeinschaft der KZ-Verbände und Widerstandskämpfer Österreichs, 55 Seiten

- *Wolfgang Neugebauer / Kurt Scholz / Peter Schwarz (Hrsg.), Julius Wagner-Jauregg im Spannungsfeld politischer Ideen und Interessen – eine Bestandsaufnahme. Beiträge des Workshops vom 6./7. November 2006 im Wiener Rathaus (= Wiener Vorlesungen. Forschungen, Bd. 3)*

Persönlichkeit und Lebenswerk des österreichischen Psychiaters und Nobelpreisträgers Julius Wagner-Jauregg (1857–1940) sind in den letzten Jahren zunehmend in das Blickfeld politischer, publizistischer und wissenschaftlicher Auseinandersetzungen geraten.

Die Beiträge thematisieren Wagner-Jaureggs rassenhygienische Positionen, sein Verständnis von Eugenik, seine politische Sozialisation und Annäherung an die NSDAP sowie sein ambivalentes Verhältnis zum Antisemitismus. Im Zentrum des Interesses steht die Frage nach den Motiven für Wagner-Jaureggs Antrag auf Aufnahme in die NSDAP, den er im Alter von 83 Jahren wenige Monate vor seinem Tod stellte.

Mit Beiträgen von Gerhard Botz, Monika Löscher, Thomas Mayer, Wolfgang Neugebauer, Peter Schwarz.

Die Publikation wurde im Auftrag des Kulturstamts der Stadt Wien (Wiener Vorlesungen) im DÖW redaktionell betreut und für den Druck vorbereitet.

Redaktion: Christa Mehany-Miterrutzner

Peter Lang, 91 Seiten

Periodika

- *Jahrbuch 2008*. Schwerpunkt: Antisemitismus. Redaktion: Andreas Peham, Christine Schindler, Karin Stögner.

Mit Beiträgen von Alice Teichova, Frank Stern, Elisabeth Klamper, Andreas Peham, Karin Stögner, Elisabeth Kübler, Thomas Schmidinger, Heinz Wassermann, Werner Dreier, Matthias Falter, Hans Schafranek / Andrea Hurton, Gerhard Botz, Anna Maria Grünfelder.

Lit Verlag, 285 Seiten

- *Mitteilungen*. Erscheinungsweise: fünfmal jährlich. Auflage: 5000 Stück. Redaktion: Christa Mehany-Mitterutzner. Inhalt: Informationen über Projekte, Publikationen und andere Aktivitäten des DÖW; Serviceleistungen wie Veranstaltungshinweise, Rezensionen etc.; im PDF-Format auf der Website des DÖW.

Website: www.doew.at

Laufend:

- Aktuelles (Veranstaltungen, aktuelle Meldungen, neue Publikationen, Zugang zu Datenbanken und virtuellen Ausstellungen, PDF-Ausgabe der *Mitteilungen* etc.)
- Projekte (Kurzinfos, Projektberichte etc. zu den Schwerpunkten: Widerstand und Verfolgung | Holocaust | NS-Medizinverbrechen | Exil | Volksgerichtsbarkeit nach 1945 | Rechtsextremismus)
- Thema (Referate, Essays, Artikel etc.)
- Service (Information zu Archiv, Bibliothek und Ausstellung; Zusammenstellungen von Materialien aus Archiv, Fotoarchiv und Flugblattsammlung; ein weiterer Zugang zu Datenbanken und virtuellen Ausstellungen)
- Publikationen (Kurzinfos, Auszüge, Bestellmöglichkeit etc.)
- Information (Öffnungszeiten, MitarbeiterInnen etc.)
- Links (gegliedert in: Archive, Dokumentationszentren | Universitätsinstitute, Bibliotheken | Forschungseinrichtungen | Gedenkstätten | Museen, Ausstellungen | Pädagogische Einrichtungen | Vereine, Stiftungen, Initiativen | Websites zum Holocaust | Websites gegen Rechtsextremismus | Datenbanken)
- Grundinformationen in Englisch

Internetplattform zur permanenten Ausstellung des DÖW:

www.doew.at/ausstellung

Texte und Bilder sowie weiterführende Beiträge zu den inhaltlichen Schwerpunkten der Dauerausstellung des DÖW. Ebenfalls integriert sind die Zu-

gänge zu den Datenbanken *Österreichische Holocaust-Opfer* (mehr als 62.000 Datensätze) und *Nicht mehr anonym. Fotos aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien* (rund 3900 Fotos und Kurzbiographien). Inhalte, Sprache und Aufbau dieser Website sind insbesondere auch für SchülerInnen geeignet.

Die Ausstellungswebsite wurde durch die Stadt Wien finanziell gefördert; für die Zurverfügungstellung der so genannten Gestapo-Kartei, die 2001 im DÖW gescannt und in einer Datenbank erfasst wurde, danken wir dem Wiener Stadt- und Landesarchiv.

In Vorbereitung:

Im Berichtsjahr wurden eine Aktualisierung und Erweiterung der Datenbank *Nicht mehr anonym* sowie eine englischsprachige Auswahl vorbereitet.

Ein von BesucherInnen oftmals geäußerter Wunsch, die elektronische Suche in den Archivbeständen des DÖW – analog zum virtuellen Bibliothekskatalog – in die Website zu integrieren, ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Geplant ist aber die virtuelle Vorstellung von Bestandsgruppen sowie einzelner Nachlässe bzw. Abfragemöglichkeiten nach ausgewählten – nicht personenbezogenen – Sachkriterien.

Laufende Projekte

Schwerpunkt Holocaust

● *Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer*

Trotz des vorläufigen Abschlusses des Projekts (2001) wurden auch im Berichtsjahr neu auftauchende Namen von Opfern in die Datenbank aufgenommen. Ebenso fungierten wir als Anlaufstelle für Angehörige und Freunde von Holocaustopfern aus dem In- und Ausland, die Anfragen an uns richteten bzw. uns ergänzende Informationen zukommen ließen. Mit Datenmaterial unterstützen konnten wir auch so genannte „Stolperstein“-Projekte („Steine der Erinnerung“ an die Opfer der Shoah) in verschiedenen Wiener Bezirken, so u. a. in der Leopoldstadt, in der Josefstadt, in Mariahilf und im Alsergrund.

Schwerpunkt Widerstand und Verfolgung

● *Namentliche Erfassung der Opfer politischer Verfolgung 1938–1945*

Trotz zahlreicher Publikationen zur Thematik fehlt bislang eine empirisch gesicherte Basis für realistische Aussagen über die Zahl der österreichischen Opfer politischer Verfolgung während der NS-Zeit. Da die bisher veröffentlichten Zahlen zu diesem Personenkreis auf einer nicht mehr nachvollziehbaren Quellengrundlage beruhen, muss auch für die zu Tode gekommenen WiderstandskämpferInnen eine auf seriöser Recherchegrundlage beruhende Quantifizierung vorgenommen werden. Ziel des Projekts ist daher die quantitative Feststellung dieser Opferzahlen, um damit einen sachlich fundierten und faktenorientierten Opferdiskurs zu ermöglichen. Zum anderen stellt die namentliche Erfassung selbstverständlich auch einen notwendigen Akt des Gedenkens dar: jeder Einzelne der Toten soll aus der quantifizierten und daher anonymen Menge wieder herausgehoben und ihm/ihr der Name zurückgegeben werden.

Auf den Erfahrungen des Projekts *Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer* aufbauend werden in Kooperation mit dem Karl von Vogelsang-Institut die Namen und verfolgungsrelevanten Daten von Österreichern und Österreicherinnen erfasst, die im Zeitraum vom 11. März 1938 bis zum 8. Mai 1945 aus politischen Gründen durch das NS-Regime umkamen bzw. ermordet wurden. Konkret handelt es sich dabei um Opfer des SS- und Polizeiapparates, Opfer der NS-Justiz (sowohl Hingerichtete als auch während des Strafvollzuges Umgekommene), Todesopfer der Konzentrationslager und Tote von Massakern. Mit berücksichtigt werden auch Personen, die im Zuge der Verfolgung Selbstmord verübt haben. Als ÖsterreicherInnen gelten nicht nur jene Personen, die 1938 das „Heimatrecht“ bzw. die österreichische Staatsbürgerschaft besaßen, sondern – analog zum Opferfürsorgegesetz (OFG) – auch alle jene, die 1938 mindestens zehn Jahre in Österreich ihren Wohnsitz hatten.

Im Mittelpunkt der Arbeiten, die vom Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz, vom Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus und vom Österreichischen Versöhnungsfonds unterstützt wurden, stehen die systematische Erfassung und der datenbankgestützte Abgleich von großen Quellenbeständen, wobei sich als Ausgangsbasis Quellenbestände aus dem Bereich der Politischen Polizei, der Justiz, des Strafvollzuges sowie der Konzentrationslager anboten. Dank guter Kontakte zu Gedenkstätten im In- und Ausland konnten zahlreiche neue Quellen für

das Projekt erschlossen werden. Mit dem vorläufigen Projektende 2009 können dann erstmals empirisch gesicherte Opferzahlen präsentiert werden.

Nach der EDV-gestützten Aufarbeitung der entsprechenden Bestände im In- und Ausland sollen die Daten in geeigneter Form (zunächst als Datenbank, in einem weiteren Schritt als Publikation) öffentlich zugänglich gemacht werden. Bereits jetzt konnten wir durch die im Rahmen dieses Projekts erfassten Daten einige Forschungsvorhaben im inner- und außeruniversitären Bereich unterstützen, so etwa die Erfassung der österreichischen Häftlinge im KZ Sachsenhausen, für die im Juni 2008 eine Gedenktafel in der Gedenkstätte Sachsenhausen enthüllt wurde.

- *Gedenken und Mahnen in Niederösterreich und der Steiermark. Erinnerungszeichen zu Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung 1934–1945*

Ähnlich wie beim Pilotprojekt *Gedenken und Mahnen in Wien* werden – in Zusammenarbeit mit dem Verein *Erinnern für die Zukunft*, der Karl-Franzens-Universität Graz/Abteilung *Zeitgeschichte* und der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Forschungsprogramm *Orte des Gedächtnisses*) – Erinnerungszeichen in Niederösterreich und der Steiermark erfasst. Die Erinnerung an die NS-Herrschaft und an die Befreiung davon manifestierte sich vor allem in drei sehr unterschiedlichen Gedächtnislandschaften: 1) Erinnerungszeichen im Gedenken an die verschiedenen – politisch, militärisch und religiös begründeten – Formen widerständigen Verhaltens. 2) Zeichensetzungen im Gedenken an die Opfer des Holocaust bzw. an ausgelöschte jüdische Gemeinden sowie an zerstörte Synagogen oder Friedhöfe. 3) Monumentale Zeichensetzungen der sowjetischen Besatzungsmacht im Gedenken an die erfolgreiche Befreiung Österreichs. Alle erfassten Erinnerungszeichen wurden auch fotografisch festgehalten.

Projektziel ist es aber auch und vor allem, neben der Erfassung von Personen und Orten, auf die sich die gesellschaftliche Erinnerung an Widerstand, Verfolgung, Exil und Befreiung bezieht, durch die Recherche von Alter, Beruf, politischen Aktivitäten und erlittenen Verfolgungsmaßnahmen eine Verknüpfung mit konkreten Einzelschicksalen herzustellen. Die Dokumentation versteht sich somit selbst als „Denkmal“, wobei neben den zentralen Gedenkstätten sowie namhaften Personen das Schicksal und der Leidensweg unzähliger, nunmehr bereits in Vergessenheit geratener Menschen in das Zentrum gerückt werden.

● *Widerstand und Verfolgung in der Steiermark 1934–1945*

Projektziel ist die Erstellung einer kommentierten Quellenedition, mit der die Aktenlage zu Widerstand und Verfolgung in der Steiermark überblicksmäßig erfasst und damit eine Basis für weitere Lokalstudien geschaffen wird. Den Arbeiten liegt ein breiter Widerstandsbegriff zugrunde, der es ermöglicht, das ganze Spektrum von Widerstand, Opposition und Unzufriedenheit, von Diskriminierung und Verfolgung, also jede nonkonformistische Reaktion auf die Diktaturherrschaft – zumindest exemplarisch – zu dokumentieren. Gleichrangig dargestellt wird die nationalsozialistische Verfolgung aus rassistischen, religiösen und nationalen Gründen. Auch die Mitwirkung von Österreichern bei den nationalsozialistischen Terrormaßnahmen wird mit einbezogen (Volksgerichtsprozesse u. a.). Die Gliederung geht einerseits von den politischen Organisationen (v. a. Parteien), andererseits von übergeordneten politisch-sozialen Begriffen – wie Arbeiterbewegung oder katholisch-konservatives Lager – aus, wodurch ein ganzes Spektrum von Widerstand und Opposition zusammenhängend präsentiert werden kann, etwa für die Arbeiterbewegung: Arbeitsverweigerung, Streik, Arbeitsvertragsbrüche, Unmutsäußerungen, Sabotage, politische Organisationen. Als Quellen werden Justizdokumente, Materialien des Polizei- und Sicherheitsapparats, Gesetze, amtliche Erlässe, Materialien der WiderstandskämpferInnen und der Widerstandsgruppen ebenso wie Aussagen, Berichte und Interviews aus der Zeit nach 1945 herangezogen und auszugsweise wiedergegeben.

Aus organisatorisch-finanziellen Gründen mussten die Arbeiten einige Jahre ausgesetzt werden; seit 2006 wird in Kooperation mit dem Institut für Geschichte der Universität Graz an der Fertigstellung der Dokumentation gearbeitet. Ein entsprechendes Projekt, finanziert durch den Zukunftsfonds der Republik Österreich, wurde Ende 2008 abgeschlossen. Die Bände zu *Widerstand und Verfolgung in der Steiermark* werden Ende 2009 erscheinen.

Im Rahmen dieser Reihe sind bisher insgesamt 13 Bände erschienen (Wien, Burgenland, Oberösterreich, Tirol, Niederösterreich, Salzburg). Die Arbeiten an einer entsprechenden Dokumentation über Widerstand und Verfolgung in Kärnten sind ebenfalls angelaufen.

● *Biographisches Handbuch der österreichischen Diplomaten 1918–1955*

Kooperationsprojekt mit der Österreichischen Gesellschaft für historische Quellenstudien (HRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Gertrude Enderle-Burcel) über österreichische Diplomaten 1918–1955 – darunter zahlreiche Widerstandskämpfer und Ver-

folgte – analog zu früheren Gemeinschaftspublikationen (Diener vieler Herren. Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945, Wien 1997; Christlich – Ständisch – Autoritär. Mandatare im Ständestaat, Wien 1991). Eine weitere Publikation mit Biographien von Ständestaat- und NS-Gemeinderäten in Wien – *Wiener Räte 1934–1938 und Ratsherren 1939–1945* – wurde im Berichtsjahr vorbereitet und soll 2009 publiziert werden.

● Die Daten für eine gemeinsam mit der Philipps-Universität Marburg geplante *Online-Ausgabe der Gestapo-Tagesberichte Wien*, die im Saur Verlag, München, im Rahmen der Online-Edition zu Quellen der deutschen Geschichte herausgegeben wird, wurden im Berichtsjahr für die Veröffentlichung vorbereitet. Dazu wurden sämtliche erhaltene Tagesberichte der Gestapo-Leitstelle Wien gescannt und ein Findbehelf, der Abfragen nach verschiedenen Kriterien (Namen, Verfolgungskomplexe etc.) erlaubt, erstellt. Das DÖW verfügt nunmehr über etwa 95 % der gesamten Tagesrapporte der Gestapo-Leitstelle Wien und damit über einen einzigartigen Quellenbestand im deutschsprachigen Raum, der bereits jetzt im DÖW EDV-gestützt zugänglich ist.

Ebenfalls im Gange sind Arbeiten an der Publikation zu einem weiteren Kooperationsprojekt mit der Philipps-Universität Marburg über die *Nazifizierung der österreichischen Justiz 1938–1945*. Derzeit werden die Datenbanken für die analytische Auswertung bearbeitet.

Schwerpunkt NS-Medizinverbrechen

● Von 1940 bis 1945 existierte auf dem Gelände der Heil- und Pflegeanstalt „Am Steinhof“ (des heutigen Otto Wagner-Spitals) unter der Bezeichnung „Am Spiegelgrund“ eine so genannte „Kinderfachabteilung“, in der rund 800 kranke oder behinderte Kinder und Jugendliche umkamen.

Die Hintergründe der Verbrechen ebenso wie den Umgang damit nach 1945 dokumentieren die vom DÖW erstellte virtuelle Ausstellung *Der Krieg gegen die „Minderwertigen“: Zur Geschichte der NS-Medizinverbrechen in Wien* (www.gedenkstaeetesteinhof.at) bzw. eine vom DÖW betreute Ausstellung im Pavillon V-Gebäude des Otto Wagner-Spitals, in der Führungen und Gespräche mit ZeitzeugInnen angeboten werden.

Öffnungszeiten: Mittwoch bis Freitag (werktags), 10.00 bis 17.00 Uhr sowie nach Vereinbarung, Tel.: 22 89 469/319).

2008 konnte die Ausstellung mit Unterstützung der Stadt Wien, des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus sowie des Wiener Krankenanstaltenverbands völlig neu gestaltet werden. Die Eröffnung erfolgte am 2. Juli 2008 u. a. im Beisein des Wiener Kulturstadtrats Mag. Dr. Andreas Mailath-Pokorny und der Gesundheitsstadträtin Mag.^a Sonja Wehsely sowie der Generalsekretärin des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus Mag.^a Hannah Lessing. Die Website der Ausstellung wurde ebenfalls überarbeitet, weitere inhaltliche Erweiterungen sind geplant.

- Weiters wird derzeit an dem durch die Hochschuljubiläumsstiftung geförderten Projekt *Der lange Schatten der NS-Medizin. Brüche und Kontinuitäten nach 1945* (geplanter Abschluss: Frühjahr 2009) gearbeitet.

Schwerpunkt Exil

- Derzeit sind Arbeiten für die Publikation der Ergebnisse des abgeschlossenen Projekts *Biographisches Handbuch der österreichischen Opfer des Stalinismus (bis 1945)* im Gange; in diesem Rahmen soll auch eine Datenbank mit Angaben zu den bisher ermittelten Opfern auf der Website des DÖW eingerichtet werden.

Schwerpunkt Volksgerichtsbarkeit nach 1945

Die seit zehn Jahren am DÖW tätige *Forschungsstelle Nachkriegsjustiz* (www.nachkriegsjustiz.at) berät Studierende und FachkollegInnen bei der Suche nach Gerichtsverfahren wegen NS-Verbrechen und der Lokalisierung der dazugehörigen Akten, sammelt Kopien einschlägiger Justizakten und organisiert wissenschaftliche Veranstaltungen. Forschungsprojekte werden teilweise gemeinsam mit anderen Einrichtungen – wie Landesarchiven oder Universitätsinstituten – durchgeführt und aus Drittmitteln finanziert. Die im Rahmen derartiger Projekte gesammelten und teilweise ausgewerteten Materialien werden laufend in die Bestände des Dokumentationsarchivs integriert und unterliegen den DÖW-Benützungsbestimmungen. Nur in wenigen Fällen ist die Benützung an besondere Auflagen gebunden. Das gilt insbesondere für die Akten von Gerichtsverfahren, für die – weil seit deren Abschluss noch keine fünfzig Jahre verstrichen sind – eine richterliche Genehmigung einzu-

holen ist. Paragraph 77 der seit 1. 1. 2008 gültigen neuen Strafprozessordnung brachte hinsichtlich der Verwendung von Akten der Staatsanwaltschaften und Gerichte als historische Quelle die wichtige Neuregelung, dass alle während einer Gerichtsverhandlung öffentlich gewordenen Informationen aus einem Strafakt nunmehr frei verwendbar sind. Andererseits wurden für die übrigen Teile des Akts die Rechte der Betroffenen auf Schutz ihrer Privatsphäre gestärkt.

Die beiden größten Bestände der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz sind Papierkopien von Anklageschriften und Urteilen Wiener Volksgerichtsprozesse wegen NS-Gewaltverbrechen sowie Mikrofilme, auf denen – jeweils komplett verfilmte – Akten von Wiener Gerichtsverfahren wegen Verbrechen an Jüdinnen und Juden gespeichert sind; die Anfertigung dieser Mikrofilmkopien wurde durch Kooperationsprojekte mit Yad Vashem und dem US Holocaust Memorial Museum ermöglicht, die 2009 auslaufen. Allerdings wurden die Akten des Wiener Volksgerichts von der Justiz 2006 an das Wiener Stadt- und Landesarchiv abgegeben, sodass diese seither dort unter den üblichen Archivbestimmungen für die wissenschaftliche Forschung eingesehen werden können

Schwerpunkt Restitution / Entschädigung für NS-Opfer

Das DÖW und insbesondere dessen wissenschaftliche Leiterin Brigitte Bailer setzen sich schon seit Anfang der 1990er Jahre mit den historischen Entstehungsbedingungen der Opferfürsorgegesetzgebung und deren Auswirkungen auf die verschiedenen Opfergruppen auseinander. Im Auftrag der Historikerkommission, der sie 1998–2003 als Mitglied und stellvertretende Vorsitzende angehörte, untersuchte Bailer auch die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung anhand österreichischer und internationaler Quellen und legte eine erste umfassende Darstellung der Nachkriegspolitik gegenüber den NS-Opfern im Spannungsfeld zwischen Innen- und Außenpolitik vor. Seither folgten mehrere selbstständige Publikationen und Beiträge in Sammelbänden und Zeitschriften, die sich sowohl mit der Restitutionsgesetzgebung befassen als auch auf die Perspektive der Opfer abzielen.

Das DÖW leistet neben der theoretisch-wissenschaftlichen Arbeit auf diesem Gebiet durch Beratung, Zurverfügungstellung von Dokumenten etc. auch konkrete Hilfestellung für AntragstellerInnen insbesondere nach dem Opferfürsorgegesetz und gibt Auskünfte zu den Anspruchsvoraussetzungen

für die Gestezahlung des Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus.

Schwerpunkt Rechtsextremismus / „Revisionismus“

Die Chronik *Neues von ganz rechts* (elektronisch archiviert ab 1998 auf der Website des DÖW: www.doew.at) bietet neueste Informationen über rechts-extreme und neonazistische Aktivitäten und spiegelt gleichzeitig rechtsextreme Tendenzen der jüngsten Vergangenheit wider. Ebenfalls abrufbar ist eine Auswahl von rechtsextremen Organisationen, Vereinen und Medien auf Basis des Rechtsextremismus-Handbuchs.

Derzeit laufen Vorbereitungen für eine Online-Ausgabe des immer wieder nachgefragten *Handbuchs des österreichischen Rechtsextremismus*, um damit besser als mit einer gedruckten Publikation auf die sich rasch ändernde Szene reagieren zu können.

Archiv- und Bibliotheksbestände

Beratungs- und Betreuungstätigkeit

Die Sammlung, Aufarbeitung und schließlich Archivierung aller Materialien zählen zu den wichtigsten und aufwendigsten Arbeiten unserer MitarbeiterInnen.

2008 besuchten das DÖW rund 900 Interessierte, die pro Person im Schnitt viermal beraten und betreut wurden. Zusätzlich wurden zahlreiche schriftliche und telefonische Anfragen beantwortet; stark angestiegen sind in diesem Bereich E-Mail-Anfragen aus dem In- und Ausland. Wir waren hierbei Ansprechpartner für StudentInnen (Seminar- und Diplomarbeiten sowie Dissertationen), SchülerInnen (zeitgeschichtliche Referate, Fachbereichs- und Projektarbeiten), WissenschaftlerInnen (Recherchen für Forschungsprojekte, Publikationen und Ausstellungen), ExpertInnen aus den Bereichen Medien, Kultur, Erwachsenenbildung, Schule, gewerkschaftliche Bildungsarbeit sowie interessierte Einzelpersonen.

Insbesondere freuen wir uns über die große Anzahl von Lehrerinnen und Lehrern im 1. Dienstjahr, die im Rahmen ihrer Ausbildung das Archiv und die Ausstellung des DÖW kennenlernen und hier über die Möglichkeiten projektbezogener SchülerInnenarbeiten informiert werden.

Arbeitsbereich Archiv

Wissenschaftliche Forschungsprojekte sowie Schenkungen (Nachlässe) bilden die Hauptquellen für die Erweiterung des Archivs des DÖW, das zu rund drei Vierteln aus (meist auszugsweisen) Kopien aus in- und ausländischen Archiven und Privatsammlungen besteht.

Aus konservatorischen Gründen musste 2008 der Bestand der Personalakten des KZ-Verbands 1945–1948 für BenutzerInnen ausnahmslos gesperrt werden. Eine detaillierte elektronische Auswertung wird im Laufe des Jahres 2009 über die Computer-Terminals im BenutzerInnenraum des DÖW zur Verfügung stehen. Mittelfristig ist geplant, den Gesamtbestand einzuscannen und auf diese Weise wieder für die Forschung freizugeben.

Im Zuge der Übernahme von Akten(kopien) erfolgt die elektronische Katalogisierung („Archidoc“) und die Erschließung durch Auswertung nach dem Akteninhalt sowie den „Hauptpersonen“ im Akt. An der laufenden Revision des elektronischen Findhilfsmittels beteiligten sich 2008 auch zwei Mitarbeiterinnen am Projekt *Namentliche Erfassung der Opfer der politischen Verfolgung*, die Schreibfehler und Irrtümer in „Archidoc“-Einträgen, die während der Projektarbeit offenkundig wurden, korrigierten.

Dank der Mithilfe ehrenamtlicher MitarbeiterInnen konnte auch die Erschließung der Altbestände des DÖW weiter komplettiert werden. Solange diese nicht abgeschlossen ist, empfiehlt sich für die Namensrecherche aber weiterhin, zusätzlich zur elektronischen Findhilfe den Zettelkatalog im BenutzerInnenraum des DÖW zu konsultieren. Er stellt die Namenskartei der so genannten Alt-Akten dar, d. h. der vor der Umstellung auf elektronische Findhilfsmittel 1987 an das DÖW gelangten Akten.

Archiv/Spezialsammlungen

- *Erzählte Geschichte* (Lebensgeschichtliche Interviews mit rund 1000 Personen, die während des NS-Regimes Widerstand leisteten bzw. Verfolgungen ausgesetzt waren; rund 70 Interviews mit Teilnehmern an den Februarkämpfen 1934. Archivierung als Abschrift bzw. als Tonbandkassette). Die über 2800 Tonbandkassetten der Interviewsammlung sind durch eine EDV-gestützte Personen- und Schlagwortkartei erschlossen und wurden 2004 digitalisiert und damit auch für die Zukunft gesichert.

- *Filme, Videos, Tonbänder*

- *Fotosammlung* (rund 10.800 Katalognummern mit über 42.000 Bildern, zum Großteil EDV-gestützt erfasst; der Bestand der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo Wien ist digital erfasst)
- *Frauen-KZ Ravensbrück* (Unterlagen über die Lager Ravensbrück und Uckermark; Akten über den Prozess gegen die Wachmannschaft und die SS-Ärzte des KZ Ravensbrück, Hamburg 1946–1948)
- *Mikrofilme* (Akten von NS-Behörden aus amerikanischen und britischen Archiven; Quellenmaterial des *Biographischen Handbuchs der deutschsprachigen Emigration nach 1933*: zumeist Fragebögen, Zeitungs- und Zeitschriftenausschnitte über rund 25.000 EmigrantInnen; Akten der österreichischen Volksgerichte nach 1945: vorläufig nur Akten des Volksgerichts beim Landesgericht Wien, Benützung an besondere Auflagen gebunden)
- *Plakate* (rund 3000 Plakate, beginnend mit der Zeit des Ersten Weltkriegs bis in die Gegenwart; die Neukatalogisierung des Bestands ist im Gange, mittelfristig ist eine virtuell zugängliche digitale Sammlung geplant)
- *Rechtsextremismus-Sammlung* (Material zu mehr als 150 – existierenden und nicht mehr existierenden – österreichischen sowie rund 100 deutschen Organisationen, Parteien, Medien u. Ä., insbesondere Zeitungsausschnitte, rechtsextreme Periodika, Flugblätter, Bücher)
- *Spanien-Dokumentation* (Unterlagen über die Beteiligung von mehr als 1000 Österreichern und Österreicherinnen am Spanischen Bürgerkrieg; rund 400 Personen sind nur über Hinweise erfasst)
- *Museumsgegenstände* (KZ-Kleider, Uniformen, Kappen, Handarbeiten aus KZ, Gefängnissen und Internierungslagern, diverse Fahnen, Embleme, Abzeichen, Orden, Armbinden, Erinnerungsalben, Lagergeld, Ausweise, Pässe, Formulare, Stempel u. a.)

Arbeitsbereich Bibliothek

Im Bereich der Bibliothek, deren Bestände fast zur Gänze EDV-mäßig erfasst sind, konnten 2008 wieder beträchtliche Zuwächse verzeichnet werden. Die Bibliothek wuchs auf rund 39.000 Titel an, wobei die einzigartige Sammlung der FIR über internationalen Widerstand, in einem gesonderten Katalog erfasst, nicht mitgezählt ist.

Der elektronische Katalog der DÖW-Bibliothek (rund 50.000 Einträge) ist sowohl im Intranet als auch über die Homepage des DÖW sowie über W@P (<http://doew.at/wap>) abrufbar und wird laufend erweitert.

Bibliothek/Spezialsammlungen

- *Flugblätter, Broschüren, Zeitungen österreichischer Widerstandsgruppen* 1934–1945 (ca. 10.000 Exemplare; *Periodika*: Österreich 1934–1938, 1938–1945, Deutschland 1933–1945; Untergliederung nach politischen Gruppierungen und deren Unterorganisationen. *Flugblätter, Streuzettel, Broschüren*: 1934–1938, 1938–1945, alliierte Kriegspropaganda; Untergliederung nach Staaten und Serien)
- *Exil* (rund 5000 Bände; Publikationen und Periodika österreichischer Exilorganisationen; Exilliteratur; deutsche Exilliteratur; Sekundärliteratur zur Exilforschung)
- *Bibliothek der FIR* (5000 Bände; thematischer Schwerpunkt: europäischer Widerstand)
- *Spanischer Bürgerkrieg* (über 1000 Bände)
- *Judaica* (2500 Bände)
- *Zeitungsausschnittarchiv* (nach Personen bzw. nach Sachgebieten geordnet; Österreich-Sammlung aus englischen, amerikanischen und kanadischen Publikationen; fortlaufende Ergänzung)

Auseinandersetzung mit rechtsextremen Tendenzen

Das DÖW hat seit seinen Anfängen der Auseinandersetzung mit dem organisierten Rechtsextremismus und Neonazismus große Bedeutung zugemessen. Im Fokus des Interesses standen dabei sowohl die historische Entwicklung als auch die Bestandsaufnahme des jeweils gegenwärtigen Rechtsextremismus (Organisationen, Personen, Ideologie, Aktivitäten etc.). Das Erstarken rechtsextremer und rechtspopulistischer Parteien in Europa ebenso wie die Entstehung neuer Feindbilder seit dem Ende des Ost-West-Konflikts haben zu neuen Herausforderungen in der Auseinandersetzung mit gegenwärtigen rassistischen Tendenzen und Vorurteilen geführt. Insbesondere in den letzten Jahren machen sich der internationale Schulterchluss zwischen Holocaust-Leugnern und islamistischen Gruppierungen und neue antisemitisch konnotierte Allianzen zwischen der äußersten Linken und der äußersten Rechten bemerkbar. Dieser Entwicklung trug das DÖW u. a. im Rahmen einer im März/April 2008 gemeinsam mit dem Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung durchgeführten Veranstaltungsreihe *Antisemitische Kontinuitäten* Rechnung. Auch das DÖW-Jahrbuch 2008 widmete sich schwerpunktmäßig dem Thema *Antisemitismus*.

Wie in den Jahren zuvor unterstützte das DÖW auch 2008 zahlreiche Initiativen, vor allem von PublizistInnen und Einzelpersonen, bei Auseinandersetzungen mit rechtsextremen Tendenzen. Darüber hinaus referierten DÖW-MitarbeiterInnen vor Schulklassen, im Bereich der Erwachsenenbildung, bei Podiumsdiskussionen und sonstigen Veranstaltungen in ganz Österreich zur Thematik *Rechtsextremismus/„Revisionismus“* (Verharmlosung bzw. Leugnung der NS-Verbrechen).

Geschichtsvermittlung/Veranstaltungen 2008

Eines unserer wichtigsten Anliegen, die Vermittlung unserer Forschungsergebnisse und -vorhaben an einen breiten Kreis von Interessierten, beinhaltet die Durchführung eigener Veranstaltungen (siehe Veranstaltungskalender weiter unten) ebenso wie Vorträge, die Teilnahme an Diskussionen und Gedenkveranstaltungen, an wissenschaftlichen Tagungen und Konferenzen im In- und Ausland sowie Beiträge für in- und ausländische Publikationen seitens unserer MitarbeiterInnen. Ein nicht unwesentliches Element dieser Vermittlungstätigkeit sind Lehrveranstaltungen im universitären und außer-universitären Bereich: MitarbeiterInnen wirkten bei Seminaren für GeschichtslehrerInnen und an LehrerInnenfortbildungsveranstaltungen mit; Lehrveranstaltungen an der Universität Wien hielten im Sommersemester 2008 und Wintersemester 2008/2009 Univ.-Doz.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer (wissenschaftliche Leiterin des DÖW) und Hon.-Prof. Dr. Wolfgang Neugebauer (ehemaliger wissenschaftlicher Leiter). Im Rahmen der Gedenkveranstaltungen im März 2008 traten die wissenschaftliche Leiterin des DÖW und DÖW-MitarbeiterInnen als RednerInnen auf und wurden von verschiedenen Medien als ExpertInnen befragt.

Einige der älteren, ehrenamtlichen MitarbeiterInnen des DÖW berichteten 2008 als ZeitzeugInnen in Schulen über ihre Erlebnisse während der Zeit des Nationalsozialismus.

Das DÖW unterstützte mehrere Veranstaltungen befreundeter Institute und Forschungseinrichtungen wie beispielsweise die Veranstaltungsreihe *Wiener Akademie des Exils*, die von der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung (öge) und den Wiener Vorlesungen durchgeführt wurde.

Die permanente Ausstellung beherbergt das neue Veranstaltungszentrum des DÖW, das für DÖW-interne Veranstaltungen ebenso wie für Vorträge,

Filmvorführungen etc. befreundeter Institute und Forschungseinrichtungen sowie Lagergemeinschaften genützt wird.

Auf Anregung des Verlags Jugend und Volk haben MitarbeiterInnen des DÖW Texte für ein Schulbuch zur Zeitgeschichte für die 8. Schulstufe verfasst, das im Jänner 2008 erschienen ist. Im Berichtsjahr wurde an einem entsprechenden Schulbuch für Berufsschulen gearbeitet.

An der Niederösterreichischen Landesausstellung 2009 zum Thema *Österreich und Tschechien* beteiligte sich das DÖW mit Leihgaben aus seinen Beständen und zwei Beiträgen im Begleitband.

Zeitungen, Fernsehen und Rundfunk berichteten des Öfteren ausführlich über Projekte und Publikationen des DÖW. MitarbeiterInnen wurden mehrfach als Fachleute für Interviews in den Medien herangezogen.

Jänner

Am 15. Jänner 2008 präsentierte Gerhard Oberkofler im Veranstaltungszentrum des DÖW seine Publikation über den Historiker Samuel Steinherz, der 1942 im Ghetto Theresienstadt umkam: *Samuel Steinherz (1857–1942). Biographische Skizze über einen altösterreichischen Juden in Prag.*

Februar

Der Verein Venite zur Förderung musisch-sozialer Projekte veranstaltete am 15. Februar 2008 im Veranstaltungszentrum des DÖW die 100-Jahr-Gedenkfeier *Österreicher im Widerstand* für den am 22. März 1945 hingerichteten Kaplan DDr. Heinrich Maier.

März

Am 13. März 2008 fand im Festsaal des Alten Rathauses die traditionelle Jahresversammlung des DÖW statt. Als Festredner sprach Bundespräsident Dr. Heinz Fischer.

Am 14. März hielt Julia Killet im Veranstaltungszentrum des DÖW den Vortrag *Verzweifelt gesucht: Auf den Spuren von Maria Leitner* und las aus den *Reportagen aus Amerika* der heute nahezu unbekanntten Schriftstellerin und Journalistin.

Das DÖW war ebenso wie das Wiener Stadt- und Landesarchiv Kooperationspartner des Bezirksmuseums Brigittenau, das am 26. März die Ausstellung *Widerstand und Verfolgung in der Brigittenau 1938 bis 1945* eröffnete.

März/April

Im Veranstaltungszentrum des DÖW referierten MitarbeiterInnen des DÖW am 31. März sowie am 7., 14. und 28. April 2008 im Rahmen der Vortragsreihe *Antisemitische Kontinuitäten*, die vom Jüdischen Institut für Erwachsenenbildung in Kooperation mit dem DÖW veranstaltet wurde.

April

Der Grazer Historiker Heimo Halbrainer sprach am 22. April 2008 im Veranstaltungszentrum des DÖW über Denunziation während der Zeit des Nationalsozialismus und präsentierte seine Publikation „*Der größte Lump im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant.*“ *Denunziation in der Steiermark 1938–1945 und der Umgang mit den Denunzianten in der Zweiten Republik.*

Mai

Am 14. Mai 2008 lud das DÖW gemeinsam mit der FrauenAG der österreichischen Exilgesellschaft zu einem Gespräch mit der Germanistin und Philosophin Edith Ehrlich in das Veranstaltungszentrum des DÖW.

Die Publikation *Der österreichische Widerstand 1938–1945* des langjährigen ehemaligen wissenschaftlichen Leiters des DÖW Wolfgang Neugebauer, der damit einen Gesamtüberblick über die Gruppierungen und Formen des österreichischen Widerstandes vorlegt, wurde am 19. Mai im Veranstaltungszentrum des DÖW präsentiert.

Juni

Am 26. Juni 2008 wurde im DÖW der Projektendbericht *Neugestaltung der Österreichischen Gedenkstätte im Staatlichen Museum Auschwitz-Birkenau* von Brigitte Bailer, Bertrand Perz (Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien) und Heidemarie Uhl (Österreichische Akademie der Wissenschaften) im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Der Projektendbericht ist auf der Website des DÖW (*Information*) als Download verfügbar. Die Neugestaltung der Gedenkstätte wurde mittlerweile im Regierungsprogramm fest-

geschrieben, die Koordination liegt beim Nationalfonds. Das DÖW ist in die weiteren Vorarbeiten eingebunden.

Juli

Die neu gestaltete und erweiterte Ausstellung des DÖW im Otto-Wagner-Spital Wien (Gedenkstätte Steinhof) wurde am 2. Juli 2008 eröffnet.

Am 3. Juli wurde im Veranstaltungszentrum des DÖW die Publikation *Die Erinnerung wach halten. Widerstand & Verfolgung 1934–1945 und der Kampf um Anerkennung und Entschädigung der Opfer* von Erich Fein (1907–1983) der Öffentlichkeit präsentiert.

September

Das DÖW unterstützte die Aufführung des Theaterstücks *Der Garten im Schrank* von Warren Rosenzweig (Interkulturpreis 2008) am 21. September 2008 im Innenhof des Alten Wiener Rathauses. Das Stück thematisiert den Umgang einer österreichischen Familie mit ihrer Vergangenheit.

Oktober

Die Publikation *Partisaninnen. Widerstand in Jugoslawien (1941–1945)* von Barbara N. Wiesinger wurde am 1. Oktober 2008 im Veranstaltungszentrum des DÖW vorgestellt.

Vom 7.–21. Oktober wurde auf dem Wiener Stephansplatz die von der Katholischen Jugend Wien in Zusammenarbeit mit dem DÖW und dem Diözesanarchiv der Erzdiözese Wien erstellte Ausstellung *Österreichischer Widerstand von 1938 bis 1945* gezeigt. Die Ausstellung kann von Schulen entlehnt werden.

Am 29. Oktober wurden im Veranstaltungszentrum des DÖW die *Herbert-Steiner-Preise 2008* an John Evers, Elissa Mailänder Koslov und Claudia Andrea Spring übergeben. Anerkennungspreise erhielten Ružica Grgic und Peter Stadlbauer.

November

Am 3. November 2008 führte Primavera Gruber im Veranstaltungszentrum des DÖW ein Gespräch mit der Sängerin Greta Klingsberg, die als Kind bzw. Jugendliche Theresienstadt und Auschwitz überlebte.

Das DÖW fungierte als Kooperationspartner des Filmarchivs Austria bei der Filmpräsentation *Frauen im KZ – Solidarität und Erinnerung* am 9. November 2008 im Wiener Metro Kino.

Am 11. November boten der Verein Gedenkdienst und das DÖW Gelegenheit, an einer Führung durch die Dauerausstellung des DÖW teilzunehmen.

Im Rahmen einer Gedenkfeier am 12. November im Veranstaltungszentrum des DÖW erinnerte das DÖW an seine langjährige ehrenamtliche Mitarbeiterin Zita Alram (1916–2008).

Am 14. November war das DÖW Kooperationspartner der Österreichischen Bundesjugendvertretung, die die Enquete *Kinder und Jugendliche im Nationalsozialismus* im Wiener Palais Epstein durchführte.

Der Historiker Helmut Konrad wurde am 17. November im Veranstaltungszentrum des DÖW mit dem *Willy und Helga Verkauf-Verlon Preis des DÖW für österreichische antifaschistische Publizistik 2008* ausgezeichnet.

Am 25. November luden die Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich und das DÖW gemeinsam zu einer Vorführung des Films *Zwischen allen Stühlen. Lebenswege des Journalisten Karl Pfeifer* in das Veranstaltungszentrum des DÖW.

In Kooperation mit dem Institut für jüdische Geschichte Österreichs, St. Pölten und dem DÖW erinnerte die Rechtswissenschaftliche Fakultät am 25. November im Rahmen einer Gedenkveranstaltung im Juridicum an die Auswirkungen des „Anschlusses“ 1938 auf die Rechtswissenschaften in Wien.

Am 28. November veranstaltete das DÖW in seinem Veranstaltungszentrum einen großen Bücherflohmarkt.

November/Dezember

Vom 17. November bis 15. Dezember 2008 veranstaltete das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung in Kooperation mit dem DÖW und der Volkshochschule Brigittenau im Veranstaltungszentrum des DÖW die Vortragsreihe *Aspekte des österreichischen Widerstandes 1938–1945*.

Dezember

Am 3. Dezember 2008 wurde im Veranstaltungszentrum des DÖW die Publikation *Die Stärkeren. Ein Bericht aus Auschwitz und anderen Konzentrationslagern* von Hermann Langbein (1912–1995) der Öffentlichkeit vorgestellt.

Anlässlich des 45-jährigen Bestehens des DÖW wurde am 10. Dezember im Festsaal des Alten Rathauses das Symposium *45 Jahre DÖW. Forschung und Vermittlung zur Geschichte des Nationalsozialismus* abgehalten. Unter der Moderation der wissenschaftlichen Leiterin des DÖW Brigitte Bailer referierten Bertrand Perz (Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien), Eva Blimlinger (Universität für angewandte Kunst) und Heidemarie Uhl (Österreichische Akademie der Wissenschaften). In der nachfolgenden Podiumsdiskussion *Verortung des DÖW in der Forschungs- und Gedenklandschaft* diskutierten neben Eva Blimlinger und Heidemarie Uhl Roman Sandgruber (Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Linz) und Werner Dreier (Projektteam Nationalsozialismus und Holocaust: Gedächtnis und Gegenwart / www.erinnern.at).

Ausstellungen

Die **permanente Ausstellung** des DÖW ist Montag bis Mittwoch sowie Freitag von 9.00 bis 17.00 Uhr geöffnet, am Donnerstag bieten wir Interessierten bis 19.00 Uhr die Möglichkeit zur Besichtigung.

Die Dauerausstellung dokumentiert die Vorgeschichte des Nationalsozialismus ebenso wie Widerstand und Verfolgung in der NS-Zeit und die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit nach 1945. Texte und Bilder sowie zahlreiche Originalobjekte dokumentieren im Einzelnen die thematischen Bereiche: Der Aufstieg der NSDAP und ihr Weg zur Macht 1919–1933 | Der Weg zum „Anschluss“: Österreich 1918–1938 | Der „Anschluss“ | NS-Terror | Judenverfolgung | Die Deportation der österreichischen Jüdinnen und Juden | Widerstand (von politischem, organisiertem Widerstand über Widerstand in der Wehrmacht bis zum Resistenzverhalten Einzelner) | Die Kärntner SlowenInnen | Roma und Sinti – „Zigeuner“ im Nationalsozialismus | Die Verfolgung von homosexuellen Männern und Frauen | Zwangsarbeit ziviler AusländerInnen | KZ Mauthausen | NS-Medizin | Exil | Erinnerungskultur | Entnazifizierung und Ahndung von NS-Verbrechen in Österreich | Österreich und die Opfer des Nationalsozialismus / Rechtsextremismus.

Auf großen Zuspruch stieß im Berichtsjahr unser Angebot an Führungen, die nach Möglichkeit auch außerhalb der normalen Öffnungszeiten durchgeführt werden (Anmeldung: Tel. 22 89 469/319).

Am Morzinplatz in Wien befand sich 1938–1945 im ehemaligen „Hotel Metropol“ das Hauptquartier der Gestapo. In dem an dieser Stelle neu errichteten Haus, benannt nach dem Widerstandskämpfer und späteren Bundeskanzler Ing. Leopold Figl, erinnert eine vom DÖW betreute **Gedenkstätte** an die Opfer des Nationalsozialismus.

Der Gedenkraum in der Salztorgasse 6, 1010 Wien, ist Montag, Donnerstag und Freitag von 10.00–13.00 Uhr und 14.00–17.00 Uhr sowie anlässlich besonderer Gedenk- und Feiertage geöffnet.

Derzeit wird an einem Konzept für eine den aktuellen Forschungsstand widerspiegelnde Ausstellung in der Gedenkstätte, die auch dringend renoviert werden muss, gearbeitet.

Förderverein

Der 1994 gegründete *Verein zur Förderung des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes* unterstützt das DÖW und seine diversen Projekte ideell und finanziell. Es gibt zwei mit dem begünstigten Bezug von DÖW-Publikationen verbundene Kategorien von Mitgliedsbeiträgen, und zwar zu EUR 22,- und ab EUR 72,-.

Kooperationpartner

Im Zuge der diversen Projekte ergaben sich u. a. Kooperationen mit folgenden Institutionen:

Akademie der Wissenschaften | Anti-Defamation League, New York bzw. Wien | Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Abteilung Politische Bildung | Bundesministerium für Inneres/Verfassungsschutz | Centre de Documentation Juive Contemporaine, Paris | Europäische Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, Wien | European Center for Research and Action on Racism and Antisemitism/C. E. R. A., Paris | FFDJF (Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France), Paris | Forschungsstelle Nachkriegsjustiz | Forschungsstelle Widerstandsgeschichte von FU Berlin und Gedenkstätte Deutscher Wi-

derstand | Gesellschaft für politische Aufklärung | Historisches Museum der Stadt Wien | Institute for Jewish Policy Research, London | Institut für Geschichte der Medizin der Universität Wien | Institut für Konfliktforschung, Wien | Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien | Internationale Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung (ITH) | Israelitische Kultusgemeinde Wien | Jüdisches Institut für Erwachsenenbildung | Jüdisches Museum der Stadt Wien | Jura-Soyfer-Gesellschaft | Karl-Franzens-Universität Graz, Abteilung Zeitgeschichte | Karl-Franzens-Universität Graz, Institut für Geschichte | Karl von Vogelsang-Institut/Institut zur Erforschung der Geschichte der christlichen Demokratie in Österreich | KZ-Gedenkstätte Buchenwald, Mittelbau-Dora, Nordhausen | KZ-Gedenkstätte Dachau | KZ-Gedenkstätte Mauthausen | Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung | Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, Fürstenberg | Österreichische Gesellschaft für Exilforschung | Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien | Philipps-Universität Marburg | Stadtschulrat für Wien | Terezinska Iniciativa (Institut Theresienstädter Initiative) | Theodor Kramer Gesellschaft | United States Holocaust Memorial Museum, Washington | Universitätsbibliothek Wien | Verein Gedenkdienst | Yad Vashem, Jerusalem.

Der Verein DÖW gehört zu den Gründungsorganisationen des Wiener Wiesenthal Instituts für Holocaust Studien und wird dort im Vorstand von der wissenschaftlichen Leiterin des DÖW Univ.-Doz.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Brigitte Bailer vertreten.

Brigitte Bailer gehört der österreichischen Delegation bei der ITF (Task Force for International Cooperation on Holocaust Education) an und ist dort Mitglied der Academic Working Group. Die ITF ist eine internationale Organisation, der derzeit 25 Staaten angehören. Diese sind sowohl durch Regierungsinstitutionen als auch durch NGOs vertreten. Die Arbeitsgruppen der ITF befassen sich mit den im Titel vorgegebenen Themen: Holocaust-Forschung, Erinnerung an und Bildung über den Holocaust. Der Vorsitz wechselt jährlich, 2008 war Österreich das Vorsitzland. Die österreichische Delegation besteht aus Vertretern des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten, des Unterrichtsministeriums, des Innenministeriums (Gedenkstätte Mauthausen) und WissenschaftlerInnen.

Weiters ist Brigitte Bailer Mitglied des Internationalen Beirats der Stiftung Topographie des Terrors in Berlin. 2008 wurde sie in eine neu gegründete österreichisch-russische Historikerkommission nominiert, die auf österreichischer Seite vom Bundesministerium für europäische und internationale

Angelegenheiten, von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, vom Ludwig Boltzmann-Institut für Kriegsfolgen-Forschung und vom Österreichischen Staatsarchiv mitgetragen wird. Das DÖW wurde aufgrund seiner Arbeiten zum Thema *Exil in der Sowjetunion* miteinbezogen. Ebenfalls 2008 wurde Brigitte Bailer in den neu konstituierten wissenschaftlichen Beirat des Wien-Museums nominiert. In Nachfolge von Wolfgang Neugebauer ist sie im Internationalen Forum Mauthausen zur Beratung der für die KZ-Gedenkstätte zuständigen Abteilung im Innenministerium vertreten. Brigitte Bailer ist weiteres Vorstandsmitglied des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung und des Vereins Industrieviertelmuseum, Wiener Neustadt.

Am DÖW angesiedelt ist die Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich, eine unabhängige, überparteiliche Vereinigung, die seit 1955 durch Veranstaltungen, Presseaussendungen und Publikationen auf antisemitische Äußerungen und Publikationen reagiert (www.gegendentantisemitismus.at).

Gemeinsam mit der Internationalen Tagung der Historikerinnen und Historiker der Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung (ITH) wurde 2008 der nach dem Gründer und langjährigen Leiter des DÖW benannte *Herbert-Steiner-Preis* verliehen. Der Preis wird für unveröffentlichte Arbeiten zu den Themen *Widerstand / Verfolgung / Exil in der Zeit des Faschismus und Nationalsozialismus* sowie *Geschichte der Arbeiterbewegung* vergeben.

Christa Mehany-Miterrutzner

AutorInnen

Irene Filip, betreut das Archiv der österreichischen SpanienkämpferInnen im DÖW.

Thomas Geldmacher, Mag., Studium der Politikwissenschaft, Zeitgeschichte und Slawistik an der Universität Wien; Lektor am Institut für Politikwissenschaft; Obmann des Personenkomitees „Gerechtigkeit für die Opfer der NS-Militärjustiz“.

Brigitte Halbmayr, Mag.^a Dr.ⁱⁿ, Soziologin und Politologin, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Konfliktforschung Wien.

Heimo Halbrainer, Mag. Dr., Historiker in Graz, Leiter von CLIO. Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit, Projektmitarbeiter beim Projekt „Gedenken und Mahnen in Niederösterreich und der Steiermark“, Herbert Steiner-Preisträger 2006.

Andrea Hurton, Publizistin, lebt in Wien.

Wolfgang Neugebauer, Hon.-Prof. Dr., ehemaliger wissenschaftlicher Leiter des DÖW.

Peter Pirker, Mag., 2006–2008 wissenschaftlicher Mitarbeiter eines FWF-Projektes zur Österreich-Abteilung von SOE am Institut für Staatswissenschaft der Universität Wien. Derzeit Arbeit an einem Forschungsprojekt zum KZ-Lager am Loibl/Ljubelj sowie zur regionalen NS-Geschichte im Oberen Drautal (Kärnten).

Stephan Roth, Mag., Bibliothekar des DÖW.

Hans Schafranek, Dr. phil., Historiker, seit 1982 freier Mitarbeiter des DÖW; Buchpublikationen zu Emigration, Kommunismus, Nationalsozialismus. Derzeitige Forschungsschwerpunkte: Gestapo/Widerstand, Österreichische SA und SS vor 1938, Geheimdienstliche Operationen im Zweiten Weltkrieg.

Barbara Stelzl-Marx, Mag.^a Dr.ⁱⁿ, stellvertretende Leiterin des Ludwig Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung (BIK) Graz. Forschungsschwerpunkte (Auswahl): Sowjetische Besatzung in Österreich 1945–1955, „Besatzungskinder“, Sozial- und Kulturgeschichte des Stalinismus, Sozial- und Kulturgeschichte von Kriegsgefangenschaft und Zwangsarbeit.

Helena Verdel, Dr.ⁱⁿ, stellvertretende Vorsitzende des Slowenischen Kulturverbandes und Mitglied des Volksgruppenbeirates für die slowenische Volksgruppe. Zahlreiche Publikationen zur Geschichte der Kärntner SlowenInnen.

Josef Vogl, Dr., wissenschaftlicher Mitarbeiter des DÖW.

Barbara N. Wiesinger, Dr.ⁱⁿ phil., Historikerin; Promotion mit einer Arbeit zum Widerstand von Frauen in Jugoslawien (ausgezeichnet mit dem Herbert-Steiner-Preis 2005). Forschungsschwerpunkte: Geschichte Jugoslawiens und der Nachfolgestaaten; Geschlechtergeschichte von Gewalt, Militär und Krieg; Zwangs- und Sklavenarbeit im Nationalsozialismus; Oral history.